This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

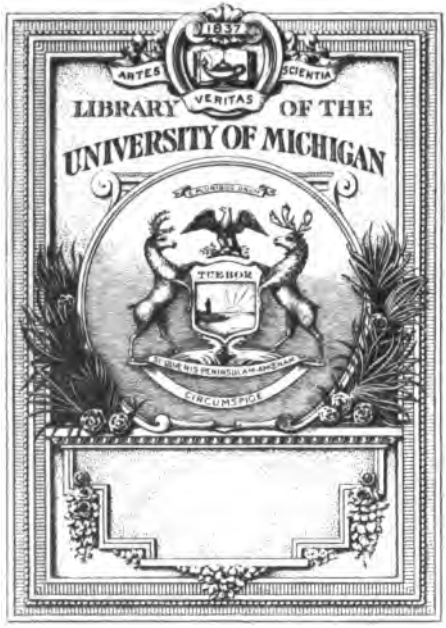
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

D
1
.D49

Deutscher Geschichtskalender 1895

2

Deutscher

Geschichtskalender

für 1895

Sachlich geordnete Zusammenstellung

der

politisch wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland

Von

Dr. Karl Wippermann

Zweiter Band

F. Nr. 17174

Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten Bibliothek Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow

1896

I B. 771

Inhalt.

Das deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt: Kaiser Wilhelm II.

Seite

Reisen nach Schweden, England und zu Manövern 1
Einzug und Rede in Stettin 2
Trinkspruch in Stettin 3
Brief vom Kaiser von Oesterreich 3
Erlaß aus Stettin 4
Reisen in West- und Ostpreußen und im Reichsland 4
„Des Kaisers künstlerischer Mahnruf“ 4
Ansprache in Breslau 6
Ansprache in Kiel 7

Zweiter Abschnitt: Die Parteien im Juli und August.

I. Konservative Partei.
Angelegenheit v. Hammerstein 7
Erwartung einer gemäßigteren Richtung 10
II. Christlich-soziale Partei 11
III. Bund der Landwirte 14
IV. Zentrumspartei.
Reichstagswahl in Meseritz-Bomst 15
v. Buols Einladung zur Windthorstfeier 15
Agrarische Richtung in der Partei 17
Deutscher Katholikentag 18
V. Polnische Partei 22
VI. Sozialdemokratische Partei.
Agrarkommission 23
Verhalten zur Nationalfeier 24
Ueber bäuerliche Verhältnisse 25
Programm des Anarchistenorgans 26

Dritter Abschnitt: Fürst Bismarck 27

Vierter Abschnitt: Feier nationaler Gedächtnistage.

Feier des 6. August 30
Ansprache des Kaisers in Cowes 31

Seite

Feier der Schlachttage um Metz 32
Ansprache des Kaisers in Potsdam 32
Feier des 18. August 33
Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. in Berlin 34
Erlaß wegen der Kriegsdenkmünze 35
Schreiben des Kaisers an den König von Sachsen 36
Armeebefehl des Königs von Sachsen 36
Kaiserlicher Erlaß an das sächsische Grenadierregiment 37
Feier der Kriegervereinsverbände der Umgegend Berlins und Ansprache des Kaisers 37
Schreiben des Königs von Sachsen an den Kaiser 37
Beschluß der Bischofskonferenz in Fulda 37
Fest in Hamburg für Veteranen aus Amerika 38
Trinkspruch des Kaisers am Sedantage 39
Telegrammwechsel des Kaisers mit dem Regenten von Bayern und dem Fürsten Bismarck 40
Die deutsche gegenüber der sozialdemokratischen Presse 41
Fest der Veteranen aus Amerika in Berlin 41
Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler 41
Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals bei Wörth 42
Ansprache des Kaisers beim Fest in Spandau 43

Fünfter Abschnitt: Die Frage wegen Bekämpfung der Sozialdemokratie . . . . . 43—68

Sechster Abschnitt: Parteibewegung seit September.

I. Konservative und christlich-soziale Partei.
Ereiferung gegen ein neues Kartell 69
Veröffentlichung eines Briefes Stöckers aus 1888 70
Die Kreuzzeitung für bedingte Gemeinschaft mit den Mittelparteien 72
Die Hamburger Nachrichten über das frühere Vorgehen gegen Stöcker 72
Die Presse über die Stöckersche Taktik 73
Erklärungen Stöckers . . . . . 78 u. 80
Das Komitee der Kreuzzeitung über v. Hammerstein . . . 79
Die Angelegenheiten v. Hammersteins und Stöckers 81
Die jüngeren Christlich-Sozialen 89
Professor Wagner gegen v. Stumm 96
Absage der konservativen Parteileitung an die „Schwarmgeister“ 96
Der konservative Provinzialverein für Pommern 98
Ueber das christlich-soziale Pastorentum 98
Pfarrer Naumann 99, 101, 107
Stöckers Schrift „13 Jahre Hofprediger und Politiker“ . . 100
Erklärung des evangel.-sozialen Zentralausschusses für Schlesien 104
Arbeiter im Saargebiet gegen die Naumannsche Richtung . . 104
Erklärung des Pfarrervereins im Bezirk Stettin 105
Die Nordd. Allg. Zeitung über den Weg zur Sammlung . . 105
Parteitag der Konservativen Schlesiens 106
Die Kreuzzeitung für Sammlung des Zentrums und der Nationalliberalen unter konservativer Führung 107
Die Reichstagswahl im Bezirk Herford-Halle 108
Fest für Stöcker 108
Christlich-soziale Vereinigung in Liegnitz 109

Seite

II. Deutsch-soziale Reformpartei 110

III. Agrarische Bewegung.

Fortgesetzte Agitation 111
Reden v. Plötz's am Niederrhein 112
Rede des Ministers v. Hammerstein in Ratibor 112
Rede des Abgeordneten v. Puttkamer-Plauth 114
Erklärung des Vorstands des Bundes der Landwirte . . . 116
Erklärung des Ausschusses des Bimetallistenbundes 117
Rede des Grafen Herbert Bismarck 118
Versammlung des Bundes der Landwirte in Marienburg . . 119
Schrift des Geheimen Regierungsrat v. Selchow 119
Erklärung der ostpreußischen Landwirte 120

IV. Deutsche Volkspartei.

Generalversammlung in München 120
Neue Fassung des Parteiprogammes 122
Rede Sonnemanns in Düsseldorf 122

V. Zentrumspartei.

Rede des Abgeordneten Lieber in Stuttgart 123
Proteste gegen die Feier des Jahrestags der Einnahme Roms 123
Katholischer praktisch-sozialer Kursus 124
Reichstagswahl im Bezirk Pleß-Rybnik 123
Reichstagswahl im Bezirk Dortmund-Hörde 123

VI. Polnische Partei.

Gegenüber dem Sedanfeste 131
Polnische Agitationen und Kundgebungen 133
Verhalten in der Reichstagswahl im Bezirk Pleß-Rybnik . . 135

VII. Deutsche Rechtsparteien.

Kongreß in Frankfurt a. M. 136
Welfische Kundgebung 137

VIII. Sozialdemokratische Partei.

Zur Sedanfeier 138
Das anarchistische Organ 139
Parteitag für die Provinz Brandenburg 139
Rede des Abgeordneten Singer 139
Bericht der Reichstagsfraktion 140
Parteitag in Breslau 140
Anleitung zu gewissenlosen Eiden 144
„Genosse" Geise über Revolution 144
Verurteilung des Abgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung 144
Erklärung des Parteivorstands wegen Haussuchungen . . . 145
Rede des Abgeordneten Liebknecht über Verfolgung der Parteigenossen 146

Siebenter Abschnitt: Der Reichskanzler und preußische Minister.

Erklärung des Staatsministeriums für Minister v. Boetticher . . . 147
Veröffentlichung einer Unterredung mit dem Minister v. Boetticher . 149
Antwort hierauf in den Hamburger Nachrichten 151
Freiherr v. d. Recke an Stelle v. Köllers Minister des Innern . . 151

Seite

Achter Abschnitt: Verwaltung der Reichsangelegenheiten.

I. Aeußere Angelegenheiten.
1. Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn 152
2. Schutz der deutschen Kolonisten in Palästina 152
3. Schutz der Deutschen in Marokko 153
4. Verbot der Waffenausführung nach Aethiopien 154
5. Verhältnis zur südafrikanischen Republik.
Schreiben des Staatssekretärs v. Marschall an den Botschafter in London 154
Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten Krüger 155
Erlaß des Staatssekretärs v. Marschall an den Botschafter in London 156
Weitere Korrespondenzen über die englische Bedrohung der Deutschen in Transvaal 157
Bitte der Deutschen in Pretoria an den Kaiser . . . 157
Schreiben des Staatssekretärs v. Marschall an Admiral Knorr 158
Schreiben desselben an den Konsul in Pretoria, den Botschafter in London und den Gesandten in Lissabon 158
Telegramm desselben an den Konsul in Laurenço-Marquez 159
6. Verhältnis zu China 159
7. Beziehungen zum Kongostaat 159

II. Innere Angelegenheiten.
1. Schlußsteinlegung zum neuen Reichstagsgebäude 160
2. Urteil bezüglich des Dampfers „Elbe“ 161
3. Konferenzen zur Vorbereitung von Gesetzen 161

Neunter Abschnitt: Militärische Angelegenheiten.

I. Landheer.
Ministerialerlaß wegen des Beschwerderechts 163
Kabinettsbefehl an das Gardekorps 163
Ansprache des Kaisers in Pommern 164
Befehl bezüglich des Besuchs sozialdemokratischer Lokale . . 164

II. Kriegsmarine.

Zehnter Abschnitt: Die deutschen Schutzgebiete.

I. Kamerun 166
II. Togo 166
III. Südwestafrika 166
IV. Ostafrika 167
V. Neu-Guinea 167

Elfter Abschnitt: Verordnungen und Ministerialerlasse.

I. Ergänzungssteuer 168
II. Landwirtschaftskammern 168
III. Ueber die Errichtung von Mädchengymnasien 168
IV. Strafaussetzung für Verurteilte 169

Zwölfter Abschnitt: Evangelische Kirche.

I. Die theologischen Fakultäten 170
II. Kongreß für innere Mission 171

Seite

III. Evangelischer Bund 174
IV. Der Oberkirchenrat gegen die christlich-soziale Agitation . . . 176

Dreizehnter Abschnitt: Katholische Kirche.

Konferenz der Bischöfe 179
Hirtenbriefe und Protestschreiben 179

Vierzehnter Abschnitt: 3. Session des 9. Reichstags.

I. Eröffnung 180
II. Fraktionen 182
III. Wahl des Präsidiums 183
IV. Reichshaushaltsetat für 1896—97.
1. Die Vorlage 183
2. Erste Beratung 183
V. Unlauterer Wettbewerb 193
VI. Errichtung von Handwerkskammern 193
VII. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 193

Die nichtpreußischen Bundesstaaten.

Bayern.
I. Parteibewegung 194
II. Die königliche Familie 195
III. Nationale Gedenktage 195
IV. Landtag.
Budget 197
Vorgänge in Fuchsmühl . . . . . 198 u. 201
Militärische Fragen 199
Programm der sozialdemokratischen Fraktion 200
Forstgesetz 202
Ueber die Umsturzvorlage im Reichstag 202
Ueber die auswärtige Politik des Reichs 203
Ueber die zweijährige Dienstzeit 204
Ueber die Reichs-Militärstrafprozeßordnung 204

Sachsen.
Die deutsche Reformpartei 205
Rede Liebknechts über das Wahlrecht 205
Neuwahlen zur zweiten Kammer 205
Landtag 206

Württemberg.
I. Neuwahlen zur zweiten Kammer 207
II. Landtag.
Thronrede 207
Die Frage der Verfassungsänderung 209
Die Adreßkommission beim König 209
Ueber die Reichsfinanzfrage 210
Ueber die Umsturzvorlage im Reichstag 210
Staffeltarife 211
Die Frage der Religionsreversalien 211
Ueber die Reichs-Militärstrafprozeßordnung 212
Ueber die Währungsfrage 213
Steuerreform 213
III. Der König 214

Seite

Baden.
I. Der Großherzog 215
Ansprache bei der Bismarckfeier in Karlsruhe 215
Ansprache an die Professoren in Heidelberg 215
Ansprache an Kriegervereine 215
Ansprache bei Eröffnung der Eisenbahn in Ueberlingen . . 216
Telegrammwechsel mit dem Kaiser 217
II. Katholisches Volksgesangbuch 217
III. Wahlbewegung 218
IV. Landtagswahlen 219
V. Sozialdemokratie 220
VI. Landtag 220

Hessen-Darmstadt.
I. Landtag.
Eisenbahnfragen . . . . . 222 u. 224
Organisation des Forstschutzes 222
Gesetz über die religiösen Orden 223
Ueber die Umsturzvorlage im Reichstag 223
Volksschullehrergehalte 224
II. Katholisches 224
III. Die großherzogliche Familie 226

Mecklenburg 226
Sachsen-Weimar 227
Oldenburg 228
Braunschweig 228
Sachsen-Koburg-Gotha 229
Sachsen-Altenburg 229
Anhalt 229
Schwarzburg-Rudolstadt 230
Schwarzburg-Sondershausen 231
Reuß ä. L. 231
Reuß j. L. 231
Waldeck 231

Lippe-Detmold.
Landtag und Finanzen 232
Tod des Fürsten Woldemar 232
Veröffentlichung eines letztwilligen Erlasses desselben 232
Protest des Landtagsausschusses dagegen 233
Erklärung des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld 233
Die Lippesche Landeszeitung für dessen Thronfolgerecht . . . 234
Graf Ferdinand zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld 235
Erklärung der meisten Landtagsabgeordneten gegen die thatsächliche Regentschaft 235
Der Landtag über die einseitig eingesetzte Regentschaft . . . 235
Verwahrung des Grafen Ernst an den Bundesrat 236
Einigung des Landtags mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe 237
Antrag der Regierung beim Bundesrat 238

Hamburg 239
Bremen 239
Lübeck 240

Elsaß-Lothringen.
I. Landesausschuß 240

Seite

II. Kirchliches 241
III. Maßnahmen 242
IV. Parteibewegung 242
V. Gedenkfeier 243

Oesterreichisch-ungarische Monarchie.

A. Oesterreich.
I. Reichsrat 243
II. Parteibewegung 245
III. Ministerium Graf Badeni 246
IV. Die kaiserliche Familie 246
V. Kaiserliche und Ministerialerlasse 247
VI. Kirchliches 247
VII. Der Wiener Gemeinderat 248
VIII. Reichsrat.
Programmerklärung des Grafen Badeni 249
Graf Badeni über die Wahlreformfrage 252
Die Frage der Wiener Bürgermeisterwahl 253
Militärische Fragen 254
B. Ungarn.
I. Kirchliches 255
II. Reichstag 255
III. Kroatien 257

Rußland.

I. Beziehungen zum Ausland 258
II. Die kaiserliche Familie 259

Frankreich.

I. Die Kammern (1. Session).
Getränkesteuer 260
Ständiges Schiedsgericht 260
Auflehnung der katholischen Geistlichkeit 260
Ehrenlegionsfrage 260
Budgetkommission 261
II. Wahlen zu den Generalräten 263
III. Erinnerungsfeierlichkeiten 263
IV. Militärische Angelegenheiten 265
V. Krieg auf Madagaskar 266
VI. Arbeiterbewegung 267
VII. Die Kammern (2. Session) 268
VIII. Ministerium Bourgeois 269
IX. Die Kammern (Fortsetzung).
X. Stimmung gegenüber Deutschland 274
XI. Verhältnis zu Italien 275
XII. Vertrag mit China 276

Seite

Großbritannien und Irland.

I. Parlament.
Oberhausfrage 276
Thronrede 278
Auswärtige Fragen 279
Währungsfrage 279
Eisenbahnen in den afrikanischen Kolonien 279
II. Militärisches 280
III. Die königliche Familie 280
IV. Kolonien 280
V. Beziehungen zum Auslande.
1. Verhältnis zu Deutschland.
Staatssekretär Curzon über den deutschen Wettbewerb . . 281
Die Presse zum Besuch des deutschen Kaisers 281
2. Verhältnis zur Türkei.
Englische Eigenmächtigkeiten im persischen Golf 283
Lord Salisbury über die Türkei 283
3. Krieg gegen Aschantiland 285
4. Streit mit Venezuela 285
5. Streit mit Brasilien 287

Italien.

I. Das Parlament.
Ueber den Streit mit Venezuela 287
Simplondurchstich 287
Finanzdekrete 287
Festtag des 20. September 288
Verhältnis zu Abessinien 288
Rekrutengesetz 288
Begrüßung des Generals Baratieri 289
Marineetat 290
Etat des Aeußern 290
Ueber die Sozialistenfrage 291
II. Festlichkeiten.
Turnerkongreß 292
Schützenfest 293
Feier des 20. September 293
Rede Crispis am Garibaldi-Denkmal 294
Parade über die Veteranen 296
Denkmäler für Minghetti und Cairoli 296
Amnestieerlaß 297
III. Die Kolonie am Roten Meere 297
IV. Das Parlament.
Budget 299
Crispi über die innere und äußere Politik 299
Ueber die Politik im Orient 300
Dreibundsfrage 301
Ueber die Niederlage bei Amba-Alagi 301
V. Der Papst.
Verhandlung mit Kardinal Gibbons 304
Schreiben an die belgischen Bischöfe 304

Seite

Schreiben an den Père Picard 305
Schreiben an den Jesuitengeneral 305
Ansprache über das Wiedererwachen der religiösen Bewegung in Italien 305
Rundschreiben bezüglich des italienischen Jubiläums 306
Empfang von koptischen Notabeln 306
Empfang katholischer Journalisten 306
Verwahrung gegen die italienische Jubiläumsfeier 307
Empfang von Ruthenen 307
Ansprache bei Ernennungen von Kardinälen 308
Weihnachtsansprache 308

Spanien.

I. Militärische Ausschreitungen 309
II. Wechsel des Ministeriums 310
III. Cortes 311
IV. Zollangelegenheiten 312
V. Aenderungen im Ministerium Canovas 312
VI. Aufstand auf Kuba 313

Portugal.

I. Kolonie Mozambique 315
II. Kolonie Goa 316
III. Unterrichtsgesetz 316
IV. Reise des Königs 316

Belgien.

I. Die Kammern.
1. Die Kongofrage 317
2. Ueber Aenderungen im Ministerium 319
3. Soziale Fragen 319
4. Finanzen 320
5. Die vlämische Frage 321
6. Gemeindewahlgesetz 321
7. Schulgesetz 321
8. Schutzzollgesetz 322
9. Schluß der Session 322
10. Neue Session 323
II. Radikale Bewegung 323

Niederlande 324

Seite

Dänemark.

I. Reichstag 325
II. Neuwahlen 325
III. Neuer Reichstag 325
IV. Königliche Familie 326

Schweden.

I. Reichstag 326
II. Der König 328
III. Aenderungen im Ministerium 329

Norwegen 329

Schweiz.

I. Bundesversammlung 336
II. Volksabstimmungen 337
III. Kantone 337

Osmanisches Reich.

I. Rumelien, Kleinasien, Syrien.
Verfolgung der Armenier in Kleinasien 338
Englischer Reformplan für Armenien 338
Denkschrift der Westmächte und Rußlands 338
Said Pascha Großvezir 338
Amnestie 338
Note der Pforte an die Großmächte 339
Note der Westmächte und Rußlands 339
Beschwerden der Großmächte 339
Kiamil Pascha Großvezir 340
Gemeinsame Note der Großmächte 340
Antwort der Pforte 340
Genehmigung von Reformen für Armenien 341
Rundschreiben der Pforte 341
Neue Unruhen in Kleinasien 342
Rifaat Pascha Großvezir 342
Lord Salisbury über die Eintracht der Mächte 342
Vorgänge in Zeitun und in Syrien 342
Die Geschwader der Großmächte 343
Beschwerden der Mächte wegen der Vorgänge in Erzerum . . 344
Unruhen in Kleinasien und auf Kreta 344
II. Bulgarien.
1. Die Sobranje (1. Session) 345
2. Streit mit Oesterreich 345

Seite
3. Stambolow 345
4. Bewegung für Mazedonien 347
5. Russenfreundliche Bewegung 349
6. Die Sobranje (2. Session) 349
III. Aegypten 351

Rumänien.

I. Die Kammern 352
II. Der König 353
III. Wechsel des Ministeriums 353
IV. Neue Kammern 354

Serbien 355
Griechenland 356
Marokko 358
Kongostaat 359
Transvaal 361
Oranjefluß-Freistaat 362
Siam 362
Samoa 363
Hawaii 364

China und Japan.

Das japanische Parlament 365
Niederlage der Chinesen bei Kaiping 365
Niederlage derselben bei Haitscheng 365
Die Japaner nehmen die Seefestung Weihaiwei ein 365
Botschaft des Kaisers von China an sein Volk 366
Erlaß des Kaisers von China an sein auswärtiges Amt 367
Friedensschluß von Shimonoseki 367
Ansprache des Kaisers von Japan 368
Einsprache Deutschlands, Rußlands, Frankreichs gegen die Friedensbedingungen 368
Japans Verzicht auf die Halbinsel Liaotong 369
Ansprache des Kaisers von China über den Friedensschluß 369
Japanische Besitznahme Formosas 370
Russisch-chinesische Anleihe 370
Französisch-chinesischer Grenzvertrag 371

Korea 372

Seite

Nordamerikanische Union.

I. Rest der Session des 53. Kongresses 372
II. Einkommensteuergesetz 373
III. Staatswahlen 374
IV. 1. Session des 54. Kongresses.
Botschaft des Präsidenten über die Finanzlage 374
Gesetzvorschlag wegen der Silberprägung 375
Botschaft des Präsidenten bezüglich Venezuelas 375
Neue Botschaft des Präsidenten über die Finanzlage 377
V. Verhältnis zum Auslande.
Streit mit Frankreich und Oesterreich 378
Streit wegen der Grenze Alaskas 378
Ansprache des Präsidenten wegen Kubas 378

Mexiko 379
Mittelamerika 379
Colombia 380
Venezuela 381
Ecuador 383
Peru 384
Brasilien 384
Argentinien 385
Chile 385

Das deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt.

Kaiser Wilhelm II.

1. Juli. Der Kaiser kehrt an Bord der „Hohenzollern“ von Travemünde nach Kiel zurück. Dem Großfürsten Cyril Wladimirowitsch von Rußland, geb. 1876, wird der Orden vom Schwarzen Adler verliehen.

6. Juli. Der Kaiser trifft zur See in Stockholm zum Besuch der königlich schwedischen Familie ein.

16. Juli. Ankunft des Kaisers in Wisby.

22. Juli. Fahrt desselben den Angermanelf hinauf und Ankunft in Nyland.

26. Juli. Ankunft desselben in Saßnitz.

4. August. Der Kaiser besucht auf der Fahrt nach England die Insel Helgoland und landet in Cowes.

11. August. Besuch desselben beim Lord Lonsdale in Lowther Castle.

15. August. Ankunft desselben in Leith.

24. August. Der Kaiser bei Manövern in der Senne bei Paderborn.

26. August. Der Kaiser bei Manövern in der Gegend von Mainz.

28. August. In Adolfseck bei Fulda stirbt die Prinzessin Elisabeth, Tochter des verstorbnen Prinzen Friedrich Karl von Preußen, vermählte Erbgroßherzogin von Oldenburg.

30. August. Ankunft des Kaisers zu Demmin in Pommern behufs Abhaltung von Manövern.

2. September. Trinkspruch und Erlaß des Kaisers. (Abschnitt 4.)

6. September. Der Kaiser wohnt bei Swinemünde einer Seeschießübung bei und hält sodann mit der Kaiserin feierlichen Einzug in Stettin, wo er auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Haken erwidert: Er komme sehr gern nach Stettin, an das ihn durch seinen Vater so innige Beziehungen knüpften. Auch er teile den Wunsch, daß Stettin sich rüstig weiter entwickeln und das der Stadt vorschwebende Ziel erreichen möge. Er werde alles thun, um die Stadt in diesen Bestrebungen zu fördern, und danke für den besonders herzlichen Empfang. Abends wird dem Kaiserpaare von der Provinzialvertretung Pommerns ein Festmahl gegeben, bei dem der Kaiser die Ansprache des Vorsitzenden des Provinziallandtags, Wirkl. Geh. Rats v. Köller-Kantreck, folgendermaßen erwidert:

Mein lieber Herr von Köller! Sie haben soeben in beredten Worten den Gefühlen der Provinz Pommern Ausdruck gegeben, und Ich beeile Mich, freudigbewegten Herzens im Namen der Kaiserin und in Meinem Unsern herzlichsten Dank Ihnen auszusprechen. Es ist das erste mal, daß Ich das pommersche Korps zusammenrufe, um es auf seine Kriegstüchtigkeit hin zu prüfen, und da werden Sie es wohl natürlich finden, daß Ich zurückgehe in der Geschichte, und daß Ich Mich an das Jahr und die Tage erinnre, wo ein Andrer hier stand, und wo der Jubel des Volkes dem großen Kaiser galt, der nun leider nicht mehr unter uns weilt. Wohl entsinne Ich Mich und Sie wohl alle der Stunden, da die herrliche Fürstengestalt unter uns wandelte, da Ihr alter Vater, Herr von Köller, mit Auszeichnung und Gnade von Meinem Herrn Großvater behandelt wurde, wo zwei Zeiten und zwei Geschlechter sich begegneten, die nun dahin sind. Und neben dem großen Kaiser die Figur Meines seligen Vaters in der herrlichen Pracht seines Kürassierregiments, der einst gewesene Statthalter von Pommern. Sie sehen hieraus, meine Herren, wie viele Fasern und wie viele Bänder zwischen Ihnen und Meinem Hause sowie Meiner Person verwoben sind, und in wie naher Beziehung die Provinz Pommern zu Uns steht. Heiß umstritten ist sie worden durch Meine Vorfahren, bis es endlich gelang, dieses herrliche Land, dieses kerndeutsche Volk mit der Mark zu vereinen, sodaß nunmehr der rote Greif mit dem roten Aar auf demselben Wappenschilde sich befand. Nun, meine Herren, Sie haben soeben das Gelübde gehört, das Herr von Köller in Ihrem Namen sprach — Ich nehme Sie beim Wort! Ich danke Ihnen dafür. Schließen Sie sich zusammen, um das Andenken und die Person Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm I. zu schützen und zu wahren, wie Ich dazu schon an andrer Stelle Mein Volk aufgerufen habe. Mein Wunsch soll der sein, daß in der erhabenen Erinnerung an jene große Zeit, die wir in diesen Tagen gefeiert, in der Er-

innerung an die Stunden, da die erlauchte Gestalt des Dahingeschiednen unter uns weilte, Wir aufs neue Uns vergewissern und gegenseitig geloben, fortzuarbeiten und fortzubauen an dem, was er geschaffen. Und daß dabei die Provinz Pommern grünen, blühen und sich entwickeln möge, daß Stettin zu einer mächtigen Handelsstadt emporblühen möge, das sei Mein inniger Wunsch. Erheben Sie die Gläser, und trinken Sie mit Mir auf das Wohl der Provinz Pommern! Sie lebe hoch! hoch! hoch!

7. September. Der Kaiser begiebt sich zur Parade des 2. Armeekorps nach Kreckow. Hiernach bringt er beim Paradediner im Schlosse zu Stettin folgenden Trinkspruch aus:

Der Denkstein, an dem das zweite Armeekorps heute vorbeizog, giebt Kenntnis von der Zeit, da es ihm vergönnt war, von Meinem Großvater inspizirt zu werden. Das erste mal, als Ich das zweite Korps zusammen sah, war im Jahre 1869, die letzte Parade, die dasselbe unter seinem damaligen kommandirenden General, Meinem hochseligen Herrn Vater, vor Seiner Majestät bestand, um zu zeigen, daß es auch in Friedensarbeit kriegsbereit sei, ein Beweis, den es ein Jahr später auf dem Schlachtfelde führen sollte. Der heutige Tag hat Mich mit hoher Freude erfüllt, und spreche Ich dem Korps Meine vollste Anerkennung aus für die vorzügliche Parade, die es heute vor Mir geleistet hat. Möge der heutige Tag, der eine Weihe besondrer Art durch die hohe Ehre erhalten hat, die dem Korps und vor allem dem Kürassierregiment Königin dadurch zu teil geworden ist, daß Ihre Majestät geruht haben, das Regiment selbst vorbeizuführen, dem Korps ein Ansporn sein, nunmehr auch im Manöver zu zeigen, daß es vorbereitet ist, jede Abwehr, welche sie auch sei, auszuführen und für das Vaterland einzustehen, wenn es gerufen werden sollte. Ich fordre Sie auf, Ihre Gläser zu erheben und aus vollem Herzen zu rufen: Das zweite Korps hurrah und nochmals hurra und zum dritten male hurra!

8. September. Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler bezüglich der Sedanfeier. (Abschn. 4.)

9. September. Zur Teilnahme an den Manövern in Pommern treffen in Stettin der Kaiser von Oesterreich, der König von Sachsen, die Prinzen Leopold und Arnulf von Bayern, sowie der Graf Viktor Emanuel von Turin ein.

11. September. Nach den am 10. bei Colbitzow stattgehabten Manövern richtet der Kaiser von Oesterreich an den deutschen Kaiser ein Schreiben, in dem er sagt: „Beseelt von dem Wunsche, die herzlichsten Beziehungen unsrer Armeen noch enger zu gestalten, gereicht es mir nun zur besondern Freude, Eure Majestät zu bitten, als oberster Inhaber zweier Regimenter auch die Uniform eines Generals der Kavallerie meiner Armee tragen zu wollen. Diese würde hierin eine besonders hohe Auszeichnung und ein neues Band der Waffenbrüderschaft erblicken."

12. September. Erlaß des Kaisers aus Stettin an den Oberpräsidenten der Provinz Pommern, von Puttkamer:

Es haben Mir, wie der Kaiserin und Königin, Meiner Gemahlin, bei dem diesmaligen Besuch der Provinz Pommern deren Bewohner einen überaus warmen und patriotischen Empfang bereitet, der von neuem Zeugnis ablegt von der alten Treue, mit der sie zu allen Zeiten an Meinem Hause gehalten haben. Ganz besonders freudig sind Wir durch die glänzenden Veranstaltungen der Stadt Stettin berührt worden. Ich habe hieraus die wohlthuende Ueberzeugung gewonnen, daß das Andenken Meines hochseligen Herrn Vaters Majestät, der so gern als Statthalter von Pommern hier weilte, in ungeschwächter Verehrung fortlebt. Indem Ich Sie beauftrage, den Ausdruck Unsrer lebhaftesten Freude und wärmsten Dankes zur Kenntnis der Provinz zu bringen, füge Ich gleichzeitig Meine dankende Anerkennung für die vortreffliche und herzliche Aufnahme hinzu, die die Kreise und Ortschaften der Provinz, denen in diesem Jahre durch die größeren Truppenzusammenziehungen besonders hohe Lasten auferlegt worden sind, den Truppen durchweg haben zu teil werden lassen.

15. September. Aufenthalt des Kaisers in Danzig, wo er mit dem aus Rußland zurückgekehrten Reichskanzler zusammentrifft.

28. September. Im Jagdschloß Glienicke findet die Taufe eines Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold statt, der die Namen Franz Joseph Ernst Patrick Friedrich Leopold erhält.

29. September. In Rominten empfängt der Kaiser den Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Litauen und Masuren, den Rittergutsbesitzer Seydel-Chelchen.

13. Oktober. Telegramm des Kaisers aus Hubertusstock an den Reichskanzler wegen des Mords des Fabrikanten Schwarz in Mülhausen (s. Abschnitt 5).

15. Oktober. Das Kaiserpaar in Metz.

16. Oktober. Dasselbe bei Einweihung einer evangelischen Kirche in Kurzel bei Metz. Von Schloß Urville aus besucht der Kaiser die Schlachtfelder um Metz.

18. Oktober. Das Kaiserpaar und die Kaiserin Friedrich bei der feierlichen Enthüllung des Denkmals für Kaiser Friedrich bei Wörth (s. Abschnitt 4).

19. Oktober. Der Kaiser besichtigt die Forts um Straßburg.

2. November. Besuch des Königs Karl von Portugal am königlichen Hofe zu Berlin.

11. November. Unter der Ueberschrift „Des Kaisers künstlerischer Mahnruf" veröffentlicht die „Nordd. Allgem. Ztg." eine Beschreibung des Bildes, das der Kaiser unlängst dem Kaiser Nikolaus von Rußland habe überreichen lassen. Diese Beschreibung lautet:

Auf einer Felsplatte stehen, überstrahlt von dem Lichtglanz des Kreuzes — des Zeichens, in dem allein Christen den Sieg erkämpfen —, die allegorischen Gestalten der Kulturvölker. Im Vorgrund Frankreich; mit der Linken das Auge beschattend, glaubt es noch nicht recht an die Nähe der Ge-

fahr; Deutschland hingegen mit Schild und Schwert gewaffnet, folgt aufmerksamen Auges dem Anwachsen des Unheils. Rußland, ein schönes, reichlockiges Weib, legt traulich seinen Arm auf die Schulter der Gefährtin. Neben dieser Gruppe steht entschlossen Oesterreich; es streckt seine Rechte auffordernd aus, um das noch etwas zögernde England für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen. Italien steht zwischen beiden und schaut gleich Deutschland erregt auf das drohende Unheil. Den Schluß dieses Zuges edler Frauengestalten bilden zwei junge lockige Mädchen; sie versinnbildlichen die kleinern Kulturstaaten, auch sie tragen Speere in der Hand. Vor dieser wehrhaften, vielgestaltigen Gruppe steht der ungepanzerte, geflügelte Erzengel Michael; seine Rechte hält das flammende Schwert. Sein Antlitz ist der Frauenschar zugewandt; seine Züge spiegeln ernste Energie wieder, und seine ausgestreckte Linke, die auf das nahende Furchtbare hinweist, unterstützt noch die Aufforderung, zum heiligen Kampfe bereit zu sein. Zu Füßen des Felsplateaus dehnt sich die weite Ebene des europäischen Kulturlandes, ein majestätischer Strom durchrauscht es, Bergzüge begrenzen den Horizont, und in der Niederung werden Städte sichtbar, aus denen Kirchen der verschiednen Bekenntnisse anfragen; im Vorgrund erscheint die Burg Hohenzollern. Ueber diese friedvollen Gaue aber ballen sich die Wolken des Unheils zusammen; dunkles, qualmendes Gewölk verfinstert den Himmel. Der Weg, den die sich heranwälzenden asiatischen Horden nehmen, wird von dem Flammenmeer einer brennenden Stadt bezeichnet. Massige, zu höllischen Fratzen verzerrte Rauchwolken entsteigen dem zerstörenden Brande. Die drohende Gefahr, in Gestalt des Buddha, thront in diesem düstern Rahmen; ein chinesischer Drache, der den Dämon der Vernichtung gleichsam verkörpert, trägt dies Götzenbild. In unheimlichem Vordringen nähern sich finstern Gewalten den Ufern des schützenden Stromes; nur wenige Zeit noch, und er ist keine Grenze mehr.

Unter den zeichnerischen Entwurf, den Prof. Knackfuß in Kassel zu einem Bilde ausgestaltet, habe der Kaiser geschrieben: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter. Wilhelm I. R." Ueber den Zweck, den der Kaiser mit diesem Bilde verfolge, bemerkt die „Nordd. Allgem. Ztg.":

Es ist nicht das erste mal, daß Deutschlands Kaiser zu Zeichenstift und Pinsel greift, um mit den Gebilden seiner künstlerischen Thätigkeit irgend eine Not zu lindern, eine Wohlthätigkeitssache zu unterstützen. Schon als er noch Prinz Wilhelm war, stiftete er selbstgeschaffene künstlerische Beiträge für Armenbazare, und noch vor wenigen Monaten, als es galt, dem Unglück zu steuern, das ein Teil des italienischen Volkes durch zerstörende Naturereignisse erlitten, bildete des Kaisers große Tuschzeichnung „Torpedoboote im Kampfe" den Hauptgewinn der dafür veranstalteten ausgiebigen Tombola. Heute jedoch stehen wir einer künstlerischen That des Herrschers gegenüber, die die vorangegangnen durch ihren geistigen Inhalt, durch den ihr zu Grunde liegenden tiefernsten Gedanken weit überragt. Auch diesmal war einzig und allein der Wunsch, dem Unheil zu steuern, vor kommender Gefahr zu warnen, die Triebfeder von des Kaisers Schaffen. Es drängte ihn, den Kulturvölkern Europas eine Mahnung zuzurufen, die so klar und eindringlich sei, daß sie auch dem flüchtigsten Beschauer, dem schlichtesten Beobachter verständlich wäre. . . . Die ganze Darstellung ruft eindringlich dem Beschauer zu, daß es Pflicht jedes einzelnen denkenden Menschen ist, solche entsetzliche, alle Religion, Kultur, Gesittung und Wohlfahrt bedrohende Gefahr mit den zu Gebote stehenden Waffen aufs energischste zu bekämpfen.

Nur auf diese Weise kann der äußere und innre Friede erhalten bleiben! Das Bild strebt ein hohes Ziel an.

13. November. Der Kaiser wohnt einer Sitzung der Kommission für die zweite Lesung des bürgerlichen Gesetzbuchs im Reichsjustizamte bei und beglückwünscht die Kommission zu den Fortschritten ihrer Verhandlungen.

2. Dezember. Der Kaiser in Breslau beim Feste des Regiments der Leibkürassiere. Beim Festmahl im Kasino hält er, nach Angabe der „Schles. Ztg.," folgende Ansprache:

Die Einladung Meines Leibkürassierregiments zur Anteilnahme an ihrem Regimentsfeste habe Ich mit Dank und freudigen Herzens angenommen. Sind doch die Stunden, die Ich im Kreise Meiner Kameraden zubringen darf, die Erholungsstunden, die wenigen, die Mir gegönnt sind in einem mühevollen und arbeitsamen Leben. Mit besondrer Freude habe Ich die vielfachen Regimentsfeste, die in diesem Jahre die Erinnerung an die große Zeit vor fünfundzwanzig Jahren wieder wachriefen, feiern sehen und zum Teil selbst mitfeiern können, vor allem deswegen freudig, weil der Zusammenhang der Kameradschaft, auf der doch schließlich unsre ganze Armee beruht, nicht nur in dem Kreise der Offiziere, sondern auch im Kreise der Mannschaften in rührender Weise zu Tage getreten ist. Die vielen Tausende treuer Soldaten, die sich zum Teil mittellos, zum Teil in hohem Alter auf den Weg machten, sei es, die Felder zu besuchen, auf denen sie stritten und bluteten, sei es, um den Anschluß an das alte geliebte Regiment wieder aufzusuchen und mit ihm zu feiern, haben den Festen erst den rechten Stempel aufgedrückt. Wir wollen auch am heutigen Tage dankbar derer gedenken, die an der Spitze der Schwadronen und im Regiment führend und fechtend dabei gewesen sind; wir wollen uns aber auch vergegenwärtigen, daß auch dieser Tag nur ein Glied in der langen Kette der Ehrentage unsrer Armee gewesen ist, die den Zweck hatten, unser großes deutsches Vaterland wieder zu einigen. Mithin glaube Ich, daß wir den heutigen Tag nicht besser feiern können, als indem wir von neuem untereinander geloben und versprechen, das, was der große Kaiser und seine Führer damals zustande gebracht haben, nun auch zu erhalten, zu verteidigen. Und je mehr man sich hinter Schlagworte und Parteirücksichten zurückzieht, desto fester und sicherer rechne Ich auf Meine Armee, und desto bestimmter hoffe Ich, daß Meine Armee, sei es nach außen oder nach innen, Meiner Wünsche und Meiner Winke gewärtig sein wird. Daß dem so sei, dafür vertraue Ich dem Geiste, der auch in diesem Regiment lebt, und Ich greife dabei auf ein Wort zurück, das Mein hochseliger Herr Großvater einst sprach, als er in Koblenz nach der schweren Zeit von 1848 ans Land stieg und bei dem großen feierlichen Empfange die Offizierkorps stehen sah, indem er auf sie hinweisend sagte: „Das sind die Herren, auf die ich mich verlasse." In dieser Empfindung erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl des Leibkürassierregiments, von dem Ich hoffe, daß es stets seinem Namen, den es trägt, dem des Großen Kurfürsten, Ehre machen wird. Das Leibkürassierregiment hurra, hurra, hurra!

Von 8 bis $10^3/_4$ Uhr bringt der Kaiser zum Abendessen beim Kardinal Fürstbischof Kopp zu, bei dem auch der Erbprinz von S.-Meiningen nebst Gemahlin, der Oberpräsident Fürst Hatzfeld und die Spitzen der Domgeistlichkeit versammelt sind.

7. Dezember. In Hannover weilend, empfängt der Kaiser eine Abordnung der dortigen reformirten Gemeinde, die ihm für das Hohenzollernmuseum zwei Briefe des Königs Friedrich I. von Preußen verehrt.

15. Dezember. In Kiel ist der Kaiser anwesend bei der Vereidigung der Marine-Rekruten, die er in einer Ansprache ermahnt, den Eid heilig zu halten, der alle verpflichte, sich einem Willen unterzuordnen, um das aufrecht zu erhalten, was die Väter geschaffen. Der Kaiser erinnert an die vor 25 Jahren errungnen Siege, giebt dem Vertrauen Ausdruck, daß die Rekruten bereit sein würden, gleiches zu leisten, und spricht seine Freude aus über das Verhalten der Marine im Auslande und im Inlande, auch bei der Kanalfeier. Die Marine möge so fortfahren.

16. Dezember. Auf der Rückreise von Kiel nach Berlin stattet der Kaiser dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch ab.

Zweiter Abschnitt.

Die Parteien im Juli und August.

I.

Konservative Partei.

4. Juli. Freiherr v. Hammerstein, seit November 1881 Chefredakteur der „Kreuzzeitung," wird seitens des Komitees des Blattes von seiner Stellung und Thätigkeit in der Redaktion bezw. Verwaltung des Blattes suspendirt.

5. Juli. Derselbe zeigt in der Kreuzzeitung an, daß er in die Ferien gegangen sei.

9. Juli. Das Komitee der Kreuzzeitung macht bekannt, daß v. Hammerstein seit dem 4. Juli suspendirt sei. Die „Konservative Korrespondenz" teilt mit, daß v. Hammerstein seinen Austritt aus den Fraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses den Fraktionsvorständen angezeigt habe. Zu diesen Vorgängen sagt die „Köln. Ztg.":

Damit ist eine Angelegenheit zu einem ersten Abschluß gelangt, die ein halbes Jahr lang die politischen Kreise in reger Spannung gehalten hat. Nachdem schon wiederholt in der Presse Andeutungen erschienen waren, daß

von Hammerstein über Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Kreuzzeitung in Meinungsverschiedenheiten mit dem Ausschuß der Kreuzzeitung geraten sei, die zur Kündigung führten, brachte vor drei Monaten die „Kleine Presse“ in Frankfurt a. M. eine eingehende Darstellung, in der folgende Behauptungen aufgestellt waren: erstens, daß unter Hammersteins Verwaltung der Pensionsfonds des Blattes durch statutenwidrige Geschäftsleitung verschwunden sei; zweitens, daß von Hammerstein das Papier der Kreuzzeitung zu einem hohen Preise bezahlt, gleichzeitig aber persönlich nicht unerhebliche Summen von dem Papierlieferanten geliehen habe; drittens, daß unter Hammersteins Verwaltung und infolge seiner persönlichen Bedürfnisse die vorher finanziell glänzende Lage der Kreuzzeitung geschädigt worden sei, und viertens, daß von Hammerstein ein Privatleben geführt habe, das jederzeit zu einer wirksamen Illustration der lex Heintze dienen könne. Als diese Behauptungen erschienen, ging die allgemeine Ansicht dahin, daß von Hammerstein nur die eine Wahl habe: entweder so schnell wie möglich vom Schauplatz der Thaten zu verschwinden oder gegen die „Kleine Presse“ einen Prozeß anzustrengen. Diese Ansicht wurde zuerst von v. Hammerstein geteilt, der die öffentliche Erklärung abgab, er habe seinen Anwalt beauftragt, die Klage anzustrengen. Sehr bald aber widerrief er zum allgemeinen Erstaunen diese Erklärung und änderte seine Stellung dahin, daß er, nachdem der Ausschuß der Kreuzzeitung die finanzielle Lage des Blattes für intakt erklärt habe, nur dann Anlaß nehmen werde, sich mit den gegen ihn geschleuderten Anklagen zu beschäftigen, wenn man ihm die Männer nennen könne, die der „Kleinen Presse“ das Material geliefert hätten. Dieses schwankende Verhalten mußte den Verdacht erregen, daß von Hammerstein den so naheliegenden und eigentlich aufgezwungnen Weg des gerichtlichen Austrags scheue und es bei weitem vorgezogen haben würde, die Angelegenheit auf sogenanntem kavaliermäßigem Wege auszufechten, bei dem der Beweis der Wahrheit durch die sichrere Hand und die größere Uebung im Schießen ersetzt wird. Das Frankfurter Blatt aber verwies ihn sehr nachdrücklich auf den Rechtsweg, auf dem es die Wahrheit seiner Behauptungen zu erhärten bereit sei. Längere Zeit zog sich nun ein Preßkrieg hin, in dem namentlich zuletzt auch Behauptungen über den Lebenswandel des Führers der Kreuzzeitung eine Rolle spielten. v. Hammerstein, zum dritten male seine Stellung ändernd, beschränkte sich in der Klage gegen die „Kleine Presse“ darauf, nur zwei Punkte unter Anklage zu stellen: daß er die Kreuzzeitung finanziell zu Grunde gerichtet und einen unsittlichen Lebenswandel geführt habe. Die Anschuldigung, daß er den Pensionsfonds statutenwidrig verbraucht und unter Zahlung hoher Papierpreise persönliche Darlehen von den Lieferanten genommen habe, ließ er außer Betracht, da es sich hier um Interna der Kreuzzeitung handle, der Ausschuß die Papierverträge genehmigt habe, und da er die Gelder des Pensionsfonds für Zwecke der Partei und des Blattes verwandt habe. Durch den despotischen Einfluß, den er auf die konservative Partei ausübte, und durch die Freundschaft, die ihm einige konservative Herren entgegenbrachten, hatte er es durchzusetzen vermocht, daß man, als er die Klage einreichte, die Kündigung zurückzog. Da trat ein Mitredakteur aus, weil er neben Hammerstein nicht länger arbeiten könne, und ein andrer wurde von ihm entlassen. Diese Vorgänge bestimmten das Komitee, Hammerstein zu suspendiren.

Die „Nat.-Ztg.“ sagt: Mit dem Politiker Hammerstein ist es zu Ende. Damit fällt aber nicht allein der Mann, sondern ein System, jener Zug der konservativen Politik, der in seinen extremen Erscheinungsformen als ein katilinarisches Desperado-

tum sich so oft kennzeichnete. Es nutzt der konservativen Parteileitung nichts, wenn sie sich jetzt in krampfhaften „Beweisen" erschöpft, daß v. Hammerstein nicht Führer der konservativen Partei sei. — Die „Konserv. Korresp." bestreitet, daß Hammerstein zu den Führern der konservativen Partei gehöre, vielmehr sei er bei der letzten Wahl des Gesamtvorstands nicht wieder gewählt worden. — Die „Deutsche Tages-Ztg.," Organ des Bundes der Landwirte, äußert sich über das Bedürfnis eines „umfassenden Kartells nationaler Parteien oder Parteibruchstücke auf wirtschaftlicher Grundlage."

10. Juli. Dies lehnt die „Konservative Korresp." ab, indem sie sagt:

Die Konservativen wollen mit Kartellbildungen irgend welcher Art nichts zu thun haben; der Schwerpunkt unsrer Partei liegt in ihrer Selbständigkeit, und gerade in den heutigen Verhältnissen kann nicht eifersüchtig genug die Selbständigkeit einer politischen Partei bewacht und bewahrt werden. Zudem können wir die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Kartells nicht einsehen, und wiederholt haben wir erklärt, Gegner von wirtschaftlichen Parteibildungen zu sein. Der gemeinsamen Vertretung wirtschaftlicher Interessen hat im Parlament doch die „Wirtschaftliche Vereinigung" Genüge geleistet. Diese auszubauen und zu verstärken wird eine dankbarere Aufgabe bilden, als das Auffinden neuer Kartellprojekte, mit denen, soweit wir orientirt sind, auch die Leitung des Bundes der Landwirte absolut nichts zu thun hat.

11. Juli. Die „Deutsche Tages-Ztg." erwidert hierauf mit dem Ausdruck ihrer Ueberzeugung, daß die Auffassung des Fürsten Bismarck von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Interessenpolitik, wie er sie in seiner Rede vom 9. Juni an die Landwirte geäußert, weitsichtiger sei als die Anschauung, daß man „nicht eifersüchtig genug die Selbständigkeit einer politischen Partei bewahren könne." Ferner wird der „Kons. Korresp." seitens der „Nat.-Ztg." erwidert: „Die konservative Partei hat zunächst genug zu thun, ihre verfahrnen, unklaren Privatangelegenheiten in Ordnung zu bringen. Im übrigen hat die bisherige Agitation des Bundes der Landwirte unter Leitung des konservativen Abgeordneten von Plötz sich so nützlich für das einseitige Interesse des konservativen Junkertums erwiesen, daß die konservative Parteileitung klug handelt, wenn sie für die Konservirung des bisherigen Verhältnisses arbeitet und die neue Besorgnis im »Bunde«, daß es mit der bisherigen Methode auf die Dauer nicht gehen will, nach Möglichkeit unterdrückt."

23. Juli. Das führende Organ der Partei, die „Kreuz-Ztg.," wendet sich gegen einen im „Hamb. Korresp." gemachten Vorschlag der Bildung eines erweiterten Kartells der staatserhaltenden Parteien und sagt:

Die Vorkämpfer der erweiterten Kartellpolitik leiden eben auch an der verhängnisvollen Geringschätzung der religiösen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen Grundsätze, die nach dem Gange der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands nun einmal die einzelnen Parteien scheiden, und die sich nicht wie altes Eisen beiseite werfen lassen im Interesse einer Politik, die nur von Fall zu Fall zu operiren geneigt ist. Wie uns das alte Kartell, das ja auch nur zu bestimmten Zwecken geschlossen und trotz aller Versuche, es aus egoistischen, parteipolitischen Tendenzen zur dauernden Institution zu machen, an seiner inneren Unwahrheit zusammenbrach, längst als ein überwundner Standpunkt gilt, so dünkt uns auch das „erweiterte Kartell" höchstens als ein schöner Traum, der vor dem Ernst der Wirklichkeit verfliegt. In der heutigen Zeit kann nur die Politik auf sichre Erfolge rechnen, die, von klaren, festen Prinzipien ausgehend, die Zeit leitend beherrscht, nicht aber ihr dienend sich bald von dieser, bald von jener Strömung der öffentlichen Meinung beeinflussen läßt.

16. August. Im vollen Gegensatze zur „Kreuz-Ztg." empfiehlt der konservative „Reichsbote" in Berlin die Rückkehr der Konservativen zu einer gemäßigteren politischen Haltung. Dabei wendet er sich ebenso gegen die extreme wie gegen die sozialistische Richtung innerhalb der Partei, gegen „Kreuz-Ztg." und gegen das Berliner „Volk." Er sagt:

Es will uns scheinen, daß manche sehr unangenehme Erfahrungen der letzten Zeit darauf hinweisen, daß der Weg der Extravaganzen für keine Partei, am wenigsten aber für die konservative, der richtige ist. Ueberlassen wir es den Sozialdemokraten, das Eingehen auf mögliche Besserungen zurückzuweisen, dagegen aber unerfüllbare Forderungen zu stellen und dann das Volk gegen die Regierung, den Staat und die Gesellschaft zu verhetzen, weil sie nicht erfüllt werden. Die konservative Partei kann und darf das nicht, sie hat stets auch die Interessen der Landwirtschaft mit Energie vertreten und wird das allezeit thun, aber sie ist nie eine spezifische Agrarpartei gewesen und darf es nicht werden, so sehr sie auch jetzt bei dem herrschenden Notstande der Landwirtschaft die Abhilfe desselben in den Vordergrund stellt und mit Energie vertritt.

18. August. Ueber die konservative Partei sagt die „National-Ztg.":

Der Hammersteinkrach war sehr viel mehr als eine persönliche Angelegenheit seines Helden; es vollzog sich darin ein Gericht über eine Klasse „konservativer" Politiker, deren am drastischsten entwickelter Vertreter allerdings der Leiter der „Kreuzzeitung" war. Er lebte mit den zehn Geboten, den Gesetzen des Staates und der Ehre in jahrelangem Konflikt und geberdete sich während dieser Zeit mit eherner Stirn als Wortführer der Kirche und der Monarchie, als berufener Interpret ehrenhafter Gesinnung und Lebensführung, mit cynischem Vergnügen den einzelnen Gegner und ganze Gesellschaftsklassen schmähend und kränkend. Aber während diese abstoßenden Züge dem Charakterbilde des Herrn von Hammerstein eigentümlich sind, war er in seiner politischen Wirksamkeit nur einer von vielen, die allesamt ohne Scheu die unreinsten Geister der Zeit zur Hilfeleistung in dem politischen Kampfe zitirten, in dem es sich für sie darum handelt, mit allen Mitteln eine durch oder ohne ihre Schuld gefährdete wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Position zu behaupten. Der Skrupellosigkeit, die die Bauern

durch sozialistische Schlagworte erregte, alle Grundlagen der wirtschaftlichen Thätigkeit zu zerstören bereit ist, so lange wie möglich mit den Ahlwardt und Genossen zusammenging — ihr entsprach es auch durchaus, daß man, um die vergiftete Hammersteinsche Feder im Kampfe wider die gegnerischen Parteien weiter verwenden zu können, in voller Kenntnis des Charakters und der Handlungsweise dieses Mannes ihn zu halten suchte; daß dies geschehen, haben die verschiednen Phasen des Kampfes, der mit dem Verschwinden des Herrn von Hammerstein endete, bewiesen. Die Gerechtigkeit erfordert, hervorzuheben, daß nach weitverbreiteter und wahrscheinlich begründeter Meinung es andrerseits konservative Politiker waren, die, da jedes andre Mittel versagte, die Oeffentlichkeit behufs Beseitigung des anrüchigen Vorkämpfers zu Hilfe riefen; ob sie aber nur der Kompromittirung der Partei, die durch ihn beständig drohte, vorbeugen oder der Politik und Taktik ein Ende machen wollten, die in ihm am schärfsten verkörpert war, das muß dahingestellt bleiben. Als erster parlamentarischer Führen der konservativen Partei während der Periode Hammerstein hat Herr von Manteuffel gewirkt. Was der eigentliche Leiter in der „Kreuzzeitung" und hinter den Coulissen der Fraktionen einleitete, das vertrat Herr von Manteuffel als offizieller Parteichef im Reichstag und gegenüber den Wählern. Es ist noch gar nicht sehr lange her, daß Herr von Manteuffel als ein gemäßigter Mann, als ein Gesinnungsgenosse des Herrn von Helldorf galt. Ungefähr zur Zeit des Zedlitzschen Schulgesetzentwurfs hatte er plötzlich, zum Erstaunen auch konservativer Männer, sein extrem schlagendes Herz entdeckt. Ueber die Gründe dieser Wandlung kann man nur Vermutungen hegen. Lockte ihn die Führerstellung, die durch Beseitigung von Helldorfs frei zu machen die Hammersteinsche „Kreuzzeitung" eifrig bemüht war, und die sie demnächst vergeben zu können schien? Oder führten mehr persönliche Beweggründe Herrn von Manteuffel zu den Leuten, die in einem politischen va banque-Spiel ihr Nichts an das Alles setzen wollten, das sie neidvoll im Besitze andrer sahen? Wir wissen es nicht, aber wenn man auf die Periode konservativer Politik zurückblickt, in die das Verschwinden des Herrn von Hammerstein zum mindesten einen bedeutsamen Abschnitt macht, muß des Verhaltens des Herrn von Manteuffel ganz besonders gedacht werden. Die „Kreuzzeitung" Hammersteinscher Observanz pflegte von Zeit zu Zeit reklamehaft darauf hinzuweisen, daß die derzeitige konservative Politik im Mittelpunkt des politischen Kampfes und Interesses stand, daß von allen Seiten darauf Bezug genommen, Angriff und Abwehr darnach eingerichtet ward. So weit dies in der That der Fall war, beruhte es auf der Eigenschaft dieser Art konservativer Politik als eines gefährlichen Krankheitsherdes. Die konservative Politik war das Gebiet, von wo aus die dort gezüchteten Bazillen in den andern Parteien ihre ansteckende, Krankheit verbreitende Wirksamkeit übten. So hat diese Art konservativer Politik ihre Gemeinschädlichkeit weit über die eignen Grenzen hinaus bewährt, nicht am wenigsten durch Untergrabung der Staatsautorität gerade in Volkskreisen, in denen sie bis dahin eine feste Stütze besessen hatte. Wir haben aus der konservativen Presse in den letzten Tagen einige Stimmen angeführt, die vielleicht die Annahme gestatten, daß der Hammersteinkrach den Anlaß zu einer heilsamen Auseinandersetzung innerhalb des Konservatismus werden könnte, daß einflußreiche Elemente desselben dem Hinabgleiten zum Sozialismus und zur Demagogie nunmehr zu wehren versuchen. Die Hammersteinsche Aera hat innerhalb der sich noch immer als konservativ bezeichnenden Parlei Elemente in die Höhe gebracht, die mit einer solchen schlechterdings nichts gemein haben, vielmehr unbedingt zerstörende sind.

19. August. Der badische Konservative Herr Röder schließt in der „Kreuz-Ztg." eine Reihe von Aufsätzen, in denen er mit dem „christlich-sozialen Jungkonservatismus", wie er am unverblümtesten in dem „Volk" zum Ausdruck komme, abrechnet. Er schließt mit folgenden Worten:

Die Ideen des „Volk" sind die Strebungen eines diesseitig gewordnen Sozialismus, der sich von den Postulaten des Christentums ebenso weit entfernt, wie von denjenigen der geschichtlichen, der konservativen Auffassung. Das muß gesagt werden, damit Klarheit entsteht. Wir leben in einer Zeit der Verwirrung, der Zersplitterung, der geistlichen und sittlichen Zersetzung, die Phrase und das Schlagwort herrschen, und geschäftige Agitatoren reden den Leuten vor, wonach ihnen die Ohren jucken. Der Geist der Auflehnung und wahllosen Genußsucht, der boshaften Anfeindung gegen alles, was nach Autorität schmeckt, geht durch die Welt. Da hat der christliche Konservatismus eine Aufgabe zu erfüllen. Er muß feststehen und der Demagogie und dem Geiste aus der Tiefe keinen Finger breit gewähren, auch wenn es unpopulär sein sollte. Das „Volk" hat einen andern Geist, als der Konservatismus. Es mag für seinen Geist werben und ihn pflegen, daran kann es niemand hindern. Aber daß dieser Geist kein christlich-sozialer ist, das muß festgestellt werden. Tausende von jungen Leuten, die einst die Führer und Berater unsers Volkes werden sollen, werden von diesem Geist unmerklich, aber sicher beherrscht.

21. August. Die „Kreuz-Ztg." wendet sich gegen die Idee eines Paktes der Konservativen mit der Zentrumspartei.

23. August. Die „Konservative Korrespondenz" weist die Behauptung von einer Krisis innerhalb der konservativen Partei zurück. v. Hammerstein habe als Redakteur der „Kreuz-Ztg." nicht unter der Disziplin der konservativen Partei gestanden und hätte deshalb weder von der konservativen Parteileitung gehalten werden können, noch sei er von ihr gehalten worden.

II.

Christlich-soziale Partei.

2. Juli. Das Organ der christlich-sozialen Partei: „Das Volk" in Berlin sucht die Niederlage des konservativen Kandidaten bei der Ersatzwahl im Reichstagswahlkreise Kolberg-Köslin daraus zu erklären, daß er zu den konservativen Abgeordneten gehörte, die unter Helldorfs Führung gegen das Tivoli-Programm protestirten. Dies habe ihm bei allen denen das Vertrauen entzogen, die auf das Betonen des Antisemitismus und der Selbständigkeit der konservativen Partei Gewicht legen.

20. August. Dasselbe Blatt verteidigt die Berechtigung der von ihm vertretnen Richtung durch folgende Mitteilungen über den

Widerstand, den konservative Kreise dieser Richtung entgegengesetzt hätten. Das „Volk“ sagt:

Dem lebhaftesten Widerstand begegneten wir in dem Bestreben, die Wahrheit rücksichtslos nach oben und nach unten zu bekennen. Es entwickelte sich daraus einerseits die Scheidung von den radikalen Rasseantisemiten, andrerseits die heftige Gegnerschaft hochgestellter einflußreicher Politiker und Höflinge. Was uns am meisten anspornte, nicht in der Festigkeit und Entschiedenheit zu erlahmen, war die Erfahrung, daß auch bei Persönlichkeiten, auf die die kämpfenden Konservativen mit Vertrauen blickten, bedenkliche Schwankungen zu Tage traten. Eines Tages erhielten wir von einer Seite, wo man bis dahin den Fortschritten unsers Unternehmens mit Wohlwollen gefolgt war, das Ultimatum, entweder unsre Haltung zu ändern, oder auf jede Unterstützung zu verzichten. Wir antworteten in einer Zuschrift zu Händen von Hammersteins, daß wir den Verzicht auf Unterstützung der Aenderung unsrer Haltung vorziehen müßten. Es war das vor mehreren Jahren. Am meisten Aergernis erregte unsre Haltung in der Umsturzvorlage, obwohl den eingeweihten Kreisen bekannt war, daß Gründe sehr ernster Natur uns in unserm Vorgehen bestärkten. Es galt die konservativen Schichten, die wir vertreten, vor dem Mißkredit zu schützen, dem die Mittelparteien anheimgefallen sind. Wir wußten, daß die konservative Partei nur als Hilfstruppe benutzt werden sollte, um die Pläne der Mittelparteiler gegen das allgemeine Stimmrecht zu verwirklichen. Wir hatten Kenntnis davon, daß selbst Minister, erschreckt über den wachsenden Einfluß gewisser unverantwortlicher Ratgeber, Alarmschüsse veranlaßt hatten. Wir waren mit andern bekannten Persönlichkeiten Zeuge folgender Aeußerung eines mit einzelnen Ministern gute Beziehungen pflegenden Reichstagsabgeordneten: „Für die Umsturzvorlage liegt im Grunde kein dringendes Bedürfnis vor, aber es handelt sich dabei um die Einleitung einer größeren Aktion, die uns aus den parlamentarischen Wirren führen soll.“

21. August. Der christlich-soziale Pfarrer Naumann feiert in seinem Blatte, der „Hilfe“ in Frankfurt a. M., das Andenken des kürzlich verstorbnen Sozialdemokraten Engels, indem er sagt:

Engels war der Mitarbeiter und Freund von Marx und hat einen sehr wesentlichen Anteil an der Entstehung der Sozialdemokratie. Er hat das Glück gehabt, an der Spitze einer neuen Bewegung zu marschieren und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt Fortschritte zu schauen. Als Sozialisten sind wir Engels Dank schuldig, denn er hat viel zur klaren Ausarbeitung sozialistischer Gedanken beigetragen; als Christen müssen wir aber nach wie vor die materialistische Weltanschauung, die Engels mit Scharfsinn und Einseitigkeit vertrat, aufs bestimmteste ablehnen. Auch am Sarge Engels müssen wir gegen seine Philosophie protestiren, wir thun es aber, indem wir zugleich aus Hochachtung für seine Leistungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete im Geiste einen schlichten Kranz für ihn niederlegen.

III.

Bund der Landwirte.

2. Juli. Das Organ des „Bundes der Landwirte“ ist der Meinung, daß der konservative Kandidat bei der Ersatzwahl im

Bezirke Kolberg-Köslin, v. Gerlach, nur deshalb unterlegen sei, „weil er kein Mann der scharfen Tonart war."

6. Juli. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" veröffentlicht ferner folgende Bekanntmachung des engeren Vorstandes des Bundes:

Fürst Bismarck hat über den ihm zu einem nationalen Zwecke übergebnen, aus den überschießenden Beiträgen, die zu seiner Ehrung anläßlich des 80. Geburtstages eingingen, gebildeten Fonds in der Weise verfügt, daß er als Grundstock für das Heim des Bundes, unser neu erworbnes Grundstück zu Berlin, Dessauerstraße 7, verwendet werden soll. Diese abermalige Anerkennung unsrer Thätigkeit von dem größten Staatsmann des Jahrhunderts soll uns ein neuer Ansporn sein, unentwegt weiter zu kämpfen bis zum Siege. Wir sehen aber darin auch eine wertvolle Bestätigung, daß unsre Bestrebungen auf nationalem Boden stehen.

27. August. Der Reichstagsabgeordnete von Ploetz erörtert in der „Deutschen Tages-Zeiiung," einem Berliner Organ des Bundes der Landwirte, die Frage: „Kann dem Sinken der Getreidepreise durch Maßnahmen der Proviantämter Einhalt geboten werden?" Er verneint diese Frage mit dem Hinweis, daß für das Heer nur 1,4 Prozent des deutschen Brotgetreidebedarfs gebraucht wird, und daß keine Behörde berechtigt sein würde, mehr als den Marktpreis zu bezahlen. Ferner sagt er:

Ein Sturm der Entrüstung geht durchs Land, in der Befürchtung, daß sich die Kunde bewahrheitet, daß die Firma Cohn & Rosenberg durch die Gewährung großartiger Zollkredite unterstützt ihre Börsenmanipulationen vorgenommen habe! Ich mag und will es noch nicht glauben, daß dieses Gerücht der Wahrheit entspricht; sollte es aber doch wahr sein, so werden wohl endlich die verbündeten Regierungen das Einsehen haben, wohin wir gekommen sind!! Denn das nenne ich keine Anbahnung einer Börsenreform, das nenne ich kräftige Unterstützung der Börse und ihrer Auswüchse! Wo bleibt da die Sozialpolitik? Ist das eine Unterstützung des wirtschaftlich Schwachen?! Was sollen denn alle kleinen Mittel helfen, was sollen die Ankäufe der Proviantämter, was soll die Anlegung von Getreide-Silos denn wesentliches nutzen, wenn eine einzige jüdische Firma imstande ist, den Markt zu beherrschen?! Diese an und für sich vortrefflichen Mittel können erst wahrhaft wirksam werden, wenn die großen Mittel, die wir gefordert haben, zur Durchführung gelangen! So lange dies nicht geschieht, so lange steht alles Vertrauen im Lande auf eine wirksame Förderung der Interessen der produzirenden Stände auf dem Nullpunkte. Möchten doch endlich die heutigen Machthaber begreifen, welch unendliches Kapital an deutscher Treue und deutscher Vaterlandsliebe verloren geht, wenn alle großen wirtschaftlichen Maßnahmen lediglich und ganz allein darauf zugeschnitten sind, welchen Nutzen sie dem internationalen Großhandel bringen und dem internationalen, an der Börse wirtschaftenden und wuchernden Großkapital!

29. August. Die „Berliner Korrespondenz" stellt fest, daß jener Firma der Zoll für das von ihr in großen Mengen nach Berlin gebrachte Getreide keineswegs kreditirt sei, sodaß also die

Grundlage vorstehender und hiernach voreiliger Aeußerungen v. Ploetzs dahinfällt.

IV.

Zentrumspartei.

3. Juli. Im Hauptblatt der Zentrumspartei, der Berliner „Germania", werden die deutschen Katholiken des Wahlkreises Meseritz-Bomst dringend aufgefordert, bei der bevorstehenden Reichstagswahl für den polnischen Kandidaten zu stimmen. Das Blatt empfiehlt diesen Kandidaten zwar nicht als Polen; aber es unterläßt die Ewähnung, daß er Pole, und begründet die Empfehlung damit, daß er katholischer Pfarrer, während der andre Kandidat, der freikonservative v. Dziembowski ein „Kulturkämpfer" sei. — In Organen der verschiedensten Parteien wird dem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß v. Buol in seiner Eigenschaft als Präsident des Reichstags den Mitgliedern desselben die Einladung zur Teilnahme an der Enthüllung des Windthorstdenkmals übermittelt hat.

4. Juli. Darauf rechtfertigt die „Germania" den Schritt v. Buols mit den Worten:

> Wenn ein Nationalliberaler Präsident wäre und es sich statt Windthorsts z. B. um Herrn v. Bennigsen handelte, ja, dann wärs ganz was andres! Als Lasker beerdigt wurde, machten Windthorst und andre Zentrumsmitglieder sogar die Feier in der Synagoge mit. Jetzt handelt es sich um einen Windthorst und eine ganz objektive Vermittlung — und das ist ein Verbrechen.

5. Juli. Dagegen bemerkt die „National-Zeitung": Ein Verbrechen ist es nicht, aber eine Ungehörigkeit. Das ultramontane Blatt vermag kein Beispiel anzuführen, daß ein national-liberaler Präsident in der Art v. Buols vorgegangen wäre; die Behauptung, man würde in einem solchen Falle mit anderm Maße gemessen haben, ist daher eitel Wind. Daß politische Gegner nach Windthorsts Tode an der Feier in der Hedwigskirche teil genommen, hat ebenso wenig irgendwo Anstoß erregt, wie Windthorsts und andrer Zentrumsmitglieder Teilnahme an der Laskerfeier in der Synagoge, und auch jetzt würde niemand Anstoß genommen haben, wenn ein privates Komitee direkt zu der Denkmalsenthüllung eingeladen hätte. Jetzt verbreitet der Präsident in seiner amtlichen Eigenschaft eine Mitteilung, die von Privatpersonen ausgeht und seitens dieser eine Parteireklame bezweckt. Denn wenn es sich nur um einen Akt der Pietät handelte, so wäre nicht abzusehen, warum das Denkmalskomitee die Abgeordneten nicht unmittelbar eingeladen hat; das Ein-

greifen des Prozzenten sollte eine Fortsetzung der „politischen Apotheose Windthorsts“ ermöglichen.

6. Juli. Die „Hamburger Nachrichten“ äußern sich über die Einladung des Reichstagspräsidenten also:

Die Einladung ist für die Zustände, in denen wir gegenwärtig leben, charakteristisch; handgreiflicher als durch diesen Schritt des Reichstagspräsidenten kann nicht bewiesen werden, daß im deutschen Reiche jetzt „katholisch Trumpf“ ist. Zum Glück zeigt die nationale Presse wenigstens keine Neigung, die Buolsche Einladung gut zu heißen. Uebereinstimmend wird sie von allen patriotischen Blättern als der Würde des deutschen Volkes widersprechend zurückgewiesen. Ueberall finden wir die beschämende Gegenüberstellung hervorgehoben, daß, während der deutsche Reichstag dem Fürsten Bismarck, dem er sein Dasein verdankt, nach dem Willen des Zentrums keine Ehrenbezeugung erweisen sollte, als das ganze deutsche Volk den achtzigsten Geburtstag des großen Staatsmannes feierte, dem nämlichen Reichstage jetzt von klerikaler Seite zugemutet wird, den Mann zu ehren, der das deutsche Reich von Anfang an bekämpft hat und jederzeit nur für die den Deutschen diametral entgegengesetzen ultramontanen Interessen eingetreten ist. Die Einladung enthält eine Herausforderung des deutschen Nationalbewußtseins, und wir hoffen, daß es darauf in angemessener Weise reagiren wird. Will man sich darüber täuschen, daß die Feier nicht dem Privatmanne Windthorst, sondern dem vielverschlagnen Zentrumsführer gilt, der als das gestorben ist, als was er gelebt hat, als einer der gefährlichsten, weil geschicktesten und verstellungskundigsten Gegner unsrer nationalen Entwicklung?

Der „Hannoversche Kurier“ sagt: „Die Einladung dürfte im Vergleiche mit der Haltung des Zentrums in der Frage der Bismarckehrung durch den Reichstag auch dem Blödesten die ganze Größe ultramontaner Anmaßung deutlich vor Augen führen.“ — Der sozialdemokratische „Vorwärts“ sagt: „Bei der persönlichen Beliebtheit und der allgemeinen Achtung, deren sich der verstorbne Zentrumsführer auch bei den Gegnern erfreute, werden gewiß viele dem Rufe folgen.“ — Das „Leipziger Tageblatt“ meint zu dieser Aeußerung: „Welcher Triumph für den Versender der Einladung, wenn die ganze Mehrheit des Reichstags vom 23. März ihm nach Meppen folgt, und wenn selbst die kirchenfeindliche Sozialdemokratie mit Wort und That beweist, daß sie gleich dem Zentrum den toten Windthorst einer Ehrung für würdig erachtet, die dem lebenden Bismarck schnöde versagt wurde!“ — Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ äußert: „Der Reichstag als solcher hat mit dem Windthorstdenkmal gar nichts zu thun, und der Präsident kann es nicht zum Gegenstand einer offiziellen Mitteilung machen, die auf Reichskosten gedruckt und unter dem Privilegium der Portofreiheit versandt wird.“

16. Juli. Zu der Enthüllung des Windthorstmonuments in Meppen schreibt die Kopenhagener „Nationaltidende“: Wenn Deutsch-

land mit Recht diesen begabten Mann feiert, der aus dem Kulturkampf siegreich hervorging, während sein mächtiger Feind, Bismarck, verloren gehen mußte, hat Dänemark nicht weniger Grund, Windthorst in freundlicher Erinnerung zu behalten.

20. Juli. Der Vorschlag eines sogenannten „erweiterten Kartells" wird von der Germania mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß dies nur auf die Herrschaft der Mittelpartei hinauslaufen, und daß damit namentlich den Konservativen ein Aufgeben ihrer Grundsätze zugemutet würde.

Ende Juli. Graf Strachwitz, Mitglied der Zentrumspartei, giebt in einer Rede zu Breslau die Parole aus, daß diese Partei entweder agrarisch sein oder zu bestehen aufhören werde. — Freiherr v. Fechenbach läßt die Aufforderung ergehen, bei den nächsten Wahlen die nichtagrarischen Mitglieder der Partei durch Zentrumsagrarier zu ersetzen.

1. August. Nachdem für diesen Standpunkt die katholische Schlesische Volkszeitung aufgetreten ist, sagt auch das Organ des katholischen Rheinischen Bauernvereins:

Gewisse Blätter wollen nicht begreifen und noch weniger eingestehen, daß die ländlichen Zentrumswähler eventuell nur diejenigen Abgeordneten nicht wieder wählen werden, die, in ausschließlich landwirtschaftlichen Bezirken gewählt, für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben.

Hiergegen wendet sich die katholische Kölnische Volkszeitung mit dem Bemerken, hiernach dürften ja folgerichtig auch die Zentrumsabgeordneten, die für den Handelsvertrag mit Oesterreich gestimmt haben, nicht wieder gewählt werden, und es würde so ein Kampf zwischen Stadt und Land entstehen, bei dem „die Einigkeit und Geschlossenheit des Zentrums notwendig in die Brüche gehen müßte. Nachträglich überall da, wo es mit einiger Aussicht auf Erfolg geschehen kann, die Parole auszugeben: für oder gegen den russischen Handelsvertrag, das heißt in eine Entwicklung hineintreiben, die das Zentrum sprengt und es unfähig macht, seine bisherige maßgebende Stellung im Reichstage, auf der die Gesamtstellung der deutschen Katholiken im öffentlichen Leben vorzugsweise beruht, zu behaupten."

7. August. Diese Fehde erhält neue Nahrung durch eine öffentliche Erklärung des Grafen Strachwitz in der „Schlesischen Volkszeitung." Der Graf sagt u. a.:

Es beliebt einer gewissen Richtung auf katholischer sowohl wie nichtkatholischer Seite, mit „einseitige begehrliche Interessenvertretung von Junkern, Großgrundbesitzern," mit der drohenden Warnung „vor der Erschütterung des Zentrumturmes, vor der Uneinigkeit in der Fraktion," ja „vor einem Sprengen derselben" zu antworten. Ich meine, daß gerade umgekehrt in einer solchen Stellungnahme eines Teils der Zentrumspresse die einzige und wirkliche große Gefahr für die Einig-

keit der Zentrumspartei liegt; auf die Dauer können auch die katholischen Landwirte sich diese Sprache in der Presse nicht gefallen lassen. Die Vorgänge in Bayern sollten doch zu denken geben. Für oder gegen die Handelsverträge, dies muß allerdings die Losung für die nächste Zeit sein. So kurz die Dauer der Handelsverträge auch erst ist, sie hat genügt, um die Tagesgeschichte das endgiltige Urteil über dieselben bereits sprechen zu lassen. Dasselbe lautet dahin, daß die Handelsverträge für Deutschland einem verlornen Kriege gleichkommen. Das katholische Volk ist in seinem ganz überwiegenden Teile agrarisch gesonnen.

17. August. Ueber das Auftreten des Grafen Strachwitz bemerken die „Hamburger Nachrichten“:

Es wäre eine starke Ueberschätzung des Vorganges, wenn man aus ihm auf den nahe bevorstehenden Zusammenbruch des berühmten „festen Turmes“ schließen wollte. Was in der Rede des Grafen Strachwitz Pein verursachte, war die Kritik der Haltung des Zentrums gegenüber den Handelsverträgen. Man argwöhnte dahinter eine Erklärung gegen die leitenden Männer der heutigen Reichstagsfraktion des Zentrums. Diesem Argwohn hat Graf Strachwitz selbst in seiner jüngsten Erklärung mit allem Nachdruck den Boden entzogen. Von Bedeutung ist nur, daß der Antrag Kantz ausdrücklich beiseite geschoben wird. Besonders bedauerlich ist es, daß auf konservativer Seite der alte Wahn, das Zentrum als Bundesgenossen einer echt konservativen Politik gewinnen zu können, durch die Strachwitzsche Partei in vielen Köpfen neue Nahrung erhalten hat.

25. August. Dreitausend zum zweiundvierzigsten Deutschen Katholikentag in München eingetroffne Teilnehmer werden vom Grafen Preysing empfangen, der in seiner Ansprache sagt: In unserm Glauben liegt die Gewähr, daß wir Gott und darum dem Vaterlande dienen. Der gefährlichste Feind ist heutzutage die Gleichgiltigkeit. Sie zu bekämpfen, ist die Aufgabe des Katholizismus. Windthorsts Geist der treuen Pflichterfüllung lebt in uns fort.

26. August. Die erste nicht öffentliche Generalversammlung des Katholikentages wird durch Oberlandesgerichtsrat Geiger mit einer Rede über die Bedeutung der Katholikentage eröffnet. Sodann verliest Graf Preysing das Schreiben des Papstes, in dem es nach anerkennenden Worten über die Wirksamkeit der Katholikentage heißt:

Wir haben Grund, von euerm Eifer und euern Bemühungen das Beste zu erwarten, denn ihr bekennt als eure bestimmte Absicht, alles daran zu setzen, daß in euerm Volke mehr und mehr das zur Ausführung gelange, was euch in den Encykliken vorgeschrieben und eingeschärft wurde. Zu den wichtigsten Aufgaben rechnet ihr, die Erziehung der Jugend zu fördern, die Vereinigung der Arbeiter und Handwerker zweckmäßig zu ordnen und die Tagespresse wie die übrige zur Verbreitung von Kenntnissen im Volke bestimmte Litteratur so zu leiten, daß sie den Einfluß, den sie in der Welt und im Reiche ausüben soll, auch wirklich ausübe.

Zum Vorsitzenden wird Justizrat Müller aus Koblenz gewählt.

27. August. In der zweiten öffentlichen Versammlung des Katholikentages spricht Bachem über die Weltanschauung des Sozialismus; er bezeichnet als Grundirrtum der sozialistischen

Lehre, daß sie von dem natürlichen Wesen des Menschen absehe und zuerst den Zukunftsstaat, nachher den hierzu passenden Idealmenschen konstruire. Redner schließt mit der Aufforderung, den Sozialismus auf der ganzen Linie zu bekämpfen. Abgeordneter Woerle spricht über das Thema: „Unsre Forderungen für die Volksschule." Redner verlangt Konfessionsschulen, kirchliche Schulaufsicht und Vereinfachung des Unterrichtsstoffes. Gymnasialdirektor Orterer bekämpft die naturwissenschaftliche Philosophie und die moderne Kunst. Das Christentum müsse in der Schule und in der Wissenschaft wieder zur Geltung kommen. Freiherr v. Hertling hält einen Vortrag über „Rom und Papst im Jahre 1895":

Auch im neunzehnten Jahrhundert werde die Menschheit von religiösen Fragen am tiefsten ergriffen. In Rom sei vieles anders geworden durch eine wenig begründete Großmannssucht und die Tendenz, altes zu verwischen. Der großstädtische Pöbel habe die Römer von ehedem verdrängt, und beseitigt seien im Kolosseum die an den Tod der Märtyrer erinnernden Kreuze und Stationen. Die heilige Atmosphäre Roms sei verschwunden, und der Papst sei ein Gefangner, wenn auch ohne Ketten und Fenstergitter, aber wenn er den Vatikan verlassen wollte. Dagegen müßte die ganze katholische Welt protestiren. Das ärgste sei nicht die Beraubung persönlicher Freiheit oder die erzwungne Nichtteilnahme an großen Kirchenfesten, sondern daß der Einfluß des Papstes in Rom gehemmt sei. Trotz allem sei aber der historische Charakter der Stadt, die weltumspannende Thätigkeit des Papstes geblieben. Niemals war die Verehrung für den Papst größer als in unsrer Zeit, und der ganze Erdkreis lauscht seinen Kundgebungen. Der Papst, als Gefangner, angewiesen auf die Liebesgaben der Gläubigen, ist noch immer eine moralische Macht, ein politischer Faktor, vielleicht mächtiger als im fünfzehnten Jahrhundert, während Papst Sixtus mit Venedig in Fehde lag. Immerhin ist die gegenwärtige Stellung des Papstes unwürdig, unmöglich. Er darf nicht Unterthan eines weltlichen Fürsten sein. Die Italiener leugnen das Bestehen einer römischen Frage, aber diese war nie rein national, weil der Papst der ganzen katholischen Welt gehört. Auch früher, beispielsweise zur Zeit des Exils in Avignon, ertrugen die Völker nie eine wirkliche oder scheinbare Abhängigkeit des Papstes. Die Katholiken werden nie aufhören, die Lösung des 1870 geschaffnen Konflikts zu verlangen. Leo XIII. selbst sagte, thöricht sei es, am untergegangnen Alten festzuhalten. Der Papst ist Friedensfürst und lehnte die gewaltsame Erneuerung der frühern Verhältnisse ab. Wir sind keine Feinde des Dreibundes, von einer Rückkehr des italienischen Volkes zum Papst erwarten wir das Heil, und durch die friedliche Lösung der Frage würde Italien an innerer Kraft gewinnen. Die Liberalen haben den Einfluß auf die Massen verloren, wir aber vertrauen auf die mächtige Gewalt der öffentlichen Meinung.

Es werden sodann Anträge gegen die leichtsinnige Auswanderung nach Amerika, auf Unterstützung angehender tüchtiger katholischer Gelehrter, auf Verbreitung katholischer Litteratur, auf Erhaltung des konfessionellen Charakters der Schule und auf Wahrung des kirchlichen Einflusses auf die ganze Schule sowie auf Beseitigung der Simultanvolksschulbücher angenommen.

28. August. Dritte öffentliche Versammlung des Katholikentages. Domkapitular Danner von Salzburg bekämpft in einer Rede über „Autorität" die modernen Universitäten, die die Autorität untergräben. Im Recht, im Staate, in der Familie und der Schule gelte das Wort: „Ohne Gott keine Autorität!" Der Reichstagsabgeordnete Schädler spricht über: „Arbeit im Lichte des Christentums"; er faßt die christliche Auffassung von der Arbeit zu dem Rufe zusammen: „Mit der Kirche für die Arbeit, mit der Kirche für das arbeitende Volk!" Professor Grauert spricht über den „Katholizismus und die Wissenschaft." Schlosser Schirmer entwickelt die Aufgaben und Ziele der katholischen Arbeitervereine. Die heutige Arbeiterbewegung lasse sich nicht rückgängig machen, man müsse aber in den katholischen Arbeitervereinen einen Regulator jener Bewegung schaffen, besonders auch für eine gute Arbeiterpresse Sorge tragen. Abg. Gröber behandelt das Christentum als Grundlage des staatlichen Lebens:

Der moderne Staat, soweit er konsequent sei, sehe von Gott, von jeder Religion ab. Der Reichskanzler v. Caprivi habe vor zwei Jahren das schöne Wort gesprochen: Es handelt sich um Religion oder Atheismus. Redner zieht Vergleiche zwischen seinem christlichen Staat und dem aus dem Liberalismus hervorgegangnen angeblich atheistischen. Alle Obrigkeit komme von Gott, und für die Gesetzgebung und Verwaltung sei der Wille Gottes maßgebend. Der moderne Staat, einerlei ob Monarchie oder Republik, sei für das christliche Volk unannehmbarer Absolutismus. Die Frage sei naheliegend, ob für den Einzelnen besser gesorgt sei, wo der Staat bloß schütze, soweit es ihm gefalle, oder wo die Gefühle der Verantwortlichkeit vor Gott. Die erste Aufgabe des christlichen Staates sei selbstverständlich die Förderung der Kirche. Alle echten Büreaukraten seien echte Feinde der Kirche. In Bayern hätten dieselben Leute, die die absolute Preßfreiheit vertreten, das Placet des Kultusministers für kirchliche Erlasse gefordert. Die Ordensfrage sei in Württemberg traurig, in Baden schaurig, und in Bayern, wo die sozialistischen Agitatoren es leicht hätten, dürften auswärtige Geistliche nicht predigen. Der moderne Staat trenne durch die Zivilehe die Familie und durch die Konfessionslosigkeit die Schule von der Kirche. Gotteslästerung werde leichter bestraft als Majestätsbeleidigung, und die Jugend werde durch Presse, Kunst und staatlich subventionirte Theater korrumpirt. Die Gesetzgebung müsse den wirtschaftlich Schwachen schützen und unbedingt freien Konkurrenzkampf verhindern. Einiges, beispielsweise das Wuchergesetz, sei gebessert. Das Volk lasse sich auf die Dauer solche Behandlung nicht gefallen. Die liberal-kapitalistische Gesetzgebung müsse zur Revolution führen.

29. August. Im Katholikentag berichtet Professor Dietrich aus Bromberg über christliche Kunst und bemerkt, die diesjährige Berliner Kunstausstellung sei die purste Prostitution. Wenn edle katholische Künstler besser unterstützt würden, so dürften wohl solch ekelhafte Erscheinungen verschwinden. Verwerflich sei die Profanirung von Personen der Kirchengeschichte durch ihre Auffassung als rein historische Figuren. Die Versammlung tadelt in einem Be-

schlusse die Massenerzeugung kirchlicher Kunstgegenstände durch den Fabrikbetrieb sogenannter Kunstanstalten. Die Versammlung empfiehlt ferner: Freimachen vom staatlichen Unterrichtsmonopol, höhere von Bischöfen geleitete Lehranstalten, rein katholische deutsche Universitäten, den Besuch der Universität Freiburg in der Schweiz, die Unterstützung des Planes einer katholischen Universität Salzburg. Die farblose Presse, namentlich die Generalanzeiger, die seit Beendigung des Kulturkampfs die Katholiken einschläferten, aber selbst gefährlicher als der Kulturkampf seien, sollen kräftigst bekämpft werden als Wölfe im Schafskleid. Die Anträge, betreffend Papst und römische Frage, werden angenommen. (Erklärung der Notwendigkeit der Herstellung der päpstlichen territorialen Souveränetät.) Betreffs der Schule und des Unterrichts werden die bekannten Forderungen und Wünsche erhoben. Dann werden Anträge des Ausschusses für die soziale Frage betreffend die Interessen des Bauernstandes, die Bekämpfung des Wuchers und der Differenzgeschäfte, die Gründung von Darlehnskassen und christlichen Bauernvereinen, die Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung angenommen.

30. August. Aeußerungen der Presse über den Katholikentag: National-Zeitung: „Es gehörte eine eigenartige Gemütsverfassung dazu, die Münchner Tagung und ihre Kundgebungen wichtig zu nehmen. Dies gilt auch bezüglich der Beschlüsse über die »römische Frage«, die, käme der Versammlung wirkliche Bedeutung zu, im Auslande vielleicht schlecht wirken könnten. Daß man den Papst als Gefangnen im Vatikan bezeichnet; daß man erklärt, er müsse den Kirchenstaat wieder haben »im Interesse der erschütterten Gesellschaftsordnung« u. s. w. — das alles wird die Welt gleichgiltig lassen. Daß man es aber, während der Bundesgenosse Deutschlands, Italien, sich anschickt, den fünfundzwanzigsten Jahrestag seiner nationalen Einigung festlich zu begehen, angemessen findet, seiner Entrüstung über die beabsichtigte Feier »der sakrilegischen Beraubung des heiligen Vaters« Ausdruck zu geben, verrät wenig Rücksicht auf die internationalen Interessen des deutschen Reichs. Dieses Hineinreden in die italienische Nationalfeier wird in Italien am besten gewürdigt werden, wenn man dort beachtet, daß die sogenannte »Generalversammlung der deutschen Katholiken« keinerlei Kundgebung übrig hatte für die Erinnerung des deutschen Volkes an die vor fünfundzwanzig Jahren blutig und siegreich errungne Einheit Deutschlands.“ — Kölnische Zeitung: „Es muß anerkannt werden, daß die Redner etwas weniger gegen den Staat donnerten, als es sonst zu geschehen pflegte. Nach allem, was der Staat den Herren schon zugestanden hat, wäre ein andres Verhalten allerdings auch eine Undankbarkeit sonder gleichen gewesen.“ — Münchner Neueste Nachrichten: „Wenn der Nutzen der Versammlung nicht einzusehen ist, so ist die Frage, ob sie nicht vielmehr gerade schädlich gewirkt habe, nur dann zu verneinen, wenn man sich des geringen Einflusses, den sie ausüben kann, getröstet. Oder, um es kurz und klar auszudrücken, der Wille der Versammlung, zu schaden, war größer als glücklicherweise ihre Macht. Der Geist, von dem die versammelten Väter beseelt waren, zeigt sich recht deutlich in solchen Resolutionen, wie z. B. den beiden, die auf Verherrlichung zweier

mit dem Jesuitenorden eng verbundnen Namen — Loreto und Canisius — abzielen und eine Zeit betreffen, die als eine für die Entwicklung der deutschen Geschichte geradezu unheilvolle angesehen werden muß. Ein Katholikentag, der nichts Besseres zu thun weiß, als dies Petrefakt aus einer glücklicherweise längst hinter uns liegenden Zeit mit einem Heiligenschein zu vergolden, paßt nicht nach Deutschland, paßt nicht nach München, wo weise und aufgeklärte Herrscher eine blühende Stätte des wissenschaftlichen Lebens, wo frei gelehrt und gelernt wird, gegründet und zu hoher Blüte gebracht haben, — paßt nicht in unsre Zeit. Rein widerlich war der dicke ultramontane Faden, der sich mit rührender Beharrlichkeit durch die ganzen Verhandlungen zog. Ueberall mußte die Fahne des Papsttums heraussehen. Wir können es daher durchaus nicht auffällig finden, daß Kaiser Wilhelm auf das Huldigungstelegramm dieser Herren erst im allerletzten Moment geantwortet hat. Einem Herrscher, der nur von dem allgemeinen Drange nach einer Politik der Versöhnung beseelt ist, mußte die Huldigung einer fanatischen Masse, die offenkundig eine Politik der Zwietracht und Verhetzung betreibt, entschieden etwas ungelegen kommen."

V.

Polnische Partei.

21. Juli. In Posen werden etwa siebzig Polen aus Galizien festlich empfangen, jedoch werden keine gegen Preußen herausfordernde Reden gehalten.

30. Juli. Kardinal Graf Ledochowski, der einst wegen Auflehnung gegen preußische Gesetze zu Gefängnisstrafe verurteilt war, richtet an den Erzbischof v. Stablewski aufs neue ein Dankschreiben für die ihm aus Posen zum fünfzigjährigen Priesterjubiläum dargebrachten Glückwünsche. Darin gedenkt er der Zeit seiner frühern Auflehnung gegen den Staat in den Worten:

In dem Schreiben Ew. erzbischöflichen Gnaden wurde ich an Vorkommnisse aus meinem langjährigen priesterlichen Leben erinnert, in denen es Gott gefiel, mich als Werkzeug zur Erfüllung Seines heiligen Willens zu benützen. Für alles gebührt dem Herrn Ehre, denn auch die Jubiläumsfeierlichkeiten waren eine Huldigung und Danksagung für den Herrn. Und wenn mir Gott gestattet hat, etwas für meine frühern Diözesen zu thun, so muß ich nach Gottes Gnade gerade den Diözesanen jener uralten Städte danken, denn sie waren es, die mich darin unterstützten und die durch ihre Einheit mit ihrem Hirten diesem die Arbeit versüßten. Wenn der himmlische Vater meine Bemühungen segnete, belohnte er auch den Glauben und die Aufopferung meiner Diözesanen. Viele Jahre sind verflossen, sehr viel hat sich seit meiner Verbannung geändert, aber zwischen uns ist dieselbe Geistesverwandtschaft geblieben.

15. August. Aus der Provinz Posen wird der „National-Zeitung" geschrieben:

Wie notwendig die Gründung des Vereins zum Schutze des Deutschtums im Osten war und wie dringend es ist, die deutsche Sache durch Förderung des Vereins aus dem Reiche kräftig zu unterstützen, bekunden die fortgesetzten Angriffe der polnischen Presse und ihre herausfordernde Ver-

tretung polnisch-nationaler Ansprüche. Es würde ermüden, täglich auf die kleinen Gehässigkeiten der polnischen Blätter einzugehen.

Im August. Die Polen verhalten sich der Feier der deutschen Sieges-Gedenktage gegenüber sehr kühl.

Der Posener „Goniec" meldet, die polnischen Vereine in Kosten seien zur Beteiligung an dem „rein deutschen Feste" der Grundsteinlegung eines Denkmals für die gefallnen Krieger am Jahrestage von Sedan eingeladen worden; „die polnische Würde werde es aber den Kostener Polen nicht gestatten, an dergleichen Feierlichkeiten sich zu beteiligen, da sie das deutsche Ruhmesdenkmal als das sicherste Zeichen ihrer eignen Niederlage betrachten müßten." Auch der „Orendownik," das Organ der Volkspartei, betont, daß die Polen keinen Grund hätten, sich über jene Siege Deutschlands zu freuen, und kommt, gleichfalls nach einer Aufzählung der antipolnischen Maßnahmen, zu dem Schluß, die Polen dürften an den von Deutschen veranstalteten Festlichkeiten nicht teilnehmen; auf die Einladungen deutscher Vereine sei vielmehr überall eine ruhige, aber entschieden ablehnende Antwort zu geben.

VI.

Sozialdemokratische Partei.

Mitte Juli. Nachdem die auf dem Parteitage zu Frankfurt a. M. 1894 eingesetzte „Agrarkommission" ihre Arbeit beendet hat, ladet der Parteivorstand zum Besuche des Parteitags in Breslau mit dem Bemerken ein, daß wichtige Entscheidungen zu treffen seien, vor allem über die Stellungnahme der Partei zur Agrarfrage. Der Frankfurter Parteitag hatte sich darauf beschränkt, der Agrarkommission die Einverleibung der „Agrarfrage" in das Parteiprogramm anzuvertrauen, und im übrigen eine Resolution gefaßt, deren Kern in folgendem Satze bestand: „Die Agrarfrage als notwendiger Bestandteil der sozialen Frage wird endgiltig nur dann gelöst, wenn der Grund und Boden mit den Arbeitsmitteln den Produzenten zurückgegeben ist, die heute als Lohnarbeiter oder Kleinbauern im Dienste des Kapitals das Land bestellen." — Der „Vorwärts" teilt nun mit, die Agrarkommission habe sich genötigt gesehen, „um ihren Vorschlägen eine zweckmäßige Form zu geben, sie in den zweiten Teil des bestehenden Parteiprogramms einzuarbeiten." Dieser „zweite Teil" enthält aber in keiner Weise die Grundsätze der Partei, sondern nur das, was, von diesen Grundsätzen ausgehend, die sozialdemokratische Partei Deutschlands eingestandnermaßen zunächst fordert, „um sich in Besitz der politischen Macht zu setzen"; also die Uebergangsarbeit zum Zukunftsstaat. Zunächst hat die Agrarkommission in diesen einleitenden Satz des zweiten Teiles des Programms folgende Erläuterung eingeschaltet. Die Uebergangsforderungen seien gestellt:

zur Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden

Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Was die einzelnen Forderungen anlangt, so wird hinsichtlich der Schule nur gefordert: Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Musterwirtschaften und Versuchsstationen und die Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtskurse. Sodann empfiehlt die Agrarkommission: Beseitigung aller Ertrags-(Real-)Steuern, Gewerbe-, Haus- und Grundsteuern u. s. w.

31. Juli. Die „Dresdner Nachrichten" bemerken über das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der nationalen Kriegserinnerungsfeier:

Es dürfte schwer sein, in der modernen Geschichte ein Beispiel zu finden, in dem sich die Sozialdemokratie eines nichtdeutschen Landes unter ähnlichen Umständen in gleicher Weise betragen hätte. In Frankreich wäre etwas derartiges schlechtweg unmöglich. In Frankreich hofft man auf die deutsche Sozialdemokratie wie auf einen rettenden bösen Engel. Eine jüngst veröffentlichte Schilderung deutscher Zustände aus angesehener französischer Feder ließ zwischen den Zeilen durchblicken, daß zwar Deutschlands Waffenmacht zur Zeit unbezwinglich sei, daß aber am Herzen des deutschen Volkes der Wurm der sozialen Revolution nage, und daß die „mächtige Partei" dieser Revolution dereinst die Kraft Deutschlands zersplittern werde. Je geflissentlicher die deutsche Sozialdemokratie durch ihr vaterlandsloses Verhalten dieses schiefe Urteil des feindlichen Auslandes bestärkt, desto näher wird die Gefahr gerückt, daß die Franzosen den Augenblick für gekommen erachten, in dem der „Schwächungsprozeß" Deutschlands weit genug vorgeschritten ist, um ihnen den Revanchekrieg zu gestatten. Deshalb ist das jetzige Gebahren der sozialdemokratischen Führerpresse friedensgefährlich. Man lasse daher den revolutionären Führern in der Bekämpfung des Vaterlandes in Wort und Schrift nicht zuviel Spielraum, sonst wird man es eines Tages zu bereuen haben.

1. August. Die „Münchner Post," Hauptorgan der Sozialdemokratie Vollmarscher Richtung, spricht sich, unzufrieden über das Agrarprogramm, also aus:

Vor allem dürfte die Vermengung des Bauernprogramms mit dem allgemeinen Parteiprogramm auf starke Opposition stoßen. Das allgemeine Programm leidet dadurch, wogegen das Bauernprogramm die praktische agitatorische Wirkung verliert. Dann weist der Entwurf Widersprüche auf, diese müssen ausgemerzt und die Sprache in demselben präziser und gemeinverständlicher werden. Kurzum, die Arbeit trägt den Stempel des Ueberhastens. Verfalle man in Breslau nicht in denselben Fehler. Das beschrittene Gebiet ist außerordentlich schwierig, erfordert große Sachkenntnis und tiefes Studium, und darum hoffen wir, daß das Agrarprogramm auf dem nächsten Parteitag wohl besprochen, aber noch nicht definitiv beschlossen wird. Nicht genügend Durchgedachtes zum Beschluß in das Programm erhoben, könnte der Sozialdemokratie schlimme, sehr schlimme Folgen zeitigen.

Der „Sozialist," anarchistisches Organ, ist ebenfalls der Meinung, daß die Begeisterung für das Agrarprogramm unter den Nullpunkt sinken werde.

4. August. Zum bevorstehenden Sedantage bemerkt der „Vorwärts“:

Patriotische Kapitalisten beabsichtigen, in inniger, aufrichtiger Liebe zu diesem Staate, den heiligen Sedan diesmal ganz besonders umfassend zu begehen. Sie wollen, wie aus ihren Organen herauszulesen, möglichst unter „Kontraktbruch,“ wie sie es bei der Maifeier nennen, und unter Einbehaltung des Arbeitslohnes für diesen Tag, ihre Arbeiter in mordspatriotische Feier hineinpeitschen, damit dem erhabnen Gedenktage des großen Schlachtens auf keinen Fall der volkstümliche Charakter fehle. Wo ist der Mann unter dem deutschen Industrieproletariat, der solcher frechen Bethätigung des Mordspatriotismus nicht hohnlachend und mit Ekel erfüllt gegenüberstände? Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich, ohne Ingrimm im Herzen, durch Beteiligung an solcher Feier entehrte? Welcher klassenbewußte Arbeiter in deutschen Landen reichte im Anblick des mordspatriotischen Geheuls nicht mit doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der erzenen Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erblaßt, als vor einem Menetekel: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

7. August. Der Tod des Sozialistenhäuptlings Engels versetzt den „Vorwärts“ in tiefe Trauer. In seinem schwarzumränderten Nachrufe für den Vorstorbnen bezeichnet das sozialdemokratische Blatt ihn als den Testamentsvollstrecker von Marx, der die Riesenaufgabe vollbracht habe, den von Marx begonnenen Kolossalbau würdig zu Ende zu führen.

13. August. In einer Versammlung zu Berlin spricht sich der Abgeordnete Auer über bäuerliche Verhältnisse aus.

Er stellt an die Spitze den Satz, daß früher in der Partei niemand es für möglich gehalten habe, auch den Bauer, den Grundbesitzer, gleichgiltig ob groß oder klein, für die Sozialdemokratie zu gewinnen. In neuerer Zeit sei aber, namentlich in Süddeutschland, von sozialdemokratischen Anhängern der Versuch gemacht worden, den Bauernstand als solchen mit praktischen Maßnahmen zu bekehren. Als Vertreter dieser Bestrebungen bezeichnet Auer den Abgeordneten v. Vollmar. Er giebt zu, daß Vollmar große agitatorische Erfolge in Süddeutschland erzielt habe. Er werde freilich zu Unrecht mit dem Nimbus eines „Bauernagitators“ umgeben. In den Versammlungen, wo man Vollmar zugejubelt habe, seien nicht Bauern, die Grundeigentum besitzen, anwesend gewesen, sondern zum größten Teil Landarbeiter, vor allem oberbayrische Holzknechte, die ihm zugejauchzt hätten. In den Gegenden Bayerns, wo Getreide gebaut wird, sei für Vollmar absolut nichts zu machen. Der Nimbus, der Vollmar als Bauernagitator, freilich ohne seinen Willen, umstrahle, sei deshalb durchaus unberechtigt. Auer ist der Ansicht, daß gar nicht daran zu denken sei, den spannfähigen Bauern zu gewinnen, weder in Bayern noch sonstwo. Wollte die Sozialdemokratie diese Kreise gewinnen, so müßte sie das auf Kosten ihrer Prinzipien thun. Dagegen ist Auer der Ansicht, daß die Landarbeiter in den Bannkreis der Sozialdemokratie gezogen werden könnten. Ursprünglich hätten die Landarbeiter auch im Vordergrunde der agrarpolitischen Bestrebungen gestanden. Sie seien aber in den Hintergrund getreten, als in Frankfurt a. M. als Referenten für die Agrarfrage v. Vollmar und Schönlank bestellt worden seien, die wesentlich

auf demselben Boden ständen und die Meinung vertrüten, daß durch entsprechende Maßnahmen auch das Bauerntum für die Sozialdemokratie erobert werden könne. Man müsse rechtzeitig in aller Freundschaft, aber mit aller Energie gegen diese Vollmarschen Bestrebungen Stellung nehmen, denn dadurch werde die Theorie der ganzen sozialdemokratischen Lehre auf das äußerste erschüttert.

16. August. „Zerstörende und erhaltende Politik" überschreibt die Konservative Korrespondenz eine der Sozialdemokratie geltende Betrachtung, die an das sozialistische Agrarprogramm anknüpft und folgert, daß die Sozialdemokratie ihren Grundsätzen gemäß niemals ernsthaft für die Konservirung irgend einer der heutigen Einrichtungen eintreten könne, sondern lediglich eine zerstörende Partei sei. Das Blatt sagt:

Die Heuchelei, die in dem Agrarprogramm ihren Ausdruck gefunden hat, wird durch nichts besser beleuchtet als durch ein Zitat, das die sozialdemokratische Magdeburger Volksstimme aus Bebels „Hauptwerk," aus seinem Buche „Die Frau" beibringt. Dort heißt es über die Kleinbauern: „Wer die Rückwärtserei liebt, mag an der Fortexistenz dieser sozialen Schicht Genugthuung empfinden, der menschliche Fortschritt bedingt, daß sie verschwindet." Diese dem Bauernstande feindliche Gesinnung, die die ganze Sozialdemokratie beherrscht, hinderte aber nicht an der Aufstellung von „agrarischen" Forderungen, um den „Kleinbauern die Fortexistenz zu ermöglichen." Das ist eine Heuchelei, die selbst den „Genossen" zu arg wurde.

18. August. Zur Feier dieses Tags schreibt der „Vorwärts" folgenden Prolog:

Ein dynastisch-militärisches Fest mit großer Generalabsperrung wird am Sonntag wieder einmal in der Gegend des Königliches Schlosses abgehalten. Diesmal soll an der durch allergnädigsten Beistand des Spielteufels niedergelegten Schloßfreiheit ein Denkmal für Wilhelm I. errichtet werden. Merkwürdigerweise nennt man das Ding „Nationaldenkmal," als ob die Nation, soweit sie nicht durch eine Reihe Militärs und Beamte vertreten, irgend etwas andres mit dem Denkmal zu thun hätte, als daß sie sehr wider den Willen eines beträchtlichen Teils ihrer Angehörigen die in die Millionen gehenden Kosten dafür aufbringen müßte. Denn, ganz abgesehen von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, ist auch den weitesten Kreisen des Bürgertums der Heldengreis so schnuppe geworden, daß die zum Zwecke der Galvanisirung seines Andenkens angewandten Polizei- und Reptilienkünste auch dort höchstens eine unwillige Bemerkung oder gleichgiltige Lache erregen.

Der „Sozialist," Organ für Anarchismus, stellt seine Programmsätze auf und sagt u. a.:

Todfeind sind wir den Versuchen, mit Hilfe eines halben Sozialismus oder der sozialen Reform allen lebens- und glücksfeindlichen Religionssystemen neues Scheinleben einzuimpfen, todfeind den Versuchen, den Magen zu füllen, um das rebellische Hirn zum Schweigen zu bringen. Wo es sich bei solchen Bestrebungen um Heuchler handelt, wollen wir sie mit Ruten peitschen, wo es Verblendete sind, wollen wir sie — je nach dem Grade ihres Wahns — auslachen oder belehren. Todfeind sind wir auch heute wie immer den Kompromißbestrebungen, die gut Freund sein wollen mit jenen Altgläubigen und darum die entnervende Parole ausgaben: Religion

ist Privatsache! Trete aus der Landeskirche aus, wer nicht kirchlich gesinnt ist, schaffe sich jeder das Liebesleben, wie es seine Natur fordert, füge sich kein Mann und kein Weib den Verkehrtheiten in der Sitte des Bekleidens, des Ernährens und des Betrinkens.

Betreffs der Attentäter erklärt der „Sozialist," nicht wie gewisse Leute einen Reinsdorf und Ravachol Spitzel nennen oder einen Henry und Caserio als wahnsinnig bezeichnen zu wollen, sondern er werde nur versuchen, sie zu verstehen. — Der sozialdemokratische „Kaiserdeputirte" Schröder wird vom Schwurgericht in Essen des wissentlichen Meineids schuldig befunden.

19. August. Hierzu bemerkt der „Vorwärts":

Unschuldig ins Zuchthaus! Damit glauben wir die Ansicht von Millionen auszusprechen und nicht nur von Sozialdemokraten. Wir glauben nicht, daß irgend ein Ereignis in neuester Zeit auf unsre Genossen in Deutschland einen tiefern Eindruck gemacht hat, auch das verpfuschte Umsturzgesetz nicht, bei dessen Bekämpfung doch immerhin der Humor noch zu seinem Rechte kommen konnte, als der Spruch der Bourgeoisgeschworenen in Essen. Wer noch an eine Versöhnung der Klassengegensätze in unsrer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung glauben konnte, dem müssen die Essener Geschwornen den Star gestochen haben. Ein ganz andres Denken und Fühlen herrscht hüben, ein ganz andres drüben. Wer von uns kann jetzt noch von bürgerlichen Richtern ein Urteil erwarten, das unsern Rechtsanschauungen entspricht? Aber den sofortigen Protest des Augenblicks mit richtigem Instinkt gefunden zu haben, das Verdienst gebührt unsern Essener Genossen. Sie telegraphiren uns soeben: In der heutigen Kreiskonferenz des Wahlkreises Essen wurde Schröder einstimmig als Reichstagskandidat aufgestellt. Dies ist unsre Antwort auf den Spruch der Geschwornen.

30. August. Der „Vorwärts" verherrlicht die Lassallefeier, indem er sagt:

Eine seltsame Ironie des Schicksals will es, daß in denselben Tagen, wo die Bourgeoisie sich zu dem Feste rüstet, an dem der Hurrapatriotismus und die chauvinistische Phrase sich selbst überschlagen, auch das Proletariat eine ernste Feier begeht. So weltenfern wie der Charakter des Sedanrummels und der Lassallefeier, so weltenfremd stehen sich Bourgeoisie und Proletariat gegenüber. Mehr als eine Welt trennt sie von einander. Sie verstehen sich nicht mehr in ihrem Wollen, — auch in ihrem Fühlen und Empfinden giebt es nichts Gemeinsames mehr. Und das ist gut so.

Dritter Abschnitt.

Fürst Bismarck.

1. August. Die „Hamburger Nachrichten" sprechen sich also aus: Dem Fürsten Bismarck ist gelegentlich seiner letzten Rede

an die Landwirte mehrfach vorgeworfen worden, daß er jetzt eine andre Sprache führe, als sie jemals während seiner Amtszeit auch nur denkbar gewesen sei. Man möchte, schreibt die „Korr. des Bundes der Landwirte," das Gewicht seiner Worte dadurch abschwächen, daß man unterstellt, sie seien nur der Ausfluß einer galligen Stimmung. Leute, wie Professor Delbrück, scheuen sich nicht, von „demagogischer Verhetzung" zu sprechen. Demgegenüber scheint es uns zweckmäßig, festzustellen, daß der Fürst schon vor siebzehn Jahren, als er, wie seine Gegner so geschmackvoll zu sagen pflegen, noch der allmächtige Minister war, also jedenfalls keine Veranlassung hatte, einem ohnmächtigen Zorne in scharfen Worten Luft zu machen, daß er schon damals dieselben Ansichten fast mit denselben Worten vertreten hat wie heute. Uns liegt eine Denkschrift betreffend die Neuwahlen zum Reichstag 1878 vor. Sie ist von dem Oberregierungsrat Hahn entworfen, dann vom Fürsten genau durchgesehen, im einzelnen verändert und gebilligt. Die Gedanken des Fürsten sind der Ausfluß einer praktischen, aber schmerzlichen Lebenserfahrung, nicht einer persönlichen Verstimmung, die ein kindisches Gefallen daran fände, Leuten, die einer solchen Aufmerksamkeit kaum wert sind, kleine Bosheiten zu sagen.

4. August. Auf dem Knivsberge bei Apenrade wird, unter Abhaltung eines deutsch-nationalen Festes, ein Bismarckturm eingeweiht. Siebentausend Männer aus dem Norden des Herzogtums Schleswig sind anwesend. Pastor Jacobsen aus Scherrebeck sagt in seiner Festrede:

Wie eine Brücke liegt unser Land zwischen Nord- und Südgermanien; sie gehört uns und soll unser bleiben; — Deutsche wollen wir sein, von der Elbe bis zur Königsau! Nicht den Streit wollen wir, sondern den Frieden; wir grollen nicht mehr wegen des uns zugefügten Wehs, die blutigen Wunden sind längst vernarbt, — wir wollen mit unsern nordischen Verwandten und Nachbarn in Frieden leben. Aber sie scheinen das nicht zu wollen; sonst würde die fanatische Agitation, die hier so schamlos ihr Haupt erhebt, nicht solche Unterstützung von jenseits der Grenze finden. Schier unerträglich will es uns erscheinen, wenn eine fanatische Dänenpresse alles, was uns hoch und hehr erscheint, mit ihrem Geifer besudelt und unsre besten Männer in ehrabschneiderischer, verleumderischer Weise herabzusetzen sucht. Wir dulden es aber nicht, daß man uns in unserm eignen Land knechten will, weil wir Deutsche sind und bleiben wollen. An dieser Stätte daher wollen wir uns zu gegenseitiger Stärkung Mut für die Zukunft, Kraft zur Abwehr sammeln und die Erinnerung pflegen an die große Vergangenheit! Ein Gedanke eint uns, ein Ziel ist uns gemeinsam: unser Deutschtum zu schützen!

6. August. Die akademisch gebildeten Lehrer im Großherzogtum Baden richten an den Fürsten Bismarck eine mit 428 Unterschriften versehene Adresse.

8. August. Der Fürst erhält nachträglich zum achtzigsten Geburtstag von der Deutschen Turnerschaft eine in Eichenholz geschnitzte Tafel, auf deren Silberplatte sich folgender Schluß einer Rede Jahns befindet:

„Deutschlands Einheit war der Traum meines erwachenden Lebens, das Morgenrot meiner Jugend, der Sonnenschein der Manneskraft, und ist jetzt der Abendstern, der mir zur ewigen Ruhe winkt." Darunter befindet sich ein großer vergoldeter Silberkranz, der die Worte umrahmt: „Dem Schöpfer der deutschen Einheit und unsers deutschen Vaterlandes in treuer Dankbarkeit die Deutsche Turnerschaft." An beiden Seiten befinden sich von Silberbändern umschlungne geschnitzte Säulen.

19. August. Die „Hamb. Nachr." enthalten folgende Notiz: Der offiziöse „Hamburger Korrespondent" hatte vor einiger Zeit von „psychischer Depression" des Fürsten Bismarck gesprochen; die „Straßburger Post" meint, das Wort müsse nach den Artikeln in den „Hamburger Nachrichten" zurückgenommen und durch „Gereiztheit" ersetzt werden. Wir möchten ein drittes Wort vorschlagen: „Betrübnis über unsre politische Entwicklung."

29. August. Der Fürst empfängt Kriegsveteranen aus Amerika (Abschn. 4).

29. November. Der Fürst empfängt in Friedrichsruh eine Abordnung der Akademie der Künste.

16. Dezember. Der Fürst erhält den Besuch des von Kiel und Altona nach Berlin zurückkehrenden Kaisers.

Vierter Abschnitt.

Feier nationaler Gedächtnistage.

6. Juli. Es beginnt die fünfundzwanzigjährige Wiederkehr der den deutsch-französischen Krieg einleitenden erinnerungsschweren Tage, deren fast die gesamte deutsche Presse in angemessener Weise gedenkt. (Am 6. Juli 1870 beantwortete der Herzog von Gramont in der französischen Kammer eine Anfrage wegen der spanischen Thronkandidatur des jetzigen Fürsten von Hohenzollern.)

16. Juli. Die Berliner „Post" äußert: Wenn der Mangel an deutschpatriotischer Gesinnung bei der Sozialdemokratie oder vielmehr bei deren Führern in dem Verhalten des leitenden Parteiblattes gegenüber der Erinnerung an den Nationalkrieg von 1870/71 einen geradezu empörenden Ausdruck gefunden hat,

so darf doch auch nicht übersehen werden, daß der politische Klerikalismus gleichfalls durch eine besonders schwache Entwickelung des deutschen Nationalgefühls gekennzeichnet wird. Dies gilt insbesondre auf der ganzen Linie, wo es sich um den Grenzstreit gegenüber dem Slawentum handelt.

24. Juli. Auch der Schwäbische Merkur in Stuttgart weist auf die Erscheinung hin, daß der Ultramontanismus fortwährend bemüht sei, die Festfreude an den Gedenktagen der 1870er Ereignisse zu vergällen, indem er allerlei „Nörgeleien" dazwischen werfe; es scheine fast, daß die Partei, die 1870 Bayern neutralisiren wollte und deren Presse damals das berüchtigte Wort von den „lieben kleinen Französlein" von sich gab, immer noch keine rechte Freude an den deutschen Siegen und an deren Folgen haben könne:

So wird jetzt behauptet, die großen Hoffnungen, die das deutsche Volk in der nationalen Begeisterung 1870 gehegt, seien nicht erfüllt worden, weil Bismarck und die Liberalen sofort das katholische Volk wegen seiner Religion „verfolgt" hätten. Aerger kann man die Dinge nicht auf den Kopf stellen. Wer hat denn im neugegründeten deutschen Reiche zuerst eine Sonderstellung eingenommen? Die Zentrumspartei scheint vergessen zu haben, daß ihre Abgeordneten (56 Mann) im ersten deutschen Reichstag mit vier Welfen gegen die von 243 Stimmen angenommne Adresse an den Kaiser (als Antwort auf die Thronrede) stimmten, aus dem einzigen Grunde, weil die Adresse den Grundsatz der Nichteinmischung in das innre Leben andrer Völker bekannte und damit zu verstehen gab, daß Deutschland die Frage, ob der vormalige Kirchenstaat zum Königreich Italien gehöre oder als Eigentum des Papstes zu betrachten sei, nicht berühre, wogegen das Zentrum bei den Reichstagswahlen schon das Wiederaufleben der Interventionspolitik in Italien als Zweck bezeichnet hatte und Windthorst die Herstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes als ein Lebensinteresse der katholischen Bevölkerung Deutschlands erklärte. Es ist, wenn der Ultramontanismus die Entstehung des Kulturkampfes den Liberalen und dem Fürsten Bismarck vorwirft und sie als dessen Urheber bezeichnet, genau so richtig und gerecht, wie wenn die Franzosen das deutsche Volk und den Fürsten Bismarck beschuldigen, daß sie den Krieg von 1870/71 provozirt und begonnen hätten. In beiden Fällen liegt die Kampfursache auf der Gegenseite, der Kampf war von den Ultramontanen und den Franzosen aufgezwungen.

6. August. Zu Weimar findet in Gegenwart des Großherzogs, des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg, der Prinzen Bernhard und Heinrich, zur Feier des Gedenktages der Schlacht bei Wörth ein Militärgottesdienst vor dem geschmückten Kriegerdenkmal statt, an dem die ganze Garnison sowie die Veteranen- und Kriegervereine teilnehmen. Darnach legt der Großherzog einen Lorbeerkranz am Denkmal nieder. — In Saarbrücken findet eine Feier des Gedenktags der Erstürmung der Spicherer Höhen statt unter Teilnahme des Großherzogs von Baden als Vertreters des Kaisers. — Unter zahlreicher Beteiligung legt in München der bayrische Veteranenverein an dem Grabe des Generals von der Tann einen

prächtigen Lorbeerkranz nieder. — Das 2. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 32 veranstaltet in Meiningen eine Jubiläumsfeier der Schlacht bei Wörth, wobei der Herzog Georg in einer Ansprache des Tages gedenkt, die damalige Pflichttreue als Vorbild für das Regiment hinstellt und das damals errungne deutsche Kaiserreich als teuerstes Kleinod feiert. — Auf der Reede von Cowes hält der Kaiser an die Mannschaft des Panzerschiffs „Wörth" etwa folgende Ansprache:

Erinnert euch, daß ihr die Mannschaft eines Schiffes bildet, das nach einer Schlacht benannt ist, in der eure Landsleute sich höchst wacker benommen haben. Heute ist der fünfundzwanzigste Jahrestag der Schlacht bei Wörth, weshalb ich es für angezeigt gehalten habe, dem nach dieser Schlacht benannten Schiffe einen Besuch abzustatten und einige Worte an die Mannschaft zu richten. Hoffentlich werden die Thaten, die eure Mitbrüder bei jenem Anlasse vollbrachten, eine Aufmunterung bilden für euch, wenn jemals Gelegenheit für ähnliche Dienste entstehen sollte. Solltet ihr zum Kampfe gerufen werden, so beschwöre ich euch, mit Herz und Mut für Gott und Vaterland zu kämpfen. (Vossische Zeitung.)

Hierzu bemerken die Londoner Blätter „Standard" und „Daily News," der Kaiser würde gut gethan haben, in britischen Gewässern eine Bezugnahme auf den deutsch-französischen Krieg zu unterlassen. Deutsche Blätter weisen dagegen darauf hin, daß der Kaiser sich an Bord des „Wörth" auf deutschem Boden befand, und daß die Sache England ebensowenig anhege, als wenn sie sich in Hamburg zugetragen hätte. Die „Braunschweiger Landeszeitung" will in jenen Aussprüchen Londoner Blätter ein betrübendes Anzeichen von der Einbuße deutschen Ansehens im Auslande erblicken; zu Fürst Bismarcks Zeiten würde eine solche Sprache im Auslande nicht gewagt worden sein.

10. August. Das sozialdemokratische Hauptblatt „Vorwärts" bringt eine Reihe unpatriotischer Aeußerungen über die Feier der Kriegstage.

11. August. Die übrige Presse spricht ihre tiefe Entrüstung hierüber aus; die „Berliner Neuesten Nachrichten" insbesondre sagen:

Die Schamlosigkeit der Gesinnung, die aus diesen Zeilen spricht, ist nicht mehr zu übertreffen. Man wagt es, in zynischster Weise die patriotische Feier des deutschen Volkes dadurch zu verhöhnen, daß man den Kampf um Deutschlands Existenz und Einigung als einen „brudermörderischen Krieg" bezeichnet und eine Festschrift veröffentlicht, die in Bild und Text von und für Franzosen verfaßt ist. Ist das Wahnsinn, oder ist das Landesverrat? Gleichzeitig liefert das amtliche Organ der Sozialdemokratie einen drastischen Beweis dafür, daß trotz seiner Ableugnung eine Ueberwachung der „Genossen," die sich an den nationalen Gedenkfeiern beteiligen, stattfindet. Es bringt nämlich die Notiz, daß in Kassel ein eifriger Sozialdemokrat wegen patriotischer Gesinnung vor ein Parteigericht gefordert sei.

In Deutschlothringen werden die Schlachtfelder von Colombey und Noisseville geschmückt.

14. August. Die Feier der drei großen Schlachttage um Metz findet in dieser Stadt vor dem Denkmale Kaiser Wilhelms I. statt. Der Vorstand des dortigen Gräbervereins unternimmt eine Fahrt über das Schlachtfeld vom 14. und läßt an vielen Stellen mächtig große Kränze niederlegen. Die 33. Kavalleriebrigade begiebt sich zur Stätte des berühmten Todtenritts der Brigade Bredow, zum Denkmal am Walde von Villers aux Bois, wo der Kommandeur eine Ansprache hält.

15. August. Schmückung der Schlachtfelder Vionville-Mars la Tour und Gravelotte-St. Privat. Niederlegung der Kranzspenden an den in Frankreich gelegnen Denkmälern bei Mars la Tour und am Walde de la Cusse. — In Breslau findet zur Erinnerung an die Schlachttage eine Parade des zweiten schlesischen Grenadierregiments Nr. 11 statt, wobei der Kommandeur des sechsten Armeekorps, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, eine Ansprache hält. — Das Ulanenregiment Nr. 16 und das Kürassierregiment Nr. 7 begehen in Salzwedel, unter Teilnahme des Prinzen Georg von Sachsen, eine Feier der Erinnerung an die Schlacht von Mars-la-Tour. — Bei Potsdam findet eine Parade der ersten Gardeinfanteriebrigade statt, wobei der Kaiser folgende Ansprache hält:

Kameraden der ersten Garde-Infanteriebrigade! Ich habe euch am heutigen Tage hierher zusammenberufen, um mit euch des glorreichen Tages von St. Privat zu gedenken, an dem vor fünfundzwanzig Jahren die preußische Garde, in altbewährter Treue und Hingebung ihren Eid erfüllend, neue Lorbeeren an ihre alten sieggewohnten Fahnen geknüpft hat. Unter der persönlichen Führung des großen Kaisers ist es der Garde vergönnt gewesen, zwar unter schweren und großen Verlusten, aber mit altbrandenburgischer Tapferkeit und Standhaftigkeit den Sieg zu erkämpfen. Euch aber, ihr Grenadiere vom Ersten Garderegiment, rufe Ich die zehnjährige Feier dieses Tages ins Gedächtnis zurück, wie der große Kaiser Wilhelm heute vor fünfzehn Jahren in das Karree trat, um euch zu diesem Ehrentage zu begrüßen. Er sagte euch damals, daß für ihn das Erste Garderegiment an diesem Tage gleichsam als Vertreter der ganzen Armee vor ihm stehe, und daß die Worte, die er an euch richtet, der ganzen Armee gelten. So soll es auch heute sein. Am heutigen Tage will ich dem Regimente eine besondre Anerkennung erweisen und ihm ein Zeichen Meines Königlichen Dankes verleihen. Ihr sollt fortan an euern Fahnen das Band des Schwarzen Adlerordens mit den Abzeichen dieses Ordens tragen. Die Farben Meines Hauses sollen fortan dem Regimente voranfliegen, zur erneuten Mahnung, Mir und Meinem Hause, wie es bisher immer der Fall gewesen ist, die gelobte Treue zu bewahren und euch mit Mir noch durch ein besondres Band persönlicher Gemeinschaft verknüpft zu wissen. Ihr andern aber sollt diese Ehrung als eine zugleich auch euch geltende mitempfinden und allzeit des großen Tages eingedenk bleiben, an dem ihr durch euern Sieg Deutschlands Einheit erringen halft. Ihr sollt es als eine Ehre empfinden, daß Ich euch heute an dieser Stelle um Mich versammelt habe, vor dem Hause zu stehen, mit dem so viele freudige wie schmerzliche Erinnerungen an den heldenmütigen Kaiser Friedrich verknüpft sind, der an dieser Stätte so oft die Vertretung der Armee, das

Lehrinfanteriebataillon, hat an sich vorüberziehen sehen. Sollte es aber jemals dazu kommen, daß Ich genötigt wäre, Meine Armee zum Schutz des Vaterlandes an die Grenzen zu rufen, dann erwarte Ich, daß die erste Gardeinfanteriebrigade jederzeit mit derselben Hingebung und Treue ihre Schuldigkeit thun wird, wie sie es heute vor fünfundzwanzig Jahren bei St. Privat gethan hat.

16. August. Feierliche Niederlegung von Kranzspenden an den Denkmälern des Schlachtfeldes von Gorze-Vionville-Rezonville. Beim Kaiserstein nördlich von Gravelotte findet eine Gedächtnisfeier statt in Gegenwart des Befehlshabers des sechzehnten Armeekorps, Grafen v. Haeseler, der gesamten Generalität, zahlreicher Offiziere und Abordnungen aller Fußtruppen von Metz. — Der Kaiser sendet dem Befehlshaber des dritten Armeekorps, General der Kavallerie Prinzen Friedrich von Hohenzollern, folgendes Telegramm: Dankbar erinnere Ich Mich heute der im heißen Ringen und unter schweren Opfern in der Schlacht von Vionville-Mars la Tour von Meinen braven Brandenburgern erkämpften unvergänglichen Lorbeeren. Ich beauftrage Sie, der selbst an diesem Tage mitgefochten, dem dritten Armeekorps Meinen Königlichen Dank und Gruß auszusprechen.

17. August. Es wird die Schmückung der Kriegergräber auf den östlichen und westlichen Schlachtfeldern von Metz durch die hier zu diesem Zwecke seit 1872 bestehende Vereinigung unter Mitwirkung des Militärs feierlich vollzogen. Zahlreich sind dazu aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes kostbare Kranzspenden von Städten, Regimentern, Vereinen und Privaten eingetroffen. — Der kommandirende General des ersten Armeekorps, General der Infanterie Graf Finck v. Finckenstein in Königsberg, giebt der Garnison folgenden königlichen Armeebefehl bekannt: Unter schweren Opfern errang das erste Armeekorps in der Schlacht bei Colombey-Nouilly einen herrlichen Siegespreis. Ich beauftrage Sie, demselben bekannt zu geben, daß Ich der bewährten ostpreußischen Tapferkeit des Korps am heutigen Erinnerungstage besonders warm und dankbar gedenke.

18. August. Die Feier der Erinnerung an die Schlacht bei Gravelotte beginnt mit einem auf dem Pionierübungsplatze von Metz vom evangelischen Divisionspfarrer abgehaltenen Feldgottesdienste unter Teilnahme Tausender von Veteranen und unter Mitwirkung des Metzer Gesangvereins. Hiernach erfolgt die Abfahrt nach Gravelotte, wo unter überaus großer Beteiligung die Hauptfeier stattfindet. Bei Flavigny weiht der kommandirende General des sechzehnten Armeekorps den zum Andenken an weiland den Prinzen Friedrich Karl errichteten Gedenkstein mit einer Ansprache ein. Ferner wird der mächtige Aussichtsturm bei Gravelotte eingeweiht.

Vor dem königlichen Schlosse in Berlin findet die feierliche Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. statt. Umgeben von zahlreichen Fürstlichkeiten, verliest der Kaiser folgende in den Grundstein zu legende Urkunde:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir beschlossen haben, im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reiches den Grundstein zu einem Denkmal zu legen, das nach einmütiger Willenskundgebung der gesetzgebenden Körperschaften dem Andenken Unsers in Gott ruhenden Herrn Großvaters, Kaiser Wilhelms des Großen Majestät gewidmet werden soll. — Wir vollziehen diesen feierlichen Akt an dem Tage, an dem vor fünfundzwanzig Jahren der unvergeßliche Kaiser Deutschlands Söhne im Kampfe um des Vaterlandes Ehre und Freiheit zu entscheidendem Siege geführt hat. — Kaiser Wilhelms Jugend reicht zurück in die Zeit schwerer Heimsuchung. Aber, wie es Ihm, dem Jünglinge vergönnt war, die begeisterte Erhebung des Volkes zu schauen und selbst mitzukämpfen für die Befreiung von fremdem Joche, so hat Er, auf den ruhmreichen Thron seiner Väter berufen, den deutschen Stämmen die heiß ersehnte Einheit wiedergegeben und dem neu erstandnen Reiche die gebührende Machtstellung in der Staatenwelt sichern dürfen. — Nicht ohne hartes Ringen, nicht ohne blutige Kämpfe ist dieses Ziel erreicht worden. In unerschütterlichem, demütigem Vertrauen auf Gott, in fester Zuversicht auf die sittliche Kraft der Nation, die sich gegenüber drohender Gefahr zu ungeahnter Höhe entwickelte, hat Kaiser Wilhelm die Bahn zur Sicherung unsrer Unabhängigkeit betreten. — Die opferbreite Einmütigkeit der deutschen Fürsten, der weise Rat und die thatkräftige Unterstützung seitens des Kanzlers, des Fürsten Bismarck, die vollendete Kriegskunst seines genialen Feldherrn, des Feldmarschalls Grafen Moltke, das unvergleichliche Geschick der kühnen, zur Führung der Heere berufnen Helden, voran des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und die todesmutige Treue des von dem Feldmarschall Grafen Roon in den Waffen geschulten Volkes, sie verbürgten den Erfolg. Aus der blutigen Saat ging die von Gott gesegnete Ernte deutscher Einigkeit hervor, und unter dem Schutze des mit harten Opfern erkämpften Friedens darf Deutschland unbesorgt der Pflege seiner idealen Güter und seiner wirtschaftlichen Interessen sich hingeben. — In dieser Pflege ging Kaiser Wilhelm bahnbrechend voran. Kunst und Wissenschaft, Ackerbau und Gewerbe, Handel und Schiffahrt erfreuten sich gleichmäßig seiner Fürsorge. — Mit dem innern Ausbau des Reiches hielt gleichen Schritt das auf die Heilung der gesellschaftlichen Schäden gerichtete Streben des Kaisers. Seiner erleuchteten Anregung ist es zu danken, daß Deutschland zuerst den Weg werkthätiger Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen betreten hat. — Rastlos bis zum letzten Atemzuge auf des Reiches Wohlfahrt bedacht, geliebt und geehrt von seinen Verbündeten und von einem dankbaren Volke, das seiner Führung rückhaltlos vertraute, sichtbar gesegnet in seinem selbstlosen Wollen und Vollbringen, so lebt der große Kaiser in der Erinnerung der Zeitgenossen, das leuchtende Bild eines Vaters des Vaterlandes, und so wird Er, des sind Wir gewiß, in dem Gedächtnis der kommenden Geschlechter fortleben. — Um Zeugnis abzulegen von der unauslöschlichen Dankbarkeit, die Deutschlands Fürsten und Völker ihm zollen, soll sich sein Standbild in Stein und Erz hier erheben. Es werde ein Wahrzeichen der Liebe zum Vaterlande, die in großer Zeit Gut und Blut einsetzte für des Reiches Herrlichkeit, ein Wahrzeichen der Treue, die in Kaiser Wilhelms Tagen das Band, das die deutschen Stämme umschlingt, zu einem unauflöslichen gefestigt hat. — Möge das Denkmal stets auf ein glückliches und zufriednes Volk herniederschauen. Das walte Gott!

Nach Versenkung der diese Urkunde und noch viele andre Gegenstände enthaltenden Kapsel in den Grundstein überreicht der bayerische Bundesratsbevollmächtigte Graf von Lerchenfeld-Köfering dem Kaiser Kelle und Mörtel, der Präsident des Reichstags von Buol-Berenberg den Hammer, beide unter Ansprachen. Hiernach vollzieht der Kaiser die drei Hammerschläge mit den Worten: „Den Gefallnen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Erinnerung, den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung!" — Nachdem sodann die übrigen Fürstlichkeiten und eine Anzahl hoher Beamten den Hammerschlag vollzogen haben, hält Superintendent Faber eine Rede, die also schließt:

So nehme denn der allmächtige Gott, der ihn so treu geführt und so überschwenglich gesegnet hat, auch dies ihm gewidmete Werk in seinen Schutz und Schirm! Auf diesem Grundstein erstehe ein Denkmal, würdig des lichten Bildes, das wir von dem großen Kaiser im Herzen tragen, würdig der großen Liebe, die ihn ehren will, würdig des großen Tages, an dem die Pietät unsers Kaiserlichen Herrn diese Feier gerüstet hat, zur Freude aller patriotischen Herzen. Eure Majestät! Hohe Versammlung! Der Geist einer gewaltigen Zeit umrauscht uns. Die Geister der Verklärten grüßen uns. Der heilige Geist rühre unsre Herzen an, daß wir durch Gottesfurcht und Pflichttreue dem Vollendeten das schönste Denkmal setzen im Geist und in der Wahrheit! Die Fülle des erfahrenen Segens treibt zum Gebet: Herr, wir sind geringe aller Barmherzigkeit und aller Treue, die du an deinen Knechten gethan hast! O, sei in Gnaden mit uns, wie du es mit unsern Vätern warst! Und die Macht der großen Erinnerungen zwingt zum Gelöbnis. Deutsche Männer und Jünglinge! Bei dem Gedächtnis Wilhelms des Großen geloben wir neue Treue. Angesichts jener glorreichen Fahnen heben wir die Schwert- und Schwurhand empor über den Gräbern unsrer Helden und rufen hinein in das weite, feierfrohe Vaterland: Das Herz für Kaiser und Reich! Gott unsre Hilfe! Das heilige Buch unser Kleinod! Amen.

Der Kaiser erläßt folgende Kabinettsbefehle: 1. An den Reichskanzler: Ich will aus Anlaß der fünfundzwanzigsten Wiederkehr der Siegestage des Feldzuges von 1870/71 das in diesem Kriege erworbne Verdienst erneut dadurch anerkennen, daß Ich denjenigen Besitzern der Kriegsdenkmünze, die an einer der in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführten Schlachten ꝛc. teilgenommen haben, die Berechtigung verleihe, auf dem Bande dieser Denkmünze nach beifolgendem Muster für jede der von ihnen mitgemachten Schlachten ꝛc. eine Spange mit dem entsprechenden Schlacht- ꝛc. Namen zu tragen. Sie haben wegen der weitern Bekanntmachung dieser Ordre das Erforderliche zu veranlassen.

Schlacht

1. bei Spicheren, 2. bei Wörth, 3. bei Colombey-Nouilly, 4. bei Vionville-Mars la Tour, 5. bei Gravelotte-St. Privat, 6. bei Beaumont, 7. bei Noisseville, 8. bei Sedan, 9. bei Amiens, 10. bei Beaune la Rolande, 11. bei Villiers, 12. bei Loigny-Poupry, 13. bei Orléans, 14. bei Beaugency-Cravant, 15. an der Hallue, 16. bei Bapaume, 17. bei Le Mans, 18. an der Lisaine,

19. bei St. Quentin, 20. am Mont Valérien, 21. Belagerung von Straßburg, 22. Belagerung von Paris, 23. Belagerung von Belfort.

2) An das preußische Staatsministerium: Ich will aus Anlaß der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des Krieges von 1870/71 den Besitzern des Eisernen Kreuzes einen erneuten Beweis Meiner Königlichen Gnade dadurch zu teil werden lassen, daß Ich ihnen die Berechtigung verleihe, nach der beiliegenden Probe auf dem Ordensbande drei Eichenblätter von weißem Metall mit der Zahl 25 darauf zu tragen.

Durch den Generaloberſten von Loë läßt der Kaiser dem König Albert von Sachsen in Dresden folgendes Schreiben überreichen:

Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst, freundlich lieber Vetter und Bruder! Unter Ew. Majestät ruhmreicher Führung erwarb heute vor fünfundzwanzig Jahren das Königlich sächsische Armeekorps in heißer Schlacht bei St. Privat neue unvergängliche Lorbeeren für seine Fahnen. Schulter an Schulter mit Meinen Garden stürmte das Korps unter schweren Opfern die durch Natur und Kunst fast uneinnehmbar gemachte Stellung des Feindes und entschied damit das Schicksal des Tages. Weitere herrliche Siege der unter Ew. Majestät Befehl gestellten Maasarmee folgten dieser glänzenden Ruhmesthat und knüpften ein inniges Band engster Waffenbrüderschaft zwischen den sächsischen und preußischen Truppen, die Ew. Majestät, dem Heldenführer, begeistert zujubelten. Ich kann den heutigen bedeutungsvollen Erinnerungstag nicht vorübergehen lassen, ohne Ew. Majestät und des tapfern Armeekorps in wärmster Dankbarkeit zu gedenken. Ich darf Ew. Majestät erneut aussprechen, daß Ich und Meine Armee stets voll Verehrung zu Ew. Majestät aufblicken und alle Zeit dessen eingedenk bleiben werden, was Ew. Majestät in Krieg und Frieden, mit Geist und Schwert für die Einigung und Erhaltung des Reiches gewirkt und errungen haben. Mögen Ew. Majestät uns noch lange Jahre in voller Kraft und Frische zum Segen und Heile des Vaterlandes erhalten bleiben. Genehmigen Ew. Majestät die Versicherung der vollkommensten Hochachtung und wahren Freundschaft, womit Ich verbleibe Ew. Majestät freundwilliger Vetter und Bruder Wilhelm.

Auf dem Schloßberge bei Kruschwitz wird ein von den alten Soldaten des Verbandes der Landwehr- und Kriegervereine des Landwehrbezirks Inowrazlaw gestiftetes Denkmal Kaiser Wilhelms I. enthüllt. — König Albert von Sachsen erläßt folgenden Armeebefehl:

Ich verleihe am heutigen Ehrentage der Armee Meinem Leib-Grenadierregiment Fahnenbänder für die Fahnen seines 1., 2. und 3. Bataillons. Diese Fahnenbänder, die bei Meinem Leib-Grenadierregiment fortan getragen werden, sollen aber gleichzeitig ein Zeichen Meines Dankes und Meiner Anerkennung für alle Truppen Meiner Armee sein, die vor fünfundzwanzig Jahren unvergänglichen Ruhm mit den andern deutschen Stämmen für das Vaterland erkämpft und die Treue gegen König und die feierlich beschwornen Soldatenpflichten mit dem Blute vieler Tapfern besiegelt haben.

Bei der Schmückung der Fahnen richtet der König eine Ansprache an das Regiment. — Kabinettsbefehl des Kaisers an das Königlich Sächsische Grenadierregiment Nr. 101 in Dresden:

Am heutigen Ehrentage glänzender Bravour des Regiments in der Schlacht bei St. Privat übergebe Ich demselben, unter Zustimmung Sr. M. des Königs von Sachsen, beifolgende Fahnenbänder zum bleibenden Zeichen Meiner hohen Freude, Mich als Chef des Regiments zu wissen. Mögen die damit geschmückten Fahnen bis in die fernste Zukunft Zeugen erneuter Tapferkeit und Unerschrockenheit, neuer Ruhmesthaten und neuer Siege Meines braven Regiments sein — das ist Mein herzlichster Wunsch.

19. August. Auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin findet eine Kriegserinnerungsfeier der Kriegervereinsverbände von Berlins Umgebung statt. Es sind fünfzehntausend Veteranen mit hundertfünfzig Fahnen anwesend. An sie hält der Kaiser folgende Ansprache:

Ich freue Mich, die alten Kampfgenossen Meines hochseligen Großvaters beisammen gesehen zu haben, die vor fünfundzwanzig Jahren unter seiner ruhmvollen Führung glanzvolle Thaten vollbracht und großartige Erfolge erzielt haben. Möge der heutige Tag der Ausgangspunkt sein zum Respekt vor dem Gesetze, zur Pflege der Religion und Königstreue. Die Huldigung der Kameraden, die erschienen, gilt nicht Mir, sondern dem Vaterlande. Folgt den Ermahnungen, die die Feldprediger an euch richteten, wirkt weiter in treuer Gottesfurcht für des Vaterlandes Größe, tretet den Umsturzbestrebungen entgegen, die uns die Arbeit erschweren.

Ein dreimaliges Hurra und Absingen der Nationalhymne folgt der Ansprache. Mit dem Ruf „Kameraden, lebt wohl" verabschiedet sich der Kaiser.

20. August. König Albert von Sachsen beantwortet das am 18. August an ihn gerichtete Schreiben des Kaisers also:

Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst, freundlich lieber Vetter und Bruder! Ew. Majestät sage Ich für das am Gedenktage der Schlacht von St. Privat durch den General Freiherrn von Loë Mir überbrachte Schreiben Meinen herzlichst und tiefstgefühlten Dank, zugleich auch im Namen Meiner Truppen, die von Ew. Majestät durch Verleihung von Fahnenbändern an das zweite Grenadierregiment Nr. 101 „Kaiser Wilhelm, König von Preußen" noch besonders zu ehren die Gnade gehabt haben. Wenn es Mir vergönnt war, in der nunmehr fünfundzwanzig Jahre hinter uns liegenden Zeit einen kleinen Teil haben beitragen zu dürfen zu den herrlichen Erfolgen, die wir unter Führung des unvergeßlichen Kaisers Wilhelm erkämpften, so verdanke Ich das nächst dem allmächtigen Gott den herrlichen Truppen, die Meinem Kommando unterstellt waren. Ew. Majestät Garde und das IV. Armeekorps unter Meinem Befehle gehabt zu haben, sie zum Siege haben führen zu können, wird stets Meine stolzeste Erinnerung bleiben. Sollten Ew. Majestät gezwungen sein, uns dereinst wieder unter die Waffen zu rufen, dann werden die Söhne meines Landes ihre Schuldigkeit thun wie bei St. Privat, und auch Ich stehe, so Gott Mir Kraft beläßt, des Rufes Ew. Majestät gewärtig.

22. August. Die katholische „Schles. Volkszeitung" veröffentlicht folgenden Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz: „Zur Erinnerung an die göttliche Fügung, die in den glorreichen Ereignissen vor fünfundzwanzig Jahren gnädig über unserm Vaterlande gewaltet hat, verordnen wir, daß am 1. September in allen Kirchen unsrer Diözesen mit dem Hauptgottesdienste ein feierliches Tedeum unter Einläutung desselben am Vorabende verbunden wird. Der in Fulda versammelte preußische Episkopat."

26. August. Die sozialdemokratische „Volkswacht" in Breslau äußert:

Es werden immer noch in der Stadtverwaltung Beratungen gepflogen, wie am besten das Jubiläum des „heiligen" Krieges würdig zu begehen sei. Nun, ihr Herren, die einzig würdige Feier ist: hängt am Tage von St. Sedan Trauerfahnen aus, erhebt feierlichen Protest gegen den Massenmord und ehrt diejenigen, die zum Kriege hetzen, wie es ihnen gebührt: steckt sie als Verbrecher ins Zuchthaus!

27. August. In Bremerhaven landen hundertvierundneunzig aus Amerika angelangte deutsche Veteranen, die vom Kampfgenossenverein „Bremen" feierlich begrüßt werden. — In Köln wird die Ankunft eines auf Ersuchen vom Kaiser abgesandten Torpedoboots gefeiert, das bestimmt ist, an der Sedanfeier am Rhein teilzunehmen.

29. August. Der sozialdemokratische „Vorwärts" behauptet, die bevorstehende Feier des Sedanfestes solle zur Vorbereitung eines Staatsstreichs dienen. Das Blatt sagt:

Daß das Geschrei nach der Ermordung Carnots im vorigen Sommer einen Staatsstreich vorbereiten sollte, war uns von Anfang an klar und ist vor kurzem mit lobenswerter Offenheit eingestanden worden. Demselben Zweck, wie im vorigen Jahre das Geschrei vom „Schutz der Religion, Ordnung und Sitte," dient in diesem Jahre das angebliche Friedensfest zur Feier des Krieges von 1870/71. Der Plan stammt auch aus der nämlichen Quelle. Die reaktionären Instinkte und Leidenschaften sollen entfesselt und die Menschen und Völker dermaßen unter und gegen einander verhetzt werden, daß eine dem Staatsstreich günstige Atmosphäre und Temperatur entsteht.

Zu Ehren der deutsch-amerikanischen Veteranen findet in Hamburg ein großer Kommers statt. Sie besuchen den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh, der auf ihre Ansprache erwidert:

Ich fühle mich einmal hochgeehrt durch die Auszeichnung, die mir passirt, und durch Ihren Besuch, die Sie über See so weit hierher finden in den Wald, und dann macht es mir eine sehr große Freude, daß Sie die alten Erinnerungen festhalten und mich damit einbeziehen; es thut mir sehr leid, daß ich nicht alle Ihre Reisegenossen hier empfangen kann, aber ich bin nicht so gesund und so kräftig, wie ich war, und wenn ich spreche, habe ich doch immer Schmerzen. Es ist ja bei achtzig Jahren überhaupt Gott zu danken, daß man noch Schmerzen auszustehen hat und lebt. Aber man wird doch wrack — angestrichen und getakelt, aber die Planken taugen nichts mehr. Und so gehts auch mir, ich kann wohl noch zusehen, aber nicht mehr mitmachen, sonst wäre ich ja zu der Ausstellung nach Chicago gekommen; ich würde überhaupt gern die Vereinigten Staaten von Amerika gesehen haben, das ist von allen fremden Ländern für uns noch das sympathischste. Nach allen Erfahrungen, die ich mit frühern Dienern, Hausgenossen und Arbeitern gehabt habe, die dorthin gegangen sind, nnd mit denen ich zum Teil korrespondirt habe, geht es ihnen wohl da, und sie fühlen sich behaglich. Das kann ich von den Auswandrern nach den andern Ländern doch nicht so sagen.

2. September. Der Sedantag wird aller Orten im Reiche großartiger als bisher gefeiert. Beim Paradediner im königlichen Schlosse zu Berlin bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

Wenn Ich am heutigen Tage einen Trinkspruch auf Meine Garden ausbringe, so geschieht es froh bewegten Herzens; denn ungewöhnlich feierlich und schön ist der heutige Tag. Den Rahmen für die heutige Parade gab ein in Begeisterung aufflammendes ganzes Volk; und das Motiv für die Begeisterung war die Erinnerung an die Gestalt, an die Persönlichkeit des großen verewigten Kaisers. Wer heute und gestern auf die mit Eichenlaub geschmückten Fahnen blickte, der kann es nicht gethan haben ohne wehmütige Rührung im Herzen; denn der Geist und die Sprache, die aus dem Rauschen dieser zum Teil zerfetzten Feldzeichen zu uns redeten, erzählten von den Dingen, die vor fünfundzwanzig Jahren geschahen, von der großen Stunde, von dem großen Tage, da das deutsche Reich wiederauferstand. Groß war die Schlacht, und heiß war der Drang und gewaltig die Kräfte, die aufeinanderstießen. Tapfer kämpfte der Feind für seine Lorbeeren; für seine Vergangenheit, für seinen Kaiser, kämpfte mit dem Mut der Verzweiflung die tapfere französische Armee. Für ihre Güter, ihren Herd und für ihre zukünftige Einigkeit kämpften die Deutschen; darum berührt es uns auch so warm, daß ein jeder, der des Kaisers Rock getragen hat oder ihn noch trägt, in diesen Tagen von der Bevölkerung besonders geehrt wird, — ein einziger aufflammender Dank gegen Kaiser Wilhelm I.! Und für uns, besonders für die Jüngern, die Aufgabe, das, was der Kaiser gegründet, zu erhalten!

Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört; eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun dann rufe Ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.

Doch kann Ich Mein Glas auf das Wohl Meiner Garden nicht leeren, ohne dessen zu gedenken, unter dem Sie heute vor fünfundzwanzig Jahren gefochten haben. Der einstige Führer der Maasarmee steht vor Ihnen! Seit fünfundzwanzig Jahren haben Se. Majestät der König von Sachsen alles Leid und alle Freude, die Unser Haus und Land betroffen, treulich mit uns geteilt. Desgleichen auch Württembergs König, dessen höchste Freude es ist, in den Reihen des Gardehusarenregiments gestanden und Kaiser Wilhelm gedient zu haben, und der herbeigeeilt ist, um mit uns in Kameradschaft den Tag zu feiern. Wir können, wie gesagt, nur

geloben, das zu erhalten, was die Herren für uns erstritten haben. Und so schließe ich denn in das Wohl des Gardekorps ein das Wohl der beiden hohen Herren, vor allem des Führers der Maasarmee: Se. Majestät der König von Sachsen, er lebe hoch! — und nochmals hoch! — und zum dritten male hoch!

Auf diesen Trinkspruch des Kaisers erwidert der König von Sachsen:

Indem ich Eurer Majestät in Meinem Namen und in dem Namen des Königs von Württemberg für die gnädigen Worte danke, erlaube ich Mir, heute noch einmal die Führung des Gardekorps zu übernehmen und in dessen Namen das Glas zu leeren auf den erhabnen Chef: Seine Majestät der Kaiser, er lebe hoch! — hoch! — hoch!

Anläßlich der Sedanfeier richtet der Kaiser an den Prinz-Regenten von Bayern folgendes Telegramm:

Ich kann mir nicht versagen, Eurer Königlichen Hoheit auszusprechen, daß Ich an dem heutigen fünfundzwanzigsten Jahrestage der Schlacht von Sedan des heldenmütigen und entscheidungsvollen Eingreifens der bayrischen Armeekorps und der unter schweren Opfern errungnen Siegeslorbeeren in besonders herzlicher Dankbarkeit mich erinnere.

Hierauf ergeht aus Hohenschwangau nachstehende Antwort des Prinz-Regenten:

„Tief gerührt durch die Anerkennung, die Ew. Majestät die Gnade hatten, dem tapfern Verhalten der bayrischen Armeekorps bei der Entscheidungsschlacht bei Sedan angedeihen zu lassen, bitte ich Ew. Majestät überzeugt zu sein, daß meine Bayern auch in Zukunft ihrer angestammten Tapferkeit Treue bewahren werden.

Luitpold."

Der Kaiser läßt dem Fürsten Bismarck folgendes Telegramm zugehen:

Heute, wo ganz Deutschland die fünfundzwanzigjährige Wiederkehr des weltgeschichtlichen Kapitulationstages von Sedan feiert, ist es Mir Herzensbedürfnis, Euer Durchlaucht erneut auszusprechen, daß Ich stets mit tiefempfundner Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, die Eure Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um Meinen Hochseligen Herrn Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben.

Hierauf erwidert der Fürst: Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich meinen ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen für die gnädige telegraphische Begrüßung am heutigen Tage und für Eurer Majestät huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des Hochseligen Kaisers und Königs.

3. September. Neben den Berichten über die Feier in allen Teilen des Reichs ist die deutsche Presse erfüllt von Ausdrücken der Entrüstung über das Verhalten der sozialdemokratischen Presse, das so wie am 4. August (s. S. 25) seitdem fortwährend zu Tage trat. Die „Nordd. Allgem. Ztg." sagt:

Jedenfalls sind Revolutionäre nie vor „Massenmorden," wenn sie auf diesem Wege zu ihrem Ziele zu gelangen glaubten, zurückgeschreckt oder sind mit blutigen Opfern verbundne Gewaltmittel, wenn sie zur Herbeiführung des erstrebten Umsturzes erforderlich erscheinen, für unsre sozialrevolutionären Führer ein Gegenstand des Abscheus; diese Verführer unsers Volkes, die eine Saat ausstreuen, die, wenn sie ungehindert aufgeht, das bei Sedan Gewonnene überwuchern und ersticken und uns am letzten Ende wieder rauben würde, müssen also zurückgedrängt und aus dem Einfluß, den sie auf eine leicht bethörte Menge ausüben, gebracht werden. Für die Erreichung dieses Zieles seine ganze Kraft einzusetzen, das muß der Entschluß sein, den jeder Patriot aus der diesjährigen Sedanfeier mit fortnimmt, sofern er mit seiner aus vollem Herzen stammenden Begeisterung auch ein klares Urteil des Verstandes Hand in Hand gehen läßt.

Ebenso betont der „Hannoversche Kurier":

Es ist die Frage gerechtfertigt, die lauter und lauter gestellt wird: Muß und will sich das deutsche Volk die Gemeinheiten, mit denen man sein stolzes Erinnerungsfest, die Männer und Thaten einer großen Zeit besudelte, ruhig gefallen lassen? Haben wir darum ein mächtiges Reich errichtet und uns stark gemacht gegen jeden Angriff von außen, um uns im Innern des eignen Hauses beschimpfen zu lassen? Die Frage verlangt dringend Antwort. Wir werden uns bewußt werden müssen, daß die Kriegserklärung, die die sozialdemokratischen Führer dem modernen Staate entgegengeschleudert haben, eine Gegenrüstung von unsrer Seite fordert, daß auch von diesem Feinde jede Großmut als Schwäche ausgelegt und ausgebeutet wird.

Den deutschen Veteranen aus Amerika zu Ehren findet in Berlin ein Festkommers statt, bei dem der Generaloberst von Loë in einer Rede sagt:

Der Geist, der die Kriegervereine beseelt, ist derselbe Geist, der im Befreiungskriege unsern damaligen Herrscher und unsre Nation erfüllte, der Geist, der unsre Truppen in heiligem Zorn zum Siege geführt, der Geist, der uns unter der Hohenzollern Führung stets den Sieg verbürgen wird. Diesen Geist pflegen Sie, das ist Ihre Aufgabe; erziehen Sie Ihre Söhne und Enkel in der Königstreue, in der Vaterlandsliebe, damit, wenn der König ruft. sie an die Grenze ziehen, diese zu schützen und ihre Schuldigkeit zu thun, wie es ihre Väter gethan. Wenn Sie nach Hause zurückkehren, verkünden Sie dort, daß an Deutschlands Spitze ein Kaiser steht, der, ein würdiger Nachfolger seiner Vorfahren, die deutsche Grenze niemals vermindern lassen wird, daß die deutsche Armee in alter Zucht und Ordnung besteht, die innere Verbindung mit der Nation herstellend, um jeden Angriff zurückzuweisen. Wie unser Kaiser, so hegen wir die größte Sympatie für Ihr Land, das Land der Arbeit und des Manneswertes: ich trinke auf das Wohl aller deutschen Kriegervereine.

8. September. Der Kaiser richtet in Stettin an den Reichskanzler folgenden Erlaß:

Die Feier der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr der ruhmreichen Siegestage des Jahres 1870 hat viele Tausende von Festteilnehmern veran-

laßt, auch Meiner freundlich zu gedenken und Mir aus allen Gauen des deutschen Landes und selbst von fernen Weltteilen her treue Grüße zu senden. Alle diese Kundgebungen patriotischen Empfindens vermag ich zu Meinem Bedauern nicht im einzelnen zu beantworten. Ich wünsche aber allen Beteiligten, besonders auch den Veteranen der großen Zeit, die freudig Gut und Blut mit in die Wagschale geworfen haben, Meinen Kaiserlichen Dank auszusprechen und ihnen zu erkennen zu geben, wie herzlich ich durch jene Aufmerksamkeiten erfreut worden bin. Mit Genugthuung hat es mich erfüllt, mit welcher Begeisterung das Deutsche Volk in fast allen seinen Gliedern die Tage der Wiedergeburt des Deutschen Reiches gefeiert hat und wie dabei von neuem allgemein ins Bewußtsein getreten ist, welche wunderbaren Errungenschaften wir nächst Gottes sichtlichem Beistande der weisen Führung des greisen Heldenkaisers Wilhelms des Großen, seinen Erlauchten Bundesgenossen, seinen ausgezeichneten Ratgebern, erprobten Feldherrn und braven Truppen zu verdanken haben. Zahllose Kaiser- und Kriegerdenkmäler zeugen von der Pietät und Dankbarkeit unsrer Zeit und mahnen uns und ferne Geschlechter an die blutige Saat, aus der erst unser neu geeintes Vaterland hervorgegangen. Ein Volk, das so seine Toten ehrt und so seiner Vergangenheit gedenkt, wird — das hoffe ich mit Zuversicht — allezeit treu zu Kaiser und Reich stehen und sich auch jener vaterlandslosen Feinde der göttlichen Weltordnung zu erwehren wissen, die selbst in diesen Tagen nationaler Begeisterung dreist ihr Haupt erheben und sich nicht gescheut haben, das Andenken des großen Kaisers zu schmähen und dadurch das Deutsche Volk in seinen edelsten Erinnerungen und Empfindungen zu verletzen. Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

18. **Oktober.** Auf dem Schlachtfelde von Wörth wird ein Reiter-Standbild des Kaisers Friedrich in Gegenwart des Kaiserpaares und der Kaiserin Friedrich feierlich enthüllt. Nach einer glänzenden Rede des Generals von Mischke hält der Kaiser folgende Ansprache:

Meine hochverehrten Kriegskameraden Meines Herrn Vaters und sonst versammelte Herren! Im Auftrage Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich habe Ich Ihnen Ihrer Majestät und zugleich Meines Hauses Dank dafür auszusprechen, daß Sie es sich nicht haben nehmen lassen wollen, Uns dieses herrliche Denkmal errichten zu helfen und am heutigen Tage zu erscheinen. Tief bewegten Herzens weilt hier heute Meine hohe Frau Mutter, daran gedenkend, daß es ihr am Arme ihres Herrn Gemahls vergönnt gewesen, an dieser Stelle aus seinem eignen Munde die Kunde über den ersten von ihm erfochtnen großen Sieg zu vernehmen. Ich spreche Ihrer Majestät daher ganz besondern Dank dafür aus, daß sie die Gnade gehabt hat, sich hier einzufinden, wo nunmehr dieses herrliche Bild Meines Herrn Vaters aufgerichtet worden ist. Was wir über ihn vernommen haben, konnte nicht schöner und nicht bewegter geschildert werden. Was wir aber fühlen angesichts dieses Standbildes und in Anbetracht der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr der großen Zeit der Wiedergeburt unsers Vaterlandes, wo hier zumal zuerst süddeutsches und norddeutsches Blut zu dem Kitte sich vereinigten, das unser deutsches Reich wieder hat bauen helfen, — das bewegt tief unser aller Herz. Und wir Jüngern vor allem, wir geloben im Anblick des hohen Siegers, unsers verewigten Kaisers, das zu halten, was er uns erfochten hat und die Krone zu wahren, die er schmiedete und dieses Reichsland gegen wen es auch sei, zu schirmen und deutsch zu erhalten, so wahr uns Gott helfe und unser

deutsches Schwert! Nun aber wollen wir alle einstimmen in den Ruf: Meine hohe Frau Mutter, durch deren Erscheinen der heutige Tag gekrönt ist: Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich hurra! hurra! hurra!

30. **Oktober.** In Spandau findet ein Fest der Erinnerung an die Erstürmung von Le Bourget statt, in der Kaserne der Schützen zu Lichterfelde im Beisein des Kaisers und des Prinzen Friedrich August von Sachsen eine Feier des Treffens von Amanvilliers. Beim Festmahl sagt der Kaiser in seiner Ansprache:

Wenn ich an hiesiger Stätte und am heutigen Tage das Wort ergreife, so geschieht es unter besondern Umständen. Denn erst vor wenigen Wochen bin ich denselben Weg geritten, den das Bataillon unter dem feindlichen Kugelregen hat marschieren müssen, um mich zu überzeugen, welche Aufgabe das Bataillon gehabt. Ich kannte nur das eine Gefühl mit denen, die mich begleiteten, daß wir im Stillen den Hut abziehen konnten; es war mir unbegreiflich, daß auch nur ein Lebender im Stande gewesen, am Leben zu bleiben. Wenn ich auf die Urquelle dieser Thaten zurückblicke, so ist diese die Leistung meines Herrn Großvaters. Mein Wunsch ist der, daß die drei Säulen in der Armee, das Ehrgefühl, der unbedingte Gehorsam und die hingebendste Tapferkeit, weiter bestehen mögen. Mein Großvater hat in seiner Ordre an den Prinzen Friedrich Karl erklärt: „Ohne den 16. nicht der 18. August, ohne den 18. August nicht der 2. September!" So mögen diese großen Tage mit unauslöschlichen Lettern in unserm Innern eingezeichnet bleiben! Wir wollen erhalten und ausbauen, was unsre Vorfahren erkämpft haben! Daß das Garde-Schützen-Bataillon im Frieden wie im Kriege bestrebt sein möge, dem alten Ruhm neue Lorbeeren hinzuzufügen, darauf leere ich mein Glas! Hurra!

30. **November.** In Hamburg findet eine Feier des Jahrestags der Schlacht bei Loigny, in Altona eine Feier des Jahrestags des Treffens bei Epinal statt.

2. **Dezember.** Der Schlachten-Gedenktag von Villiers-Champigny wird an mehrern Orten im Bezirk des 2. Armeekorps gefeiert.

Fünfter Abschnitt.

Die Frage wegen Bekämpfung der Sozialdemokratie.

21. **August.** In den „Hamburger Nachrichten" wird zu entschiedner Bekämpfung der Sozialdemokratie aufgefordert mit den Worten:

Das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der nationalen Gedenkfeier beginnt die bürgerlichen Kreise allmählich in tiefgehende Entrüstung zu versetzen. Wir hoffen, daß die neuen Belehrungen, die das deutsche Volk

jetzt über das wahre Wesen der Sozialdemokratie empfängt, fruchten werden. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren solche Skandale, wie sie neuerdings vorkommen, nicht möglich; wenigstens waren öffentliche provozirende Kundgebungen der sozialrevolutionären Propaganda untersagt und die Bevölkerung hatte das Bewußtsein, daß die Beteiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen ein nach den Staatsgesetzen strafbares Unrecht sei. Das alles hat seit fünf Jahren aufgehört. Das Auftreten der Sozialdemokratie wird täglich herausfordernder; die Versuche, sie zu „versöhnen," haben sie in dem Glauben an ihr gutes Recht, der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung die Kehle zuzudrücken, erheblich bestärkt und wir werden es erleben, daß es zwischen sozialdemokratischen Exzedenten und andern Bevölkerungselementen bei Gelegenheit zu ernstlichen Zusammenstößen kommt. Dann aber würde der Fall vorliegen, den die Versöhnungspolitik und die des Mutes der Kaltblütigkeit vermeiden wollte, es würde der materielle Kampf um die Autorität im Staate einzutreten haben. Dieser Aussicht gegenüber hoffen wir, daß der Staat sich bald entschließt, mit vollster Energie gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen in Wort und Schrift sowohl auf dem Wege der Spezialgesetzgebung als mit polizeilichen Machtmitteln vorzugehen. Alle Beobachtungen bestärken in der Ueberzeugung, daß es die höchste Zeit dazu ist. Es hieße sich völliger Selbsttäuschung überlassen, wollte man annehmen, daß die Bemühungen der Sozialdemokratie, in den Kriegervereinen und in der Armee selbst Boden zu gewinnen, ungefährlich seien und erfolglos blieben. Wir haben den Eindruck, daß der Kaiser selbst bei seiner neulichen Ansprache an die Kriegervereine auf dem Tempelhofer Felde dies vor Augen gehabt hat. Es ist Thatsache, daß die Sozialdemokratie sowohl in der Armee wie in den Kriegervereinen ihre Vertrauensleute hat, die unter geschickter Maskirung in ihrem Sinne arbeiten; ein inzwischen aufgelöster ehemaliger Kriegerverein hatte bereits daran gedacht, Bebel das Präsidium anzubieten und in allen sozialdemokratischen Blättern kann man lesen, daß die Zahl der Sozialdemokraten in den Kriegervereinen nach vielen Tausenden zählt. Faßt man alle diese Kundgebungen und Thaten der Sozialdemokratie ins Auge, so muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Grenze dessen, was sich der Staat von der sozialistischen Agitation bieten lassen darf, ohne Schaden an seiner Autorität, Ehre und Würde zu erleiden, überschritten und daß der Staat nunmehr unausweichlich genötigt ist, seine Selbsterhaltung und sein gutes Recht zu verteidigen, wenn er nicht in den Verdacht geraten will, stillschweigend vor der Sozialdemokratie zu kapituliren. Wir haben dieses Ergebnis der Versöhnungspolitik seit fünf Jahren unablässig vorausgesagt.

22. **August.** Weiter heißt es in demselben Blatte: „Der „Vorwärts" brüstet sich, daß die von ihm ausgeteilten Hiebe von ausgezeichneter Wirkung gewesen seien, und wen kann dies Uebermaß von Frechheit noch Wunder nehmen! Die von der sozialdemokratischen Publizistik vertretne Behauptung, daß Staat und Gesellschaft von heute vollkommen unfähig geworden seien zu einer ernsten Abwehr der sie bedrohenden Revolution, ist in der That keine bloße Großsprecherei mehr, sie ist in den letzten Jahren allmählich, ganz besonders aber zuletzt durch das Scheitern der von der Regierung unternommenen gesetzgeberischen Aktion gegen die Umsturzbewegung zu einer Art Glaubenssatz im sozialdemokratischen

Lager geworden. Warum auch nicht? Fürst Hohenlohe hatte bei der Einbringung der sogenannten Umsturzvorlage dieselbe als das Minimum dessen bezeichnet, was zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung erforderlich sei. Der Reichstag hat den verbündeten Regierungen dies Minimum versagt, und seitdem herrscht tiefes Schweigen. In der Presse werden allerlei Vermutungen über das Arbeitsprogramm der nächsten Session angestellt; daß dabei aber an eine Wiederaufnahme der Aktion gegen die revolutionären Bestrebungen gedacht werden könne, scheint als gänzlich ausgeschlossen betrachtet zu werden. Allem Anscheine nach hat man im sozialdemokratischen Lager jetzt geglaubt, mit der mehrerwähnten Sprache des „Vorwärts" einmal die Probe auf das Exempel machen zu können. Daß der Verfasser der fraglichen Artikel sich lediglich durch bestialische Roheit ohne weitere politische Berechnung, habe leiten lassen, ist nicht denkbar. Der tiefere Zweck ist, einmal zu sehen, wieviel man den Vertretern der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung bereits bieten könne. Und unter diesem Gesichtspunkte wird das Auftreten des „Vorwärts" auch in der sozialdemokratischen Gefolgschaft aufgefaßt. Bleibt dieser unerhörte Vorstoß gegen die bestehende Ordnung ohne entsprechenden Gegenstoß, dann wird bei den „Genossen" die Ueberzeugung von der vollendeten Machtlosigkeit des herrschenden Systems stärker als je befestigt werden. Und nicht bei den bereits eingeschwornen „Genossen" allein; nein, auch viele von denen, die heute noch unentschieden auf der Grenze stehen, selbst solche, die an dem wüsten Treiben der sozialdemokratischen Presse an sich keinen Gefallen finden, würden durch einen derartigen, nach ihrer Meinung unverkennbaren Beweis von der Unhaltbarkeit des Bestehenden in das revolutionäre Lager gedrängt werden. Vielleicht ist es nicht überflüssig, an folgenden Satz aus der Rede des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes vom 17. Dezember vorigen Jahres bei der Einleitung in die Beratung der Umsturzvorlage (1894, II. S. 187) zu erinnern: „Wir haben nur zwei Wege, wenn die Vorlage abgelehnt werden sollte: wir gleiten weiter auf der abschüssigen Bahn, die schließlich zum Ausbruch von Gewaltsamkeiten führen muß, oder aber, wenn wir es dahin nicht kommen lassen wollen, werden wir wiederum genötigt sein, wie im Jahre 1878, ein Ausnahmegesetz zu erlassen." War dies im vorigen Winter die Auffassung der Regierung, so hat man keinen Grund zu der Annahme, daß darin inzwischen eine Aenderung eingetreten sei.

Der „Vorwärts" ist wieder einmal in der Lage gewesen, ein amtliches Aktenstück widerrechtlich zu veröffentlichen. Es ist eine als „Geheim" bezeichnete Verfügung des Regierungspräsidenten von

Schleswig, worin die Polizeiverwaltungen angewiesen werden, Festzüge der sozialdemokratischen Vereine, Gewerkschaften u. s. w. in der Regel zu verbieten, wenn aber besondre Umstände eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen ließen, vorher die Genehmigung des Regierungspräsidenten nachzusuchen. Wie weit man noch jetzt in Regierungskreisen davon entfernt ist, die Sozialdemokratie ernst und rücksichtslos, wie es diesem tötlichen Feinde des Staates gebührt, anzufassen, geht aus der Thatsache hervor, daß die Verfügung des schleswiger Regierungspräsidenten abermals als „geheim" bezeichnet worden ist. Warum diese Geheimniskrämerei? Weshalb läßt man solche Verfügungen nicht vielmehr sofort amtlich veröffentlichen? Die bedrohte nichtsozialistische Bevölkerung würde darin einen Beweis sehen, daß die Regierung sich angelegen sein läßt, wenigstens soweit ihre administrativen Befugnisse reichen, die Sozialdemokratie offen zu bekämpfen. Die Verheimlichung solcher Erlasse aber verrät der Bevölkerung die Scheu der Staatsorgane, offen gegen die Sozialdemokraten aufzutreten, erfüllt sie mit Verwirrung und Besorgnis. Wir veranschlagen den dadurch für die Sache des Staates entstehenden moralischen Schaden hoch. Außerdem nutzt die Geheimniskrämerei nichts."

Die demokratische „Frankfurter Zeitung" äußert zu der vom Kaiser am 19. August gehaltnen Ansprache (S. 37):

Der unkriegerische Inhalt dieser Ansprache ist immerhin ein Fortschritt; es ist aber zu befürchten, daß die auf dem Tempelhofer Felde versammelt gewesenen Krieger- und Militärvereine in dieser Aufforderung lediglich eine Autorisation erblicken werden, in den Kriegervereinen Politik zu treiben, wie es bei Wahlen oft genug geschehen ist. Die Sozialdemokratie, die ihre Anhänger in schärfster Form vor jeder Teilnahme an den gegenwärtigen Erinnerungsfeierlichkeiten gewarnt hat, wird aus dieser Rede des Kaisers, durch die zum erstenmale in diese patriotischen Feste ein parteipolitischer Zug gekommen ist, eine nachträgliche Rechtfertigung ihres Verhaltens herleiten.

Hierzu bemerken die „Berliner Neuesten Nachrichten": Die Befürchtung der „Frankfurter Zeitung" trifft schon insofern nicht zu, als die Politik überall statutenmäßig ausgeschlossen ist und nur die sozialdemokratischen Elemente, als deren Anwalt die „Frankfurter Zeitung" auftritt, es sind, die die Politik in die Kriegervereine hineintragen und damit die Abwehr herausfordern. Es steht fest, daß die Sozialdemokratie es gewesen, die durch ihre Warnung vor der Beteiligung, durch die Ueberwachung ihrer Mitglieder, durch eine rohe Verhöhnung und Beschimpfung dieser Gedenktage und ihrer Veranlassung zuerst „den parteipolitischen Zug in die Feier hineingetragen hat," sie darf sich nun nicht wundern, wenn es endlich aus dem Walde so herausschallt, wie sie wochenlang, monatelang hineingeschrien hat. Es war hohe, vielleicht höchste Zeit,

die Antwort zu geben, die der Sozialdemokratie am 19. August zu teil geworden, und wir begrüßen jene Worte als eine Erlösung, in der Voraussetzung, daß die Regierung daraus die Richtschnur ihres Handelns entnehmen wird, und zwar zu einem Handeln, das klarer und unzweideutiger als die verunglückte „Umsturzvorlage" auch von der Nation verstanden wird.

23. August. Gegen eine neue Agitation wider den Umsturz spricht sich der „Hamburger Korrespondent" also aus:

Die empörenden Frechheiten sozialdemokratischer Litteraten gegen die patriotische Gedenkfeier des deutschen Volkes geben der gesamten Presse Veranlassung zu schärfstem Protest gegen die bübische Roheit einer vaterlandslosen Sippe. Es verdient aber festgestellt zu werden, daß sich daran ein neuer publizistischer Feldzug für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie knüpft. Gerade wie im vorigen Jahre, nur um zwei Monate später, ereifern sich dieselben Zeitungen mit denselben Gründen gegen die Regierung, die nur verwalte, aber nicht regiere und führe. Man fordert eine scharfe Initiative, man preist die alten Rezepte der Gewalt und Repression, man malt die düstersten Bilder von furchtbaren Schreckniffen an die Wand, wenn nicht beizeiten Vorkehrung getroffen werde. Nach den letzten Enthüllungen des „Volk," daß es sich im Vorjahre bei der Umsturzvorlage vornehmlich „um die Einleitung einer größern Aktion, die uns aus den parlamentarischen Wirren führen" sollte, gehandelt habe, wird man, ohne ungerecht zu sein, annehmen dürfen, daß auch diesmal die gleichen Ziele bei Inszenirung des neuen Feldzuges ins Auge gefaßt sind.

27. August. Nachdem zahlreiche deutsche Zeitungen das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber den deutschen Erinnerungstagen entrüstungsvoll behandelt haben, ergreift die Norddeutsche Allgemeine Zeitung also das Wort:

Es ist tief bedauerlich und wird in weiten Kreisen mit Empörung empfunden, daß vor aller Oeffentlichkeit eine Schar von Leuten sich erdreisten darf, in pöbelhafter Weise ein in ernsten und erhebenden Gefühlen sich vereinigendes Volk zu beschimpfen, das Andenken der großen Toten in der gehässigsten Art zu verlästern. Die bestehende Gesetzgebung bietet leider keine Handhabe, diesem schamlosen Treiben entgegenzutreten, leider kein Mittel, die frechsten Beleidigungen des heimgegangnen Heldenkaisers zu ahnden. Das ist ein Zustand, der nicht andauern kann. Zahlreich erheben sich die Stimmen, die fordern, und mit Recht fordern, daß diesen Ausschreitungen energisch Halt geboten werde. Fehlen der Regierung zur Zeit die gesetzlichen Mittel, so erwächst ihr die dringende Pflicht, sich an die gesetzgebenden Körperschaften zu wenden. Es wird Zeit, zu zeigen, daß das deutsche Volk sich seine nationalen Gedenktage durch die Flegeleien sozialistischen Federhelden nicht verkümmern, das Andenken seiner großen Männer nicht ungestraft besudeln lassen will.

Das amtliche „Dresdner Journal" spricht sich folgendermaßen aus:

Eine ganze Anzahl von den Leuten und Blättern, die jetzt sich über das Treiben der sozialdemokratischen Blätter entsetzen und von der Regierung „energisch" Abhilfe verlangen, die kämpften damals unter der Führung der „Geistesheroen" mit dem „gebildeten Deutschland," nicht etwa gegen die Sozialdemokraten, sondern gegen die Regierung, die konnten sich gar nicht genug

thun im Verunglimpfen der Urheber des Gesetzes, im Schildern des „grenzenlosen Ungeschicks" der Regierungsvertreter. Und wenn jetzt von solchen Stellen, wo man seinerzeit eifrig an dem Scheiten der Umsturzvorlage mitgearbeitet hat, der Ruf nach einem Ausnahmegesetz laut wird, so vergessen diese Stellen anzugeben, woher wohl die Regierung, die noch unter dem frischen Eindruck der Zerfahrenheit der Parteien bei der letzten Aktion gegen die Umstürzler steht, jetzt den Mut nehmen solle, mit einem Vorschlage hervorzutreten, der über das damals geforderte Minimum weit hinausgehen würde.

28. August. Diese Auffassung wird von den „Dresdner Nachrichten" also bekämpft:

Ist die Regierung von der Notwendigkeit einer gesetzgeberischen Aktion gegen die Sozialdemokratie überzeugt, so hat sie die unabweisliche Pflicht, diese Aktion durchzuführen ohne Rücksicht darauf, ob sie damit „Gnade vor den Augen" des Reichstages findet oder nicht. Noch weniger darf die herrschende Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien irgend welchen Einfluß ausüben auf die Entscheidung darüber, was not thut. Die Erkenntnis, daß zur Zeit ein planmäßiges Zusammenwirken aller staatserhaltenden Elemente zum Kampf gegen die Umsturzparteien nicht stattfindet, sollte die Regierung erst recht dazu anspornen, ihrerseits Hilfe zu bringen, und zwar um so schneller Hilfe, weil eben die bürgerlichen Parteien in ihrer Unzulänglichkeit und Zerrissenheit zur Zeit völlig außer stande sind, den Bestrebungen der Umsturzpartei aus eigner Kraft wirksam entgegenzutreten. Die Regierung ist für die Schäden und Gefahren verantwortlich, die aus dem gegenwärtigen Zustande der Machtlosigkeit gegenüber der Sozialdemokratie entstehen; sie trägt aber die Verantwortung allein, solange sie nicht alle Schritte gethan hat, um eine energische Bekämpfung des Umsturzes herbeizuführen. Die angebliche Aussichtslosigkeit eines gesetzgeberischen Vorgehens, wenn über ihre dringliche Notwendigkeit kein Zweifel mehr besteht, darf eine Regierung, die sich der Verantwortlichkeit für die Zukunft von Staat und Volk bewußt ist, niemals in ihren Entschließungen beeinträchtigen.

Die „Kölnische Volkszeitung" wird durch die „Nord. Allgemeine Zeitung" zu der Frage veranlaßt: „Ein neues Sozialistengesetz in Sicht?" und sagt:

Man könnte den sozialdemokratischen Führern im gegenwärtigen Augenblicke keinen größern Gefallen thun, als wenn man auf die Aeußerungen ihrer Blätter mehr Gewicht legte, als sie wirklich verdienen, oder dieselben gar zum Ausgangspunkt neuer gesetzgeberischer Schritte machte. Am erwünschtesten wäre ihnen ein neues Sozialistengesetz als Reif zum Zusammenhalten derjenigen Bestandteile ihrer Gefolgschaft, denen das Hineinwachsen in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat viel zu lange dauert. Man sollte aber doch meinen, die Lehren des Bismarckschen Ausnahmegesetzes könnten noch nicht vergessen sein. Gerade unter der Herrschaft desselben ist die Sozialdemokratie im deutschen Reiche erstarkt.

29. August. Nachdem die „Kölnische Zeitung" auf die Thatsache gewiesen, daß nach dem Ausweis der jüngsten allgemeinen Reichstagswahlen 1786000 Wähler den Hintergrund für die Anschauungen der sozialdemokratischen Führer bilden und durch bald ein halbes hundert Wortführer, also den achten Teil des Reichstags vertreten sind, sagt sie:

Für die übrigen politischen Parteien in Deutschland wird sich jetzt zu zeigen haben, ob sie Entsagung und vaterländisches Pflichtgefühl genug besitzen, dem allen gemeinsamen innern Gegner, der sich seiner Vaterlandslosigkeit rühmt, mit gemeinsamem Widerstand entgegenzutreten. Wenn dies eine Frucht der ernsten Selbsteinkehr der Parteien infolge der friedlich gemeinsamen Erinnerungsfeiern an die großen Tage vor fünfundzwanzig Jahren sein würde, hätte Deutschland das Gedächtnis seiner damals gefallenen Heldensöhne noch ganz besonders dankbar zu verehren.

3. September. Zu der Rede des Kaisers am Sedantage (S. 39) bemerken die „Hamburgischen Nachrichten": „Die auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie bezügliche Stelle der kaiserlichen Rede wird im deutschen Volke lebhaften und freudigen Wiederhall finden. Wir hoffen, daß dieser neuen und entschiednen Kriegserklärung des Monarchen an die Umsturzpartei ein entsprechendes Vorgehen der Staatsregierung möglichst bald folgen wird. Es ist die höchste Zeit dazu." Andrerseits sagt die freisinnige „Vossische Zeitung":

Der Kaiser hat einige Andeutungen gemacht, die wenigstens so verstanden werden können und wahrscheinlich von vielen so verstanden werden, als bestehe er darauf, daß auf dem Wege der Gesetzgebung der Sozialdemokratie die Möglichkeit genommen wird, in Zukunft in dieser Weise die Empfindungen ihrer Mitbürger zu verletzen. So sehr wir also in der Verurteilung der sozialdemokratischen Ausschreitungen einverstanden sind, so sehr fühlen wir uns gedrungen, warnend unsre Stimme dagegen zu erheben, daß man wiederum den Weg neuer Strafgesetze zu betreten versucht. An der Anwendung solcher Strafgesetze wird man niemals Freude haben; bald wird eine Aeußerung getroffen, die von einem unbefangnen Sinne als der Ausdruck einer ehrlichen und berechtigten Ueberzeugung gewürdigt werden muß, bald entzieht sich ein sehr boshaftes, aber schlau formulirtes Wort der gesetzlichen Ahndung und erfährt erst durch die gerichtliche Verfolgung eine Beachtung, die ihm sonst versagt geblieben sein würde.

In demselben Sinne sagt das freisinnige „Berliner Tageblatt":

Nachdem wir das ganze letzte Jahr hindurch das öde Geschrei nach einem Umsturzgesetz haben über uns ergehen lassen müssen, scheinen wir vor einem ähnlichen Feldzuge zu stehen. Wir würden es auf das tiefste beklagen, wenn die Regierung aus der berechtigten Aufwallung des Kaisers die Konsequenz ziehen wollte, vor das deutsche Volk wiederum mit einer Umsturzvorlage zu treten. Nachdem man eine Reihe von Jahren ohne Sozialistengesetz ausgekommen ist, würde es als eine Bankerotterklärung der heutigen Staatsleitung angesehen werden, wenn man wieder zu Ausnahmegesetzen seine Zuflucht nähme.

Ebenso spricht sich die demokratische Berliner „Volkszeitung" aus:

Das Verhalten des Reichstages und des deutschen Volkes gegenüber der Umsturzvorlage scheint uns eine Gewähr dafür zu sein, daß die Fortsetzung des Kampfes gegen den Umsturz so wenig zu gesetzgeberischer Ueberstürzung führen wird, wie der Anfang. Wir unsrerseits betrachten die Dinge, die da kommen sollen, mit fester Ruhe von dem für uns unverrückbaren Gesichtspunkte aus, daß jeder Kampf gegen die sozialdemokratische

welt- und wirtschaftspolitische Anschauung vergeblich ist; daß zum Unheil der diesseits Kämpfenden jeder Kampf ausschlagen muß, der nicht darauf angelegt ist, die Sozialdemokratie innerlich zu überwinden.

4. September. Gegen letztere Aeußerungen wenden sich die „Hamb. Nachr." mit den Worten:

Die Sozialdemokratie „innerlich" durch „Reform und Zugeständnisse" zu überwinden, ist ebenso unmöglich wie den menschlichen Egoismus und die menschliche Begehrlichkeit auszurotten. So lange der „Arbeiter" noch jemanden über sich sieht, der einen bessern Rock trägt, als er selbst, wird er „Sozialdemokrat" bleiben. Wer dem Staate rät, lediglich mit „Reformen" die Sozialdemokratie zu „versöhnen" und sie nicht durch Bekämpfung noch mehr zu reizen und zu fördern, der entbehrt entweder der erforderlichen Einsicht, oder er will den Staat in den Sumpf locken.

Die amtliche „Karlsruher Ztg." läßt sich also vernehmen:

Jeder Bethätigung politischer Anschauungen, soweit diese sich im Rahmen der Gesetze bewegen und sich als nützliche Teile der staatlichen Ordnung erweisen, sei freier Raum gewährt; der Untergrabung des Staates und Verhetzung des Volkes muß aber entgegengewirkt werden, wenn anders sich die bürgerliche Gesellschaft nicht selbst aufgeben will. Nicht minder aber, wie den bürgerlichen Parteien, gilt diese ernste Mahnung den Faktoren, die zur Wahrung der Gesetze und Führung der Staatsgeschäfte berufen sind. Die zügellosen Ausschreitungen der sozialdemokratischen Presse, die fortgesetzte Aufwieglung weiter Volkskreise in Wort und Schrift gegen den Staat, gegen Gesetz und Recht, die Verhöhnung und Beschimpfung alles dessen, was dem vaterländisch gesinnten Bürger teuer ist, das alles fordert zur entschiednen Anwendung der Gesetze heraus. Hier nichts zu versäumen, nichts zu unterlassen, was zum Ziele führen könnte, auch dazu mahnt das erhebende Fest, das das deutsche Volk soeben beging.

Auch die „Berliner Polit. Nachr." treten für entschiedne Maßregeln auf und sagen:

Wenn irgendwo, so hat in den Reihen der Arbeitgeber die Ansprache Kaiser Wilhelms ein vielfältiges Echo geweckt und die Zuversicht begründet, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sein werde, wo die Erkenntnis, daß es so wie bisher nicht weitergehen darf, ihre Frucht trägt in einer entsprechenden Aktion. Alle andern gesetzgeberischen Aufgaben im Reiche und in den Einzelstaaten müssen zurücktreten hinter der Aufgabe, der fortschreitenden Auflösung der sittlichen Grundlagen unsrer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Schranken zu setzen durch Vernichtung der sozialdemokratischen Agitation und der Agitatoren!

In der „Köln. Ztg." findet sich folgende Erläuterung der Kaiserrede vom 2. September:

Wir begreifen vollständig, daß der Kaiser über das Verhalten der sozialdemokratischen Führer, die sich beim Sedantage nicht nur in ihrer vollen Vaterlandslosigkeit gezeigt, sondern auch in menschlich verletzender Weise benommen haben, aufs äußerste gereizt sein mußte, und der weitaus größte Teil der Nation wird ihm diese Empörung nachfühlen. Sind die Vaterlandsfeinde doch so weit gegangen, nach Frankreich folgende Kundgebung zu schicken: „Am fünfundzwanzigsten Jahrestag der Schlacht von Sedan senden wir, als Protest gegen Krieg und Chauvinismus, den französischen Genossen Gruß und Handschlag. Hoch die Völkersolidarität!" Wenn

der Kaiser gesagt hat, daß er, wenn alles andre nicht helfe, das Heer zur Niederwerfung und Vernichtung hochverräterischer Elemente aufrufen werde, so hat er damit nichts andres gethan, als an jene ultima ratio erinnert, die angewandt werden muß, wenn alles andre versagt, und die auch sicher vor der Sozialdemokratie nicht Halt machen wird, wenn diese sich so weiter entwickelt, wie es in der Absicht einiger Führer zu liegen scheint. Das liegt in der Natur der Dinge, und das ist den Sozialdemokraten auch schon im Reichstage wiederholt vom Kriegsminister, wenn auch in andrer Form, gesagt worden. Der Aufruf des Kaisers an das gesamte Volk ist eine Wiederholung der Thorner Worte, durch die er ebenfalls alle gutgesinnten Deutschen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenfassen wollte. Es ist bekannt, daß diese Mahnung nicht auf fruchtbaren Boden fiel, nicht sowohl weil die andern Parteien die Sozialdemokratie schützen möchten, sondern weil einige derselben unter der Flagge „gegen die Sozialdemokraten" ihre eignen und eigensten Geschäfte betreiben wollten. Das „Umsturzgesetz," das einige ganz annehmbare und nützliche Bestimmungen enthielt, brach unter diesen Umständen zusammen, und zwar in einer Weise, die seine Wiedereinbringung zur Zeit ganz unthunlich erscheinen läßt. Zu einem neuen Umsturzgesetz würde man nur unter Bedingungen gelangen können, die aller Wahrscheinlichkeit nach größere Nachteile im Gefolge haben würden als selbst der jetzige Zustand, höchstens könnte das denen Nutzen bringen, die im Trüben zu fischen wünschen. Es dreht sich nun die Erörterung im wesentlichen darum, ob der Kaiser mit seiner Rede eine neue Auflage des Umsturzgesetzes habe ankündigen wollen. Wenn man seine Worte sehr aufmerksam durchliest, so muß man sagen, daß es einiger Auslegungskunst bedarf, um das in die kaiserlichen Worte hineinzulegen. Der Kaiser fordert nicht den Reichstag, sondern das gesamte Volk auf, die Angriffe der Sozialdemokraten zurückzuweisen, und in der That wird es in letzter Linie nur dieses ganze Volk sein, das der Sozialdemokratie Herr werden kann, wenn sich nur jeder, soweit es an ihm ist, sich dieser Pflicht klar bewußt wird. Wenn alle andern fest und entschlossen gegen die Sozialdemokratie einstehen, so kann diese dagegen unmöglich aufkommen und muß unterliegen, denn nicht den mindesten Teil ihrer Kraft zieht sie aus der Uneinigkeit und Verfeindung der Parteien und aus der Selbstsucht, die die Einzelnen verhindert, neben ihren eignen kleinen und selbstischen Wünschen auch das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten und dies als die erste und vornehmste Sorge zu betrachten. Diesem Zustande abzuhelfen, scheint uns die Absicht des Kaisers gewesen zu sein, als er den Trinkspruch auf die Garden ausbrachte. Der Kaiser hat so offen und klar gesprochen, daß gar nicht daran zu denken ist, er habe hinter diplomatischen Worten seine wahre Ansicht verbergen wollen. Hätte er ein Umsturzgesetz verlangt, so würde er es auch klar und deutlich ausgesprochen und an die gesetzgeberischen Faktoren, nicht an das Volk, appellirt haben. An dem Volke wird es sein, sich diese Worte zu Herzen zu nehmen, aber auch die Regierung wird sie nicht ungehört verhallen lassen dürfen. Einer allgemeinen, alle Berufsstände zusammenschließenden Aktion steht heute vor allem die Haltung der Konservativen entgegen, die nur in der reinsten Interessenpolitik leben und deshalb jede Einigung auf dem Boden des allgemeinen Wohles unmöglich machen.

Der „Vorwärts" weist vor allem auf die Form der Worte des Kaisers, insbesondre den Ausdruck „Rotte von Menschen" hin. Ihn gegenüber politischen Gegnern zu gebrauchen, entspreche seinem, des „Vorwärts," Geschmacke nicht, und ob diese Menschen

würdig seien, den deutschen Namen zu tragen, darüber zu urteilen sei schwerlich jemand kompetent, der auf einer ganz andern „Weltanschauung" stehe und von ganz andern politischen Anschauungen ausgehe. Weiterhin sagt das Blatt:

„Wir sind überzeugt, daß niemand ein besserer Deutscher sein kann, als wer dem ganzen Volke und allen andern Völkern, so weit er auf deren Geschicke einen Einfluß ausüben kann, die volle politische Freiheit, die volle Rechtsgleichheit, die gesicherte Wohlfahrt aller durch die Beseitigung jeglicher Ausbeutungsmöglichkeit erringen will." Die Geschichte werde übrigens einst ihr Urteil darüber fällen, wer die besten Deutschen seien! Dann kommt der „Vorwärts" auf seine Beschimpfungen des Kaisers Wilhelm I. zu sprechen, die er als „Urteil," hervorgegangen „aus tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über den Wert von Personen und Sachen" hinstellt, aber auch mit dem Hinweis auf die „Verfolgungen," die seine Partei gerade unter diesem Kaiser erlitten habe, rechtfertigt. Was aber die Garde mit der Befreiung Deutschlands „von solchen Elementen" zu thun habe, verstehe er, der „Vorwärts," nicht. So viel sei klar, die „Elemente" sollen fort. Aber mit welchen Mitteln? Man kommandire doch nicht Soldaten zum Angriff auf Leute, die eine „politische Agitation mit friedlichen Mitteln" treiben. „Um so notwendiger ist eine Aufklärung über die Schlußwendung in der vom Kaiser dem Volke gestellten Alternative, die von der Verwendung der Garden spricht. Unter allen Umständen bedeutet das eine Neuerung in unserm Verfassungsleben, gegen die ihren Grundsätzen gemäß selbst die Mehrzahl der bürgerlichen Politiker sich sträuben müßte."

5. September. Der konservative „Reichsbote" meint von dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie:

Dieser Kampf kann nur von der Obrigkeit geführt werden, denn dem Volke als solchem fehlen dazu die Mittel; der Obrigkeit fehlen aber dazu die gesetzlichen Handhaben, weil unsre alte Gesetzgebung auf den Kampf mit einer solchen revolutionären Partei nicht eingerichtet ist. Wir sind der Meinung, daß eine energische Regierung jetzt unverzüglich den Reichstag einberufen und ihm eine neue Vorlage gegen den Umsturz machen sollte, und wir sind überzeugt, daß der Reichstag es jetzt unter dem Druck der entrüsteten öffentlichen Meinung nicht wagen würde, abermals eine ähnliche Vorlage abzulehnen.

Das „Leipziger Tageblatt" kommt zu dem Ergebnisse:

Des Kaisers Mahnung ist nicht als die Ankündigung einer Diktatur, sondern als Aufforderung zu verstehen, den Terrorismus der Führer über die Massen, der heute noch versagt, auf das ernsteste bei jeder Gelegenheit zu bekämpfen, damit er nicht so anwächst, daß die Notwendigkeit eintritt, offene Hochverräterei mit bewaffneter Hand abzuwehren. Möge unser Volk den Ernst dieser Mahnung in seiner ganzen Größe verstehen und der Erkenntnis die That folgen lassen!

Die „Kreuzzeitung" scheint ein neues allgemeines Umsturzgesetz zu wünschen, indem sie schreibt:

Wir dürfen bei diesem Kampf, zu dem uns der Kaiser aufruft, eines nicht vergessen. Es sind nicht sowohl die utopistischen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Theorien der Sozialdemokratie, die einen Teil unsers Volkes an den Erinnerungstagen der Nation fern stehen lassen, als vielmehr jene hier im wahnsinnigen Haß gesteigerte, unserm Volke nur zu sehr anhaftende Neigung zur einseitigen Kritik alles Bestehenden.

Ist nicht seit langen Jahren von deutschen politischen Parteien in einer der heutigen sozialdemokratischen Sprache sehr verwandten Tonart die christliche Kirche, die Monarchie, das Heer, all und jede Autorität kritisch angegriffen worden? Wer die Zeitungs- und Broschürenlitteratur der vierziger und sechziger Jahre kennt, der weiß, wie sie nach dieser Richtung hin hinter dem, was heut die Sozialdemokratie an Angriffen, Hohn und Spott leistet, kaum zurücksteht.

Die Berliner „Freisinnige Ztg." würde es bedauern, wenn die Behörden sich zu Maßnahmen veranlaßt sehen sollten, sei es in der Gesetzgebung, sei es in der Verwaltung, die in der Absicht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, thatsächlich wieder nur dazu führten, Oel ins Feuer zu gießen. Nichts habe so sehr von Anfang an zur Ausbreitung der Sozialdemokratie beigetragen als die falschen Maßnahmen der Behörden in Gesetzgebung und Verwaltung zur Unterdrückung der Sozialdemokratie. — Die „Deutsche Tageszeitung," Organ des Bundes der Landwirte, zieht für die Mißstimmung, die nicht nur bei der Sozialdemokratie herrsche, den ungeheuern wirtschaftlichen Druck zur Verantwortung.:

Wenn man jetzt im Lande umherwandert und die Verwüstungen mit eignen Augen sieht, die eine unheilvoll und kurzsichtig unzulängliche Wirtschaftspolitik der Regierung in den Kreisen anrichtet, die gerade das Mark unsers Volkstums darstellen, so könnte man Thränen weinen. Mit einem entmutigten Bürgertum kann auch unser Kaiserlicher Herr keinen erfolgreichen Kampf gegen die Mächte des Umsturzes führen. Das erste, was darum not thut, ist eine energische Wirtschaftspolitik zu Gunsten des Mittelstandes in Landwirtschaft und Gewerbe. Das ist nicht nur ein Weg, der zum Ziele führen, das ist vielmehr der einzige Weg, der unser Volk vor dem Verfall retten kann. Hört man nicht auf uns, so wird der Kladderadatsch nicht von heut auf morgen eintreten, aber wie es heute schon bröckelt, so wird es weiter bröckeln, bis es — zu spät sein wird!

Die „Milit.-Pol. Korr." bringt folgende Mitteilung:

Aus der Sedanrede des Kaisers ist vielfach gefolgert worden, es sei die Einbringung eines neuen Umsturzgesetzes oder gar eines Ausnahmegesetzes beabsichtigt. In unterrichteten Kreisen wird dem auf das entschiedenste widersprochen. Allerdings sei es nicht als ausgeschlossen zu betrachten, daß von einer süddeutschen Seite darauf hingedrängt werde, daß die verbündeten Regierungen von neuem eine Initiative in der gedachten Richtung ergreifen möchten. Es sei aber schwerlich zu erwarten, daß dieser Anregung im Bundesrate eine so weitgehende Folge gegeben würde, daß es zur Beschlußfassung käme, eine bezügliche Vorlage ausarbeiten zu lassen.

6. September. Die freikonservative Berliner „Post" spricht sich also aus:

Die Forderung einer klaren, festen, entschlossenen Regierungspolitik als notwendiger Voraussetzung für die Sammlung der Parteien erhebt sich mit nicht abzuweisender Deutlichkeit. Dies gilt insbesondre auch von der Politik, die direkt oder indirekt auf die Bekämpfung sozialrevolutionärer Bestrebungen sich bezieht. Hier wird auch der Schein eines Schwankens sorgsam zu vermeiden sein, wenn man der neuesten Erscheinungsform der deutschen Zerrissenheit, dem Parteihader und der Parteisucht, nicht Vorschub leisten will.

Die Berliner „Konservative Korrespondenz" äußert sich also:

Mit gerechter Entrüstung hat unser Kaiser die sozialdemokratischen Führer eine hochverräterische Schar genannt. Diese Bezeichnung ist eine so treffende und stimmt so mit den Gefühlen der deutschen Volksseele überein, daß das Kaiserwort heute schon allerwärts als eine große Erleichterung empfunden wird. Es ist klar, daß mit Hochverrätern nicht auf dem Boden der „Gleichberechtigung" verhandelt werden kann. Wer die hochverräterische Schar auch nach dem Allerhöchsten Aufrufe noch unterstützt, wer beispielsweise sozialdemokratische Kandidaten auch jetzt noch für ein „kleineres Uebel" hält als einen in vaterländischem Boden wurzelnden Konkurrenten, der ist nicht ein Haar besser als jene hochverräterische Schar, jene Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen.

Die katholische „Schlesische Volkszeitung" spricht sich gegen ein Ausnahmegesetz aus:

Der bereits laut werdende Ruf nach Ausnahmegesetzen und Zwangsmaßregeln ist das beste Mittel, um den sozialdemokratischen Wortführern über die Folgen ihres frivolen Treibens hinweg zu helfen. Ja, wir würden sagen, dieses Treiben sei ebenso dumm wie frivol, wenn sich uns nicht der Verdacht aufdrängen müßte, daß die Rotte eine Provokation zu Gewaltmaßregeln beabsichtige. Thatsächlich kann den sozialdemokratischen Führern bei der jetzigen schwierigen Lage in der Partei nichts förderlicher sein, als Vorstöße der Polizei und eine neue Ausnahmegesetzgebung.

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" äußert:

Eine neue Umsturzvorlage wäre ein neues Fiasko, nachdem die erste kaum unter dem Fluche der Lächerlichkeit begraben worden ist. Ohne Bruch der Verfassung, ohne Staatsstreich kann der heutige Zustand nicht beseitigt werden. Und wir, die wir das Martyrium des Sozialistengesetzes durchkämpft haben, werden nie und nimmer die Hoffnungen jener Reaktion erfüllen, die auf den Straßenkampf lauert. Daß wir legal sind, ist unsrer Widersacher brennender Schmerz. Keine Herausforderung sieht uns an; die Sozialdemokratie läßt sich nicht provoziren.

Die „Schlesische Zeitung" vertritt den Satz Gewalt gegen Gewalt:

Wenn je, so hat das Gebahren der sozialdemokratischen Volksverführer während der diesjährigen nationalen Jubelfeste bewiesen, wie sehr wir uns dem Augenblicke genähert haben, in dem den sozialen Umsturzbestrebungen nur noch mit Gewalt wird begegnet werden können. Und darum ist ein Hinweis auf diese Thatsache gerade jetzt und von Allerhöchster Stelle und zwar in einer vorherrschend militärischen Rede durchaus am Platze.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" in Essen spricht sich also aus:

Will man diesen notwendigen Kampf erfolgreich durchführen, dann muß man ihn von vornherein durchaus auf die sozialdemokratische Partei und deren Presse beschränken und davon absehen, gleichzeitig auch andre unbequeme Preßäußerungen zu treffen. Man muß ungefähr die Ziele des alten Sozialistengesetzes verfolgen, ohne dessen Fehler zu wiederholen.

Der „Schwäbische Merkur" dagegen ist nicht für ein Ausnahmegesetz und sagt:

Das sei ferne, daß das Schwert von Sedan eines Tages, nur weil die Geduld erschöpft ist, gegen innere Bewegungen, solange sie in friedlichem,

gesetzlichem Rahmen sich halten, gezogen würde! Das ist selbstverständlich nicht des Kaisers Meinung. Aber eine ernste, strenge Mahnung wollte er geben. Und wer weiß, ob sie nicht einiges fruchten wird? Die zügellose Frechheit wird vielleicht doch, wenn sie den Ernst sieht, einen Schritt zurückweichen, und das wäre schon etwas, da die Dinge soweit schon gediehen sind.

In einem: „Die Abrechnung" überschriebnen Artikel erörtert die „Konservative Korrespondenz" ferner diejenigen Maßnahmen, die jetzt der Sozialdemokratie gegenüber sich zuvörderst empfehlen. Sie lenkt dabei auch den Blick rückwärts in die jüngste Vergangenheit und zeigt, wo die ersten Ursachen des rapiden Anwachsens der Gefahr liegen:

Nicht nur das deutsche Volk und seine parlamentarische Vertretung, sondern auch die verbündeten Regierungen haben die Pflicht, die äußersten Folgerungen aus dem kaiserlichen Aufrufe zu ziehen. Es muß auf dem Verwaltungswege, nötigenfalls auch durch gesetzgeberisches Vorgehen alles aufgeboten werden, um die sozialdemokratischen Aufwiegler und Verführer als Hochverräter zu kennzeichnen, sie von den leichtgläubigen Verführten zu trennen und unschädlich zu machen. Es muß aber endlich ebenso auch allen Ernstes auf allen Gebieten mit dem Laisser aller und mit der „dilatorischen" Politik aufgeräumt werden. Soll Wandel geschaffen werden, so muß, mit einem Worte, auf allen Gebieten die Bahn der Caprivischen Manchesterpolitik verlassen werden.

Die amtliche „Karlsruher Zeitung" kommt auf die von der Sozialdemokratie der bürgerlichen Gesellschaft drohenden Gefahren zurück und weist auf die Notwendigkeit einer „entschiedensten Anwendung der Gesetze" hin:

Die Niedertracht, die in diesen letzten Wochen alles besudelte und in den Kot zerrte, was herzerhebend und herzerfrischend im Glorienschein der Erinnerung durch des Volkes Seele zog, muß selbst politisch indifferenten Kreisen so recht zum Bewußtsein gebracht haben, wie dringend nötig die entschiedenste Anwendung der Gesetze geworden ist.

7. September. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird angeregt, den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu entziehen und im Artikel 30 der preußischen Verfassung zu bestimmen, daß alle wahlberechtigten Preußen das Recht haben, sich zu vereinigen. — Als erste Wirkung der scharfen Worte, die der Kaiser über die Sozialdemokratie gesprochen hat, ist, so heißt es in den „Hamburgischen Nachrichten," jedenfalls eine heilsame Aufrüttelung des deutschen Volkes zu verzeichnen. Gleichgiltigkeit und Gedankenlosigkeit sind selbst in unserm auf die Teilnahme aller Bürger an den öffentlichen Dingen begründeten Staatsleben so gewaltige Mächte, daß es starker Mittel bedarf, sie zu erschüttern. Dem Kaiser gebührt Dank dafür, daß er ein solches Mittel zur Anwendung gebracht hat. Seit Monaten hatten die sozialdemokratische und die freisinnige Presse einander überboten in dem Bestreben, die Vorstellung zu befestigen, daß die verunglückte Campagne mit der sogenannten Umsturzvorlage nur eine Episode

gewesen sei, und auch andre Staatsweisen verkündeten, daß nunmehr die Signatur der nächsten Zeit eine allgemeine Stagnation sein werde. Daran wird nun wohl kaum noch jemand glauben. Was aber soll geschehen? In Wirklichkeit konnte es sich nur darum handeln, ob die Regierung alsbald mit einer neuen Gesetzesvorlage an den Reichstag herantreten, oder ob sie zunächst noch einmal versuchen sollte, wie weit sich mit einer bis an die äußerste Grenze gehenden Anwendung der bestehenden Gesetze kommen ließe. Dieser Versuch ist in den letzten Monaten allem Anscheine nach planmäßig gemacht worden; aber abgesehen davon, daß er nach den frühern Erklärungen der Regierung unmöglich dem Bedürfnis genügen kann, führt er die Gefahr einer Ueberschreitung der nach den bestehenden Gesetzen zulässigen Grenze und dadurch einer Rechtsunsicherheit mit sich, die aus allgemeinen konstitutionellen Gründen nicht erwünscht sein kann. Diese Lage legt der Regierung die Pflicht auf, alles aufzubieten, um so bald wie möglich zu einer klaren, die wirksame Abwehr der sozialrevolutionären Propaganda in vollem Umfange ermöglichenden Gesetzgebung zu gelangen. Daß dies, nachdem der vorjährige Versuch auf dem Boden des gemeinen Rechts gescheitert ist, nur im Wege der Spezialgesetzgebung geschehen kann, hat bekanntlich der Staatssekretär des Reichsjustizamts am 17. Dezember 1894 ausdrücklich vorhergesagt. Seit der Ablehnung der Umsturzvorlage ist nichts geschehen, woraus hätte geschlossen werden müssen, daß die Regierung auf die Wiederaufnahme der gesetzgeberischen Aktion gegen die revolutionäre Gefahr in der bevorstehenden Session verzichtet hätte. Seit der Rede des Kaisers aber sollte die Wiederaufnahme als selbstverständlich gelten dürfen. Denn darüber ist kein Zweifel möglich, daß die große Masse des Volkes niemals recht an die Gefährlichkeit der „hochverräterischen Schar" glauben wird, solange dieselbe unter dem Schutze der Staatsgesetze ihr Wesen ungestört weiter treiben darf. Noch mehr aber: wenn trotz der Rede des Kaisers jeder weitere Schritt unterbliebe, so würde sich in weiten Kreisen nur um so mehr die Vorstellung befestigen, daß der Sozialdemokratie nicht beizukommen sei, und die Folge würde nicht Zurückdrängung, sondern eine Förderung der Sozialdemokratie sein. Man täusche sich nicht: die Aufwallung der Gefühle, die diese Rede verursacht hat, wird rasch verflogen sein, wenn nicht ein klares und konsequentes Handeln der Regierung aller Welt die Ueberzeugung einflößt, daß im Sinne der Worte des Monarchen Ernst gemacht wird. Schon jetzt üben die Zweifel, die von angeblich wohlunterrichteten Leuten umhergetragen werden, eine schädliche Wirkung aus.

Nächst den bösen Trieben in der Menschennatur, die von den Furien des Hasses und der Neidsucht gepeitscht werden, sind, so sagen die „Berliner Neuesten Nachrichten," die mächtigsten Bundesgenossen der Sozialdemokratie die Leichtgläubigkeit, Unkenntnis und Vergeßlichkeit. Wie wäre sonst die erstaunliche Verkehrheit in der Beurteilung, wie die gleichmütige Harmlosigkeit, wie das gedankenlose Mitläufertum so vieler im übrigen gut bürgerlich gesinnter Elemente zu erklären, durch die der Bewegung mittelbar oder unmittelbar Vorschub geleistet wird? Auch die unglaublich einfältige Einwendung, die so häufig der tendenziösen Opposition gegen jede starke staatliche Machtentfaltung nachgesprochen wird: die Bewegung sei im Begriffe, sich in eine reformatorische, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft fußende Vertretung der Arbeiterinteressen umzugestalten und dürfe daher nicht außerhalb des gemeinen Rechts gestellt werden, muß als eine Folge jener Unterschätzung aus Unwissenheit angesehen werden. Es ist darum eine dringende Pflicht aller, die sich zum Kampfe gegen diesen gefährlichen „innern Feind" berufen fühlen, immer wieder die wahre Natur der Sozialdemokratie und die ganze Größe der Gefahr zu zeigen, von der die bürgerliche Gesellschaft beständig bedroht ist.

Der Standpunkt des Zentrums über die Bekämpfung der Sozialdemokratie wird in der „Kölnischen Volkszeitung" auseinandergesetzt, die zu folgendem Ergebnis gelangt:

Käme eine neue Umsturzvorlage, so würde das Zentrum alles daran setzen, sie wieder in seinem Sinne zu verbessern. Ob dann aber nicht wieder die Mittelparteiler auf das Gesetz verzichten würden? Das beste wäre wohl, die Regierung ließe sich von dem jetzigen Geschrei der Mittelparteiler nicht zum zweitenmale verlocken.

Die amtliche „Karlsruher Ztg." macht den Vorschlag zur Bildung eines großen deutschen Vereins, der den Zweck haben soll, eine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie zu sein. Eine sittliche Wirkung werde von einer solchen Zusammenfassung des Bürgertums nicht ausbleiben.

8. September. Die linksstehende Presse glaubt aus der Stettiner Rede des Kaisers die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß es nicht zu einer gesetzgeberischen Aktion gegen die Sozialdemokratie kommen werde. Insbesondre sagt das „Berliner Tageblatt":

Kaiser Wilhelm II. hat das Sozialistengesetz ablaufen lassen, er hat mit jener gänzlich verkehrten Bekämpfung der Sozialdemokraten durch eiserne Polizeimaßregeln gebrochen. Seine Stettiner Rede hat gezeigt, daß er auch jetzt nicht daran denkt, mit mechanischen Mitteln gegen das Volk, soweit es sozialistischen Utopien nachhängt, vorzugehen, daß er vielmehr richtig erkannt hat, auf welchem Punkte man die sozialistischen Agitatoren am besten bekämpfen kann. Wir halten es für einen Mißbrauch

der Kaiserrede vom 2. September, wenn man behauptet, sie solle für ein neues Sozialisten- oder Umsturzgesetz Stimmung machen und aus ihr die Absicht Wilhelms II. herauslesen will, die Arbeiterschaft unter Polizeiaufsicht und Sondergesetze zu stellen. Solchen arbeiterfeindlichen Tendenzen huldigt Wilhelm II. nicht.

Mit Befriedigung konstatiren die „Hamburger Nachrichten," daß sich die Zahl der Preßorgane, die glauben, der sozialdemokratischen Agitation auf dem Gebiete des gemeinen Rechts beikommen zu können, von Tag zu Tag verringert. Wenn, sagt das Blatt, die Umsturzvorlage ein Gutes gehabt hat, so besteht es darin, daß ihre Beratung die Unmöglichkeit erwiesen hat, die Sozialdemokratie mit allgemein giltigen Rechtsvorschriften in Schranken halten zu können. Die Vorlage scheiterte an dem Widerspruche, der darin lag, daß sie doktrinär an dem Gebiete des gemeinen Rechts festhielt, während die Sozialdemokratie thatsächlich außerhalb dieses Rechts steht. Daher kam es, daß die Vorlage für den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu wenig forderte, aber der Gesamtheit der Staatsbürger gegenüber zu viel. Es hat sich aus den Verhandlungen ergeben, daß das richtige Maß von Repression gegen die Sozialdemokratie nur auf dem Gebiete der Spezialgesetzgebung gefunden werden kann.

Die Sedanfeier wird nicht bloß von den Sozialdemokraten zu Ausfällen gegen Kaiser und Reich benutzt, sondern auch in ähnlicher Weise von den Dänen in Nordschleswig.

So nennt das „Flensborg Avis" die Kränze, die der Festzug in Flensburg mitführte, um sie an den Denkmälern Kaiser Wilhelms und der Krieger niederzulegen, gewöhnliche „Leichenkränze" und spricht seine Verwunderung darüber aus, daß diese Kränze nicht, wie sonst bei Leichenbegängnissen üblich, im Wagen dem Zuge vorausgefahren wurden. Das Denkmal für Kaiser Wilhelm nennt das Blatt einen „Leichenstein, der aus den Mitteln von preußischen Beamten errichtet worden ist, die diese durch Lotterie, Gänsevorspielen aufgebracht haben." „Heimdal" bezeichnet die Deutschen als eine „siegestrunkene Nation, von sich eingenommen bis zu den Nägeln, eitel bis zur Lächerlichkeit," und andre wieder charakterisiren die Festlichkeiten als „Saufgelage."

Das „Bayerische Vaterland" in München spricht sich u. a. also aus:

Der Zeitungslärm der „Erinnerungstage" an die „sieg- und glorreichen" Massenschlächtereien in Frankreich wird nachgerade unausstehlich und langweilig. Alle Tage dieselbe breite Bettelsuppe tönender Phrasen und „nationaler" Schlagworte, immer der gleiche Schmarren von „des Reiches Größe und Herrlichkeit," täglich die nämliche gesinnungs- und charakterlose Großthuerei und Ruhmredigkeit von „Erfolgen," die sich inzwischen zum — nationalen Jammer und allgemeinen Elend herausgewachsen haben — toujours perdrix, das wächst einem nachgerade „zum Hals heraus" und ist nicht mehr zum lesen und anhören. Sind wir denn Wilde, die über die Zahl der erschlagnen Feinde jubeln, während sie sich anschicken, sie aufzufressen? Ziemt es der „Nation der

Denker" über gewonnene Schlachten zu jubeln, die morgen mit verlornen Schlachten vom blinden Kriegsglück wettgemacht werden können? Ueberhebung und Hochmut ist noch immer vor dem Fall gekommen.

Der „Vorwärts" wirft erstaunt die Frage auf: „Wann und wo haben wir an die Entscheidung durch die Bajonette appellirt?"

9. September. Mit Bezug auf den Dankerlaß des Kaisers vom 8. September sagen die „Berliner Neuesten Nachrichten": „Zum drittenmale innerhalb einer Woche hat der Kaiser die Aufmerksamkeit des deutsches Volkes auf das, was uns vor allem andern politisch not thut, die Beseitigung der unsrer innern Ruhe drohenden Gefahr, mit Worten hingewiesen, deren starker rednerischer Accent ein unverkennbares Zeichen für die Tiefe seiner Ueberzeugung und für die Stärke der Empfindung ist, die die Sorge um Deutschlands Zukunft in dem Herzen des Monarchen hervorgerufen hat. Es ist dem Kaiser eine Gewissenspflicht, immer wieder das deutsche Volk anzutreiben, seine Schuldigkeit zu thun und zu zeigen, daß sein monarchischer Sinn sich nicht mit den loyalen Beteuerungen seiner Treue begnügt, sondern sich auch zu Thaten aufzuschwingen die Kraft hat. Wer aus der Stettiner Rede des Kaisers etwa eine Einschränkung der politischen Tragweite hat erblicken mögen, die man dem Trinkspruch vom 2. September beimessen durfte, der wird durch den Kaiserlichen Dankerlaß vom 8. September unzweifelhaft von der Irrtümlichkeit dieser Auffassung überzeugt werden, wenn nicht eigensinnige Unbelehrbarkeit dies unmöglich gemacht hat. In dieser denkwürdigen Urkunde appellirt der Monarch erneut an das patriotische Gewissen des Volks, von dem er die Niederwerfung der vaterlandslosen Feinde der göttlichen Weltordnung mit unerschütterlich fester Zuversicht erwartet." — Es ist schon sehr oft, sagt die „National-Zeitung," ausgesprochen worden, daß die Unzulänglichkeit der deutschen Gesetzgebung gegenüber der Sozialdemokratie minder gefährlich wäre, wenn die übrigen Klassen der Bevölkerung wenigstens durch ihr politisches Verhalten den Eindruck ernsten und geschlossenen Widerstandes gegen die Umsturzbestrebungen hervorbrächten; daran würde das Bemühen der Agitatoren, den Massen die bestehende Ordnung der Dinge als dem Untergang geweiht darzustellen — eines der wirksamsten Mittel der Anwerbung neuer „Genossen" —, ein erhebliches Gegengewicht finden. Ein freisinniges Blatt sagt z. B.:

Nicht darauf kommt es an, ob Schröder und Genossen unschuldig verurteilt worden sind oder nicht; darüber wird die Wahrheit vielleicht niemals an das Tageslicht kommen, und man kann darüber im Zweifel sein. Sondern darauf kommt es an, ob in weiten Kreisen die Ueberzeugung verbreitet ist, Schröder und Genossen seien aus Parteigeist verfolgt und demnächst unschuldig verurteilt worden. Diese Ueber-

zeugung muß eine Verbitterung im Gefolge haben, die der Sozialdemokratie zu gute kommt.

Kann man leichtfertiger mit dem Ansehen der Rechtsprechung — in diesem Falle derjenigen durch Geschworene — umspringen! Es muß wohl noch schlimmer werden, bevor es besser werden kann. So die „National-Zeitung." — Die „Kreuz-Zeitung" verlangt ein entschlossenes Vorgehen der Regierung und sagt:

Gleiches Recht soll freilich walten; hier handelt es sich aber in erster Reihe darum, diejenigen zu treffen, die sich selbst mit voller Absicht und vollem Bewußtsein außerhalb der bestehenden Ordnung stellen und deshalb auf den Schutz, den diese Ordnung gewährt, nur als Einzelpersonen, nicht aber als Gesamtheit Anspruch haben. Wenn die „bürgerlichen" Parteien sich entschließen könnten, diese einfache Wahrheit als das zu nehmen, was sie ist, würden die Berge, die sie zu übersteigen hätten, sich schwerlich so ungangbar erweisen, als man jetzt vielfach annimmt.

Auch der nationalliberale „Hannov. Courier" verspricht sich einen Erfolg allein von einem entschlossenen, kraftvollen und ausdauernden Vorangehen der Regierung. — Ueber Maßnahmen, die jetzt schon möglich seien, sagt die „Norddeutsche Allgem. Zeitung":

Es ist eine weitverbreitete Ueberzeugung, daß schon jetzt von seiten der Polizei und des Staatsanwalts mehr geschehen könnte, um den Uebermut der Sozialdemokratie zu dämpfen und der monarchisch gesinnten Bevölkerung tägliche grobe Aergernisse zu ersparen. Wenn beispielsweise die Sozialdemokraten auch bei ihren Privatbegräbnissen mit roten Emblemen jeder Art, roten Blumen, roten Kleidern, roten Tüchern u. s. w. aufziehen und mit diesen provokatorischen Demonstrationen am unangebrachtesten Ort die Ruhe des Friedhofs stören und die sonst anwesenden Besucher der Gräber ihrer Lieben, die sich stiller Andacht hingeben wollen, in der ärgerlichsten Weise belästigen, — ist das nicht „grober Unfug" in der eigentlichsten Bedeutung des Wortes, ohne jeden Zwang der Auslegung? Warum werden solche Ausschreitungen also geduldet?

11. September. Ein freisinniges Blatt, sagen die „Hamburger Nachrichten," hat es dieser Tage für einen Mißbrauch der Sedanrede des Kaisers erklärt, wenn man aus derselben die Absicht eines gesetzgeberischen Vorgehens gegen die sozialrevolutionäre Agitation herausliese. Wir halten es umgekehrt für einen Mißbrauch, und zwar einen recht frivolen Mißbrauch der Kundgebungen des Monarchen, wenn man die Annahme zu verbreiten sucht, daß dieselben ein solches Vorgehen ausschlössen. Darüber kann gar kein Zweifel sein, daß auch der Kaiser die Bekämpfung der revolutionären Elemente als die Aufgabe der Staatsgewalt betrachtet. Was er von dem Einzelnen im Volke erwartet, ist, daß sie die Staatsgewalt unterstützen, daß sie „treu zu Kaiser und Reich stehen." Vor allem aber liegt diese Unterstützung der Vertretung der einzelnen, dem Parlament ob, und damit steht man vor der Frage, um die schlechterdings nicht herumzukommen ist. Angesichts

des Stettiner Erlasses möchten wir es für unmöglich halten, daß den kaiserlichen Worten nicht eine entsprechende That der Regierung nachfolgen sollte.

Die „Post" hält die Vorbereitung gesetzgeberischer Maßregeln gegen die Sozialdemokratie für zweifellos und bemerkt weiter: „Vermutlich wird bei weiterer Behandlung der Angelegenheit auch zur Sprache kommen, daß mit einer Aenderung des Vereinsgesetzes allein oder einer Novelle zu ihm in der Sache doch nicht viel erreicht werden dürfte." — Die „Germania" benutzt den Kaiserlichen Dankerlaß vom 8. September, um daraus ihren Widerspruch gegen ein neues Ausnahmegesetz zu rechtfertigen:

Besonders freut es uns, daß der Kaiser die göttliche Weltordnung so scharf betont und zum Kampfe gegen die Feinde der göttlichen Weltordnung aufgefordert hat. In diesem Kampfe wird der Kaiser uns immerdar auf seiner Seite finden, wie wir bisher stets für die göttliche Weltordnung, d. h. für die christliche Weltanschauung im Gegensatze zur mechanischen Weltanschauung der liberalen Wissenschaft eingetreten sind. Hie Christentum, hie Atheismus! Die moderne liberale Wissenschaft ist es, die den Feinden der göttlichen Weltordnung eine „wissenschaftliche" Unterlage zu bieten und ihnen die Wege zu ebnen sucht. Auch gegen diese ist das Wort des Kaisers gerichtet, wie das Wort Kaiser Wilhelms I.: „Dem Volke muß die Religion erhalten werden!"

Der „Vorwärts" benutzt vorstehende Auslassung, um die bürgerliche Demokratie aufmerksam zu machen, daß ein „neuer Ton," das „religiöse Moment" in den Kampf gegen die Sozialdemokratie gebracht worden sei, der sie stutzig machen müsse. — Der katholische „Westfälische Merkur" und die katholische „Kölnische Volkszeitung" lehnen auch eine Verschärfung des Vereinsgesetzes in Preußen als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie ab, denn es sei dann zu erwarten, „daß den bürgerlichen Parteien, die sich der Gnade der Minister des Innern und der Justiz nicht erfreuen, wie z. B. das Zentrum, die Veranstaltung von Versammlungen und die Bildung von Vereinen zu berechtigten Zwecken erschwert und gelegentlich unmöglich gemacht werde."

12. September. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" sprechen sich also aus: Als der Kaiser bei dem vorjährigen Königsberger Festmahl die patriotische Hilfe der Stände Ostpreußens zum Kampf wider den Umsturz aufrief, knüpften sich an dieses Königswort im Vaterlande weitgehende Erwartungen. Der Berg kreißte und gebar die Umsturzvorlage, ein Paradestück büreaukratischer Juristenarbeit, das auch von denen, die voll bereit waren, zur Erfüllung des Königlichen Wortes beizutragen, nicht unterstützt werden konnte. Denn eine Vorlage, die nicht einmal den Mut ihrer Meinung hatte, nicht wagte, die Sozialdemokratie beim Namen zu nennen, war unannehmbar, weil sie ihren Hauptzweck verfehlte,

die Sozialdemokraten nicht traf, dagegen andre Parteien den Zufälligkeiten polizeilicher und staatsanwaltlicher Launen sowie den Gefahren von Richtersprüchen aussetzte, wie wir sie in den letzten Jahren nicht ohne Staunen erlebt haben. Eine Vorlage wider den Umsturz muß klipp und klar eine Vorlage gegen die Sozialdemokratie sein, muß auf die Verführer und ihre Bestrebungen zerschmetternd fallen, sonst hat sie überhaupt keinen Wert und dient nur dazu, die Phrasendrescherei im Parlament zu vervielfältigen und der Sozialdemokratie die Beihilfe andrer Parteien zu sichern. Die vorjährige Umsturzvorlage war eine Entstellung der Königlichen Intention. Die Kaiserlichen Worte von den Festmählern am 2. und am 6. September sowie auch in der Danksagung vom 9. September geben die erfreuliche Gewißheit, daß der Kaiser persönlich entschlossen ist, den Kampf mit der Sozialdemokratie auf alle Weise zu Ende zu führen. Hoffentlich hat die Regierung aber damit auch die Entschlossenheit gewonnen, den Kampf auf alle Folgen hin aufzunehmen.

13. September. Nach Ansicht der „Konservativen Korrespondenz" ist es zunächst Sache des Volkes, den Aufruf des Kaisers zu beherzigen; zu diesem Zweck möchten allerorten Versammlungen stattfinden, die dem Kaiser sagten, daß sie die Kraft in sich fühlten, dem Aufrufe nachzufolgen.

14. September. Der „Reichsbote" behauptet bestimmt zu wissen, daß die Regierung an „große Maßregeln" gegen die Sozialdemokratie vorerst nicht denke, und bemerkt dazu:

Aber daß man sich nicht weiterhin von der sozialdemokratischen Presse auf der Nase herumtanzen läßt, verlangen alle anständigen Bürger und bedauern es nur, daß die Regierung immer nur erst wieder an diese vaterlandslose Agitation denkt, wenn sie solche Exzesse verübt wie neulich. Nur ein stetiger, nachhaltiger Kampf kann helfen. Wie wenig übrigens von der Initiative des Volkes zu erwarten ist, das zeigt sich schon jetzt; einige Zeitungen räsonniren über die Sozialdemokratie — aber im Volk regt sich nichts. Die Sozialdemokraten setzen ihr Treiben unter andächtigem Zuhören der großen Masse fort, der „Vorwärts" wird in Berlin anstandslos auf den Straßen ausgeboten, und er kann sich rühmen, daß seine Auflage die der meisten bürgerlichen Organe bei weitem übertrifft. Uebrigens haben die polnischen Blätter ganz ähnliche Frechheiten gegen die Jubiläumsfeiern verübt. Das Volk thut ihnen ja nichts, sondern liest solche sensationellen Artikel gern. Wann wird die Regierung sich darauf besinnen, daß hier das einzig Richtige ein energisches Handeln ist?

In Kiel, Breslau und Leipzig finden polizeiliche und gerichtliche Maßnahmen gegen die sozialdemokratischen Blätter statt. — Der Abgeordnete Barth spricht sich in der „Nation" also aus:

Man kann doch die Augen nicht davor verschließen, daß nahezu in allen wichtigern Fragen, die die praktische Politik betreffen und Gegenstand eines ernsthaften parlamentarischen Streits sind, die Sozialdemokraten bei

der Abstimmung auf jener Seite sich befinden, die wir Liberalen für die richtige halten. Daß die Sozialdemokratie daneben allerlei lästerliche Reden führt, die wir mißbilligen, und Ziele verfolgt, die wir bekämpfen, die aber nicht den Schimmer einer Aussicht haben, verwirklicht zu werden, das ist doch noch kein Grund, den Teufel durch Beelzebub zu vertreiben.

16. September. Dazu bemerkt die „Nat.-Ztg.“:

Wir fürchten, daß die anscheinende Offenheit dieser Darlegung zum Teil eben nur Schein ist, indem ein hauptsächlicher Antrieb für die freisinnige Taktik verschwiegen wird: daß man die sozialdemokratische Hilfe für freisinnige Kandidaten bei Stichwahlen nicht verscherzen will. So weit die obige Argumentation aber die wirkliche Ansicht des Verfassers und seiner Gesinnungsgenossen wiedergiebt, ist sie von erstaunlicher Oberflächlichkeit. Der schlimmste Fehler in der Darstellung Barths ist die Ignorirung der Wirkungen, die die sozialdemokratische Agitation und jeder Triumph derselben im Volksleben hervorbringt.

19. September. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Wir sind in der Lage, folgende authentische Mitteilung zu machen: Allen Ableugnungen zum Trotz ist auf Initiative höhern Orts hin eine gesetzgeberische Aktion gegen die Umsturzpartei und deren Bestrebungen für nahe bevorstehend zu halten, »weil sie eine schreiende Notwendigkeit sei.«“ — Im geraden Gegensatze hierzu steht nachstehende Berliner Depesche des „Hamburgischen Korrespondenten“: „Zwischen den maßgebenden Stellen besteht Einverständnis darüber, daß eine neue Sozialistenvorlage dem Reichstage nicht gemacht wird. Die Krisengerüchte sind demnach gegenstandslos.“

23. September. Unter dem Eindruck der letztern Nachricht sagt die Berliner „Post“: Wird das Eisen nicht durch eine konsequente energische Regierungspolitik geschmiedet, so lange es unter dem Eindrucke des Kaiserlichen Mahnrufs warm ist, so steht nach den bisherigen Erfahrungen zu befürchten, daß ein großer Teil unsrer Mitbürger wieder in den schwächlichen, optimistischen Dusel versinkt und der Kampf gegen die Sozialdemokratie nur einigen wenigen energischen, klaren und zielbewußten Männern überlassen bleibt.

4. Oktober. In der Berliner Wochenschrift „Zukunft“ veröffentlicht Reichsgerichtsrat Stenglein einen Artikel über die Umsturzvorlage, worin er die Bedenken gegen Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ausnahmegesetze wie folgt widerlegt:

Kein Vernünftiger wird etwas dagegen einzuwenden haben, daß außerordentliche Zustände oder außerordentliche Gefahren durch außerordentliche Mittel bekämpft werden. Der Zustand, daß ein Teil der Staatsbürger nicht nur die bestehenden Zustände als gänzlich verfehlt, als moralisch unhaltbar, als von der Mehrheit der Minderheit gewaltsam und rechtswidrig auferlegt, theoretisch darstellt, sondern dieser

Minderheit sogar das Recht beilegt, gewaltsam ihre Utopien zu bestehenden Zuständen zu machen, der Mehrheit also Gesetze aufzuerlegen; daß diese Minderheit sich nicht scheut, Zerstörung am Leben und Eigentum andrer als erlaubte Mittel gewaltsamer Propaganda und des Protestes gegen rechtlos Bestehendes zu rechtfertigen, sind Ausnahmezustände, deren Bekämpfung durch Ausnahmegesetze ausschließen zu wollen, sich nur durch eine Art von Begriffsverwirrung erklären läßt. Wie würde man den bezeichnen, der einem Staate, der von einem andern mit Krieg überzogen wird, empfehlen würde, keine Ausnahmezustände eintreten zu lassen, sondern dem Angreifer nur mit den regelmäßigen Mitteln friedlicher Zustände entgegenzutreten? Sozialdemokratie und Anarchismus sind die Angreifer in dem Krieg gegen die bestehenden Zustände. Denen aber, die auf dem Boden dieser Zustände stehen und sie zu verteidigen berufen sind, sollen nur friedliche Mittel gestattet sein; sie sollen ruhig zusehen, wenn die Gegner ihre Angriffe vorbereiten und die Verteidigungswerke des Bestehenden unterminiren.

Der christlich-soziale Parteitag in Berlin beschließt folgende Erklärung:

Der Kampf gegen die Umsturzbestrebungen kann mit Erfolg nur von politischen Gruppen geführt werden, die nicht allein die Irrtümer und agitatorischen Ausschreitungen des Parteitreibens beleuchten, sondern auch mit fester Hand an die gründliche Aenderung der Zustände und Verhältnisse herantreten, aus denen die sozialdemokratische Bewegung hervorgegangen ist. Ausnahmegesetze verschärfen nur die sozialen Gegensätze und begünstigen die Gleichgültigkeit und Unthätigkeit bei Ausübung der staatsbürgerlichen Pflichten.

8. Oktober. In Betrachtungen „zur Frage der Strafbarkeit des Boykotts" spricht die Kreuz-Ztg. jetzt ebenfalls die Ansicht aus, daß eine wirksame Bekämpfung der Ausschreitungen der Sozialdemokratie auf dem Boden des gemeinen Rechts nicht möglich ist, daß dieselbe vielmehr nur auf dem Boden der besondern Gesetzgebung erreicht werden kann. Mit der obigen von den Christlich-Sozialen unter Stöckers Leitung vertretnen Ansicht, daß von einem Ausnahmegesetze nur die Verschärfung der sozialen Gegensätze zu erwarten sei und mit der Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Vertretung der Arbeiterklasse bilde, müsse gebrochen werden.

Es ist schon an sich ein Unding, sagt das Blatt, daß eine Partei, die die Grundlagen unsrer Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen unternimmt, den Schutz des Staates für sich in gleichem Umfange wie für die übrigen politischen Richtungen in Anspruch nimmt. Noch thörichter ist es, daß man dem Staate das Recht versagen will, durch Abwehrmaßregeln, die ausschließlich gegen jene Partei gerichtet sind, sich seinen Bestand zu sichern.

13. Oktober. Aufs neue wird die Frage der Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu lebhaftester Erörterung aufgerufen infolge des folgenden, vom Kaiser aus Hubertusstock an den Statthalter der Reichslande gerichteten Telegramms:

„Ich erfahre soeben aus den Zeitungen die Kunde des abscheulichen Mordes des Fabrikherrn Schwartz in Mülhausen." Ich

bitte daher Euer Durchlaucht, in Meinem und der Kaiserin Namen Unser innigstes Beileid der unglücklichen Witwe auszudrücken. Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angefachten Revolutionsbewegung. Wenn unser Volk sich doch ermannte!"

Es ist dies die vierte diesjährige kaiserliche Kundgebung, in der zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgerufen wird.

15. Oktober. Zu diesem Aufruf wird in den „Hamburger Nachrichten" gesagt: „Wir glauben, daß das deutsche Volk diesem wiederholten kaiserlichen Notrufe gegen die Sozialdemokratie gern und energisch entsprechen würde, daß aber die Initiative von den verbündeten Regierungen auszugehen hat. Nach der kaiserlichen Kundgebung, die die Sozialdemokratie mit Recht als gewaltthätige revolutionäre Bewegung gegen die gesetzlichen Zustände in Reich und Land bezeichnet, würde ein weitrer Verzicht der Regierung auf nachdrückliche Abwehrmaßregeln immer weniger verständlich sein und den unliebsamsten Vermutungen Thür und Thor öffnen. Nach den wiederholten Kundgebungen des Kaisers hat die Staatsregierung das Wort; sie hat durch ihre Haltung und ihre Vorlagen die Wege praktisch zu bezeichnen, auf denen das Volk dem kaiserlichen Aufrufe entsprechen kann. Erfolgt nach den fortgesetzten Aeußerungen des Monarchen keine Bestätigung derselben durch die Haltung der Regierung, so wird, wie wir fürchten, die Meinung Platz greifen, daß die Ausführung der von Seiner Majestät kundgegebnen Absichten. durch passiven Widerstand von seiten der zu ihrer Ausführung berufnen Staatsbehörden gehindert wird."

In demselben Sinne sagen die „Berliner Neuesten Nachrichten": Auffällig erscheint es, daß auch jetzt wieder der Mahnruf des Kaisers nur an „unser Volk" sich wendet, nicht auch an die doch zunächst dazu berufene Regierung. Man mag den Wert der Mitwirkung des „Volks" in allen Fragen des öffentlichen Lebens so hoch veranschlagen, wie man will, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß die hunderttausendköpfige und hunderttausendsinnige Masse, die man Volk heißt, einer Führung und Leitung bedarf, wenn anders ihre Kraft nicht zwecklos vergeudet und zersplittert werden soll. Die Nation will geführt sein. Sie erwartet das „Ermannen" vor allen Dingen von der Regierung, einem mannhaften Führer werden die mannhaften und thatbereiten Herzen nicht fehlen. Da ein General York, der auf eigne Verantwortlichkeit hin den öffentlichen Dingen eine andre Wendung gäbe, in der innern Politik sobald nicht möglich ist, so wird es Sache der Regierung bleiben, das Kaiserliche Wort einzulösen

und so zu verhüten, daß die Staatsautorität nicht den Eindruck des Nichtkönnens in den Massen hervorruft.

„Vorwärts" hält dem kaiserlichen Telegramm entgegen, daß eine gerichtliche Feststellung noch nicht vorliege, und macht über den Verbrecher Angaben, die den Zusammenhang zwischen der That und dem politischen Glaubensbekenntnis des Thäters zweifellos machen. Ferner sagt das Blatt:

Wenn in der „ordnungs"parteilichen Presse angegeben wurde, in Mülhausen sei der Boden für Attentate vorhanden, so kann das nicht auf die dortige Arbeiterbewegung, sondern nur auf die elenden Verhältnisse zutreffen, unter denen in Mülhausen das arbeitende Volk leben muß. Daß solche Verhältnisse in Köpfen, die nicht durch die sozialistischen Ideen erhellt wurden, verbrecherische Pläne erzeugen können, ist eine alte Geschichte; das läßt sich aber mit Erfolg verhüten, indem man der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation freien Raum läßt.

Die Berliner „Börsen-Zeitung" äußert: In unsrer Zeit hat das Wort, daß man an einem Kaiserwort nicht deuteln solle, seine Berechtigung verloren. Die Schlußworte der kaiserlichen Depesche fordern geradezu dazu heraus, denn unser Volk kann im Ermannen durchaus nichts gegen die Korrumpirung eines Teils der Staatsbürger ausrichten, die nicht anders als durch den Umsturz zufriedengestellt werden zu können glauben, weil dem Volke keine Machtmittel zur Hand sind. — Das „Berliner Tageblatt" nennt es bezeichnend für unsre Zeit, daß man jedem Verbrecher gleich immer einen politischen Hintergrund zu geben sucht. Es sei daher für die neubevorstehende Umsturzvorlage von Bedeutung, wie sehr diese Geneigtheit, dem Sozialismus alle möglichen Verbrechen in die Schuhe zu schieben, irreleiten kann. Die Stärke unsrer Sozialdemokratie bestehe gerade in ihrer äußerlich strengen Gesetzmäßigkeit. — Nach der „Schlesischen Zeitung" läßt der vollberechtigte kaiserliche Kampfruf sehr wohl eine Ergänzung zu. „Das Volk wird sich um so leichter ermannen, je deutlicher es erkennt, daß auch die Regierung entschlossen ist, zur Beseitigung dieser Gefahr mit aller Energie beizutragen. Die Empfindung, daß das Volk nach dieser Richtung hin vollkommen auf die Regierung rechnen kann, wird aber nicht allgemein werden, solange die Regierung durch nichts den Plan erkennen läßt, nach dem sie bei der Lösung der Aufgabe zu verfahren gedenkt. Uns erscheint daher der Wunsch gerechtfertigt: Wenn unsre Regierung sich doch ermannte!" — Die Frankfurter Zeitung führt aus, der vorliegende Thatbestand des Verbrechens in Mülhausen thue schon jetzt dar, „daß der Herrscher nicht gut unterrichtet und beraten war, als er fast apodiktisch das Verbrechen zu einem Akt der revolutionären Revolutionsbewegung

stempelte. Dagegen Widerspruch zu erheben, erscheint uns als staatsbürgerliche Pflicht."

16. Oktober. „Vorwärts" nennt es sehr schlimm, „wenn auf bloßen Verdacht hin unsrer Partei die Verantwortlichkeit für die Mordthat aufgebürdet wird." — „Volksrundschau" sagt: „In der That liegt es am Volke, ob wir einer Katastrophe zusteuern. Das Volk hat es durch sein allgemeines Wahlrecht in der Hand, gegen die sozialdemokratischen Irrlehren zu protestiren. So lange aber ein Haufen von Mißvergnügten, ohne diese Lehren zu billigen, für die Sozialdemokratie stimmt, so lange ist an keine Aenderung zu denken." — Die Vossische Zeitung fragt:

Was meint der Herrscher mit dem Wunsch, daß sich das deutsche Volk ermanne? Diese Frage wird nicht zum erstenmale gestellt. Soll die Gesetzgebung verschärft werden? Enthält die Aeußerung des Kaisers eine Verurteilung des Reichstags? Fünf Jahre sind vergangen, seit das Sozialistengesetz außer Kraft getreten ist. Wenn im Jahre 1890 eine Verlängerung des Gesetzes unterblieb, so ist zweifelsohne die Ursache vorzugsweise in der Thatsache zu suchen, daß der Kaiser als ein Gegner dieses Gesetzes galt. Fürst Bismarck verlangte eine verschärfte Fassung. Der Reichstag war bereit, eine gemilderte Fassung zu bewilligen. Die Partei, die den Ausschlag geben konnte, forderte eine bestimmte Aeußerung der Reichsregierung. Aber diese Aeußerung unterblieb; denn schon herrschte Zwietracht in den leitenden Kreisen. Schon war die Nachricht verbreitet, der Kaiser habe sich höchst abfällig über die Ausweisungsbefugnis ausgesprochen, der der Königsberger Abgeordnete Schulze seinen Sitz im Reichstage verdanke. Bald hieß es weiter, der Herrscher habe ängstlichen Gemütern gegenüber erklärt: „Die Sozialdemnkratie überlassen Sie mir; mit der werde ich ganz allein fertig werden!" Der Entwurf über die Verlängerung des Sozialistengesetzes scheiterte. Jahrelang ist auf keiner Seite das Bedürfnis hervorgetreten, irgend einen Ersatz zu schaffen. Auf wen also bezieht sich die Mahnung, daß das Volk sich ermannen solle? Die Frage muß wiederholt werden, um so mehr, als anscheinend offiziös gemeldet wird, im preußischen Staatsministerium sei der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe mit seiner Mahnung durchgedrungen, daß auf dem Boden der Gesetzgebung nichts geschehen solle.

Die „Nationalliberale Korrespondenz" wendet sich gegen die auch bei diesem Anlaß in der freisinnigen Presse vertretene Ansicht, die Sozialdemokratie treibe ihrer innern Auflösung entgegen, und den Regierungen wie der bürgerlichen Gesellschaft falle keine andre Aufgabe zu, als diesen Zersetzungsprozeß nicht durch ein Eingreifen von außen zu stören.

17. Oktober. Auf das vielfache Verlangen, daß die Regierung vorangehen möge, erwidert die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mit der Behauptung, die Regierung habe mit der Einbringung der Umsturzvorlage gezeigt, daß es im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen keineswegs an der Initiative der Staatsregierung fehle, sondern an einer Volksvertretung, die dieser Initiative folge.

18. Oktober. Auf diese Behauptung wird in den Hamburger Nachrichten erwidert:

Die Umsturzvorlage entsprach unsrer Auffassung nach angebrachtermaßen nicht ihrem Zwecke, aber die Regierung hatte ihren Inhalt als das mindeste Maß dessen bezeichnet, was sie zur Bekämpfung des Umsturzes im Lande bedürfe. Wenn sie damit infolge von Mangel an Energie oder Geschicklichkeit beim Reichstage nicht durchdrang, so bildet dies in keiner Weise einen Grund, um nun die Hände in den Schoß zu legen und ruhig abwartend die Dinge ihren Lauf nehmen zu lassen. Ob der Reichstag in der jetzigen Zusammensetzung die Wahrscheinlichkeit bietet, daß er einem Spezialgesetze gegen die Sozialdemokratie zustimmen werde oder nicht, ist gleichgiltig und entbindet die Regierung nicht von der Pflicht gegen das Land, alle Mittel, die ihr verfassungsmäßig zustehen, in Anwendung zu bringen, um diejenigen gesetzlichen Waffen zu erhalten, deren sie bedarf, um mit Erfolg gegen die Sozialdemokratie zu fechten. Diese Mittel sind bisher auch nicht annähernd erschöpft worden, und es wäre pflichtwidrig, wenn die Regierung darin, daß der Baum nicht auf den ersten Hieb gefallen ist, eine Entschuldigung fände, den Hieb nicht zum zweitenmale kräftiger und mit einem andern Beile zu führen. Früher wenigstens kannte man solche Zaghaftigkeit einem mutmaßlich unwillfährigen Reichstage gegenüber nicht, wenn es sich um Durchführung wichtiger staatlicher Aufgaben handelte.

In demselben Sinne heißt es in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“:

Sollte der Reichstag eine neue Vorlage nicht annehmen, so müßte er nach Hause geschickt und dem Volke die weitere Möglichkeit gegeben werden, seinen Willen zu bethätigen und die Scharte auszuwetzen, diesen Reichstag überhaupt gewählt zu haben. Ein solcher darf nie wieder in Funktion treten, dazu kann das Volk etwas thun, aber nicht alles, die Regierung des Grafen Caprivi ist schuld, daß der Reichstag so werden konnte, wie er ist, und die jetzige Reichsregierung ist wenigstens daran schuld, daß er überhaupt noch existirt. Mit Sonntagsruhe, Gewerbenovellen und orthodoxen Velleitäten beugt man keinen Revolutionen vor.

Auch ein Hauptorgan der Zentrumspartei, die „Kölnische Volkszeitung,“ ist für Vorangehen der Regierung indem es sagt:

An das Volk wandte sich der Kaiser auch in seiner Sedanrede und in seinem Dankerlaß an den Reichskanzler. Daß damit große Wirkung erzielt wird, glauben wir nicht. Das angerufene Volk weiß eben nicht, was es thun soll, und wenn einzelne Miene machen, sich zu „ermannen,“ so will der eine dies und der andre das; Einmütigkeit ist nicht zu erzielen. Wenn nicht die Regierung vorangeht, so ist vom Volke überhaupt wenig zu erwarten.

26. Oktober. Der Jahrestag des Reichskanzlerwechsels veranlaßt auch die „Post,“ zu sagen:

Daß die Parole der Ermannung unsers Volks gegen sozialrevolutionäre Bestrebungen nicht voll wirken kann, wenn die Regierung nicht mit dem kräftigsten Beispiele energisch vorangeht, unterliegt keinem Zweifel: dies ist der Maßstab, nach dem die Bedeutung des Wechsels in den leitenden Staatsämtern vom Standpunkte des Gemeindewohls wesentlich zu beurteilen sein wird.

Sechster Abschnitt.

Parteibewegung seit September.

I.

Konservative und christlich-soziale Partei.

2. September. Nachdem in konservativen Blättern lebhaft Klage darüber geführt war, daß von nationalliberaler Seite versucht werde, den Skandal bezüglich des früheren Chefredakteurs der Kreuzzeitung, den mehrerer Verbrechen beschuldigten Freiherrn v. Hammerstein (S. 7), und was damit zusammenhängt, zur Verunglimpfung der gesamten konservativen Partei sowie zur „Beugung" der Konservativen unter das Joch der Nationalliberalen, Kartell genannt, auszubeuten, wird dies von der „Nationalliberalen Korrespondenz" mit dem Bemerken zurückgewiesen, es würde dies thöricht sein. Das Blatt fügt hinzu:

Was man auf nationalliberaler Seite im Interesse der Wiedergesundung der innern Verhältnisse des Reichs immer gewünscht hat, ist, daß die konservative Partei sich allmählich dem Einflusse der heute in ihr vorherrschenden extremen Elemente entziehen und dadurch die Möglichkeit einer angemessenen Verständigung mit den Mittelparteien wieder herstellen möge. Daß dieser Wunsch im Anschluß an die Vorgänge der jüngsten Zeit lebhafter als sonst zum Ausdruck kommt, ist natürlich, daraus aber ein Attentat auf die Selbständigkeit der konservativen Partei zu machen, ist verständlich nur von denjenigen, die ein Interesse daran haben, Konservative und Nationalliberale untereinander zu verhetzen. Weiter sagt das Blatt: Daß die vielbesprochenen Handlungen v. Hammersteins Handlungen einer einzelnen Person sind, ist unbestreitbar. Aber diese unbestreitbare Thatsache macht doch eine Anzahl von Fragen nicht überflüssig: 1. Ist v. Hammerstein in den letzten Jahren und kurz vor seiner Flucht der Führer der konservativen Partei gewesen? 2. Hat er nicht gestohlen, betrogen, gefälscht und, von andern Dingen zu schweigen, eines Verbrechens, das er selbst begangen, einen Toten beschuldigt? 3. Hat v. Hammerstein nicht einen großen Teil der ihm zur Last fallenden Verbrechen als konservativer und frommer Führer einer konservativen und frommen Partei und als deren erster publizistischer Vertreter und nur in diesen beiden Eigenschaften verüben können? 4. Trifft eine Partei ein solches Ende ihres ersten Führers und geht es die Oeffentlichkeit etwas an, oder ist es schändlich, wenn dasselbe von Preßorganen an andrer Stelle als unter der Rubrik für gewöhnliche Kriminalsachen gemeldet und nicht, wie bei letztern üblich, am zweiten oder dritten Tage vergessen wird? Das sind die Fragen, die die preußischen Konservativen sich vorlegen und beantworten müssen, wenn sie beanspruchen, daß ihnen in der Beurteilung des Falles Hammerstein der gute Glaube zugebilligt werden soll. Sie haben es bisher nicht gethan.

5. September. Im sozialdemokratischen „Vorwärts" werden Briefe konservativer Politiker an Herrn v. Hammerstein veröffentlicht.

Der sozialdemokratische „Vorwärts" veröffentlicht folgenden Brief des Hofpredigers a. D. Stöcker, Führers der christlich-sozialen Partei, „an einen sehr bekannten Führer der konservativen Partei":

X (Name eines konservativen Abgeordneten) sagte mir, daß Sie einige Artikel, die das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser aufdecken, für zeitgemäß hielten. Darf ich Ihnen dagegen meine Anschauungen über das, was ich für richtig halte, darlegen? Ich glaube, daß im Augenblick Fürst Bismarck den Kaiser vollkommen eingenommen hat, ganz besonders in Bezug auf das Kartell, das nun einmal Bismarck für die Grundlage seiner Politik und für ein ungemein großes Ereignis ansieht. Will man dagegen die Bismarckschen Intriguen seit der Waldersee-Versammlung ausspielen, und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von Bismarck und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den letzteren. Ich hörte noch gestern, daß er ganz für die Kartellpolitik gewonnen ist. Was man nun meines Erachtens thun kann und muß, ist folgendes: Prinzipiell wichtige Fragen, wie Judenfrage, Mutineum (Apostolikum?) Harnack, Reichstagswahl im sechsten Wahlkreise, die gewiß mit einem Fiasko der antisozialdemokratischen Elemente schließt, muß man, ohne Bismarck zu nennen, in der allerschärfsten Weise benutzen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut beraten ist, und ihm den Schluß auf Bismarck überlassen. Man muß also rings um das politische Zentrum resp. das Kartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. — Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinktiv auf unsrer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn prinzipiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: sechs Monate will ich den Alten — Bismarck — verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. Bismarck selbst hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch behutsam sein. Herzlichste Grüße Ihr getreuer Stöcker.

6. September. Aeußerungen der Presse über dieses Schreiben:

Die „Deutsche Tageszeitung" hält die Wiedergabe des Briefes für ein „erschreckendes Zeichen, wie wenig vornehm die Presse im allgemeinen denkt." — In ähnlichem Sinne sagt die „Tägliche Rundschau": „Es muß bei jeder Gelegenheit die Niedrigkeit der Gesinnung und die elende Gemeinheit, die sich durch die Veröffentlichung privater Briefe ohne Wissen der Beteiligten kundgiebt, gebührend an den Pranger gestellt werden. Es wird gut sein, festzustellen, daß die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft fast nur noch mit Waffen zu führen weiß, für die ein Mensch von halbwegs anständiger Gesinnung nur Verachtung hegen kann." — Die „Staatsbürger-Zeitung" bemerkt: „Wie groß muß die Angst im sozialdemokratischen Lager sein, um zu Mitteln zu greifen, die selbst die gemeinsten Klatschbasen anzuwenden Bedenken tragen würden. Der Glaube an die Kraft und Wirksamkeit den eignen Ideen muß doch gewaltig erschüttert sein, daß man sich durch das Hervorzerren von Dingen zu helfen sucht, die niemals für die Oeffentlichkeit bestimmt waren." — „Vossische Zeitung":

„Der Brief ist ein klassischer Beleg dafür, wie man von hochkirchlicher Seite versuchte, den Einfluß des Fürsten Bismarck lahm zu legen und den Kaiser herumzukriegen. Er ist insofern von klassischem Wert, als er die »Königstreue,« die von den Konservativen mit widerwärtiger Aufdringlichkeit bei jeder Gelegenheit im Munde geführt wird, in ihrer schamlosen Heuchelei aufdeckt. Wenn die konservative Partei wieder versuchen sollte, diese Gesinnungstüchtigkeit zum Deckmantel ihrer selbstsüchtigen Pläne zu benutzen, so wird man sie auf diesen Brief Stöckers hinweisen." — „Berliner Tageblatt": „Für die Charakteristik Stöckers, falls das überhaupt noch nach irgend einer Richtung hin nötig sein sollte, ist dieser Brief von unschätzbarem Werte. Ganz nach Art Marinellis vermißt sich dieser glatte Herr, der damals noch Hofprediger war, mit einem Fürsten wie dem jetzt regierenden Kaiser förmlich Fangball zu spielen. Das hätte man sich dazumal in gewissen hohen und höchsten Kreisen doch wohl nicht träumen lassen." — „Berliner Zeitung": „Der Stöckersche Brief zeigt uns einen politischen Jesuitismus, eine Fülle der raffinirtesten Kabalen, die uns allerdings in Ansehung der Person des Verfassers nicht wundern. Könnte man sich wundern, wenn so abgefeimte Ränke ihren Zweck erreichten? Selbst ein starker Geist und ein fester Wille können es mitunter recht schwer haben, das Gewebe solcher glatten Künste zu durchdringen." — Die „Volksrundschau" betont: „Der Brief zeigt Stöcker im Kampfe gegen Bismarck, aber die Art dieses Kampfes wird manchem Verehrer des Hofpredigers, der blindgläubig auf seine Geradheit und Biederkeit geschworen hätte, eine Enttäuschung bereiten. Wir haben uns den Hofprediger nie anders vorgestellt. Da steht er nun in bengalischer Beleuchtung da, nicht gerade schön anzuschauen, selbst wenn man sehr nachsichtig gegen politisches Spiel und politische Winkelzüge ist." — „Leipziger Neueste Nachrichten": Interessant ist es, aus Stöckers eignen Feder ein Charakterbild zu erhalten, das mit dem Bilde, wie man es sich sonst von einem „mutigen Vorkämpfer des Deutschtums und Christentums" macht, allerdings wenig oder gar keine Aehnlichkeit besitzt. Denn der Jesuit im Talar des protestantischen Geistlichen ist wohl eine der widerwärtigsten Erscheinungen, die man sich vorstellen kann. Echter Jesuitismus aber ist es, wenn Stöcker, statt sich als einen offnen Gegner des Fürsten Bismarck zu bekennen, allerlei intrigante Schleichwege wandert und anempfiehlt, um zu dem ersehnten Ziele, der Entlassung des eisernen Kanzlers, zu gelangen, des Mannes, der den Fluten des Höflingstums und der Kabale widerstand. Nicht daß Stöcker den Fürsten Bismarck bekämpfte, ist ihm zum Vorwurf zu machen, aber wie er gegen ihn zu Felde zog, wie er durch Ohrenbläserei bei dem Monarchen „den Eindruck machen" wollte, daß er nicht gut beraten sei, wie er davon abrät, offnes Spiel zu treiben, und wie er die Heimtücke als Waffe benutzt, wie er auf Stimmungen und Schwächen spekulirt, das reiht ihn unter jene Leute, die Racine in seiner „Phädra" mit dem Worte im Sinne hat: Verworfne Schmeichler, die der Himmel uns in seinem Zorn zu Freunden hat gegeben.

7. September. Die „Kreuzzeitung" kann nicht finden, daß die aus v. Hammersteins Reichstagskandidatur in Bielefeld 1890 datirenden, am 5. im „Vorwärts" veröffentlichten Briefe „irgendwie wesentlich neues zur Beurteilung der betreffenden Verhältnisse und Persönlichkeiten bringen," und fragt: „Wäre es wohl v. Bennigsen erwünscht, wenn seine an intime politische Freunde gerichteten Privatbriefe etwa seit 1848 von unbefugten Händen veröffentlicht würden?"

8. September. Die „Kreuzzeitung“ beklagt sich darüber, daß „die Nationalliberalen kurzsichtig und engherzig genug seien, den Feldzug gegen die Sozialdemokratie damit einzuleiten, daß sie ihre einzigen zuverlässigen eventuellen Verbündeten mit einer Rücksichtslosigkeit vor den Kopf stoßen, als ob sie den Erfolg schon in der Tasche hätten.“ Weiter erklärt das Blatt, daß es sich gern mit der Regierung verständigen wolle, und daß es, allerdings nur von diesem Standpunkte aus, bereit sei, mit den Mittelparteilern ad hoc zusammenzugehen.

9. September. Hierzu bemerkt die „Kölnische Zeitung“: Wir wollen dem gegenüber zunächst feststellen, daß eine solche Sprache gegenüber der Regierung und gegenüber den Mittelparteien noch vor einem halben Jahre in der Kreuzzeitung unmöglich gewesen wäre, deren damaliger Leiter so ziemlich in jeder Nummer die Mittelparteien als den vor allem zu bekämpfenden Feind hinstellte. Wenn heute ruhiger und patriotischer urteilende Männer in der Kreuzzeitung eine andre Sprache führen dürfen, so verdanken sie es einzig und allein dem Eingreifen von Elementen, die außerhalb der konservativen Partei stehen. Seit Jahren hat die mittelparteiliche Presse den Kampf gegen diejenigen Bestandteile der konservativen Partei geführt, die wir kurz mit einem in den allgemeinen Gebrauch übergegangnen Worte die „Catilinarier“ nennen wollen. Soweit wir die Aeußerungen der mittelparteilichen Presse übersehen, richtet sich zudem der Angriff nicht gegen die konservative Partei, sondern gegen die „catilinarische“ Richtung in ihr, die nicht weniger in Stöcker als in v. Hammerstein ihre hervorragendsten Vertreter hatte.

In den „Hamburger Nachrichten“ wird folgendes mitgeteilt: Unter der Regierung des Kaisers Friedrich wurde von verschiednen amtlichen und kirchenregimentlichen Seiten ein repressives Vorgehen gegen Stöcker und dessen damalige christlich-soziale „Agitation“ angeregt und zwar mit der Entschiedenheit, daß ein Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers in Charlottenburg darüber stattfand, zu dem außer dem Staatsministerinm eine Anzahl hoher Beamter und Offiziere berufen wurde. Die Stimmung war daselbst gegen Stöcker gerichtet und gipfelte in der Anregung von Maßregeln behufs sofortiger Beseitigung dieses angesehenen Domgeistlichen. Der Beschluß des Kaisers aber fiel auf Antrag des Ministerpräsidenten dahin aus, dem Beteiligten die Wahl zu stellen, ob er seine Stellung als Hof- und Domprediger beibehalten oder ob er seine öffentliche Agitation in Volksversammlungen fortsetzen wolle. Stöcker wählte den Verzicht auf die Agitation und behielt die Stellung des Hof- und Dompredigers einstweilen bei, bis

sie ihm 1890, ein halbes Jahr nach der Entlassung des Fürsten Bismarck, entzogen wurde, obschon er sich seitdem der Agitation in Volksversammlungen, soviel uns bekannt ist, enthalten hatte. Wir wissen nicht, ob die Stimmung, in der sein Brief, den der „Vorwärts" bringt, geschrieben wurde, eine dauernde geblieben ist; aber ihre Entstehung und ihre Bitterkeit verdankt sie zweifellos der Haltung, die der Reichskanzler in seinem Verkehr mit dem Prinzen den „Matineen" gegenüber genommen hatte, um zu verhindern, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Koterie gewonnen werde.

Die „Kölnische Zeitung" spricht sich ferner dahin aus: Stöckers Brief hat zur Genüge erwiesen, daß er neben seinem Freunde Hammerstein mit Recht auf den Titel eines Catilinariers Anspruch erheben kann, d. h. eines Mannes, der in der Wahl seiner Mittel nie verlegen ist, wenn es sich darum handelt, in lauterer oder unlauterer Weise seine persönlichen Ziele zu erreichen. Herrn v. Hammerstein hat die konservative Partei wohl schon über Bord geworfen, die Trennung von Stöcker scheint ihr aber noch so schmerzlich zu sein, daß sie sich zu diesem Schritte noch immer nicht entschließen will. Und da verlangt sie von der Presse der andern Parteien, daß diese ihr in diesem Vertuschungsversuche helfen und den Mantel der Liebe über die den Thron umgarnen wollenden jesuitischen Kniffe des Hofpredigers a. D. decken soll. Das kann man billigerweise von denen nicht verlangen, die das Treiben dieser konservativen Führer als ein für das Vaterland schädliches ansehen. Die Denunziantenrolle ist für anständige Leute nie angenehm, sie ist im Gegenteil sehr peinlich; aber es giebt Lagen, wo man aus höherm Interesse darüber hinwegblicken muß. Es kann für jemanden die Pflicht entstehen, ein Verbrechen zur Anzeige zu bringen, schon um seine Wiederholung zu verhindern. Und als ein Verbrechen sehen wir an, was die Herren v. Hammerstein und Stöcker an unserm politischen Leben gesündigt haben, und wir haben den Eindruck, daß dieser Ueberzeugung sich allmählich auch manche konservative Elemente nicht entziehen, die früher nur durch die erstaunliche Energie v. Hammersteins paralysirt waren. Der größte Fehler, den diese jetzt begehen könnten, würde darin bestehen, wenn sie nach allem, was geschehen ist, noch immer aus schlecht verstandnem Parteiinteresse an diesen Leuten festhielten, statt mit einem kräftigen Schnitt das Tafeltuch zu zerschneiden. Es handelt sich darum, daß die konservative Partei wieder das werde, was sie war: eine wenn auch in manchen Einzelheiten je nach dem Parteistandpunkte zu behandelnde und auch zu

bekämpfende politische Richtung, aber doch eine Richtung, der große nationale Ziele und allgemeiner Patriotismus über kleinliche Sonderzwecke gehen und über persönliche Interessen, wie sie während der Aera Hammerstein in erster Linie maßgebend waren. Die Partei war krank an den „Catilinariern" und ist es heute noch in einem gewissen Grade, da sie noch nicht den Mut zur offenen ehrlichen Trennung gefunden hat.

10. September. Die Frankfurter Zeitung läßt sich also aus: „Das Bemühen der „Kreuzzeitung" und verwandter Organe, die sachliche und politische Würdigung des veröffentlichten Stöckerschen Briefes dadurch abzuschneiden, daß sie die unbefugte Veröffentlichung privater Schriftstücke für unanständig erklären, ist außerhalb der zunächst betroffnen Gruppe des konservativen Lagers überall zurückgewiesen worden. Man braucht die Veröffentlichung von Privatbriefen, die durch Vertrauensbruch oder Zufall in fremde Hände geraten sind, nicht gut zu heißen, aber man kann sich doch, wenn sie einmal bekannt gegeben sind, nicht blind stellen und sich ihrer Beurteilung entziehen. Es bleibt recht wertvoll für die moralische Einschätzung des ehemaligen Hofpredigers, authentisch zu erfahren, daß er, der die „sittlich-religiösen Grundlagen" für unser gesamtes Volksleben immer im Munde führt, durch ein System niedriger Verschlagenheit Zwietracht zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck zu säen bemüht war. Der nachträgliche Jammer über den Sturz des großen Mannes, an dem nach kurzer Pause die gesamte agrarische Partei teilnimmt, wird dadurch in das richtige Licht gesetzt, und gleichzeitig wird gewissermaßen aus dem eignen Munde das innere Wesen des Junkertums gerichtet, das unter dem Schein eines hyperloyalen Royalismus den Monarchen zu beherrschen strebt. Dieser Stöckersche Brief bleibt ein interessanter Beitrag zu der Geschichte der Bestrebungen, die um den Einfluß auf den jungen Kaiser sich abgespielt haben und vielleicht noch nicht beendet sind. Es existirte bisher kein Dokument, aus dem so klar hervorging, daß Fürst Bismarck sich doch nicht getäuscht hatte, als er nach der berühmten Waldersee-Versammlung vom 28. November 1887 den Argwohn hegte, daß eine orthodox-junkerliche Gesellschaft sich des damaligen Prinzen und spätern Kaisers zu bemächtigen (Bd. II von 1887, S. 269 bis 277) und den auf die Kartellpolitik sich stützenden Kanzler zu beseitigen bestrebt war. Am 20. September 1889 brachte die „Kreuzzeitung" den ersten Aufsehen erregenden Artikel, indem sie gegen die offiziös verteidigte Kartellpolitik Bismarcks den Royalismus des preußischen Junkertums ausspielte. Bismarck wollte die Wahlen als ein Plebiszit benutzen, das also im ungünstigen Falle

gegen den Thron gerichtet sei. Das sei eine Unterwerfung der Krone unter Parlamentsmehrheiten. Der Kaiser könne auch ohne Mehrheiten regieren, und dann kam ein Kraftsprüchlein, das sich jetzt an der Hand des Stöckerschen Briefes reizend liest:

Von unsern Vätern und Erziehern haben wir gelernt, Gott zu fürchten und den König zu ehren; wir haben dafür geschwärmt, für den von Gott gesetzten König den letzten Blutstropfen hinzugeben; nun auf unsre alten Tage sollen wir noch umlernen und uns überzeugen, daß nicht das Königtum, sondern das Kartell der rocher de bronce ist? Als treue Unterthanen des Königs erheben wir Protest gegen solche Abgötterei und rufen unbekümmert um das Schicksal des Kartells: Der König regiert, es lebe der König!

Das klingt ganz prächtig, zumal wenn man weiß, wie nach Stöckerschen Anweisungen dieser absolute König dirigirt werden sollte. Nach sechs Tagen folgte ein zweiter, noch schärferer Artikel der „Kreuzzeitung" gegen Bismarcks Kartellpolitik, die dem Kaiser aufoktroyirt werden soll. Er enthält Stellen, deren vollendete Heuchelei gerade nach dem Stöckerschen Briefe sich noch einmal zurückzurufen wirklich lohnt. Da heißt es im Tone der Entrüstung:

Schlimmer als alle Angriffe gegen die „Kreuzzeitungspartei" ist die Thatsache, daß man sich allmählich gewöhnt, unserm königlichen Herrn Fingerzeige geben zu wollen, wie er sich zu verhalten habe. Man hat sich nicht gescheut, dem Kaiser und Könige „nahezulegen," wie er regieren solle. Solche Zustände sind wir in unserm königlichen Preußen bisher nicht gewohnt. Diesem anmaßenden Gebahren wird durch ein heuchlerisches Manöver die Krone aufgesetzt, indem man den Spieß umdreht und uns, die vielgelästerte Kreuzzeitungspartei, anklagt, wir wollten für unsre Parteizwecke sozusagen „Beschlag" auf die Person des Allerhöchsten Herrn legen.

Nach jenen Leistungen kam der schnelle Sturz. Am 2. Oktober ergriff der „Reichsanzeiger" das Wort:

Se. Maj. der Kaiser hat von dem Inhalt der „Kreuzzeitung" vom 26. v. Mts. Kenntnis genommen und die darin ausgesprochnen politischen Auffassungen und Angriffe auf andre Fraktionen lebhaft gemißbilligt. Se. Majestät gestatten keiner Partei, sich das Ansehen zu geben, als besäße dieselbe das kaiserliche Ohr. Der Kaiser sieht aber in der Verständigung und gegenseitigen Schonung der staatserhaltenden Parteien untereinander eine für unser parlamentarisches Leben sachlich nützliche Einrichtung und hat die Mißbilligung der dagegen von der „Kreuzzeitung" gerichteten Angriffe und Insinuationen unzweideutig ausgesprochen. Se. Majestät sieht in dem Kartell eine den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende politische Gestaltung und vermag die Mittel, mit denen die „Kreuzzeitung" dasselbe angreift, mit der Achtung vor der Allerhöchsten Person und unsern verfassungsmäßigen Institutionen nicht in Einklang zu bringen.

Der Kampf in der Presse ging weiter. Stöcker trat aus dem öffentlichen Leben zurück; die christlich-soziale Partei stellte ihre Agitation ein. „Kreuzzeitung" und „Konservative Korrespondenz" gerieten von da ab in andauernde Fehde, aber schließlich hat dank der rücksichtslosen Energie v. Hammersteins die Kreuzzeitungspartei

durch den Uebergang zur agrarischen Demagogie die Leitung der konservativen Politik doch in die Hand bekommen." Soweit die Frankfurter Zeitung.

Auch die Vossische Zeitung erinnert an jene Zeiten. Die Kaltstellung Stöckers sei damals zuerst in den „Mecklenburgischen Nachrichten" mit dem Bemerken mitgeteilt, der „einflußreichste Mann des deutschen Reichs" sei der hervorragende Träger des Wunsches, den unbequemen Hofprediger aus seinem Amte entfernt zu sehen. Das „Volk" habe Stöcker mit Jesus Christus verglichen, der die Pharisäer Otternbrut genannt und im heiligen Zorn ihr heuchlerisches Wesen entlarvt habe: „Und doch war er der Holdseligste und Sanftmütigste, der nicht drohte, da er litt." Es seien die richtigen Nachkommen der Otternbrut, die Stöcker angriffen. Die „Kreuzzeitung" habe die Ausführungen abgedruckt, in denen die „Opferung Stöckers" mit dem Urteil verglichen wurde, das Pontius Pilatus über Christus sprach.

Andrerseits ergreift eben dieses Stöckersche „Volk" das Wort und sagt: Wenn ein konservativer und königstreuer Mann erkannt hat, daß die Politik, für die der König erwärmt werden soll, dem Lande Schaden bringt, so muß er diese seine Ansicht bekennen, wie mächtig auch die Gegner sein mögen, die ihm gegenüberstehen. Wir glauben nicht, daß Stöcker je ein byzantinisches Wort gesagt oder geschrieben hat, von dem Vorwurf widerlicher und heuchlerischer Königstreue ist er gewiß frei. Der Kaiser stand als Prinz und in den ersten Monaten seiner Regierung, besonders aber in der Zeit der Walderseе-Versammlung den Mittelparteien ganz fern, aber die mittelparteilichen Intriguen und Angriffe suchten ihn auf diese Seite zu bringen. Es hat also keinen Sinn, die damalige Lage so darzustellen, als hätte man konservativerseits auf die Ueberzeugungen des Kaisers Einfluß üben wollen. Vielmehr wußten die Konservativen, daß die mittelparteiliche Kartellpolitik, wie es denn auch geschehen ist, das Reich und die Krone in die größten Schwierigkeiten stürzen würde. Daher der berechtigte und pflichtgemäße Kampf gegen diese Politik. — Die katholische Kölnische Volkszeitung fragt: Ist denn diese (Stöckersche) Taktik so verbrecherisch? Beweist der Brief, daß Königstreue und monarchische Gesinnung bei Stöcker und seinen Freunden nur erheuchelt sei? Aber es gehört nun einmal zu den Auswüchsen unsers Parteiwesens, der andern alles mögliche Schlechte nachzusagen, ihr alles zum Schlimmsten auszulegen und voll Entsetzen die Hände über dem Kopfe zusammenzuschlagen ob der Verruchtheit der Gegenpartei. — Die Kreuzzeitung bemerkt: Es genügt, daran zu erinnern, wie seit den letzten Wochen des Jahres 1887 aus Anlaß der sogenannten „Walderseе-Versammlung" ein Kampf von den als offiziös geltenden Blättern gegen die „Junker und Pfaffen" geführt wurde zu Gunsten des Kartells. In der Presse wie in Reden wurde mit klar zu durchschauender Berechnung das Thema variirt, der Kaiser weise jede

Beziehung zu den „Extremkonservativen," den „Christlich-Sozialen" weit von sich, er sei der eigentliche Träger der Kartellpolitik. Begreiflich dürfte es doch wohl sein, daß der so unsanft angegriffne Teil der Konservativen in dem Fürsten Bismarck den Träger einer ihnen feindlichen Politik erblicken zu müssen glaubte. Dieser Ansicht entsprang offenbar der Stöckersche Brief!

Ueber das durch den Stöckerbrief erneut zur Erörterung gestellte damalige Verhältnis des Fürsten Bismarck zu Stöcker bemerkt die Münchner Allgemeine Zeitung:

Die Hofpredigerpartei wollte den Fürsten schon lange stürzen, und speziell Stöcker hat nicht wenig dazu beigetragen, die Stimmung am Hofe noch zu Lebzeiten des alten Kaisers gegen Bismarck einzunehmen. Unser jetziger Kaiser hatte als Prinz nähere Beziehungen zu Stöcker und den Militärs, die auf Stöckers Seite standen. Es war natürlich, daß Stöcker 1888 glaubte, durch die Thronbesteigung seines bisherigen Gönners seine Sache hoch zu bringen. Kurz ehe Bismarck ging, wurde ihm in der „Kreuzzeitung" deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er es in der Hand habe, sich die Zukunft zu sichern, wenn er einen Kreuzzug gegen die Juden inaugurire. Fragt man nach dem Grund, warum Stöcker gegen Bismarck intriguirte, so bleibt außer dem Widerstand Bismarcks gegen die Erfüllung aller Wünsche, die in der christlich-sozialen Partei in Bezug auf die Sonntagsheiligung geltend gemacht wurden, seine Abneigung dagegen bestehen, in Stöcker den gebornen Führer der konservativen Partei zu erkennen. Wohin die christlich-soziale Partei jetzt gekommen ist, beweisen die Urteile, die das ausgesprochne Parteiorgan der Christlich-Sozialen, das „Volk," über die „gemachte Sedanfeier" und über manches andre fällt, was ohne die Tamtamschläge Stöckers in Szene ging und nichtsdestoweniger sehr glücklich verlief.

12. September. Die Nordd. Allg. Ztg. druckt nun ebenfalls Stöckers Brief ab und bemerkt: Es ist leider unbestreitbar, daß der früheren Leitung der Kreuzzeitung jedes Mittel zur Erreichung ihrer Ziele recht war. Dieser Praxis hätte nicht selten, sicherlich mit drastischem Erfolge, in gleicher Münze gedient werden können; aber die konservativen, von der Kreuzzeitung befehdeten Männer waren der Ansicht, daß es keine Lage gebe, die den Gebrauch „unangenehmer," d. h. nicht ganz loyaler und ganz reinlicher Mittel rechtfertige. Ein solches Verhalten mag „unpraktisch" gewesen sein, jedenfalls erschien es auch der Leitung der Kreuzzeitung lächerlich; aber für die Politiker, von denen wir sprechen, handelte es sich um Grundanschauungen, ohne die sie für unsern Staat und unser Volk nicht das wären, was sie sind.

Der konservative „Reichsbote" in Berlin wendet sich von v. Hammerstein ab, indem er sagt:

Wäre er unschuldig, so war er es schon seiner Stellung schuldig, diese Anschuldigungen so schnell wie möglich als falsch zu beweisen. Nur durch jenes Vertrauen war es möglich, daß ein so edler und sittlich so hochstehender Mann wie v. Kleist-Retzow mit diesem Manne in der

Frage der Selbständigkeit der Kirche Hand in Hand gehen und der bezügliche Antrag den Namen des Herrn v. Hammerstein tragen konnte. Alle Konservativen empfinden das alles als einen schweren Schlag, der mit sittlichem Ernste ertragen werden muß, und kein konservativer Mann wird Dinge beschönigen wollen, die nicht zu beschönigen sind, sondern wird darin eine ernste Mahnung zur Parteiselbstprüfung sehen. Die konservative Partei müßte ihres christlich-sittlichen Charakters nicht mehr eingedenk sein, wenn sie das nicht thun wollte. Nur dann, wenn sie auch in ihrer eignen Mitte ein strenges sittliches Selbstgericht walten läßt, kann sie sich auf der Höhe erhalten, auf der diejenige Partei stehen muß, die, wie die konservative, für Christentum, Königtum und Vaterland eintritt, und deren Losung lautet: Mit Gott für König und Vaterland!

13. September. Die Erörterungen über den Stöckerschen Brief dauern in der Presse mit ungeschwächter Lebhaftigkeit fort. Das amtliche Organ der konservativen Partei, die „Konservative Korrespondenz" giebt eine „Richtigstellung," in der es heißt:

Der Stöckersche Brief ist, seine Echtheit vorausgesetzt, rein privater Natur. Die konservative Partei hat damit schon aus dem Grunde absolut nichts zu thun, weil — wie jedermann, der sich um politische Dinge kümmert, wissen muß — die konservative Politik zu der Zeit, aus der das erwähnte Schreiben datirt, eine den darin kundgegebnen Ansichten völlig entgegengesetzte gewesen und bis zu der gegen den Wunsch der Konservativen erfolgten Demission des Fürsten Bismarck geblieben ist. Es muß demgemäß auch in den Redaktionen der ernsthaften politischen Presse bekannt sein, daß die in dem neuerdings veröffentlichten Briefe Stöckers hervorgehobne persönliche Stellungnahme von der konservativen Partei stets mißbilligt worden ist, und daß unsre Partei mit der in jenem Briefe empfohlnen Taktik nie etwas zu thun gehabt hat. Es ist zum mindesten illoyal, der konservativen Partei die Auffassung eines einzelnen, die von der Partei niemals geteilt, sondern rückhaltlos mißbilligt worden ist, zur Last zu legen.

Das „Volk" erwidert auf diese „Abschüttelung," daß der Satz der „Richtigstellung," wonach die konservative Partei ihrer Zeit die Taktik Stöckers mißbilligt habe, „etwas Unrichtiges" enthalte:

Zweifellos hat die Parteileitung unter v. Helldorff die Taktik Stöckers mißbilligt. Dasselbe kann aber nicht von der gesamten konservativen Partei gesagt werden. Die „Kreuzzeitung" und eine Anzahl konservativer Provinzblätter, die die Taktik Stöckers gebilligt haben, standen doch zu Helldorffs Zeiten nicht außerhalb der Partei.

14. September. Stöcker veröffentlicht im „Volk" nunmehr folgende Erklärung:

Eben nach Berlin zurückgekehrt, finde ich die Presse in einer unbegreiflichen, zum Teil künstlich hervorgerufnen und zu schlechten Zwecken benutzten Aufregung über einen Brief, den ich im August 1888 an Freihern v. Hammerstein gerichtet haben soll. Ob derselbe wortgetreu und vollständig abgedruckt ist, vermag ich nicht zu sagen, da ich bei seinem ganz vertraulichen Charakter keine Abschrift davon genommen habe. Ich erinnere mich desselben nicht, aber ich nehme an, daß er im wesentlichen richtig ist, da er der Lage von damals und meiner Auffassung derselben entspricht. Immerhin sollten anständige Beurteiler in der Ausnutzung eines solchen Briefes zurück-

haltender sein. Politische Heuchler und Lohnschreiber thun so, als hätte ich mit dem Schreiben dieses Briefes ein großes Unrecht begangen; und unkundige Leute glauben es wirklich. Ich werde sofort in der „Deutsch-Evangelischen Kirchenzeitung" die Vorgänge, die sich an die sogenannte „Walbersee-Versammlung" knüpfen, historisch genau darstellen, und hoffe dadurch alle ehrlichen Leute zu überzeugen, daß ich damals gegen unlautere Bestrebungen mit gutem Recht für das Ansehen der Krone und das Wohl des Vaterlandes eingetreten bin. Der „Konservativen Korrespondenz," die ohne genügende Kenntnis der Verhältnisse ein irrtümliches Urteil abgiebt, erwidere ich, daß die konservative Parteileitung, soweit man darunter Herrn v. Helldorff und seine Freunde versteht, die damalige „Taktik" gemißbilligt haben mag, daß aber alle wahrhaft Konservativen, wie das auch nicht anders sein konnte, in der Entrüstung über das illoyale und unmonarchische Verhalten der offiziösen und mittelparteilichen Presse mit mir völlig übereinstimmten. Zu einer Aeußerung der Partei ist es weder in der einen noch in der andern Richtung gekommen.

Die „Kreuzzeitung" veröffentlicht folgende Erklärung: Das Komitee hat am 4. Juli den Freiherrn von Hammerstein von seiner Stellung als Chefredakteur der „Kreuzzeitung" suspendirt. Seitdem haben sich Thatsachen herausgestellt, die uns genötigt haben, alle Beziehungen zum Freiherrn von Hammerstein definitiv zu lösen und die Angelegenheit der königlichen Staatsanwaltschaft zu übergeben. Berlin, den 13. September 1895. Das Komitee der „Neuen Preußischen Zeitung," i. A. Graf Finkenstein.

Das Berliner „Volk" legt anläßlich der Ernennung des Grafen Walbersee zum Generaloberst Verwahrung dagegen ein, daß man ihm politischen Ehrgeiz zuschreibe, und sagt sodann:

Man hat den Namen des Generals auch mit dem Hammersteinkrach in Verbindung gebracht. Aber es wäre falsch, auf eine politische Verbindung mit der Kreuzzeitungsrichtung zu schließen. v. Hammerstein, der eine Zeit lang sich mit dem Kauf von Häusern beschäftigte, suchte überall Geld, wo er solches vermutete. Bei einem solchen Hauskauf nahm er auch die Geldmittel des Grafen Walbersee in Anspruch. Als letzterer indessen zu bemerken glaubte, daß eine Mißdeutung oder ein Mißbrauch möglich wäre, suchte er vor einigen Jahren das Darlehnsverhältnis aufzuheben, freilich vergeblich.

15. September. Die „Kreuzzeitung" äußert über den ihr jetzt angesonnenen „Gesundungsprozeß": Alles, was bei uns einigermaßen hervorragt, soll verdächtigt und nach und nach unmöglich gemacht werden; dann hätte man schließlich leichtes Spiel und könnte sich in der konservativen Partei so einrichten, wie es zu den eignen Zwecken paßt. Das wird aber nicht geschehen, weil nicht der mindeste Grund vorliegt, die schweren Eindrücke persönlicher Natur, die uns betroffen haben, auf das politische Gebiet zu übertragen.

16. September. Nach dem „Hamburger Korrespondent" ist der Inhalt der obigen Stöckerschen Erklärung vom 14. September für jeden, der den Wortlaut seines Briefes von 1888 (S. 70) vor

sich hat, geradezu staunenswert. Stöcker versuche, das Beweisthema zu verschieben, indem er sich geberde, als ob der Augustbrief sich auf die Ende November 1887 stattgehabte Versammlung bezogen habe.

17. September. Im „Volk" veröffentlicht Stöcker eine neue Erklärung, die sich hauptsächlich mit den Angriffen der „Kölnischen Zeitung" auf seine Person beschäftigt. Nachdem er diese Angriffe als „Dummdreistigkeit," „Thorheit," „Anmaßung" und „pharisäische Selbstüberhebung ohne gleichen" bezeichnet, fährt Stöcker fort:

Ich erkläre der ganzen liberalen Sippschaft von Verleumdern ein für allemal, daß ich, wie viele andre, wie seine nächsten Verwandten und Freunde, Freiherrn v. Hammerstein bis zum Frühjahr 1895 für einen durchaus ehrenwerten Mann hielt, an dessen Schild kein Flecken hafte. Als ich die erste Andeutung von seinen Vergehungen erhielt, bin ich in demselben Augenblick zu ihm geeilt, um die Wahrheit zu erfahren: Seitdem habe ich, je nach dem Maße der Erkenntnis seiner Schuld, meine Beziehungen zu ihm als Freund und Seelsorger dazu verwandt, ihn zur Aufrichtigkeit zu mahnen und ihn zu bewegen, daß er auf seine politischen Stellungen freiwillig verzichte. Daran, daß er in der „Kreuzzeitung" wie in der konservativen Partei völlig unhaltbar sei, habe ich ihm von Anfang an keinen Zweifel gelassen. Daß ich mich durch mein Ehrenwort gebunden hätte, über Einzelheiten in der Angelegenheit des vielbesprochnen Fonds nichts zu sagen, ist eine Lüge. Da ich den verstorbnen Rendanten Güthlein nicht näher kannte, sondern ihn nur einigemal im Vorzimmer des Kreuzzeitungsbureaus flüchtig sah, hatte ich in dieser Sache überhaupt kein genaues Urteil. Ich konnte deshalb vor dem Komitee auch nichts andres aussagen, als daß der Fonds ausgezahlt sei, und daß ich nicht feststellen könne, ob v. Hammerstein in seiner Antwort auf meine Anfrage Wahrheit oder Unwahrheit berichte. Gleich darauf brach dann die Katastrophe herein und offenbarte uns allen die erschütternden Thatsachen, die jetzt von einer zügellosen Presse zu Parteizwecken ausgebeutet werden. Ich halte ein solches Verfahren für verächtlich und hoffe, daß auch liberale Männer von Ehre darin mit mir übereinstimmen.

Ferner beginnt Stöcker zur Rechtfertigung seines obigen Briefes an v. Hammerstein in der „Deutschen Evangelischen Kirchen-Zeitung" eine Reihe von Artikeln unter dem Titel „Die falsche Kartellpolitik Deutschlands Verhängnis." Darin sagt er:

Der falsche Kartellgedanke, 1888 aus Intriguen und Schwachheit geboren, aber durchaus lebensunfähig, hat seitdem die innere Reichspolitik von Niederlage zu Niederlage geführt, den Reichstag verwüstet, das Zentrum demokratisirt, den Umsturz gestärkt, die Regierung geschwächt. Trotzdem scheint es, daß jetzt ein neuer Anlauf genommen werden soll, dies Kartell lebensfähig und aktionsfähig zu machen. — Zur Sache selbst enthält der Artikel eine geschichtliche Darstellung der sogenannten Walderseeversammlung vom 28. November 1887, die nach ihrer Entstehung und Absicht lediglich eine „rein christliche Liebesthat" gewesen sei, um der geistlichen und sittlichen Not Berlins abzuhelfen.

Das „Volk" bringt ein Gedicht an Stöcker unter der Ueberschrift „Gott grüße dich!" Darin heißt es: „Sie wagens keck, von

Rachedurst getrieben, dein edles Wollen schmählich zu mißdeuten; Reptile wagens, schändlich auszubeuten, was du mit deinem Herzblut einst geschrieben."

Die Wiener „Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Zuschrift des Freiherrn v. Hammerstein, worin er versichert, daß der sogenannte Stöckerfonds an Stöcker abgeführt sei, und daß die betreffende in Zahlen und Buchstaben von Stöcker ausgestellte Quittung sich in seinen Händen befinde. Das „Volk" bestätigt, daß der frühere Chefredakteur v. Hammerstein Wechsel im Betrage von 200000 Mark auf den Namen des Grafen Finckenstein gefälscht hat, und zwar liefen fünf Wechsel zu je 40000 Mark seit 1890. — Die „Vossische Zeitung" läßt sich also vernehmen:

Die traurigsten Erfahrungen persönlichster Art können die politische Partei nicht berühren. Wer darf für das Gebahren v. Hammersteins andre Männer verantwortlich machen als ihn selbst? So kann man in den Blättern der Rechten lesen. Zugleich werden andre Parteien des Phariseertums beschuldigt, wird warnend angedeutet, jede Partei möge vor der eignen Thüre kehren. Kein Blatt hat die Brandmarkung einer Gesamtheit infolge der Missethat eines Einzelnen, diese Ausdehnung der Schuld einer Person auf eine Klasse, Partei, Gemeinschaft rücksichtsloser betrieben als die „Kreuzzeitung," und die konservative Partei nahm keinen Anlaß, dieses gehässige Gebahren ihres leitenden Blattes zu mißbilligen. Im Gegenteil, es ist dem Freiherrn v. Hammerstein gelungen, durch seine Hetzerei die Aufnahme des Antisemitismus in das Tivoliprogramm durchzusetzen. Die Partei sah alle Tage, wie die „Kreuzzeitung" die schmählichsten Anschuldigungen erhob, wie sie den Charakter ihrer politischen Gegner verdächtigte, wie sie große Parteien beschuldigte, im Solde der Börse zu stehen, keine andern Interessen als die der Kapitalisten zu kennen, kein andres Ziel als die persönliche Bereicherung zu verfolgen. Und weit entfernt, dieser Verleumdungssucht entgegenzutreten, hat die konservative Partei ihrem Führer Hammerstein noch bis vor wenigen Monaten Beifall gezollt und seine Offenbarungen wie ein Evangelium betrachtet. Hammerstein war mehr als eine einzelne Person. Er vertrat ein Prinzip. Er war der Träger der Politik, zu der sich die Rechte in den letzten Jahren bekannt hat. Er saß im Parteivorstand, und der Herausgeber des amtlichen Blattes dieses Parteivorstandes, Griesemann, schrieb ihm unterwürfig, er erkenne das Recht v. Hammersteins an, ihm die Gegenstände der Besprechung für die „Konservative Korrespondenz" zu bestimmen und alle Auslassungen innerpolitischer oder parteipolemischer Natur vor der Veröffentlichung seiner Begutachtung vorzubehalten. Der Redakteur der „Kreuzzeitung," der geistige Leiter der Partei, v. Hammerstein war die Seele der Rechten, als sie nach Tivoli ging und von Tivoli zurückkam. Die Rechte aber wußte, daß Herr v. Hammerstein schon als Gutsbesitzer verunglückt war; ein großer Teil der Rechten hatte seit Jahren genaue Kenntnis von der alles eher als ehrbaren Lebensführung des Herrn v. Hammerstein. Sie wußte, daß er einen verschwenderischen Aufwand treibe, wie er mit dem Amt eines gestrengen Sittenrichters schwer vereinbar sei. Von einem Teil der geschäftlichen Veruntreuungen wußten hervorragende Mitglieder der Rechten seit Monaten, als sie immer noch dem Freiherrn v. Hammerstein die Rolle des Vorkämpfers für Religion, Sitte und Ordnung gegen den Umsturz überließen. Daß aus dieser Duldung der konservativen

Partei ein Vorwurf gemacht wird, kann sie füglich nicht als unbillig bezeichnen, wenn auch die Ansicht unbillig wäre, daß eine rechtliche oder moralische Begünstigung dieses Treibens vorliege. Eine mehr als persönliche Tragweite hat der Fall Hammerstein auch deshalb, weil der frühere Leiter der „Kreuzzeitung" für seine eigne Kampfesart bei seiner Partei Schule gemacht hat. Selbst ein waghalsiger, skrupelloser Hochstapler, hat v. Hammerstein den Eigennutz zum politischen Lehrsatz erhoben. Sich selbst zu bereichern, den eignen Vorteil zu suchen und den Vorwurf des Eigennutzes dann durch Vergewaltigung des Gegners abzuwehren, das war eine Taktik, wie sie den persönlichen Verhältnissen Hammersteins entsprach. Einen Notstand, den man selbst verschuldet hat, schreit man als die Folge unhaltbarer Gesetze oder gesellschaftlicher Einrichtungen aus; Ungelegenheiten, die aus der Mißwirtschaft des Einzelnen entstehen, legt man der Gesetzgebung oder der Gegenpartei zur Last. Was man selber thut, dessen spricht man den Widersacher schuldig. Das war die Kriegskunst der „Kreuzzeitung." Wer hätte grimmigere Angriffe gegen die Börse gerichtet als Herr v. Hammerstein? Die Rücksichtslosigkeit im politischen Kampf, die demagogische Vertretung persönlicher Interessen, die Gehässigkeit in der Befehdung andrer Parteien ist unter dem Einfluß v. Hammersteins und seines Blattes zur politischen Methode in der konservativen Partei geworden. Darin beruht die Wichtigkeit dieser persönlichen Vorgänge für die ganze Partei.

Ueber die Aussichten eines Kartells spricht sich die Kreuzzeitung nunmehr also aus: Selbst wenn wir bereit wären, uns dem „Kartell" mit Leib und Seele zu verschreiben, würde ohne die Zuziehung des Zentrums doch nichts Brauchbares daraus werden, d. h. es könnte keine leistungsfähige Mehrheit zustande kommen, und das Ganze hätte einzig und allein den Zweck, den Nationalliberalen einige Mandate mehr zu verschaffen.

18. September. Die „Konservative Korrespondenz" wendet sich gegen die Ausbeutungen des „Falles Hammerstein" zum Nachteile der konservativen Partei und wirft der liberalen Presse Illoyalität vor, da derartige Fälle auch auf seiten der Gegner vorkämen, ohne daß man ein Recht hätte, die Gesamtheit dafür büßen zu lassen. Dann kommt sie auf die treibenden Ursachen dieser Angriffe und giebt im Anschlusse daran die folgende Erklärung ab:

Das Ziel des erbitterten Kampfes gegen die Konservativen ist die Vernichtung der Selbständigkeit unsrer Partei, die Beugung der Konservativen unter das Joch der Nationalliberalen — Kartell genannt. Dieses Ziel aber wird auch mit den allerverwerflichsten Mitteln nicht erreicht werden. In der konservativen Partei denkt niemand daran, die politische Selbständigkeit aufzugeben und sich durch ein Kartell die Hände binden zu lassen. Vor allem fehlt zum Eintreten in ein Kartell, selbst in ein Kartell ad hoc, das Vertrauen. Das Vertrauen läßt sich bekanntlich ebensowenig erzwingen, wie die Liebe, und wo soll Vertrauen zu den Nationalliberalen herkommen, wenn von ihnen in so unglaublich illoyaler Weise gerade gegen unsre Partei verfahren wird? Wir lesen in der „Nationalzeitung": „Was wir als Folge des Hammersteinkrachs wünschen und hoffen, das ist die Revision des Programms und der Methode,

die innerhalb der konservativen Partei selbst, z. B. vom «Reichsboten» verlangt wird." Diesem kecken Eingreifen in unsre innern Privatverhältnisse gegenüber stellen wir hiermit fest, daß kein konservatives Blatt und kein konservativer Mann daran denkt, den oben enthüllten Wünschen und Hoffnungen Rechnung zu tragen.

Die „Weser-Zeitung" dagegen glaubt im konservativen Lager eine stark gedrückte Stimmung gefunden zu haben; sie sagt:

Die konservative Partei fühlt tief die Wucht des Schlages, den sie der Unmoralität ihres Führers verdankt. Ihre Organe sind gedrückt und führen nur eine leise Sprache. Sie wagen gar nicht einzustimmen in den von nationalliberaler Seite gekommenen Ruf nach Maßregeln gegen die Sozialdemokratie, mit denen man an die Wählerschaft appelliren müsse, denn sie fühlen sehr wohl, daß gerade diejenige Wählerschaft, die aus Anhänglichkeit an Gottesfurcht und fromme Sitte ihr die Stimmen zu geben pflegt, tief empört sein muß und es an Eifer für die bisher von einem Hammerstein geleitete Sache fehlen lassen wird. Die konservative Partei ist wie eine in Unordnung gebrachte Armee, es mangelt ihr die Schlagfertigkeit. Nur Herr Stöcker hat den Mut, zu trotzen und zu schimpfen. Aber er hat durch andre Dinge, durch die Zwiespältigkeit seines Wesens bei den Versuchen, den Kaiser für die Sache der Extremen zu gewinnen, viel zu sehr den Fuß im Nassen, als daß er mit großen Worten Eindruck machen könnte. Oder sind Schimpfreden die einzige Waffe, die ihm noch geblieben ist?

Gegenüber den Anklagen, die von liberaler Seite gegen die konservative Partei wegen des Falles Stöcker erhoben werden, erklärt deren amtliches Organ, die „Konservative Korrespondenz":

Diese Taktik (Stöckers) in Schutz zu nehmen ist unmöglich, und auch Stöcker wird heute kaum bereit sein, seine damaligen Vorschläge in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Der Freude unsrer Liberalen ob unsrer angeblichen „Abschüttelung" Stöckers aber müssen wir schließlich noch einen kleinen Dämpfer aufsetzen: Stöcker ist bekanntlich Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses unsrer Partei; daran, ihn aus dieser Stellung zu verdrängen, denkt niemand; ebenso wenig denkt Stöcker selbst an ein Ausscheiden.

Die „National-Zeitung" bemerkt dagegen zu den Auslassungen der „Konservativen Korrespondenz," die sich gegen ein neues Kartell erklärt hat:

Wer hat den Konservativen denn ein „Kartell" angeboten? Die Furcht vor einem solchen spukt in der klerikalen und in der freisinnigen Presse; auf nationalliberaler Seite hat aber noch niemand die Neigung bekundet, ein neues Kartell abzuschließen; von dem Wunsche, künftig mit einer andern konservativen Partei zu thun zu haben, als es die der letzten Jahre war, bis zu einem Kartell ist ein weiter Weg.

19. September. In der Stöcker ergebnen Presse wird verlangt, daß die „Konservative Korrespondenz" Buße thue für den „Abschüttelungsversuch." So bringt das „Volk" folgende Mitteilung aus Hamm: In hiesigen konservativen Kreisen ist man aufs höchste erregt über das Vorgehen der „Konservativen Korrespondenz" gegen Stöcker. Hat denn die konservative Parteileitung kein Mittel in der Hand, ihr eignes Vorstandsmitglied gegen solche Angriffe in

ihrem eignen Organ zu schützen? Wir meinen, es müsse darauf bestanden werden, daß die „Konservative Korrespondenz" diese unwahren, verletzenden Angriffe schlankweg widerruft. — Unter dem Stichwort „Ein kurzes Kapitel von der Moral" wird dem „Hannoverschen Kurier" geschrieben:

Schlimmer als der Fall Hammerstein kann für die konservative Partei sicherlich der Fall Stöcker werden. Der Brief vom 14. August 1888 ist geeignet, nicht nur einen Teil der Hofgesellschaft, die wohl fast ausschließlich zur konservativen Fahne schwört, in ein eigentümliches Licht zu stellen, und ist weiter geeignet, den Träger der Krone gegen seine nächste Umgebung mißtrauisch zu machen; wo bleibt aber die „kleine aber mächtige" Partei, wenn sie bei Hofe zu Falle kommen sollte? Wir rufen unsern politischen Gegnern zu: „Den Hammerstein seid ihr los, jetzt schüttelt auch den Stöcker ab." Stöcker setzt alle Segel ein, um sein festgefahrnes Schiff wieder flott zu machen. Im „Volk" läßt er sich sogar besingen. „Stöcker heraus!" beginnt das eine Lied. Werden nicht recht viele Konservative bald rufen: „Hinaus mit Stöcker!"?

Der die sechs Berliner Wahlkreise umfassende Parteirat des deutsch-konservativen Wahlvereins Berlin beschließt einstimmig folgende Erklärung:

Wir sprechen dem Hofprediger a. D. Stöcker, als dem Vertreter Berlins im Gesamtvorstande der konservativen Partei, für seinen gegenwärtig wie früher gegen die verderbliche mittelparteiliche Politik geführten Kampf unsre volle Anerkennung und Zustimmung aus. Wir erkennen auch in dem dem Hofprediger Stöcker zugeschriebnen Brief aus dem Jahre 1888 nicht die Absicht, Kaiser und Kanzler von einander zu trennen, sondern vielmehr den berechtigten Wunsch, Seine Majestät den Kaiser in seinen eignen fürstlichen Anschauungen gegenüber der damaligen innern Politik des Reichskanzlers zu stärken. Damit fallen für unsre Auffassung die verleumderischen Anklagen der gegnerischen Presse in sich selbst zusammen.

Die Befürchtung, sagt die „Allgemeine Zeitung," daß der Hammersteinskandal alle andern im Gesichtskreise der öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden Angelegenheiten zurückdrängen werde, bestätigt sich mehr und mehr. Es ist aber nicht so sehr die Sache selbst, wie ihre Ausbeutung nach den verschiedensten Seiten hin, die diese Wirkung herbeiführt.

In der konservativen Partei war, ehe der Skandal zum Ausbruch kam, eine Periode der Selbstkritik angebrochen. Erst schüchtern, dann immer entschlossener wagten sich Stimmen hervor, die die Zweckmäßigkeit der immer mehr ins Demagogische hinabgleitenden Art der Behandlung der Dinge in Zweifel zogen; auch daß es mit dem Kampfe der staatserhaltenden Parteien unter einander, wie er in den letzten Jahren immer mehr eingerissen, nicht so weitergehen dürfe, wurde ab und zu mit Nachdruck betont. Die auf diese Weise sich von innen heraus einleitende Gärung mußte einen starken Impuls erhalten, als von den beiden Führern der konservativen Partei, die mehr als irgend ein andrer für die stete Schürung jenes Kampfes und für die demagogische Methode verantwortlich waren, der eine mit einem Schlage moralisch vernichtet war und der andre stark kompromittirt erschien. Die Vermutung lag nahe, daß sich jetzt endlich der Boden ebnen könne, um den Versuch der Rückkehr zur Kartell-

politik mit Erfolg zu unternehmen. Grund genug für alle Gegner des Kartells, diese Entwicklung um jeden Preis zu verhindern. Auf der einen Seite machte sich die gesamte radikale Linke ans Werk, den Skandal möglichst zu vergrößern. Immer neue Enthüllungen werden in Aussicht gestellt, und wenn sie auch einstweilen noch auf sich warten lassen, so bleibt doch die Aufregung, und die unklare Erwartung dessen, was noch kommen soll, hindert die ruhige Ueberlegung dessen, was vorliegt. Der Zweck dieser Sensationsmacherei, Aufbauscherei und Breittreterei ist, die Konservativen zu reizen und zu erbittern, den Mittelparteilern aber die konservative Gesellschaft zu verleiden. Schon ertönt sogar aus dem Lager, wo allerdings die politische Einfältigkeit immer am unverfälschtesten zu finden ist, aus der Freisinnigen Vereinigung, wieder der Lockruf zu dem neuen Kartell von Bennigsen bis Payer! Auf der andern Seite begleitet das Zentrum die Aufbauschungsbestrebungen der Linksradikalen mit großem innerm Vergnügen und womöglich noch größerer äußerer Entrüstung, indem es mit echt jesuitischer Geschicklichkeit die Sache so darzustellen sucht, als ob das ganze Geschrei eigentlich von den Nationalliberalen ausginge, von denselben Nationalliberalen, die die Konservativen gleichzeitig als Bundesgenossen umwürben.

22. September. Zu obiger Kundgebung für Stöcker sagt die „Kölnische Zeitung":

Diese Erklärung beweist wieder einmal schlagend, bis zu welchem Grad der Parteihaß das sittliche Urteil trüben kann. Ueber den jesuitischen Rat Stöckers, zwischen Kaiser und Kanzler Zwietracht zu säen und den Kaiser durch ein berechnetes Spiel, ohne daß er es merke, gegen Bismarck zu verhetzen, ist unter anständigen und ruhig denkenden Männern eine Meinungsverschiedenheit nicht möglich. Konservative, die in dieser Sache Stöcker zu decken suchen, verraten also lediglich eine durch das Parteitreiben erklärliche Trübung ihres sittlichen Bewußtseins, ohne dem skrupellosen Agitator Stöcker zu nutzen.

Die katholische Presse tritt dagegen warm für Stöcker ein. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung":

Stöcker hat im Lande und namentlich auf dem Lande einen starken und zuverlässigen Anhang, der durch den Walderseebrief und das Geschrei darüber nicht irre zu machen ist. Sollte die konservative Parteileitung, was nicht unmöglich erscheint, doch noch einmal schwach werden und aus „höhern" und höchsten Rücksichten Stöcker beiseite schieben, so wird sie einen starken und zweifellos den thatkräftigsten Bruchteil der Partei im Lande so schwer vor den Kopf stoßen, daß es leicht einen „Krach" geben kann.

23. September. Die „Badische Landespost" tritt für Stöcker auf, indem sie sagt: Aus Stöckers Brief geht klar und deutlich hervor, daß er gerade vermeiden wollte, zwischen Kaiser und Bismarck „Zwietracht zu säen." Stöcker vertraut auf die Macht der Thatsachen und den richtigen „politischen Instinkt" des Kaisers so sehr, daß er im Gegensatz zu jenen, die „Zwietracht säen" wollen, sagt: laßt diese Thatsachen nur objektiv auf den Kaiser wirken, sorgt nur dafür, daß diese Thatsachen zur Wirkung kommen, und der Kaiser wird von selbst den „richtigen Schluß auf Bismarck" und seine Kartellpolitik machen.

Nun in aller Welt fragen wir: wer kann vom Standpunkt der durchaus erlaubten und in allen Parteien geübten Taktik in diesen Ratschlägen etwas „Hinterlistiges“ oder etwas Unrechtes finden! Der Brief Stöckers ist die Handlung eines kühl wägenden, politischen und dabei bis auf die letzte Faser prinzipiellen Kopfes und nichts andres.

Das Organ der württembergischen Konservativen, die „Deutsche Reichspost,“ sagt:

Wir begrüßen den Rückzug der „Konservativen Korrespondenz“ (s. obigen Artikel vom 18.) als Sühne einer Uebereilung. Dabei ist jedoch höchst bedauerlich, daß auch in dieser Kundgebung der durch die stöckerfeindlichen Blätter erhobne Vorwurf einer „verwerflichen Taktik“ Stöckers wiederholt wird. Was heißt „Trennung des Fürsten Bismarck von unserm Kaiser“? Gerade persönliche Angriffe auf Bismarck, das „Zwietracht säen,“ verwarf er und verlangte lediglich Aufklärung und „prinzipielle Stärkung“ des Kaisers gegenüber unberechtigten und beleidigenden Angriffen auf christlich-soziale Bestrebungen. Soll denn die perfide Verdrehung des Stöckerbriefes, bei der eine berechtigte Abwehr zu einem hinterlistigen Angriff gestempelt wird, auch in konservativen Kreisen ihre Wirkung thun? Soll der eklige Dunst, den die stöckerfeindliche Presse geflissentlich verbreitet, auch die Augen christlich-konservativer Männer umnebeln?

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Berlin erläßt einen Steckbrief gegen v. Hammerstein, der hiernach wegen mehrfacher schwerer Urkundenfälschung in Verbindung mit Betrug und Untreue verfolgt wird.

24. September. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fügt der Mitteilung dieses Steckbriefes hinzu: Es ist uns hie und da zum Vorwurf gemacht, daß wir von dem frühern Leiter der „Kreuzzeitung,“ v. Hammerstein, gelegentlich einmal als von einem „unglücklichen Mann“ gesprochen haben. Wenn ein Politiker, der geachtet, gefürchtet und einflußreich wie wenige dastand und sich in einer bestimmten Periode den höchsten Zielen nahe dünken durfte, ein solches Ende nimmt, so, glauben wir, ist es gestattet, für einen Augenblick einem Gefühl des Mitleids Raum zu geben. — Die „Deutsche Tageszeitung,“ Organ des Bundes der Landwirte, sagt unter der Ueberschrift „Die Erben harren schon“:

In den letzten Tagen sind uns Mitteilungen zugegangen, die uns nicht mehr daran zweifeln lassen, daß es sich bei der jetzt beliebten Behandlung des Hammersteinschen Skandals um ein planmäßiges Vorgehen gegen den rechten Flügel der konservativen Partei handelt, das von gewissen Kreisen ein- und angeleitet worden ist, die schon maßgebend sind und dadurch noch maßgebender zu werden hoffen. Die Voraussetzung des Vorgehens war die Annahme, daß in der konservativen Partei noch einige Leute seien, die nach der Sonne höfischer Gunst sich sehnen und gern wieder Hofluft atmen möchten. Das Ziel des Vorgehens war die Abdrängung der Unbeugsamen.

26. September. Der Ausschuß des ostpreußischen konservativen Vereins konstatirt, daß die Vorgänge in der „Kreuzzeitung," so bedauerlich sie auch an und für sich seien, auf den Bestand und die Geschlossenheit der konservativen Partei Ostpreußens, sowie auf die selbständige politische Richtung derselben keinerlei Einfluß ausüben könne. — Nachdem das „Volk" und die „Deutsche Tageszeitung" wiederholt jeder gemäßigten Richtung innerhalb der konservativen Partei den Krieg erklärt haben, wird ihnen von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erwidert:

Die Leute, die sich jede Zügellosigkeit in der Kritik der Regierung des Königs gestatten, mögen die Tragweite ihres Thuns nicht übersehen und im Innern ihres Herzens wirklich königstreu fühlen; aber sie untergraben thatsächlich die Autorität, das Fundament des monarchischen Staates, um die Wette mit den ausgesprochnen Umsturzbestrebungen, und verwüsten, wo sie aufzubauen vorgeben. Ebenso ist das „Volk" mit seinen lärmenden Anklagen gegen die höhern Stände, mit denen es auf Grund irgend eines rügenswerten Einzelfalles vorgeht, lediglich ein thörichter Helfershelfer der Sozialdemokratie.

28. September. In den „Hamburger Nachrichten" wird obigen Auslassungen Stöckers also entgegengetreten:

Die Andeutung Stöckers, daß er durch mittelparteiliche Kämpfe provozirt worden sei, halten wir für hinfällig; die Provokation ging nur von seinem eignen herrschsüchtigen Ehrgeize aus. Es gab außer Stöcker damals noch manche andre Persönlichkeiten, die dem Fürsten Bismarck gegenüber das Bedürfnis hatten, seine Koadjutoren mit der Hoffnung auf Nachfolge zu werden, aber der damals vorwiegende Grund, aus dem der Reichskanzler sich den Bemühungen widersetzte, einem künftigen Thronerben unter dem unscheinbaren Vorwande der Stadtmission sich vorzeitig an die Rockschöße zu hängen, lag wohl in dem Pflichtgefühle der herrschenden Dynastie gegenüber, dergleichen Versuche, wie sie von fortschrittlicher und von englischer Seite dem Kaiser Friedrich gegenüber, bevor er zur Regierung kam, gemacht worden waren, rechtzeitig entgegenzutreten. Die Unternehmer der Anbändlung sind dadurch natürlich verstimmt worden gegen die kanzlerische Abwehr.

Unter dem Titel „Hofprediger a. D. Stöcker und die Berliner Stadtmission" bringt die „Vossische Zeitung" einen längern Aufsatz, der den „dunkeln Schleier," den Stöcker in seinen Rechtfertigungsartikeln in der „D. Ev. Kirchenzeitung" über den Ursprung der Walderseeversammlung ruhen lasse, zu lüften unternimmt. Der Aufsatz erklärt verschiedne Stellen jener Rechtfertigung als unrichtig. — Der Vorsitzende des Berliner Nordvereins, Kolshorn, veröffentlicht folgendes:

Der Vorstand des Nordvereins, des ältesten konservativen Bürgervereins in Berlin, ist aufs höchste überrascht über den Beschluß des Parteirats des Berliner konservativen Wahlvereins vom 19. d. Mts. in Sachen Stöcker und billigt in keiner Weise den Brief des Hofpredigers a. D. Stöcker vom 14. August 1888, dessen Inhalt nur die Auslegung zuläßt, daß der damalige Hofprediger Stöcker von der Absicht geleitet wurde, Zwietracht zwischen dem Kaiser und seinem ersten Ratgeber, dem Fürsten Bismarck, zu säen.

Die „Kreuzzeitung" erklärt, daß Pfarrer Naumann, Herausgeber der „Hilfe" in Frankfurt a. M., und seine Anhänger nicht „mit der christlich-sozialen Richtung als solcher identifizirt werden dürfen":

Es ist uns nicht unbekannt, daß Naumann unter einem Teil der jungen evangelischen Geistlichkeit namentlich in Süddeutschland begeisterte Verehrer hat. Wir irren uns aber schwerlich, wenn wir die Vermutung aussprechen, daß es gerade die von den Liberalen sonst bevorzugte Ritschlsche Richtung ist, der diese Herren ihrer Mehrzahl nach angehören. Daß auch positiv gerichtete Männer darunter sind, soll keineswegs geleugnet werden.

Es bezieht sich diese Auslassung wesentlich auf einen in Berlin gebildeten „Verein von Freunden der Hilfe," dessen Zweck, nach Angabe eben dieses Blattes, ist:

Diejenigen christlich-sozial gesinnten Männer, die der Geist, wie er in der „Hilfe" zum Ausdruck kommt, dieser Geist des radikalen — wahren — Christentums, warm erfüllt und bewegt, zu sammeln und durch Vorträge, freiere Diskussion und gegenseitige Belehrung zu fördern. Die Zukunft wird zeigen, ob diese völlig freie Vereinigung, durch die der geistige Boden für eine auf christlicher Grundlage ruhende soziale Weltanschauung bereitet werden soll, zu einer festen Vereins- oder gar Parteibildung in Verbindung mit Werken der praktischen Selbsthilfe zu führen vermag.

29. September. Gegen die Behauptung der „Kreuzzeitung," bei Befürwortung der Kartellpolitik werde der konservativen Partei zugemutet, irgendwelche ihr bisher eigentümlichen Elemente abzuschütteln oder auszumerzen, sagen die „Hamburger Nachrichten":

Ein Kartell verschiedner, prinzipiell unter sich nicht einiger Fraktionen kann unsrer Ansicht nach doch nur den Charakter eines Bündnisses zwischen selbständigen Mächten haben, wie beispielsweise der Dreibund, der an keinen der Beteiligten die Anforderung stellt, auf die Wahrnehmung eigner Interessen Verzicht zu leisten. Das Bündnis zwischen ihnen deckt immer nur die Interessen, in Betreff deren sie übereinstimmen, ohne die Wahrnehmung derjenigen zu verbieten, in Betreff deren die Uebereinstimmung einstweilen fehlt. Das „Kartell," wie es früher erstrebt wurde, hatte immer nur den Zweck, Majoritäten für Interessen zu gewinnen, die von allen Beteiligten als zweifellose Reichsinteressen anerkannt wurden, also den Kampf gegen gemeinsame Feinde ohne Präjudiz für die spätere Anfechtung derjenigen Differenzen, die das Programm der einzelnen Bundesgenossen von einander scheiden. Es rechtfertigte sich daraus die viel getadelte Scheidung zwischen Reichsfreunden und Reichsfeinden. Wir haben unter „Kartell" nie etwas andres verstanden, als die Abwehr von Gefahren, mit denen wir von dem zügellosen Anstürmen auf die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Dinge bedroht sind.

30. September. Der Vorsitzende des Verbandes der rheinischen Konservativen, Freiherr v. Plettenberg-Mehrum, wendet sich also gegen Stöcker:

Ich stehe nicht an, wiederholt zu erklären, daß ich eine gewisse, seinerzeit auch hie und da auf dem Tivolitage zu Tage getretene unterschiedslose Anerkennung des Antisemitismus, die selbst einen Ahlwardt mit umfaßte, von vornherein bedauert habe; ebenso ist auch von mir die doktrinäre Ausartung des christlichen Sozialismus als notwendige Folge einer zu ein-

seitigen Kultivirung der Interessen und Ansprüche des sogenannten untern Standes lange vorausgesehen und warnend hingewiesen worden, daß letztere „nach links führen würde weitab von der deutschkonservativen Heerstraße." Der Verlauf der Dinge hat meiner Voraussicht und Warnung nur zu sehr Recht gegeben. Wenn man ferner, wie ja leider hat zugestanden werden müssen, von christlich-sozialer Seite bestrebt gewesen ist, „Zwietracht zu säen" zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck, so kann ich als konservativer Mann das nicht entschuldigen oder beschönigen, sondern muß, ohne Ansehen der Person, dieses Streben und ebenso aber auch alle Versuche, die deutschkonservative Partei dafür verantwortlich zu machen, auf das entschiedenste verwerfen und abweisen.

1. Oktober. In der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" wendet sich Stöcker gegen obige Auslassungen in den „Hamburger Nachrichten" vom 28. September, indem er sagt:

Alle diese Behauptungen sind durchaus falsch. Zunächst sei bemerkt, daß ich für das Eintreten des Fürsten in den Kronrat, das übrigens die politische Lage mitbedingte, aufrichtig dankbar war. Aber diese meine Dankbarkeit, die ich übrigens gegenüber den großen Verdiensten des Kanzlers in vaterländischen Dingen immer gefühlt habe, konnte mich nicht abhalten, gegen die Kartellpolitik, die ich für verderblich hielt, nach Kräften zu protestiren. Was die andern gänzlich unrichtigen Aufstellungen betrifft, so beweisen sie lediglich, daß den Fürsten in der That damals ein Mißtrauen beseelte, das keinen Schatten von Berechtigung hatte. Eben dies unglückselige Mißtrauen hat die widerwärtigen Preßkämpfe hervorgerufen. Daß diese mit dem Brief des Fürsten zusammenhängen, ist zweifellos. Denn dieselben Anklagen, die die offiziöse und mittelparteiliche Presse plötzlich im Gegensatz zu ihrer frühern Haltung gegen mich und andre richtete, daß wir uns dem Prinzen hätten aufdrängen und ihn für politische Zwecke benutzen wollen, standen, wenn auch feiner und behutsamer, in jenem Brief.

Pastor Kötzschke, Mitglied der christlich-sozialen Partei, Anhänger der Naumannschen Richtung, sagt in einem offnen Brief an Freiherrn v. Stumm: „Wir Christlich-Sozialen sind an einem Wendepunkt angekommen. Wir stehen jetzt auf dem Punkte, eine reine Arbeiterpartei zu werden, die die Interessen der Arbeiter mit derselben Unerschrockenheit vertritt wie die Sozialdemokratie. Wir werden aus Schleppenträgern der Herren »von Bildung und Besitz« zu ihren Gegnern. Ja, wir werden bald schlimmere Gegner sein als die Sozialdemokraten."

Dazu bemerkt die „Kreuzzeitung":

Die „Konservative Korrespondenz" macht darauf aufmerksam, daß der christlich-soziale Parteitag am 6. Juni d. Js. die nachstehende Resolution beschlossen hat: „Der christlich-soziale Parteitag, am 6. Juni auf der Wartburg versammelt, um sein altes Programm zu revidiren und zu verwandten Richtungen Stellung zu nehmen, erklärt, daß er die christlich-soziale Partei als eine selbständige Gruppe der konservativen Partei ansehe und demgemäß ihre Anhänger zur Ausbildung ihrer Organisation im Reiche auffordere. Betreffs derjenigen Christlich-Sozialen, die ohne ein bestimmtes Programm den von dem Blatt »Die Hilfe« vertretenen Anschauungen unbedingt zustimmen, hält derselbe ein »Getrenntmarschieren« für dasjenige Vorgehen, das den Erfordernissen der Lage und den Interessen

beider Teile am besten entspricht." Der Name „Christlich-sozial" ist eine Parteibezeichnung, die der vorstehenden Resolution gemäß nur der Stöckerschen konservativen Gruppe zukommt. Die Adoptirung dieser Bezeichnung durch die Naumannsche Gruppe, die Stöcker selbst eine zu der „liberal-sozialdemokratischen" Richtung hinneigende genannt hat, ist also mißbräuchlich; ihr sollte also seitens der Leitung der „Christlich-Sozialen" energisch und ungesäumt entgegengetreten werden.

Die „Kölnische Zeitung" schreibt über die extremen Richtungen in der konservativen Partei:

Wir erleben hier an der christlich-sozialen Partei genau dasselbe, was jetzt schon in Sachsen in Bezug auf die Reformpartei von den Konservativen selbst eingestanden wird: daß sie Bäche bildet, die ihre Gewässer dem großen Strome der Sozialdemokratie zuführen. Man spielt eben nicht ungestraft mit Demagogentum, und man erregt nicht die heftigsten und niedrigsten Leidenschaften, ohne daß sie sich dann ihren eignen Weg suchen und sich auch gegen die wenden, die die Bewegung hervorgerufen haben. Wir fragen uns vergeblich, wie die konservative Partei es anfangen will, mit solchen Elementen zusammen zu arbeiten, selbst wenn sie unter einer Flagge segeln, die den Namen Stöckers trägt, dem eben noch konservative Vereine anläßlich seines bekannten Briefes ihr vollstes Vertrauen aussprachen.

2. Oktober. Nachdem das „Volk" in einer Kritik der gegen Stöcker gerichteten Erklärung des konservativen Berliner Nordvereins den Professor Brecher als den vermeintlichen Anstifter jener Erklärung persönlich angegriffen hatte, veröffentlicht dieser im „Reichsboten" eine Erwiderung, die in dem Satze ausklingt, daß er, Brecher, wegen des bemerkenswerten Mangels an Wahrheitsliebe, der sich speziell noch vor Brechers Rücktritt von der Leitung des konservativen Zentralkomitees in einem besondern starken Falle an Stöcker gezeigt habe, jede Berührung mit diesem vermieden habe.

Der konservative „Reichsbote" spricht sich über die konservative Partei also aus:

Was seit dem Parteitage von Tivoli anders geworden, das ist nicht das konservative Programm oder die konservative Politik, sondern höchstens die Methode. Seitdem entstand allerdings eine agitatorische Richtung, die dadurch ein falsches Element in die konservative Partei hineintrug, daß sie die demokratische Methode der Agitation, die Erregung der Unzufriedenheit, des Trotzes, des Mißtrauens gegen die Regierung und die Umschmeichelung der Leidenschaften und der Begehrlichkeit — auch für die konservativen Bestrebungen — in Anwendung brachte. Und hierzu hat gerade v. Hammerstein sehr viel beigetragen. Wir sind gewiß stets mit aller Entschiedenheit und Kraft für die konservativen Bestrebungen eingetreten, aber diese Methode haben wir nicht mitmachen können und haben deshalb seitdem viele Anfechtungen erfahren; man hat uns das als Gouvernementalismus, Schwachheit, Opportunismus u. s. w. ausgelegt. Wir haben das ertragen; aber wir waren sittlich überzeugt, daß diese Methode zusammenbrechen mußte, und sie ist mit dem Fall Hammerstein zusammengebrochen, und deshalb verlangten wir neulich schon: eine Revision der durch den Einfluß Hammersteins eingeführten, mit den Prinzipien der konservativen Partei unverträglichen agitatorischen Methode. Die konservative Partei hat die Wahrheit stets

über alles gestellt, diese Methode aber stellt die Agitation so sehr in den Vordergrund, daß sie ihr alles unterordnet; sie thut den sofort in Bann, der sich nicht unbedingt der Agitation unterwirft, und stellt auch die Wahrheit zu ihren Gunsten unter den Scheffel. Eine solche Taktik, die jeden Ausdruck der Ueberzeugung, die sich nicht unbedingt unter das Joch der Parteiagitation beugt, als Abfall verfolgt und so die Gewissen tyrannisirt, muß sittlich und politisch verwirrend und korrumpirend wirken.

3. Oktober. Stöcker fordert öffentlich den Professor Brecher auf, die Thatsachen anzuführen, auf die er sein obiges Urteil stützt.

4. Oktober. In der Fortsetzung seiner Rechtfertigung in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung" kommt Stöcker bei seinem Briefe von 1888 an v. Hammerstein an und sagt:

Ich habe den Fürsten Bismarck allezeit in der äußern Politik für den größten Staatsmann der Weltgeschichte, in der nationalen Politik für einen der größten gehalten und erklärt. In der innern Politik ist er mir dagegen, einige gute Griffe abgerechnet, als ein wenig glücklicher, in der innersten Politik, das heißt in der Pflege der sittlich-religiösen Lebensmächte, als ein für Deutschland verhängnisvoller Staatsmann erschienen. So stand ich immer, so stehe ich heute, so werde ich bis an mein Lebensende denken; und die Geschichte wird ebenso urteilen wie ich. Die von ihm begünstigte Kartellpolitik der Mittelparteien, die auf die Vernichtung der christlich-konservativen Presse ausging, habe ich nie begriffen; so durchaus falsch ist sie. Was habe ich nun in dem Briefe erklärt? Ich habe den direkten Angriff auf den Fürsten Bismarck widerraten, und zwar, um den Kaiser nicht zu reizen und nicht zurückzustoßen, überdies, weil ich diese Art des Vorgehens für erfolglos hielt. Man hat den Satz: „Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht säen will, so stößt man ihn zurück" — so aufgefaßt, als hätte ich diese Zwietracht säen und den Kanzler stürzen wollen. Diese Auffassung ist böswillig. Jener Satz kann doch bedeuten, daß vor dem Säen der Zwietracht gewarnt wird. Und das Wort „Merken" braucht nicht als ein Entdecken von Heimlichkeiten, es kann im Sinne von „Bemerken" gemeint sein. Da ich den Brief überhaupt vergessen hatte, kann ich natürlich auch nicht mit Bestimmtheit sagen, wie ich das Einzelne gemeint habe.

In einer Versammlung der christlich-sozialen Partei zu Berlin tritt Stöcker mit einer längeren Rede auf, in der er (nach dem Bericht im Reichsboten) u. a. sagt:

Es geht jetzt heiß her im öffentlichen Leben, und wenn ich an die Ursache denke, an den Brief aus 1888, so kann ich das gar nicht begreifen. Dieser Brief verdient wirklich nicht, daß man nun schon seit drei Wochen Tag für Tag die ganze Presse in allen fünf Erdteilen mobil macht. Ich begreife ja durchaus, daß der Fall Hammerstein die Menschen aufregt. Uns Konservative, uns, die wir seine Freunde waren, bewegt es am allermeisten. Ich würde es auch begreifen, wenn die Gegner sagten: Wir fordern von einem christlich-konservativen Manne mehr als von uns selbst; aber was habe ich damit zu thun? Ich kann es nur für unsittlich erklären im höchsten Maße, wenn der Fall Hammerstein in der liberalen und Judenpresse beständig als Fall Hammerstein-Stöcker behandelt wird. Das ist ein vollkommen illoyales Mittel, dem Gegner zu schaden. An meinem Briefe übersieht man eins: Ein gestohlner oder verloren gegangner vertraulicher Privatbrief

ist nicht Gegenstand des öffentlichen Lebens. Einen solchen Brief veröffentlichen, ist an sich schon etwas Unmoralisches. Ich würde bei dem Haß, den ein guter Teil der Presse gegen mich hat, auch die Veröffentlichung und einige Bemerkungen dazu begreifen. Das muß man sich als Mann des öffentlichen Lebens gefallen lassen. Daß man aber in der ganzen liberalen Presse die unsittliche Basis dieses Briefes gar nicht begriffen, sondern ihn Tag für Tag, Woche für Woche ausgeschlachtet hat, das zeigt: unser öffentliches Leben ist von schlechten Grundsätzen durchsetzt. In andern Ländern würde das nicht möglich sein, aber bei uns beherrscht das Judentum einen großen Teil der Presse, das, weil es selber keine Ehre hat im unserm deutschen Sinne, auch diese Ehre bei andern nicht anerkennt. Nur daraus ist das ehrlose Treiben eines großen Teiles der Presse zu begreifen. Ich habe das Gefühl, daß ich mich nicht im geringsten zu verteidigen habe. Ich greife an. Der Brief ist ja unter ganz andern Umständen und Verhältnissen abgefaßt. Auch habe ich ihn nicht gesehen. Ich weiß nicht, was zugesetzt oder weggelassen ist. Auf solchen Brief kann man nicht einen solchen Sturm geheuchelter Entrüstung aufbauen. Das ist ja nicht so empfunden. Das ist Theatermache. Seitdem fast alle Theater in jüdischer Regie sind, verstehen die Juden auch im öffentlichen Leben so einen Theatersturm anzuzetteln. Das hat man schon beim Zedlitzschen Schulgesetz gesehen. Solchen Sturm muß man austoben lassen. Ich habe manchmal das Gefühl eines gewissen Stolzes. Was bin ich eigentlich für eine Person, daß alle fünf Erdteile gegen mich auftreten? Ich bin ja eigentlich gar nichts, als ein schlichter Privatmann. Aber die Leute müssen eine riesige Angst vor unsern Ideen haben. Vor was anderm können sie sich doch nicht fürchten, als vor dem Gedanken des christlichen Sozialismus. Ich habe das Gefühl, ich bin den ganzen Lärm um mich gar nicht wert. Die Leute müssen doch einen ungeheuern Aerger haben, weil wir das ungläubige, das intelligente Berlin, wenigstens was die Kirchenvertretung betrifft, in ein positiv kirchliches Berlin umgewandelt haben. Aus einem Ninive vor Jonas ist Berlin eine Stadt geworden, die den liberalen Ideen den Rücken gekehrt hat. Nun haben die Leute Angst, daß wir auch das politische und soziale Berlin überzeugen könnten. Daher dieser Theatersturm. Noch ein Gedanke drängt sich mir auf. Ich war ganz erstaunt, als ich in den „Hamburger Nachrichten" las, was für große Pläne ich gehabt haben sollte, den Reichskanzler zu stürzen und einen andern an seine Stelle zu bringen. Der ganze Sturm von 1887—88 hätte nur den Zweck gehabt, das zu verhindern. Was für Henwagen von Lügen und Verleumdungen müssen dazu gehört haben, die Redaktion der „Hamburger Nachrichten" und den, der dahinter steht — denn der Artikel war doch, wenn nicht inspirirt, so doch transpirirt — mit solchen Gedanken zu erfüllen. Wenn man mir zugetraut hat, daß ich ein Kanzler-Stürzer und -Schöpfer bin, dann begreife ich diesen Sturm. Ich habe aber mein Lebtag an so etwas nicht gedacht. Noch eins haben wir in den letzten Tagen erlebt, das Schmerzlichste, aber nicht etwas neues: daß es in solchen Momenten des öffentlichen Kampfes Leute giebt, die sich konservativ nennen, in christlichem Rufe stehen und, wenn sie etwas seit zehn Jahren in ihrem Gemüt aufgespeichert haben, bringen sie es vor und versetzen einem von hinten einen Stich. Fordert man sie dann auf: Beweist, was ihr behauptet, durch Thatsachen, dann ziehen sie sich aufs Gericht zurück. Das ist ja sehr bequem. Man kann mit Hilfe von Rechtsanwälten aus nichts etwas machen.

5. Oktober. Die Berliner freisinnige „Nation" sagt:

Parteigenossen, Stöcker eingeschlossen, haben v. Hammerstein ungehindert gewähren lassen, obgleich sie wußten, daß der Chefredakteur der „Kreuzzeitung" für das Zuchthaus reif sei. Unter Kameraden, die für Christentum und Monarchie kämpfen, ist das ganz egal. Und doch wird es nicht ganz egal bleiben; denn wir befinden uns ja nur im allererstenAnfang des Kampfes gegen das „fromme und königstreue" Catilinariertum. v. Hammerstein hat nämlich die große Güte gehabt, beinahe zweihundert Briefe für die Charakterisirung seiner Freunde und Parteigenossen aus seinem Archiv freundlichst abzusplittern; diese Briefe werden voraussichtlich im Reichstage ihre Rolle spielen, und bis dahin bleibt den betreffenden Briefschreibern eine Frist, sich reiflich zu überlegen, was sie seinerzeit an Loyalität und Patriotismus brieflich deponirt haben; nach allem, was man hört, sind die gegenwärtigen Besitzer der Briefe keine politischen Gemütsmenschen.

Die „Konservative Korrespondenz" will auch von einem Kartell nach Art des Dreibunds nichts wissen und sagt:

Welche Ziele verfolgt eigentlich die nationalliberale Partei? Hierauf zu antworten ist nicht leicht; es wäre aber doch recht wünschenswert, daß einmal eine klare und nette Antwort auf diese Frage erfolgte. Aus den Kundgebungen derjenigen nationalliberalen Blätter, die am eifrigsten für eine Kartellbildung eintreten, geht nämlich nur das eine hervor, daß man in jenem Lager die „Zügelung" der Konservativen, die Ermöglichung einer Politik, die auf einer sogenannten „Mittellinie" sich bewegen soll, also eine Hintenanhaltung konservativer Programmforderungen als Hauptziel im Auge hat. Diesem Ziele soll nun das Kartell dienen; die Konservativen also würden durch das Kartell dazu verurteilt sein, sich jeder selbständigen Politik zu enthalten. Dieses Ziel bewirkt aber auch, daß die nationalliberale Presse nicht müde wird, in die innern Verhältnisse unsrer Partei sich in ganz ungehöriger Weise einzumischen.

Die „Volks-Zeitung" wendet sich gegen eine Verteidigung v. Hammersteins durch den Hofprediger a. D. Stöcker, indem sie sagt:

„Ich versichere Sie, meine Freunde, der Fall Hammerstein ist nichts weiter als eine von der Judenpresse inszenirte Theatermache; auf so etwas verstehen sich diese Herrn ja meisterhaft, da ja die Theater Berlins jetzt auch schon durchweg in jüdischen Händen liegen." So hat Stöcker, der „Mann mit dem Schwerte der Wahrheit," gesprochen. Stöcker ist nicht darüber im Zweifel, was v. Hammerstein verbrochen hat; er weiß, daß der Mann betrogen und unterschlagen, Wechsel gefälscht und ein Wüstlingsleben getrieben hat, und Stöcker hat gleichwohl die Stirn, die eiserne Stirn, den „Fall Hammerstein" als eine jüdische Theatermache hinzustellen! Der „neue Luther" weiß nicht, was er redet. Eine jüdische Theatermache soll der „Fall Hammerstein" sein?

Ueber obige Rede Stöckers vom 4. Oktober äußern sich die „Berliner Neuesten Nachrichten" also:

Man muß über einen derartigen Grad von Selbstverkennung, der vollends einem Diener des Evangeliums übel ansteht, erstaunen und sich fragen, in welcher Welt denn dieser Herr sich aufhält. Sollte er wirklich in dem Wahne befangen sein, daß nur die von ihm leidenschaftlich gehaßten und summarisch als „Judenblätter" gekennzeichneten gegnerischen Organe sein Verhalten mit herbstem Tadel beurteilen? Nun, dann müßte ihm erwidert werden, daß nicht nur diese, sondern auch ihm gegenüber unbefangnere Beurteiler sein Treiben verwerfen, und daß es vor der Meinung des ge-

recht und honett denkenden Teiles der Oeffentlichkeit für ihn eine Rechtfertigung nicht giebt, ebensowenig, wie man es wird billigen können, daß er den ihm von Professor Brecher in Form einer Aufforderung zur Beleidigungsklage behufs Führung des Wahrheitsbeweises hingeworfenen Handschuh mit einer Ausflucht umgehen zu können glaubt. Wer so verfährt, hat sich bereits selbst gerichtet. Der sittlichen Entrüstung, mit der Stöcker die öffentliche Verwertung seines Briefes bespricht, fehlt es an jeder berechtigten Grundlage.

6. Oktober. Ueber den Pastor Kötzschke in Sangerhausen, einen der eifrigsten unter den „fortgeschrittenen" Christlich-Sozialen, macht ein Berliner Blatt die Mitteilung, daß derselbe am 2. September 1894 in der Erfurter sozialdemokratischen „Thüringer Tribüne" über eine vom sozialdemokratischen Abgeordneten Metzger Ende August 1894 in Sangerhausen gehaltene Rede gesagt habe:

Wer die Worte einfach auf sich hätte wirken lassen, müßte sich sagen: Die letzten Ziele der Sozialdemokratie sind höchst edel, sind durchaus christliche und auch ihre Agitation läßt sich nicht tadeln. Dies sei voll und ganz anerkannt: die im letzten Grunde idealen Ziele der Sozialdemokratie seien ein großer Segen, dessen man sich nicht genug freuen könne.

Der „Pommerschen Reichspost" thut die konservative Parteileitung noch lange nicht genug für Stöcker. Sie richtet deshalb folgende Mahnung an sie:

Wir glauben weiten Kreisen der konservativen Partei aus der Seele zu sprechen, wenn wir erklären, daß uns die matte Haltung der konservativen Parteileitung in der Angelegenheit des Stöckerbriefes wenig gefällt. Jeder aufrichtige Mann muß sagen, daß der Brief keine Schlechtigkeit enthält, überhaupt nichts, was eines anständigen Menschen unwürdig wäre. Trotzdem hat die „Konservative Korrespondenz" nur eiligst den Brief von sich abgeschüttelt, ohne die Gelegenheit zu benutzen, mutig für eine Ehrenrettung Stöckers einzutreten, wo jetzt wieder einmal die ganze gegnerische Preßmeute über ihn herfällt, um ihn zu zerreißen. Das wäre nicht mehr als einfache Pflicht der Freundestreue und obendrein der Dankbarkeit gewesen. Wir zweifeln nicht, daß weite Kreise in der Partei an Stöcker festzuhalten und bei ihm zu bleiben entschlossen sind, besonders auch in unsrer Provinz. Die Stärke dieser Anhänglichkeit möge die Parteileitung nicht unterschätzen und nicht erst auf die Probe stellen.

Pfarrer Naumann von der fortgeschrittnen christlich-sozialen Richtung hält in einer Berliner Versammlung einen Vortrag.

Er nimmt die Umsturzpartei aufs wärmste gegen die falsche Beurteilung in Schutz, die sie auf bürgerlicher Seite finde. Es sei vor allem ungerecht, die Sozialdemokratie für ihre Vergangenheit verantwortlich zu machen; man dürfe sie nur ansehen, wie sie heute sei und morgen werden könne. Falsch sei ferner, dieser Partei alles aufzubürden, was einzelne ihrer Anhänger gesagt hätten. Ein weiterer Fehler sei es, Anfordrungen an die Sozialdemokratie zu stellen, denen sie nicht genügen könne. Man könnte z. B. die sozialdemokratischen Roheiten und die Verwildrung der Massen nur dann der Partei zur Last legen, wenn der Nachweis gelänge, daß sie erst mit der Sozialdemokratie entstanden seien. Den Sozialdemokraten solle man nur einmal entgegenkommen.

10. Oktober. In der „Konservativen Korrespondenz" veröffentlicht **Graf Mirbach** eine Erklärung, worin es heißt:

Es wird den Leitern der konservativen Partei vorgeworfen, sie hätten um die Dinge, die dem Herrn v. Hammerstein vorgeworfen werden, gewußt und ihn dennoch in seiner Stellung erhalten. Das ist vollkommen unwahr. Ich selbst hatte beispielsweise niemals etwas Hammerstein persönlich Kompromittirendes erfahren. Wenn es ferner der liberalen Presse beliebt, Hammerstein als Parteiführer zu bezeichnen, so ist das auch nicht zutreffend. Hammerstein hatte als Chefredakteur des größten konservativen Organs durch diese seine Stellung naturgemäß einen weitgehenden Einfluß. Ein Parteiführer auf politischem Gebiete war er aber nicht, noch weniger auf wirtschaftspolitischem. Dazu war schon seine Beteiligung an den Arbeiten der Fraktion eine viel zu geringe.

Professor Beyschlag in Halle spricht sich in den „Deutsch-Evangel. Bl." u. a. also aus:

Was in dem Briefe Stöckers von 1888 durch eine boshafte Indiskretion ans Tageslicht getreten ist, ist weiter nichts als ein Einzelbeleg für einen Grundfehler, der die ganze Stöckersche Aktion in unserm öffentlichen Leben kennzeichnet, für den Grundfehler, der Sache des Christentums durch weltlich-politische Machenschaften aufhelfen zu wollen. Das ist nun einmal Gottes Weise und Wille nicht, daß seiner Sache durch politische Schachzüge gedient werde, und straft sich, wie hier zu Tage tritt, durch gegenteiligen Erfolg. Es liegt nach evangelischen Begriffen außerhalb der Sphäre des Hofpredigeramts, einen Monarchen mit seinem Minister entzweien und so in die allgemeinen Staatsverhältnisse eingreifen zu wollen. Schlimmer aber als der Brief selbst erscheint mir der Versuch, jetzt diese Tendenz aus dem Briefe wegdeuten zu wollen; er richtet sich selbst.

Stöcker setzt in der „Deutschen Evangel. Kirchenzeitung" seine Mitteilungen aus der Vergangenheit fort:

Er schildert die Haltung der Regierung seit Beginn der sozialistischen Bewegung, sie habe Jahre hindurch nichts gethan als das Preßgesetz verschärft, wie denn die innere Politik Bismarcks auf keinem Punkte unfruchtbarer gewesen sei als in der Auffassung der sozialen Lage. Die Bekämpfung der Fortschrittspartei durch die Christlich-Sozialen hätten sich die leitenden Kreise noch gefallen lassen, als man aber das Judentum in der Person von Bleichröders angegriffen habe, sei die Geduld der Regierung erschöpft gewesen. Bei diesem Anlaß sei auch zum erstenmal der Zorn des Kanzlers gegen Stöcker erregt worden. Dann sagt Stöcker u. a.: Der Präsident des Oberkirchenrates, Hermes, wurde von dem Kultusminister zu einem Gutachten aufgefordert und schilderte den unerträglichen Terrorismus des Berliner Judentums und seine unheilvolle Wirkung auf unser Volk. Es war besonders dieser mutvollen Hilfe zu verdanken, daß ich nur mit einem Verweise davon kam, der allerdings den Hinweis enthielt, daß ich durch Hinweisung auf einige große Vermögen Begehrlichkeiten erregte. Im Zusammenhang mit diesem Ereignis stand wohl die von den „Hamburger Nachrichten" geleugnete aber trotzdem wahre Thatsache, daß vom Reichskanzler an den Minister des Innern die Zumutung erging, ich solle ausgewiesen werden „wie andre Sozialdemokraten." So lautete wörtlich das Schreiben, dessen Ausführung natürlich auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß.

12. Oktober. Die „Konserv. Korrespondenz" veröffentlicht die Erklärung, daß sie Stöckers obige am 4. Oktober in seiner

„Kirchenzeitung" gegebne Auslegung seines Briefs von 1888 acceptire und damit die Sache für abgethan halte.

13. Oktober. Die konservative „Kolberger Volkszeitung" verurteilt den Stöckerschen Brief an Hammerstein und fordert seine Verurteilung durch die Parteileitung.

17. Oktober. Rückhaltloser als in der Erklärung der Stöckerschen christlich-sozialen Partei kann, so heißt es in den „Hamb. Nachr.," der Sozialdemokratie niemals eine Bundesgenossenschaft angetragen werden.

18. Oktober. Professor Ad. Wagner in Berlin hält zum Antritt seines Universitäts-Rektorats eine Rede, die als Antwort auf des Abgeordneten v. Stumm im Reichstag erfolgtes Auftreten gegen die Katheder-sozialisten erscheint. In der Rede heißt es:

Die Nationalökonomie habe auch vom Sozialismus gelernt, so weit sie darin wissenschaftliche Wahrheit finde, stehe aber in Bezug auf Forschungsmethode und Forschungsergebnis auf wesentlich anderm Boden. Redner begründet die Notwendigkeit für den wissenschaftlichen Forscher, sich mit allen auftauchenden Problemen zu beschäftigen. Gehe die Wissenschaft an derartigen Aufgaben vorbei, so gebe sie sich selbst auf und überlasse das Feld den Agitatoren. Er verteidigt die Beschäftigung der akademischen Jugend mit diesen Fragen; wenn einfache Arbeiter derartige Fragen studiren, müsse dies auch der akademischen Jugend gestattet sein. Die wissenschaftliche Prüfung des Sozialismus führe zur Anerkennung seiner wissenschaftlichen Denkarbeit und zur Widerlegung seiner Irrtümer. Man werde dann auch in Leuten wie Engels, Lassalle und Marx nicht nur Agitatoren, sondern auch Denker ersten Ranges erkennen, die ihre Gefährlichkeit mit andern Philosophen teilen.

25. Oktober. Die „Konservative Korrespondenz" bringt als amtliche Parteikundgebung eine offne Absage an „eine Richtung bei einzelnen jüngern Pastoren, die den zersetzenden Agitationen der Sozialdemokratie weit entgegenkommt." Als diese Geistlichen werden ausdrücklich namhaft gemacht, außer den Herren Göhre und Naumann, die Pastoren Habermann-Zwinge, Kötzschke-Sangerhausen, Rauh-Cladow, Wagner-Pritzerbe und Wittenberg-Liegnitz. Ueber ihre Thätigkeit wird gesagt:

Durch ein solches, lediglich den Klassenhaß schürendes und Unfrieden säendes Vorgehen wird begreiflicherweise weder der Allgemeinheit noch auch dem „vierten Stande" etwas genützt, sondern einer Förderung gesunder sozialpolitischer Reformen lediglich entgegengearbeitet. Diese friedenstörende Thätigkeit beruht einzig auf der verwerflichen Absicht, die Arbeiter zu umschmeicheln und sich — nach Art der Sozialdemokraten — einen möglichst zahlreichen Anhang von Unzufriednen zu schaffen. Gleich den Sozialdemokraten behaupten jene Sozialpolitiker, die Arbeiterschaft über die „Sünden" der Besitzenden, der „herrschenden" Klasse aufklären zu müssen, gleich den Sozialdemokraten agitiren sie für das einseitige freie Koalitionsrecht der Arbeiter, um durch die Massen politische Macht zu gewinnen. Mit der konservativen Partei haben solche Elemente selbstverständlich absolut nichts zu thun. Es ist demgemäß ganz folgerichtig, wenn die geistlichen Sozialisten

auch in politischer Hinsicht sich auf demokratischen Boden stellen, allgemeines geheimes Wahlrecht auch für die Landtage fordern, gegen die „Junker“ aufreizen und der staatlichen Autorität Hohn sprechen. Es wird Sache der Kirchenbehörde sein, diese Art von Berufsthätigkeit der Seelsorger besonders zu würdigen. [Sache der konservativen Partei aber ist es, die Sozialpolitiker der Naumannschen Richtung, deren Hauptvertreter, soweit sie in der letzten Zeit in die Oeffentlichkeit getreten sind, wir oben genannt haben, auf das äußerste und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Wir erklären demgemäß, daß alle Politiker sowohl wie Zeitungen, die diesen Kampf nicht aufnehmen oder gar — offen oder verschleiert — ihm entgegenwirken, zur konservativen Partei nicht gerechnet werden können.

Zu dieser Erklärung bemerkt die National-Zeitung:

Man darf in dieser Erklärung wohl einen Beweis dafür erblicken, daß innerhalb der konservativen Partei die Unhaltbarkeit der bisherigen zweideutigen Beziehungen zu den Christlich-Sozialen immer stärker empfunden wird. Doch niemand wird glauben, daß das Verhältnis durch diese Abschüttelung einiger Personen oder durch die obigen Schlußworte zu einem klaren und haltbaren werden könnte. Das „Volk“ z. B. wäre nunmehr nicht weiter zur konservativen Partei zu rechnen; aber sein Inspirator Stöcker ist nach wie vor Mitglied des Vorstandes der Partei, und erst vor kurzem hat dasselbe „Volk“ diesen Vorstand zu dem bekannten Rückzug in Sachen des Stöckerschen Briefes genötigt. „Begehrlichkeit zu erwecken und Klassenhaß zu predigen“ ist eine Thätigkeit, die seit langer Zeit von der konservativen Partei aus gefördert worden ist: teils unmittelbar durch ihre Preßorgane, teils durch Unterstützung aller zerstörenden Kräfte, die seit fünfzehn Jahren in unserm öffentlichen Leben sich geltend gemacht. Deshalb wird sie um die Revision ihrer eignen Methode und ihres eignen Programms nicht herum kommen, wenn sie das bekämpfen will, was sie sehr unzureichend als die „Naumannsche Richtung“ bezeichnet.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sieht in der parteiamtlichen Erklärung ein Ultimatum; der „Reichsbote“ meint, die Absage hätte auch an die Agrarier gerichtet werden sollen; das „Volk“ bemerkt, wenn die „Jungen“ jetzt mehr in den Vordergrund träten, so komme es daher, daß die Konservativen dem Evangelisch-sozialen Kongreß nicht das nötige Interesse zugewendet hätten. — Die Vossische Zeitung bemerkt:

Wer sind die sozialistischen Pastoren, deren Gemeingefährlichkeit die konservative Parteileitung jetzt plötzlich entdeckt hat? Es sind politische Schüler Stöckers; ihre Lehren sind Geist von seinem Geist. Daß der Schüler in manchen Dingen über den Lehrer hinausgeht, wer will es nicht begreifen? An diesen seinen Früchten kann man Stöcker erkennen. Mit Stöcker zu brechen, fehlt es gleichwohl der konservativen Parteileitung an Folgerichtigkeit wie an Mut. Wie aber, wenn Stöcker und sein „Volk“ den „Kampf“ aufzunehmen sich weigern? Das „Volk“ scheint sich vor dem Parteigericht nicht besonders zu fürchten. Und was thut die konservative Partei gegen das Treiben der Agrarier? Ist es minder bedenklich als das der christlich-sozialen Pastoren und andrer Schwarmgeister?

Zur Geschichte des Herrn v. Hammerstein teilt Anwalt Feige im freisinnigen Volksverein zu Breslau einen Fall mit, aus dem

hervorgehe, daß die Freunde v. Hammersteins schon vor fünf Jahren Kenntnis von seinem verwerflichen Treiben gehabt hätten.

26. Oktober. Die Absage des konservativen Parteiorgans an die geistlichen Sozialisten findet eine Ergänzung in einer Erklärung, die der Ausschuß des konservativen Provinzialvereins für Pommern auf Grund einstimmigen Beschlusses erläßt. In dieser Erklärung heißt es:

Seit einigen Jahren haben evangelische Geistliche, die sich unter dem auch uns sympathischen christlich-sozialen Namen mit bergen, eine Agitation sowohl gegen die konservative Partei als auch besonders gegen den Großgrundbesitz östlich der Elbe begonnen. Diese mit zunehmender Heftigkeit betriebene Agitation wird nicht, wie hier beabsichtigt, die Besserung bestehender Schäden erreichen, sondern die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen. Auch ihre Ausdrucksweise verschmäht die Sprache der Sozialdemokratie nicht. Hat doch ein evangelischer Geistlicher in öffentlicher Versammlung die Existenzberechtigung des Großgrundbesitzes östlich der Elbe verneint. Gegen diese unchristliche verderbliche Agitation nehmen wir den Kampf auf. Wir ersuchen unsre Freunde, nicht zu dulden, daß in unsern Lokalvereinen unter christlich-konservativer Flagge „christliche" Sozialdemagogie getrieben wird. Eine reinliche Scheidung, wo es not thut, wird den Kampf vereinfachen. Wir hoffen zu Gott, „unser Volk wird sich ermannen"!

27. Oktober. Ueber „das christlich-soziale Pastorentum" spricht sich die Nationalzeitung also aus:

Gewiß war es den Geistlichen nicht zu verdenken, daß auch sie an der sozialen Bewegung ihren Anteil haben; aber die Sache erhält doch ein ganz andres, bedenkliches Ansehen, wenn die Geistlichkeit die soziale Frage selbst in die Hand nehmen und ordnen will. In der protestantischen Kirche ist es der Hofprediger Stöcker gewesen, der zuerst, unter dem Deckmantel seiner Stellung, eine demagogische Rolle zu spielen begann. Er ist nicht nur der Vater des Antisemitismus, sondern auch des christlichen Sozialismus. Wenigstens hat er diese Schlagworte in die Massen getragen, unklare, verschwommne Ideen, die von der sozialdemokratischen Bewegung her auch in den Köpfen der Schullehrer und Landpastoren auftauchten, in feste Formeln gebracht und zu einem politischen Programm verdichtet. Als Hofprediger konnte er zunächst nur unter konservativer Flagge segeln. Das bis dahin ausschließlich konservative Programm sollte durch die soziale Zuthat erneuert und auch den „kleinen Leuten" zugänglich gemacht werden. Die konservative Partei, die Ende der siebziger Jahre keine zahlreiche Gefolgschaft besaß, ließ sich den Tropfen sozialdemokratischen Oels, mit dem sie von der Hand eines Hofpredigers gesalbt wurde, in der Hoffnung, Stimmen zu gewinnen, willig gefallen. Die Gefahr, die in diesem Spiel mit dem sozialen Feuerbrand lag, beachtete sie nicht. Eine Weile traten die Christlich-Sozialen in allen ihren Versammlungen für die konservativen Grundsätze, die Religion und das Königtum ein, immer freilich mit der Spitze gegen das Kapital und das besitzende Bürgertum. Den Wortführern der neuen Partei mochte es mit ihrem Programm Ernst sein, aber man geht nicht ungestraft in das Volk, wie der Predigtamtskandidat Göhre, man schwingt nicht unbestaubt und unbeschmutzt die Waffen der Demagogie wie Stöcker: allmählich färbte nicht der christliche königstreue Sozialismus auf die Sozialdemokratie

ab, sondern diese durchdrang und zersetzte die Christlich-Sozialen, ja die ganze konservative Partei. Das stärkere Gift besiegte die harmlosen Palliativmittel, die es bekämpfen sollten. Die Antisemiten, der Bund der Landwirte, die Pastorendemagogie haben sich folgerichtig aus jenem ersten Samenkorn entwickelt. Die Zahl dieser sonderbaren Schwärmer wächst zusehends. Schon erschallen die Angriffe auf das Eigentum, die Beschuldigungen der besitzenden Klassen wegen ihres Stolzes, ihres Uebermuts und ihrer Unsittlichkeit, die seit Jahren im „Vorwärts" und in den Versammlungen der Sozialdemokraten die tägliche geistige Nahrung weiter Volksschichten bilden, immer häufiger aus dem Munde der Geistlichen, von den Kanzeln der Dorfkirchen. Hoffen die Pastoren, die beständig in ihren Synoden darüber klagen, daß dem Volke das Christentum durch die Wissenschaft verloren gehe, es auf diese Weise wieder dem Sinne und dem Herzen der Massen lebendig zu machen? Indem sie die Begehrlichkeit der Armut, den Neid und die Habsucht mit Bibelworten verbrämen? Die Gefahr, die der protestantischen Kirche aus solchem Treiben erwächst, muß sich jedem aufdrängen. Zweifellos ist bei der Mehrzahl der sozialistisch gesinnten Pastoren die Absicht vorhanden, der verderblichen Wirkung der Sozialdemokratie auf die Massen entgegenzutreten. Aber es ist die alte Thorheit, Beelzebub durch Satan austreiben zu wollen. Schmunzelnd sieht die Sozialdemokratie zu, wie diese Pastorenklugheit und Beredsamkeit ihr ungebeten Vorspann leistet. Noch dazu in einem Geschäfte der Aufwiegelung der Landbevölkerung, das zu bewältigen sie verzweifelte. Was sie nicht vermochte, das thun nun für sie, ohne Aufforderung und ohne Dank, die Antisemiten, der Bund der Landwirte und die Pfarrer Naumann und Kötzschke mit ihren Genossen. Das „bischen Christentum," das dabei abfällt, stört die Sozialdemokratie ebensowenig. Was kümmert es die überzeugten Sozialdemokraten, unter welcher Fahne, in welcher Uniform ihre Bundesgenossen fechten! Wissen sie doch, daß am großen Verfallstage alle Fahnen vor der roten sich senken, alle Bächlein in den großen Strom münden werden.

28. Oktober. Die Kreuzzeitung versichert, daß zwischen der konservativen Partei und Stöcker in Bezug auf die Fragen der jüngsten Zeit durchaus kein Gegensatz bestehe; über die Bedenklichkeiten einer sozialpolitischen Agitation denke er genau wie diese Partei.

29. Oktober. Pfarrer Naumann schreibt, unbekümmert um jene Rügen, in der „Hilfe":

Noch haben die Industrieherren, Grundherren und Geldherren das Heft in einer Weise in der Hand, daß der vierte Stand in Landtags- und Kommunalvertretungen fast gar keine Bedeutung hat und auch im Reichstage nicht viel mehr als ein Zehntel der Macht des Parlaments besitzt. Bei diesen Umständen ist die Frage, ob nicht der Arbeiterstand zu mächtig werden würde, eine reine Doktorfrage. Jetzt gilt es, daß er überhaupt so viel politische Macht gewinnt, um lebensfähig zu sein. Wenn das erreicht ist, dann kann man weiter über diese Sache reden, falls es dann nötig erscheint.

Diese und andre Aeußerungen Naumanns charakterisirt die „Konservative Korrespondenz" also:

Diese Worte liefern den klaren Beweis, daß die Naumannschen Agitationen auf eine Stärkung der Sozialdemokratie mit vollem

Bewußtsein hinarbeiten. In einer Versammlung des Evangelisch-sozialen Vortragsvereins zu Frankfurt, der zahlreiche Sozialdemokraten beiwohnten, berichtete Pfarrer Naumann mit größter Sympathie über den sozialdemokratischen Breslauer Parteitag. Aus seiner Wertschätzung der Revolutionspartei machte der Vortragende nicht den geringsten Hehl. Zu verwundern ist nur, daß ihm Mut und Bekenntnisfreude fehlen, um sich offen und ehrlich der Sozialdemokratie als „Genosse" zuzuwenden. Eine Aeußerung Naumanns sei hier noch wiedergegeben: Das über dem vergangnen Jahre schwebende Umsturzgesetz sei besonders von seiten der preußischen Großgrundbesitzer gewünscht worden. Um deren Macht im Staate zu vermindern und das deutsche Wort frei zu machen und zu erhalten, sei das (sozialdemokratische) Landprogramm ein notwendiges Mittel.

31. Oktober. In einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung" wird Stöcker aufgefordert, sich von den Jung-Christlich-Sozialen loszusagen:

Stöcker ist der Schöpfer der christlich-sozialen Bewegung, ihm liegt es ob, die Geister, die er rief, in die richtigen Grenzen zu bannen oder sich von ihnen loszusagen, wie er sich von Ahlwardt losgesagt hat, wenn sie diese Grenzen überschreiten. Daß er dies thun möge, deutlich und klar, kurz und bündig, das wünschen wir, damit sein Standpunkt und seine Stellung zur konservativen Partei in dieser Frage dadurch die wünschenswerte Klärung erfahre. — Hierzu bemerkt die „Vossische Zeitung": Stöcker ist nicht der Mann des Jaja, Neinnein. Er spricht nicht ohne Umschweife. Wenn er sagen soll, ob er den Brief vom 14. August 1888 geschrieben hat oder nicht, so schreibt er drei Druckbogen. Und so wird man schwerlich von ihm erwarten dürfen, daß er einfach das Tischtuch zwischen sich und seinen frommen Jüngern von der schärfern Tonart zerschneide.

Auch Stöcker läßt sich wieder über den Fall Hammerstein hören, indem er in der „D. Ev. Kirchenzeitung" das Vorwort seiner Schrift „Dreizehn Jahre Hofprediger und Politiker" bereits mitteilt. Darin klagt er, daß „statt allgemeinen Erzitterns über die Macht der Sünde" sich auf seiten der Gegner „ein wüstes Pharisäertum ohnegleichen" erhebe:

Als wäre die Sünde nur auf der Rechten, vergißt man alles, was je auf der Linken gefehlt ist. Die Partei wird für das Vergehen des Einzelnen verantwortlich gemacht und in die Verurteilung hineingezogen. Wer die Ereignisse jenes Zusammenbruches genau kennt, der weiß, daß die Beteiligten erst lange nach den ersten Enthüllungen einen Teil der Vergehen und nur langsam die ganze schreckliche Wahrheit erfuhren. Die allernächsten Verwandten und Freunde waren am meisten überrascht und erschüttert; sie hatten in dem unglückseligen Manne einen Charakter ohne Flecken gesehen und sollten ihn nun plötzlich für einen Verbrecher halten. Es ist doch entschuldbar, daß sie in unsrer verleumdungsreichen Zeit nicht sofort glauben wollten, was durch Feinde in die Oeffentlichkeit geworfen und schwer zu durchschauen war.

1. November. Hierauf wird von der „Vossischen Zeitung" erwidert:

Daß die öffentliche Meinung dem Hammersteinkrach eine besondre Bedeutung beimißt, hat seine guten Gründe. Hammerstein war nicht nur ein „Anhänger einer christlich-konservativen Richtung," er war ihr Vorkämpfer, er war der intimste Freund Stöckers. Er hat sich mit Stöcker

zusammen photographiren lassen. Stöcker hat diesem seinem „Mitstreiter" sein Buch „Christlich-sozial" gewidmet; sie hatten die „gute Gesinnung," die Christlichkeit und Sittlichkeit förmlich in Erbpacht genommen. Hammerstein war es, der gegen Börse, Kapitalismus, Liberalismus, Aufklärung zu Felde zog, als seien sie die Quellen aller Uebel, als gehe aus dem Mangel an Kirchlichkeit auch Mangel an Moralität hervor, wie hinwieder kirchliche Frömmigkeit ehrenhafte Lebenshaltung verbürge. Nicht die liberale Partei hat sich im Pharisäertum gefallen; im Gegenteil, Hammerstein und seine Mitstreiter warfen sich pharisäisch in die Brust und riefen: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin, wie dieser Liberalen einer; sie denunzirten im Reichstage liberale Abgeordnete als Gründer und Jobber, um dann freilich bei der erzwungnen Vorlegung ihrer Gründerliste einen kläglichen Rückzug anzutreten. Sie spielten sich auf als die Männer „mit dem Schwert der Wahrheit," um dann im Licht der Zweideutigkeit zu erscheinen. In jeder Partei kann es vorkommen, daß ein Mitglied sich unwürdig und straffällig erweist. Die Partei ist dafür nicht verantwortlich. Aber die konservative Partei war es, die die Missethat Einzelner gewerbsmäßig verallgemeinerte und einer Gesamtheit zur Last legte und sich obendrein in die Brust warf: „So etwas kommt bei uns nicht vor!" Denn sie war streng christlich, ganz kirchlich; sie behauptete, daß nur aus der Rechtgläubigkeit die echte Sittlichkeit hervorgehe. Da allerdings ist der Fall Hammerstein mehr als eine persönliche Angelegenheit, er ist eine Probe auf das Exempel.

2. November. In den „Hamburger Nachrichten" wird folgendes ausgeführt: Die Gährung in der konservativen Partei ist von einem Abschlusse noch weit entfernt. Ueber die energische Abschüttlung der „Jungen" unter den Christlich-Sozialen durch das offizielle Parteiorgan ist in der konservativen Presse eine Erörterung entstanden, die über das, worauf es eigentlich ankommt, eine seltsame Unklarheit zu Tage treten läßt. Daß aber in konservativen Blättern diese christlich-sozialen Agitatoren gegen das Organ der Parteileitung in Schutz genommen werden, läßt sich nur aus einer Sentimentalität heraus verstehen, die das Wesen der Thätigkeit dieser Schwarmgeister nicht genügend erkannt hat. Es handelt sich um die von ihnen betriebne Organisirung und Schürung des Klassenkampfes der Arbeiter gegen die Arbeitgeber, der Besitzlosen gegen die Besitzenden. Jede Nummer der von Pastor Naumann herausgegebnen „Hilfe" beweist, daß diese Thätigkeit mit vollem Bewußtsein, mit voller Absicht vollführt wird, und nicht minder mit voller Absicht sind seine Gesinnungsgenossen ihm auf dieser Bahn gefolgt. In diesem Klassenkampfe aber liegt die wahre Ursache der Gefahr unsrer Zeit. Er zerreißt, er verhöhnt, er bekämpft die natürliche Harmonie der Interessen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber.

Pastor Naumann nimmt in seiner „Hilfe" den ihm und seinen Gesinnungsgenossen durch die „Konservative Korrespondenz" hingeworfnen Fehdehandschuh auf und sagt:

Wir sind über die Erklärung keineswegs unglücklich. Sie mußte kommen, so sicher wie ein Tropfen fallen muß, wenn sich genug Wasser gesammelt hat, und wir sind dessen in guter Zuversicht, daß Gott, der auch die Geschichte der Parteien lenkt, uns segnen und behüten wird, die wir von den Konservativen abgeworfen werden nicht um Frevels und Unrechts willen, sondern wegen guter Werke. Wir haben uns wirklich um das Volk gekümmert, sein Leben gesehen, seine Seufzer gehört, haben versucht, mit denen in Liebe zu reden, für die die Konservativen nur Umsturzgesetze haben, wir haben mit schwachen Kräften den Versuch gemacht, nach dem Willen Jesu Christi auch im öffentlichen Leben dazustehen, und dieser Versuch ist den Konservativen innerlich zuwider. Nun zu — der Streit geht los! Ihr habt es gewollt. Ihr habt mehr Macht, wir haben mehr Wahrheit; ihr habt mehr Parteikniffe und politische Erfahrung, wir haben mehr ehrliche Begeisterung; ihr habt viel zu verlieren, und wir haben viel zu gewinnen; ihr wollt herrschen, und wir wollen helfen. In welcher Weise dieser Kampf geführt werden wird, davon legt die konservative Erklärung ein schönes Zeugnis ab. Das Ganze macht uns den Eindruck der einfachen Heuchelei. Es ist nicht wahr. Man denke doch: die Konservativen, diese Engel von Geduld, diese Zufriedensten aller zufriednen Menschen, diese von allen begehrlichen Klasseninteressen himmelweit entfernten, ruhigen Leute können natürlich auch nicht begreifen, wodurch andre Menschen unzufrieden werden. Die geistigen Väter des Umsturzgesetzes beschweren sich, wenn auch gegen sie die politischen Kanonen geladen werden. Die Partei, die besonders im letzten Winter den „Frieden“ der verschiednen Volksteile in sehr eigenartiger Weise gefördert hat, beklagt sich über Friedensstörung. Die Herren, von denen viele ihre Arbeiter zur Wahl einfach kommandiren, nennen unser Vorgehen im Vergleich mit dem ihrigen ein Umschmeicheln. Den Höhepunkt erreicht aber die konservative Leistung da, wo es heißt, daß wir der staatlichen Autorität Hohn sprechen. Meine Herren, das glaubt kein einziger von Ihnen, das schreiben Sie, um uns recht rot zu malen, das schreiben Sie ohne Wahrheit! Oder sind etwa Sie die staatliche Autorität? Ja, dann wäre es etwas andres, dann könnte wohl noch der Tag kommen müssen, wo dieser Art von Autorität Hohn gesprochen wird. Daß es aber geschieht, dafür sorgen schon Ihre eignen Kämpfer für Sitte, Religion und Ordnung. So lange die Briefe Hammersteins noch über Ihnen schweben, haben Sie alle Ursache, den Vorwurf des Hohnsprechens der Autorität nicht gegen Leute zu erheben, deren Königstreue rein und ohne jeden Zweifel dasteht. Wir wollen eine starke Staatsgewalt, ein festes, wohlregiertes Vaterland, und weil wir das wollen, schauen wir auch manchmal denen etwas näher ins Gesicht, die bisher wie goldne Löwen um den Thron gestanden haben. Wenn Sie meinen, den Vorwurf mangelnder Staatstreue gegen uns werde man Ihnen glauben, so irren Sie sich.

3. November. Der Berliner „Vorwärts“ sagt: Hofprediger Stöcker hat in seiner letzten Epistel an die Philister folgende Bemerkung über seinen bekannten Brief an v. Hammerstein eingeflochten: „Leider ist es mir auch heute nicht möglich, bestimmt zu erklären, daß der Brief echt und vollständig veröffentlicht ist.“ In ähnlichen Wendungen hat der teure Gottesmann sich schon wiederholt über den Brief ausgelassen. Diese Taktik ist augenscheinlich darauf berechnet, bei dem Publikum Zweifel an der Echtheit des von uns veröffentlichen Briefes zu erwecken. Da Stöcker

mit der Wahrheit notorisch auf gespanntem Fuße steht, konnte er damit allerdings nur bei glaubensfesten Stöckerlingen Erfolge erzielen. Um allen diesen Winkelzügen indes ein für allemal ein Ende zu machen, veröffentlichen wir in der ersten Beilage unsrer heutigen Nummer ein Facsimile des Stöckerschen Scheiterhaufenbriefes. — In der „Frankfurter Zeitung" wird auf obige Auslassungen Stöckers erwidert:

Die kecke Redseligkeit Stöckers scheint es nicht erwarten zu können, daß der Beweis der Mitwissenschaft einzelner Konservativen und der teils schwächlichen, teils schlimmern Duldung des genügend erkannten Mannes öffentlich erbracht wird. Will Stöcker etwa bestreiten, daß der sittliche Lebenswandel Hammersteins mehreren seiner konservativen Freunde genau bekannt war, daß über einzelne seiner Verbrechen und Vergehen schon in den Wintermonaten das Komitee der „Kreuzzeitung" zu beraten hatte, und daß diejenigen ehrenwerten Konservativen, die auf die sofortige Entfernung des genügend erkannten Mannes drängten, damit nicht nur unterlegen, sondern auch in eine sehr schiefe Lage gekommen sind? Weiß Stöcker nicht, daß konservative Parlamentarier, die ihm sehr nahestehen, von Hammerstein schon um Ostern herum als von einem Spitzbuben gesprochen haben, und daß um dieselbe Zeit in intimern konservativen Kreisen die Hoffnung, daß Hammerstein durch Selbstmord oder Flucht die Partei erlösen werde, das Tagesgespräch bildete? Das alles sind Dinge, die jeden Augenblick durch Zeugen erwiesen werden können und müssen.

5. **November.** Der Nachfolger v. Hammersteins in der Leitung der „Kreuzzeitung," Kropatschek giebt in diesem Blatt eine Erklärung ab, aus der sich ergiebt, daß Herrn v. Hammerstein schon Ende 1894 seine Stellung gekündigt worden ist, während das Komitee der „Kreuzzeitung" zusah, wie diese Nachricht in der „Kreuzzeitung" noch im Sommer abgeleugnet wurde. Schon Ende 1894 wußte hiernach das Komitee von den „bedenklichen Eigenmächtigkeiten," die Hammerstein verübt hatte. Ende Februar hat das Komitee durch Kropatschek von der Unterschlagung des Stöckerfonds erfahren.

6. **November.** Das „Volk" bringt wieder Auslassungen Stöckers, worin er wiederholt, daß er zu den „alten" Christlich-Sozialen gehöre, die für die „Jungen" nicht verantwortlich seien, daß man diese aber auch nicht ganz verwerfen dürfe, wenngleich Kundgebungen wie die letzte Pastor Naumanns in der „Hilfe" bedenklich seien. Auch die „Konservative Korrespondenz" erhält ihren Tadel, indem Stöcker schreibt:

Daß alle, die den Kampf gegen diese Richtung (die „junge") nicht aufnehmen, von der konservativen Partei ausgeschlossen werden sollen, ist undurchführbar; man müßte doch dann denselben Kampf auch gegen andre politische Parteien fordern und die Enthaltung vom Kampfe ebenso bestrafen. Demnach können wir den Aufsatz der „Konserv. Korrespondenz," der Verbitterung erzeugen muß, nicht vertreten. Wir bedauern lebhaft die sozialpolitische Haltung, die einige Christlich-Soziale beobachten; aber wir können die Bewegung gegen diese Heißsporne nur dann für aussichtsreich

halten, wenn man ihre wohlmeinenden Absichten anerkennt, um ihren Radikalismus desto wirksamer zu bekämpfen.

Die konservative „Schlesische Zeitung" in Breslau bedauert, daß Pastor Naumann noch innere Gründe zu haben glaubt, die ihm den Beitritt zur sozialdemokratischen Partei vorläufig erschweren, da er durch einen Uebertritt ins sozialdemokratische Lager an Gefährlichkeit wesentlich verlieren würde.

9. November. Der Evangelisch-soziale Zentralausschuß für die Provinz Schlesien erläßt eine Erklärung, in der es heißt:

Wir beklagen es, daß in der letzten Zeit von Männern, die im geistlichen Amte stehen, in Wort und Schrift Aeußerungen gethan worden sind, die weite Kreise beunruhigen und dem von sozialdemokratischer Seite geschürten Klassenkampf neue Nahrung zuführen. Wir können es niemals als die Aufgabe der Kirche und ihrer Diener erachten, einen Stand gegen den andern in den Kampf zu führen und dort Zwist und Unfrieden zu säen, wo bisher die Grundlagen des sozialen Friedens nicht untergraben waren. Bei der Bekämpfung sozialer Schäden soll sich ein Geistlicher nicht zum Vertreter eines besondern Standes aufwerfen, er soll ein Herz haben für die Not des ganzen Volkes. Und Not und Sorge und Druck und Last sind zur Zeit wahrlich nicht bloß in der Stube des Arbeiters zu Hause! Ein Geistlicher, der über die wilde Gährung, die durch unser Volk hingeht, ein geläutertes Urteil haben soll, darf nicht vermeintliche oder wirkliche örtliche Mißstände als allgemein vorhanden hinstellen. Nur dann rede er öffentlich über Fragen von weittragender Bedeutung, wenn er sich zu einem gereiften Urteil hindurchgearbeitet hat. Unbedachtsame Aeußerungen, wie sie uns die jüngste Vergangenheit nicht vereinzelt gebracht hat, verwirren die Gewissen und rufen die Begehrlichkeit wach. Wir wissen uns doch mit der Mehrzahl der schlesischen Geistlichen darin einig, daß es Hauptaufgabe unsrer Kirche sei, durch sozialversöhnende praktische Thätigkeit die Lebens- und Liebesmächte des Evangeliums in unser Volk hineinzutragen.

10. November. Die Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeitervereine an der Saar beschließt in Saarbrücken, nachdem Pastor Naumann hier aufgetreten ist:

1. Die Versammlung hält bei aller Wertschätzung der Persönlichkeit des Pfarrers Naumann sowie in ausdrücklicher Anerkennung der Reinheit und Lauterkeit der ihn bei seinen christlich-sozialen Bestrebungen leitenden Motive an dem Satz unsrer Statuten: „Wahrung und Pflege des friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" als einem wertvollen und unerläßlichen Zweck unsrer Vereinsbestrebungen fest; 2. sie fühlt sich durch die den Arbeitervereinen gestellten Aufgaben und Ziele zu einem entschiednen Kampfe gegen die religions- und vaterlandslose Sozialdemokratie wie gegen alle arbeiterfeindlichen Bestrebungen nach wie vor verpflichtet.

12. November. Die Kundgebung der „Konserv. Korrespondenz" gegen die christlich-sozialen Pastoren wird von der konservativen „Pommerschen Reichspost" bekämpft:

Wir wollen ganz offen sagen, daß nach unsern Wahrnehmungen seit einigen Jahren ein großes Mißtrauen gegen die konservative Partei in den Reihen der evangelischen Geistlichkeit sich auszubreiten angefangen hat,

ob die Partei es mit der Frage der Sozialreform auch noch so ernstlich meine wie früher. Wir glauben sogar den Zeitpunkt angeben zu können, wo das Mißtrauen besonders anfing. Es war infolge der Haltung unsrer Fraktion im Abgeordnetenhause bei der Debatte über die Gewerbegerichte im Frühjahr 1893 und besonders der Rede des damaligen Führers, v. Minnigerode. Seit jener Zeit mehrten sich die Stimmen unter den Geistlichen, die die Meinung aussprachen, daß die konservative Partei nur so lange die Sozialreform kräftig unterstützt habe, als dieselbe hauptsächlich auf Kosten der Industrie weitergeführt wurde, daß sie aber sogleich anfange, still zu stehen oder gar rückwärts zu gehen, sowie die Sozialreform Miene mache, auch auf das platte Land sich auszudehnen. Es ist ja nun keine Frage, daß in demselben Augenblick, wo sich herausstellen sollte, daß die konservative Partei die Fortführung der Sozialreform auf dem Lande verweigerte, auch die Stunde geschlagen hätte, wo die alte Bundesgenossenschaft sich lösen würde, die evangelische Geistlichkeit im großen sich von der konservativen Partei erst innerlich, dann auch äußerlich loslösen und ihr die Gefolgschaft kündigen würde. Das neue konservative Programm, das sogenannte „Tivoliprogramm," das sonst für die einzelnen Erwerbszweige in besondern Paragraphen bestimmte Ziele der Parteiarbeit aufstellt, geht allerdings an den Landarbeitern mit Stillschweigen vorbei. Wir halten das für eine Unterlassungssünde und für eine bedauerliche Lücke.

22 Mitglieder des Pfarrervereins im Bezirk Stettin sagen in einer offnen Erklärung:

Da wir die Richtschnur und die Grundsätze unsers Handelns von keiner politischen Partei, auch nicht von der deutsch-konservativen, der die meisten von uns bisher angehörten, uns vorschreiben lassen können, sondern einzig und allein von dem Worte Gottes und demnächst von den Ordnungen unsrer Kirche und den Weisungen unsrer kirchlichen Behörden, so lehnen wir den parteioffiziösen Versuch der „Konservativen Korrespondenz," uns Art und Grenzen unsrer christlich-sozialen Thätigkeit bestimmen zu wollen, entschieden ab. Wenn die „Konservative Korrespondenz" die christlich-soziale Arbeit eines Geistlichen nur dann gelten lassen will, „wenn sie im wesentlichen innerhalb der Gemeinde entfaltet wird und dem Frieden dient," so verwahren wir uns gegen die damit beabsichtigte Beschränkung durchaus. Es giebt eine ganze Reihe von Schäden unsers religiösen und sittlichen Volkslebens, gegen die auch das öffentliche Gewissen unsers Volkes in weitesten Kreisen durch gemeinsames öffentliches Vorgehen zu wecken uns unabweisliche Pflicht ist. Dahin gehören die Mißstände der Sonntagsruhe, die geschlechtlich-sittliche Verwahrlosung in Stadt und Land, die Trunksucht und manche andre Arbeitsgebiete der innern Mission. Wir verwahren uns mit allem Nachdruck dagegen, daß Geistliche, die sich thatkräftig des Arbeiterstandes annehmen, das „einzig in der verwerflichen Absicht" thun, „die Arbeiter zu umschmeicheln, um sich — nach Art der Sozialdemokraten — einen möglichst zahlreichen Anhang von Unzufriednen zu schaffen." Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß, wenn nicht mit aller Treue und persönlicher Hingebung auch an unserm ländlichen Arbeiterstande gearbeitet wird, um ihn kirchlich, vaterländisch und sozial wieder überall auf festen Boden zu stellen, derselbe über kurz oder lang dem Umsturz verfallen wird.

15. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" äußert sich über „den Weg zur Sammlung und innern Konsoli-

dirung der konservativen Partei," insbesondre über das Verhältnis der Partei zum Wahlrecht also:

Die konservative Partei kann dieses Wahlrecht, nachdem es einmal eingeführt ist, hinnehmen; sie kann versuchen, sich mit ihm einzurichten; sie kann aber ein in so mechanischer Weise konstruirtes Wahlrecht, das alle gesunden natürlichen und berechtigten Autoritätsverhältnisse zerreibt, unmöglich grundsätzlich gutheißen oder für seine weitre Ausdehnung eintreten, d. h. noch mehr Hindernisse zusammenzimmern, die den möglichen künftigen Uebergang zu einem rationellern Wahlsystem erschweren.

20. November. Gegen die Thätigkeit der Pfarrer Naumann und Genossen auf sozialem Gebiete richtet sich eine Erklärung des Evangelisch-sozialen Zentralausschusses für die Provinz Schlesien, zu dem eine Reihe Pastoren, hohe Beamte, Edelleute gehört.

21. November. In Breslau findet der von 400 Teilnehmern besuchte Parteitag der Konservativen Schlesiens statt. Graf Harrach begrüßt die Versammlung, Schneider Jakobskötter aus Erfurt redet über die Forderungen des Handwerks, Landrat a. D. von Heydebrand über konservative Agrarpolitik und Graf Limburg-Stirum über die allgemeine politische Lage, worauf mit allen gegen eine Stimme folgende Erklärung beschlossen wird:

Der Parteitag betrachtet es als die dringendste Aufgabe konservativer Politik, für die Erhaltung und Stärkung der in ihren Existenzbedingungen bedrohten produktiven Mittelstände einzutreten. Der Parteitag spricht daher die Erwartung aus, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei nach wie vor mit Energie insbesondre auf eine wirksame Ausgleichung gegenüber den für die Landwirtschaft unheilvollen Wirkungen der seit dem Abgange des Fürsten Bismarck befolgten Wirtschaftspolitik und auf Erfüllung der berechtigten Wünsche des selbständigen Handwerkerstandes dringen werden. Der Parteitag befürwortet eine besonnene, den Grundsätzen des Christentums entsprechende Fortsetzung der sozialen Reformen. Er erklärt sich aber mit Entschiedenheit gegen diejenige Richtung der christlich-sozialen Bestrebungen, die unter einer nicht zutreffenden Berufung auf jene Grundsätze sich in einseitiger Weise gegen die Besitzenden wendet, den Klassenhaß fördert und damit bewußt oder unbewußt der Sozialdemokratie in die Hände arbeitet. Der Parteitag erwartet von der Regierung, daß sie, dem von Allerhöchster Stelle ausgegangnen Aufrufe entsprechend, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Führung übernimmt, und daß dieser Kampf auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung energisch geführt wird. Die Konservativen Schlesiens werden ein entschiednes Vorgehen mit allen Kräften unterstützen. Der Parteitag erachtet die gesetzliche Beseitigung der besonders in unsrer Provinz fühlbaren Uebelstände auf dem Gebiet der Schulunterhaltungspflicht, wovon auch eine Neuordnung der vielfach nicht befriedigenden Lehrerbesoldungsverhältnisse abhängt, für ein dringendes auf Erlaß eines Volksschulgesetzes hinweisendes Bedürfnis.

26. November. Die „Kreuzzeitung" läßt sich über die konservative Partei hören. Sie geht dabei von der Meinung aus, es hätten gerade die Vorgänge der letzten Zeit den Beweis erbracht, daß die Reichspolitik „ohne die konservative Partei nicht auskommen"

könne und ein Regieren gegen sie sich auf die Dauer nicht durchführbar erweise, und schlägt dann, da die konservative Partei am besten zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum vermitteln könnte, eine „konservativ-zentral-nationalliberale Zusammenwirkung" unter Führung und Vortritt der Konservativen vor.

27. November. In der Presse keiner dieser Parteien findet der Vorschlag Zustimmung, und der nationalliberale „Hannoversche Kurier" erwidert:

Die einzige treffende Antwort scheint uns zu sein: Kein auch nur etwas überlegender konservativer Mann glaubt an die Möglichkeit einer Zusammenwirkung der Nationalliberalen mit dem Zentrum, auch wenn es sich nur von Fall zu Fall handelt. Mit einer Partei, die ihre Scharen mit kühnster Stirn für die Sozialdemokratie zu stimmen auffordert, die mit aller Kraft bekämpfen zu wollen sie tausendmal versichert hat, ist für anständige und patriotische Politiker überhaupt ein Zusammengehen nicht möglich. Die Nationalliberalen müssen sich aber auch die Führerschaft der Konservativen verbitten. Was berechtigt denn heute die Konservativen, irgendwelche Führerrolle zu beanspruchen? Sie sind heute eine Partei, die, wenn man sich milde ausdrücken will, mit sich nicht im Klaren ist, und eine solche Partei will die Führerin andrer sein, will sich durch ein Bündnis mit andern Parteien zur Herrin der Lage machen? Die Konservativen halten jetzt hier und da Parteitage; auf diesen stellt man die agrarischen Forderungen in aller Schroffheit immer wieder auf und sucht nebenbei mit allerlei Kunststücken besonders die Handwerker anzulocken; den eigentlich brennenden Fragen geht man aber wohlweislich aus dem Wege. Das Volk will heute etwas andres von den Konservativen hören.

Der konservative „Reichsbote" ist ebenfalls der Meinung, daß es mit dem Plane der Kreuzzeitung nichts ist; Zentrum und Nationalliberale seien eben Gegensätze, die durch keine konservative Vermittlung überwunden oder ausgeglichen werden könnten.

27. November. Gegen Pfarrer Naumann und Genossen spricht sich der „Evangelisch-kirchliche Anzeiger" also aus:

Die sozialen Aufgaben sind groß und die Lösung der sozialen Fragen brennend; aber die Kirche muß dagegen protestiren, wenn zumal von Geistlichen die Sache so hingestellt wird, als wäre sie lediglich in erster Linie zur Lösung von Zeitfragen in der Welt. Ihren Einfluß vergrößert die Kirche nicht dadurch, daß sie in sozialen Fragen Partei ergreift, sondern allein dadurch, daß sie alle sozialen Fragen in das Licht der Ewigkeit stellt. Unzufriedenheit schüren ist leicht; aber die Kirche hat größere Aufgaben, vor allen die eine, in einer aufs äußerliche gerichteten Welt ewige Gesichtspunkte zu vertreten, den nach Gleichheit schreienden Massen die wahre Gleichheit zu zeigen und den einzigen Weg, auf dem alle zur Brüderlichkeit und wahrhaftigen Freiheit gelangen.

2. Dezember. Der geschäftsführende Ausschuß der konservativen Partei berät über den vom Vorstand der konservativen Partei der Rheinprovinz gestellten Antrag:

Der Oeffentlichkeit gegenüber nicht die mindeste Unklarheit darüber zu lassen, daß dieser Herrn Hofprediger a. D. Stöcker für untrennbar eins mit der konservativen Partei und die konservative Partei für untrennbar eins mit ihm erachte. Die bisherige Stellungnahme der deutsch-konservativen Partei genügt uns nicht völlig; denn wenn die deutsch-konservative Partei mit Recht eine scharfe Stellungnahme gegenüber der Naumannschen Richtung verlangt, so müssen wir andrerseits von der Partei ein entschiednes Eintreten für die von Stöcker geleitete christlich-soziale Partei verlangen.

Diesen Antrag lehnt der Ausschuß ab, weil er keinen Anlaß habe, einer grundsätzlichen Stellungnahme für Stöcker Ausdruck zu geben.

4. Dezember. Bei der Stichwahl im Reichstagswahlkreise Herford-Halle unterliegt der konservative Kandidat Amtsgerichtsrat Weihe dem nationalliberalen Bürgermeister Quentin in Bielefeld. Dieser Wahlkreis hatte seit 1867 mit einer einzigen Ausnahme (1874 wurde ein Nationalliberaler, Landrat von Borries, dort gewählt) zum sichersten Besitzstande der konservativen Partei gehört. Dort überwiegt die ländliche Bevölkerung die städtische um fast das Doppelte und sind $97\frac{1}{2}$ Prozent der Bevölkerung evangelisch. Das jetzige Ergebnis wird zum Teil auf den Eindruck des Falls v. Hammerstein, zum Teil auf die Christlich-Sozialen zurückgeführt, die Verwirrung in die Reihen der Konservativen gebracht hätten. Die konservative „Neue Westfälische Volkszeitung" in Bielefeld sagt:

„Mehr als alles hat aber der Antrag Kanitz zur Niederlage beigetragen; ja wir behaupten nicht zu viel, wenn wir sagen, daß durch den Antrag Kanitz die konservative Hochburg Halle-Herford zu Fall gebracht ist." Das Blatt hält es für Pflicht, die konservativen Gesinnungsgenossen in den andern Provinzen auf diese bei der jüngsten Wahl überall beobachtete Erfahrung besonders aufmerksam zu machen, damit sie sich vor Schaden bewahren. „Von einer Notlage der Landwirtschaft sehen hierzulande die kleinen Leute nichts, folglich glauben sie auch nicht daran. Für das rechte Verständnis des Antrags Kanitz fehlen ihnen also alle Voraussetzungen."

10. Dezember. Die christlich-soziale Partei in Berlin und die Konservativen in einer Reihe von Provinzialstädten nehmen den 60. Geburtstag Stöckers zur Veranlassung, politische Kundgebungen für ihn zu veranstalten. Beim Feste in Berlin sagt Stöcker in seiner Dankrede u. a.:

Man sollte mit solcher Feier warten bis zum 70. Jahre, wo es heißt: Auf die Postille gebückt zur Seite des wärmenden Ofens. Aber wenn ein preußischer Minister einen Spielhagen begrüßt zu seinem Geburtstage und sogar die Gebete des Volkes für ihn in Anspruch nimmt, ich denke, dann kann ich mir allenfalls die Feier gefallen lassen! So danke ich denn meinen christlich-sozialen Freunden, mit denen ich mich verbunden fühle, bis der letzte Odemzug aus meiner Brust geht. Ich grüße die treuen konservativen Männer aus dem Parlament, meine Kollegen aus der Berliner

Bewegung, mit denen wir so manches Jahr Schulter an Schulter gekämpft haben. Das war ein schweres Jahr von allen, die ich je erlebt habe, bei weitem das schwerste und sehr ernst und erschütternd von Anfang an. Da war der Sturz eines politischen Freundes in den Abgrund, ein Sturz, der uns alle bis ins Innerste bewegen, läutern und reinigen soll, und dann daran anschließend eine merkwürdige Erscheinung in der Geschichte, eine Hetzjagd, die nun schon in den dritten Monat dauert. Ich bin doch auch nicht gerade auf den Kopf gefallen, aber ich kann diesen Wahnsinn nicht begreifen. Was wollen denn die Leute eigentlich? Ich finde es ja ganz begreiflich, daß man einen politischen Gegner angreift — aber daß man jemand ohne Veranlassung Tag für Tag hetzt und beschimpft, ist merkwürdig! Ich weiß kein ähnliches Beispiel, und ich stehe wirklich manchmal vor der Frage: was bist du doch für ein großer Kerl, daß dich die Feinde so verfolgen? Gewaltig werden heute die Posaunen geblasen, offizielle und offiziöse, zum Kampfe wider den Umsturz; aber Mittelparteien und Freisinn haben in diesem Kampfe auf den ganzen Umsturz nicht so viel Pulver verschossen, als auf mich. Man mag nun von mir denken, was man will, aber ein Umstürzler bin ich doch wirklich nicht! Warum das alles? Die Leute sagen, ich lüge! Liebe Freunde, ich glaube ihnen das nicht! Ich glaube, sie verfolgen mich, weil die Wahrheit sage! Sie können sich darauf verlassen, daß, wenn ich seit 1878, wo ich angefangen habe, immer gesagt hätte: jeder Jude ist ein Ehrenmann, jeder Liberaler ist die Weisheit selbst, jeder Fortschrittsmann ist eine Stütze der Monarchie, die Freigeisterei ist die wahre Religion — ja, diese ganze Gesellschaft würde dann sagen: hier ist der wahrheitliebendste Mann von der Welt! Weil sie die Wahrheit fürchten, streichen sie dieselbe als Lüge an.

16. Dezember. In Liegnitz wird eine christlich-soziale Vereinigung für Schlesien gebildet, nachdem in den Verhandlungen darüber Stöcker eine Rede gehalten hat von der Gleichberechtigung der Arbeiter in sozialpolitischer Hinsicht, die in scharfem Gegensatz zu den vom Oberkirchenrat ausgesprochenen Auffassungen von den Pflichten des geistlichen Amtes steht und gleichsam als eine polemische Erwiderung auf diese betrachtet wird. Er bezeichnete als Ziel der christlich-sozialen Bewegung, „dem vierten Stande zur Gleichberechtigung zu verhelfen auf dem Wege des Christentums, entgegen den Bestrebungen der Sozialdemokratie."

23. Dezember. In einer Besprechung dieses Verhaltens Stöckers sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" u. a.:

Ob blutrot oder chamäleonfarbig — Revolution bleibt Revolution! „Aber Stöcker will ja nicht den Thron umstürzen, er will ja nicht die Schlösser der Edelleute anzünden, er will nicht die Geldschränke des besitzenden Bürgertums plündern." Daß Stöcker alles das persönlich nicht thut, wissen wir natürlich recht wohl. Aber Stöcker reist im Reiche umher und predigt auf den Märkten, in den Bierhäusern, auf den Tanzböden, überall, wo das „Volk" zusammenläuft, die Lehre von der „christlich-sozialen Gleichberechtigung." Wenn heute noch jemand die Gleichheit, die Gleichberechtigung als ein zu erstrebendes Ziel, als ein erst noch zu verwirklichendes hinstellt, so kann er nichts andres meinen — wenn er überhaupt etwas meint —, als den Kommunismus. Der Kommunismus aber ist die Revolution, — den einen Fall ausgenommen, daß die bürgerliche Gesellschaft frei-

willig abdankt. Vielleicht ist Stöcker der Ansicht, daß sie dies wirklich thun werde. Daß ihm zu einer derartigen Auffassung und Erwartung vielfacher Anlaß geboten worden ist, wollen wir nicht in Abrede stellen.

II.

Deutsch-soziale Reformpartei.

20.—22. Oktober. Der Parteitag wird unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Zimmermann in Erfurt gehalten zur Beratung des Entwurfs eines Programms, der von einer im vorigen Jahre zu Eisenach gelegentlich der Vereinigung der verschiednen antisemitischen Richtungen eingesetzten Kommission vorgelegt ist. Es werden folgende Programmpunkte beschlossen:

1. Die fortschreitende Zersetzung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung beunruhigt die weitesten Kreise des Volkes, bedroht den Arbeiter- und Mittelstand in Stadt und Land in seinem bescheidnen Besitz und vermehrt täglich die Schar der Besitzlosen. Die alten Parteien stehen dieser durch einen falschen wirtschaftlichen Liberalismus hervorgerufnen und noch immer steigenden Gefahr mehr oder minder teilnahm- und verständnislos gegenüber. Die Sozialdemokratie hält diese Entwicklung für unvermeidlich und naturnotwendig — ihnen gegenüber verlangt die deutsch-soziale Reformpartei durchgreifende Maßnahmen auf gesetzgeberischem Gebiete unter besondrer Berücksichtigung der produktiven Stände. Dem kapitalistischen Faustrecht stellt sie die wirtschaftliche Neuordnung, der sozialen Revolution die soziale Reform gegenüber. 2. Träger der Zersetzung ist das stammfremde Judentum, das in unserm wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben in der Rechtspflege und in der Presse unserm Volksleben seinen zersetzenden Einfluß aufgedrängt hat. Deutschen Geist und deutsche Eigenart wollen wir bewahren vor jedem schädlichen Fremdstoff, deutsche Arbeit schützen gegen Ausnützung und Ausbeutung. Darum erscheint uns der Kampf gegen den jüdischen Geist, gegen die wachsende Verjudung auf allen Gebieten des Lebens als eine wirtschaftliche, politische und sittliche Notwendigkeit. Unsre Partei stellt sich auf den Boden christlicher Weltanschauung. So entspricht es der geschichtlichen Entwicklung unsers Volkstums, in dem sich christlicher und deutscher Geist innig und unlöslich verbunden hat. Wir gehen aus von der einheitlichen Grundlage aller christlichen Bekenntnisse und wollen feindliche Gegensätze zwischen ihnen möglichst vermeiden. 3. Die deutsch-soziale Reformpartei wendet sich an das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes und des Bekenntnisses. Sie will es allen zum Bewußtsein bringen, daß sie als Söhne eines Stammes zusammengehören im Kampfe für die wirtschaftliche und sittliche Wiedergeburt des Deutschtums. 4. Unabhängig nach oben und unten, nach rechts und links will sie das große Ziel der nationalen Wiedergeburt fest ins Auge fassen und geraden Wegs darauf losgehen. Wir sahen die nationale Wiedergeburt in erster Linie darin, daß der schaffenden Arbeit die ihr gebührende Stellung eingeräumt wird. Zur Zeit ist sie in ihren Rechten beeinträchtigt durch ein Uebergreifen des mobilen Kapitals. Diesem Kapitalismus gegenüber betrachten wir es als unsre Hauptaufgabe, die Gemeinschaft der Interessen in der schaffenden Arbeit den einzelnen Berufsständen zum klaren Verständnis zu bringen und sie davon zu überzeugen,

daß jede einzelne Gruppe ihren Interessen am wirksamsten dient durch Zusammengehen mit den andern. Unser Ziel muß sein, die scheinbaren Interessengegensätze zur Versöhnung zu bringen und so aus allen Gruppen der schaffenden Arbeit eine eng zusammenhängende Streitmacht gegen den gemeinsamen Feind zu bilden. — In der Ansammlung von Riesenvermögen in einzelnen Händen, in der Zersetzung aller ständischen und beruflichen Gliederungen, in der Verarmung des Arbeiter- und Zertrümmerung des Mittelstandes erblicken wir die Hauptgefahren der Gegenwart. Von unten herauf muß wieder aufgebaut, der bedrohte Mittelstand gestützt werden. Staatlich gesicherte, lebenskräftige Organisationen sind zu schaffen, in denen die arbeitenden Berufsgenossen unsers Volkes sich zusammenschließen zur Wahrung ihrer Interessen nach außen und zur Erziehung nach innen. Unser Ziel ist daher: Durchgreifende Organisation der deutschen Arbeit auf nationaler Grundlage und eine Umbildung unsrer Rechtszustände im Sinne einer Verdrängung der Auswüchse der kapitalistischen Ideen des gegenwärtigen Rechts durch deutschnationale Anschauungen, weil ein deutsches, lebendiges und soziales Recht die einzige Bürgschaft für die glückliche Zukunft unsers Volkes ist. 5. Wir treten ein für die Erhaltung der nationalen Wehrkraft, beruhend auf dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht, und sind bereit, die Opfer zu bringen, die für den Schutz und die Verteidigung unsers Vaterlandes notwendig sind. — Im Interesse der Wohlfahrt und Unabhängigkeit des Reiches halten wir weise Sparsamkeit im Reichshaushalt für geboten. Die Aufbringung der für den Staat erforderlichen Mittel soll unter Schonung der wirtschaftlich Schwachen und unter stärkerer Heranziehung des Großkapitals erfolgen. — Wir halten fest an der politischen Einigung Deutschlands unter einem machtvollen Kaisertum und wollen den bundesstaatlichen Charakter der Verfassung gewahrt und die berechtigte Eigenart der einzelnen Stämme geschont wissen. Die bestehenden Volksrechte und -Freiheiten sollen nicht gekürzt, ihr organischer Ausbau soll gefördert werden, soweit es zum Heile der Gesamtheit notwendig ist.

Daran schließen sich neunzehn einzelne Programmpunkte.

III.

Agrarische Bewegung.

19. Oktober. Die Lage der Landwirtschaft beschäftigt die Kreuzzeitung in einem Artikel, betitelt: Ad unum omnes perierunt; es wird darin auf die derzeitige Notlage also hingewiesen:

Es ist wohl nicht zu hoch gegriffen, anzunehmen, daß in drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe mit Ausgang Oktober in diesem Jahre das gesamte zum Verkauf verfügbare Getreide bereits seinen Weg auf den Markt gefunden hat. Für die Winterausgaben, Weihnachtszinsen u. s. w. ist kein Pfennig mehr disponibel, der Betriebskosten bis zur nächsten Ernte gar nicht zu gedenken. Jeder nur irgend erreichbare Kredit ist längst in Anspruch genommen, und ehe es so weit, wie jetzt, zum äußersten kam, sind auch die Mittel besser situirter Verwandten ebenfalls verbraucht — an ein Verzinsen oder gar Wiedererstatten ist gar nicht zu denken. Die Regierung mag sich drehen

und wenden, wie sie will, sie hilft der deutschen Landwirtschaft nicht, wenn sie nicht auskömmliche Preise für Getreide schafft, und zwar unverzüglich. Weiß sie kein besseres Mittel, so muß sie den Antrag Kanitz annehmen und im staatserhaltenden Interesse sogar lebhaft wünschen.

22. Oktober. In der „Kreuzzeitung" wird ferner der Vorschlag gemacht, daß das Reich ein Kapital von 300 Millionen in Getreidespeichern festlege, die so groß sind, daß sie etwa ein bis zwei Millionen Tonnen Roggen fassen können. Die Regierung solle damit unverzüglich vorgehen, denn:

1. Die Gelegenheit zum Ankauf des Getreides ist günstig und wird es in nächster Zeit wohl auch noch bleiben, 2. das Risiko ist gering, 3. für die nächsten Jahre ist sogar ein bedeutender Gewinn dabei wahrscheinlich, 4. die Gefahr einer Brotnot für den Kriegsfall würde abgewendet, 5. der Landwirtschaft würde zunächst für ein bis zwei Jahre eine bemerkenswerte Hilfe gebracht, 6. die den Konsumenten wie den Produzenten gleich verderblichen Schwankungen der Getreidepreise würden eingeschränkt werden.

22. u. 23. Oktober. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, v. Plötz, hält am Niederrhein drei Versammlungen ab, in denen er die bekannten Forderungen der Agrarier bespricht und die Annahme eines Gesuchs um Wiederaufhebung der Staffeltarife für Vieh bewirkt. (Diese Staffeltarife sind erst kürzlich auf den Westen der preußischen Monarchie ausgedehnt worden und entsprechen den Tarifen, die seit längerer Zeit auf den östlichen Bahnen bestanden haben. Niemand ist für die Ausdehnung derselben eifriger und entschiedner eingetreten, als gerade die konservativen Agrarier im preußischen Landtag).

23. Oktober. Das Hauptblatt der Zentrumspartei am Rhein, die „Kölnische Volkszeitung," wendet sich aus diesem Anlaß also gegen den Bund der Landwirte:

Die rheinische und die westfälische Landwirtschaft wird ihre Interessen auch ohne Hilfe v. Plötzs und seiner Gefolgschaft zu wahren wissen, und mehr als einmal wird sie aller Voraussicht nach diese Interessen gegen v. Plötz und seine Gefolgschaft zu wahren haben. Wenn v. Plötz den Antrag Kanitz empfiehlt, so findet er dafür im Westen jetzt kaum noch Verständnis. Die politischen Ziele des Bundes der Landwirte können niemals die Ziele der auf dem Boden des Zentrums stehenden ländlichen Kreise von Rheinland und Westfalen sein. Der Bund ist seinem innersten Wesen nach eine von protestantischen und altpreußisch-konservativen Instinkten geleitete Gemeinschaft.

Der Minister v. Hammerstein spricht sich bei einem in Ratibor von Vertretern der Landwirtschaft gegebnen Mahle über das Programm der Regierung u. a. also aus:

Ich muß auf zwei Fragen eingehen, denen Sie die Möglichkeit und Fähigkeit zuschreiben, die Lage zu bessern; diese sind: der Antrag Kanitz und die Währungsfrage. Wenn ich überzeugt wäre, daß die Annahme des Antrags Kanitz der deutschen Landwirtschaft helfen könnte, und wenn seine Annahme mit den Handelsverträgen und der Vertragstreue vereinbar wäre, so würde ich nicht zögern, für den Antrag einzutreten. Aber ich habe bei

der eingehenden Prüfung, die der Antrag Kanitz von mir erfahren hat, bis jetzt nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß er der deutschen Landwirtschaft Segen bringen würde, und ich glaube auch nicht, daß speziell der Osten die Vorteile davon ziehen würde, die seine Freunde erwarten. Ueber die Währungsfrage will ich nur sagen, daß das Sinken des Silberpreises ernste Gefahren mit sich bringt. Doch ist bei unsern Verhältnissen das vollständige über den Haufen werfen des gegenwärtigen monetären Systems von zweifelhaftem Erfolge. Ich kann nur sagen, daß in diesem Augenblicke von der Staatsregierung Mittel erwogen werden, wie diesen Gefahren zu begegnen ist. Ob aber, wenn selbst eine Aenderung in unsrer Währung ohne schwerwiegende Folgen für andre Teile und ohne gänzlichen Umsturz unsers jetzigen monetären Systems möglich sein sollte, dies der Landwirtschaft Vorteil bringen würde, scheint mir zweifelhaft; namentlich aber zweifle ich, ob sich die Betriebskosten der Wirtschaft alsdann nicht steigern würden. Ich glaube daher, daß unser nächstes Ziel sein muß, mit einer ganzen Reihe einzelner Maßregeln zu helfen, von denen vielleicht jede einzelne an sich von keiner so allgemeinen Bedeutung sein mag, die aber in ihrer Gesamtheit schließlich doch zu einer Besserung verhelfen werden. Ich hoffe und erwarte, daß bei der Berufstreue der deutschen Landwirte die Krisis dann wird überwunden werden können. Und ich habe von der Bevölkerung hier den Eindruck empfangen, daß sie dazu ernsthaft mitarbeiten wolle, aber auch müsse. Unser deutsches Volk hat seine Mission in vielen Beziehungen noch zu erfüllen. Seine Kraft und Stärke beruht auf der Landwirtschaft: wenn diese krankt, so leidet das ganze Volk. Mit der deutschen Landwirtschaft wäre also auch dem deutschen Volke die Kraft genommen. Schon manche Krisis ist vorübergegangen. Zu der Vorsehung habe ich die Zuversicht, daß wir zuletzt doch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen kritischen Lage überwinden werden. Ich bitte Sie, das Zutrauen zu mir zu haben, daß ich das Meinige dazu thun werde. Ich werde versuchen, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen.

Nach dem Mahle überreichen die Frauen zweier Landwirte dem Minister eine Bittschrift, in der gesagt ist:

Wir Frauen müssen härter arbeiten als unsre Mägde, und wenn das Jahr vorüber, so haben diese ihren schönen Lohn, während wir nicht einen Pfennig erübrigen, um uns die notwendigsten Kleider und Hausgeräte zu kaufen. Der Kredit und die Hilfsquellen, die uns bis jetzt zur Seite standen, sind erschöpft, und wir stehen am Rande des Elends. Mit Grauen sehen wir den Zeitpunkt immer näher rücken, wo wir von unsern unbarmherzigen Gläubigern von unsrer Scholle vertrieben, mit unsern Kindern am Bettelstabe hinauswandern müssen in die Nacht des Elends. All unser Sparen und Abdarben in der Haushaltung ist umsonst, denn durch die schlechten Konjunkturen aller unsrer Bodenerzeugnisse verlieren wir jährlich das Zehnfache, als wir uns am Munde absparen können. Dieser große Verlust kann durch nichts ersetzt werden, und die Schuldenlast wächst entsetzlich. Den landwirtschaftlichen Mittelstand erfaßt bereits die Verzweiflung, weil er sich aller Hilfe bar, dem Untergang geweiht sieht. Niemand empfindet dieses furchtbare Unglück mehr als wir Mütter, niemandem blutet das Herz mehr als uns, wenn wir bedenken, daß wir aus angesehenen Familien stammen, unsern Männern eine reiche Mitgift brachten und nun durch die Macht des grausamen Schicksals ohne unsre Schuld unser ganzes Vermögen verlieren und in Kürze mit unsern Kindern werden betteln gehen müssen. Dieser Gedanke ist gräßlich. Ist denn kein Retter, der sich unsrer Not erbarmt? Erfüllt die neue

Reichstagssession abermals nicht die Wünsche des Mittelstandes, und bringt die nächste Ernte wieder solche Spottpreise, dann ist sicher zu befürchten, daß er der Versuchung der Sozialdemokratie nicht mehr widersteht und in seiner Verzweiflung zu allem fähig ist.

Bis die „beiden großen Mittel" in Wirksamkeit treten, fordern die beiden Frauen zur Linderung ihres Elends:

1. Sofortige Reform des Börsengesetzes. 2. Wir bitten um Ew. Exzellenz gütige Fürsprache, daß uns ärmern, kleinern Gutsbesitzern, die noch Rente zahlen müssen, bis zur Hebung der Getreidepreise die Einkommensteuer erlassen wird, denn wir haben schon oft schwarz auf weiß bewiesen, daß wir jetzt absolut kein Einkommen, sondern nicht einmal unser Auskommen haben. 3) Möge uns doch die Regierung bis dahin einen Unterstützungsfonds mit billigem Zinsfuß bewilligen, sowie sie es den Rentengutsbesitzern gewährt, damit wir nicht ganz in die Hände der Juden fallen.

Der Abgeordnete v. Puttkamer-Plauth, Vorsitzender des Bundes der Landwirte in Westpreußen, sagt in einer Rede zu Jablonowo:

Es fragt sich, wer sind denn unsre Hauptgegner? Da sind denn zunächst die großen Kapitalmächte zu nennen, die am internationalen Großhandel interessirt sind, besonders die Großindustrie. Es giebt wohl noch eine große Zahl Großindustrieller, die sich mit den Landwirten solidarisch fühlen in Bezug auf die beiderseitigen Interessen, aber den meisten ist es nur um „billig Brot und Fleisch" für ihre Arbeiter zu thun. Sie halten nichts von der Landwirtschaft, nur vom Export versprechen sie sich goldne Berge. Erfreulicherweise hat der Zug nach den Industriestätten neuerdings etwas nachgelassen, ebenso wie die Auswanderungssucht. Jedenfalls liegt es, um dies noch einmal zusammenzufassen, in unserm Interesse, daß die Großindustrie nicht ins Ungeheuerliche wächst und uns an die Wand drückt, und daß die Gesetzgebung sich nicht nach ihren Bedürfnissen richtet. Sonst haben ja die Großindustriellen mit uns mannichfache gemeinsame Interessen, so z. B. die Schutzzölle, die den Schutz der nationalen Arbeit bezwecken. Wenn die gegenwärtige unglückselige politische Aera — ich glaube, im Jahre 1904 — enden wird, wird sich ein großer Kampf zwischen den einzelnen Interessensphären erheben. Wenn uns dann die Großindustriellen im Stich lassen, werden wir sie auch im Stich lassen und überhaupt auf die Schutzzölle verzichten. Dann ist die Eisenindustrie in Deutschland fertig. Zu jenem Kampfe, der mit dem Ablauf der Handelsverträge seinen Höhepunkt erreicht haben wird, müssen wir uns zur Wahrung unsrer Interessen zusammenschließen. Kurzsichtig wäre der, der jetzt schon vom Bund der Landwirte Früchte sehen will. Man hat die Politik der kleinen Mittel uns gegenüber angewandt, uns mit geringfügigen Zugeständnissen abzuspeisen versucht und unsre Hauptforderungen abgewiesen, indem man sie unausführbar und Utopien nannte. Uns ist mit kleinen Mitteln nicht gedient, wir müssen darauf dringen, daß uns mit energischen Mitteln aufgeholfen werde. Es ist möglich, daß der Antrag Kanitz sich in seiner gegenwärtigen Form mit Rücksicht auf die einmal bestehenden Handelsverträge und vielleicht zur Zeit auch technisch nicht in allen seinen Punkten durchführen läßt. Aber wenn ein ernster Wille bei der Regierung vorhanden wäre, dem Gedanken überhaupt näher zu treten, so würde sie sich von seiner Durchführbarkeit in der Hauptsache überzeugen können. Die ländliche Bevölkerung, nicht das Proletariat in den Städten, gewährt der Re-

gierung Sicherheit für das Bestehen von Gesetz und Ordnung. Den Fanatismus will ich in Ihnen wachrufen, Sie sollen fanatische Agrarier werden. Wenn Sie hier hinausgehen, wirken Sie für den Bund. Die Zeit kann bald kommen, wo wir unsre Scharen brauchen, hoffentlich nicht gegen einen innern Feind im blutigen Kampf, sondern im Wahlkampf mit dem Stimmzettel.

26. Oktober. Die Rede des Ministers v. Hammerstein bildet in der Presse den Gegenstand zahlreicher Besprechungen. Auf freisinniger Seite wird gefunden, die Worte des Ministers „kämen den Agrariern bis zur äußersten Grenze entgegen," die Landwirtschaft dürfe aber nicht durch Mittel gefördert werden, die der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung des Reichs in der empfindlichsten Weise zum Nachteil gereichen würden. Das „Volk" äußert dagegen: Nur ein Rettungsmittel kennen wir: eine gewaltige Agitation der Landwirte, zehnmal stärker als jede bisherige Agitation, eine Agitation von so unwiderstehlicher Kraft, daß die Regierung ihrem Druck nachgeben muß. — Nach der „National-Zeitung" ist die Rede v. Puttkamers „ein neuer Beleg dafür, daß die Regierung, wenn sie das vom Minister v. Hammerstein entwickelte Programm durchführen will, das Tafeltuch zwischen ihr und der Plötz-Puttkamerschen Agitation scharf zerschneiden muß."

27. Oktober. Nach der „Deutschen Tageszeitung" ist die Rede v. Puttkamers ein Beweis dafür, daß die gestiegne Not mit ihrem ehrnen Zwang die Landwirte und den Mittelstand in Stadt und Land zu immer engerm Zusammenschlusse und zum Anschluß an die Vertreter der agrarischen Ideen dränge. — Dem „Hannoverschen Kurier" erscheint es auffällig, daß „die Zugehörigkeit zu der von hochkonservativen Patronen geleiteten extrem-agrarischen Opposition, wenn nicht die Vorbedingung, so doch mindestens eine ins Gewicht fallende Empfehlung" sei; die großen bürgerlichen Kreise fühlten sich mehr und mehr beiseite geschoben und zurückgedrängt wie etwas Lästiges und Verkehrtes.

30. Oktober. Ein Artikel der „Deutschen Tageszeitung," betitelt: „Die Regierung und wir," dreht sich vorwiegend um den Antrag Kanitz und hebt mit Nachdruck wieder hervor, daß der Antrag durchführbar, mit den Handelsverträgen vereinbar, „wirksam und für alle Stände segensreich sein würde."

Die Staatsratsbeschlüsse haben uns nicht für die andre Ueberzeugung gewinnen können. Wir stehen also vor der Aufgabe, die Regierung womöglich zu unsrer Anschauung zu bekehren; und hoffentlich gelingt uns das. Das wäre eine hohe Freude für uns, nicht nur wegen des Erfolgs und des Segens, den wir davon erhoffen, sondern auch, weil wir dadurch aus der Oppositionsstellung scheiden würden, die wir jetzt ganz gegen unsre Neigung notgedrungen einnehmen.

3. November. Die „Deutsche Tageszeitung" erhebt unter der Ueberschrift „Wohin treiben wir?" folgende Klagen:

Gegebne Zusagen bleiben unerfüllt, Hoffnungen, die sich auf allgemeine, wohlwollende Aeußerungen stützten, werden stets enttäuscht, die Armut der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung ist rapide im Zunehmen, Vertröstungen auf „bessere Zeiten" eröffnen nur die Aussicht auf den völligen Ruin — denn von selbst treten „bessere Zeiten" nicht ein, auch hat der Landwirt, dank der bisherigen Behandlung, keine Zeit mehr zu warten. Spricht der Landwirt seine Forderungen, Hoffnungen und Bitten öffentlich aus, knüpft er daran die Vorstellung der wirklichen Sachlage, die jedem, der sehen will, klar vor Augen liegt, klagt er seine furchtbare, bis aufs äußerste getriebne Not und verlangt er Abhilfe, fordert er seine Berufsgenossen auf, fest zusammenzustehen, um dasjenige auf gesetzlichem Wege zu erreichen, was er zum Leben braucht, eine kurzsichtige Politik ihm aber vorenthalten hat, klagt er die Leiter der Politik an, daß sie ohne Kenntnis der eigentlichen Lage nur vom grünen Tisch aus urteilen und jede Fühlung mit dem Volke verloren haben: — dann treibt er „Agrardemagogie."

6. November. Der Gesamtvorstand des Bundes der Landwirte beschließt in Berlin folgende Erklärung:

Den Bestrebungen des Bundes der Landwirte, namentlich bezüglich der Hebung der Getreidepreise, liegen die folgenden Auffassungen zu Grunde:

I. Der Bund verwirft einerseits die Grundsätze der freihändlerisch-großkapitalistischen Wirtschaftsanschauung, andrerseits die Grundsätze des Sozialismus. Er vertritt eine selbständige wirtschaftliche Weltanschauung. Die Forderungen des Bundes sind daher eigen geartete, alle wahrhaft berechtigte Interessen vereinigend, stehen sie auf christlich germanischer Grundlage.

II. Der Bund erfaßt daher in dem weitern Ausbau seiner reformatorischen Bestrebungen nicht nur die Interessen der Landwirte, sondern nach der christlich organischen Auffassung die Interessen des ganzen Volkes und dessen ganzes Wirtschaftsleben; aber nicht wie das Freihändlertum vom „Kapital" und nicht wie der Sozialismus vom „industriellen Arbeiter," sondern von der natürlichen Grundlage aller wirtschaftlichen Dinge vom „Grund und Boden" ausgehend.

III. Die für die Gesamtheit ersprießliche Nutzung des Grund und Bodens schafft und erhält die selbständigen Einzelwirtschaften, die das notwendige wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht eines Volkes bedingen. Nur auf eine blühende Landwirtschaft gestützt, vor allem auf einen unabhängigen und wohlhabenden Bauernstand, findet der Mittelstand in Handwerk, Industrie und Handel den sichern Halt zu seinem Blühen und Gedeihen. Nur durch möglichste Ausbreitung eines gesunden Mittelstandes wird die soziale Frage gelöst, weil nur der Mittelstand Kapital und Arbeit organisch in einer Person vereinigt. Auch das Gedeihen des Arbeiterstandes ist mit dem Bestehen eines gesunden, kräftigen Mittelstandes eng verknüpft. Die jetzige großkapitalistische Entwicklung zerstört in ihrem ungehinderten Fortschreiten diesen Mittelstand. Und indem sie die so vernichteten Existenzen auf den Arbeitsmarkt treibt, übt sie auf diesen einen verhängnisvollen Druck aus. So baut sich die Lösung aller großen wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart organisch auf der Lösung der Agrarfrage auf.

IV. Die vollständige Lösung der Agrarfrage kann nur geschehen mit der Durchführung sämtlicher agrarischen Forderungen bis zur systematischen Ausgestaltung des Agrarrechts; aber unerläßliche Voraussetzung einer heilenden Wirksamkeit aller agrarrechtlichen Maß-

regeln ist die Besserung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Nur aus der wieder hergestellten Rentabilität der Landwirtschaft können die Mittel zu deren Schuldentlastung fließen. Deshalb gehört es jetzt zur wichtigsten Aufgabe des Bundes, für die Maßregeln zu kämpfen, die zur Besserung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse führen, und hier wieder in erster Stelle zur Besserung der Preise des wichtigsten derselben, des Getreides.

V. Der Bund verfolgt in zielbewußter Einwirkung auf die Getreidepreise nicht nur das Interesse der Produzenten, sondern auch dasjenige der Konsumenten. Seine Forderungen richten sich gegen den herrschenden freihändlerischen Großkapitalismus, der das gesamte Wirtschaftsgebiet der Völker einer ausschließlich zu seinem Nutzen betriebnen, durchaus unchristlichen spekulativen Ausbeutung überliefert. Diese Ausbeutung vernichtet zur Zeit durch den Tiefstand der Getreidepreise den Produzenten. Das internationale Großkapital wird demnächst in gleicher Art, die Verhältnisse umkehrend, durch Erzeugung von Teuerungspreisen die Konsumenten ausbeuten. Der Bund will mit durchgreifenden Reformen auf dem Gebiete der Waren- und Geldbörse, der Währung, des Steuersystems und der Frachten die krankhaft extremen Preisschwankungen nach unten und oben thunlichst beseitigen zwecks Herbeiführung einer unserm geschichtlichen Entwicklungsgange entsprechenden gesunden und natürlichen mittlern Preisbewegung, die die Interessen der Produzenten und Konsumenten gleichmäßig in sich vereinigt. Dies ist das Endziel der Bundesbestrebungen auf dem Gebiete der Getreidepreisbildung.

VI. Die heutige ernste Notlage der Landwirtschaft erfordert in der Richtung dieses Endziels sofortige Abhilfsmaßregeln. Der erste zielbewußte Schritt auf dieser Bahn geschah durch den Uebergang zum Schutzzollsystem im Jahre 1879, dessen später erfolgte Durchbrechung nicht tief genug beklagt werden kann. Der weitere zur Wiederanbahnung einer Gesundung unsrer nationalen Wirtschaftsverhältnisse jetzt gebotene Schritt ist der in der Sitzung des Gesamtausschusses des Bundes der Landwirte vom 3. und 4. Dezember 1894 formulirte Antrag Kanitz zur Befestigung der Getreidepreise. Die darin beabsichtigte direkte gesetzliche Preisbestimmung für den inländischen Verkauf von ausländischem Getreide zum Zwecke einer Ausgleichung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe bleibt die dringlichste, zur Zeit durchzuführende Maßregel zur Erhaltung der deutschen Landwirtschaft.

7. November. Der Ausschuß des deutschen Bimetallistenbundes beschließt in Berlin unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Geheimen Rat Leuschner folgende Erklärung:

1. Der Ausschuß hält aus praktischen Rücksichten an seinem Beschluß vom 19. Mai 1895 unter der demselben gegebnen Begründung fest, erkennt demnach an, daß gegenwärtig nur unter voller Beteiligung Großbritanniens die Durchführung der internationalen Doppelwährung, d. h. die Prägung von Gold und Silber zu einem durch internationale Vereinbarung gesicherten, festen Werthverhältnis zu erreichen sei.

2. In Uebereinstimmung mit der englischen und französischen Bimetallistenliga erklären auch wir unser Einvernehmen mit den vielfach mißdeuteten, von den Wortführern der Goldwährungspartei tendenziös entstellten Aeußerungen des englischen Ministers Balfour, wonach eine internationale Währungskonferenz nur von Uebel wäre, wenn nicht vorher eine Verständigung unter den Regierungen erzielt ist.

3. Der Ausschuß erachtet es als die Aufgabe der deutschen Regierung, im Hinblick auf die Beschlüsse des Reichstags und beider Häuser des preußischen Landtages und entsprechend der wirtschaftlichen Machtstellung Deutschlands — da bei Festhalten Deutschlands an dem Goldwährungsprinzip eine

internationale Regelung der Währungsfrage ausgeschlossen ist — die Initiative zu derjenigen Einigung der in Betracht kommenden Regierungen zu ergreifen, die Lord Balfour mit Recht als Vorbedingung einer Währungskonferenz bezeichnete.

4. Für die Anbahnung dieser Verständigung ist in den Vorschlägen der Weg angegeben, die Graf v. Mirbach dem preußischen Staatsrat vorlegte, denen der Ausschuß vollinhaltlich zustimmt, und die er als zweckmäßig zur Erreichung einer internationalen Verständigung empfiehlt.

5. Darnach würde zunächst eine Einladung Deutschlands an Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika zu ergehen haben zu einer Vorkonferenz, die das Programm für die Währungskonferenz feststellt; nur wenn diese drei Mächte sich über ein solches Programm einigen, soll die Währungskonferenz berufen werden.

6. Der Ausschuß beschließt, an den Herrn Reichskanzler, den Bundesrat und den Reichstag Petitionen zu richten, in denen ein sofortiges Vorgehen Deutschlands im Sinne der Vorschläge des Grafen v. Mirbach gefordert wird.

Der oben angezogne Beschluß vom 19. Mai 1895 lautete: „In Anbetracht, daß die bimetallistische Bewegung in England nach unsrer Auffassung dem Siege nahe ist, in Anbetracht, daß die öffentliche Meinung Deutschlands auch an den maßgebenden Stellen von dem Vorurteil beherrscht wird, daß die Durchführung des internationalen Bimetallismus mit Frankreich, den Vereinigten Staaten u. s. w. für Deutschland ernste Bedenken hat, so lange England an der Goldwährung festhält — sind die deutschen Bimetallisten bereit, das Vorgehen Deutschlands in der Währungsfrage von der Beteiligung Englands abhängig zu machen, unter der Voraussetzung, daß die Staatsregierung unverzüglich alle diejenigen Maßregeln ergreift, die geeignet sind, die Durchführung des internationalen Bimetallismus einschließlich Englands und den Beitritt Englands zu demselben herbeizuführen und zu beschleunigen."

17. November. Zu Sandau im Kreise Stendal hält Graf H. Bismarck im Bunde der Landwirte eine Rede. Er sagt u. a.:

Als Mittel, das eine günstige Wirkung auf die Hebung der Landwirtschaft und des gesamten Mittelstandes haben würde, werde der Antrag Kanitz bezeichnet. Wenn an den betreffenden Stellen mit Geschick und gutem Willen vorgegangen würde, sei dessen Durchführung nicht aussichtslos. Mit den Vertragsstaaten müßten allerdings Verhandlungen angeknüpft werden, ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß man ihnen in Zukunft auch die Mengen Getreide abnehmen würde, die heute von den Ländern, mit denen wir sogenannte Meistbegünstigungsverträge haben, importirt würden. Diese Länder, die Deutschland gegenüber keine Konzessionen gemacht hatten, seien heute Konkurrenten für unsre Vertragsstaaten, das würde dann aufhören, und Oesterreich und Rußland in solchem Falle direkte Vorteile von der Durchführung des Antrages Kanitz haben. Der Antrag Kanitz hätte sich in seiner neuen Fassung viel neue Anhänger erworben; Beweis dafür sei schon die große Zahl von Unterschriften, mit denen der Antrag im Reichstag erneut eingebracht sei. Einige Abgeordnete aus dem Westen hätten ihm, dem Redner, versichert, wenn kein andres Mittel zur Hebung der Landwirtschaft gefunden würde, so würden sie auch für den Antrag Kanitz eintreten. Etwas neues sei der Antrag überhaupt nicht. Er sei nur den heutigen veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt und bewege sich somit in den Bahnen, die Friedrich II. praktisch zum Segen des Staates, zum Vorteile sämtlicher Stände, der produzirenden und konsumirenden, vorgezeichnet hätte. Um dem Minister seine Entschließungen zu erleichtern, müßten die Landwirte auch in

Zukunft in erhöhtem Maße und mit allem Nachdruck unsre Forderungen auf jedem gesetzlichen Wege geltend machen.

27. November. In Marienburg findet eine zahlreich besuchte Versammlung des Bundes der Landwirte statt, in der der Vorsitzende des Bundes, v. Ploetz, den Hauptvortrag hält. Er stellt den Antrag Kanitz nicht mehr als das ausschließliche Mittel zur Abhilfe des landwirtschaftlichen Notstandes hin, indem er sagt: „Der Antrag Kanitz wird helfen, wenn wir die Doppelwährung wieder haben, und wenn nicht mehr die wüste Spekulation, sondern der alte Grundsatz von Angebot und Nachfrage beim Getreide an der Börse wieder gilt.“ An einer andern Stelle äußert sich v. Ploetz: „Der Antrag Kanitz allein kann aber nichts nutzen, es muß auch die Doppelwährung dazu kommen.“ Der Abgeordnete von Puttkamer-Plauth warnt vor einer zu scharfen Opposition gegen die Regierung, indem er sagt: „Es wird gut für uns sein, bei aller Opposition so vorzugehen, daß das Tischtuch zwischen uns und der Regierung nicht zerschnitten wird. Das ist zugleich patriotisch und klug, denn dann bieten wir unsern Gegnern keine Handhabe gegen uns. Es würde unsrer ganzen Vergangenheit nicht entsprechen, wenn wir nur eine Oppositionspartei wären, es würde auch ein übles Ende nehmen.“

1. Dezember. In einer Versammlung des Bundes zu Görlitz werden ähnliche Reden gehalten.

3. Dezember. Ebenso in einer Versammlung in Breslau.

6. Dezember. Geheimer Regierungsrat E. v. Selchow-Rudnik widmet dem Reichstage eine Schrift, die er mit „vaterländischen Friedensgedanken zum Antrag Kanitz“ einleitet. Der Verfasser stützt sich nicht so sehr auf die Volkswirtschaftslehre als auf die Bibel. Er glaubt in dem Antrag Kanitz die Durchführung der Lehren der heiligen Schrift zu finden. Er will auch auf Grund dieser Lehren den heutigen „sogenannten Rechtsstaat“ in einen völlig neuen „Pflichtstaat“ verwandeln. Es heißt in der Schrift:

> Der Antrag Kanitz sei der letzte feste Punkt, den der Bauer, und sei es mit dem eignen Leben, halten müsse, wolle er nicht wirtschaftlich und damit auch sittlich rettungslos für immer verloren sein. Dem Antrag wohne daher eine hohe sittliche Bedeutung, und zwar bis zu dem Grade inne, daß von seiner Verwirklichung überhaupt die Zukunft des Deutschen abhängt. Ohne den Antrag Kanitz müsse das platte Land völlig verröden. Ohne „indogermanischen Idealismus“ und eine ihm entsprechende Organisation der Arbeit müßten wir, „selbst wenn lauter Marschälle unsre Handelspolitik leiteten,“ dahin kommen, „daß, wie es im sechsten und achtzehnten Kapitel der Apokalypse in allerrealster Weise heißt, ein Maß Weizen um einen Groschen und drei Maß Gerste um einen Groschen zu haben sind, und die Kaufleute weinen werden, daß ihre Ware niemand mehr kaufen wird, daß es dann aber mit aller Menschen Ordnung ein Ende hat und alles in Brand und Rauch aufgeht.“

18. Dezember. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte in Ostpreußen unter Vorsitz von v. d. Gröben-Arenstein beschließt, nach einer Rede des Abgeordneten v. Plötz, zwei Erklärungen:

1. Betreffs Herabsetzung des Zinses der Staatspapiere, und 2. eine solche mit folgendem Wortlaute: „Die Notlage der Landwirtschaft, des Handwerks, des Kleingewerbes ist eine so trostlose geworden, daß wir im nationalen Interesse an allen Forderungen des Bundes festhalten müssen, besonders der Verstaatlichung der Getreideeinfuhr, Reform der Währung und Börse, dem Befähigungsnachweise für das Handwerk, verbunden mit Schaffung von Zwangsinnungen und an einem durchgreifenden Gesetze gegen den unlautern Wettbewerb. Sofern die verbündeten Regierungen in den bestehenden Handelsverträgen ein Hindernis zur Durchführung der von uns geforderten, wahrhaft nationalen Wirtschaftspolitik erblicken, erachten wir es als dringend erforderlich, baldmöglichst die geeigneten Schritte zu thun zu einer Revision oder Abänderung der Handelsverträge unter gleichzeitiger Kündigung aller Meistbegünstigungsverträge."

20. Dezember. Ueber agrarische Politik und Agitation spricht sich die „National-Zeitung" also aus:

Der Antrag Kanitz ist die stärkste Zumutung, die bisher, da die Sozialdemokratie ihre „positiven" Vorschläge ja für die Zeit nach ihrem endgiltigen Siege aufspart, an die Gesetzgebung gestellt worden, um die Gesamtheit im Interesse einzelner Volkskreise in aller Form Rechtens zu vergewaltigen. Der Antrag Kanitz bedeutet, wenn ernst genommen, eine derartige Steigerung der wirtschaftlichen Gedankenverwirrung und der gesetzgeberischen Leichtfertigkeit, er bedeutet, soweit seine Verfechter nur damit manövriren, eine derartige Steigerung der Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel des politischen Kampfes, daß auch die größte Neigung zur Nachgiebigkeit gegen erregte Wählermassen hier ein Ende finden muß. Es ist eine wahrhaft seltsame Verkehrung der natürlichen Verhältnisse, wenn in Süddeutschland die Herren von Plötz und Genossen Anklang finden. In Württemberg, in Bayern, namentlich in der Pfalz, in Baden hat von jeher eine politische Auffassung geherrscht, die den Tendenzen des ostelbischen Junkertums, den politischen, kirchlichen, gesellschaftlichen, schnurstracks entgegenstand; auch jetzt ist diese freie Grundanschauung des öffentlichen und privaten Lebens vorhanden; und dennoch hat in diesen Landesteilen die agrarische Agitation in ihrer schärfsten Form breiten Boden gefunden.

IV.

Deutsche Volkspartei.

20.—22. September. Die Generalversammlung findet in München statt. Der württembergische Kammerpräsident Payer sagt in einer längern Rede:

Es ist ein kleines Stämmchen, diese Partei, das aber hübsch gerade gewachsen ist und nicht gelernt hat, sich nach dieser oder jener Seite zu krümmen. Die deutsche Volkspartei ist eine Notwendigkeit für die deutschen

Verhältnisse geworden. Denn mehr als je gilt es heute, über die Rechte und Freiheit der deutschen Nation zu wachen, und das kann nur ein organisirtes Ganzes. Wohl auch giebt es andre Parteien, die darauf halten; der Unterschied ist aber der, daß bei uns nicht Standesinteressen, nicht die Religion den Zusammenhalt bildet, sondern die Gesundung des ganzen Volkes. Sehen wir nach rechts, so müssen wir fragen: Soll das Ideal einer Partei die derer um Hammerstein sein? Es ist ein übles Zeugnis für die konservative Partei, daß sie es nicht vermochte, sich rechtzeitig von diesem Herrn loszuschälen, dessen unlautern Charakter jeder gekannt hat. Aber das ist es nicht allein, sondern noch mehr die Gebahrung der konservativen Partei in den letzten Jahren, wenn es sich um finanzielle Fragen handelte. Die Herren, die sich geberden als die Kämpfer für Thron und Altar, haben sich entpuppt als die Männer, die nichts zu besorgen haben als ihre eignen Geschäfte, die dazu bestimmt sind, ihnen Geld in ihren eignen Beutel zu tragen. Die Selbstsucht ist noch nirgends so unverhüllt zu Tage getreten, als bei diesen Junkern. Das wollen die Vornehmsten der Nation sein, ja sie sind so vornehm, daß sie sich scheuen, dem gemeinen Mann die Hand zu drücken, aber sie sind nicht zu vornehm, ihre Hände in die Tasche derer zu stecken, die weniger darin besitzen, und sie möglichst gefüllt wieder herauszuziehen. Das alles ist aber auch noch immer nicht das Schlimmste, dieses ist vielmehr die Thatsache, daß die konservative Partei, als sie gefühlt, daß das deutsche Volk nicht dazu zu haben ist, ihre Taschen zu füllen, an der deutschen Volksvertretung, nämlich an dem allgemeinen Wahlrecht gerüttelt hat. In Güte geht die Abschaffung dieses wichtigen Rechts nicht. Wer die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts predigt, der predigt Blut, den Bürgerkrieg, was aber noch umso verabscheuungswürdiger ist, weil die Konservativen dies im Interesse ihres eignen Beutels thun. Mit den Konservativen wird es also nichts sein, wenn wir eine ideale Partei suchen. Wollen wir die Ideale also einmal bei den Nationalliberalen suchen. Es ist dies eine Partei, die nur noch zeugt von entschwundner Pracht; nicht eine geborstene Säule, aber ein Trümmerfeld, aus dem niemand mehr klug werden kann, nicht einmal die Nationalliberalen selbst. Dieselben würden ebenfalls zur Schaffung eines Sozialistengesetzes die Hand bieten, wahrscheinlich weil sie fühlen, daß sie aus eigner Kraft nichts mehr können. Wir sind überzeugt, daß wir deshalb die Partei der Zukunft sind, weil wir uns zur Pflicht gemacht, nie einem Stande Vorteile zu bereiten, die einem andern nicht zu gute kommen. Wir sind aber auch davon überzeugt, daß man, ohne sich nach oben etwas zu vergeben, einen gesunden Fortschritt in jedem Staatswesen fördern kann. Es giebt nur eine Partei, die die Gesamtheit des Volkes vereinigen und zusammenhalten kann und für die Rechte und Freiheiten des letztern einzutreten vermag, und diese Partei ist unsrer Ueberzeugung nach die deutsche Volkspartei! Muser aus Offenburg spricht über den schlimmsten Feind des deutschen Volkes, den Militarismus, dessen Geist den verschiedensten Institutionen des öffentlichen Lebens aufgeprägt sei. So seien die jetzigen Kriegervereine vornehmlich Schutztruppen der reaktionären Parteien, und es sei die Aufgabe der Demokratie, zu sorgen, daß die bürgerlichen Kreise mehr zum Verständnis für die eigne Würde herangezogen würden. Die finanzielle Impotenz des Staates zur Lösung sozialer, wirtschaftlicher Fragen sei eine Konsequenz des Militarismus, der auch der akademischen Jugend jedes frühere Gepräge von Idealismus genommen habe. Der Kampf gegen den Militarismus sei eigentlich ein wahrer Kulturkampf. Kohn aus Dortmund bespricht das preußische Junkertum, durch dessen allgemeine Bekämpfung der preußischen Reaktion das Rückgrat gebrochen werde. Professor Quidde fordert auf zum Anschluß an die Partei im Kampf gegen die Reaktion.

Die Versammlung beschließt folgende genauere Fassung des Parteiprogramms:

I. Die Deutsche Volkspartei ist eine Partei des politischen Fortschritts; sie bekennt sich zu den demokratischen Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit und verlangt die gleichartige Mitwirkung aller Staatsbürger bei Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, die Durchführung der Selbstregierung des Volkes im Staate.

II. Die Volkspartei ist eine Partei der nationalen Gemeinschaft und der bundesstaatlichen Selbstverwaltung. Sie tritt ein für die unverbrüchliche Einheit des deutschen Vaterlandes, wie für die Erhaltung der Selbständigkeit und die Gleichberechtigung der deutschen Volksstämme.

III. Die Volkspartei ist eine Partei der sozialen und wirtschaftlichen Reformen. Sie anerkennt, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Fragen untrennbar sind, und daß die wirtschaftliche und soziale Hebung der arbeitenden Klassen und die Verwirklichung der politischen Freiheit sich gegenseitig bedingen. Sie erstrebt den friedlichen Ausgleich der sozialen Gegensätze in einer die Freiheit des Einzelnen verbürgenden Gesellschaftsordnung.

IV. Die Volkspartei ist eine Partei des Friedens. Sie erkennt im Krieg und im Militarismus die schwerste Schädigung des Volkswohlstandes, wie der Kultur- und Freiheitsinteressen. Sie erstrebt einen Friedens- und Freiheitsbund der Völker.

Diese Grundsätze werden dann weiter in eine Reihe einzelner Forderungen zerlegt.

15. November. In Düsseldorf findet eine Versammlung der Vertreter dieser Partei statt. Sonnemann aus Frankfurt a. M. hält einen längeren Vortrag. Darin spricht er sich über das Verhältnis dieser Partei zu den andern Parteien, insbesondre über das zur sozialdemokratischen also aus:

Was die Sozialdemokraten anbelangt, so erkennt die Volkspartei an, daß sie seit dreißig Jahren sehr viel Gutes bewirkt haben, und daß ihre Kritik der sozialen Zustände das soziale Gewissen der übrigen Klassen geweckt hat. Wäre die Sozialdemokratie nicht vorhanden, so hätte man sie erfinden müssen. Aber weiter geht unsre Anerkennung nicht. Ihr positives Programm ist ein phantastisches; vor fünfzig Jahren sind von Marx und Engels zu demselben Grundlagen geliefert worden, die mit der heutigen Entwicklung der sozialen Verhältnisse nicht mehr im Einklang stehen. Die damaligen Prophezeiungen von der eintretenden sozialen Revolution, von dem Verschwinden des Mittelstandes haben sich in keiner Weise bewährt. Wo sich die Partei auf den Boden der Thatsachen und Erfahrungen stellen will, gerät sie mit ihrem Programm in Widerspruch. Dies konnte man besonders wieder in Breslau sehen, wo sich zwei diametral entgegenstehende Weltanschauungen zeigten. Die eine wollte der Landwirtschaft nach und nach helfen, wie wir auch, während die andre die Bauern so rasch als möglich eigentumslos machen wollte. Diese Gegensätze werden wohl momentan wieder verkleistert werden. Aber mit der Zeit ist eine Zersetzung der Sozialdemokratie unausbleiblich. In Bayern, Baden, Westpreußen sind schon Ansätze dazu vorhanden. Der besonnenere Teil wird, wie es in der Schweiz schon geschieht, von Fall zu Fall mit andern vorgeschrittenen Parteien zusammengehen. Große Versprechungen kann und will die Volkspartei nicht machen. Ebenso wie die Natur sich langsam entwickelt, ist es auch mit der Entwicklung der politischen und sozialen Einrichtungen der Fall.

V.

Zentrumspartei.

14. September. Der Abgeordnete Lieber sagt in einer Rede in einer Versammlung des katholischen Wahlvereins zu Stuttgart:

Auch wir haben heute Paradeversammlung. Aber wir sind in der glücklichen Lage, auf dem Platze gewesen zu sein noch vor Berlin und Königsberg. Wir stellen unsre Regimenter, unsre Brigaden, Divisionen, ja ganze Armeekorps. So sind einmal die „dummen" Katholiken, daß sie sich beizeiten organisiren gegen einbrechende oder herannahende Gefahren. Die Krankheit ist auch nicht erst durch die Sozialdemokratie gekommen. Der Bazillus der sozialen Krankheit heißt Liberalismus. Gegen die Urheber dieser Irrlehren zu kämpfen ist Pflicht, und nur ein Mittel der Rettung giebt es: Rückkehr, entschlossene Rückkehr zum Christentum. Wir Katholiken sind in dem vom Kaiser angerufenen Kampfe Seiner Majestät getreueste Soldaten. Schon ruft man wieder nach einem neuen Umsturzgesetz; die Vertreter des katholischen Volkes werden nie von der Richtschnur weichen, die sich hinzieht auf dem Boden des gemeinen Rechts. „In deinem Lager ist Deutschland," das wird man unserm Volksverein noch nachrühmen müssen.

15. September. Die Blätter der Partei zeigen sich sehr erregt über die in Rom zum 20. September geplante Feier des 25jährigen Gedenktags der Einnahme Roms durch die Italiener. Diese Feier, vernimmt man, gelte nicht der nationalen Einigung Italiens, sondern der Niederlage des Papsttums, nur die Freimaurer, die Streber, Stellenjäger und Beutelschneider feierten, und der Mob bilde das Volk dazu. Die „Germania" empfiehlt den „Katholiken Deutschlands" als „weitere Art des Protestes" gegen die italienische Nationalfeier am 20. September, man möge von vielen Orten aus Telegramme an Kardinal Rampolla absenden, die einen Protest gegen die Einnahme Roms enthalten, in den Städten würde wohl die Absendung von den Wahlkomitees oder den Vorständen der politischen Vereine erfolgen können.

20. September. In Blättern der Zentrumspartei werden allerlei Protestkundgebungen gegen die Feier der Einnahme Roms aufgezählt. Sie bestehen meist in Telegrammen „katholischer" Vereine und Versammlungen an den Papst. In München überreichen die Redaktionen von 38 „katholischen" Zeitungen Bayerns dem Nuntius eine Protestkundgebung gegen die Wegnahme des Kirchenstaates. Die Vorstandschaft des Augustinusvereins (katholische Presse Deutschlands) schließt sich der Kundgebung an. — Die „Germania" äußert sich über die Feier des 20. September:

Ein Schrei der Entrüstung ging durch die katholische Welt ob dieser frevelhaften Unthat (der Eroberung Roms), die das Oberhaupt der Kirche seines Landes und seiner Freiheit beraubte und zu einem Gefangnen in seinem eignen Palaste machte. Papst Pius IX. ist in dieser Gefangenschaft

gestorben, Leo XIII. hat mit der dreifachen Krone zugleich die Dornenkrone der Gefangenschaft erhalten, während die Revolution triumphirt. Wir Katholiken erblicken in dieser Lage des Papstes eine himmelschreiende Beugung des Rechts, eine Entwürdigung der von Gott gestifteten heiligen Kirche, mit einem Worte: einen furchtbaren Gottesraub. Rom gehört den Päpsten, weil die göttliche Vorsehung ihnen diese Stadt gegeben hat. Rom gehört allen katholischen Völkern und nicht einer einzigen Nation. Rom gehört der katholischen Kirche.

Die „Kölnische Volkszeitung" sagt:

Die weltliche Souveränetät des Papsttums bildet allein die Unterlage eines nach allen Seiten ungehemmten Kirchenregiments; „in der einen oder andern Form muß Rat geschafft werden." Das ist auch möglich, ohne daß das zur Not aufrecht erhaltne europäische Friedensgebäude einfällt, im Gegenteil wird die befriedigende Lösung dieser Frage eine Stütze für den Frieden sein, was ein Blick auf die politische Weltlage sofort ergiebt. Nicht von der Gewalt erwarten wir Katholiken die Lösung; wir gehen in „Ruhe und Beständigkeit" den von Leo XIII. empfohlnen Weg. Und dieser wird zum Ziele führen!

Die „Schlesische Volkszeitung" erblickt in der italienischen Feier eine Beleidigung der deutschen Katholiken. Die mit Trauerrand erscheinende „Märkische Volkszeitung" in Berlin schreibt:

Noch haben die Mächte, die sich christlich nennen, obwohl selbst umtost von der Flut des Unglaubens, es nicht begriffen, daß nur der Felsen Petri dieser Springflut Widerstand leisten wird und kann. Keine dieser Mächte hebt die Hand auf, um der Loge, die sich anschickt, am 20. September ihr satanisches Jubelfest über den Gottesraub zu feiern, ein dräuendes Halt! zu gebieten. Nun denn, auf! katholisches Volk, und schare du dich um den heiligen Vater, den Statthalter Christi, schare dich um das heilige Kreuz und bekunde laut vor aller Welt: Rom gehört dem Papste, hoch der Papst-König Leo XIII!

7.—12. Oktober. In Dortmund findet ein „katholischer praktisch-sozialer Kursus" statt. Auch der Abgeordnete Lieber kommt hier zu Worte und flechtet in eine Betrachtung über die Sonntagsruhe die Bemerkung ein: „Bismarck sei innerlich wie äußerlich an der Bekämpfung der Sonntagsruhe zu Grunde gegangen; wenn die Weltgeschichte das Weltgericht sei, so werde man sagen dürfen, daß Bismarck als Sabbatschänder gestorben sei."

7. Oktober. Ein Teil der Zentrumspresse nimmt die gerichtliche Freisprechung der Brüder Heinrich und Irenäus vom Kloster Mariaberg zu Aachen im Prozesse wegen Meineids zur Veranlassung, diese Ordensbrüder zu rehabilitiren von dem Makel, der im Prozeß Mellage wegen unmenschlicher Behandlung Irrsinniger auf sie gefallen war. So bemerkt eins dieser Blätter:

Der Prozeß Mellage, in dem der Bruder Heinrich als die Hauptfigur und als der Typus eines nichtswürdigen Menschen erschien, ist der Ausgangspunkt einer tollen Hetze gegen das Aachener Alexianerkloster und das katholische Ordenswesen überhaupt gewesen und hat Veranlassung zu tief eingreifenden Maßregeln gegeben, mit denen auch die Organe der Staatsregierung sehr rasch bei der Hand waren. Schon vor der Verhandlung vor

dem Aachener Schwurgericht war an manchen Stellen ein merklicher Umschwung eingetreten. Der Ausgang der neuen Aachener Verhandlung wird diesen Prozeß fördern.

24. Oktober. Bei der Ersatzwahl zum Reichstag im oberschlesischen Kreise Pleß-Rybnik siegt der polnische Kandidat, Lehrer Radwanski, über den Kandidaten der Zentrumspartei, v. Huene..

In einer umfangreichen sich hieranschließenden Erörterung in der Presse wird dieses Ergebnis dem Zentrum schuld gegeben, das die großpolnische Richtung groß gezogen haben; andre sehen den Grund in der Beeinflussung des Erzbischofs von Posen, wieder andre in der des galizischen Geistlichen Stolajowski, die Zentrumspresse jedoch darin, daß die Forderungen der Polen bisher nicht erfüllt seien.

25. Oktober. Bei der Reichstagsersatzwahl im Kreise Dortmund-Hörde erhalten: Dr. Lütgenau (Sozialdemokrat) 17 182 Stimmen, Kommerzienrat Möller (nationalliberal) 17 117 Stimmen, Lensing (Zentrum) 14 636 Stimmen. Es ist somit eine Stichwahl zwischen Dr. Lütgenau und Möller erforderlich. Bemerkenswert ist hierbei die Zunahme der nationalliberalen und der klerikalen Stimmen um 1000 bezw. 1400 und dann der äußerst geringe Fortschritt der Sozialdemokraten, die nur 67 Stimmen mehr als im Jahre 1893 erzielten. Die Wahlbeteiligung war so stark, wie es selten beobachtet wird: durchschnittlich haben mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. (s. S. 126.)

29. Oktober. Die „Kölnische Volkszeitung," ein Zentrumsblatt, wendet sich gegen die Kritiken, die das Zentrum der Unterstützung der polnischen Agitation beschuldigen, und sagt:

Was soll es heißen, das Zentrum habe in Oberschlesien die „polnische Agitation unterstützt"? Ist es nicht stets den „großpolnischen" Bestrebungen entgegen getreten? Es hat sich in Oberschlesien nur um einen Punkt gehandelt: die Sprachenfrage. Halten unsre Gegner uns nun für so wahnwitzig, daß sie glauben, der Ausfall dieser Wahl könnte uns veranlassen, unsre Ansicht wie einen Rock zu wechseln und jetzt die Germanisirungsbestrebungen durch die Schule zu unterstützen? Endlich erklärt das Blatt die polnische Bewegung in Oberschlesien aus dem Satze „Druck erzeugt Gegendruck" und zum Schlusse: „Seitdem Fürst Bismarck dem »Polonismus« den Krieg erklärte und die Germanisation durch die Schule auf sein Programm schrieb, ist diese »nationale« Strömung in Oberschlesien erst vorhanden. Hätte man auf das Zentrum gehört, so würde heute nicht in Pleß-Rybnik ein polnischer Kandidat gesiegt haben."

Die „Germania" schließt eine Betrachtung über die Wahl in Pleß-Rybnik mit folgenden Sätzen:

Wenn ein Teil der Presse den Sieg Radwanskis zu einer Warnung an die Regierung benutzt, nicht länger die polnische Bewegung in Oberschlesien gewähren zu lassen, sondern zur Abwehr zu schreiten, so haben wir schon oben gesagt, daß die Regierung den Agitatoren den Weg geebnet hat, indem sie begründete Beschwerden der oberschlesischen Bevölkerung nicht beachtete. An die polnische Fraktion aber wird dringender die

Frage zu richten sein, wie lange sie dem Treiben der polnischen Agitatoren und namentlich ihrer Hetzerei gegen das Zentrum noch ruhig zusehen oder vielmehr es in der Posener Presse unterstützen will.

3. November. Der Abgeordnete Bachem tritt in einer Rede zu Osterrath den vom Abgeordneten v. Ploetz im Rheinland gemachten Versuchen entgegen, hier für den Bund der Landwirte zu werben, und sagt u. a.:

Wir haben kein Interesse daran uns mit dem Osten zu verbünden. Dort sind ganz andre Verhältnisse und auch ganz andre Instinkte. Gerade aus den Agitationsversammlungen des Herrn v. Ploetz hier im Rheinlande sollte es allen klar geworden sein, daß wir hier keinen Verein gebrauchen können, der auf spezifisch wirtschaftlichem Gebiete so wenig leistet, der offiziell die konfessionellen Fragen aus seinem Programm ausscheidet und dann in seinem Organ Aeußerungen durchgehen läßt, die für das katholische Volk im höchsten Grade verletzend sind. Wir sind, denke ich, Mannes genug, um unsre Interessen nach unserm eignen Rezept zu wahren. Wir haben hier durchweg kleinen und mittleren Grundbesitz. Für diesen treten wir in erster Linie ein, während der Bund der Landwirte in erster Linie die Interessen des östlichen Großgrundbesitzes vertritt. Es wäre sehr gefährlich für uns, würden wir in dieses Fahrwasser geraten. Wir haben unsern Bauernverein, der groß geworden ist, wesentlich auch durch die Bemühungen der Zentrumspresse.

5. November. In der Stichwahl des Wahlkreises Dortmund-Hörde wird Lütgenau mit 24 632 gegen 21 514 Stimmen, die auf Möller fallen, gewählt. Somit fällt den Sozialdemokraten das 47. Reichstagsmandat zu.

6. November. Hierzu bemerken die „Hamb. Nachr.“:

Auf Grund der Ziffern bei der Wahl und der Stellungnahme der klerikalen Blätter zu der Stichwahl muß man annehmen, daß ein erheblicher Teil der Zentrumswähler Stimmenthaltung geübt hat; es sind bei der Stichwahl 2660 Stimmen weniger als bei der ersten Wahl abgegeben worden, und da zu vermuten ist, daß sowohl Nationalliberale wie Sozialdemokraten alle Anstrengungen gemacht und ihre letzten Reserven bei der Wahl ins Treffen gezogen haben, so ist der Ausfall jedenfalls noch höher zu veranschlagen als auf 2660. Andrerseits ist kaum wahrscheinlich, daß der Zuwachs von 7283 Stimmen, den der siegreiche Sozialist zu verzeichnen hat, in der Hauptsache auf sozialistischer Stimmvermehrung beruht, er dürfte vielmehr zum weitaus größten Teil auf das Eintreten von Zentrumswählern für den Sozialdemokraten bei der Stichwahl zurückzuführen sein. Man wird auch nicht weit fehl gehen, wenn man annimmt, daß mindestens ein Drittel der 14 630 Zentrumsstimmen der ersten Wahl Stimmenthaltung geübt und daß ein andres Drittel für den Sozialisten gestimmt hat. — Die „Post“ sagt: „Kaum zwei Monate sind vergangen, seit der Kaiser am Sedantage der flammenden Entrüstung aller deutschpatriotischen Herzen über das vaterlandslose Gebahren der Sozialdemokratie lauten Ausdruck gab, noch kein Monat ist ins Land gegangen, seit der Kaiserliche Mahnruf an unser Volk erging, sich gegen die Sozialdemokratie zu ermannen. Und jetzt die Eroberung des Wahlkreises Dortmund durch die Sozialdemokratie mit Zentrumshilfe! Die rote und die schwarze Internationale haben sich wieder einmal gefunden! Es genügt, die Thatsache zu registriren; das Urteil ergiebt sich von selbst.

Für uns ist der Vorgang nach der Entwicklungsgeschichte des Zentrums, namentlich in den westlichen Landesteilen, nicht allzu überraschend. Aber für vertrauensvolle Seelen, die das Zentrum so gern zu den staatserhaltenden Richtungen rechnen möchten, ist dieser Beweis seiner wirklichen Gesinnung sehr lehrreich.

7. November. Die „Germania" dagegen nennt es ein „elendes Pharisäertum" „wenn das parteioffiziöse Organ der nationalliberalen Partei dem Zentrum deshalb Vorhaltungen machen will, daß Dortmund für die Stichwahl zwischen einem nationalliberalen und einem sozialdemokratischen Kandidaten die Parole »strengste Wahlenthaltung« proklamirt hat, nachdem die Nationalliberalen in andern Wahlkreisen nicht nur dasselbe regelmäßig gethan oder sogar Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten abgeschlossen haben. Elendes Denunziantentum ist es, wenn die nationalliberale Presse, die angesichts dieser erweisbaren nationalen und politischen Versündigungen der eignen Partei allen Grund hätte, sich in ein bescheidnes Schweigen zu hüllen, das Zentrum nach oben hin anklagen will." — Der in Dortmund gewählte Dr. Lütgenau erkennt an, daß das Zentrum seinen Wahlsieg herbeigeführt habe, denn er bedankt sich in der von ihm redigirten „Arbeiterztg." für die Unterstützung des Zentrums mit folgenden Worten:

Weder Werben, noch Hochdruck, mit dem sie auch heute wieder gearbeitet haben, hat den Nationalliberalen etwas geholfen. Diejenigen Arbeiter, die im ersten Wahlgange für das Zentrum gestimmt haben, haben den Sieg der Sozialdemokratie entschieden. Wir hätten den Sieg zwar auch dann errungen, wenn das Zentrum, der Parole gemäß, sich der Wahl enthalten hätte. Aber diese Stimmzahl wäre ohne die Arbeiter des Zentrums nicht erreicht worden. Unsre Partei hat um Stimmen des Zentrums vor der Wahl mit keinem Worte geworben oder gebeten. Jetzt, nach der Wahl, dankt der Gewählte an dieser Stelle allen Zentrumswählern für ihre Stimmen. Und die katholischen Arbeiter werden finden, daß der Sozialdemokrat ihre Interessen kräftiger wahren wird als ein Zentrumsmann.

Die „Kölnische Zeitung" urteilt also: Es handelt sich keineswegs um eine eigne Eingebung der Wähler, sondern die Zentrumsleitung allein ist es gewesen, die dieses Ergebnis herbeigeführt hat. Die ultramontane Partei hat niemals mit stärkerm Hochdruck für die Machtvergrößerung der gottesleugnerischen, auf die Zertrümmerung des Bestehenden hinarbeitenden Partei gearbeitet, als bei dieser Wahl. Und hierin liegt die über das Unterliegen einer hervorragenden parlamentarischen Kraft und den Verlust eines bürgerlichen Mandats weit hinausreichende Bedeutung dieses Wahlergebnisses. Statt daß, wie es hätte kommen können und müssen, der Kaiser heute sagen darf, „das Volk beginnt meinem Rufe zu folgen," kann sich der „Vorwärts" mit frechem Seitenblick auf den Monarchen zu

schreiben erlauben: „Das Dortmunder Wahlergebnis ist die Antwort des Volkes auf alle die Verunglimpfungen und Verfolgungen, die unsre Partei in der letzten Zeit über sich ergehen lassen mußte.“ Und dies dank den ultramontanen Führern. Wer jetzt noch die Natur des Zentrums als einer Partei, die in der innern Verwirrung und Schwäche ihre Stärke sucht, nicht erkennt, dem kann der Milderungsgrund des Irrtums nicht mehr zugebilligt werden. Dafür beleuchtet die Dortmunder Wahl die ultramontane Zersetzungspolitik zu hell. Insbesondre wird auch die Regierung nicht mehr fortfahren können, von dieser Partei empfangne Schläge mit der Zuwendung politischer Vorteile zu bezahlen. Und wenn doch, so muß sie selbst gefaßt sein, dort ihre Gegner zu finden, wo die Gegner der Zerrüttung von Reich und Staat stehen. Die Erklärung für die Haltung der Ultramontanen haben wir bereits in dem Grundgedanken der Zentrumstaktik gefunden. Eine machthungrige Partei, die alle lebendigen Kräfte einer aufstrebenden Kultur zu ihren Gegnern zählen muß, stellt sich die Frage, welche Elemente sie unterstützen muß, um das fremde deutsche Reich unter ihr Joch zu beugen. Und die leitenden ultramontanen Kreise haben sich diese Frage also beantwortet: Das Ideal eines Parlaments nach dem Herzen des Zentrums ist ein Reichstag, in dem sich ohne Beihilfe des Zentrums keine regierungsfähige Mehrheit bilden kann; in einem solchen Reichstag werden wir in der Lage sein, von Fall zu Fall unsre Stimmen zu verkaufen und von der Regierung Zugeständnisse auf andern Gebieten zu erpressen. Wir müssen also bei den Wahlen nicht diejenigen Parteien unterstützen, die uns sozial, politisch und kirchlich noch am nächsten stehen, sondern diejenigen, die den schärfsten, den unversöhnlichsten Gegensatz zu uns bilden. Wir nennen uns, wenn es gerade nützlich erscheint, eine christlich-konservative Partei, aber im Wahlkampf verbünden wir uns just mit den rabiatesten Anhängern Eugen Richters, die bei keiner Mehrheitsbildung und bei keiner praktischen Politik in Betracht kommen. Wir ziehen mit donnerndem Pathos und mit lautem Getöse in den Kampf für den Thron und gegen den Umsturz, aber bei den Wahlen unterstützen wir als skrupellose Realpolitiker die wüstesten Revolutionäre. Erreichen wir es, daß fast der halbe Reichstag aus rauhbeinigen Sozialdemokraten und unpraktischen Doktrinären besteht, so können wir über das deutsche Reich eine Brotsperre verhängen, die wir erst aufheben werden, wenn man nach und nach unsre sämtlichen Forderungen erfüllt.

Andrerseits giebt die Berliner Zentrums-Korrespondenz folgende Erklärung:

Die nationalliberale Partei ist im Bezirk Dortmund die eigentliche Arbeitgeberpartei, und in den Augen der großen Masse, besonders der Arbeiter, wird die Arbeitgeberschaft und ihre Partei nicht nach den guten Elementen in derselben, sondern nach dem scharf und schroff auftretenden „Brotherrn," namentlich nach den vielfach tyrannischen Beamten der großen Werke beurteilt. Nun ist es ganz klar und zweifellos, daß diese nationalliberale Partei nicht imstande ist, unter den Arbeitern Propaganda zu machen und die Arbeiter der sozialdemokratischen Verführung zu entreißen. Die nationalliberale Partei ist nach Ursprung und Geschichte das gerade Gegenteil einer Arbeiterpartei. Die werbende, rettende Kraft des Zentrums unter der Arbeiterschaft wäre nun mit einem Schlage lahmgelegt, wenn die Parteileitung die Parole ausgeben wollte: Für den nationalliberalen Kandidaten! Das gäbe eine Fülle von Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen! Mit nur zu großem Erfolge würde man überall den katholischen Arbeitern sagen: Seht ihr, euer Zentrum geht auch mit den Zechenpaschas und den Schlotjunkern. Das Zentrum beginge Selbstmord, wenn es sich durch das Eintreten für den kompromittirten Nationalliberalismus in den Geruch der Arbeiterfeindlichkeit brächte. Darum wirkt das Zentrum wahrhaft staatserhaltend, wenn es jede Gemeinschaft mit dem verrufnen Nationalliberalismus ablehnt.

Das Zentrumsblatt „Der Westfale" in Münster gesteht dagegen die Abstimmung der Zentrumswähler für den Sozialdemokraten ein, indem es sagt:

Für Möller dürften, wenn man auf jeder Seite 1000 Stimmen Reserve rechnet, etwa 2000 bis 3000 katholische Wähler eingetreten sein, für den Umstürzler 5000 bis 6000. So gestaltet sich schließlich, bei Licht besehen, die offiziell angesagte „Wahlenthaltung"! Wir bedauern das Wahlergebnis aufs tiefste.

8. November. Die Berliner „Post" spricht sich aufs neue über dieses Wahlergebnis aus:

Wenn die „Germania" Möller als nicht minder erbitterten Feind der katholischen Kirche bezeichnet, als es der Sozialdemokrat sei, wenn die „Tremonia" des Herrn Lensing in Dortmund zwischen Möller und Lütgenau den feinen Vergleich anstellte, der eine sei „Schwarte," der andre „Speck," so haben die katholischen Wähler diesen Wink wohl verstanden und nicht Wahlenthaltung geübt, sondern sind in hellen Haufen ins Lager der Sozialdemokraten übergegangen. Das geht aus den Einzelresultaten wie aus dem Gesamtresultat ganz evident hervor. Wo bleibt nun der Ausspruch des Zentrums von 1893, daß kein gläubiger Christ auch nur vorübergehend mit der Sozialdemokratie liebäugeln darf?

Das Zentrumsblatt „Der Westfale" ergreift nochmals das Wort:

Wir können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß das Eintreten von Tausenden von katholischen Arbeitern für einen Mann des Umsturzes vielleicht die Folge hat, daß man in Zukunft die Sozialdemokratie mit günstigern Augen ansieht und die Versammlungen der Sozialisten anfängt zu besuchen. Die Parteileitung des Wahlkreises hat einen

großen Fehler begangen. Die Parole für die Stichwahl mußte nicht lauten: „strikte Wahlenthaltung," sondern etwa: „Kein Zentrumsmann darf für den Sozialisten stimmen, auf der andern Seite kann der nationalliberale Bewerber nicht gerade empfohlen werden; es wird aber dem Belieben der Wähler anheimgestellt, für ihn einzutreten oder sich der Abstimmung zu enthalten." So aber, wie die offiziell angekündigte „Wahlenthaltung" auf breiter Front geübt worden ist, kommt sie einem Eintreten für den Sozialdemokraten vollkommen gleich. Bei strikter Wahlenthaltung aller Zentrumswähler wäre Möller unsrer Ansicht nach zweifellos gewählt worden. Wir wissen keinen Wahlkreis im ganzen deutschen Reiche, wo eine Anfreundung der katholischen Arbeiterschaft mit den Sozialdemokraten so feuergefährlich wäre wie im Industriebezirk Dortmund-Hörde. Uns sagte schon vor Jahresfrist ein welterfahrner katholischer Geistlicher, der sich in dem bezeichneten Gebiet jahrelang in verantwortungsvollen Stellungen bewegt hat, daß die katholische Arbeiterschaft angesichts der Verlockungen von sozialistischer Seite außerordentlich gefährdet sei dank der Nachgiebigkeit der Presse; er befürchte, daß in zehn Jahren auch die katholischen Arbeiter den Umstürzlern ein geneigtes Ohr schenken würden. Die Verhetzung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern im Dortmunder Gebiet ist nämlich eine hochgradige. Kommerzienrat Möller ist nicht als Nationalliberaler gefallen, soviel man darüber auch redet, sondern als Arbeitgeber, obwohl er für seine Person anerkanntermaßen ein warmer Freund der Sozialreform ist.

Die Dortmunder „Tremonia," ein Zentrumsblatt, denkt sich den Hergang also:

Kaum war diesmal seitens der Zentrumsleitung die Parole Wahlenthaltung ausgegeben, als wieder die sogenannten „guten Katholiken" auf der Bildfläche erschienen und durch Wort und Schrift für die Nationalliberalen agitirten. Die nationalliberale Parteileitung hausirte dann mit diesen „guten Katholiken" herum und präsentirte sie den Zentrumswählern als leuchtendes Beispiel gegen die Parteileitung des Zentrums. Das hat furchtbare Erbitterung bei unserm braven katholischen Arbeiterstande hervorgerufen. Nur durch diese grenzenlos dummen Provokationen von der andern Seite ist es erklärlich, wenn vielleicht ein Teil der katholischen Arbeiter für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben sollte.

Aehnlich spricht sich die „Kölnische Volkszeitung", ebenfalls ein Zentrumsblatt, aus:

Das Sprüchlein vom „gemeinsamen Feind" hört man lediglich bei so unbequemen Wahlsituationen, wie soeben in Dortmund. Und da hatte man zur Einleitung des „gemeinsamen" Kampfes den Katholiken fortwährend Faustschläge ins Gesicht versetzt. Es folgte eine Herausforderung der andern, und das sollen wir alles lächelnden Mundes hinnehmen und am folgenden Tage für diese selben Nationalliberalen auf die Schanzen steigen, als gelte es, für das Vaterland zu fechten? Das war zuviel!

10. November. Bezüglich solcher Erklärungsgründe sagen die „Hamburger Nachrichten":

Für die Haltung der Zentrumsleitung gegenüber der Entscheidung in Dortmund ist ein ganz andrer Faktor bestimmend gewesen, als der Haß. Diesen würde die überwiegende Mehrheit der „Führer" unter den heutigen Verhältnissen gern eine Weile zurückgestellt haben, wenn sie durch den Ruhm einer staatserhaltenden That hätte gewinnen können. Sie durften aber die Parole, für Möller einzutreten, nicht wagen, weil ihnen

sonst die Hälfte ihrer Wählerschaft davongegangen und geradwegs in das sozialdemokratische Lager marschiert wäre. Die westfälischen ultramontanen Blätter setzen dies selbst mit einer wahrhaft cynischen Offenheit auseinander. Ein überaus bezeichnendes, erschreckendes Schlaglicht ist es, das auf diese Weise auf das Zentrum fällt, wie es heute geworden ist. In Dortmund ist es die Hälfte seiner Gefolgschaft, die nur mit mehr oder weniger unverfälschter sozialdemokratischer Kost nominell unter der Fahne des Zentrums festgehalten werden kann. Die Partei wird also, wenn sie sich diese Elemente erhalten will, auf die Dauer eine die sozialdemokratische Methode kopirende Agitation zu treiben gezwungen sein. Wenn diese Thätigkeit von Erfolg ist, so wird man statt der roten eine schwarze Sozialdemokratie haben — „staatserhaltend" ist weder die eine noch die andre. Dem Zentrum mag es ja darauf auch gar nicht ankommen. Es ist kein Geheimnis, daß es hervorragende ultramontane Politiker giebt, die mit dem heutigen Staate bereits fertig sind; sie halten ihn für verloren und beschäftigen sich nur noch mit dem Problem, ob der Zukunftsstaat klerikal-sozialistisch oder demokratisch-sozialistisch sein wird. Bisher hat das Zentrum, so oft der Kampf mit der Sozialdemokratie in Frage stand, seine wahre Stellung zu demselben durch eine Wahlenthaltung voller Phrasen und durch allerlei verwirrende Seitensprünge zu verhüllen gesucht. Nach Dortmund ist das nicht mehr möglich. Auf das Verhältnis der Regierung zum Zentrum kann das, sollte man meinen, nicht ohne Wirkung bleiben.

VI.

Polnische Partei.

1. September. Gegenüber den Festlichkeiten zum Sedantage nimmt das Polentum eine herausfordernde Haltung ein. Dies tritt besonders hervor bei den Vorbereitungen zur Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Samter. Was die Presse betrifft, so sagt der „Goniec Wielkopolski":

Wir haben schöne Zeiten erlebt! Wer hätte es noch vor zehn Jahren erwartet, daß die Nachkommen der Krieger, die die Feinde des Slawentums bei Hundsfeld und Grunwald schlugen — heute freiwillig den Triumph der germanischen Waffen über das katholische Volk feiern würden! — Der Posener „Dziennik," der die Beteiligung der Polen an der Sedanfeier ebenfalls für unzulässig hält, schreibt: „Aus rein ethischen Gründen, die mit dem politisch-nationalen Gefühl nichts gemein haben, geziemt es uns, daß wir uns von demonstrativen Jubiläumsfeierlichkeiten fernhielten, die das berechtigte Gefühl der französischen Nation schmerzlich verletzen mußten, gegen die wir keine Veranlassung haben, gehässig zu sein, und mit der wir im Laufe des letzten Jahrhunderts und auch früher durch verschiedne politische Verhältnisse verbunden gewesen sind, obgleich nicht immer zu unserm Vorteil, was wir augenblicklich hier nicht näher erörtern wollen. Für uns stellt daher die fünfundzwanzigjährige Einigkeit Deutschlands keinen Zeitpunkt der Freude, wohl aber des empfindlichsten Schmerzes und tiefster Trauer dar." — Die Wochenschrift „Przeglad Polski" führt in einem Artikel „Sedan und die Polen" aus: Wenn mir jemand vor zehn Jahren gesagt hätte, daß sich die polnischen Fahnen vor dem blutigen An-

denken des preußischen Sieges neigen würden, ich würde vielleicht dem Verleumder ins Gesicht gespieen und laut gerufen haben: „Lügner derjenige, der mein Volk anklagt, daß es den Nacken so tief beuge und seine Ehre mit Füßen trete.“ Und heute tauchte diese Nachricht in den Spalten der Zeitungen Posens auf, und ich fand nicht den Mut des Zweifelns. In den letzten Jahren unsers Lebens feierte die Loyalität solche Orgien, und so oft wälzte sich ein Teil des Volkes im Staube, daß man mir den Glauben an den Stolz des Volkes raubte. Es giebt Städte im Großherzogtum Posen und Westpreußen, wo polnische Standarten sich vor dem Denkmal preußischer Macht neigen sollen, wo polnische Bürger die blutigen Lorbeeren der Moltke und Bismarck zu ehren beschlossen, wo sogar der Sokol (die polnischen Turnvereine führen in der Fahne den Falken, sokol), dieser stolze Vogel, im Staub sich neigen will vor dem Triumph von Sedan. Die Provinz überflügelt in loyalen Ehrerbietungen die Posener Hauptstadt, und geleitet von der zitternden Hand feiler Liebhaber von Orden, von Geldfabrikanten oder zügellosen Vorkämpfern „des neuen Kurses,“ verwischt sie die Schamröte und segnet die Peitsche, die über ihrem Ohre pfeift. Es ist aber in dieser dunkeln Nacht, die unsre Gemeinschaft umfaßt, ein heller Strahl, der Hoffnung erweckt — denn siehe da! zur Wahrung der nationalen Ehre rafft sich die ganze polnische Presse auf, und vielleicht nur der einzige „Kuryer Poznanski“ wird den Verehrern von Sedan Beifall spenden.

Dieser „Kuryer Poznanski“ aber, das Organ des Erzbischofs v. Stablewski, sagt:

An der in der Ausstellung zu veranstaltenden Sedanfeier darf kein Pole teilnehmen, da die Ausstellung ein industrielles Unternehmen ist, das mit dem Patriotismus nichts gemein hat. Zahlreiche Stimmen der Entrüstung wurden über den Ausschuß laut, der sich herausnehme, die Ausstellung zu politischen Zwecken auszunutzen. Unsre Leser meinen, daß, ebenso wie wir am Tage der Eröffnung der Ausstellung einen stummen Protest erhoben haben, am Montag der Fuß keines Polen den Ausstellungsplatz betreten wird. Dasselbe Blatt teilt die den Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz betreffende Verfügung des erzbischöflichen Konsistoriums nicht mit.

2. September. Am Sedantage liegt die Dominsel, auf der der Palast des Erzbischofs steht, in tiefstem Dunkel, und keine Fahne weht auf den Dächern. An vielen Orten wird von polnischer Seite versucht, die Feier der Deutschen zu stören.

13. September. In der „Kölnischen Zeitung“ heißt es: Ein Sturm der Entrüstung ist durch die deutsche Bevölkerung der Ostmarken gegangen! Die Heuchelei der polnischen Presse und Agitatoren hat sich in offenkundigster Weise gezeigt. Feindseligste Gesinnung gegen das Reich und sogar gegen die Person des Kaisers, das sind die Früchte der Hetzereien, die dem ganzen Volk zum schweren Schaden gereichen werden. Der Glaube an die Loyalität der polnischen Führer ist dahin, der Erzbischof und seine Adelspartei können und werden es nicht von ihren Rockschößen abschütteln, daß das Organ dieser Gruppe genau so gegen die Sedanfeier und ein Kaisertransparent protestirt hat wie der „Vorwärts.“

20. September. Die Polen rüsten sich zu einem politischen Feldzug. Die bestehenden Organisationen genügen ihren Führern nicht mehr; sie fordern im „Oredownik" öffentlich zur Bildung politischer Vereine auf. Als Basis für eine erfolgreiche Organisation sollen die Industrievereine benutzt werden, die zu einem großen Verband zusammenzuschließen wären, in dem politische Fragen zur Sprache gebracht werden könnten.

24. September. Die „Gazeta Grudzianska" will wissen, „daß eine ziemlich bedeutende Anzahl polnischer Gutsbesitzer die Nachricht von der Gründung der Landbank mit großer Befriedigung begrüßt habe, und daß diese Landbank schon eine Zahl von Offerten von denjenigen polnischen Bürgern besitze, die sich ihrer Güter entäußern wollten." Das Blatt läßt seine Landsleute nicht im Zweifel über das, was ihrer harrt: „Die polnische Presse wird die vaterländische Scholle überwachen und jeden Schacherer, der sein Gut der Landbank verkauft, mit dem Namen eines Verräters, den Verkauf der Güter an die Landbank als Verrat brandmarken."

9. Oktober. Der „Goniec Wielkopolski" regt eine polnische Kundgebung an: „Zwei Wochen trennen uns nur noch von einem traurigen Jahrestage. Am 24. Oktober 1795 wurde der Teilungsvertrag mit Preußen unterschrieben, auf Grund dessen sein erster Anteil von 1772 sich um die Länder am Niemen, Bug und der Pilitza vergrößerte. Dies dürfen wir nicht vergessen! Jeder Sohn des Vaterlandes, der an die künftige Wiedergeburt eines unabhängigen Polens glaubt, muß dieses Tages in Sammlung des Geistes gedenken." Das Blatt fordert daher die Polen auf, diesen Tag durch Darbringung einer nützlichen nationalen Opfergabe zu feiern.

19. Oktober. In der „Kölnischen Zeitung" wird folgendes ausgeführt:

Bekanntlich lieben es die Polen, wenigstens bestimmte Kreise derselben und diese auch hauptsächlich dann, wenn sie etwas erreichen wollen, sich als harmlose und loyale Unterthanen hinzustellen, die ganz unberechtigterweise „verfolgt" werden. Es ist unter diesen Umständen immer verdienstvoll, den Polen die Maske vom Gesicht zu reißen, und wenn sie uns selbst die Möglichkeit dazu geben, so ist uns das doppelt willkommen. Als ein solches Zeichen polnischer Loyalität können wir wohl folgenden Artikel des Goniec Wielkopolski betrachten. „Zwei Wochen," so heißt es da, „trennen uns nur noch von einem traurigen Jahrestage. Am 24. Oktober 1795 wurde der Teilungsvertrag mit Preußen unterschrieben, auf Grund dessen sein erster Anteil von 1772 sich um die Länder am Niemen, Bug und der Pilitza vergrößerte. Dies dürfen wir nicht vergessen! Jeder Sohn des Vaterlandes, der an die künftige Wiedergeburt eines unabhängigen Polens glaubt, muß dieses Tages in Sammlung des Geistes gedenken." Deutlicher kann wohl der Wunsch auf Selbständigkeit Polens, d. h. auf Abtrennung Posens von der preußischen Monarchie und dem deutschen Reiche

nicht ausgesprochen werden, und man kann aus solchen Kundgebungen ersehen, was es mit den entgegenstehenden Beteuerungen auf sich hat. Auch eine andre Auslassung des Goniec zeigt, wie wenig die Polen in die Rolle der unschuldigen Lämmer passen, in der sie manchmal auftreten. Der Goniec treibt nämlich die Unverschämtheit so weit, den Deutschen überhaupt das Recht zum Aufenthalte in Posen abzusprechen! „Wir (die Polen) sind die eingebornen Kinder dieses Landes. Wenn es nicht genügend Brot für beide Nationalitäten giebt, so mögen die Deutschen in ihre Heimatgegenden zurückgehen, uns aber in Ruhe lassen. Es hat sie überhaupt niemand bei uns zu Gast geladen, sie brauchen sich bei uns nicht zu ruiniren, da sie so viel Platz im »großen Vaterlande« haben." Weiter wird ausgeführt, daß „wir (die Polen) die bei uns Brot suchenden Fremden stets gern und gastfrei aufgenommen haben." Kurz, es wird wiederholt die unerträgliche Behauptung aufgestellt, daß die Polen die eigentlichen Herren dieser preußischen Provinz seien und die Deutschen nur der geduldete Teil.

24. Oktober. Am hundertsten Jahrestage der letzten Teilung Polens werden in der St. Martin- und in der Pfarrkirche zu Posen Trauergottesdienste abgehalten. Die „Gaz. Torunska" bezeichnet die Teilung als einen Triumph der Gewalt und Uebermacht über das natürliche und übernatürliche Recht und sagt:

Aber Polen ist nicht verloren, so lange wir leben, und wir hegen die Hoffnung, daß Gott, der uns trotz vieler Unglücksfälle und Verfolgungen nicht untergehen ließ, auch in Zukunft sich unsers Vaterlandes annehmen werde, und daß er, wie das Gold im Feuer, unsre Nation durch Leiden nur prüft, um dieselbe im geeigneten Augenblick rein und edel zur Vollendung des durch die Union von Lublin begonnenen Werkes, d. i. zur allgemeinen Verbrüderung der Völker zu berufen. Wann, in welchen Grenzen und Bedingungen Gott uns das Vaterland wiedergeben wird, wissen wir nicht; wir glauben aber fest, daß Polen hergestellt werden wird.

Der „Goniec Wielkopolski" erscheint mit einem Trauerrand. Auf der ersten Seite befindet sich ein Bild, das die damaligen Herrscher von Rußland, Oesterreich und Preußen sowie den König von Polen, die Karte von Polen ausbreitend, darstellt. Dem Bilde folgt ein Gedicht, in dem u. a. gesagt wird, daß die Polen warten würden, bis Gott ihnen Freiheit und Unabhängigkeit senden würde, und daß sie im Gebet Trost suchen würden. Die Schlußstrophe des Gedichts lautet: „Mit gebrochnem Herzen erheben wir zu dir den blutgetränkten, thränenvollen Blick und flehen wir bei den Gräbern der Opfer: Erbarme dich, Herr, der Trauer der Waisen . . . erbarme dich über uns." In einem dem Gedichte folgenden Artikel wird zur Ausdauer in den weitern Kämpfen angeregt und zum Schluß gesagt: „Wenn jeder wahre Pole das Bedürfnis und die Wichtigkeit der ameisenartigen Bestrebungen auf jedem Gebiet begreifen wird, dann werden wir alle Stürme überdauern, und es wird uns oder unsern Kindern dereinst die Morgenröte der Freiheit noch scheinen. Helfen wir uns selbst, und Gott wird uns helfen." Die Graudenzer „Gazeta Grudziadzka" läßt sich also vernehmen:

Kein wahrer Pole hat, wie uns dünkt, bisher die Hoffnung aufgegeben, daß Polen einst wieder unabhängig dastehen werde. Wir haben auch gar keinen Anlaß, daraus ein Hehl zu machen, daß wir die Unabhängigkeit Polens ersehnen wie das Heil unsrer Seelen. Man hat uns goldne Berge versprochen, viel von väterlichem Walten geredet. O ja, wir hören das Pfeifen der Knuten, fühlen die antipolnische Peitsche ständig auf unsern Schultern, und die antipolnische Peitsche ist das Hauptmerkmal dieses väterlichen preußischen Waltens. Wie das Salz den physischen Durst, so verstärken die Verfolgungen der Preußen in unsrer Seele das Sehnen nach der Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes. Zwar werden wir das nicht mehr mit den Waffen in der Hand erkämpfen, denn wir wissen, daß ein Aufstand den Herren Preußen sehr gelegen käme, da sie uns dann mit dem Bajonett, mit der Karabiner- und Kanonenkugel aufwarten, Tausende der Unsrigen vernichten und uns vollständig zu Grunde richten könnten. Darum werden wir nicht an Aufstände denken, sondern mittels stiller und ausdauernder Arbeit an der Veredelung, Wiedergeburt und Bereicherung der Volksgesamtheit mit unerschütterlichem Glauben an die Zukunft des Erbarmens Gottes warten.

Bei der Reichstags-Ersatzwahl im Bezirke Pleß-Rybnik siegt der polnische Kandidat, Lehrer Radwanski, mit $^2/_3$ der Stimmen über v. Huene, den Kandidaten der Zentrumspartei, die seither dieses Mandat in Händen gehabt hat.

Die Blätter der Zentrumspartei klagen über Unbotmäßigkeit, während die polnischen Blätter in dieser Wahl eine neue Warnung der Polen an das Zentrum erblicken; der „Dziennik Poznanski" sagt: „Das Zentrum dürfte sich jetzt überzeugen, daß mit diesem seinem Glauben und der Sprache seiner Väter innig und ohne Heuchelei ergebnen Volke gerechnet werden muß. Es wird sich überzeugen, daß man dessen berechtigte Wünsche nicht geringschätzen und es zur Wahlurne nicht treiben kann, um nachher seine heiligsten Verlangen und natürlichen Rechte nicht zu verteidigen. Dies ist schon die vierte beredte Lehre. Zweimal nämlich ist gegen den Willen des Zentrums der Major Szmula in den Land- und Reichstag gewählt worden, ferner ist der Wirt Strzoda in den Reichstag und jetzt der Rechtsanwalt Radwanski ebenfalls in den Reichstag gewählt worden. Ueber ein Kleines, und es wird ihrer mehrere geben."

26. Oktober. In einer Versammlung der Zentrumspartei zu Breslau führt der Anwalt Abgeordneter Porsch bezüglich obiger Wahl aus:

Ich will Ihnen sagen, was der eigentliche Kernpunkt dieses Wahlkampfes ist: das ist die Machtfrage gegenüber dem Zentrum! In Oberschlesien sollen die Wahlkomitees nur noch solche Kandidaten aufstellen dürfen, die der polnischen Presse angenehm sind, und mit dem Augenblick, in dem ein der polnischen Presse weniger angenehmer Kandidat aufgestellt wird — der Mann mag ein Engel vom Himmel sein —, dann halten die polnischen Blätter sich für berechtigt, einfach gegen die Beschlüsse des Komitees vorzugehen und das Wahlkreiskomitee über den Haufen zu werfen. Das ist nicht erst seit heute und gestern; ich weiß, daß man schon vor einigen Jahren, schon in den Wirren der Militärvorlage darüber beraten hat, für Oberschlesien die Polonisation selbständig und unabhängig vom übrigen Schlesien zu machen und in Oberschlesien nur besonders qualifizirte Männer zu wählen — und auch vor den jetzigen Wahlen, nach der Entschließung des Komitees in Pleß-Rybnik, hat es in unverblümter Weise der

„Dziennik Poznanski“ ausgesprochen: es sei an der Zeit, daß in Oberschlesien eine aufrichtige Eintracht eintrete zwischen den deutschen Katholiken und der „nationalschlesischen“ Partei, weil auch diese nur unter dem katholischen Banner ihre nationalen Angelegenheiten verteidige. Die Tendenz der ganzen Agitation geht dahin, den Einfluß des deutschen Zentrums für Oberschlesien zu beseitigen.... Wir im Zentrum haben bisher einen Unterschied von Deutschen und Polen nicht gekannt, keinen Unterschied der Sprache, der Stände, der Berufsarten. In dem Augenblick, in dem man einen solchen Unterschied einführt, in dem Augenblick bricht der Boden zusammen, auf dem das Zentrum steht, und auf dem das Zentrum allein groß sein kann!

Ende Oktober. Ueber den Sieg des polnischen Kandidaten bei der Reichstagswahl in Pleß-Rybnik (S. 137) sagt der „Goniec Wielkopolski“:

Der Sieg des schlesischen Volkes bei den letzten Wahlen in Pleß-Rybnik erfüllt unsre Herzen mit Hoffnungen und ist ein verdienter Lohn für alle diejenigen, die durch Rat und Hilfe, durch mühevolle Arbeit und Ausdauer das polnische Volk zur Selbständigkeit, zum Selbstbewußtsein des polnischen Bürgers gebracht haben. „Ehre sei euch Schlesiern, daß ihr zum bürgerlichen Selbstbewußtsein gelangt seid, Ehre euch für die Ausdauer bei der Arbeit und für die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten eines Polen! Das uralte Schlesien lebe hoch!“

23. November. Bei den Wahlen der Delegirten zur Generalversammlung der Landschaft für Posen werden sechs Polen gewählt, weil von den 35 wahlberechtigten Deutschen nur zehn erschienen.

26. November. Hierzu sagen die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

Wenn das Deutschtum in der Provinz sich selbst ein derartiges Armutszeugnis ausstellt, wie es bei der oben erwähnten Gelegenheit geschehen ist, dann kann es sich nicht darüber beklagen, daß den Polen der Kamm schwillt und sie in solchem Verhalten ihrer Gegner ein beschämendes Selbstbekenntnis der Ohnmacht erblicken. So lange die Deutschen in diesem nationalen Kampfe um die politische Existenz nicht einsehen, daß nur die äußerste Anspannung aller Kräfte vor dem Unterliegen bewahren kann, wird es unmöglich sein, den Polen den Respekt vor der nationalen Macht der Deutschen aufzunötigen. Alle Vereinsgründungen und sonstigen Bemühungen, um die Kräfte des Deutschtums zu konzentriren, wirken nur dekorativ, wenn ihnen der praktische Hintergrund einer energischen Bethätigung deutscher Gesinnung mangelt.

VII.

Deutsche Rechtsparteien.

11. September. In Frankfurt a. M. findet der dritte Kongreß statt. Den Vorsitz führt Legationsrat a. D. v. Oertzen.

Der Reichstagsabg. v. Hodenberg-Wiedenhausen giebt in einem Berichte über die Revision der deutschen Verfassung zunächst eine Darstellung

der geschichtlichen Entwicklung des Zeitraums von 1866 bis 1870. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes gilt ihm als eine Militärdiktatur mit etwas parlamentarischem Beiwerk, über welchen Charakter auch die Erfolge von 1870 nicht hinwegblenden könnten. Wenn Windthorst prophezeite, daß unsre deutsche Reichsentwicklung dem Absolutismus oder der Republik zusteuere, so habe ihm die Gegenwart schon Recht gegeben. Bestimmte Vorschläge zur Abänderung zu machen, sei nicht Aufgabe der Rechtspartei, sogar auf die Gefahr hin, daß man ihr wieder vorwerfe, sie könne nichts Positives schaffen. An zahlreichen Stellen aus den Reden der namhaftesten Partikularisten in der Zeit nach der Annexion wies der Vortragende die Richtung nach, in der sich ein auf das Recht gestützter deutscher Staatenbund entfalten müßte, anstatt eines Großpreußens. Das Ueberwiegen preußischen Einflusses in der Reichsverfassung führe heute noch zu fortgesetzten, auf Unifizirung der militärischen Dinge abzielenden Maßnahmen, und es wäre wohl zu wünschen, daß die deutschen Fürsten, statt vasallenmäßig im Glanz des kaiserlichen Hofes aufzugehen, wieder Kontingentsherren ihrer Heere und der eignen Stellung sich bewußt würden. Das allgemeine Wahlrecht könne zwar der Rechtspartei nicht genügen, aber weil sie den Staatsstreichideen aufs entschiedenste abgeneigt ist, erblicke sie im Wahlrecht doch auch für sich das einzige Gegengewicht gegen imperialistische Omnipotenz. — Der kurhessische Referendar a. D. Schimmelpfeng hält eine ähnliche Rede und sagt u. a.: Die Rechtspartei ruft alle Bürgen des Deutschtums auf, erwartet die Initiative der Fürsten auf dem Gebiet des Stammesbewußtseins, wünscht die Wiederherstellung der Throne in Hannover, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein, die ständischen Vertretungen von Köln und Frankfurt bis Königsberg und Breslau, die Wiederhereinziehung der österreichischen Kronländer in den Bund und die Pflege der alten geschichtlichen Beziehungen. — Minister a. D. v. Hodenberg-Celle ergeht sich in Ausführungen über die Politik Bismarcks, die manchem nicht korpsstudentenhaft, sondern knotig erschienen sei, über die „Größe" Berlins, die vielen Einsamlebenden doch nicht imponire, und über die Gottesfurcht, aus der heraus ein langsamer, aber sicherer Erfolg für die Rechtspartei entstehen werde. Welche Panik, welcher Katzenjammer würde nicht eintreten, wenn es den Sozialdemokraten etwa einmal gelänge, auf acht Tage durch einen Putsch Berlin in ihre Gewalt zu bekommen und die Zahlung der Koupons zu inhibiren. Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Deutschland sei nur eine Gewähr für die Fähigkeit des deutschen Volkes, mit politischen Dingen sich zu beschäftigen. Gefährlich sei sie nicht; denn die Wahrheit müsse ja doch am Ende siegen.

28. Oktober. Die welfische „Deutsche Volkszeitung" widmet dem ältesten Sohne des Herzogs von Cumberland zu seinem sechzehnten Geburtstag unter der Ueberschrift: „Heil Prinz Georg Wilhelm von Hannover!" einen Glückwunsch, in dem es heißt:

Es beginnt das Lebensalter, in dem auf Grund der Erziehung im elterlichen Hause der Charakter sich bildet. Wir haben zum erstgebornen Prinzen unsers angestammten Königshauses das feste Vertrauen, daß er als Sohn seiner erhabnen Eltern, als Erbe der Ahnen des ruhmvollen Welfenhauses stets seiner Rechte und Pflichten, die seine hohe Stellung, zu der er geboren ist, bedingen, eingedenk sein und bleiben wird. Zur Geltendmachung von Gottes Gesetz und Ordnung auf Erden möge es ihm als Namensträger des heiligen Georg gelingen, den Drachen der Revolution, von wo er komme, zu besiegen! Das ist unsre Hoffnung für die Zukunft!

VIII.

Sozialdemokratische Partei.

1. September. Die Berliner „Genossen" senden zum bevorstehenden Sedantage den französischen Sozialdemokraten ein „Verbrüderungstelegramm." — Der „Vorwärts" sagt unter der Ueberschrift „Sedan und kein Ende":

Selbst der Milliardenregen zerrann fruchtlos wie in der Volkssage das Hexengold; nur Staub und Asche ließ er zurück in unserm Volksleben: das habgierige Protzentum, das mit der Gründerära in Blüte ging, und dessen eingewurzelte Wucherpflanze stinkend und faulend unsre Gesellschaftsluft verpestet.

2. September. Zur Sedanfeier in Bremen bringt die dortige sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung" folgendes „Gedicht":

Glockengeläute, Festgottesdienst, — Patriotische Hanswurstiade, — Hoch vom Dachstein eine Rede, — In die Mordshurrakanaille, — Massenumzug von dummen Jungen — Kanonendonner und Spektakel, — Wettgebrüll und Saufgelage, — Wacht am Rhein und Freudenthränen, — Apollo, stimme deine Leier: — Das ist die Bremer Sedanfeier.

4. September. Der Reichstagsabgeordnete Auer hält in einer Berliner Versammlung einen Vortrag über die Frage „Warum die Sozialdemokratie die Sedanfeier nicht mitmacht." Anscheinend soll unter dem Eindruck der Entrüstung über die Haltung der sozialdemokratischen Parteipresse, hierdurch wieder etwas eingelenkt werden. Auer führt u. a. aus:

Wer behaupte: die Sozialdemokratie sei stets antinational und antimonarchisch gewesen, fälsche die Geschichte. Die Sozialdemokratie habe sich erst nach der Schlacht von Sedan und nach der Gefangennahme Napoleons gegen die Weiterführung des Krieges und auch gegen die Annexion erklärt. Dasselbe hätten aber auch die radikalbürgerlichen Parteien gethan. Die Sedanfeier könne die Partei nicht mitmachen, weil sie keineswegs eine nationale, sondern eine Parteifeier sei. Die „Reichsfeinde" seien eine Erfindung Bismarcks, und wirkliche Reichsfeinde dürften in Deutschland nur in ganz vereinzelten Exemplaren vorhanden sein. „Jedenfalls zählen die Sozialdemokraten nicht zu den Reichsfeinden." Die Sozialdemokratie erkenne an, daß die nationale Einigung Deutschlands eine wirtschaftliche Notwendigkeit war, die sich auch ohne Bismarck vollzogen hätte. Kein Sozialdemokrat wünsche die Zustände, wie sie vor 1870 geherrscht, zurück. Daß die Emser Depesche gefälscht worden, sei ja von Bismarck selbst zugegeben worden. Es sei selbstverständlich, daß Bismarck den ihm am günstigsten scheinenden Moment zum Losschlagen erwählte. So sei „an der Hand der Geschichte" bewiesen, daß die Sozialdemokratie stets denselben Standpunkt eingenommen habe.

8. September. Der in Ohrdruf versammelte sozialdemokratische Parteitag des Herzogtums Gotha protestirt gegen den von höchster Stelle gefallenen Ausdruck „Rotte von Menschen," „falls damit die Sozialdemokratie gemeint ist."

12. September. Der „Sozialist," Organ der Berliner Anarchisten, fragt ebenfalls, ob der Kaiser in seiner Sedanrede wirklich die Sozialdemokraten gemeint habe und sagt:

Es ist uns lediglich um die historische Wahrheit zu thun; und für unsre Einsicht war Kaiser Wilhelm I. kein großer Mensch, sondern u. a. der Adoptivvater des Ausnahmegesetzes, und 1849 war er so wenig allverehrt, von allen verehrt, wie jetzt 1895. Er ist uns keine geheiligte Person, wir legen an ihn, wie an jeden, der öffentlich wirksam war oder noch ist, den Maßstab der Kritik an, und da finden wir so manches an ihm, was auch heute noch unsern Zorn erregt. Worin soll denn nach des Kaisers Meinung diese Zurückweisung — dieser unerhörten Angriffe — seitens des Volkes bestehen? Er hat uns darüber bisher völlig im Unklaren gelassen. Es ist aber zu bemerken, daß die Beschimpfung des Andenkens Wilhelms I. auch heute schon „zurückgewiesen" werden kann; nämlich wenn dessen Tochter, die Großherzogin von Baden, Strafantrag stellt.

15. September. Ein Parteitag für die Provinz Brandenburg beschließt in Berlin:

In Anbetracht, daß von Jahr zu Jahr größere Massen des polnischen Proletariats gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und in ihrer geradezu grenzenlosen Bedürfnislosigkeit ihre Arbeitskräfte für den minimalsten Lohn den Fabrikanten anzubieten, wodurch den deutschen Arbeitern immer größere Hindernisse für ihre Forderungen in den Weg gelegt werden, sieht sich der Parteitag veranlaßt, in der Provinz Brandenburg eine durchgreifende Agitation unter diesen Aermsten der Armen zu fordern und dieselben zu einem Anschluß an eine Arbeiterorganisation zu veranlassen.

24. September. Der Abgeordnete Singer sagt in einer Rede in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Berliner Wahlkreis:

Die bürgerliche Partei aller Schattirung ist eifrigst bemüht, Scheite für den Scheiterhaufen zu sammeln, auf dem die Sozialdemokratie verbrannt werden soll; die Parole lautet wieder wie 1878: Ausnahmegesetz. Daß die herrschenden Klassen vor uns in Angst und Sorge sind, darüber können wir uns nur freuen. Es ist nur merkwürdig, daß sie immer noch der Meinung sind, die Sozialdemokratie sei nur das Werk einiger Hitzköpfe und Agitatoren. Nur so läßt sich auch die augenblickliche Bemühung unsrer Gegner deuten, mit der Macht, die sie noch in den Händen haben, uns ein Ende bereiten zu wollen. Wie Sie aus der gegnerischen Presse ersehen haben, ließen die bürgerlichen Parteien alle kleinen Interessen und gegenseitigen Feindschaften verschwinden und schlossen sich im Kampfe gegen uns eng zusammen. Wenn man von Revolution und revolutionären Parteien spricht, so muß man doch die konservative Partei in erster Linie nennen. Die Konservativen wollen die Revolution von oben, den Staatsstreich, wie das Auftreten des Grafen Mirbach im Herrenhause und gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit gezeigt haben. Wir dagegen wollen die Rechte des Volkes wahren. Wir sind die Verteidiger und Beschützer des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts. Wir sind Gegner der Anarchisten. Die heutigen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft sind durchaus anarchistische. In diesem Jahre ist das Ereignis der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des Sedantages zum Angriff gegen uns benutzt worden. Man kann sich nur wundern, daß unsre Gegner denken konnten, die Sozialdemokratie würde anläßlich der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr jenes Tages eine andre Stellung zu derartigen Festen annehmen, wie seit fünfundzwanzig

Jahren. Die Sozialdemokratie wäre eben nicht Sozialdemokratie, wenn sie sich an derartigen chauvinistischen Kundgebungen beteiligen würde. Wir, die wir den Völkerfrieden wollen, können doch unmöglich die Erinnerung an Schlachten feiern, bei denen Menschen getötet und vieles Unglück heraufbeschworen wurde. Diese unsre Stellungnahme hätte doch der Gegnerschaft und deren Presse bekannt sein müssen und konnte nicht überraschen. Wir fühlen uns einig mit den Arbeitern Frankreichs und wollen so wie sie den Völkerfrieden und nicht die Leidenschaften aufstacheln. Die Sozialdemokraten, die 1870 und 1871 geblutet, haben gar keinen Grund, die fünfundzwanzigste Wiederkehr als Reminiscenz einer Kulturerrungenschaft oder Fortschritt der Zivilisation zu feiern. Diese Meinung ändern wir auch nach Schimpfworten nicht. In der gegnerischen Presse werden wir als vaterlandslose Partei charakterisirt: Eine Rotte, die nicht wert ist, den Namen Menschen zu tragen! Wir sind aber so wenig vaterlandslos, daß wir treu im Vaterlande blieben, als uns der gute Rat gegeben wurde, den Staub von den Füßen zu schütteln. Wir haben das feste Bewußtsein, daß unser Kampf nur auf internationalem Boden geführt werden kann. Internationalität läßt sich noch lange nicht mit Vaterlandslosigkeit identifiziren; gerade wir wollen im Vaterlande bessere Zustände nicht für eine Klasse, sondern für alle darin Lebenden herbeiführen.

4. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beginnt im „Vorwärts" den Bericht über ihre parlamentarische Thätigkeit zu erstatten. Gleich die einleitenden Sätze belehren die Genossen über die bösen Absichten der „besitzenden herrschenden Klasse" gegenüber den Arbeitern:

„Die besitzende herrschende Klasse will die Besitzlosen politisch rechtlos machen, um gefügige Arbeiter zu erhalten, die mit dem niedrigsten Lohn wie der höchsten Steuerbelastung zufrieden sein müssen, und besonders die einflußreichsten der Besitzenden, Großgrundbesitzer und Großindustrielle, waren abermals bemüht, die Gesetzgebung zu Gunsten der profiterhaltenden Kreise auszubeuten." Der Kampf gegen die Sozialdemokratie habe gleich nach der Eröffnung des Reichstags am 14. November v. J. begonnen, und zwar mit einer Reihe von Zwischenfällen. Der Bericht schildert aus diesen „Zwischenfällen" besonders eingehend das Sitzenbleiben beim Kaiserhoch in der ersten Sitzung im neuen Reichstagshause.

6. Oktober. In Breslau wird der sozialdemokratische Parteitag eröffnet. Es sind 250 Delegirte anwesend, darunter einige Frauen.

7. Oktober. Es wird auf dem Parteitage der Geschäftsbericht des Parteivorstandes erstattet und sodann beschlossen:

In Erwägung, daß Dr. Rüdt kurz nach dem Frankfurter Parteitage in gegnerischen Blättern seinen Austritt aus der Partei öffentlich ankündigte, mit der Motivirung, daß er sich den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages nicht füge, daß zwar Dr. Rüdt später wieder in die Partei eintrat, diese widerspruchsvolle Handlungsweise aber eine Herabwürdigung der Partei ist, die sich diese nicht bieten lassen darf, erklärt der Parteitag: Dr. Rüdt hat aufgehört, Parteigenosse zu sein.

8. Oktober. Es wird auf dem Parteitage eine große Menge von Anträgen eingebracht. Der Vorsitzende Singer teilt mit, daß die Polizei den Genossen Dr. Ellenbogen aus Wien ausgewiesen

habe. Auf Antrag der Genossinnen Zetkin aus Stuttgart und Gerndt aus Berlin wird beschlossen:

1. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches mit aller Energie die Initiative zu ergreifen für die Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, die die Frau dem Manne gegenüber benachteiligen. 2. Bei den bevorstehenden Beratungen über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs mit aller Energie einzutreten für die Rechte der unverheirateten Frauen als Mütter, sowie für die Rechte ihrer Kinder.

Ferner wird beschlossen: „Die Reichstagsfraktion hat zu veranlassen, daß die Karenzzeit bei der Altersversicherung von siebzig auf sechzig Jahre herabgesetzt und über die Alters- und Invalidenversicherung alljährlich eine Statistik veröffentlicht wird."

11. Oktober. Nach inzwischen stattgehabten längeren Verhandlungen beschließt der Parteitag mit 158 gegen 63 Stimmen:

Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen, denn dies Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentumsfanatismus. Es erklärt das Interesse der Landeskultur in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeutestaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat. Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen von denen der Industrie verschiednen Gesetze hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem flachen Lande eine gedeihliche Wirksamkeit entfalten soll. Er beauftragt daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebnen Anregungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandne Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen, als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands."

12. Oktober. Es wird vom Parteitag ferner beschlossen:

1. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage der Frauenagitation und des Proportionalwahlsystems zu setzen. 2. Die „Neue Welt" (das offizielle sozialdemokratische Unterhaltungsblatt) möge textlich mehr dem Verständnis der Proletarierfrauen angepaßt und mit Illustrationen versehen werden, die dem Charakter eines Unterhaltungsblattes für klassenbewußte Arbeiter besser als bisher entsprechen. Wenn irgend möglich, ist auch eine Vergrößerung desselben von acht auf zwölf Seiten für denselben Preis anzustreben oder aber der Preis herabzusetzen. Dadurch würde es vermieden werden, daß andre Unterhaltungsblätter politisch farbloser Inhalts als Beilagen zu Parteiorganen benutzt werden. 3. Die flachen und pikanten Schriften, insbesondre die Jugendschriften des Wiesticschen Ver-

lags sowie die „Gekrönten Häupter“ sind als sozialdemokratische Schriften nicht anzuerkennen. 4. Der Parteivorstand wird beauftragt, bei der nächsten passenden Gelegenheit, namentlich dann, wenn sich der preußische Landtag daran machen sollte, das preußische Vereinsrecht noch reaktionärer zu gestalten, eine Agitation für das allgemeine gleiche direkte Wahl- und Stimmrecht sowie für unbeschränkte Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit in ganz Deutschland beziehungsweise in ganz Preußen einzuleiten. 5. Gegen die immer bestimmter auftretenden Vorschläge der reaktionären Parteien, das für das deutsche Reich geltende allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, insbesondre das Koalitionsrecht einzuschränken, eine energische Agitation einzuleiten, die darauf hinausgeht, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für die einzelnen Landtage und Kommunen auszudehnen, und unumschränktes Koalitionsrecht zu erringen. Es gilt unter allen Umständen zu verhindern, daß die herrschenden Klassen in ihrer unheilvollen Verblendung die wichtigsten Pfeiler einer gesunden Entwickelung gefährden, damit einem Konflikt der Machthabenden der Boden entzogen wird. 6. In Erwägung, daß infolge der wirtschaftlichen Notlage der arbeitenden Klassen die Frauen und Mädchen in immer größerer Zahl in allen Branchen des Erwerbslebens als Konkurrentinnen der Männer aufzutreten gezwungen sind, bei ihrer bisher so vernachlässigten Aufklärung sowohl im politischen wie wirtschaftlichen Wissen aber leider noch als Hemmschuh anstatt als zielbewußte Mitstreiterinnen im Kampfe um die Existenz sowohl als um die endliche Beseitigung der heutigen Wirtschaftsweise anzusehen sind, und da es gilt, eine jahrhundertelange Vernachlässigung und geistige Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts wieder gut zu machen, so ist es notwendig, daß in dieser Hinsicht mit Hochdruck gearbeitet wird. Bisher kämpfte nur das halbe Volk gegen die kapitalistische Weltordnung an; die Sozialdemokratie hat vor allem die große Aufgabe zu erfüllen, auch die andre Hälfte der Menschheit in die Kampflinie einzureihen; das ist nicht leicht, sobald aber das Verständnis geweckt ist, wird das proletarische Weib mit um so größerer Energie und Kampfesfreudigkeit in Reih und Glied marschieren mit den sozialistischen Brüdern. Um das notwendige Verständnis für den Klassenkampf beim weiblichen Proletariat zu wecken, ist es aber dringend nötig, daß die Männer der Arbeit mehr und energischer als bisher überall an die Pflicht gemahnt werden, alle in ihren Bereich kommenden Frauen und Mädchen auf eine vernünftige und würdige Weise in die politischen sowohl wie namentlich auch in die gewerkschaftlichen Organisationen hereinzuziehen und sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Teilnahme am öffentlichen Leben anzuregen. In Anerkennung dieser Notwendigkeit macht der Parteitag es den Delegirten, soweit dieselben als Referenten in Stadt und Land über die hier gepflognen Verhandlungen Bericht zu erstatten haben, zur Pflicht, den in dieser Resolution niedergelegten Gedanken mit Nachdruck zu vertreten. 7. In Anbetracht, daß es wohl der Wunsch eines jeden Genossen sein muß, daß die ländlichen Arbeiter von dem Ausnahmegesetz der Gesindeordnung befreit werden, wird der Parteivorstand beauftragt, bei passender Gelegenheit eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage. Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben mehr Beachtung widmet wie bisher. Beides würde ein wirklich durchgreifendes Mittel für die Landagitation sein. 8. In Erwägung, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der zur Erwerbsarbeit gezwungnen Mädchen und Frauen immer jämmerlicher werden, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter-

schaft beständig wächst und durch die Konkurrenz der Frauen auch die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter fortschreitend verschlechtert sowie die Männer aus weiten Kreisen der Industrie immer mehr verdrängt werden, fordert der Parteitag die Genossen, insbesondre die Vertrauenspersonen und Agitatoren der Partei auf, durch möglichst vielseitige statistische Feststellungen über die unausgesetzte Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnisvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen und Gewerbebetrieben die helle Beleuchtung und die scharfe Kritik allseitiger Oeffentlichkeit zu verbreiten. Das gesamte Material ist der Redaktion der Gleichheit zu übermitteln.

13. Oktober. In einer Anarchistenversammlung zu Berlin wird der sozialdemokratische Parteitag zu Breslau verurteilt.

Schlosser Wiese: Dieser Parteitag habe gezeigt, daß die „Autoritäten," die Führer der Sozialdemokratie, Theorie und Praxis durchaus nicht in Einklang zu bringen vermögen. Steinbahrt sucht die Beschlüsse des Parteitags zu verteidigen, worauf Schlosser Wiese erwidert: Die sozialdemokratischen Führer beschweren die Arbeiter durch die hohen Gehälter immer mehr. Sie bringen sie immer mehr ins Vegetiren hinein. Die Sozialdemokratie terrorisirt die Arbeiter auf unglaubliche Weise, besonders in den kleinen Städten. Wenn sie den armen Webern im Eulengebirge oder den armen Arbeitern bei Gotha die Groschen herauspreßt, sollte man doch mit diesen Groschen nicht so schlimm umgehen. Schneider Kulick: Sämtliche Parteitage sind weiter nichts wie eine Aussaugung der Arbeiter, wenn man die Kosten in Betracht zieht, mit denen sie verknüpft sind. Dort werden doch nur leere Phrasen gedroschen. Während man den am 1. Mai auf die Straße gesetzten Arbeitern keine drei Mark Unterstützung zahlen konnte, bekommen die hoch besoldeten Parteibeamten sechs Mark Diäten. Wenn die Partei nicht von den großen Führern gereinigt wird, wird aus dem Zukunftsstaate nichts. Jeder Arbeiter, der sich von der Sozialdemokratie ausbeuten läßt, ist ein Narr. Ich will lieber bei dem schlimmsten Kapitalisten arbeiten als im Zukunftsstaate.

14. Oktober. Ueber den Parteitag spricht sich der „Vorwärts" also aus:

Es waren Tage schwerer Arbeit und auch großer Aufregung. Wir, die unsre Geschäfte in vollster Oeffentlichkeit abmachen, haben nichts zu vertuschen und zu verhehlen. Wir können ruhig sagen, daß selten in der Partei die Geister so scharf auseinandergeplatzt sind, wie bei Beratung des Agrarprogrammentwurfs. Die sozialdemokratische Partei steht heute so intakt, so kampfesmutig und siegesbewußt da, wie nur je. Trotz der schroffen Wortgefechte, trotz der Ablehnung des Agrarprogrammentwurfs mit einer starken Zweidrittelmajorität hat sich in der Partei nichts geändert, und dieser Auffassung hat der Parteitag dadurch Ausdruck gegeben, daß er die Parteileitung, die zuletzt in Frankfurt a. M. gewählt wurde, mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität in ihrem Amte bestätigte. Es hat sich nichts geändert, außer etwa, daß die allzu schnell, ohne die nötige gründliche Ueberlegung und Beratung gefaßte Agrarresolution des Frankfurter Parteitags aus der Welt geschafft wurde.

Der „Vorwärts" äußert seine Befriedigung darüber, daß sich die freisinnige „Breslauer Morgenzeitung also geäußert habe:

Die Rückständigkeit unsers politischen Lebens macht den Bestand der Sozialdemokratie zur Notwendigkeit. In einem Lande, das die Gleichberechtigung seiner Staatsbürger nur auf dem Papier anerkannt hat, das im übrigen aber eine Domäne der konservativen Partei und, soweit die Verwaltung Preußens in Frage kommt, ein Probirobjekt für den Adel geblieben ist, muß eine Partei existiren, die in der Oppositionsstellung das äußerste leistet.

Ende Oktober. Eine Anleitung zu gewissenlosen Eidschwüren giebt seinen Lesern das von Zwickau aus im Vogtland verbreitete Sozialistenblatt „Sächsisches Volksblatt," indem es einem Leser den Rat giebt:

Machen Sie sich keine Kopfschmerzen umsonst. Der Unterthaneneid sowie der Bürgereid müssen geleistet werden, sonst werden Sie nicht zur Staatsangehörigkeit und Bürgerwerdung zugelassen. Die politischen Eide sind Formen, denen genügt werden muß, und denen ohne Rückhalt genügt werden kann. Der Politiker hat sich damit abzufinden und findet sich damit ab. Der politische Eid ist obendrein etwas, was nicht erzwungen werden kann, er ist vielmehr freiwillig. Stolpern Sie also nicht über Formalitäten des konstitutionellen Staats.

Ueber das Thema „Revolution und Sozialdemokratie" spricht sich der frühere Reichstagsabgeordnete Geise in der Breslauer „Volkswacht" wie folgt aus:

Schon seit jener Zeit, seit der wir Sozialdemokraten das kommunistische Manifest als Grundquell all unsers sozialpolitischen Wissens und Wollens anerkannt haben, macht sich jeder Sozialdemokrat nur lächerlich, der als politisch ungefährlich erscheinen will. Freilich, wir haben als Grundlage unsrer Partei das Erfurter Programm, und in diesem ebenso wie in allen vorhergehenden programmatischen Aktenstücken dieser Art findet sich kein Wort von einer revolutionären Katastrophe, zu der die gegenwärtig tobenden Klassenkämpfe hinzudrängen scheinen. Während nun das Erfurter Programm die gemeinsame Grundlage aller für alle unsre Parteigenossen verbindlichen Parteianschauungen ist, so hat diese doch eng und klar begrenzte Grundlage selbst ein breiteres und tieferes Ideenfundament, und das ist eben — wer von uns Sozialdemokraten möchte es leugnen und möchte es entbehren? — das Kommunistische Manifest und wird es bleiben, bis wir gesiegt haben. Darin aber, und besonders in dessen lapidaren Schlußsätzen steht zu lesen, daß die Kommunisten — und sind wir Sozialdemokraten das etwa nicht!? — es verschmähen, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen: „Die Kommunisten erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung; mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern, die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten, sie haben eine Welt zu gewinnen."

12. November. Der Reichstagsabgeordnete Liebknecht wird vom Landgerichte in Breslau wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, begangen in seiner Ansprache zur Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitags in Breslau am 6. Oktober.

Die Entscheidung geht, wie die „Schlesische Zeitung" berichtet, dahin, daß in dem ersten der beiden inkriminirten Sätze eine Majestätsbeleidigung nicht gefunden worden sei, weil dieser erste Satz nicht besage, daß die höchste

Staatsmacht absichtlich und wissentlich den Beleidigern der Sozialdemokratie einen Schutz angedeihen lasse; daß der Partei mit Hilfe der Staatsmacht der Fehdehandschuh hingeworfen worden sei, beziehe sich sicherlich auf Seine Majestät, sei aber insofern nicht beleidigend, als hier nur das Anerbieten eines ritterlichen Kampfes gekennzeichnet werde. Zweifellos beleidigend aber sei ein Ausdruck in dem zweiten Satze. Das Gericht sei der Ansicht, daß — weil die ganze Kundgebung des Angeklagten sich direkt an ein Publikum wandte, das vorher die Kundgebung Seiner Majestät gehört hatte und diese im sozialdemokratischen Sinne auffaßte — ein Zweifel bei dem Publikum nicht darüber bestehen konnte, daß mit dem zweiten Satze nicht bloß irgend eine Partei, sondern auch eine noch höhere Stelle gemeint war, und daß derselbe einen Hinweis auf die Rede Seiner Majestät vom 2. September bildete. Das Gericht nehme an, daß der Angeklagte seine Worte gewählt habe, um einer Majestätsbeleidigung zu entgehen, aber er habe mit der Möglichkeit rechnen müssen und gerechnet, daß seine Worte als Majestätsbeleidigung aufgefaßt werden könnten und würden, und das Gericht nehme ferner an, daß unter der Zuhörerschaft sich Personen genug befanden, die gerade nach dem Vorangegangnen keinen Zweifel hatten, daß der zweite Satz bezogen werden würde nicht bloß auf die Beleidiger, sondern auch speziell auf denjenigen, an dessen Pronunziamento die ganze Sache anknüpfte. Daß er das direkt gewollt habe, sei nicht nachgewiesen, aber es sei nachgewiesen, daß er die Worte zweideutig gewählt habe und sich wohl bewußt war, daß die Zuhörerschaft den Eindruck haben konnte, diese Worte seien auf den Kaiser gemünzt. Deshalb sei der Angeklagte der Beleidigung schuldig. Bei Abwägung der Strafe sei in Betracht gezogen worden einerseits sein hohes Alter und der Umstand, daß er in gewisser Weise das Delikt habe vermeiden wollen, andrerseits aber die Rolle, die er in der Partei spiele, und die Wichtigkeit, die seinen Worten als einem beabsichtigten Gegenpronunziamento der Partei beigemessen werden mußte.

30. **November.** Nachdem das Berliner Polizeipräsidium infolge von Haussuchungen bei mehr als achtzig Berliner Sozialdemokraten die Schließung mehrerer Vereinsorganisationen in Berlin angeordnet hat, macht der Vorstand der sozialdemokratischen Partei folgendes bekannt:

An die Parteigenossen! Unter dem heutigen Datum ist den Unterzeichneten, bisherigen Mitgliedern des Vorstands der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, folgende Verfügung zugegangen:

An den Vorsitzenden des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Reichstagsabgeordneten Herrn Paul Singer.

Der Polizeipräsident.

Berlin, den 29. November 1995.

Es wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 vorläufig geschlossen ist, weil derselbe als politischer Verein im Sinne dieses Gesetzes mit andern Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten ist. Jede fernere Beteiligung an diesem Verein oder einer Neubildung, die sachlich als Fortsetzung des geschlossenen Vereins erscheint, ist nach § 16 des Vereinsgesetzes strafbar.

Der Polizeipräsident.
von Windheim.

Parteigenossen! Durch die in vorstehendem Aktenstück ausgesprochne Maßnahme sind die Unterzeichneten behindert, die Geschäfte der Partei weiter zu führen. Wir haben deshalb mit dem heutigen Tage unsre Funktionen als Parteivorstand vorläufig eingestellt und sehen dem weitern Verlauf der gegen uns und in uns gegen die Gesamtpartei inszenirten Aktion ruhig entgegen. Wir werden vor dem ordentlichen Richter, vor dem dieser Polizeiakt seinen Abschluß finden muß, den Nachweis erbringen, daß weder in der letzten Zeit, noch innerhalb der fünf Jahre, seit denen wir bereits die Ehre hatten, als Vorstand die Geschäfte der Partei zu führen, unsrerseits etwas geschehen ist, wodurch das polizeiliche Vorgehen gesetzlich gerechtfertigt werden könnte. Für die Partei selbst, wie für den weitern siegreichen Fortschritt unsrer gerechten Sache ist diese Maßregel so gleichgiltig, wie die gleichen Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Organisationen in den Jahren 1873 und 1875 gleichgiltig gewesen sind. Unsre Partei wird bestehen, kämpfen und siegen mit oder ohne offizielle Organisation! Indem wir hiermit unsre Thätigkeit als Parteivorstand vorläufig einstellen, geht selbstverständlich die Leitung der Partei bis auf weiteres auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, als die erwählte Vertretung der Partei über.

Berlin, 30. November 1895.

J. Auer. August Bebel. Albin Gerisch. Wilh. Pfannkuch. Paul Singer.

Hinsichtlich der Schließung der Vereine bemerkt der „Vorwärts“:

Ueber die Berechtigung dieser Maßregel uns hier weiter auszulassen, fehlt uns die Neigung.

Die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes, nach denen das „Inverbindungtreten“ politischer Vereine untersagt ist, sind als politische Zwangsmaßregel so überlebt, daß sogar die nationalliberalen Heißsporne bei ihrem Geschrei nach strengern Maßnahmen auf dem Gebiete des Vereinswesen zugeben, das Verbindungsverbot sei als vollständig unhaltbar fallen zu lassen. Vorläufig aber rufen wir unsern Genossen zu: seid auf dem Posten und behaltet ruhig Blut! Lasse sich niemand provoziren, und sehe sich jeder seine Umgebung genau an!

3. Dezember. Der Abgeordnete Liebknecht spricht in einer Versammlung in Berlin über die Verfolgung der Sozialdemokratie und den dolus eventualis. Er sagt u. a.:

Der Gedanke an den Absolutismus bringt immer mehr in gewisse Kreise ein. Von dem Umsturzgesetz ist man zurückgekommen, da unsre Gesetze ja dehnbar wie Gummi sind, wie ich am eignen Leibe erfahren mußte. Denn die Motivirung der Urteile, die ich erfahren, hätte nach dem Umsturzgesetz nicht anders sein können. Deshalb war das Sozialistengesetz auch nur Komödie. Das Gesetz soll streng gehandhabt werden, aber auch gerecht. In Deutschland ist es leider soweit gekommen, daß sich die Gerechtigkeit nicht

mehr mit dem Staate verträgt. In Deutschland sind die Verfolgungen fast epidemisch geworden. Deutschland steht bezüglich der Gerechtigkeit jetzt auf ähnlicher Stufe mit Rußland und der Türkei. Nach dem dolus eventualis brauche ich gar keine Beleidigung begangen zu haben. Es genügt, daß irgend ein Zuhörer annimmt, ich hätte einen bösen Gedanken gehabt. In England kennt man keine Majestätsbeleidigung, und gerade dort steht die Monarchie am festesten. Unsre Organisation war streng nach dem Gesetze geformt, und doch wurde sie aufgelöst, während andre Organisationen, die gegen das Vereinsgesetz verstoßen, bestehen bleiben. Was hier Recht heißt, heißt dort Unrecht. Das ist die Anarchie des Rechts in Deutschland.

Siebenter Abschnitt.

Der Reichskanzler und preußische Minister.

20. Juli. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst stattet dem Kaiser von Oesterreich in Ischl einen Besuch ab.

22. Juli. Zusammenkunft des Fürsten Hohenlohe mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, Grafen Goluchowski, in Ischl.

11. September. Der Reichskanzler wird in Peterhof vom Zaren Nikolaus II. empfangen. Hiernach hat er eine Zusammenkunft mit dem russischen Minister des Aeußern, Fürsten Lobanow-Rostowski.

10. Oktober. Der „Reichs- und Staats-Anzeiger" veröffentlicht in seinem amtlichen Teile Folgendes: Unter Bezugnahme auf einen Ende Juni d. J. in der Zeitschrift „Die Zukunft" enthaltnen Angriff auf den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister von Boetticher, hat neuerdings die „Deutsche Tageszeitung" wiederholt Klage darüber geführt, daß leitende Kreise der Korruption verdächtigt würden, und daß der Boden für Gerüchte schlimmer Art dadurch vorbereitet sei, daß sich höchste Staatsbeamte öffentliche Vorwürfe gegen ihre Lauterkeit und Rechtlichkeit ruhig hätten gefallen lassen. Auf Veranlassung des Staatsministers von Boetticher sind die thatsächlichen Vorgänge, die zu den gegen ihn gerichteten Angriffen Anlaß gegeben haben können, schon früher amtlich festgestellt worden. Diese Thatsachen sind seiner Zeit ihrem vollen Umfange nach durch den Staatsminister von Boetticher selbst zur Allerhöchsten Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs gebracht. Auch sind die Schritte, die gegen diese verleumderischen

Gerüchte etwa zu thun seien, wiederholt im Schoße des Staatsministeriums erwogen worden. Das Ergebnis dieser Erwägungen war, daß es im vorliegenden Falle der Würde eines Staatsministers nicht entspreche, gegen solche versteckten Verdächtigungen im Wege der gerichtlichen Klage vorzugehen. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen hat auch die gesamte Presse aller Parteien jene Angriffe teils mit Stillschweigen übergangen, teils mit Verachtung zurückgewiesen. Nachdem gleichwohl jetzt der Versuch gemacht ist, auf dieselben zurückzukommen, erscheint es an der Zeit, diesem Treiben dadurch ein Ende zu machen, daß die amtlich festgestellte Grundlosigkeit der erhobnen Vorwürfe öffentlich vom Staatsministerium bezeugt wird.

In der „Zukunft" vom 29. Juni d. J. war gesagt worden:

Wenn es wahr ist, wie sehr glaubwürdige Zeugen versichern, daß der Staatssekretär in einer Zeit, wo über den Bankverkehr bedeutsame Entscheidungen zu treffen waren, von Großbankiers Summen entliehen hat, die er nach menschlicher Voraussicht niemals zurückzahlen konnte, dann müßte sein Verbleiben im Amt von allen bedauert werden, die zwischen Politik und Sittlichkeit nicht eine trennende Schranke errichten möchten.

Im Jahre 1886 kam es zur amtlichen Kenntnis des damaligen Präsidenten der Reichsbank, daß ein dem Staatssekretär des Innern durch Familienbande nahestehender Bankdirektor an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gelangt war. Auf die Mitteilung davon lehnte der Staatssekretär unverzüglich jede Intervention zu Gunsten des Bankdirektors ab. Indessen gelang es andern Verwandten des letztern mit Hilfe einiger Freunde, seine Schuldenlast zu decken. Zu diesem Zweck hat auch der Staatsminister v. Boetticher sein gesamtes eignes Vermögen hergegeben. Von dem Sachverhalt hat damals der Staatssekretär des Innern dem ihm vorgesetzten Reichskanzler Mitteilung gemacht, der demnächst die Erstattung der von jenen Freunden hergegebnen Summen herbeigeführt hat.

Es ist amtlich festgestellt,

1. daß die geschilderten Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, in der von beabsichtigten Reformen des Bankwesens überhaupt noch nicht die Rede war;

2. daß der Staatsminister v. Boetticher niemals von Bankiers Geld entliehen hat;

3. daß der Staatsminister v. Boetticher keinerlei Zuwendungen, auch nicht den Ersatz des von ihm hergegebnen eignen Vermögens empfangen hat.

Das Königliche Staatsministerium.

Fürst zu Hohenlohe. Freiherr v. Berlepsch. Miquel. Thielen. Bosse. v. Köller. Freiherr v. Marschall. Freiherr v. Hammerstein. Schönstedt.

An diese Bekanntgebung schließen sich mehrere Wochen lang fast täglich lange Erörterungen in vielen politischen Tagesblättern.

14. Oktober. Insbesondre wird in den Hamburger Nachrichten Anlaß genommen zu folgender Auslassung:

Daß der Staatsminister v. Boetticher immer schon andre Ansichten als Fürst Bismarck in den Arbeiterfragen gehabt hat, ist ohne Zweifel richtig; er war aber nicht in der Berechtigung, eine andre Ansicht als die des Reichskanzlers zu vertreten, am allerwenigsten hinter dessen Rücken, denn er war als Staatssekretär des Innern der direkte Untergebne des Reichskanzlers und hatte also die Verpflichtung, mit diesem zu gehen oder auszuscheiden. Zum Mitgliede des preußischen Staatsministeriums aber war er als Nachfolger Delbrücks und Hofmanns lediglich ernannt, um dort die Ansichten des Reichskanzlers zu vertreten, wenn derselbe persönlich nicht dazu imstande war. Auch beim Kaiser hatte v. Boetticher nicht die Berechtigung, andre Auffassungen als die seines Vorgesetzten zu unterstützen. Sowohl beim Kaiser wie im Parlament war er verpflichtet, der Sonntagsruhe und den Eingriffen in die Familie durch Verbot resp. Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit zu widersprechen. Beides hat er unterlassen, und wir glauben, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zum Ausscheiden des ersten Reichskanzlers führten, im Kabinett, besonders aber bei Immediatvorträgen sich der besondern Befürwortung durch v. Boetticher erfreut haben.

Im Berliner „Lokal-Anzeiger" wird eine unwidersprochen gebliebne Unterredung veröffentlicht, die jemand vor einem Jahre mit dem Minister v. Boetticher gehabt habe. Darnach soll dieser gesagt haben:

Ich bin lange genug an dieser Stelle. Vierzehn Jahre bin ich hier thätig gewesen, und in diesen vierzehn Jahren hat es manche schwere und stürmische Zeit gegeben. Die schwerste Zeit meines Lebens war die, als Fürst Bismarck aus dem Amte schied. Man hat mir vorgeworfen, daß ich an dieser Verabschiedung die Schuld trüge. Sehr zu Unrecht, schon weil ein andrer als ich dazu gehörte, um einen Bismarck zu stürzen. Zu meinem tiefsten Bedauern hat Fürst Bismarck selbst, ich weiß nicht, wodurch veranlaßt, die Meinung gefaßt und trotz aller meiner Bemühungen daran festgehalten, daß ich an der Herbeiführung eines Abschlusses seiner amtlichen Thätigkeit beteiligt gewesen sei. In häufiger Wiederholung bin ich schon vor Jahren bei dem Fürsten Bismarck vorstellig geworden, er solle doch dem Andrängen des Reichstags nach Erweiterung des Arbeiterschutzes nachgeben, sei es durch ein umfassenderes Verbot der Frauen-, Kinder- und Nachtarbeit, sei es durch Ausdehnung der Sonntagsruhe. Der Fürst war dafür nicht zu haben. Er blieb unerschütterlich bei seiner Meinung, soviel ich ihm auch zuredete, ganz im Gegensatz zu der wohlwollenden Nachgiebigkeit, die er mir gegenüber früher in zahlreichen Fällen an den Tag gelegt. Ich kam ganz ausgezeichnet mit ihm aus, besser als einer meiner Vorgänger, Delbrück und Hofmann und als die Staatssekretäre im Auswärtigen Amt, mit denen er sich auch nicht immer recht vertrug. Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß ich im Reichstage unvorbereitet zu einer eben aufgeworfnen Frage Stellung nehmen mußte, ohne daß ich mich vorher über die Absichten des Fürsten Bismarck vergewissern konnte. Ich sprach dann so, wie ich vermutete, daß es den Ansichten des Fürsten gemäß sei. Fragte ich ihn nach beendeter Reichstagssitzung, wie er über die Sache denke, so zeigte es sich mehrfach, daß ich eine ganz andre Auffassung vertreten hatte; immer aber

erklärte der Fürst ohne Zögern, daß es selbstverständlich bei dem, was ich gesagt, sein Bewenden behalten müsse.

Mit dem Kaiser stand Fürst Bismarck anfänglich ganz ausgezeichnet. Der Kaiser blickte förmlich zu ihm auf und erkannte seine Autorität willig an, wie ich überhaupt allezeit gefunden habe, daß der Kaiser sachlichen Gründen, die angemessen vorgetragen werden — und auf einen solchen angemessenen Vortrag hat er natürlich als Kaiser Anspruch —, in ausgezeichneter Weise zugängig ist. Der Kaiser hat ein erstaunlich schnelles und durchdringendes Auffassungsvermögen. Wenn man ihm Vortrag hält, so genügen einige Worte, um ihn sofort erkennen zu lassen, worauf es eigentlich ankommt. Das ist ein großer Vorzug. Fürst Bismarck verstand es nun nicht, die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei dem Kaiser Eingang fanden. Der Fürst, der eine große Autorität bei dem Kaiser genoß, sprach zum Kaiser autoritativ, und so mußte es denn kommen, daß dem Kaiser dies nicht gerade gefiel und die Meinung in ihm in den Vordergrund trat: er sei doch nun einmal von Gott an die Stelle gestellt, an der er stehe, um nach seinen Gaben und Kräften und nach seiner Auffassung die Regierung zu führen. So kam es, wie es kommen mußte: der Kaiser und Fürst Bismarck verstanden sich schließlich nicht mehr. Vergeblich stellte ich dem Fürsten Bismarck vor, daß es notwendig sei, dem lebhaften Wunsche des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes, der übrigens meinen Ansichten völlig entsprach, nachzugeben. Es war kurz vor der Katastrophe, daß mir von einem Kollegen berichtet wurde, der Kaiser und Fürst Bismarck hätten eine Aussprache miteinander gehabt, die zu einer vollen Verständigung und einem lückenlosen Einvernehmen geführt hätte. Ich war hocherfreut darüber, und da der Kaiser sich zum Frühstück bei mir angesagt hatte, ging ich zum Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob er mich gleichfalls mit seiner Anwesenheit beehren wolle. Ich wollte dem Fürsten Bismarck meine herzliche Befriedigung über das aussprechen, was ich gehört hatte. Ich fand aber den Fürsten in böseſter Laune, und auf meine ersten Worte hin fragte er, ob ich denn wirklich glaubte, daß er zu den in Rede stehenden Maßregeln seine Zustimmung geben würde! Er werde in den Staatsrat kommen — diese Teilnahme des Fürsten an der Staatsratssitzung hatte man mir als die Besiegelung des Einvernehmens hingestellt —, aber nicht um zuzustimmen, sondern um seine entgegenstehende Meinung zu vertreten. Als ich nach Hause kam, war der Kaiser, der sich verfrüht hatte, schon da. Der Kaiser war in fröhlichster Stimmung. Auch er erzählte, daß er mit dem Fürsten Bismarck zu voller Verständigung gekommen sei. Ich konnte es nicht übers Herz bringen, ihm geradezu zu sagen, daß er sich in einem Irrtum bezüglich des Fürsten Bismarck befände. Ich erwähnte bloß, daß der Fürst in den Staatsrat kommen wolle. Der Kaiser vernahm das mit größtem Erstaunen, denn der Fürst, meinte er, hätte ihm gesagt, er werde dem Staatsrat fernbleiben. So war das Mißverständnis unheilbar geworden, man verstand sich hüben und drüben nicht mehr. Was Fürst Bismarck zur Erklärung seines Beharrens in der oppositionellen Stellung angeführt hatte, das war als eine Zustimmung aufgefaßt worden. Als die Entscheidung getroffen war, begab ich mich zum Fürsten Bismarck, um mich von ihm zu verabschieden. Es war wohl die schwerste Stunde meines Lebens. Thränenden Auges küßte ich ihm die Hand, dankte ihm für alles Wohlwollen, das er mir bewiesen, und bat ihn, zu glauben — es waren mir schon allerhand Gerüchte zu Ohren gekommen —, daß ich nie etwas gethan, was mit der Treue gegen ihn nicht vereinbar wäre. Er antwortete mir, er setze auch gar nicht voraus, daß ich einen Treubruch gegen ihn begangen hätte oder eines

Treubruchs fähig wäre; aber er müsse doch sagen, daß ich ihn in dem Kampf gegen den Kaiser nicht so unterstützt hätte, wie ich wohl gekonnt. Hierauf konnte ich nichts erwidern, denn sonst hätte ich erklären müssen, daß es für mich, einen Beamten, einen Kampf gegen den Kaiser nicht geben könne. Abgesehen hiervon war es auch nicht angängig, daß ich eine Meinung, die ich jahrelang gegen den Fürsten Bismarck vertreten, aufgab, weil der Kaiser sie teilte.

18. Oktober. Hierauf wird in den Hamburger Nachrichten erwidert:

Daß Fürst Bismarck unerschüttert bei seiner Meinung über Sonntagsruhe und Eingriffe in das Familienleben der Arbeiter blieb, ist zweifellos; aber auch die Thatsache ist es, daß sein Amanuensis, der Minister v. Boetticher, die kanzlerischen Auffassungen im Konseil, im Kabinett und im Reichstage zu unterstützen aufhörte, nachdem die Stellung des Fürsten als Ratgeber beim Kaiser unsicher geworden war. Daß Herr v. Boetticher dem Fürsten Bismarck vorgestellt hat, es sei notwendig, den Wünschen des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes nachzugeben, ist richtig; Herr v. Boetticher hat sogar im Widerspruche zu seiner Ressortaufgabe, dem Reichskanzler beizustehen, dessen Ansichten im Konseil und im Staatsministerium überzeugungstreu bekämpft. Wir treten nur der Ansicht entgegen, daß er zu diesem Kampfe gegen seinen Vorgesetzten nach der damaligen staatsrechtlichen Lage berechtigt gewesen sei. Für vollständig richtig halten wir die Herrn v. Boetticher zugeschriebne Ansicht, daß es für ihn einen Kampf gegen den Kaiser nicht habe geben können. Wir halten aber auch in der Stellung des Reichskanzlers selbst einen „Kampf" gegen den Kaiser für einen übel gewählten Ausdruck. Es kann sich in ministerieller Stellung bei uns niemals um einen Kampf gegen den Souverän, sondern nur um die ehrerbietige Vertretung ministerieller Ansichten bis zu dem Augenblicke handeln, wo der Kaiser die Meinungsverschiedenheiten durch Befehl entscheidet. Eine solche ministerielle Diskussion dem Monarchen gegenüber durchzuführen, war Herr v. Boetticher nach seiner amtlichen Kompetenz nicht berufen; er war nicht berechtigt, seinen persönlichen Ansichten auf einem andern Wege als durch den ihm vorgesetzten Reichskanzler im Immediatvortrage Ausdruck zu geben. Wenn es seinem Gewissen widersprach, der Natur seiner Berufung gemäß die kanzlerischen Ansichten im Ministerium und im Kabinett zu vertreten, so hätte er an beiden Stellen sich jeder Aeußerung enthalten sollen, wenn er nicht nach dem Beispiel seiner Vorgänger in der gleichen Stellung, der Herren Delbrück und von Hofmann, auf diese verzichten wollte.

9. Dezember. Der Reichsanzeiger meldet, daß der Minister des Innern, v. Köller, seinem Ansuchen gemäß, unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers sowie unter Verleihung des Roten Adlerordens erster Klasse mit Eichenlaub und der Königlichen Krone von seinem Amte entbunden und der Regierungspräsident Freiherr von der Recke von der Horst in Düsseldorf zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt worden sei. Ersterer verwaltete das Amt dreizehn Monate. Der neu Ernannte ist am 2. April 1847 geboren, war 1880—82 vortragender Rat im Ministerium des Innern, 1887 als Nachfolger Studts Regierungspräsident von Königsberg und erhielt darnach das Regierungspräsidium

in Düsseldorf als Nachfolger v. Berlepschs, als dieser zum Handelsminister ernannt wurde.

Achter Abschnitt.

Verwaltung der Reichsangelegenheiten.

I.

Aeußere Angelegenheiten.

1.

Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn.

13. September. Der Reichs- und Staatsanzeiger schreibt: Der Kaiser Franz Josef kehrt am heutigen Tage nach Beendigung der Kaisermanöver in seine Staaten zurück. Außer den Teilen unsers Heeres, denen die Ehre geworden ist, unter den Augen des erhabnen Verbündeten unsers Kaisers von ihrer militärischen Tüchtigkeit Zeugnis ablegen zu dürfen, haben in den letzten Tagen Tausende von deutschen Männern und Frauen Gelegenheit gehabt, die ritterliche Gestalt des österreichischen Monarchen an der Seite unsers Kaiserlichen Herrn gleich einer Verkörperung der treuen Bundesgenossenschaft zu erblicken, in der Oesterreich-Ungarn sich mit dem Deutschen Reich zu einem Bollwerk des europäischen Friedens zusammengeschlossen hat. Möge der hohe Gast aus der Begeisterung, mit der er auf deutschem Boden empfangen worden ist, die Ueberzeugung mit sich fortnehmen, daß die Anhänglichkeit an das befreundete Nachbarland im Herzen aller guten Deutschen unzerstörbar fest gewurzelt ist, und daß die Deutschen im Reich sich mit ihren Brüdern im österreichisch-ungarischen Kaiserstaat eins wissen in der Liebe und Verehrung, die sie den seltnen Herrschertugenden Franz Josefs entgegenbringen.

2.

Schutz der deutschen Kolonisten in Palästina.

Mitte August. Nachdem die Grundeigentumsfrage in Palästina zu Gunsten der deutschen Kolonisten entschieden ist, richten diese an

den deutschen Botschafter v. Saurma-Jeltsch in Konstantinopel eine Dankadresse „für die weitgehende und nachdrückliche Unterstützung," die ihnen seitens der Kaiserlichen Botschaft in der Grundeigentumsfrage zu Jaffa zu teil wurde. Es heißt in der Adresse weiter:

Da wir uns vorzugsweise mit Landbau beschäftigen, ist die Grundeigentumsfrage für uns eine Existenzfrage, und deshalb waren die seit einigen Jahren seitens der Kaiserlich Ottomanischen Regierung getroffnen Maßregeln: Verwandlung von Mülk in Mirieh-Besitz zu Jaffa nicht nur im allgemeinen, sondern besonders auch für uns von folgenschwerem Einfluß, umsomehr, als in Eigentumsfragen ein Fremder in der Türkei formell nur von den türkischen Behörden abhängig ist. Das thatkräftige Eingreifen der Kaiserlichen Botschaft hat uns nun aus dieser lange drückenden Lage befreit; hierdurch sind nicht nur unsre bedrohten Rechte gewahrt, sondern ist auch den bisher fruchtlosen Klagen der übrigen Europäer und selbst der Eingebornen Genüge geleistet. Wir müssen als Deutsche dieses Vorgehen der Kaiserlichen Botschaft um so höher anschlagen, je weniger von andern Seiten in dieser Hinsicht geschah, was auch seitens der übrigen Landesbevölkerung hier unumwunden zugestanden und dankbar anerkannt wird und nicht verfehlt hat, das deutsche Ansehen noch mehr zu Ehren zu bringen.

3.

Schutz der Deutschen in Marokko.

10. Juli. Ein deutsches Geschwader trifft vor Tanger ein zur Unterstützung der vom deutschen Gesandten für Marokko gestellten Forderungen wegen Ermordung des Deutschen Rockstroh.

13. Juli. Von Tanger wird ein deutsches Kriegsschiff nach Algliero abgesandt, wo die Marokkaner die Schiffsladung eines deutschen Dampfers beschlagnahmt haben, der die Ladung gelöscht hatte, nachdem er an der Küste gescheitert war.

20. Juli. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt, anscheinend halbamtlich, Folgendes mit:

Eine volle Genugthuung für die Ermordung Rockstrohs ist bisher keineswegs erreicht worden. Die letzte Erklärung der marokkanischen Regierung hat vielmehr noch nicht befriedigt, so daß dieser nunmehr von dem Kaiserlichen Gesandten in Tanger unter nachdrücklichem Hinweis auf die Anwesenheit des deutschen Geschwaders eine letzte Frist gestellt worden ist. Von der Einsicht der marokkanischen Regierung steht zu hoffen, daß sie durch rückhaltloses Eingehen auf die deutschen Forderungen weitere Maßregeln überflüssig machen wird. Indessen wird ihre Antwort auf das deutsche Ultimatum angesichts der örtlichen Verhältnisse und Entfernungen vor Ablauf von etwa vierzehn Tagen hier kaum bekannt werden können.

17. August. Die halbamtliche „Berliner Korrespondenz" teilt mit, daß die marokkanische Regierung 200000 Franks Entschädigung sowie die von der Ermordung Neumanns rückständigen 50000 Franks sofort bezahlt und strenge Bestrafung der Schuldigen zugesagt hat.

Die Beamten, die durch ihr Verhalten Anlaß zu Klagen gaben, sind abgesetzt worden.

4.

Verbot der Waffenausführung nach Aethiopien.

27. Juli. Ein kaiserlicher Erlaß aus Saßnitz verfügt, daß bis auf weiteres die Ausfuhr von Waffen und Schießbedarf über die Grenzen des Reichs nach Aethiopien verboten ist. Dazu bemerken die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

Man darf im Zusammenhange mit den ministeriellen Erklärungen in der italienischen Kammer daraus folgern, daß das verbündete Italien sich als mit dem Negus im Kriegszustande befindlich betrachtet oder einen solchen als unmittelbar bevorstehend, ansieht und daß Deutschland demgemäß dem Verbündeten gegenüber eine moralisch gebotene Pflicht erfüllt. Da die Einfuhr doch nur durch Britisch-Ostafrika oder vom Roten Meere aus stattfinden kann, so kommt es für Italien darauf an, ob die englischen Behörden den Willen und die Macht haben, Italien den entsprechenden Dienst zu leisten; die Ueberwachung der Küste des Roten Meeres würde Sache der Italiener sein. Letztere werden indes darauf gefaßt sein müssen, daß die aus Rußland heimkehrende Gesandtschaft allerlei Waffen mitbringt, und auch eine Einfuhr von dem französischen Hafen Obok aus ist nicht ausgeschlossen. Immerhin tritt die Gruppirung der Mächte auch bei diesem Anlaß zu Tage, und der Vorgang, dessen Bedeutung eine im wesentlichen nur symptomatische ist, beweist von neuem, daß Deutschland sich heute nicht mehr auf kontinentale Politik beschränken kann, sondern Weltpolitik treiben muß.

5.

Verhältnis zur südafrikanischen Republik.

1. Februar. Der Staatssekretär des Aeußern v. Marschall richtet an den Botschafter in London, Grafen Hatzfeldt, folgendes Schreiben:

Eurer Exzellenz beehre ich mich von einer Unterredung Kenntnis zu geben, die ich heute mit dem englischen Botschafter gehabt habe. Sir Edward Malet gab mir von einem an ihn gerichteten Privatschreiben Lord Kimberleys Kenntnis, das anknüpfend an den von dem Präsidenten Krüger auf Seine Majestät den Kaiser am 27. v. M. ausgebrachten Trinkspruch einige Bemerkungen über die Haltung Deutschlands gegenüber der südafrikanischen Republik enthielt. Ich bemerkte dem Botschafter, wenn Lord Kimberley glaube, es werde durch die Haltung Deutschlands ein der internationalen Stellung Transvaals nicht entsprechender Geist in jenem Lande genährt, so habe er die Verpflichtung, Thatsachen anzugeben, um seine Annahme zu begründen. Erachte etwa Lord Kimberley den Trinkspruch des Präsidenten Krüger auf Seine Majestät den Kaiser als einen Ausdruck jenes Geistes und als bedenklich für die englischen Interessen? Unsre Politik gehe einfach dahin,

diejenigen materiellen Interessen gegen jeden Eingriff zu schützen, die sich Deutschland durch Erbauung von Bahnen und die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Transvaal geschaffen habe. Diese Interessen geböten die Aufrechterhaltung Transvaals als selbständigen Staates nach Maßgabe des Vertrags von 1884 und die Sicherung des status quo bezüglich der Bahnen und des Hafens in der Delagoa-Bai. Damit sei der Ausgangspunkt und der Endpunkt unsrer Politik in jenen Gegenden gekennzeichnet. Wenn Lord Kimberley ebenfalls die Erhaltung des status quo anstrebe, warum gebiete man denjenigen nicht Einhalt, die — unter recht unpassenden und unklugen Ausfällen gegen Deutschland — ganz offen in London das Programm einer Auffaugung Transvaals durch die Kapkolonie proklamiren? Bevor man sich mit mehr oder minder versteckten Vorwürfen an die deutsche Regierung wende, möge man gewissen Bestrebungen entgegentreten, die dem status quo zuwiderlaufen und die allein die Ursache bilden, daß in Transvaal mehr und mehr die Stimmung um sich greife, die Lord Kimberley beklage und auf deutsches Konto zu setzen geneigt sei. Sir Edward bedauerte jene Aeußerungen gegen Deutschland, glaubte aber in der jüngsten Rede des Dr. Jameson nicht die Absicht einer Annexion, sondern nur den Gedanken einer commercial federation der südafrikanischen Staaten finden zu sollen. Ich erwiderte, daß gerade der von Dr. Jameson entwickelte Gedanke, daß „Rhodesia," die commercial union, amalgamation or federation of all the South African States werden solle, unsern Interessen zuwiderlaufe, weil das, etwas kürzer ausgedrückt, politisch das Protektorat, wirtschaftlich das Handelsmonopol der Kapkolonie und den Ausschluß deutschen Handels bedeute. Wenn die englischen Kolonialfreunde in der Transvaalfrage empfindlich seien, so seien die unsrigen es ebenfalls. Wolle Lord Kimberley die Erhaltung des status quo, so seien unsre Auffassungen durchaus identisch — ich würde es gar nicht für ausgeschlossen erachten, daß wir diese Uebereinstimmung schriftlich fixirten. Ich betonte noch besonders, daß die von Herrn Rhodes verkündete Politik der allmählichen Auffaugung des Transvaalstaates durch die Kapkolonie und der Gründung einer commercial federation zur Beschleunigung dieses Prozesses wohl kaum als eine Politik der Erhaltung des status quo bezeichnet werden könne.

14. Juli. Anläßlich der Eröffnung der Delagoa-Eisenbahn findet zwischen dem deutschen Kaiser und dem Präsidenten Krüger von Transvaal folgender Telegrammwechsel statt:

Kaiser Wilhelm an den Präsidenten Krüger in Delagoabai. Es gereicht mir zum besondern Vergnügen, Ihnen an diesem Tage Meine Grüße an Bord meines Kriegsschiffes „Kondor" zu senden zur Zeit, da Sie die Vollendung der Eisenbahnverbindung der Hauptstadt Ihres Staates mit dem Ozean feiern. Ich beglückwünsche Sie und die Südafrikanische Republik, deren günstige Entwicklung jeder Zeit Meiner Sympathie sicher ist, über die erfolgreiche Vollendung der Delagoa-Eisenbahn, und Ich hoffe, daß diese neue Linie, die eine solche Fülle künftigen Gedeihens in sich trägt, sich als ein mächtiger Faktor in der großen Verkehrsentwicklung erweisen und daß sie zu gleicher Zeit den Verbindungen mit Deutschland zu gute kommen wird als ein Mittel, die Bande zwischen den beiden Ländern noch fester zu ziehen. Gegeben an Bord Meiner Jacht „Hohenzollern," am 14. Juli 1895. Wilhelm I. R.

Präsident Krüger erwidert: Herzlichen Dank dem Kaiser für seine Grüße und die freundlichen Worte und Wünsche für das Gedeihen des Staates, an dessen Spitze ich die Ehre habe zu stehen. Die Verbindung mit

der See ist seit Jahren von der Republik betrieben worden, sie ist jetzt zustande gekommen durch den mächtigen Beistand des deutschen Kapitals und der deutschen Industrie. Daß wir die Sympathie Eurer Majestät besitzen, ist eine Thatsache, die ich heute mit der größten Befriedigung an Ew. Majestät Schiff „Kondor" erfahre, ein Schiff, das mit seiner weißen Farbe nur den Ausdruck der so wahrhaft freundlichen Beziehungen repräsentirt, die zwischen unsern beiden Ländern bestehen. S. J. P. Krüger.

15. Oktober. Der Staatssekretär des Aeußern v. Marschall richtet an den Botschafter in London, Grafen Hatzfeldt, einen Erlaß, in dem er sagt:

Ich hatte gestern mit Sir Edward Malet eine längere Unterredung, die die politischen Beziehungen Englands und Deutschlands im allgemeinen zum Gegenstand hatte. Bezüglich Transvaals bemerkte ich dem Botschafter, es schiene mir ungerecht, für die wenig freundliche Gesinnung, die gegenwärtig in Transvaal gegen England herrsche, Deutschland verantwortlich zu machen; viel näher liege die Frage, ob nicht Handlungen von englischer Seite die Erbitterung der Boers hervorgerufen haben, z. B. die Annexion des südlichen Amatongalandes; auch seien dort gewisse Treibereien seitens der Chartered Company im Gange, die allmählich alle Elemente in Südafrika, die nicht unter Mr. Cecil Rhodes Abhängigkeit gelangen wollten, durch gemeinsame Erbitterung zusammenführten. Wiederholt hätten wir der englischen Regierung mitgeteilt, daß das Endziel unsrer Politik in Transvaal ausschließlich die Erhaltung des status quo sei, und wir bei dieser Politik durch gewichtige Interessen vornehmlich kommerzieller Natur geleitet würden. Wir beabsichtigen nicht, an dem Verhältnisse des Transvaalstaates, wie es durch den Vertrag vom Jahre 1884 mit England fixirt sei, zu rütteln; wir müßten es aber allerdings als eine schwere Verletzung unsrer Interessen betrachten, wenn jener Staat die Selbständigkeit, die ihm in jenem Vertrage garantirt sei, verliere und zu einem Bestandteil des großen „Rhodesia" herabsinke.

25. Oktober. Der Botschafter Graf Hatzfeldt in London sendet an das Auswärtige Amt in Berlin folgendes Telegramm:

Bei meiner Unterredung mit Lord Salisbury bemerkte der Premierminister u. a., daß er selbst keineswegs die Transvaalfrage als einen „schwarzen Punkt" zwischen Deutschland und England ansehe. Zwar erachte er es als selbstverständlich, daß England an den ihm in Bezug auf Transvaal vertragsmäßig zustehenden Rechten festhalten müsse; er begegne sich aber mit uns in dem Wunsch, daß in der südafrikanischen Republik der status quo aufrecht erhalten werde.

24. Dezember. Telegramm des Konsuls Herff in Pretoria an das Auswärtige Amt in Berlin:

Aus Johannesburg hierher gelangte Nachrichten lassen befürchten, daß daselbst die englische Partei für die nächsten Tage Unruhen vorbereitet. Die Regierung trifft dagegen Maßregeln.

28. Dezember. Telegramm des Staatssekretärs v. Marschall an den Grafen Hatzfeldt:

Ich habe heute dem englischen Botschafter den Inhalt eines von dem Konsul von Herff in Pretoria hierher gerichteten Telegramms mitgeteilt, wonach in Johannesburg durch die englische Partei Unruhen vorbereitet werden und dagegen die Regierung des Transvaalstaates Maßregeln trifft. Im Anschluß hieran habe ich Sir Frank Lascelles auf die möglichen Folgen

eines blutigen Zusammenstoßes hingewiesen und wie bei frühern Anlässen betont, daß für uns die Erhaltung der Unabhängigkeit des Transvaalstaates, wie sie im Vertrage von 1884 festgesetzt sei, den leitenden Gesichtspunkt bilde, und wir in einer gewaltsamen Aenderung des bestehenden Zustandes nach der von gewisser Seite angestrebten Richtung eine schwere Beeinträchtigung unsrer Interessen erblicken müßten.

30. Dezember. Telegramm des Staatssekretärs v. Marschall an den deutschen Konsul Herff in Pretoria:

Bei Mitteilung Ihres Telegramms vom 24. Dezember habe ich der englischen Regierung gegenüber hervorgehoben, daß für uns die Erhaltung der Unabhängigkeit des Transvaalstaates, wie sie im Vertrage von 1884 festgesetzt sei, den leitenden Gesichtspunkt bilde und wir in einer Störung dieses Zustandes nach der von gewisser Seite angestrebten Richtung eine schwere Beeinträchtigung unsrer Interessen erblicken müßten. Schärfen Sie dortiger Regierung nachdrücklich ein, daß sie jede Provokation strengstens vermeiden müsse, wenn sie sich deutsches Wohlwollen erhalten wolle.

Konsul Herff sendet an das Auswärtige Amt in Berlin folgendes Telegramm:

Die englische Partei der sogenannten Nationalunion in Johannesburg hat am 26. Dezember ein Manifest veröffentlicht, worin Reformen von der Transvaalregierung und Ausdehnung des Wahlrechts gefordert werden. Zur Beschlußfassung über die zu unternehmenden Schritte ist von den Aufständischen eine Versammlung auf den 6. Januar einberufen worden. Das Manifest wird allgemein als Drohung gegen die Regierung mit Gewaltmaßregeln aufgefaßt und ist nach zuverlässigen Nachrichten durch Mr. Rhodes angeregt und durch seine Freunde unterstützt, um den Boerenstaat dem kapländischen Einfluß zu unterwerfen, gleichzeitig auch einen Börsencoup auszuführen. Die englische Partei in Johannesburg hält Waffen und Mannschaften bereit, hat auch Mehl und Getreide angekauft und mit Schließung der Minen begonnen, um Unzufriedenheit zu erregen. In Johannesburg jagen sich die tollsten Gerüchte, man glaubt, daß sich mehrere hundert entlassene Betschuanapolizisten in der Stadt aufhalten. Es herrscht große Aufregung, Frauen und Kinder verlassen in großer Anzahl die Stadt. Die Deutschen und die überwiegende Anzahl Angehöriger andrer Staaten verurteilen das revolutionäre Vorgehen der englischen Partei auf das entschiedenste und haben ihrerseits eine Protestversammlung auf morgen in Johannesburg einberufen. Die Transvaalregierung beabsichtigt, der Bewegung ihren Lauf so lange zu lassen, als diese nicht in Gewaltthätigkeiten ausartet, ist aber ernstlich entschlossen und, wie ich glaube, auch gefaßt, einen etwaigen Aufstand mit Waffengewalt zu unterdrücken, deshalb lehnt der Präsident jeden Kompromiß mit englischer Partei ab. Noch ist die Hoffnung vorhanden, daß der Ausbruch von offnen Unruhen verhindert oder noch eingeschränkt werden kann, wenn eine Einmischung kapländischerseits ferngehalten wird. Ich habe bei der Transvaalregierung die erforderlichen Schritte gethan, um auf alle Fälle den notwendigen Schutz für Leben und Eigentum der Deutschen in Johannesburg zu erwirken.

Telegramm der Deutschen in Pretoria an den deutschen Kaiser:

Die Deutschen Pretorias bitte Eure Majestät einmütig und ehrfurchtsvoll um sofortige Intervention zur Verhütung unvermeidlichen Elends und Blutvergießens.

erklärte der Fürst ohne Zögern, daß es selbstverständlich bei dem, was ich gesagt, sein Bewenden behalten müsse.

Mit dem Kaiser stand Fürst Bismarck anfänglich ganz ausgezeichnet. Der Kaiser blickte förmlich zu ihm auf und erkannte seine Autorität willig an, wie ich überhaupt allezeit gefunden habe, daß der Kaiser sachlichen Gründen, die angemessen vorgetragen werden — und auf einen solchen angemessenen Vortrag hat er natürlich als Kaiser Anspruch —, in ausgezeichneter Weise zugängig ist. Der Kaiser hat ein erstaunlich schnelles und durchdringendes Auffassungsvermögen. Wenn man ihm Vortrag hält, so genügen einige Worte, um ihn sofort erkennen zu lassen, worauf es eigentlich ankommt. Das ist ein großer Vorzug. Fürst Bismarck verstand es nun nicht, die Dinge so vorzutragen, daß die Vorstellungen bei dem Kaiser Eingang fanden. Der Fürst, der eine große Autorität bei dem Kaiser genoß, sprach zum Kaiser autoritativ, und so mußte es denn kommen, daß dem Kaiser dies nicht gerade gefiel und die Meinung in ihm in den Vordergrund trat: er sei doch nun einmal von Gott an die Stelle gestellt, an der er stehe, um nach seinen Gaben und Kräften und nach seiner Auffassung die Regierung zu führen. So kam es, wie es kommen mußte: der Kaiser und Fürst Bismarck verstanden sich schließlich nicht mehr. Vergeblich stellte ich dem Fürsten Bismarck vor, daß es notwendig sei, dem lebhaften Wunsche des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes, der übrigens meinen Ansichten völlig entsprach, nachzugeben. Es war kurz vor der Katastrophe, daß mir von einem Kollegen berichtet wurde, der Kaiser und Fürst Bismarck hätten eine Aussprache miteinander gehabt, die zu einer vollen Verständigung und einem lückenlosen Einvernehmen geführt hätte. Ich war hocherfreut darüber, und da der Kaiser sich zum Frühstück bei mir angesagt hatte, ging ich zum Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob er mich gleichfalls mit seiner Anwesenheit beehren wolle. Ich wollte dem Fürsten Bismarck meine herzliche Befriedigung über das aussprechen, was ich gehört hatte. Ich fand aber den Fürsten in bösester Laune, und auf meine ersten Worte hin fragte er, ob ich denn wirklich glaubte, daß er zu den in Rede stehenden Maßregeln seine Zustimmung geben würde! Er werde in den Staatsrat kommen — diese Teilnahme des Fürsten an der Staatsratssitzung hatte man mir als die Besiegelung des Einvernehmens hingestellt —, aber nicht um zuzustimmen, sondern um seine entgegenstehende Meinung zu vertreten. Als ich nach Hause kam, war der Kaiser, der sich verfrüht hatte, schon da. Der Kaiser war in fröhlichster Stimmung. Auch er erzählte, daß er mit dem Fürsten Bismarck zu voller Verständigung gekommen sei. Ich konnte es nicht übers Herz bringen, ihm geradezu zu sagen, daß er sich in einem Irrtum bezüglich des Fürsten Bismarck befände. Ich erwähnte bloß, daß der Fürst in den Staatsrat kommen wolle. Der Kaiser vernahm das mit größtem Erstaunen, denn der Fürst, meinte er, hätte ihm gesagt, er werde dem Staatsrat fernbleiben. So war das Mißverständnis unheilbar geworden, man verstand sich hüben und drüben nicht mehr. Was Fürst Bismarck zur Erklärung seines Beharrens in der oppositionellen Stellung angeführt hatte, das war als eine Zustimmung aufgefaßt worden. Als die Entscheidung getroffen war, begab ich mich zum Fürsten Bismarck, um mich von ihm zu verabschieden. Es war wohl die schwerste Stunde meines Lebens. Thränenden Auges küßte ich ihm die Hand, dankte ihm für alles Wohlwollen, das er mir bewiesen, und bat ihn, zu glauben — es waren mir schon allerhand Gerüchte zu Ohren gekommen —, daß ich nie etwas gethan, was mit der Treue gegen ihn nicht vereinbar wäre. Er antwortete mir, er setze auch gar nicht voraus, daß ich einen Treubruch gegen ihn begangen hätte oder eines

Treubruchs fähig wäre; aber er müsse doch sagen, daß ich ihn in dem Kampf gegen den Kaiser nicht so unterstützt hätte, wie ich wohl gekonnt. Hierauf konnte ich nichts erwidern, denn sonst hätte ich erklären müssen, daß es für mich, einen Beamten, einen Kampf gegen den Kaiser nicht geben könne. Abgesehen hiervon war es auch nicht angängig, daß ich eine Meinung, die ich jahrelang gegen den Fürsten Bismarck vertreten, aufgab, weil der Kaiser sie teilte.

18. Oktober. Hierauf wird in den Hamburger Nachrichten erwidert:

Daß Fürst Bismarck unerschüttert bei seiner Meinung über Sonntagsruhe und Eingriffe in das Familienleben der Arbeiter blieb, ist zweifellos; aber auch die Thatsache ist es, daß sein Amanuensis, der Minister v. Boetticher, die kanzlerischen Auffassungen im Konseil, im Kabinett und im Reichstage zu unterstützen aufhörte, nachdem die Stellung des Fürsten als Ratgeber beim Kaiser unsicher geworden war. Daß Herr v. Boetticher dem Fürsten Bismarck vorgestellt hat, es sei notwendig, den Wünschen des Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes nachzugeben, ist richtig; Herr v. Boetticher hat sogar im Widerspruche zu seiner Ressortaufgabe, dem Reichskanzler beizustehen, dessen Ansichten im Konseil und im Staatsministerium überzeugungstreu bekämpft. Wir treten nur der Ansicht entgegen, daß er zu diesem Kampfe gegen seinen Vorgesetzten nach der damaligen staatsrechtlichen Lage berechtigt gewesen sei. Für vollständig richtig halten wir die Herrn v. Boetticher zugeschriebne Ansicht, daß es für ihn einen Kampf gegen den Kaiser nicht habe geben können. Wir halten aber auch in der Stellung des Reichskanzlers selbst einen „Kampf" gegen den Kaiser für einen übel gewählten Ausdruck. Es kann sich in ministerieller Stellung bei uns niemals um einen Kampf gegen den Souverän, sondern nur um die ehrerbietige Vertretung ministerieller Ansichten bis zu dem Augenblicke handeln, wo der Kaiser die Meinungsverschiedenheiten durch Befehl entscheidet. Eine solche ministerielle Diskussion dem Monarchen gegenüber durchzuführen, war Herr v. Boetticher nach seiner amtlichen Kompetenz nicht berufen; er war nicht berechtigt, seinen persönlichen Ansichten auf einem andern Wege als durch den ihm vorgesetzten Reichskanzler im Immediatvortrage Ausdruck zu geben. Wenn es seinem Gewissen widersprach, der Natur seiner Berufung gemäß die kanzlerischen Ansichten im Ministerium und im Kabinett zu vertreten, so hätte er an beiden Stellen sich jeder Aeußerung enthalten sollen, wenn er nicht nach dem Beispiel seiner Vorgänger in der gleichen Stellung, der Herren Delbrück und von Hofmann, auf diese verzichten wollte.

9. Dezember. Der Reichsanzeiger meldet, daß der Minister des Innern, v. Köller, seinem Ansuchen gemäß, unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers sowie unter Verleihung des Roten Adlerordens erster Klasse mit Eichenlaub und der Königlichen Krone von seinem Amte entbunden und der Regierungspräsident Freiherr von der Recke von der Horst in Düsseldorf zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt worden sei. Ersterer verwaltete das Amt dreizehn Monate. Der neu Ernannte ist am 2. April 1847 geboren, war 1880—82 vortragender Rat im Ministerium des Innern, 1887 als Nachfolger Studts Regierungspräsident von Königsberg und erhielt darnach das Regierungspräsidium

in Düsseldorf als Nachfolger v. Berlepschs, als dieser zum Handelsminister ernannt wurde.

Achter Abschnitt.

Verwaltung der Reichsangelegenheiten.

I.

Aeußere Angelegenheiten.

1.

Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn.

13. September. Der Reichs- und Staatsanzeiger schreibt: Der Kaiser Franz Josef kehrt am heutigen Tage nach Beendigung der Kaisermanöver in seine Staaten zurück. Außer den Teilen unsers Heeres, denen die Ehre geworden ist, unter den Augen des erhabnen Verbündeten unsers Kaisers von ihrer militärischen Tüchtigkeit Zeugnis ablegen zu dürfen, haben in den letzten Tagen Tausende von deutschen Männern und Frauen Gelegenheit gehabt, die ritterliche Gestalt des österreichischen Monarchen an der Seite unsers Kaiserlichen Herrn gleich einer Verkörperung der treuen Bundesgenossenschaft zu erblicken, in der Oesterreich-Ungarn sich mit dem Deutschen Reich zu einem Bollwerk des europäischen Friedens zusammengeschlossen hat. Möge der hohe Gast aus der Begeisterung, mit der er auf deutschem Boden empfangen worden ist, die Ueberzeugung mit sich fortnehmen, daß die Anhänglichkeit an das befreundete Nachbarland im Herzen aller guten Deutschen unzerstörbar fest gewurzelt ist, und daß die Deutschen im Reich sich mit ihren Brüdern im österreichisch-ungarischen Kaiserstaat eins wissen in der Liebe und Verehrung, die sie den seltnen Herrschertugenden Franz Josefs entgegenbringen.

2.

Schutz der deutschen Kolonisten in Palästina.

Mitte August. Nachdem die Grundeigentumsfrage in Palästina zu Gunsten der deutschen Kolonisten entschieden ist, richten diese an

den deutschen Botschafter v. Saurma-Jeltsch in Konstantinopel eine Dankadresse „für die weitgehende und nachdrückliche Unterstützung," die ihnen seitens der Kaiserlichen Botschaft in der Grundeigentumsfrage zu Jaffa zu teil wurde. Es heißt in der Adresse weiter:

Da wir uns vorzugsweise mit Landbau beschäftigen, ist die Grundeigentumsfrage für uns eine Existenzfrage, und deshalb waren die seit einigen Jahren seitens der Kaiserlich Ottomanischen Regierung getroffnen Maßregeln: Verwandlung von Mülk in Mirieh-Besitz zu Jaffa nicht nur im allgemeinen, sondern besonders auch für uns von folgenschwerem Einfluß, umsomehr, als in Eigentumsfragen ein Fremder in der Türkei formell nur von den türkischen Behörden abhängig ist. Das thatkräftige Eingreifen der Kaiserlichen Botschaft hat uns nun aus dieser lange drückenden Lage befreit; hierdurch sind nicht nur unsre bedrohten Rechte gewahrt, sondern ist auch den bisher fruchtlosen Klagen der übrigen Europäer und selbst der Eingebornen Genüge geleistet. Wir müssen als Deutsche dieses Vorgehen der Kaiserlichen Botschaft um so höher anschlagen, je weniger von andern Seiten in dieser Hinsicht geschah, was auch seitens der übrigen Landesbevölkerung hier unumwunden zugestanden und dankbar anerkannt wird und nicht verfehlt hat, das deutsche Ansehen noch mehr zu Ehren zu bringen.

3.

Schutz der Deutschen in Marokko.

10. Juli. Ein deutsches Geschwader trifft vor Tanger ein zur Unterstützung der vom deutschen Gesandten für Marokko gestellten Forderungen wegen Ermordung des Deutschen Rockstroh.

13. Juli. Von Tanger wird ein deutsches Kriegsschiff nach Algliero abgesandt, wo die Marokkaner die Schiffsladung eines deutschen Dampfers beschlagnahmt haben, der die Ladung gelöscht hatte, nachdem er an der Küste gescheitert war.

20. Juli. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt, anscheinend halbamtlich, Folgendes mit:

Eine volle Genugthuung für die Ermordung Rockstrohs ist bisher keineswegs erreicht worden. Die letzte Erklärung der marokkanischen Regierung hat vielmehr noch nicht befriedigt, so daß dieser nunmehr von dem Kaiserlichen Gesandten in Tanger unter nachdrücklichem Hinweis auf die Anwesenheit des deutschen Geschwaders eine letzte Frist gestellt worden ist. Von der Einsicht der marokkanischen Regierung steht zu hoffen, daß sie durch rückhaltloses Eingehen auf die deutschen Forderungen weitere Maßregeln überflüssig machen wird. Indessen wird ihre Antwort auf das deutsche Ultimatum angesichts der örtlichen Verhältnisse und Entfernungen vor Ablauf von etwa vierzehn Tagen hier kaum bekannt werden können.

17. August. Die halbamtliche „Berliner Korrespondenz" teilt mit, daß die marokkanische Regierung 200000 Franks Entschädigung sowie die von der Ermordung Neumanns rückständigen 50000 Franks sofort bezahlt und strenge Bestrafung der Schuldigen zugesagt hat.

alle diejenigen Handwerker der Innung zwangsweise beitreten, die Gesellen und Lehrlinge beschäftigen; die Konferenz hat nun diese Bestimmung dahin erweitert, daß auch der Großbetrieb, der handwerksmäßig ausgebildete Gesellen beschäftigt, nach Maßgabe der Zahl dieser Gesellen Beiträge leisten soll zu den Unkosten, die den Innungen erwachsen aus Wohlfahrtseinrichtungen für Gesellen und Lehrlinge. Der Vertreter des Reichsamts des Innern hat sich mit dieser Erweiterung einverstanden erklärt. Die Forderung des Befähigungsnachweises, auf den die Mitglieder der Konferenz an sich sehr großen Wert legten, was auch offen zum Ausspruch kam, wurde zunächst noch fallen gelassen, nachdem die Regierungsvertreter auf das Bestimmteste erklärt hatten, daß die Regierung zur Zeit unter keinen Umständen gewillt sei, sich auf den Befähigungsnachweis einzulassen. In Sachen des Meistertitels beschloß die Konferenz unter Annahme der diesbezüglichen Regierungsvorlage, daß den Meistertitel nur der führen dürfe, der das Gewerbe erlernt und die vorgeschriebnen Prüfungen abgelegt habe. Der Konferenz wird auch eine Vorlage, betreffend die Handwerkerkammern, unterbreitet.

29. Oktober. Im Reichsamt des Innern findet eine Konferenz, betr. den Terminhandel in Kammzug, statt.

4. November. Im Reichsamt des Innern wird eine Konferenz von Sachverständigen eröffnet, die berufen sind, über die bezüglich der Arbeiterversicherung schwebenden Fragen ein Urteil abzugeben. Es wird ihr ein Gesetzentwurf über die Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zur Beratung vorgelegt.

22. November. Im Reichsamt des Innern findet die erste Sitzung einer Konferenz über die Revision des Handelsgesetzbuchs statt.

10. und 11. Dezember. Eine im Reichsamt des Innern tagende Kommission für Arbeiterstatistik einigt sich über folgende Punkte:

Die Kommission hält eine Regelung der Arbeitszeit in den offnen Ladengeschäften für notwendig und durchführbar. Sie befürwortet den Erlaß einer Vorschrift, wonach die Läden, von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen, in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens geschlossen sein müssen und die Handlungsgehilfen und Lehrlinge und Geschäftsdiener außerhalb der Zeit, während der die Läden geschlossen sind, in der Regel zur Arbeit für das Geschäft nicht herangezogen werden dürfen. Die Kommission hält ferner Bestimmungen für erforderlich, die den Angestellten der offnen Ladengeschäfte die zur Einnahme der Hauptmahlzeit notwendige Zeit sichern. Zur Förderung der Fortbildung der Lehrlinge bringt die Kommission die Aufnahme einer Bestimmung in Vorschlag, wonach an Orten, wo eine vom Staate oder der Gemeinde anerkannte Fach- oder Fortbildungsschule besteht, den Handlungsgehilfen und Lehrlingen unter achtzehn Jahren nicht nur die zum Besuche der Fortbildungsschule, sondern auch die zum Besuche der Fachschule erforderliche Zeit zu gewähren ist.

Neunter Abschnitt.

Militärische Angelegenheiten.

I.

Landheer.

15. August. Erlaß des Kriegsministers an die Generalkommandos, betr. das militärische Beschwerderecht:

In neuerer Zeit ist zur Sprache gekommen, daß bei einzelnen Truppenteilen die Mannschaften unter Strafandrohung verpflichtet worden sind, jede Mißhandlung durch Vorgesetzte sofort zur Anzeige zu bringen. Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine derartige Anordnung im Widerspruch steht mit den von Allerhöchstdemselben unterm 14. Juni 1884 genehmigten Bestimmungen über die Beschwerdeführung der Personen des Soldatenstandes des Heeres vom Feldwebel abwärts, indem es nach Ziffer I 1 in Verbindung mit Ziffer II 1 dieser Bestimmungen jedem Soldaten ausdrücklich nur gestattet, nicht anbefohlen ist, sich über eine erlittene Mißhandlung zu beschweren.

Im September. Das Generalkommando des Gardekorps bringt dessen Truppenteilen folgenden an den kommandirenden General des Gardekorps General der Infanterie v. Winterfeld gerichteten königlichen Kabinettsbefehl zur Kenntnis:

Mein Gardekorps hat auch bei den diesjährigen Manövern, wie ich es von demselben gewohnt bin, Meinen Erwartungen voll entsprochen. Ich habe sowohl bei der vorzüglichen Parade an dem denkwürdigen 2. September wie bei den spätern Uebungen, namentlich auch an den Tagen, an denen Ich die Freude hatte, Meine Garden vereint mit Meinen Brandenburgern zu führen, stets Anlaß zu besondrer Zufriedenheit gehabt. Ueberall fand Ich einen hohen Grad kriegstüchtiger Ausbildung, der nur durch treueste Pflichterfüllung aller Chargen, musterhafte Disziplin und Anspannung aller Kräfte erreicht werden konnte. Ich nehme daher heute die Ueberzeugung mit, daß Mein Gardekorps seine Aufgabe, ein Vorbild für die ganze Armee zu sein, unentwegt festhalten wird, und spreche dies jetzt besonders gern aus, wo die Erinnerung an die unvergänglichen Ruhmesthaten des Korps wieder lebhaft wachgerufen wird. Ihnen selbst aber, dessen persönliches Verdienst an den erreichten Erfolgen Mir sehr wohl bekannt ist, wünsche Ich Meinen Königlichen Dank dadurch besonders zum Ausdruck zu bringen, daß Ich Ihnen beifolgend den Stern der Komture Meines Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern am Ringe verleihe. Gleichzeitig beauftrage Ich Sie, den sämtlichen Generalen, Regimentskommandeuren und Offizieren Meinen Dank für ihre Hingebung und erfolgreiche Thätigkeit auszusprechen, den Mannschaften Meine volle Anerkennung für ihre Leistungen zu erkennen zu geben und die in der Anlage befindlichen Gnadenbeweise bekannt zu machen.

14. September. Ueber den Inhalt einer Ansprache, die der Kaiser am letzten Manövertage in Pommern nach der Kritik gehalten hat, melden nachträglich österreichische Blätter:

Der Kaiser erklärte, er fühle sich glücklich, daß seine Armee unter den Augen seines verbündeten Freundes und des Königs von Sachsen ein Zeugnis ihrer Tüchtigkeit ablegen konnte. Die Fahnen der österreichisch-ungarischen Armee waren in der jüngsten Vergangenheit trauerumflort; von dieser Trauer wurde nicht minder auch die deutsche Armee betroffen. Der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn habe bei Güns zuerst ein glänzendes Beispiel gegeben, das hier nachgeahmt wurde. Im Namen seiner Armee rufe er ein Hurra auf den Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn. Begeisterte dreimalige Hochrufe folgten. Kaiser Franz Josef hielt eine längere Rede; er habe sich sehr gefreut, die wunderbaren Truppen seines untrennbaren Verbündeten gesehen zu haben; er fordere die Anwesenden auf, ein Hoch auf den Kriegsherrn auszubringen. Ein dröhnendes, dreimaliges Hoch folgte diesen Worten.

15. September. Der Kaiser teilt durch Schreiben vom Bord des „Hohenzollern" dem Kaiser Franz Josef mit, daß er die Würde eines Generals der Kavallerie als besondre Auszeichnung entgegennehme und in dieser Ernennung nicht nur eine Auszeichnung für sich, sondern auch für die deutsche Armee erblicke, die mit der österreichischen durch unlösliche Waffenbrüderschaft verbunden sei. König Humbert von Italien richtet an den Kaiser Wilhelm ein herzliches Telegramm, in dem er ihm für die Ernennung des Prinzen Viktor, Grafen von Turin, zum Major dankt und von neuem seinen freundschaftlichen Gefühlen für den Kaiser Ausdruck giebt.

Der kommandirende General des neunten Armeekorps, Graf Waldersee, 63 Jahre alt, wird zum Generaloberſten der Kavallerie mit dem Rang eines Feldmarschalls ernannt.

Anfang November. Bei den Kontrollversammlungen in Westpreußen wird den Mannschaften ein Korpsbefehl bekannt gegeben, wonach Reservisten der Besuch von Lokalen verboten ist, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden oder der Wirt des Lokals sozialdemokratische Gesinnungen gezeigt hat. Ferner wird verboten das Halten, Lesen und Verbreiten sozialdemokratischer Schriften, die Beteiligung an Geldsammlungen zu sozialdemokratischen Zwecken und die Teilnahme an sozialdemokratischen Aufzügen und Festlichkeiten. Jeder Reservist wird verpflichtet, Uebertretungen dieses Befehls der Militärbehörde anzuzeigen. Die Uebertretungen sollen nach der ganzen Strenge der Militärgesetze bestraft werden.

9. und 10. Dezember. Eine deutsche militärische Abordnung wird vom Zaren und den Großfürsten empfangen.

II.

Die Kriegsmarine.

26. Juli. Der Kaiser erläßt einen Befehl betr. die **Ehrengerichte** der Offiziere der kaiserlichen Marine. Darin heißt es:

Den Offizieren Meiner Marine sollen die von Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater ausgesprochnen ernsten und bedeutungsvollen Worte, die für alle Zeiten für die Standespflichten der Offiziere maßgebend sein müssen, in unveränderter Form erhalten bleiben. Diejenigen ehrengerichtlichen Untersuchungen, für die das förmliche Verfahren bereits angeordnet ist, sind möglichst beschleunigt da zu Ende zu führen, wo sie eingeleitet wurden. Sollten in einzelnen Fällen über die Zuständigkeit oder über die Auslegung und Anwendung der Vorschriften über die Behandlung der ehrengerichtlichen Angelegenheiten Zweifel entstehen, so hat der kommandirende Admiral dieselben zu erledigen, nötigenfalls darüber unmittelbar Meine Entscheidung einzuholen.

28. August. Das Torpedoboot 541 geht bei schwerem Seegang in der Nordsee unter.

15. September. Ein Seeoffizier wird als Marinekommissar eingesetzt zur Wahrnehmung der Interessen der bewaffneten Macht an der militärischen Benutzung des Nordostseekanals.

Prinz Heinrich von Preußen und Kapitän z. S. v. Arnim werden zu Kontre-Admiralen ernannt.

22. September. Die erste Division des Manövergeschwaders, bestehend aus den Panzerschiffen 1. Klasse Kurfürst Friedrich Wilhelm, Brandenburg, Wörth, Weißenburg macht ihre erste Durchfahrt durch den Nordostseekanal.

4. Oktober. Kontreadmiral Thomsen, der 1862 als Kadett in die Marine eintrat, wird zum Vizeadmiral ernannt. Vizeadmiral v. Reiche wird zur Verfügung gestellt.

Die Flotte zählt jetzt 1 Admiral (Knorr als kommandirender Admiral), 5 Vizeadmirale (Hollmann, Koester, Valois, Karcher und Thomsen) und 10 Kontreadmirale (v. Diederichs, Oldekop, Hoffmann, Freiherr v. Senden-Bibran, Barandon, Bendemann, Plüddeman, Tirpitz, Prinz Heinrich und von Arnim).

1. November. In Kiel findet die feierliche Eröffnung des Seemannshauses für Unteroffiziere und Mannschaften der Marine durch den Prinzen und die Prinzessin Heinrich statt.

Zehnter Abschnitt.

Die deutschen Schutzgebiete.

I.

Kamerun.

21. August. Der bisherige Landeshauptmann des Schutzgebiets Togo, v. Puttkamer, wird an Stelle v. Zimmerers zum Gouverneur des Schutzgebiets Kamerun ernannt.

II.

Togo.

4. September. Dr. Gruner, Führer der Expedition, die vom 6. Oktober 1894 bis 23. Juni 1895 das Hinterland von Togo erfolgreich durchzogen hat, trifft in Berlin ein und überreicht dem deutschen auswärtigen Amte die Verträge, durch die er das Sultanat Adiain im Lande Karga, am weißen Woltaflusse, das Sultanat Nbema Matgu im Lande Gambaga, am obern Laufe jenes Flusses (beide Länder nördlich vom neutralen Gebiete Salaga), ferner das östlich hiervon liegende Königreich Groß-Pama, weiterhin das nördlich hiervon liegende große Reich Gurma, endlich das Reich Gando am linken Ufer des Niger, von dem noch ein weites Gebiet im Südosten bis nahe an den Benuefluß tributpflichtig ist, unter deutschen Schutz gestellt hatte.

III.

Südwestafrika.

5. Juli. Der „Reichsanzeiger" meldet die endgiltige Uebertragung des Postens eines kaiserlichen Landeshauptmanns für Deutsch-Südwestafrika an Major Leutwein.

Im August. Leutwein unternimmt einen Zug nach dem Norden des Schutzgebiets.

15. September. Leutwein schließt mit dem Kapitän Hermanus van Wijk einen **Schutzvertrag**, betr. die Wehrpflicht der Rehobother Bastards.

IV.

Ostafrika.

20. Juli. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verfügung des Reichskanzlers betr. das **Verbot der Ausfuhr von Waffen** und Schießbedarf aus Deutschostafrika für Häfen der Somalikküste oder Aethiopien.

24. Juli. Der neue Gouverneur des Schutzgebiets, Major v. **Wißmann**, wird bei seiner Landung in Dar-es-Salaam festlich empfangen und erläßt eine **Ansprache**, in der er sagt:

Ich nehme bei meinem Dienstantritt Veranlassung, in kurzem auf die **Grundsätze** hinzuweisen, nach denen ich die Verwaltung des Schutzgebietes zu führen gedenke. Dieselben sind im wesentlichen durch die bisherige Entwicklung der Kolonie bestimmt. Der siegreichen Niederwerfung des Araberaufstandes, durch die die deutsche Herrschaft im Schutzgebiete erst zur Anerkennung gebracht wurde, folgte die erste Einrichtung einer geordneten Verwaltung durch das erste Gouvernement. Die Wiederherstellung unsers durch den Untergang der Zelewskischen Expedition erschütterten Ansehens und die Befestigung und weitere Ausgestaltung der Verwaltung bildete die Aufgabe des zweiten Gouvernements. Hiernach erscheinen nunmehr **die Grundlagen gegeben** für eine umfassendere Inangriffnahme der eigentlich kolonialen Aufgabe der Verwaltung: **wirtschaftliche Erschließung der Kolonie für das Mutterland, kulturelle Hebung der eingebornen Bevölkerung.** Ich fordre alle, nicht nur Beamte und Offiziere, sondern ebenso Missionare, Pflanzer, Kaufleute, Techniker, kurz alle Europäer der Kolonie, ohne Unterschied ihrer Stellung oder ihres Berufs, auf, mich in Erreichung dieses Zieles nach Kräften zu unterstützen.

17. September. Hauptmann v. **Natzmer** vom Garde-Schützenbataillon wird zum Oberführer der ostafrikanischen Schutztruppe ernannt.

Ende Oktober. Es verlautet, daß in Deutsch-Ostafrika Goldquarze gefunden sind.

Anfang November. Oberstleutnant v. **Trotha** beendet den Feldzug gegen **Hassan bin Omari** durch Gefangennahme desselben.

V.

Neu-Guinea.

Im September. Der Afrikaforscher O. **Ehlers** kommt mit seiner von der Baiernbucht aus angetretnen Expedition nach dem

Heathfluſſe um. Der Reſt der letztern rettet ſich nach Port Morsby auf engliſchem Gebiet.

Elfter Abſchnitt.

Verordnungen und Miniſterialerlaſſe.

I.

Ergänzungsſteuer.

6. Juli. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung des Finanzminiſters, aus der hervorgeht, daß das Veranlagungsſoll der Ergänzungsſteuer für 1895/96 nur 29,6 Millionen betragen habe, alſo hinter der zur Ergänzung der Staatseinnahmen erforderlichen Summe von 35 Millionen um 5,4 Millionen zurückbleibe. Zur Deckung des Ausfalls werden zunächſt die Zinſen des aus den Ueberſchüſſen der Einkommenſteuer gebildeten Fonds in Höhe von 3,9 Millionen verwendet. Es bleibt dann ein Fehlbetrag von 1,5 Millionen übrig, zu deſſen Deckung die Ergänzungsſteuerſätze um 5,2 Pfennig für jede Mark erhöht werden.

II.

Landwirtſchaftskammern.

3. Auguſt. Auf Grund des Geſetzes über die Errichtung von Landwirtſchaftskammern beſtimmt eine königliche Verordnung, daß für die Provinzeen Oſtpreußen, Weſtpreußen, Pommern, Brandenburg, Poſen, Schleſien, Sachſen und Schleswig-Holſtein und für die Regierungsbezirke Kaſſel und Wiesbaden Landwirtſchaftskammern errichtet werden ſollen.

III.

Ueber die Errichtung von Mädchengymnaſien.

8. Auguſt. In der Preſſe wird mitgeteilt, daß ſich der Kultusminiſter Boſſe in einem Schreiben an den Oberbürgermeiſter von Köln über dieſe Frage alſo ausgeſprochen habe:

Die modernen Bestrebungen in der weiblichen Ausbildung richten sich einerseits auf eine Erhöhung der Ziele dieser Bildung und wünschen durch eine möglichste Annäherung des Lehrplans der Mädchenschule an den Lehrplan der Gymnasien den Frauen den Weg zum akademischen Studium zu ebnen, andrerseits sucht man eine Erweiterung der Erwerbsthätigkeit der Frauen herbeizuführen und in Zusammenhang damit möglichst schon in der Schule Vorbildung für spätere gewerbliche Thätigkeit zu geben. Beiden Richtungen wird unter bestimmten Voraussetzungen ein gewisses Maß von Berechtigung nicht abzusprechen sein. Man darf aber nicht übersehen, daß es sich hierbei nur um eine kleine Minderheit der heranwachsenden Mädchen handelt. Die große Mehrzahl findet ihren spätern Beruf im Haushalt, und es ist die Aufgabe der Schule, sie für das Haus zu bilden und darüber zu wachen, daß nicht im Interesse der kleinen Zahl die Bildungswege der weitaus größern Mehrheit gestört nnd in falsche oder doch unpraktische Bahnen gelenkt werden. Hieraus ergiebt sich für die Unterrichtsverwaltung eine doppelte Pflicht. Sie hat nicht nur darauf zu halten, daß der höhern Mädchenschule der Charakter einer allgemein bildenden Anstalt streng bewahrt werde, sondern auch darauf zu achten, daß die Mädchen in der Schule nicht bis zu einem Alter zurückgehalten werden, wo der Uebergang zu fachlicher oder gewerblicher Bildung zu spät ist. Als das Alter, worüber hinaus die Mädchen nicht in der Schule zurückgehalten werden sollen, habe ich das vollendete sechzehnte Lebensjahr angenommen. Da thatsächlich nicht alle Kinder unmittelbar nach der Vollendung des sechsten Lebensjahre der Schule zugeführt werden, da insbesondre auch die Töchter der Offiziere und Beamten, die einen großen Teil der Schülerinnen in den höhern Mädchenschulen ausmachen, durch Wohnungswechsel ihrer Eltern in ihren Fortschritten nicht selten aufgehalten werden, auch häufig Gesundheitsverhältnisse den regelmäßigen Schulbesuch hindern, kann ein neunjähriger Kursus bei der Mehrzahl der Schülerinnen nur in zehn Jahren vollendet werden. Zu diesen Gründen kommt auch die weitere Rücksicht darauf, daß die jungen Mädchen durch den Schulunterricht in dem Maße, wie er zu höhern Zielen aufsteigt und wie sie ihm größere Teilnahme zuwenden, dem Hause einigermaßen entfremdet werden, und daß der langandauernde ununterbrochene Schulbesuch gerade in den Entwicklungsjahren häufig nicht ohne Schaden für die Gesundheit bleibt.

IV.

Strafaussetzung für Verurteilte.

23. Oktober. Kabinettsbefehl an den preußischen Justizminister:

Auf Ihren Bericht vom 15. Oktober d. J. ermächtige ich Sie, solchen zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen, hinsichtlich deren bei längerer guter Führung eine Begnadigung in Aussicht genommen werden kann, nach Ihrem Ermessen Aussetzung der Strafvollstreckung zu bewilligen, indem Ich in den dazu geeigneten Fällen demnächst Ihrem Bericht wegen Erlasses oder Milderung der Strafe entgegensehen will. Von dieser Ermächtigung soll jedoch vornehmlich nur zu Gunsten solcher erstmalig verurteilter Personen Gebrauch gemacht werden, die zur Zeit der That das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hatten, und gegen die nicht auf längere als sechsmonatige Strafe erkannt ist.

Zwölfter Abschnitt.

Evangelische Kirche.

I.

Die theologischen Fakultäten.

17. September. In Fortsetzung der in Versammlungen von Geistlichen (I. S. 252) lebhaft erörterten Fragen wegen Besetzung von Lehrstühlen der theologischen Fakultäten ergreift die „National-Zeitung" das Wort, indem sie davon ausgeht, daß der Konsistorialrat Göbel in Münster zum ordentlichen Professor in der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn ernannt sei. Das Blatt sagt:

Herrn Göbel sollen die neutestamentlichen Disziplinen in Bonn übertragen worden sein. Wunderbar, denn das neutestamentliche Fach, das an andern Universitäten meistens zwei Vertreter hat, zählt deren in Bonn — bei etwa hundert evangelischen Theologen! — für den nächsten Winter ohne Göbel schon vier, von mangelnder Mannichfaltigkeit im Vorlesungsverzeichnisse kann also gar keine Rede sein, ebensowenig von einseitiger Bevorzugung eines „aufklärerischen" Standpunktes seitens der bisherigen Vertreter des Faches; denn selbst wer Grafe und A. Meyer als „Liberale" perhorreszíren sollte, wird doch Sieffert und Bratke nicht aus den Reihen der Positiven zu streichen wagen — und trotzdem errichtet ein Staat, dessen Finanznot ihn zwingt, die Erfüllung dringender Kulturaufgaben immer wieder hinauszuschieben, der in dem höhern Unterrichtswesen sonst eine meisterhafte Sparsamkeit zu üben weiß, eine neue Professur — selbstverständlich mit finanziellen Opfern — für eine an einer kleinen Fakultät ohnehin ebenso reichlich wie mannichfach vertretene Disziplin. Das Rätsel löst sich: Grafe hat im vorigen Jahre gelegentlich der Bonner Ferienkurse eine ihm sehr unerwünschte Berühmtheit erlangt, als er, freilich lediglich in taktvoller Erfüllung seiner Pflicht, vor einem geschlossenen Kreise von älteren Theologen über die neuesten Forschungen bezüglich des sogenannten ersten Abendmahls referirte; die eine Hälfte der rheinisch-westfälischen Geistlichkeit mit ihren kirchlichen Hintermännern fordert seitdem stürmisch, daß an ihrer Provinzialuniversität die neutestamentliche Wissenschaft nach ihrem Geschmack vorgetragen werde, und dem würden selbst die positiven Mitglieder der Fakultät nicht genügen können, schon weil sie noch andres zu thun haben; so wird denn in der Person eines Konsistorialrats aus Münster frisches Blut in die Fakultät eingeführt, den rheinischen Hetzern Entgegenkommen gezeigt, und ihre Gesinnungsgenossen anderwärts dadurch angespornt, nun auch weidlich zu lärmen, damit sie ihre Wünsche gleichfalls durchdrücken, mags immerhin den Steuerzahlern teuer kommen, da die ungläubigen Professoren leider noch nicht abgesetzt werden können.

21. September. Auch die „Kölnische Zeitung" beschäftigt sich ausführlich mit der Berufung Göbels, der als Professor für neutestamentliche Exegese den Nebenauftrag habe, gebotenen Falls Vor-

lesungen aus dem Gebiete der systematischen und praktischen Theologie zu halten. Das Blatt führt aus, die orthodoxe Partei sei einseitig bevorzugt, und spricht von einer „Vergewaltigung der theologischen Fakultäten, die an die beste Zeit des Absolutismus erinnert."

30. September. Das „Evangelische Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen" sieht die Veranlassung zu Göbels Berufung in „jener maßlosen Hetze, die seit dem Ferienkursusvortrag von 1894 gegen Professor Grafe gerichtet ist."

4. Oktober. Dagegen spricht der „Reichsbote" den Wunsch und die Bitte aus, daß man den Orthodoxen auch für das Alte Testament in Bonn einen Vertreter der Rechten gebe. Dann sagt das Blatt: Es darf nicht länger sein, daß die Gegner unsrer Kirche mit Fug und Recht auf solchen Schaden an der Bildungsanstalt ihrer zukünftigen Diener weisen und sagen können: dort ist das Leck unter dem Kiel, und die Wasser dringen langsam aber unaufhaltsam ein, um das Schicksal eurer Kirche bald zu entscheiden.

II.

Kongreß für innere Mission.

24. September. In Posen findet der achtundzwanzigste Kongreß statt. Professor Sohm aus Leipzig redet über das Thema „Der Christ im öffentlichen Leben" und stellt folgende Leitsätze auf:

1. Das öffentliche Leben besteht heute mehr als je in dem Kampf der gesellschaftlichen Klassen um die öffentliche Macht. 2. Die gesellschaftlichen Klassen werden als solche lediglich durch die Selbstsucht beherrscht. Jede Klasse erstrebt die Alleinherrschaft über die andern. 3. Im Kampf der gesellschaftlichen Klassen ist das Christentum zum Kampfmittel entwürdigt worden. Man hat das Christentum für eine bestimmte Art der Gesellschafts- und Herrschaftsordnung in Anspruch genommen. Daher die in weiten Kreisen eingetretene Entartung des Christentums zu einem Deckmantel der Selbstsucht und zugleich der Haß der nach Aenderung ihrer Lage strebenden Massen gegen das Christentum. 4. Der Christ nimmt im öffentlichen Leben am Klassenkampfe Anteil. Er soll Anteil nehmen, wie an allem Irdischen, denn er weiß: der Christ soll das Salz der Erde sein. 5. Seine Aufgabe ist, aus dem Klassenkampfe, dessen Dasein mit dem Wesen der Rechtsordnung gesetzt ist, das Gift der Ungerechtigkeit und des Bruderhasses zu entfernen. 6. Die Fragen des öffentlichen Lebens, unter denen heute die „soziale Frage" hervortritt, sind Fragen der Gerechtigkeit (der Machtverteilung), d. h. sie sind Fragen von dieser Welt. Sie werden durch das Christentum nicht gelöst. Es giebt keine christliche soziale Ordnung. Ja, der Christ ist nach seinem Glauben von allen diesen Dingen frei. Aber nach der Liebe ist er allen diesen Dingen unterthan. 7. In diesem Sinne ist der Christ im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Klassen als solchen ein Diener der Gerechtigkeit, der wahren Gerechtigkeit, die auch dem werdenden Rechte zur Geltung hilft, — die das Eigne, ihm Gebührende behauptet, als die notwendige Grundlage der eignen Freiheit,

aber zugleich den neu gebildeten, aufsteigenden Klassen Lust und Freiheit schafft zur Entfaltung christlichen Persönlichkeitslebens. In demselben Sinne ist der Christ im Verhältnis zu den Einzelnen ein Diener der Liebe, der das Eigne, ja die eigne Persönlichkeit daran giebt, um der geistlichen und leiblichen Not der Brüder durch Ausbreitung des notüberwindenden Evangeliums und durch irdische Mittel zu steuern. 8. Als Diener der Gerechtigkeit wirkt der Christ unmittelbar, als Diener der Liebe (innere Mission) nur mittelbar auf das öffentliche Leben. Die Entwicklung der Klassen ruht auf der christlich-sittlichen Entwicklung des Einzelnen. 9. Nicht zu jeglicher Thätigkeit, die dem Christen in Bezug auf das öffentliche Leben zusteht, ist jeglicher Christ berufen. Der einzelne Christ prüfe sich selbst, zu welchem Amte Gott ihn bestellt hat. Er empfängt das Amt von Gott durch die ihm zugeteilte Gabe. In diesem Amte diene er Gott auch in Bezug auf das öffentliche Leben mit ganzer Kraft. Dilettantismus aber ist Amtsüberschreitung und kein Gottesdienst. 10. Es gilt das Gesetz der Arbeitsteilung je nach Verschiedenheit der Gaben und andrerseits das Gesetz der Arbeitsgemeinschaft unter allen, deren Leben aus Christi Leben stammt. Für das Thätigwerden des Christen im öffentlichen Leben verschwindet der Gegensatz der dogmatischen Parteien. Der Christ lebt und handelt in allem seinem praktischen Christentum nicht als Einzelner, sondern als Glied einer mächtigen Genossenschaft: der Kirche, — nicht der äußerlich organisirten (deren Bedeutung nach andrer Richtung liegt), sondern der wahren, von Gott regierten und charismatisch verfaßten, einer weltumspannenden, an kein von Menschen formulirtes Bekenntnis gebundnen Kirche, der wahren Christenheit, deren Haupt Christus ist, der Herr. Diese Genossenschaft ist unsichtbar, aber täglich kraftvoll wirksam. Der Christ erfüllt seinen Christenberuf und ist zugleich des Sieges sicher, indem er sich dieser Gemeinschaft dienend einordnet, denn — ihrer ist das Reich.

Die Aufgabe des Christen sei es, so führt Redner aus, aus dem Klassenkampfe, dessen Dasein mit dem Wesen der Rechtsordnung gesetzt sei, das Gift der Ungerechtigkeit und des Bruderhasses zu entfernen. So wenig es eine christliche Naturwissenschaft geben kann, so wenig könne es geben ein christliches Recht. Trauungszwang, Taufzwang sei nicht christlich, ein Widerspruch in sich selbst. Luther habe das christliche Recht verbrannt, damit das Christentum frei werde. „Weg mit dem christlichen Rechte!“ Das ist das Urteil der Reformation: „Weg mit dem christlichen Staat!“ Das ist das Urteil der Weltgeschichte. Der christliche Staat sei längst vorüber. In unsern Tagen habe man den Versuch gemacht, in abgeschwächter Form die Idee des christlichen Staates zu erneuern. Die Beibehaltung der heutigen Klassenherrschaft ist das Ziel politischer Parteien. Auch darüber ist die Weltgeschichte hinweggegangen. Keine Sünde bleibt ungestraft. Was die Väter sündigten, wird an den Enkeln heimgesucht. Die Folge des christlichen Staates der vierziger und fünfziger Jahre ist die Sozialdemokratie. Der Haß der Massen gegen das Christentum, gegen Christus, gegen die Kirche, gegen die Geistlichen, der deren Arbeit so sehr erschwert, ist eine Folge der Idee des christlichen Staates, daher weg mit dem christlichen Staat. Der Staat ist etwas Natürliches. Christus gehört zu keiner poli-

tischen, ja zu keiner kirchlichen Partei. Die christliche Liebe giebt auf Rechtsfragen und damit auch auf die soziale Frage keine Antwort.

Diese Ausführungen finden mancherlei Angriffe. Pfarrer Naumann aus Frankfurt a. M. erklärt: Auch die Christlich-Sozialen erachten das Christentum größer als jede einzelne Richtung, Kirche oder Partei. Wolle man das Wort „christlich" streichen vor jeder zeitgeschichtlichen Erscheinung, so müßte man es auch bei „Kirche" und „Schule" vermeiden: es gebe auch keine christliche Schreib- und Rechenlehre. Die Christlich-Sozialen meinen nur, daß der Beisatz christlicher Gesinnung in der christlichen Schule ein relativ großer ist. Sei also eine Richtung relativ hervorragend christlich, so möge sie sich auch so nennen. Auch der Sozialismus sei nicht bloß selbstsüchtig. Viele Sozialisten, auch nichtchristliche, treiben ihren Rechtskampf aus Liebe zu den Brüdern. Ohne solche opferwillige Männer sei kein sozialer, kein Rechtskampf möglich. Wer habe denn die sozialen Fragen aufgeworfen? Die Bedürftigen, nicht die Besitzenden. Eine soziale Bewegung, auch die christlich-soziale, könne sich nur auf aufwärts strebende Klassen, also auf den vierten Stand stützen. Die innere Mission müsse sich aber auf eine bewahrende besitzende Klasse stützen, um die Mittel für den versinkenden Stand zu erhalten, um die zu retten, die sich selbst nicht helfen können. Solange es solche giebt, solange sei die innere Mission notwendig. Beide Richtungen könnten gemeinsam und neben einander arbeiten.

Hofprediger a. D. Stöcker erklärt, daß die Beurteilung des christlichen Staates eine andre sein müsse als die des Referenten und sich darin zusammenfassen lasse, daß das Staatsleben von christlichen Gedanken durchzogen sei, nicht von christlichen Gesetzen, obwohl auch diese von christlichem Geiste durchhaucht sein sollen, von den Gedanken der Wahrheit und Liebe im Gegensatz zum grausamen heidnischen Recht und im Gegensatz zum jüdischen, das auch seine Besonderheiten hat. Er freue sich, daß der Referent sage: wir sind jetzt alle christlich-sozial. Dagegen weiche er vom Pfarrer Naumann ab, der sich im christlich-sozialen Kampfe bloß auf die bedrängten Klassen stützt. Er stütze sich aufs ganze Volk. Schließlich beschließt die Versammlung folgende Erklärung:

„Der Kongreß für innere Mission erklärt es für die Pflicht jedes Christen, an seiner Stelle und nach seinem Berufe sein Bekenntnis zum Evangelium im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen und dafür einzutreten, daß die Lebenskräfte des Evangeliums auch im Rechte der Gegenwart und im öffentlichen Leben wirksam werden."

25. September. Die Versammlung beschließt Erklärungen über das christliche Gemeinschaftswesen innerhalb der evangelischen Kirchengemeinde, über

die seelsorgerische Behandlung der Trinker und über die Mittel, wie den wirtschaftlich-sozialen Mißständen und sittlich-religiösen Gefahren begegnet werden könne, die die Sachsengängerei zur Folge habe.

26. September. Weiter wird eine Erklärung über die Raiffeisenschen Darlehnskassenvereine beschlossen.

III.

Evangelischer Bund.

1. Oktober. Die Generalversammlung wird in Zwickau eröffnet. Nach einer längern Ansprache des Vorsitzenden, Grafen Wintzingerode hält der Militäroberpfarrer Hermens aus Magdeburg einen Vortrag über „Die gemeinsame Gefahr der evangelischen Kirche und der deutschen Nationalität in der Diaspora der deutschen Grenzmarken." Hiernach hält Professor Nippold aus Jena einen Vortrag über „Die internationale Seite der päpstlichen Politik und die Mittel der Abwehr."

Redner geht mit einem Gefühl demütigen Dankes an die heutige Arbeit heran. Eine Zeit lang sei ihm der Mitgenuß der gewaltigen Geistesarbeit der Bundesversammlungen leider versagt gewesen. Um so mehr freue es ihn, heute noch einmal hier reden zu dürfen. Von der letzten sogenannten Katholikenversammlung in München sei von ultramontaner Seite mehr erwartet worden, als nachher erfüllt wurde. Es sei früher einmal gesagt worden, Zentrum sei Trumpf. Redner ist der Ansicht, daß man sonst in kirchlichen Dingen seine Bilder nicht aus dem Kartenspiel zu nehmen pflege. Jedenfalls lasse sich nicht verkennen, daß die päpstliche Politik sich heute nicht nur auf die eignen Angelegenheiten, sondern auch auf die innere und äußere Politik andrer Länder zu erstrecken suche. Ein holländischer Führer einer gewissen Partei, Schaepmann, habe nicht mit Unrecht die internationale Bedeutung der deutschen Zentrumspartei betont. Die gesamte Politik des jetzigen Papstes, des „Friedenspapstes," müsse studirt werden. Selbst Pius VII. kluger Minister Consalvi habe keine schlauere päpstliche Politik gemacht als der Friedenspapst Leo XIII. Und dennoch hätten die Länder, in denen der Einfluß des Papstes allein gilt, durchaus nicht gerade mustergiltige Zustände aufzuweisen. Man brauche nur nach Belgien zu sehen. Aehnliches lasse sich auch in andern von der päpstlichen Politik beeinflußten oder beherrschten Ländern beobachten. Redner beweist das an besonders in die Augen springenden Beispielen aus Frankreich, Polen, Ungarn und aus dem Orient. Wichtiger aber noch, als die päpstlichen Versuche in jenen Ländern, seien die propagandistischen Bestrebungen, die neuerdings in England vom Papste für zeitgemäß erachtet worden sind. Selbst rein protestantische Länder, wie Holland, Schweden und Dänemark, seien nicht verschont geblieben von den Versuchen päpstlicher Einmischung. Aber am deutlichsten zeige sich der Einfluß der päpstlichen Politik in den südamerikanischen Staaten, wo überall die Zustände Belgiens zu finden sind. Kurz, es wird eine Politik in großem Stile getrieben. Diejenigen Politiker, die heute noch die Folgen unsrer Niederlage im Kulturkampfe verkennen, braucht man nur darauf aufmerksam zu machen, daß die Kulturkämpfe, die sich heute in andern Ländern abspielen,

als eine Folge unsrer Niederlage im Kulturkampfe anzusehen sind. Wenn man die Politik des Papstes Gregor betrachtet, der den Namen „der Große" führt, so hat man ein ziemlich getreues Bild der Politik des heutigen Papstes. Aber die Geschichte unsers Jahrhunderts will am besten in Frankreich studirt sein, wo ja eine Dynastie nach der andern zu Grunde gegangen ist, weil sie sich auf die päpstliche Politik stützten. — Und die Mittel der päpstlichen Politik? Es sei hochbedeutsam, daß der römische Pontifex maximus als Souverän Titel und Orden verleihe, am liebsten an solche Personen, die sich durch Widerspruch gegen ihre legale Regierung auszeichneten. Und die päpstlichen Nuntien verdienen nach dieser Richtung dieselbe Beachtung. Dem württembergischen Minister v. Varnbühler sei es zu danken, daß er aktenmäßig klargestellt hat, daß Nuntius Meglia es einst mehr offenherzig als vorsichtig aussprach: „Nur die Revolution kann uns helfen!" — Ueberall mache sich der jesuitische Einfluß geltend, namentlich auch in den Klöstern, mehr aber noch in der römischen Presse. Ein weiteres Mittel seien die zahllosen katholischen Kongregationen, der Augustinusverein, die katholischen Kaufmanns-Kongregationen, die Marianischen Sodalitäten, die katholischen Studentenvereine. Und nun werde eine katholische Universität angestrebt. In andern Ländern seien katholische Universitäten bereits vorhanden. Wieviel jesuitische und andre römische Schriftsteller stehen der päpstlichen Politik zur Verfügung! Aber es fehle doch nicht an Mitteln der Abwehr. Der engere Verband der der evangelischen Kirche befreundeten religiösen Kirchengemeinschaften ist schon ein solches Mittel. Die zahlreichen evangelischen Verbände, die Vereine stärken die Gemeinschaften. Mehr als alle diese Mittel aber hilft die Hingabe an Gott und sein Wort.

3. Oktober. Die Versammlung beschließt Aufrufe an die evangelischen Volksgenossen und an die Mitglieder des Bundes. In ersterem Aufrufe wird gesagt:

Herrliche Thaten sind vor fünfundzwanzig Jahren unter Gottes Gnade und durch die einmütige Kraft des Volks vollbracht. Aber in welcher Lage findet uns dieses Jahr erhebender Erinnerungen? Verderblicher denn je befehden sich untereinander die Parteien, und erschreckend greift die Macht eines materiellen Sinnes um sich, der unser Volk seiner höchsten, der idealen Güter zu berauben droht, damit aber auch die Errungenschaften der Jahre 1870 und 1871 wieder gefährdet. Wie hat es dazu kommen können? Unser Volk hat nicht genug erkannt, woher im tiefsten Grunde ihm seine politische Wiedergeburt kam. Die deutsche Reformation, von deren Segnungen neben uns Evangelischen auch die katholischen Mitbürger mehr als sie ahnen Anteil empfingen, hat den Grund dazu gelegt. Die Kräfte edler Geistesfreiheit, die jene Gottesthat auf allen Gebieten des Volkslebens erweckte, und noch mehr der sittliche Gehalt, den sie den Seelen einflößte, — sie haben uns von Stufe zu Stufe zu solcher Höhe emporgehoben. Diese Kräfte sind gegenwärtig unterbunden, dieser Gehalt droht zu entschwinden, weil wir religiös gesunken sind. Daher die Verleugnung jedes heiligen Gefühls bei Hunderttausenden in unserm Volke bis nahe an die Grenzen des Verrats am Vaterland! Daher die beklagenswerte Gleichgiltigkeit gegenüber den rastlosen Bestrebungen, dem Papsttum zu Rom beherrschenden Einfluß auf deutschem Boden zurückzugewinnen! Wollen wir ruhig zusehen, wie jene an den Grundlagen von Staat und Gesellschaft rütteln? Oder soll es der Macht des Ultramontanismus wirklich gelungen sein, dem neuen deutschen Reiche „den Keim unheilbaren Siechtums einzupflanzen" — wovor einst ein edler Katholik so nachdrücklich warnte?! Möchte doch das Jubeljahr 1895 unserm Volke zu einem Jahre ernster Be-

sinnung werden, daß es seinen Gott und die Wege des Heils, auf denen er uns durch die letzten Jahrhunderte führte, wieder erkennt! Zurück zu den starken Wurzeln unsrer Kraft! — zu dem Gewissensernst, der unser Volk von jeher auszeichnete — zu dem idealen Sinn, der seine Geistesgröße ausmacht, und vor allem zu der Lebensquelle, aus der beide flossen, zum Evangelium, wie es uns Luther verstehen lehrte! Dann werden wir den Geist des Umsturzes bannen und das Joch römisch-katholischer Obmacht brechen, die jetzt unser Volksleben auf allen Gebieten lähmen und hemmen.

IV.

Der Oberkirchenrat gegen die christlich-soziale Agitation.

17. Dezember. In Nr. 10 des „Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblattes" wird folgender datumloser Erlaß des Oberkirchenrats an die Konsistorialpräsidenten und Generalsuperintendenten, betr. die christlich-soziale Agitation, veröffentlicht:

Durch die mit den Herren Konsistorialpräsidenten und Generalsuperintendenten gepflognen Beratungen über die Beteiligung der Geistlichen unsrer Landeskirche an sozialpolitischen Agitationen haben wir zu unsrer Befriedigung die Ueberzeugung gewonnen, daß in der Haltung der weitaus überwiegenden Mehrzahl unsrer Geistlichen diejenige Besonnenheit nicht zu vermissen ist, deren Bewahrung die Würde des geistlichen Standes erheischt, und die für eine gedeihliche Ausübung des Pfarramts und den Frieden der Gemeinde erforderlich ist. Einstimmig ist dabei jedoch zugleich von den Herren Konsistorialpräsidenten und Generalsuperintendenten bezeugt worden, daß auch die Kreise der Geistlichkeit nicht unberührt geblieben sind von der das öffentliche Interesse beherrschenden sozialpolitischen Reformbewegung auf wirtschaftlichem Gebiete, und daß die an einzelnen Stellen vorgekommnen Ausschreitungen einen gewissermaßen symptomatischen Charakter haben. Ebenso einstimmig ist der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß in geistlichen Kreisen die Neigung sich mehre, sich auch über die in der Zwecksphäre der Kirche liegenden Aufgaben, insbesondre über die ihr befohlene Beteiligung an Werken der christlichen Liebesthätigkeit hinaus an sozialen Bestrebungen zu beteiligen, insbesondre auch ihre Thätigkeit unter Hintansetzung ihrer pfarramtlichen Wirksamkeit der Erörterung volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Probleme zuzuwenden. Zugleich ist anerkannt, daß durch solche Thätigkeit die Vertrauensstellung der Geistlichen in ihren Gemeinden gefährdet werden könne; auch ist mehrseitig hervorgehoben, daß durch die hie und da überhandnehmende Neigung namentlich jüngerer Geistlicher zu Reisen, um sich an Versammlungen, Kongressen u. s. w. zu beteiligen, nicht allein die Zeit zu gewissenhafter Ausrichtung der seelsorgerlichen und sonstigen Amtspflichten geschmälert, sondern auch die innerliche Sammlung gehindert werde. Daraus giebt sich für die kirchenregimentlichen Organe auf allen Stufen die Pflicht, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den hervortretenden bedenklichen Erscheinungen nachdrücklich entgegenzuwirken.

Es ist uns von besondrer Wichtigkeit, uns mit den sämtlichen an den Beratungen beteiligt gewesenen Herren in dem Urteile zu begegnen, daß die Haupturſache der bedauerlichen Wahrnehmungen zu suchen ist in der Jahre

lange fortgeführten, schon bei Studirenden und Kandidaten einsetzenden Agitation, die, begünstigt durch die weite Kreise beherrschende, übertriebne Wertschätzung der irdischen Güter, bei manchen Geistlichen dazu geführt hat, ihr Interesse rein wirtschaftlichen, dem pfarramtlichen Berufe fern liegenden Gegenständen zuzuwenden und sich in einem der treuen Berufserfüllung zum Schaden gereichenden Maße am politischen und sozialen Parteileben zu beteiligen. Um den schädlichen Einflüssen derartiger Agitationen entgegenzuwirken, wird es vornehmlich von Bedeutung sein, daß den Kandidaten während der auf die Studienzeit folgenden Vorbereitungszeit ausreichende Gelegenheit geboten wird, sich an der Hand erfahrner Leiter und Berater mit den Aufgaben des geistlichen Amtes in praktischer Arbeit vertraut zu machen und sich von dem Geiste der Selbstzucht und dienenden Liebe durchdringen zu lassen, der sie befähigt, den Gemeinden, zu deren Dienste sie demnächst berufen werden, treue Seelsorger und Führer zu sein. Wie schon bei den stattgehabten gemeinsamen Beratungen mitgeteilt worden, ist die Neuordnung der Vorbereitung für das Pfarramt bereits Gegenstand eingehender Beratungen mit dem Generalsynodalvorstande gewesen. Wir hoffen, darüber der nächsten Generalsynode eine Vorlage machen zu können.

Bei den Schwierigkeiten, die infolge der mehr und mehr sich komplizirenden Gestaltung der öffentlichen, insonderheit der sozialen Verhältnisse an vielen Orten für die pfarramtliche Thätigkeit sich ergeben, darf es aber auch den im Amte befindlichen Geistlichen nicht an sichrer Beratung fehlen. Die Aufgabe fällt in erster Linie den Herren Generalsuperintendenten und Superintendenten zu. Mit den Herren Teilnehmern an der Konferenz erscheint es auch uns unerläßlich, daß die Herren Generalsuperintendenten die Ephoren ihres Bezirks von Zeit zu Zeit um sich versammeln, um in gemeinsamem Austausch der Erfahrungen die Richtlinien festzustellen, die für die Haltung der Geistlichen gegenüber der sozialen Bewegung maßgebend sein müssen. Wir können der in der Konferenz einmütig ausgesprochnen Ansicht durchaus beipflichten, daß in einer derartigen im allgemeinen kirchlichen Interesse längst als notwendig erkannten Einrichtung auch das geeignete Mittel zu finden sein wird, um den aus der allgemeinen Lage der öffentlichen Verhältnisse für die Kirche drohenden Gefahren vorzubeugen.

Wenn endlich in der Konferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben ist, es möge eine erneute Kundgebung unsrerseits erfolgen, die den Geistlichen in ihrer Amtswirksamkeit als Richtlinie bezüglich ihrer Stellung zu der unruhigen Bewegung des öffentlichen Lebens dienen könne, so entnehmen wir daraus den Anlaß, auf unsern Erlaß an die Geistlichen und Gemeindekirchenräte vom 20. Februar 1879 und auf unser Rundschreiben an die Geistlichen vom 17. April 1890 zurückzuverweisen. Wir halten an den dort entwickelten Gesichtspunkten im allgemeinen fest. Nur insofern bedürfen nach den inmittelst gewonnenen Erfahrungen die im Jahre 1890 erteilten Weisungen einer Einschränkung, als wir damals die Hoffnung hegen durften, daß eine unmittelbare Beteiligung der Geistlichen an sozialpolitischen Versammlungen, verbunden mit Rede und Gegenrede, dazu beitragen werde, Vorurteile zu zerstreuen und einer friedlichen Fortentwicklung freien Raum zu schaffen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dieser Erfolg nur in seltnen Fällen erreicht ist. Die Geistlichen sind häufig nicht imstande gewesen, einer sich tumultuarisch geltend machenden Agitation Herr zu werden und gegenüber der Parteileidenschaft ihre Person sowie die Würde des geistlichen Amtes vor kompromittirenden Angriffen zu bewahren. Sie haben auch der Versuchung unbesonnener Parteinahme für die Forderungen einer einzelnen Bevölkerungsklasse nicht

immer widerstehen können. Den hervorgetretenen irrigen Anschauungen gegenüber kann nicht ausdrücklich genug betont werden, daß alle Versuche, die evangelische Kirche zum maßgebend mitwirkenden Faktor in den politischen und sozialen Tagesstreitigkeiten zu machen, die Kirche selbst von dem ihr von dem Herrn der Kirche gestellten Ziele: Schaffung der Seelen Seligkeit, ablenken müssen. Die Einwirkung der Kirche auf diese äußerlichen Gebiete kann und darf niemals eine unmittelbare, sondern nur eine mittelbare, innerlich befruchtende sein. Aufgabe der Kirche und der einzelnen Diener derselben ist es, durch eindringliche Verkündigung des göttlichen Worts, durch treue Verwaltung ihrer Gnadenschätze, durch hingebende Seelsorge an den anvertrauten Seelen alle Angehörigen der Kirche ohne Unterschied des Standes so mit dem Geiste christlicher Liebe und Zucht zu erfüllen, daß die Normen des christlichen Sittengesetzes in Fleisch und Blut des Volks übergehen und damit die christlichen Tugenden erzeugt werden, die die Grundlagen unsers Gemeinwesens bilden: Gottesfurcht, Königstreue, Nächstenliebe!

Dahin allein muß die Arbeit der Kirche gerichtet sein. Gott hat sie nicht zur Schiedsrichterin in weltlichen Sachen gesetzt. Jeder Versuch des Geistlichen, maßgebend und insbesondre außerhalb seines Amtsbereichs auf die dem kirchlichen Gebiete fremden öffentlichen Angelegenheiten einwirken, noch mehr jede Parteinahme für die Forderungen des einen oder andern Standes, der einen oder andern Gesellschaftsklasse muß das Ansehen des Geistlichen bei den andern Gemeindegliedern schädigen, während er zur Erfüllung seines Berufs des Vertrauens aller Gemeindeglieder bedarf. Gelingt es den Geistlichen, durch treue, den Einzelnen nachgehende Seelsorge, durch liebevolle Bewahrung der Jugend, sonderlich der konfirmirten Jugend, durch Ausgestaltung einer alle Hilfsbedürftigen umfassenden Gemeindepflege, unter Umständen auch durch Pflege einer die verschiednen Kreise der Gemeinde verbindenden edeln Geselligkeit bei den begüterten Klassen den Gewissen einzuprägen, daß Reichtum, Bildung und Ansehen nur anvertraute Güter sind, die sie zum Besten ihrer Mitmenschen zu verwalten haben, die unter dem Druck des Lebens stehenden Klassen aber zu überzeugen, daß Wohlfahrt und Zufriedenheit auf gläubiger Einfügung in Gottes Weltordnung und Weltregierung, auf tüchtiger, ehrlicher Arbeit und Sparsamkeit, sowie auf gewissenhafter Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht beruhen, daß dagegen Neid und Gelüste nach des Nächsten Gut dem göttlichen Gebot zuwider sind, so tragen dieselben viel zur Hebung der sozialen Notstände und zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Reichen und Armen bei.

Aus dem Umstande, daß die vorstehend entwickelte Auffassung über die Aufgabe der Kirche gegenüber den sozialen Zeitströmungen von allen Teilnehmern der Konferenz geteilt wird, entnehmen wir die Hoffnung, daß sie nicht allein bei allen übrigen kirchenregimentlichen Organen Zustimmung, sondern auch in kirchlichen Kreisen, bei Geistlichen wie bei Laien, Wiederhall finden wird. Hiernach glauben wir uns auch der Erwartung hingeben zu dürfen, daß Ausschreitungen, durch die das kirchliche Leben und der Frieden der Gemeinden gestört werden können, fortan nicht zu beklagen sein werden und den kirchlichen Behörden die Notwendigkeit erspart bleibt, von den Mitteln der Disziplin Gebrauch zu machen. Gott der Herr aber, dessen gnädiger Führung wir auch in der gegenwärtigen ernsten Zeit unsre teure evangelische Kirche befehlen, wolle alle im Kirchenregiment und in der Gemeinde zu seinem Dienste Berufnen erleuchten, daß sie in der Kraft seines Geistes ausrichten, was Ihm gefällig ist.

Barkhausen

Dreizehnter Abschnitt.

Katholische Kirche.

20. August. In Fulda findet eine Konferenz preußischer Bischöfe statt, an der teilnehmen: Kardinal-Fürstbischof Kopp aus Breslau, Kardinal-Erzbischof Krementz aus Köln, der Erzbischof von Gnesen-Posen, die Bischöfe von Trier, Ermland, Mainz, Limburg, Kulm, Münster, Paderborn, Fulda und der Armeebischof Aßmann aus Berlin. Es wird u. a. beschlossen, am 20. September, dem fünfundzwanzigjährigen Gedenktage der Einnahme Roms durch die Italiener, in den einzelnen Diözesen Sühne- und Bittgottesdienste anzuordnen.

18. September. Die einzelnen preußischen Bischöfe kommen diesem Beschlusse durch den Erlaß von Hirtenbriefen nach. In dem des Bischofs Dingelstad von Münster heißt es:

Bei der fünfundzwanzigsten Wiederkehr jenes Tages schicken sich nun die Feinde des Papsttums und der Kirche in Italien an, jenen traurigen Raub durch besondre Feste zu feiern. Gegenüber solcher Schmach, geliebte Diözesanen, die unserm beraubten heiligen Vater bereitet werden soll, und mit ihm auch uns und allen treuen Katholiken muß heilige Entrüstung unser Herz erfüllen und bewegen. Darum legen wir im Namen des Rechtes und der Gerechtigkeit, im Namen aller, denen Raub ein Frevel und das Eigentum geheiligt ist, Einspruch ein gegen die Beraubung des rechtmäßigsten aller Monarchen der Welt, unsers heiligen Vaters. Wir erklären es für eine Schmach und Schande, jenen Raub feiern nnd den Tag der Einnahme Roms als Festtag begehen zu wollen.

Anfang Oktober. Der „Amtliche kirchliche Anzeiger für die Katholiken Berlins und des übrigen fürstbischöflichen Delegaturbezirks" macht folgendes bekannt:

Durch hohen Erlaß Sr. Eminenz des hochwürdigsten Herrn Fürstbischofs von Breslau Kardinals Georg Kopp vom 28. September 1895 wird die Pfarrseelsorge in der seit Anfang dieses Jahres bestehenden Kuratie Moabit den hochwürdigen PP. Dominikanern in Moabit vom 1. Oktober d. J. ab übertragen. Die Katholiken der Kuratie Moabit haben sich also jetzt in pfarramtlichen Angelegenheiten an den hohen Herrn P. Prior Raymundus Lentz oder dessen Stellvertreter P. Bernhardus Dieringhof zu wenden.

18. November. Katholische Blätter veröffentlichen ein „Protestschreiben," das die preußischen Bischöfe von Fulda aus gelegentlich der fünfundzwanzigjährigen Gedenkfeier der Vereinigung Roms mit dem Königreich Italien an den Papst gerichtet haben, und die Antwort des Papstes vom 12. Oktober. Das Schreiben der preußischen Bischöfe spricht von dem „Raub," den feindliche

Scharen mit der Einnahme Roms begangen, nennt den Papst einen „Gefangnen," der in seiner Wohnung seitdem bewacht werde, und preist zum Schluß die päpstliche Stellung und Wirksamkeit. Der Papst erteilt den Bischöfen und dem Klerus seinen Segen, dankt ihnen, daß sie dasselbe Ziel anstreben, und fordert sie auf, „da Gott allein Zeit und Umstände der Erlösung kenne und in seiner Gewalt habe, sie durch um so inbrünstigeres Gebet zu beschleunigen."

Vierzehnter Abschnitt.

3. Session des 9. Reichstags.

I.

Eröffnung.

3. Dezember. Die Session wird im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe im Auftrage des Kaisers mit folgender Rede eröffnet:

Geehrte Herren! Seine Majestät der Kaiser haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, Sie in Seinem und der verbündeten Regierungen Namen willkommen zu heißen. Ihre Arbeiten fallen in die Tage der Erinnerung an die große Zeit, in der vor einem Vierteljahrhundert die Frucht der ruhmreichen Kämpfe erwuchs, deren Andenken wir unlängst gefeiert haben. Die Begründung des Reichs, die Einheit und die Machtfülle des Vaterlandes war der Siegespreis, der unter des großen Kaisers Führung durch das treue Zusammenstehen der deutschen Fürsten und Völker, den Heldenmut unsrer Heere, die Weisheit unsrer Staatsmänner errungen wurde. Im dankbaren Rückblick auf jene Tage sich des Besitzes der schwer erworbnen nationalen Güter neu bewußt zu werden, getragen von diesem Bewußtsein, den Sinn auf das Ganze, das Einende in allem Streit der Meinungen und Interessen gerichtet zu halten — solches ziemt dem deutschen Volk und dem deutschen Reichstag, der selbst eine Errungenschaft jener Kämpfe ist. Ihm liegt es ob, gemeinsam mit den verbündeten Regierungen auf dem vor fünfundzwanzig Jahren gelegten Grunde weiterzubauen in der von der Verfassung vorgezeichneten Richtung, zum Schutz und zur Entwicklung des nationalen Rechts und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. In dieser Richtung, geehrte Herren, liegen auch die Beratungsgegenstände, die Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen werden. Als bei dem Schlusse der Session, in der die großen Prozeßgesetze zur Verabschiedung gelangten, der Hochselige Kaiser Wilhelm am 22. Dezember 1876 den Reichstag um sich versammelte, gab Er der Hoffnung Ausdruck, daß der damals erreichten Einheit auf dem Gebiete der Rechtspflege die Rechtseinheit auf dem Gebiete des gesamten bürgerlichen Rechts folgen werde. Diese Hoffnung soll jetzt ihre Erfüllung finden. Im Laufe

der Session wird Ihnen der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs vorgelegt werden. Durchdrungen von der Bedeutung, die der endlichen Beseitigung der großen Verschiedenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts für das Ansehen des Reichs und für die wirtschaftliche Entwicklung des Volkes beiwohnt, haben die verbündeten Regierungen bei Prüfung des nach mühevoller Arbeit vollendeten Entwurfs bereitwillig Opfer ihrer Wünsche und ihrer Ansichten gebracht. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag in gleichem Geiste an die Beratung herantreten, und daß es so gelingen werde, zum Segen des Vaterlandes das große Werk zum Abschluß zu bringen. Der Versuch, in das gerichtliche Strafverfahren neue Bestimmungen einzuführen, die die Schnelligkeit und die Gerechtigkeit der Strafverfolgung erhöhen, hat in der vorigen Session nicht zum Ziele geführt. Es wird Ihnen von neuem ein Gesetzentwurf zugehen, durch den die erforderlichen Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung in Vorschlag gebracht werden. Neben diesen Aufgaben im Bereich nationaler Rechtsentwicklung wird Ihre Mitwirkung für eine Reihe von Vorlagen in Anspruch genommen werden, die der Wohlfahrt der Erwerbsstände zu gute kommen sollen. Das Handwerk, dessen Gedeihen zu fördern die verbündeten Regierungen als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, entbehrt zum weitaus größten Teile einer geordneten Vertretung, während den Regierungen für die der Lösung harrenden schwierigen Organisationsfragen der mitwirkende Beirat zahlreicher Kreise des Handwerksstandes fehlt. Zur Beseitigung dieses Mangels und zugleich als erster Schritt zur Lösung der Organisationsfrage ist eine Gesetzesvorlage über die Errichtung von Handwerkskammern bestimmt. Mit dem Börsenhandel, dessen entwickelte Formen bei der heutigen Ausdehnung des Umsatzes von Waren und Werten nicht entbehrt werden können, sind Gefahren verbunden, die sich zum Schaden des Volkswohlstandes oft genug fühlbar gemacht haben. Auch Volkskreise, die sich an Börsengeschäften nicht zu beteiligen pflegen, namentlich die Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, können durch den preisbildenden Einfluß der Börse in ihren wirtschaftlichen Interessen betroffen werden. Solchen Mißständen nach Möglichkeit zu begegnen, bezweckt der an die Vorschläge der Börsen-Enquete-Kommission anknüpfende Entwurf eines Börsengesetzes, der Ihnen nebst einer ergänzenden Vorlage über das kaufmännische Depotwesen unverweilt zugehen wird. Gegen eine Gruppe von Auswüchsen im Handel und Wandel richtet sich ein — einem Beschluß des Reichstags entgegenkommender — Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung des unlautern Wettbewerbes. In ähnlicher Richtung bewegt sich eine Vorlage, die die gesetzlichen Vorschriften über den Verkehr mit Ersatzmitteln für Butter im Interesse der Molkereiproduktion zu erweitern unternimmt. Da sich die an das geltende Zuckersteuergesetz geknüpfte Erwartung einer internationalen Aufhebung der Ausfuhrzuschüsse bisher leider nicht erfüllt hat, und im Hinblick auf die ungünstige Rückwirkung, die die allgemeine Lage des Zuckermarktes auf die landwirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse ausübt, hat sich der lebhafte Wunsch nach einer umfangreichen Reform der einschläglichen Gesetzgebung geltend gemacht. Die schwierige Aufgabe ist zur Zeit Gegenstand der Erwägung seitens der verbündeten Regierungen. Schon in der letzten Tagung ist Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Gewerbeordnung unter anderm in den auf das Wandergewerbe bezüglichen Vorschriften abzuändern bezweckte. Dieser Entwurf ist einer wiederholten Prüfung unterzogen worden und wird Ihrer Beschlußfassung von neuem unterbreitet werden. In den am 1. April d. J. in Kraft getretnen Vorschriften über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter erblicken die verbündeten Regierungen einen bedeutsamen Schritt auf dem Gebiete der Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen. Mit

Genugthuung darf hervorgehoben werden, daß diese Vorschriften im allgemeinen ohne Benachteiligung berechtigter Interessen durchgeführt sind. Bei sorgfältig vorbereitetem, schrittweisem Vorgehen wird auch die noch ausstehende Ausführung der auf den Schutz der Arbeiter gegen gesundheitsschädliche Ueberanstrengung abzielenden Bestimmungen der Gewerbeordnung sich, soweit dafür ein Bedürfnis anzuerkennen ist, ermöglichen lassen.

Die Entwürfe der Haushaltspläne des Reichs und der Schutzgebiete für das nächste Etatsjahr werden Ihnen ungesäumt zugehen. Trotz sparsamer Bemessung der Ausgaben waren die allen Bundesstaaten gemeinsamen Matrikularbeiträge nicht unerheblich höher einzustellen, als die nach vorsichtiger Schätzung zu erwartenden Ueberweisungen. Immerhin hält sich aber die noch verbleibende Belastung innerhalb der Mehreinnahmen, die in dem jüngst abgelaufnen Rechnungsjahre über die etatsmäßige Annahme hinaus den Einzelstaaten aus Zöllen und Verbrauchsabgaben zugeflossen sind. Auch die laufende Etatsperiode verheißt nach den bisherigen Ergebnissen einen günstigen Abschluß. Treten demgemäß die Unzuträglichkeiten, die für die Finanzwirtschaft der einzelnen Bundesstaaten aus ihrer Beziehung zum Reichshaushalt entspringen, gegenwärtig weniger in die Erscheinung, so bleibt es doch eine ernste Aufgabe der Gesetzgebung, dem Reiche und seinen Gliedern auf dem Gebiete ihres Finanzwesens ein höheres Maß gegenseitiger Unabhängigkeit zu sichern.

Die guten und freundlichen Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Mächten dauern unverändert fort. Im Verein mit den Regierungen Rußlands und Frankreichs ist Deutschland bemüht gewesen, den aus dem Kriege der beiden großen ostasiatischen Reiche drohenden weitern Verwicklungen vorzubeugen. Unsre Bestrebungen sind, dank der verständnisvollen Mäßigung der japanischen Regierung, von Erfolg gewesen und werden mit dazu beitragen, Deutschlands Gewerbefleiß und Handel ein Feld friedlichen Schaffens zu erhalten und zu erweitern.

Den beklagenswerten Vorgängen im türkischen Reiche und der dadurch geschaffnen Situation ist unsre ernste Aufmerksamkeit zugewandt. Getreu seinen Bündnissen und den bewährten Grundsätzen deutscher Politik ist das Reich allzeit bereit, mit den durch ihre Interessen in erster Reihe berufnen Mächten zusammen zu wirken, um der Sache des Friedens zu dienen. Die Einmütigkeit des Entschlusses aller Mächte, die bestehenden Verträge zu achten und die Regierung Sr. Majestät des Sultans bei Herstellung geordneter Zustände zu unterstützen, begründet die Hoffnung, daß den vereinten Anstrengungen der Erfolg nicht fehlen werde.

II.

Fraktionen.

Die Deutschkonservativen zählen 60, die Reichspartei 28, das Zentrum 97, die Nationalliberalen 50, die Antisemiten 14, die Freisinnige Volkspartei 24, die Freisinnige Vereinigung 15, die Polen 19, die deutsche Volkspartei 12, die Sozialdemokraten 47 Mitglieder. Bei keiner Fraktion befinden sich 26 Abgeordnete.

III.

Wahl des Präsidiums.

4. Dezember. Der bisherige Präsident Freiherr von Buol-Berenberg (Zentrum) wird mit 229 von 293 abgegebnen Stimmen, der bisherige erste Vizepräsident Schmidt-Elberfeld (Freisinnige Volkspartei) mit 169 von 290 Stimmen, während 107 Zettel weiß abgegeben waren, und der bisherige zweite Vizepräsident Spahn (Zentrum) wird mit 170 von 270 Stimmen ebenfalls wiedergewählt.

IV.

Reichshaushaltsetat für 1896—97.

1.

Die Vorlage.

Der Etatsentwurf enthält in Einnahme und Ausgabe 1 259 221 983 Mark, unter den Ausgaben 1 136 389 624 Mark fortdauernde; unter den einmaligen Ausgaben 93 481 438 Mark im ordentlichen, 29 350 921 Mark im außerordentlichen Etat.

2.

Erste Beratung.

9. Dezember. Zur Einleitung nimmt das Wort Schatzsekretär **Graf Posadowsky.** Er giebt die übliche Uebersicht über die Ereignisse des abgelaufnen und des laufenden Jahres und knüpft daran die Besprechung des für 1896/97 vorgelegten Entwurfs. Aus dem laufenden Jahre werde sich wahrscheinlich für die eigne Wirtschaft des Reichs ein in den Etat 1897/98 einzustellender Ueberschuß von 11 Millionen ergeben. Die Einzelstaaten würden, namentlich wegen der Mehrerträge der Zölle und der Börsensteuer, 30 Millionen an außeretatsmäßigen Mehrüberweisungen erhalten, sodaß an die Stelle der Spannung von $10^1/_2$ Millionen ein barer Zuschuß von 20 Millionen tritt. Die so günstigen Ergebnisse des laufenden Jahres seien auf die vorsichtige Veranschlagung des Etats, auf Sparsamkeit und vor allem auf ganz unvorhergesehene Mehreinnahmen zurückzuführen. Gegen den Vorwurf, daß er im Februar d. J. bei der Verteidigung der Tabaksteuervorlage die Finanzlage absichtlich

zu schwarz gemalt habe, verteidigt sich der Schatzsekretär ausführlich. Nach den alten bewährten Grundsätzen sei auch der neue Etat aufgestellt. An der Forderung der Reichsfinanzreform halten die verbündeten Regierungen fest, wenn sie auch für diese Session auf die Einbringung bezüglicher Vorlagen verzichtet haben. Fritzen hebt hervor, daß seine Partei den Vorwurf tendenziöser Etatsaufstellung nicht erhoben habe; man müsse im Gegenteil anerkennen, daß der Etat vorsichtig aufgestellt sei. Die gegenwärtige Finanzlage berechtige zu der Hoffnung, daß man ohne neue Steuern auskommen werde. Redner betont, daß angesichts der jüngsten Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Aeußerung der Regierung über unsre Beziehungen zu den letztern erwünscht wäre. Was die Militärstrafprozeßreform betreffe, so sei sie zwar besser als ihr Ruf, aber es liege im Interesse der Militärverwaltung, die Oeffentlichkeit einzuführen, soweit es die Disziplin gestatte.

Staatssekretär v. Marschall: Vorredner hat den Wunsch ausgesprochen, daß das auswärtige Amt sich äußern möge über die Botschaft des Präsidenten Cleveland. Ich komme diesem Wunsche gern nach. Bezüglich der Behandlung des deutschen Zuckers dauert die Sachlage heute noch unverändert fort, wie sie vor einem Jahre vorhanden war. Bekanntlich hat im vorigen Jahre der amerikanische Kongreß eine Gesetzesbestimmung angenommen, wonach der aus den Prämien zahlenden Ländern kommende Zucker einen Zollzuschlag zu zahlen hat. Diese Bestimmung hat neben andern europäischen Ländern auch Deutschland getroffen. Wir haben sofort entschieden Einspruch gegen diese Bestimmung erhoben, da sie in Widerspruch steht mit unserm vertragsmäßigen Meistbegünstigungsrecht. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich mit voller Loyalität bemüht, unsern Beschwerden Geltung zu verschaffen. In seiner vorjährigen Botschaft hat der Präsident der Vereinigten Staaten den Kongreß ausdrücklich gebeten, diesen Zuschlag wieder aufzuheben. Dieser Versuch ist gescheitert an dem Widerstande des Senats und die differenzielle Behandlung unsers deutschen Zuckers dauert in Amerika fort. Unter diesen Umständen muß es überraschen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner jüngsten Botschaft gegen Deutschland den Vorwurf erhebt, daß wir die amerikanischen Nahrungsmittel differenziell und die amerikanischen Versicherungsgesellschaften vexatorisch behandeln. Ich nehme keinen Anstand, diese Behauptungen als der Begründung entbehrend zu bezeichnen. Wir haben vor einiger Zeit die Einfuhr amerikanischen Rindviehs und Rindfleisches in Deutschland verboten, nachdem die Sachverständigen einstimmig die Symptome von Krankheiten oder gesund-

heitsgefährdende Anzeichen festgestellt haben. Diese Maßregel richtet sich überhaupt gegen alle Länder, von denen die Einschleppung von Seuchen zu befürchten war, nicht ausschließlich gegen die Vereinigten Staaten. Wir haben diese Maßregel ergriffen in Ausübung der Pflicht, soweit es möglich, für die Erhaltung des deutschen Viehbestandes zu sorgen, und wir sind nicht imstande, diese Pflicht irgend welchen handelspolitischen Interessen andrer Länder unterzuordnen. Bezüglich der Versicherungsgesellschaften hat das Ministerium des Innern in Preußen eine Reihe von Vorschriften erlassen, die die Verhältnisse der Versicherungsgesellschaften regeln und sich namentlich auf die Rechnungslegung und die Veröffentlichung der Bilanz beziehen. Diese Bestimmungen sind genau dieselben für die inländischen wie für die ausländischen Gesellschaften. Jede Gesellschaft muß sich denselben fügen. Nun haben die amerikanischen Versicherungsgesellschaften, nachdem längere Zeit mit ihnen verhandelt war, die Erklärung abgegeben, daß sie nach ihrer ganzen Geschäftsgebahrung nicht in der Lage seien, sich allen diesen Bestimmungen zu fügen, und darauf sind einzelne derselben geschlossen oder ist ihnen die Konzession zum Abschluß weiterer Versicherungsverträge entzogen worden. Wenn diese amerikanischen Versicherungsgesellschaften so großen Wert darauf legen, in Preußen zugelassen zu werden, so bleibt es ihnen anheimgestellt, die Erklärung abzugeben, daß sie sich diesen Bestimmungen fügen wollen, die für die inländischen Gesellschaften genau so gelten wie für die ausländischen. Ob diese Bestimmungen zweckentsprechend sind, darüber hat lediglich die preußische Regierung zu befinden, einem fremden Staat steht das Recht einer Kritik darüber nicht zu! Wir haben allezeit unsre vertragsmäßigen Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten getreu und loyal erfüllt. Wir haben uns dadurch recht kräftige Angriffe von landwirtschaftlicher Seite zugezogen, wir haben diesen Angriffen Stand gehalten und werden es auch in Zukunft thun. Wir werden uns aber andrerseits auch durch Drohungen und Repressalien nicht einschüchtern lassen. v. **Kardorff** spricht seine Genugthuung über diese Erklärung aus und hofft, daß die Regierung die Einheitlichkeit in ihren Entschlüssen zeigen werde, die notwendig sei, um unser Vaterland vor den Gefahren der Umsturzidee zu bewahren.

10. Dezember. **Richter** vermißt in dem Etat, insbesondre in dem Militäretat, die zu seiner Beurteilung erforderliche Klarheit, findet den Marineetat zu hoch, will das Haus auch auf den Pensionsetat aufmerksam machen, wünscht eine Erklärung über den Stand der Militärprozeßreform und über die Frage der Umgestaltung der vierten Bataillone und spricht sich gegen das Zuckersteuergesetz aus, das ein notwendiges Nahrungsmittel wesentlich belasten

würde. Diese Session sei überhaupt so sehr mit Vorlagen bedacht, daß es unmöglich sei, alle Sachen zu erledigen. Die Feier des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums der Wiedererrichtung des deutschen Reichs lege den Vergleich zwischen jetzt und einst nahe, aber der Vergleich falle nicht zu Gunsten der Gegenwart aus, denn die Militärlasten seien verdoppelt, die Steuerlast nahezu verdreifacht, und die Gesetzgebung seit 1879 erschwere es, die Lasten zu tragen. Redner berührt schließlich den im preußischen Ministerium vollzognen Wechsel.

Reichskanzler **Fürst Hohenlohe**: Der Herr Abgeordnete v. Kardorff hat am Schluß seiner gestrigen Rede der Regierung Mangel der Einheitlichkeit des Wollens und Thuns vorgeworfen. Er bezog sich dabei auf zwischen Zeitungen bestehende Fehden und Kämpfe und meinte, daß hieran Mitglieder der Regierung beteiligt seien. Ich wundre mich, daß ein so erfahrner Politiker wie Herr v. Kardorff solchem Gerede in den öffentlichen Blättern Glauben geschenkt hat, und darf nicht zögern, seiner Annahme von mangelnder Einheit in der Regierung entgegenzutreten. Wenn Zeitungen, die für offiziös gelten, sich bekriegen, so kann daraus doch nicht gleich gefolgert werden, daß die Minister sich bekämpfen. Bei der Beurteilung über die Einheitlichkeit der Regierung kommt es in der Hauptsache auf Ziel und Richtung ihrer Politik an. Ziel und Richtung dieser Politik ist für die gegenwärtige Regierung im Reich und in Preußen bezeichnet durch die programmatischen Erklärungen, die ich im vergangnen Jahr bei Beginn der Session abgegeben habe. Mit diesen Erklärungen sind sämtliche Mitglieder der Regierung einverstanden. In keinem Punkt ist eine Abweichung von dem aufgestellten Programm erfolgt. Der Mangel an Einheitlichkeit ist also in das Gebiet der Legende zu verweisen. Meinungsverschiedenheiten treten überall da auf, wo Menschen zu gemeinsamer Arbeit vereinigt sind. Wir, die Minister, suchen sie in friedlicher Weise auszugleichen. Auch der Rücktritt des Herrn Ministers v. Köller ist nicht durch Meinungsverschiedenheiten allein veranlaßt worden. Indessen haben diese Meinungsverschiedenheiten zu Mißhelligkeiten im Schoße des preußischen Staatsministeriums Anlaß gegeben, die ich zu meinem Bedauern nicht ausgleichen konnte, und die den Rücktritt des Ministers veranlaßt haben. Weder Zeitungsartikel noch auch die Frage der Zweckmäßigkeit der Maßregel gegen die sozialistischen Vereine in Berlin sind dabei in Frage gekommen. Wenn der Regierung Mangel an kräftiger Initiative vorgeworfen wird, so muß ich dagegen bemerken, daß eine kräftige Initiative nur mit einem Reichstage möglich ist, der eine geschlossene Mehrheit besitzt. Diese ist zur Zeit nicht vorhanden. Dazu kommt, daß zahlreiche Interessen sich im Reichstag geltend machen und den Gang der Regierung erschweren. Wir werden aber dessen ungeachtet fortfahren, uns zu bemühen, Ruhe, Ordnung und Wohlhabenheit, wie Herr v. Kardorff verlangt, zu fördern und drohenden Gefahren entgegenzutreten. Wir werden fortfahren in der Bekämpfung der auf die Zerstörung der Staats- und Gesellschaftsordnung, der Monarchie und Religion gerichteten Bestrebungen. Der Versuch, diese Aufgabe auf dem Wege der Reform des gemeinen Rechts zu lösen, ist gescheitert. Ich komme heute nicht darauf zurück. Auch ist es nicht unsre Absicht, dem Reichstag ähnliche Gesetze vorzulegen. Der ruhige Bürger darf aber nicht schutzlos bleiben, und es müssen die Gesetze angewendet werden, die in Kraft sind, und die die Mittel gewähren, Staat und Gesellschaft zu schützen. Selbst-

verständlich können hierdurch die weiteren Erwägungen, ob die vorhandnen Mittel zur Erfüllung des gewollten Zwecks genügen, nicht ausgeschlossen werden. Wenn sich die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei über die jetzige Anwendung der Gesetze beklagen, so mögen sie doch nicht übersehen, daß sie selbst die Schuld tragen. Sie und ihre Presse waren es, die im vergangnen Sommer, als die deutsche Nation in ihrer großen Mehrheit sich der Erinnerung an die Siege und die großen Errungenschaften der Jahre 1870/71 freute und mit Stolz und Dank des ehrwürdigen großen Kaisers gedachte, dessen Mut und dessen Weisheit das deutsche Reich gegründet hat, sie waren es, die damals die nationale Bewegung mit Hohn und mit Spott überschüttet haben, treu dem Grundsatz ihres Führers, „daß Vaterland in unserm Sinne ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff sei." Ich beschränke mich auf dieses Zitat; es genügt, um den Geist zu zeichnen, der in jenen Angriffen zum Ausdruck kam. Das hat tief verletzt; und oft konnte ich die Frage hören: „Wie lange soll das noch geduldet werden?" Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei dürfen nicht vergessen, daß die Grundsätze, wie sie im Kommunismus, Kollektivismus und andern derartigen Systemen zu Tage treten, dem friedlichen Bürger nicht als wissenschaftliche Erörterungen erscheinen, sondern daß diese Grundsätze in seinen Augen einen kulturfeindlichen und vaterlandslosen Charakter tragen. Es sind nicht wenige, denen ihr Zukunftsstaat nicht als ein Rechtsstaat, sondern als ein Raubstaat vorschwebt. Daß hierbei das Gefühl der Sicherheit vermindert wird, und daß man auf die Staatsgewalt als den Beschützer blickt, ist natürlich. Und wenn wir seitdem die Zügel etwas straffer angezogen haben, so sind wir den Gefühlen aller Wohlgesinnten im deutschen Reiche gerecht geworden.

Enneccerus erklärt, daß die Mehrheit seiner Partei den Antrag Kanitz für schädlich und die Agitation für den Antrag für gefährlich betrachte. Es werde aber deshalb zu einer Spaltung der Partei nicht kommen. Redner betont sodann die Notwendigung der Reichsfinanzreform, die über kurz oder lang werde durchgeführt werden müssen, tritt ferner für die Forderungen der Marineverwaltung ein, die bei den Interessen, die die Flotte zu schützen habe, nicht zu hoch seien, und empfiehlt, bei der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuchs mit Abänderungsanträgen möglichst sparsam zu sein. Staatssekretär **v. Boetticher** erklärt, daß die Revision der Arbeiterversicherungsgesetze in derselben Reihenfolge vorgenommen würde, in der die Gesetze selbst entstanden seien. Die Novelle zum Krankenkassengesetz bewähre sich gut; der bereits veröffentlichte Revisionsentwurf zum Unfallversicherungsgesetz müsse noch einer Nachrevision unterworfen werden, und auch das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter sei bereits unter die Lupe genommen worden. Es werde alles geschehen, um dieses Gesetz leichter ausführbar und der Bevölkerung schmackhafter zu machen. Die Einnahmen des Kaiser Wilhelm-Kanals seien allerdings hinter den Erwartungen zurückgeblieben, aber es sei schwer, auf diesem für uns neuen Gebiet gleich das Richtige zu treffen. Uebrigens ließen die Reeder ihre Schiffe nicht durch den Kanal gehen, damit der Tarif niedriger festgesetzt würde.

11. Dezember. Staatssekretär **Graf Posadowsky** hebt gegenüber den Ausführungen Richters hervor, daß dieser das Bestreben habe, die Etatsaufstellung von etatstechnischen Grundlagen loszulösen und sie nur nach parteitaktischen Gesichtspunkten zu regeln.

Bebel: Wer die Thronrede liest, ohne die Verhältnisse zu kennen, muß glauben, daß im deutschen Reiche alles in Ordnung sei, daß von Klassenkämpfen u.s.w. nichts vorhanden sei, daß z. B. in Bezug auf die Siegesfeiern gar keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sie kennen das Wort von der Rotte von Menschen, die nicht verdienen, Deutsche zu heißen. Davon hätte doch etwas in der Thronrede zu bekennen gewesen sein müssen. Ich begreife, daß ein gewisser Jemand darauf verzichtet hat, diese Thronrede vorzutragen. Der Reichskanzler hat einen wohlwollenden Ton angeschlagen, aber er hat mir doch Veranlassung gegeben, zu untersuchen, ob die gegen uns gerichteten Angriffe berechtigt sind. Daß die Regierung dasselbe Programm wie früher hat, hat niemand bezweifelt. Die bestehenden Gesetze sind gegen uns angewendet worden; die Staatsanwälte haben die Gelegenheit dazu niemals versäumt, ja sie sind manchmal vorgegangen in einer Weise, die mit dem Gesetz nicht in Einklang steht. Man hat uns verfolgt wegen Thaten, die den übrigen Parteien abgesehen waren. Der Ausspruch, daß das Vaterland kulturwidrig ist, stammt nicht aus unsern Reihen, der Ausspruch ist gefallen, sogar die Ehe und Familie ist als kulturfeindlich bezeichnet worden, und zwar von dem bekannten Russen Bakunin, der immer unser heftigster Feind war. Den sozialdemokratischen Staat hat der Reichskanzler als einen Raubstaat bezeichnet. Ich möchte hier konstatiren, daß an gewissen Stellen

Präsident von Buol: Herr Abg. Bebel, Sie brauchen schon zum zweitenmale eine Wendung, die nur auf S. M. den Kaiser zu deuten ist. Ich fordere Sie dringend auf, dem alten Brauche zu folgen und jede Hineinziehung der Person Sr. Majestät zu unterlassen.

Bebel: Wer regiert? Ach, man glaubt zu regieren und wird regiert. Herr von Stumm regiert, er geht nach Berlin, um scharf zu machen. Aber allmächtig ist auch Herr von Stumm nicht, obwohl es so scheint. Das sind die Männer, die auf Jagdpartieen und Abendgesellschaften alles durchsprechen und scharf machen helfen. Daß so regiert wird, das weiß jeder, dazu bedarf es gar nicht des Stöckerbriefes von dem Scheiterhaufenanzünden. Solche Briefe öffnen nur dem Blinden die Augen darüber, daß die Kamarilla an der Arbeit ist, um ein Bild von der Sozialdemokratie zu geben, das paßt wie die Faust aufs Auge. Alles arbeitet darauf hin, einen Staatsstreich zu machen, die Gewalt von oben anzuwenden, weil wir die Revolution nicht machen wollen. Rufen Sie die asiatischen Horden gegen die Sozialdemokratie zu Hilfe! Was sagte das Organ des Herrn von Kardorff während des sozialdemokratischen Parteitages in Breslau? „So seien die Tribunen der Sozialdemokraten, die es verlernt haben zu kämpfen, weil ihnen wohlbesetzte Tafeln lieber seien, als ihr träges Blut für die Masse zu verspritzen.“ So werden wir verhöhnt, so sucht man gegen uns aufzureizen als gegen Leute, die ein faules Leben führen, die ihre Ideale preisgegeben haben. In den Offizierkasinos spricht man nur von dem innern Feind, von der Niederschlagung der Sozialdemokratie, wobei man im Blute waten müsse bis zu den Knieen. Andres ist gar nicht zu erwarten, wenn die Hetze Tag für Tag und Woche für Woche in dieser Weise betrieben wird. Die

Rechtsprechung ist geradezu tendenziös geworden. Die politischen Gegner werden verurteilt, die herrschenden Klassen aber bleiben straffrei. Da muß im Volke der Glaube entstehen, daß das Recht Schwindel ist, daß es nur für die herrschenden Klassen gilt. Das zeigt sich auch bei der Auflösung unsrer Organisation. Die Vertrauensmänner und Kommissionen betrachtet man als Vereine, die in ungesetzlicher Verbindung gestanden haben. Wir haben die Klippen des Vereinsgesetzes zu vermeiden gesucht, während die bürgerlichen Parteien, an deren Spitze Landräte und sonstige Beamte stehen, Organisationen haben, die den Gesetzen direkt widersprechen. Die doppelte Buchführung in der Rechtsprechung können wir nicht dulden. Freilich, wo ist denn der Rechtsstaat geblieben? Liebesgaben für die Reichen, und indirekte Steuern für die großen Massen, das ist der Rechtsstaat. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie müsse die Reichspolitik ganz anders eingerichtet werden. Man sollte der Wissenschaft dankbar sein, daß sie billigere Nahrungsmittel erfunden hat; aber man sucht die Margarine zu verdrängen, man verteuert den Zucker. Das soll christlich sein? Sie schleppen uns ja die Waffen haufenweise zu! Die Schweineeinfuhr aus Rußland wird verboten, um die Fleischpreise zu steigern, und dabei haben wir in Oberschlesien eine Bevölkerung, die sich in der elendesten Lage befindet, in einer Lage, die an die Kulis erinnert. Man holt die Arbeiter zu Hunderten aus Rußland, was die Einschleppung der Cholera nach Hamburg zur Folge hatte. Das ist der Patriotismus der Unternehmer und unsrer großen Agrarier. v. Kardorff bekämpft die christlich-sozialen Geistlichen, v. Stumm wehrt sich gegen jede arbeiterfreundliche Auslassung der Minister. Die Herren am Regierungstische sind eben nur der Verwaltungsausschuß für die herrschenden Klassen. Was ist aus der Sonntagsruhe geworden? Nichts; die Großindustrie hat das Wort geführt. Im Interesse der Steuerzahler ist eine Konvertirung dringend notwendig, aber sie erfolgt nicht, weil dadurch viele arme Leute geschädigt würden. Der Mann aber, der 100 Mark in der Reichsanleihe angelegt hat, ist hundert mal reicher als derjenige, der keinen Pfennig in der Tasche hat und nicht weiß, wo er Geld verdienen soll. Er muß aber durch die indirekten Steuern beitragen zu den übergroßen Zinsen der Anleihen. Und daneben die Steigerung der Ausgaben für Militär und Marine, für den Pensionsfonds! Gerade in der Frage der Pensionirungen hätte der Reichstag alle Ursache, einmal ein ernstes Wort zu sprechen. Angesichts der Friedensgemeinschaft der europäischen Völker, die auf dem bekannten Gemälde dargestellt ist, könnte man daran denken, die Armee zu verringern; aber für die kulturwidrigen Aufgaben wird das Geld ausgegeben, für die Kulturaufgaben bleibt nichts übrig. In Preußen sind 19000 Lehrer und 3500 Lehrerinnen angestellt, die weniger als 800 Mk. Gehalt haben; aber dafür kann kein Geld aufgetrieben werden, ebensowenig wie für die wissenschaftlichen Institute, die sich im traurigsten Zustande befinden. Aber für große Dome und Kirchen ist Geld vorhanden. Denken Sie an die systematischen Begnadigungen der Duellanten und der Sittlichkeitsverbrecher, wenn sie den höheren Klassen angehören! Das giebt den Nährboden für die Sozialdemokratie. Das Martyrium hat stets noch eine Partei gefördert, und wir können deshalb auch jetzt sagen: Vivent nos amis les ennemis!

Preußischer Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorff**: Die Rede des Vorredners war im wesentlichen eine Wiederholung der Reden, mit denen er bei dieser Gelegenheit sein Publikum außer dem Hause regalirt. Alles, was er über den Militäretat, den Pensionsfonds u. s. w. hier vorgebracht hat, haben wir ja schon wiederholt widerlegt. Es ist noch in zu guter Erinnerung, welcher Sturm der Entrüstung im ganzen Lande und vor allem in der Armee

über die Schamlosigkeit und Niedertracht sich erhob, mit der bei Gelegenheit der Sedanfeier in Ihren (zu den Sozialdemokraten) Zeitungen die edelsten Gefühle der Armee verhöhnt und verspottet worden sind. Sie scheinen auch zu glauben, daß die Armee ein schlechtes Gedächtnis hat. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wer ist die Armee?) Die ganze Armee ist die Armee! 2 Millionen rechne ich dazu. Glauben Sie nicht, daß sie so rasch vergißt, wie sozialdemokratische Schmierfinken mit ihren in die Gosse getauchten Federn das geheiligte Ansehen unsers großen Kaisers in frecher Weise besudelt haben. Das ist Ihnen nicht vergessen, es bleibt Ihnen auf dem Kerbholz! Herr Fritzen fragte nach dem Stande der Reform der Militärstrafprozeßordnung und deutete an, daß sich in der Kommission Auskunft darüber erteilen lassen würde. Das ist auch meine Meinung. Richter aber stellte die Frage schon stürmischer und gab wohl auch seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß ich bei mangelnder Befähigung noch nicht meinen Abschied genommen habe, wenn das auch nicht recht stimmt mit seinen Bemängelungen über das Anschwellen des Pensionsetats. Wenn ich gehe, wird es doch einer mehr. Aber um nicht den Schein zu erwecken, als wollte ich der Antwort ausweichen, erkläre ich, daß die Beratungen über den Entwurf im preußischen Staatsministerium nahezu ihren Abschluß gefunden haben, daß sie demnächst den Regierungen zugehen, im Bundesrat weitere Stadien durchzumachen haben und dann Ihnen unverweilt zur Verabschiedung überreicht werden wird. Ob das noch in dieser Tagung geschehen kann, kann ich allerdings nicht voraussehen. Die Frage nach den vierten Bataillonen hat Herr Richter schon dahin beantwortet, daß sie sich sehr gut bewährt hätten. Ich kann diese Ansicht nicht teilen. Nach den in voriger Woche eingegangnen Berichten unsrer kommandirenden Generale sprechen sie sich einstimmig ungünstig über die gegenwärtige Stärke und Zusammensetzung der vierten Bataillone aus. Sie erkennen an, daß diese wohl geeignet sind, eine teilweise Entlastung der andern Bataillone zu ermöglichen, heben aber auch hervor, daß dieser Vorteil nicht schwer genug wiegt, um die Nachteile und Gebrechen dieser Formation aufzuwiegen. Sie sprechen den dringenden Wunsch aus, daß sie eine Umformung erfahren möchten, etwa dergestalt, daß sie besser in den Rahmen unsrer bewährten Heeresorganisation hineinpaßten, daß sie nicht Minder-, sondern Vollkörper bilden, die im Frieden wie im Kriege ebenbürtig den andern zur Seite gestellt werden könnten. v. **Podbielski** führt aus, daß sich die ostelbischen Junker niemals, wie hier behauptet worden, bereichert hätten, sie hätten im Gegenteil stets Gut und Blut für das Vaterland geopfert. Der Redner schildert die Notlage der Landwirtschaft, tritt für eine durchgreifende Abhilfe dieses Mißstandes ein und schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich der allerdings geschwächte Einheitsgedanke im Reiche wieder kräftigen werde, und daß sich hierbei alle wohlgesinnten Kreise zusammenfinden würden. **Barth** vermißt bei der Regierung die nötige Festigkeit gegenüber den Agrariern. Die Sozialdemokratie und das Agrariertum beherrschten jetzt die Politik. Bei dem Mangel einer geschlossenen Mehrheit müsse die Regierung eine Politik der absoluten Gerechtigkeit befolgen.

12. Dezember. **Zimmermann** meint, daß die Gesetzgebung nur das mobile Kapital und die Arbeiter berücksichtige, der Mittelstand aber gehe leer aus. Der Börsengesetzentwurf befriedige ihn nicht, und ebenso halte er die gegen die Sozialdemokratie eingeschlagne Politik für fehlerhaft. **Haußmann** betont, daß die Hauptarbeit bezüglich des bürgerlichen Gesetzbuchs nicht im Plenum, sondern in der Kommission gethan werden müsse, spricht sich ferner für eine Herabsetzung des Marinetats sowie für eine Bekämpfung der Kolonialpolitik aus und wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des preußischen Kriegsministers, der einen Ton angeschlagen habe, durch den der gute Geschmack des

Hauses degradirt würde. Redner bespricht den Wechsel im preußischen Staatsministerium, hält die gegen die Sozialdemokratie angewandte Politik für unrichtig, bedauert die große Zahl von Majestätsbeleidigungsprozessen, findet den Vorwurf einer tendenziösen Justiz nicht ungerechtfertigt und wünscht schließlich eine einheitliche und starke Regierung mit einem echt liberalen Programm, das dem allgemeinen Volkswillen entspräche. Der preußische Justizminister **Schönstedt** findet es unverständlich, wie man die straffere Anwendung der Gesetze für gleichbedeutend ansehen könne mit tendenziöser Rechtspflege. Die bedauerliche Thatsache der Zunahme an Majestätsbeleidigungsprozessen werde von niemandem schmerzlicher empfunden, als von den Staatsanwälten und den Gerichten. Die Zunahme der Prozesse käme selbstverständlich nur von der Zunahme der Beleidigungen, besonders in der sozialdemokratischen Presse. Da sei es die Aufgabe der Justiz gewesen, einzuschreiten, und diese Tendenz fände die große Mehrheit des Volkes richtig. Der dolus eventualis sei ein alter juristischer Schulbegriff, dessen Anwendung nicht zu umgehen sei. Es seien zweierlei Majestätsbeleidigungen zu unterscheiden: einerseits unüberlegte und übereilte — und bei diesen kämen sehr viele Begnadigungen vor —, andrerseits mit größter Vorsicht und in der bestimmten Absicht der Beleidigung ausgesprochne Aeußerungen. Hier sei es die besondre Pflicht, aufmerksam zu prüfen. Wir hätten in Deutschland keine tendenziöse Justiz, und die Behörden würden sich durch die gegen sie gerichteten Angriffe nicht abhalten lassen, ihre Pflicht gewissenhaft zu erfüllen. **Bebel** bemerkt, man habe die Sozialdemokratie in rücksichtsloser Weise zur Selbsthilfe provozirt. Die Staatsanwälte hätten zweierlei Ohren: wenn Sozialdemokraten sich gegen die Gesetze vergingen, so würden sie verhaftet, die Verbrecher aus andern Kreisen, wie Hammerstein, ließe man unbehelligt. Hoffentlich würden aber die Konservativen den sozialdemokratischen Antrag betreffend die Majestätsbeleidigungen unterstützen, weil gewisse Briefe vorhanden wären, die Majestätsbeleidigungen enthielten. Er selbst habe sie nicht, es sei ihm dies aber von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden. Man sorge dafür, daß die Provokationen nicht mehr vorkommen, so werde man sich über die Sozialdemokratie nicht wegen Majestätsbeleidigungen zu beklagen haben. Der preußische Justizminister **Schönstedt** betont, es widerspreche den Thatsachen, wenn behauptet werde, daß die sozialdemokratische Presse ihre Ausschreitungen nur in der Abwehr von Angriffen begehe. Jene Aeußerungen von allerhöchster Stelle seien ja erst nach vorhergegangnen Aeußerungen des „Vorwärts“ erfolgt. Man müsse bei den in Rede stehenden Strafthaten den alten juristischen Grundsatz beobachten: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Die Sozialdemokratie müsse es sich gefallen lassen, daß man darauf zurückgehe, was das Ziel ihrer Bestrebungen sei. Bei dem Falle Hammerstein sei die Staatsanwaltschaft eingeschritten, sobald sie in glaubhafter Weise von den Strafthaten des Angeschuldigten Kenntnis hatte. Reichskanzler **Fürst zu Hohenlohe** stellt gegenüber den gestrigen Bemängelungen Bebels fest, daß Liebknecht in einem Vortrage gesagt habe: „Das Wort Vaterland, das ihr im Munde führt, hat keinen Zauber für uns, ist für uns ein überwundner Standpunkt, ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff.“ Es sei aller Grund vorhanden, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen; wenn über das Gebahren der Sozialdemokraten im letzten Sommer an bestimmter Stelle Aeußerungen der Entrüstung gefallen seien, so wären diese Aeußerungen berechtigt, und er, Redner, werde sich hüten, dem Rate Bebels zu folgen und die betreffende Stelle abzuhalten, ihrer Entrüstung auch künftig kräftigen Ausdruck zu geben. **v. Manteuffel**: Die Verwertung von Privatbriefen, in deren Besitz man auf dunkle Art gekommen, sei unanständig, aber wolle man sie benutzen, so solle man es thun. Die bloße Drohung sei lächerlich, also heraus mit den Briefen! **Liebknecht**: Er

habe in seinem Vortrage das Wort „Vaterland" nicht in dem Sinne gemeint, wie es die Sozialdemokraten verstehen, sondern das Vaterland Hammersteins; die Briefe wären in anständiger Weise erworben und würden, wenn nötig, rückhaltlos gebraucht werden.

V.

Unlauterer Wettbewerb.

13. Dezember. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs im wesentlichen folgenden Inhalts:

Wer in öffentlichen Bekanntmachungen und Mitteilungen, die für einen großen Kreis von Personen bestimmt sind, über die Beschaffenheit, die Herstellungsart oder die Preisbemessung von Waren oder gewerblichen Leistungen, über die Art des Bezuges oder die Bezugsquelle von Waren, über den Besitz von Auszeichnungen, über den Anlaß oder den Zweck des Verkaufs unrichtige Angaben thatsächlicher Art macht, die geeignet sind, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, kann auf Unterlassung der unrichtigen Angaben in Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch kann von jedem Gewerbtreibenden, der Waren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt, oder von Verbänden zur Förderung gewerblicher Interessen geltend gemacht werden, soweit die Verbände als solche in bürgerlichen Streitigkeiten klagen können. Neben dem Anspruch auf Unterlassung der unrichtigen Angaben haben die vorerwähnten Gewerbtreibenden auch Anspruch auf Ersatz des durch die unrichtigen Angaben verursachten Schadens gegen den Urheber der Angaben, falls dieser ihre Unrichtigkeit kannte oder kennen mußte.

Staatssekretär **v. Boetticher** betont, daß der Kreis derjenigen, die Bedenken gegen das Vorgehen auf diesem Gebiete hatten, sich immer mehr zusammengezogen hätte, und heute herrsche kaum noch Meinungsverschiedenheit darüber, daß es die Pflicht der Gesetzgebung sei, gegen den unlautern Wettbewerb vorzugehen. **v. Czarlinski** wünscht, daß die Schwindelbazare und Ausverkaufsgeschäfte noch schärfer kontrollirt würden. **Singer** hält die ganze Vorlage für eine Folge des kapitalistischen Systems; es seien Bestimmungen darin, die nur das Interesse des Unternehmers wahrten, und die als ein Ausnahmegesetz gegen die Angestellten betrachtet werden müßten. Staatssekretär **v. Boetticher** hebt hervor, daß es Singer weniger darauf anzukommen scheine, ein Gesetz zur Beseitigung von allgemein anerkannten Mißständen zu stande zu bringen, als vielmehr nach außen hin Unzufriedenheit zu erregen. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die kleinen Gewerbtreibenden bedürften des Schutzes, und die Sozialdemokraten wollten ja auch die letztern schützen. Hier sei nun Gelegenheit dazu, aber dafür hätten die Sozialdemokraten kein offnes Herz; sie hätten im Gegenteil ein Interesse daran, daß es auf diesem Gebiete bei den bisherigen Zuständen bleibe, aber darauf würden wohl die andern Parteien nicht eingehen. **Schmidt-Elberfeld** hält es für eine Uebertreibung, wenn Singer den Entwurf als „Klassengesetz" bezeichnet habe. Er sei der Ansicht, daß die zivilrechtliche Verfolgung unlauterer Reklamen genüge. Der Gesetzentwurf richte sich auch gegen den Treubruch der Angestellten, und es sei erfreulich, daß nicht bloß die Verräter von Geschäftsgeheimnissen, sondern auch die Verführer getroffen werden sollen. Es sei da aber Vorsicht am Platze, denn die Gerichte hätten sich bei der Auslegung des Warenverzeichnisgesetzes mit dem Reichstage in Widerspruch gesetzt. **v. Langen** betont, daß

der Gesetzentwurf, wenn er auch nicht allzu unlautern Wettbewerb aus der Welt schaffen werde, dem soliden Kaufmann doch einen dankenswerten Schutz gewähren würde.

14. Dezember. Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

VI.

Errichtung von Handwerkskammern.

16. Dezember. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs im wesentlichen folgenden Inhalts:

Zur Vertretung der Interessen des Handwerks sind Handwerkskammern zu errichten. Den Handwerkskammern liegt insbesondre ob: 1. bei der Organisation des Handwerks mitzuwirken, insbesondre über die örtliche Gliederung der Organisation sich gutachtlich zu äußern; 2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung des Handwerks durch thatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten über Fragen, die die Verhältnisse des Handwerks berühren, zu unterstützen; 3. Jahresberichte über ihre Thätigkeit und über ihre die Verhältnisse des Handwerks betreffenden Wahrnehmungen zu erstatten; 4. Wünsche und Anträge, die die Verhältnisse des Handwerks berühren, zu beraten und den Behörden vorzulegen. Die Handwerkskammern sollen in allen wichtigen die Gesamtinteressen des Handwerks berührenden Angelegenheiten gehört werden.

Für Bezirke, in denen durch andre Einrichtungen (Handels- und Gewerbekammern) für eine ausreichende Vertretung der Interessen des Handwerks gesorgt ist, kann die Errichtung von Handwerkskammern unterbleiben.

Staatssekretär v. **Boetticher** betont, es sei die ernste Absicht der Regierungen, dem Bedürfnis nach einer zweckmäßigen Organisation des Handwerks näher zu treten. Wenn der Entwurf nicht die Zustimmung des Reichstags erhalte, so würde die Regierung dennoch die Arbeiten fortsetzen und dem Hause im nächsten Jahre eine Vorlage machen. **Hitze** hält den Entwurf nicht für annehmbar, freut sich aber, daß bei dem Scheitern der Vorlage die Organisationsarbeiten fortgesetzt werden sollen.

VII.

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

14. Dezember. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs folgenden Inhalts:

Es soll den Konsumvereinen verboten werden, an andre Personen als ihre Mitglieder oder deren Vertreter zu verkaufen, und diejenigen Konsumvereine, die offne Läden haben, sollen verpflichtet werden, bestimmte Anweisungen hinsichtlich der beim Einkauf vorzuzeigenden Legitimation der Vereinsmitglieder zu erlassen. Bei Konsumvereinen ohne offne Läden soll eine Bestrafung nur wegen wissentlichen Verkaufs an Nichtmitglieder erfolgen. Landwirtschaftliche Genossenschaften, die ohne offne Läden ausschließlich den Bedürfnissen des Landwirtschaftsbetriebs dienende Waren vertreiben, sollen dem Verbote überhaupt nicht unterworfen werden.

17. Dezember. **Metzner** spricht sich gegen die Vorlage aus, weil sie dem Handwerk zu wenig biete. Staatssekretär v. **Boetticher** betont, die Befürch-

tung, als ob durch die gegenwärtige Vorlage die Organisation des Handwerks verschleppt würde, sei völlig haltlos; der Entwurf sei im Gegenteil jetzt deshalb vorgelegt worden, um das Organisationswerk zu fördern. Daß von einer Verschleppung der Organisation nicht die Rede sein könne, beweise der Umstand, daß der hierbei nächstbeteiligte preußische Handelsminister v. Berlepsch energisch an der Arbeit sei.

Die nichtpreußischen Bundesstaaten.

Bayern.

I.

Parteibewegung.

2. u. 3. März. In Regensburg findet der allgemeine bayrische Bauerntag statt, der ein der Richtung des Siglschen „Vaterland" entgegengesetztes Programm beschließt. Die dem Bunde angehörenden Abgeordneten im Reichstag und Landtag sollen von den Beschlüssen des Bundesvorstandes abhängig sein. — Zu Fuchsmühl in der Oberpfalz bildet sich ein christlicher Bauernverein für diese Provinz, der den Antrag Kanitz für solange nutzlos erklärt, als nicht eine eingreifende Börsenreform erfolgt sei.

Ende März. Bei der Nachwahl zum Reichstag im Wahlbezirke Passau erlangt der Kandidat der Zentrumspartei in Stichwahl eine bedeutend größere Stimmenzahl als der des Bauernbundes (8100 gegen 1820), während vorigesmal der Zentrumskandidat 6712, der bauernbündlerische aber 6024 Stimmen erhalten hatte.

9. Juni. Die von 1200 Personen besuchte Delegirtenversammlung der südwestdeutschen freisinnigen Volkspartei in Neustadt a. H. beschließt nach einer Rede von Träger aus Nordhausen, daß die Gefahren des Rückschritts trotz der Ablehnung der Umsturzvorlage nicht beseitigt seien. Die Interessenpolitik einer kleinen mächtigen Partei und die Schwäche der Regierung unterstützten den Rückschritt. Die Delegirtenversammlung halte deshalb die unermüdliche Agitation aller Freisinnigen für dringend geboten; man solle nicht erlahmen im Kampfe für die bürgerliche, religiöse und wirtschaftliche Freiheit. Mögen die Wege verschiedne sein, die Ziele seien gemeinsam. Die Berichte der Delegirten konstatiren eine teilweise Abnahme des Antisemitismus, aber eine Erstarkung der agrarischen Agitation in Hessen, Baden und der Pfalz.

II.

Königliche Familie.

13. Mai. Prinz Ludwig von Bayern hält auf der Wanderversammlung der bayrischen Landwirte in Aschaffenburg eine längere Rede, in der er sagt:

Es ist unsre Aufgabe, die gegenseitigen Interessen soweit auszugleichen, daß es einerseits den Produzenten nicht unmöglich wird, die Konkurrenz mit dem Ausland aufzunehmen, aber andrerseits denjenigen, die diese Produkte brauchen, es nicht unmöglich gemacht wird, sie zu kaufen und mit den von ihnen erzeugten Produkten gleichen Schritt mit dem Auslande halten zu können.

14. Mai. Beim Festmahl dieser Versammlung hält Prinz Ludwig wieder eine längere Ansprache.

Der Schutzzoll, führt er aus, soll sich auf die Produkte erstrecken, die man selbst genügend erzeugt, der Freihandel auf diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist. Der Prinz erwähnte dann der selbst in der Landwirtschaft sich geltend machenden verschiedenartigen Strömungen, die je nach den einzelnen Interessen entstehen, so z. B. beim Viehzolle. Während die einen einen Zoll auf alles ausländische Vieh verlangten, seien die andern mit Rücksicht auf die Aufzucht andrer Ansicht. Ein großer Teil der Landwirtschaft sei auf die Ausfuhr angewiesen, so bei den Brennereien. Die Zuckerfabriken, die doch auch eine Art landwirtschaftlichen Betriebes seien, hätten sich durch millionenhafte Zuschüsse einer künstlichen Züchtung erfreut, und trotzdem verlangten sie jetzt in Form von Prämien neue Unterstützung aus den Taschen andrer.

III.

Nationale Gedenktage.

20. März. Am sechzigsten Jahrestage des Eintritts des Prinzregenten in das erste Feldartillerie-Regiment wird im Kasernenhofe zu München das Kriegerdenkmal des Regiments zur Erinnerung an die Feldzüge von 1866 und 1870/71 enthüllt. Nach der Festrede des Regimentskommandeurs toastet der Prinzregent auf sein tapferes Regiment, indem er der Thaten desselben in den Feldzügen gedenkt.

1. April. Der achtzigste Geburtstag des Fürsten Bismarck wird in München aufs glänzendste gefeiert.

11. Juni. Das „Militärverordnungsblatt" veröffentlicht einen Befehl des Prinzregenten, in dem es heißt:

Zum fünfundzwanzigsten male kehren die Gedenktage des siegreichen Krieges wieder, an dessen ehrenvollen Kämpfen die Armee Schulter an Schulter mit den Truppen der übrigen deutschen Heereskontingente ruhmvollen Anteil genommen hat. Erneut zolle ich bei diesem Anlasse Dank und Anerkennung

der Armee, die in altbewährter Tapferkeit, Hingebung und Pflichttreue ihre Fahnen mit unvergänglichem Lorbeer geschmückt hatte. Ernstes Angedenken widme ich denen, die den Heldentod auf dem Schlachtfelde gestorben sind. Ich wünsche, daß durch die Armee, als berufne Trägerin der Ueberlieferung aus der großen Zeit, die Erinnerung hieran auch in den künftigen Geschlechtern mit Lebhaftigkeit erhalten wird.

17. Juni. Der Prinzregent und die übrigen bayrischen Prinzen geleiten den deutschen Kaiser zum Besuch der Schackschen Gemäldegalerie in München.

30. Juni. Zur Weihe der vom Prinzregenten anläßlich der demnächstigen fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr der Siegestage aus dem Kriege 1870/71 dem bayrischen Veteranen-, Krieger- und Kampfgenossenbund gestifteten Bundesfahne marschieren in München 400 Vereine mit ihren Fahnen unter Vorantritt von zahlreichen Musikkorps durch die Stadt zur Ludwigskirche. Der Regent übergiebt die Fahne dem Bunde, indem er in einer Ansprache der Veteranen von 1870 gedenkt.

1. September. Zur Feier des Sedantages findet in München ein Fackelzug der Veteranen-, Turner- und Gesangvereine zur Feldherrnhalle statt. Prinz Leopold dankt hier namens des Regenten für die festliche Begehung des Tages und sagt u. a.:

Nehmen Sie auch den Dank der heutigen Armee entgegen, die, so Gott will, ebenso wie vor fünfundzwanzig Jahren, auch heute und in alle Zukunft bis auf den letzten Mann bereit ist, den Kampf auf Leben und Tod mit jedem aufzunehmen, der die heiligen Güter des Vaterlandes anzutasten wagt. Gedenken wir aber heute auch der Worte meines hehren Ahnen, König Ludwigs I., mit denen er die Befreiungshalle eröffnete, und die dort in steinerner Schrift eingegraben stehen: „Mögen die Deutschen nie vergessen, was die Befreiungskriege notwendig machte, und wodurch die Deutschen siegten!“

18. Oktober. Der Prinzregent tauscht mit dem Kaiser Telegramme aus zur Feier der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals in Wörth.

1. Dezember. Die Münchner Artilleriebrigade feiert die Erinnerung an die Schlachten bei Orleans; dazu sendet der Kaiser dem Regenten folgenden Glückwunsch:

Ew. Königliche Hoheit begehen heute die fünfundzwanzigjährige Erinnerung an das heiße Gefecht bei Villepion, in dem Ew. Königliche Hoheit als Batteriechef ein glänzendes Beispiel thatkräftiger Zurückweisung eines überaus mächtigen Gegners, trotz Ihrer Verwundung, nicht nur den bayrischen, sondern auch den gesamten deutschen Truppen gaben. Voller Bewundrung für dieses kühne und tapfere Verhalten Ew. Königlichen Hoheit, das in den Annalen der deutschen Armee unvergänglich verzeichnet bleiben wird, sende Ich Ew. Königlichen Hoheit zum heutigen Tage meinen besondern Glückwunsch und herzlichen Gruß.

Der Regent antwortet: Tief gerührt von dem so warmen Ausdruck treuer Anhänglichkeit der ehemaligen Angehörigen der ersten

Feldartilleriebrigade dankt Euch von Herzen der alte Kanonier Luitpold, Prinzregent.

Der Generalinspekteur Prinz Leopold hält beim Festmahl der Offiziere eine patriotische Rede.

8. Dezember. Bei einer militärischen Festtafel, der die Prinzen, die höhern Generale und die Ritter des Max-Joseph-Ordens beiwohnen, hält der Prinzregent folgende Ansprache:

Ich freue mich, an dem heutigen für uns Bayern so erinnerungsreichen Tage die Spitzen der Armee und die tapfern Max-Joseph-Ritter um mich versammelt zu sehen. Heute vor fünfundzwanzig Jahren wüteten die hartnäckigen Kämpfe an der Loire, für das bayerische Heer der würdige Abschluß einer langen Reihe siegreicher Gefechte und Schlachten. Mit Wehmut gedenke ich der vielen Opfer, die ihren Mut mit dem Leben bezahlten. Doch auch seit dem Feldzuge hat der Tod empfindliche Lücken unter den damaligen Kämpfern gerissen. Ich erinnere vor allem an die ehrwürdige Gestalt des alten Kaisers Wilhelm, der bis zu seinem Tode mir sein Wohlwollen bewahrte; die ritterliche Erscheinung des damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, des siegreichen Führers der dritten Armee, ist uns allen noch gegenwärtig. Auch die tapfern, erprobten Kommandanten unsrer beiden Armeekorps, die Freiherrn v. Hartmann und v. d. Tann, sind von uns geschieden; doch in der Armee werden sie fortleben. Sollte jemals mein Ruf zum Kampfe an das Heer erschallen, so werden meine Bayern, dessen bin ich gewiß, an der Seite der verbündeten Truppen unter dem Oberbefehle des Deutschen Kaisers ihren alterprobten Ruhm zu bewahren wissen. Mit Freude ergreife ich diese Gelegenheit, der ganzen Armee und ihren Führern meine dankerfüllte, vollste Anerkennung auszusprechen; fest vertraue ich auf die Treue der Armee im Frieden und im Kriege. Ich fordre Sie auf, meine Herren, auf das Wohl der bayerischen Armee zu trinken. Sie lebe hoch, hoch und nochmals hoch!

IV.

Landtag.

28. September. Das Abgeordnetenhaus tritt zur ersten Sitzung zusammen. v. Riedel legt das Budget vor und sagt:

Das Jahr 1892 habe geschlossen mit einem Ueberschuß von 15176080 Mk., das Jahr 1893 mit einem Ueberschuß von 4931037 Mk. Da die zweijährige Periode 1894/95 eine Heranziehung der Ueberschüsse nicht erforderte, werden dieselben zur außerordentlichen Schuldentilgung verwendet. Das Budget 1896/97 balanzirt mit 342930240 Mk., ohne daß eine Steuererhöhung oder eine außerordentliche Anleihe nötig wäre. Für die Matrikularbeiträge sind 500000 Mk. vorgesehen. Der Minister hebt hervor, daß ein Beschluß auf Konvertirung der vierprozentigen Anleihe bisher nicht gefaßt worden sei. Die Maßregel wäre von so tief einschneidender Art, daß die Regierung nicht ohne Einwilligung des Landtages vorgehen könnte. Die Vorarbeiten für die Reform der direkten Steuern näherten sich dem Abschluß. Die gesamte Lage der Finanzen sei befriedigend und ermögliche das Weiterbestehen an der Wohlfahrt des Volkes unter gleichmäßiger Berücksich-

tigung aller Interessen. Der Militäretat für 1895/96 weist bei einer Etatsstärke von 66205 Mann an fortdauernden Ausgaben 52916125 Mk., an einmaligen 6596997 Mk., an Pensionen 6873244 Mk. auf; der Gesamtbetrag ist um 4232702 Mk. geringer als im Etat für 1894/95.

2. Oktober. In der Abgeordnetenkammer erwidert der Minister v. Feilitzsch auf die Anfrage des Abgeordneten Schaedler, betr. die Vorfälle zu Fuchsmühl (1894, II. S. 213), das Urteil des Landgerichts in Weiden stelle fest, daß der Bezirksamtmann Wall in Tirschenreuth zum Aufgebot der bewaffneten Macht berechtigt war. Wall habe jedoch die rechtzeitige telegraphische Anzeige über die Fuchsmühler Vorfälle an die Staatsbehörde zu erstatten unterlassen, die daher nicht in der Lage war, Ministerialkommissare zu entsenden. Das Militär habe durchweg vorschriftsmäßig gehandelt. Die Regierung bedauere das unglückliche Vorkommnis in Fuchsmühl, sei jedoch nicht in der Lage, Maßregeln zu bezeichnen, die die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse endgiltig ausschlössen.

3. Oktober. Bei Besprechung dieser Angelegenheit in der zweiten Kammer betont Wagner, die Hauptursache der traurigen Folgen sei das Verhalten der Einwohner von Fuchsmühl selbst gewesen, während das Verhalten des Bezirksamtmanns in mildem Lichte erscheine. Bauer tadelt scharf des Verhalten des Gutsherrn. Ratzinger erblickt die Hauptübelstände in dem Formalismus der Rechtsprechung und in den herrschenden plutokratischen Einrichtungen. Grillenberger kündigt einen Antrag an auf Erteilung eines Mißtrauensvotums an die Staatsregierung. Er sucht aus der alten Geschichte des Lehens nachzuweisen, wie unrecht der jüngste Lehnsherr gehandelt, wie man den Fuchsmühlern ihr armseliges Recht entreißen wollte, wie niemand ihnen in ihrem Rechte beistand, wie sogar der Forstmeister sie äffte, wie ihnen keine Antwort ward. „Am 30. Oktober nachmittags erfährt der Minister des Innern die Vorfälle, erst nach fünfzehn Tagen giebt er Auftrag, gegen Wall das Disziplinarverfahren zu eröffnen, und heute noch fehlt jegliche Disziplinarentscheidung. Man will keine Maßregeln zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse treffen, die jeder Tag bringen kann. In einem konstitutionellen Staate wären die Minister schon gegangen und alle schuldigen Beamten schon abgesetzt.“ Für die Fuchsmühler verlange Schädler Gnade, er, Grillenberger aber nur Recht und Menschlichkeit, außerdem Abschaffung der Lehen, ein verbessertes Forstgesetz, bessere Instruktionen für die Anwendung von Waffengewalt.

Minister v. Crailsheim erwidert, man könne das Ministerium schwerlich für Handlungen untergebner Organe, von denen es nicht rechtzeitig benachrichtigt worden sei, verantwortlich machen. Wir leben in einem Rechtsstaate, in dem die Selbsthilfe verboten und der

Schutz des Privateigentums die erste Pflicht der Behörden ist. Der Bezirksamtmann habe pflichtmäßig gehandelt. Wenn ein Abgeordneter aus der Vermittlung des Regierungspräsidenten im Falle Stern eine Parteilichkeit der Regierung folgern wolle, so beweise gerade der auf das Gutachten des Ministerrats erfolgte abschlägige Bescheid des Gnadengesuchs die Unparteilichkeit. Die Frage der Aenderung des Forstgesetzes bedürfe einer ernstlichen Prüfung, die in Gemeinschaft mit der Kammer vorzunehmen die Regierung gern bereit sei. Minister v. **Feilitzsch** weist darauf hin, daß der Bezirksamtmann bis zum letzten Augenblick sein möglichstes zur Erhaltung des Friedens gethan habe, die Hauptschuld an den unglücklichen Ereignissen bleibe der seitens der Fuchsmühler geleistete Widerstand. Minister v. **Riedel** bezeichnet eine Abänderung der Lehensgesetze unter der Regentschaft nach der Verfassung als unmöglich, dagegen werde eine Reform der Bestimmungen über die Ablösung von Naturalleistungen ernstlich erwogen. Der Kriegsminister v. **Asch** tritt für das Verhalten der Führer und Mannschaften ein. Zweifellos sei aktiver und passiver Widerstand geleistet worden. Der Justizminister v. **Leonrod** weist die Behauptung zurück, daß durch verschiedne einander widersprechende Urteile Rechtsunsicherheit entstehe. Solange es verschiedne Instanzen gebe, könnten verschiedne Urteile nicht ausbleiben.

11. **Oktober.** In der zweiten Kammer stellt **Grillenberger** eine Anfrage bezüglich der in Kasernen ausgebrochnen Seuchen.

Er giebt der schlechten Verpflegung und den unhygienischen Verhältnissen, unter denen die Mannschaft leben müsse, die Schuld an der Typhusepidemie in Passau. Die Mannschaft sei zwei Monate fast nur mit Kraut und Kartoffeln genährt worden. Auch ausgewachsene Kartoffeln seien verkocht worden. Es seien keine Kohlen verabreicht worden, damit die Soldaten sich wärmen und ihre durchnäßten Kleider hätten trocknen können. Die Reinlichkeit habe sehr zu wünschen übrig gelassen. Die Durchfallepidemien in andern Garnisonen seien ebenfalls auf schlechte Verpflegung, namentlich schlechtes Brot zurückzuführen. Was der Kriegsminister in der letzten Session versprochen, sei nicht erfüllt. **Pichler** behauptet ebenfalls, daß in Passau Kost, Ueberanstrengung und Unreinlichkeit die Schuld an den Erkrankungen trügen, ebenso der bauernbündlerische **Wimmer**. **Aub** spricht der Kriegsverwaltung Vertrauen aus.

Der Kriegsminister v. **Asch** läßt die vorgebrachten Ausstellungen nicht gelten, stellt sich auf den Standpunkt, daß er eigentlich nur für die Feststellung der Verpflegungssätze verantwortlich sei, das andre gehe die Kommandeure draußen an und erklärt, daß alles, was möglich sei, geschehen werde, um den Epidemien vorzubeugen. Seit der letzten Kammersession seien 988000 Mark auf sanitäre Verbesserungen in einer Reihe von Garnisonen verwendet worden. Auch stellt er die Abschaffung der Dampfkochherde, die von mehrern Rednern als Miturſache der Unzufriedenheit der Soldaten mit der Menage bezeichnet wurden, in Aussicht. Die Verpflegung trage keine

Schuld an der Epidemie. Die bakteriologische Untersuchung in Passau habe keimfreies Trinkwasser, aber infizirten Boden ergeben. Der Boden sei durch Bersten und Verstopfen eines Kanals verdorben. Die im Interesse der Stadt angenommne Adaptirung der Kaserne habe sich als sanitär nicht glücklich erwiesen. Die zweimonatige Kraut- und Kartoffelnahrung giebt der Minister zu, aber er meint, sie entspreche der Geschmacksrichtung der niederbayerischen Soldaten, und man habe zu der Zeit nichts andres geben können, da die Bauern Gemüse und Hülsenfrüchte nicht essen wollten. Knödel könne man nur selten geben, weil sie zu teuer kämen. Auch die Scharlach- und Durchfall-Epidemie in München, Bamberg, Erlangen, Neuburg, Neuulm seien nicht auf schlechtes Brot oder Menage, sondern auf Infizirung von außen oder durch Bodenverhältnisse zurückzuführen.

15. Oktober. Bei der Beratung der zweiten Kammer über ein *Viehversicherungsgesetz* tritt der sozialdemokratische Abgeordnete **Scherm** für eine zwangsweise Versicherung ein und benutzt diese Gelegenheit zu einer *programmatischen Erklärung über die Stellung der sozialdemokratischen Kammerfraktion zur Agrarfrage*, die sich als scharfer Protest gegen die Beschlüsse des Breslauer Parteitages darstellt. Scherms Erklärung gipfelt in folgenden Sätzen:

Die Sozialdemokratie hat als Endziel, die heutige kapitalistische Wirtschaft durch die höhere, bessere, menschlichere Produktionsform des Sozialismus zu ersetzen. Aber sie stellt sich deshalb keineswegs auf den Standpunkt, bis zur Erreichung dieses Zieles die Hände thatenlos in den Schoß zu legen und das soziale Unheil widerstandslos sich ausbreiten zu lassen; vielmehr sehen wir es als unsre wesentliche Aufgabe an, auch die gegenwärtigen Daseins- und Kampfbedingungen des werkthätigen Volkes in Stadt und Land nach Kräften zu verbessern, um auf diese Weise die Härten und Opfer der Umwandlung nach Möglichkeit zu ersparen und Stützpunkte für eine organische Umgestaltung der Gesellschaft zu gewinnen. Von diesem Standpunkte aus bringen wir auch der Landeskultur unser Interesse entgegen. *Die Lage der Masse der bedrängten Bauernschaft liegt uns am Herzen* wie diejenige der ländlichen und städtischen Arbeiter. *Wir wollen alles mögliche thun, um ihr Loos erträglicher zu machen und dem Bauern das Proletariat zu ersparen*, wollen ihnen in dem Kampfe mit dem Kapital und dem Fiskus beistehen, sie als Steuerzahler, als Schuldner und Wahlberechtigte, als Erzeuger der zur Volksernährung notwendigen Produkte vor Nachteilen bewahren, denn die Sozialdemokratie ist keineswegs nur eine einseitige Industrie-Arbeiterpartei, sondern eine Partei des ganzen, nach wirtschaftlicher und politischer Befreiung ringenden Volkes.

16. Oktober. Anträge auf Aenderung des *Heimatsgesetzes* in der zweiten Kammer werden nach der Erklärung des Ministers des Innern, daß sich ein solcher Entwurf in Arbeit befinde, zurückgezogen.

17. Oktober. In der zweiten Kammer beginnt die Beratung des Antrags von **Grillenberger** und Genossen:

Die Kammer wolle beschließen, zu erklären: Die in den Sitzungen der Abgeordnetenkammer vom 2. und 4. d. Mts. abgegebnen Erklärungen der Staatsregierung über die Vorgänge in Fuchsmühl sind unzulänglich und nicht geeignet, die verfassungsmäßige Verantwortung der Staatsregierung zu entlasten. Die zuständigen Behörden haben den berechtigten Klagen und Beschwerden der holzbezugsberechtigten Bauern von Anfang an nicht die pflichtgemäße Beachtung geschenkt und sich im ganzen Verlauf der Sache den Verhältnissen in keiner Weise gewachsen gezeigt. Nachdem die bedrängten Bauern dadurch geradezu zur Selbsthilfe gedrängt worden waren, wußte die Verwaltungsbehörde keine andre Lösung herbeizuführen, als das Militär zu rufen, wodurch Blutvergießen entstand und der herzlosen Gewinnsucht eines Einzelnen sogar Menschenleben geopfert wurden. Die Kammer spricht wegen dieser Vorgänge der Staatsregierung den entschiedensten Tadel aus.

Geiger behauptet, daß es sich zunächst gar nicht um ein Mißtrauensvotum handle, sondern ob die Kammer dem Ministerium übergeordnet sei. Das Ministerium zu loben oder zu tadeln, sei Sache der Krone; die Kammer habe keine disziplinare Gewalt über das Ministerium, eine solche würde sie aber in Anspruch nehmen, wenn sie auf den Antrag einginge. v. Fischer ist gegen Beratung des Antrags, der der Kammer eine zweifelhafte Ueberschreitung ihrer Befugnisse zumute. Wir haben das Recht zur Kontrole der Regierung, auch wenn es nicht direkt in der Verfassung steht. Giebt es wohl ein andres Parlament auf Erden, in dem man die Frage aufwirft, „ob es ein Recht zum Kritisiren habe“? Lehnen wir den Antrag ab, so ziehen wir uns den Boden unter den Füßen weg. Wenn wir erklären, daß wir kein Recht zum Tadeln der Minister haben, dann haben wir überhaupt kein Recht zum Bestehen. Bedenken Sie doch, daß in der Verhandlung über Fuchsmühl die ganze Verwaltung sich bankerott erklärt hat! Die Krone mag dann thun, wie sie es für gut befindet, wir greifen nicht in ihr Recht ein. Aber wenn wir es ablehnen, wegen Fuchsmühl einen Tadel auszusprechen, so werden die Toten aus ihren Gräbern heraus uns anklagen. Grillenberger sagt, das Zentrum suche in der Verfassung nach „unüberwindlichen Hinderniſſen“ herum, weil ihm die Sache unbequem ist. 1871 haben Sie (von der Rechten) den Fürsten Hohenlohe durch ihren Tadel gestürzt, und sogar die königlichen Prinzen stimmten mit Ihnen; gegen ihr damaliges Auftreten sind wir heute die reinsten weißen Raben. Sie aber fürchten sich, heute Farbe zu bekennen. Darum treiben Sie heute verfassungsjuristische Zeichendeuterei. Wir stehen vor einer abgemachten Sache. Ihr Tadel wäre übrigens den Ministern gar nicht gefährlich. Sie erniedrigen sich und die Kammer, Sie geben die Rechte des Volkes ohne Not preis, wir aber sind auch diesmal die Schützer des Konstitutionalismus. Indem wir die Sophistereien zurückweisen, stellen wir den gesunden Menschenverstand über die juristische Zeichendeuterei. Draußen im Lande wird man uns verstehen. Wir haben noch Mittel genug an der Hand, unsern Willen durchzusetzen. Ratzinger: Er habe stets den Mut, unpopulär zu sein; die Anfrage der Rechten über Fuchsmühl habe der Adresse an die Krone den Weg verlegt. Günther weist den Vorwurf des Mangels an Mut auf das entschiedenste zurück. Grillenberger: Das sind nur Ausflüchte.

Bei der Abstimmung erklärt die Kammer mit allen gegen vier

Stimmen der Sozialdemokraten, daß der „Antrag Grillenberger“ nicht zulässig sei.

25. Oktober. Die zweite Kammer nimmt einstimmig die durch die Fuchsmühler Vorgänge hervorgerufnen Anträge Wagner und Daller auf Abänderung des Forstgesetzes an. Darauf folgt die erste Beratung der Anträge Grillenberger und Ratzinger auf Einführung des direkten Wahlrechts. Auch die Liberalen bringen einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, einen neuen Landtagswahlgesetzentwurf vorzulegen, nach Analogie der Reichsverfassung auf dem allgemeinen direkten Wahlrecht beruhend, der Garantien zum Schutze der Wahlfreiheit und des Wahlgesetzes bietet und die gerechte Vertretung auf Grund der Bevölkerungsziffer gewährleistet.

26. Oktober. Bei der Beratung dieser Anträge beantragt Orterer Uebergang zur Tagesordnung, denn, abgesehen von der strittigen Frage der Zulässigkeit der Verfassungsänderung während der Regentschaft fehle bei der jetzigen Zusammensetzung der Kammer die erforderliche Zweidrittel-Majorität. Minister v. Feilitzsch erklärt, da kein Vorschlag auf Abänderung des Wahlgesetzes die Zweidrittelmehrheit erhalten würde, sei die Regierung nicht in der Lage, einen darauf bezüglichen Entwurf einzubringen. Die Regierung halte an dem bisherigen Standpunkte fest, daß eine Verfassungsänderung nur bei ganz dringenden Gründen während der Regentschaft zulässig sei.

28. Oktober. Die Kammer geht mit 69 gegen 53 Stimmen über die Anträge wegen des Wahlrechts zur Tagesordnung über. — Es folgt die Beratung des Etats des königlichen Hauses:

Grillenberger giebt seine Verwunderung darüber kund, daß die bayrische Regierung zur Umsturzvorlage ihre Zustimmung erteilt hat. Sie hätte alle Veranlassung, ihre Einflußnahme auf die Verhältnisse im Reiche zu vermehren und zu verbessern. Habe doch selbst Fürst Bismarck eine lebhafte Einflußnahme der Einzelstaaten auf die Reichsangelegenheiten als notwendig empfohlen. Bietet unsre Reichsverfassung an sich schon kein schönes Bild, so sind die thatsächlichen Zustände, in denen wir zu leben haben, noch viel unerfreulicher. Anstatt daß wir im Kaiser den Vorsitzenden des Bundesrats sehen, gewinnen wir immer mehr den Eindruck, daß er als allmächtiger Monarch handelt. Präsident Walter: Diese Hereinziehung ist unzulässig. Grillenberger: Ich wußte bisher nicht, daß der Kaiser König von Bayern ist. Präsident Walter: Wenn dem Herrn Abgeordneten mein Verhalten nicht konvenirt, so kann er ja an das Haus dahin appelliren; ich werde eine Diskussion über den deutschen Kaiser nicht zulassen. Grillenberger: Es handelt sich bei dem gegenwärtigen Zustande darum, daß sich die Verhältnisse immer mehr auf den imperialistischen Cäsarismus zuspitzen. Dem muß entgegengesteuert werden. Das darf man wohl sagen, ohne eine königliche oder kaiserliche Person zu nennen, daß gewisse Worte, die in den letzten Monaten gefallen sind über die Anwendung von Waffengewalt gegen Glieder des Volkes und dergleichen, eine Zurückweisung verdienen. Ich glaube, daß wir uns ein Verdienst mit Anschneidung dieser

Frage erwerben. Das ist besser, als wenn man sich sklavisch kuschend darüber hinwegsetzt. (Nun wird Grillenberger zur Ordnung gerufen.) Wir sind mit unsern Gesandtschaften nur das fünfte Rad am Wagen. Ich bin wahrhaftig nicht für Zentralisation, aber in diesem Falle scheint es mir geraten, daß die Regierung sich zu Gunsten von Berlin einschränken sollte. Und um noch einmal zurückzukommen auf die bewußten Berliner Aeußerungen, so möchte ich betonen, daß es die Pflicht unsrer Volksvertretung ist, sich mit den Angelegenheiten des Reiches zu befassen und unsrer Staatsregierung Gelegenheit zur Rechenschaftsablegung über ihre Stellungnahme im Bundesrat zu geben. Minister v. Crailsheim wendet sich gegen die Ausführungen Grillenbergers, die Zustände des deutschen Reiches betreffend. Die monarchistische Spitze, in die das Reich ausläuft, ist den Sozialdemokraten freilich ein Dorn im Auge; daß ihnen jedes Hervortreten dieser Spitze unangenehm ist, ist begreiflich. Ich aber kann nur mit tiefstem Danke konstatiren, daß es dem unmittelbaren Eingreifen der höchsten Spitze im deutschen Reiche schon mehrmals zu danken war, daß Fragen, die auch für Bayern von einschneidendster Wichtigkeit waren, glücklich gelöst worden sind. Von einer Beeinträchtigung der Stellung Bayerns durch die Handhabung der Präsidialbefugnis könnte nur dann die Rede sein, wenn behauptet werden könnte, daß dadurch die Stellung des Bundesrats beeinträchtigt werde. Es ist diese Behauptung nicht aufgestellt und noch weniger bewiesen worden. Ich muß daher die Behauptung Grillenbergers zurückweisen. Ich kann nur mit tiefstem Bedauern wahrnehmen, daß es überhaupt möglich ist, solche Aeußerungen in einem Landtage eines Staates des deutschen Reiches auszusprechen, und ich darf wohl der Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit dieses Hauses sicher sein, wenn ich sage, daß diese Aeußerungen den Gefühlen des bayrischen Volkes nicht entsprechen. Es wurde von Grillenberger als beklagenswerte Thatsache hervorgehoben, daß Bayern sich im Bundesrat so selten in Opposition befinde. Derselbe Vorwurf könnte gegen sämtliche Bundesregierungen erhoben werden. Denn erfreulicherweise herrscht im Bundesrat große Einmütigkeit. Es hat sich nicht bewahrheitet, daß die Gesetzgebung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausreicht. Die Sozialdemokratie hat inzwischen nicht nur an Ausdehnung gewonnen, sondern sie tritt auch mit ihren revolutionären Zielen viel unverblümter auf. Was in öffentlichen Versammlungen gesprochen und gedruckt werden darf, davon wurden im Reichstag sehr drastische Beispiele vorgebracht, und der ruhige Staatsbürger fragt sich: Ist es denn gar nicht möglich, daß einem solchen Treiben entgegengetreten werden kann? In der bestehenden Gesetzgebung kann in der That ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Umsturzbestrebungen nicht gegeben sein. Nicht an der Regierung fehlt es, sondern an den Strafbestimmungen. Es war unsre Ansicht, daß eine gewisse Verschärfung sehr wohl am Platze sei. Jedoch soll alles vermieden werden, was von vornherein keine Aussicht auf die Zustimmung des Reichstags habe, deshalb hat sich die Regierung dahin ausgesprochen, daß nicht ein Spezialgesetz geschaffen werde, sondern lediglich eine Verschärfung des allgemeinen Strafgesetzes.

30. Oktober. Bei der Etatsberatung in der zweiten Kammer greifen mehrere Redner die auswärtige Politik des Reiches wegen der Stellung zu Rußland an. Minister v. Crailsheim erwidert: „Ueber die Führung der auswärtigen Politik ist man in Deutschland beruhigt, da sie in den Händen eines der erfahrensten Staatsmänner ist. Rußland ist ein so bedeutender Faktor, daß bei

wichtigen Fragen zu überlegen ist, welche Stellung Rußland einnehmen wird. Der bayrisch-russische Auslieferungsvertrag besteht zehn Jahre, aber noch niemals ist auf Grund dieses Vertrages irgend eine Auslieferung verlangt." Der Minister verteidigt sodann die Stellung der bayerischen Regierung zu der Umsturzvorlage, den Handelsverträgen und der Börsengesetzgebung.

6. November. Die zweite Kammer verhandelt über einen Antrag Ratzingers über den Wucher und die Maß- und Gewichtsordnung. Ratzinger will in der Begriffsbestimmung des Wuchers die sogenannte Aequivalenzleistung in den Vordergrund gestellt sehen, zu der dann die Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit zu treten habe. Unser ganzes Erwerbsleben sei von Wucherströmungen durchsetzt, und um daraus zu normalen Verhältnissen herauszukommen, müsse der Arbeitsvertrag ein Verhältnis des öffentlichen Rechts werden. Nach lebhafter Verhandlung wird der Antrag abgelehnt.

22. November. Die zweite Kammer beginnt die Beratung des Militäretats, wobei der Kriegsminister v. Asch erklärt, die zweijährige Dienstzeit genüge im allgemeinen, nur die technischen Gruppen hätten gewisse Schwierigkeiten. Das Urteil über die Halbbataillone sei ein sehr geteiltes, sie seien eine halbe Maßregel und blieben ihrem ganzen Charakter nach ein Notbehelf, sie hätten sich, was die Entlastung der übrigen Bataillone betreffe, bewährt, indessen gebe es auch einzelne Nachteile. Die Ausbildung habe bei den Mannschaften dieser Bataillone eine gewisse Grenze, jedoch hätten z. B. zwei Kompagnien solcher Bataillone die Dienstauszeichnung erhalten. Weiter weist der Minister die Angriffe auf die Ehrengerichte zurück. **Schädler** verlangt, daß bei der militärischen Erziehung die Grundlagen jeder Erziehung, Ordnung und Sittlichkeit energisch gewahrt würden, und befürwortet die Einsetzung internationaler Schiedsgerichte.

23. November. Bei Fortsetzung dieser Beratung sagt der Kriegsminister, daß er bezüglich der Beratung der Reichs-Militär-Strafprozeßordnung bisher keine offizielle Mitteilung erhalten habe, daß aber die Sache in Fluß sei. Wenn sie an die Regierung herantrete, werde sie bestrebt sein, dem öffentlichen Verfahren der bayrischen Strafprozeßordnung Eingang in das Reichs-Militär-Strafprozeßverfahren zu verschaffen.

9 Dezember. Die neue Reichs-Zuckersteuer-Vorlage erfährt in der zweiten Kammer von verschiednen Seiten heftige Angriffe, worauf der Ministerpräsident v. Crailsheim sagt, die Regierung sei noch nicht in der Lage, sich endgiltig darüber zu äußern.

11. Dezember. Die Kammer der Reichsräte tritt einem Beschlusse der zweiten Kammer wegen thunlichster Herabminderung der Pensionirung von Offizieren nicht bei.

Sachsen.

15. Februar. An Stelle des zurückgetretnen einundsiebzigjährigen Finanzministers v. Thümmel tritt der bisherige Oberhofmeister v. Watzdorf, geboren 1833.

7. Juli. König Albert besucht das fünfzehnte mitteldeutsche Bundesschießen in Chemnitz.

15. September. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer richtet die Zentralstelle der antisemitischen deutschen Reformpartei des Landes an den Vorstand des konservativen Landesvereins die Anfrage, ob die Konservativen geneigt seien, „behufs gegenseitiger Unterstützung bei den Wahlen eine Verständigung zu versuchen." Die Antwort lautet schroff ablehnend.

14. Oktober. Das amtliche Organ der Regierung äußert sich über die sächsischen Landtagswahlen und hebt hervor, daß die Ordnungsparteien nicht gegen die Sozialdemokratie allein den Kampf zu führen, sondern daß sie auch noch einen andern Gegner, die deutsch-soziale Reformpartei, zu bekämpfen haben.

15. Oktober. In einer Wahlversammlung zu Leipzig führt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Liebknecht aus:

Es werde von den reaktionären Parteien ein Hauptgewicht auf die Wahlen zum Landtage gelegt, weil sie gewahr geworden seien, daß das für den Reichstag geltende allgemeine Wahlrecht zu einer mächtigen Waffe in den Händen der Sozialdemokratie geworden wäre. Man glaube in den Landtagen besser mit Maßregeln gegen die Sozialdemokratie vorgehen zu können. Weiter gehe man darauf aus, das allgemeine Wahlrecht, das von Bismarck mit Hilfe der Liberalen geschaffen worden sei, wieder dem Volke zu entreißen. Das werde sich jedoch die Sozialdemokratie nicht gefallen lassen, sondern sich entschieden gegen diesen Staatsstreich von oben, gegen den Umsturz der Verfassung, wehren. Es zeige sich hierbei wieder, daß die Ordnungsparteien die wirklichen Umsturzparteien wären, während die Sozialdemokratie die Verteidigerin der Ordnung sei, da sie die Aufrechterhaltung der bestehenden Verfassung fordre. Die Liberalen seien im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einer Partei des Kapitalismus geworden und haben hauptsächlich die Niederhaltung der Arbeiter zum Ziele. Das hätten die letztern erkannt und infolge dessen sei gerade die Sozialdemokratie so mächtig angewachsen. Nachdem Redner auf die angeblich gleichartigen Wandlungen des Bürgertums in Frankreich hingewiesen, kommt er auf die sächsischen Verhältnisse zu sprechen. Sachsen marschiere in Deutschland an der Spitze der Reaktion und werde von dieser überhaupt als Versuchsfeld für ihre Zwecke betrachtet. Hier sei zuerst das Kartell zu stande gekommen und auch der Gedanke der schärfern Handhabung der Gesetze zur That geworden.

17. Oktober. Es finden Neuwahlen in 27 der 82 Wahlkreise statt. Von den ausscheidenden Abgeordneten gehören 14 der konservativen, 3 der nationalliberalen, 3 der sogenannten kammer-

fortschrittlichen, 5 der sozialdemokratischen und 2 der freisinnigen Partei an. Die Wahlen fallen auf 22 Mitglieder der Kartellparteien und auf 5 Sozialdemokraten. Von ersteren gehören 15 der konservativen, 5 der nationalliberalen Partei und 2 der Partei der Kammerfortschrittler an. Die Konservativen gewinnen somit einen Sitz, die Nationalliberalen zwei Sitze, die Kammerfortschrittler verlieren einen Sitz, die Kartellparteien gewinnen also zwei Sitze, die Sozialdemokraten gewinnen und verlieren einen Sitz, behalten also ihren alten Besitzstand. Die deutsch-soziale Reformpartei gewinnt keinen Sitz, die Deutschfreisinnigen verlieren zwei Sitze, sind also noch immer im Rückgang, denn 1889 stellten sie 12000, im Jahre 1894 nur 6800, jetzt bloß 3600 Simmen ins Feld. Die Zusammensetzung der Kammer ist hiernach folgende: 44 Konservative, 16 Nationalliberale, 14 Sozialdemokraten, 6 Mitglieder der sächsischen Fortschrittspartei, 2 Antisemiten.

23. Oktober. In Leipzig findet ein mörderischer Anschlag eines frühern Schutzmanns auf den Polizeidirektor Brettschneider statt.

14. November. König Albert eröffnet den neuen Landtag mittelst Thronrede, in der hervorgehoben wird, daß sich in einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft die Anzeichen einer erheblich günstigern Gestaltung der Verhältnisse mehrten; die Finanzlage sei günstiger als vor einem Jahre, ihre Fortdauer hänge jedoch vom Zustandekommen der Reichsfinanzreform ab.

10. Dezember. Die zweite Kammer berät folgenden Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Fräßdorf:

Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, noch diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für alle Staatsangehörigen vom 21. Lebensjahre an zur Einführung gelangt und das Gesetz vom 3. Dezember 1868, die Wahlen für den Landtag betreffend, aufgehoben wird.

Die Kammer beschließt hierauf folgende Tagesordnung:

In der Erwägung, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht den Verhältnissen und Interessen des Landes nicht entspricht, in der Erwägung, daß diesen Interessen eine Aenderung des Wahlrechts nur dient in der Richtung, daß das Wahlsystem auf dem Prinzip des Verhältnisses der Leistungen der einzelnen Staatsbürger an direkten Staatssteuern aufgebaut wird unter ausdrücklicher Wahrung des Grundsatzes, daß eine Entziehung des Wahlrechts derjenigen, die dasselbe jetzt besitzen, nicht eintritt, wolle die Kammer beschließen: über den Antrag Fräßdorf zur Tagesordnung überzugehen.

Minister v. Metzsch erklärt, daß die Regierung bestrebt sein werde, noch dem jetzigen Landtage eine diesen Wünschen der Kammermehrheit entsprechende Vorlage zugehen zu lassen.

Württemberg.

I.

Neuwahlen zur zweiten Kammer.

1. Februar. Nach einem äußerst heftigen Wahlkampfe finden 70 Wahlen zur zweiten Kammer nach dem allgemeinen gleichen Stimmrecht statt. Von diesen 70 Wahlen haben nur 44 ein Endergebnis. Sie fallen auf 17 Abgeordnete der Volkspartei, 16 des neugebildeten Zentrums, 7 der Deutschen Partei und 4 Parteilose, die jedoch der Volkspartei zuneigen.

14. Februar. Von 25 Stichwahlen fallen 14 auf Mitglieder der Volkspartei, 3 auf die Deutsche Partei, 3 auf die Landespartei, 2 Konservative, 2 vom Zentrum und auf 1 Sozialdemokraten, den ersten in der Kammer, mithin hat die Deutsche Partei, die bisher 27 Abgeordnete zählte, 18 Mandate an die Volkspartei verloren und 4 neue gewonnen.

15. Februar. Der Staatsanzeiger meldet, die Zusammensetzung der Kammer werde folgende sein: 31 Abgeordnete der Volkspartei, 14 Deutsche und Landespartei, 5 diesen nahestehende Parteilose und Konservative, 18 Zentrum, 1 Sozialist. Rechnet man zu Obigen noch die 23 Privilegirten, so ergiebt sich folgendes Parteiverhältnis: 31 Volkspartei, 30 Deutsche und Landespartei, 9 diesen nahestehende Parteilose, 21 Zentrum, 1 Sozialist. — Die Stichwahl in Stuttgart fällt auf einen Sozialdemokraten.

II.

Landtag.

20. Februar. Der König eröffnet den Landtag mit einer Thronrede, in der er sagt:

Unter den Vorlagen tritt die Feststellung des Staatshaushalts für die beiden nächsten Jahre in den Vordergrund. Trotz der Einhaltung der umsichtigsten Sparsamkeit zeigt der Abschluß der Voranschläge für die neu beginnende Finanzperiode vorläufig einen größern Fehlbetrag, der hauptsächlich veranlaßt ist durch die steigenden Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld und für die erhöhten Leistungen für das Reich. Die Vorschläge wegen Ausgleichung des Fehlbetrages bleiben vorbehalten. Zunächst ist der Erfolg der fortgesetzten Bemühungen der verbündeten Regierungen abzuwarten, für eine mäßige Vermehrung der eignen Einnahmen des Reiches die Zustimmung des Reichstages zu erlangen. Angekündigt werden:

eingreifende Reformarbeiten auf dem Gebiete des Finanzwesens, insbesondre ein Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer allgemein progressiven Einkommensteuer mit Freilassung der kleinern Einkommen und Erlaubnis des Abzugs der Schuldzinsen. Ferner weitere Entwürfe betreffend die Umgestaltung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie der Kapitalsteuer, sodaß diese Steuern fortan ausschließlich fundirtes Einkommen treffen. Die bisherige Steuer vom Dienst- und Berufseinkommen soll in der Einkommensteuer aufgehen. Mit der geplanten Reform wird eine gleichmäßigere und gerechtere Veranlagung der direkten Steuern sowie eine Entlastung der niedrigeren Einkommen erreicht werden. Daran wird sich eine umfassende Neuordnung des Steuerwesens bei den Gemeinden unmittelbar anschließen. Der 1894 unternommene Versuch einer Abänderung der Verfassung ist erfolglos geblieben; ein weiteres Vorgehen der Regierung ist bedingt durch die Klärung der Anschauungen darüber, was als erreichbares Ziel ins Auge gefaßt werden kann. Ein Gesetzentwurf wegen Wiedereinführung des Wahlkouverts bei den Landtagswahlen ist vorbereitet; die Einbringung desselben bleibt bis zum Abschluß der Verhandlungen über die Reichstagswahlen ausgesetzt. Auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung ist eine Vorlage beabsichtigt, durch die für die größeren Städte eine periodische Wahl der Ortsvorsteher unter Uebertragung des Wahlrechts auf bürgerliche Kollegien eingeführt werden soll.

Die Thronrede schließt also:

Alle Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung versprechen nachhaltigen Erfolg nur, wenn sie unterstützt werden von der eignen Arbeit und dem ernsten Fleiße der beteiligten Kreise. Möge Gottes Segen meinem Land und Volk nie fehlen, möge er auch auf den Arbeiten ruhen, zu denen Sie jetzt als die berufenen Vertreter des Landes sich vereinigen.

Nach dem Vortrag des Finanzministers v. Riecke über den Hauptfinanzetat für 1895—97 beträgt der Ausgabenvoranschlag pro 1895/96 72857385 Mk., pro 1896/97 73577201 Mk. Die Einnahmen sind veranschlagt für 1895/96 auf 70057385 Mk., pro 1896/97 70554450 Mk., sodaß sich ein Fehlbetrag pro 1895/96 von 2800000 und pro 1896/97 von 3023751 Mk. ergiebt, der unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer spätern Deckung aus Steuermitteln vorläufig durch Anleihe gedeckt werden soll.

21. Februar. Die zweite Kammer wählt mit 51 Stimmen den demokratischen Abgeordneten Rechtsanwalt Payer zum Präsidenten und mit 49 Stimmen den der Zentrumspartei angehörenden Landgerichtsrat Kinne zum Vizepräsidenten. — Alle 37 Abgeordneten, die nicht zu diesen beiden Parteien gehören, bilden eine „Freie Vereinigung.“ — Zum Präsidenten der ersten Kammer wird der Fürst v. Waldburg-Zeil-Trauchburg auf drei Jahre ernannt. Zum Vizepräsidenten wählt die erste Kammer den Grafen v. Rechberg und Rothenlöwen.

2. März. Die Kammer der Abgeordneten berät den Gesetzentwurf, betreffend die periodische Wahl der Stadtvorstände

durch die Bürgerkollegien. Die Redner aller Parteien sprechen sich gegen die vorgeschlagne Entziehung des Wahlrechts der Gemeindebürger aus. Der Minister des Innern, **Pischek**, weist auf die Gefahr hin, daß die Sozialisten die Herrschaft in den Stadtratshäusern erobern könnten, und verspricht einen Gesetzentwurf, betreffend die Abschaffung der Lebenslänglichkeit sämtlicher Ortsvorsteher, vorzulegen, sobald die Reform des Notariats- und Pfandwesens durchgeführt sei. **Groeber** empfiehlt zur Bekämpfung der Sozialdemokraten, wie der Umsturzbestrebungen überhaupt die Zulassung der Männerklöster.

5. März. Die zweite Kammer berät den Entwurf einer die Thronrede beantwortenden Adresse. Darin wird die Revision der Verfassung für geboten erklärt und werden besondre Wünsche ausgesprochen.

Ministerpräsident v. **Mittnacht** erklärt den Standpunkt der Regierung zur Frage der Verfassungsrevision. Die Regierung rechne mit der Thatsache, daß die Wähler sich für die Volkskammer ausgesprochen haben. Sie könne zu der Entfernung der jetzigen Privilegirten aus der zweiten Kammer Ja sagen, wenn zu den bisherigen gewählten Abgeordneten als Ersatz eine Anzahl von Abgeordneten hinzutrete, die in größern Kreisen vom Volke durch Listenwahl nach dem Proportionalsystem gewählt würden. Bedingung sei der Fortbestand der ersten Kammer. Die Regierung hoffe die Revision durchzuführen und werde sich deren Leitung nicht aus der Hand nehmen lassen.

6. März. Die zweite Kammer nimmt den Absatz des Adreßentwurfs an, in dem eine Verfassungsreform unter Aufhebung der Vorrechte der Geburt oder des Amtes gefordert wird. Die Vertreter der Ritterschaft und der Prälaten geben ablehnende Erklärungen ab, während die Vertreter der katholischen Geistlichkeit und der Kanzler der Universität dem Absatz zustimmen.

7. u. 8. März. Die Weiterberatung der Adresse führt zu längern Verhandlungen über die Agrarfrage.

12. März. In der zweiten Kammer berichtet Präsident Payer über den Empfang der Adreßkommission bei dem König. Hiernach sagte der König:

Indem Ich die Adresse, die Sie, Herr Präsident, Mir verlesen haben, aus Ihren Händen entgegennehme, spreche Ich Ihnen Meinerseits aus, wie es Mir eine heilige Pflicht ist und sein wird, den Wünschen Meines Volkes Meine vollste und höchste Aufmerksamkeit zu widmen. Es kann Mir daher nur immer erwünscht sein, Meine Herren, wenn die Stände des Landes als die verfassungsmäßigen Organe Meines Volkes Mir offen und vertrauensvoll ihre Ansichten darlegen, wie Sie dies in Ihrer Adresse gethan haben. Ich werde, Meinem Grundsatze getreu, gewissenhaft die vorgetragnen Gesichtspunkte

prüfen, dieselben in reifliche Erwägung ziehen und alles dasjenige auszuführen suchen, wovon Ich die Ueberzeugung gewinnen kann, daß es dem Wohle des Landes förderlich ist. In Ihrem angestrengten und opferwilligen Zusammenwirken mit Meiner Regierung erblicke Ich die sicherste Gewähr für das Gedeihen des Vaterlandes und halte Mich versichert, daß Sie Mir Ihre Mitarbeit bei allen auf das Heil der geliebten Heimat abzielenden Bestrebungen niemals versagen werden. Gebe Gott, daß in Ihren Beratungen stets ein hierauf gerichteter Geist, verbunden mit weiser und hingebender Mäßigung, herrschen möge. Dann wird ein ersprießlicher Erfolg für Württemberg in seiner innern Verwaltung und Entwicklung, wie für seine Stellung als Glied des großen Vaterlandes nicht ausbleiben. Dies ist Mein aus tiefstem Herzen kommender Wunsch.

13. März. Vertagung des Landtags bis zum 25. April.

26. April. In der zweiten Kammer beginnt die Beratung des Hauptfinanzetats. Dabei kommt der Minister v. **Riecke** auf die Reichsfinanzfrage also zu sprechen:

Im Reiche stehe man abermals vor der Frage, wie es mit der Tabakbesteuerung werden solle. In Württemberg sei die Tabakbesteuerung eine „alte Liebe" gewesen. Der Minister stehe nicht an, zu erklären, daß die Tabakfabrikatsteuer der richtigste Weg sei zur Erhöhung der Einnahmen. Die Regierung halte an dem im Reichstag eingebrachten Gesetze fest. Ein weiteres ungünstiges Moment sei das Schwanken der finanziellen Leistungen des Reiches. Die Reichsverfassung sei in finanzieller Hinsicht unfertig geblieben. Als es sich darum handelte, in das Reich einzutreten, bemühte sich Württemberg, auch das finanzielle Verhältnis zum Reich zu klären. Das Reich rechne nicht mit Fehlbeträgen, erhöhe vielmehr die Matrikularbeiträge; aber diese bildeten Ausgabeposten im Budget der Einzelstaaten. Thatsächlich liege also der Schwerpunkt für die Aufbringung der Reichsbedürfnisse in den Bundesstaaten. Infolgedessen sei auch die Stellung des Reichsschatzsekretärs seinen Reichskollegen gegenüber eine nicht sehr günstige. Man gebe ihm einen Rückhalt, wenn das Reich auch über die Beschaffung der Mittel nachdenken müsse. Die Regierung halte demnach an dem Finanzreformentwurf fest.

In der weitern Verhandlung verlangt **Kiene** Herstellung der Männerorden. **Haußmann** hält wünschenswert, daß die Regierung Stellung zum Antrag Kanitz nehme.

3. Mai. Die zweite Kammer berät einen Antrag gegen die Umsturzvorlage. Hierzu bemerkt der Ministerpräsident v. **Mittnacht**:

Die Vorlage wurde sofort nach ihrer Einbringung sehr ungünstig beurteilt. Es wurde alsbald gesagt, mit dieser Vorlage werde die deutsche Freiheit begraben. Dies haben die Regierungen durchaus nicht wollen; aber sie wollten einem Mißbrauch der Freiheit energisch entgegentreten können. Gewaltsamen Umsturz, friedenstörende Beschimpfung, Aufforderung und Verherrlichung von Verbrechen, Untergrabung der Disziplin im stehenden Heer, diese Dinge wollte die Regierung treffen, nicht den freien Meinungsaustausch. Wenn es der Reichstag für notwendig hält, in dieser Beziehung Garantien in das Gesetz einzuführen, so werden die Regierungen, das sei er überzeugt, hierin so weit gehen als nur möglich. Gegen ein Ausnahmegesetz bestehe in der öffentlichen Meinung eine allgemeine Abneigung; wenn man dann auf das gemeine Recht übergehe, so seien wieder die verschiednen Parteien damit nicht einverstanden. Solche Gesetzesvorlagen müßten auch nach der Zeit, nach den Verhältnissen, nach den Stimmungen betrachtet werden, in denen sie entstanden sind. Wenn

sie dann monatelang herumgezogen werden, nach dem verschiednen Parteistandpunkt zerpflückt werden und dann in einer Weise abgeändert werden, die dem ursprünglichen Inhalt in keiner Weise entspreche, dann schließlich werde allerdings niemand befriedigt von dem jetzigen Zustand. Die leichtlebige Zeit habe die damaligen anarchistischen Verbrechen bereits vergessen. Damals habe auch in einem Teil der Bevölkerung die Stimmung bestanden, daß die Regierung der Ausbreitung der sozialrevolutionären Propaganda nicht länger zusehen könne. Die Regierungen hätten nichts wahrgenommen von Ueberwindung des Sozialismus durch geistige Waffen oder durch sittliche Größe, namentlich gar nichts vom Zusammengehen der bürgerlichen Parteien. Das Bürgertum habe einfach nichts gethan. Gleichzeitig sei Mangel an Vertrauen in die deutschen Gerichte entstanden, daß diese die Bestimmungen nicht richtig anwendeten. Wenn der Gesetzesvorschlag nach den Beschlüssen der Kommission angenommen würde, hätte die Regierung gewichtige Bedenken gegen die Zustimmung; weitere bindende Erklärungen könne er im jetzigen Augenblicke nicht abgeben. Die Erklärung des Hauses werde bei der Regierung ihre volle Beachtung finden. Er gehe noch auf die Bemerkung Haußmanns über die Entlassung Caprivis ein. Ein formelles Recht habe dieser nicht behauptet. Die Wahl des Reichskanzlers stehe dem Kaiser zu ohne Mitwirkung des Bundesrats; es sei lediglich Vertrauenssache zwischen dem Kaiser und dem betreffenden Beamten. Einige zwanzig Regierungen können nicht über Entlassung des Reichskanzlers gehört werden, der zudem zugleich preußischer Ministerpräsident sein solle.

Hierauf wird der Antrag gegen die Umsturzvorlage angenommen.

Zu einem Antrage gegen die Wiedereinführung der Staffeltarife äußert Minister **Pischek**, daß eine Beunruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung bestehe. Die Regierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die preußischen Staffeltarife für Württemberg nicht vorteilhaft seien, und dementsprechende Schritte schon früher gethan. Die Befürchtungen wegen der Staffeltarife hält der Minister gleichwohl für übertrieben; dagegen sei die Mühlenindustrie gefährdet. Ministerpräsident **v. Mittnacht** weist darauf hin, daß Sachsen, Baden, Württemberg und Hessen gegen die Staffeltarife aufgetreten sind, auch sei die Aufhebung als Voraussetzung der Aufhebung des Identitätsnachweises aufgefaßt worden. Der Minister hält darnach die Gefahr nicht für drohend. Uebrigens sei Preußen in Bezug auf seine Tarifpolitik selbständig, gerade wie auch wir uns nichts in unser Tarifwesen hineinreden lassen wollen. Eine Agitation im Bundesrate könne Württemberg nicht entfalten, dagegen wolle es freundschaftliche Vorstellungen bei Preußen erheben.

15. Mai. Dem Landtage werden Gesetzentwürfe vorgelegt über 1. die Einkommensteuer, 2. die Kapitalsteuer, 3. Aenderungen des Gesetzes von 1873 über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, 4. die Wandergewerbesteuer.

16. Mai. Die zweite Kammer berät den Gesetzentwurf über die Religions-Reversalien.

Kinn führt aus, die Einwände der Zentrumspartei richteten sich gegen die Bestimmung, nach der in der evangelischen Kirchenregierung drei

Mitglieder des Geheimen Rats sein sollen, die in erster Linie aus den Staatsministern und Chefs der Verwaltungsdepartements, in zweiter Linie aus den übrigen ordentlichen Mitgliedern des Geheimen Rats zu entnehmen sind. Diese Bestimmung stehe im Widerspruch mit den Staatsgesetzen. Es sei zuzugeben, daß thatsächlich schon aus Gründen der Masse der Bevölkerung die größere Zahl der Minister aus Gliedern der evangelischen Kirche bestehen werde, aber das gesetzlich festzulegen, gehe doch nicht an. Das bedeute einen Eingriff in das freie Ernennungsrecht des Königs. v. Schad weist diese Einwände als unbegründet zurück. Wenn je einmal ein katholischer König nur katholische Minister ernenne, dann habe sich das evangelische Volk loyal zu unterwerfen. Für diesen Fall enthalte das Gesetz ja die Bestimmung, daß dann für die evangelische Kirchenregierung von den Ministern abgesehen werden soll und andre Mitglieder des Rats herbeigezogen werden sollen.

Die Vorlage wird an eine Kommission gewiesen.

21. Mai. In der zweiten Kammer stellen Gröber und Genossen die Anfrage:

Ob das Staatsministerium geneigt ist, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die zur Zeit in Bearbeitung befindliche Militärstrafprozeßordnung für das deutsche Reich nach den erprobten Grundsätzen der bürgerlichen Strafprozeßordnung für das deutsche Reich ausgearbeitet, insbesondre hierbei, soweit nicht für die Verhältnisse im Krieg eine Modifikation dieser Grundsätze unumgänglich ist, die Ständigkeit und Selbständigkeit der Militärgerichte, die Trennung der Aufgaben des Anklägers, des Verteidigers und des Richters, die Freigebung der Verteidigung in allen Straffällen, die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung und die Einführung ordentlicher Rechtsmittel gegen die ergangnen Urteile gewährt werde.

Der Kriegsminister Schott v. Schottenstein giebt hierauf folgende Erklärung ab:

Die Staatsregierung hat zu der Frage der Einführung einer Militärstrafgerichtsordnung für das deutsche Reich, durch die, innerhalb der durch die Besonderheit der militärischen Verhältnisse, insbesondre im Felde, gezognen Grenzen, das Verfahren mit den wesentlichen Formen des bürgerlichen Strafprozesses umgeben würde, stets eine wohlwollende Haltung eingenommen. Bei zwei Kommissionen, welche behufs Aufstellung eines entsprechenden Entwurfs in den Jahren 1877/81 und dann wieder 1890 von dem deutschen Kaiser in Berlin niedergesetzt waren, ist das Kriegsministerium durch Delegirte vertreten gewesen. In dem einen wie im andern Falle haben die Verhandlungen zur Herstellung vollständiger Entwürfe einer Militärstrafgerichtsordnung geführt. Diese Entwürfe sind indessen nicht an den Bundesrat gelangt: die königliche Staatsregierung war daher nicht in der Lage, zu denselben im ganzen wie im einzelnen Stellung zu nehmen. In welchem Stadium die Arbeiten wegen Aufstellung einer Militärstrafprozeßordnung für das deutsche Reich z. Z. sich befinden, darüber ist etwas Näheres zur Kenntnis der Staatsregierung nicht gekommen. Wie aber die Staatsregierung bisher den Standpunkt vertreten hat, daß bei der in Frage stehenden Gesetzgebungsarbeit mit der bereits bezeichneten Maßgabe ein thunlichster Anschluß an die Grundsätze der bürgerlichen Strafprozeßordnung anzustreben und hierbei insbesondre dem Grundsatze der Mündlichkeit des Verfahrens, der Trennung des Anklageamts von Verteidigung und Richteramt, der freien Beweiswürdigung und Gewährung ordentlicher Rechtsmittel Geltung zu verschaffen sei, so gedenkt die königliche Staatsregierung diesen Standpunkt

auch bei den in Aussicht zu nehmenden weitern Verhandlungen über den Gegenstand festzuhalten.

Darauf wird die in einen Antrag umgewandelte Anfrage Gröbers (mit 80 gegen 2 Stimmen) samt dem Zusatze angenommen: Die Staatsregierung wolle, falls in absehbarer Zeit das Zustandekommen einer Reichsmilitärstrafgerichtsordnung nicht in Aussicht zu nehmen ist, bis zur Erledigung einer solchen eine Abänderung der geltenden landesrechtlichen Bestimmungen im Sinne der Anfrage der Abgeordneten Gröber und Genossen herbeiführen.

12. Juni. In der zweiten Kammer stellt Haußmann die Anfrage, ob die Regierung geneigt sei, im Bundesrate dahin zu wirken, daß die Reichsregierung, unter Ablehnung der auf Aenderung der gesetzlichen Währung des deutschen Reichs gerichteten Bestrebungen, an der bestehenden Währung entschlossen festhalte. Hierauf erwidert der Finanzminister v. Riecke:

Von der Ueberzeugung geleitet, daß eine gesicherte Währung eine der Grundbedingungen für eine gesunde Volkswirtschaft bildet und in Würdigung der nicht zu bestreitenden Thatsache, daß das deutsche Reich eine solche seit Einführung der bestehenden Goldwährung bei einem Goldvorrat von mindestens $2^1/_2$ Milliarden Mark in Wirklichkeit besitzt, ferner in der gerechten Besorgnis, daß jeder Versuch, hieran ernstlich zu rütteln, die empfindlichsten Umwälzungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen Deutschlands hervorrufen könnte, endlich in der Erwägung, daß auch keiner der zur Hebung und Befestigung des Silberwerts unter Festhaltung der Goldwährung gemachten Vorschläge nach den eingehenden Untersuchungen der erst im vorigen Jahre berufenen sogenannten „Silberkommission" als zum Ziele führend hat erkannt werden können, ist das Staatsministerium der Ansicht, daß das deutsche Reich die Initiative zu einer Münzkonferenz behufs internationaler Regelung der Währungsfrage nicht ergreifen sollte und daher dem Beschluß des Reichstags vom 16. Februar d. J. keine Folge zu geben sei. Von dieser Auffassung abzuweichen haben wir keinen Grund.

Die Kammer spricht mit 49 gegen 24 Stimmen ihre Billigung dieser Erklärung aus.

9. u. 10. Juli. Zweite und resultatlose Beratung des Gesetzes über die Religionsreversalien.

11. Juli. Nach Ablehnung des Ortsvorstehergesetzes und nach Feststellung des Etats für 1895/96 auf 71573684 Mk., des für 1896/97 auf 71744375 Mk. wird die Session geschlossen.

4. Dezember. Der Landtag wird wieder eröffnet.

6. Dezember. Die Zweite Kammer spricht sich zu Gunsten der Feuerbestattung aus.

11.—13. Dezember. Die zweite Kammer billigt im Grundsatze die vom Finanzminister v. Riecke vorgelegten Steuerreform-Entwürfe, wonach die Steuer auf das Berufseinkommen fortfallen und die auf Grund und Boden, Gewerbe, Gebäude und Kapitalien

liegenden Steuern von einem Satze von 3,9 Prozent bezw. 4,8 Prozent auf 2,6 Prozent ermäßigt, dafür aber eine allgemeine 4 prozentige Einkommensteuer eingeführt werden soll, wobei die Einkommen unter 500 Mk. freibleiben, die Schuldzinsen vom Steuerkapital abgezogen werden sollen und die Steuer für die höhern Einkommen sich in 32 ganz allmählich aufsteigenden Sätzen bewegt.

21. Dezember. Nach Sicherung des Zustandekommens dieser Reform und nach Genehmigung eines Wasserrechtsgesetzes wird der Landtag vertagt.

III.

Der König.

9. Mai. König Wilhelm richtet an den Schillerverein in Marbach ein Schreiben, in dem er die Ausdehnung des Marbacher Schillervereins zu einem Schwäbischen Schillerverein und die Errichtung eines Schiller-Museums in Marbach anregt und sich als erstes Mitglied des neuen Vereins anmeldet.

9. Juni. Der König wohnt dem Bundestage des württembergischen Kriegerbundes in Biberach bei und erklärt in seiner Antwort auf den Toast des Ehrenpräsidenten, Prinzen Hermann van Sachsen-Weimar, daß er von der Treue der Kameraden überzeugt sei und ihnen sein herzlichstes und wärmstes Interesse entgegenbringt. Weiter ermahnt sie der König, die während ihrer Soldatenzeit erworbnen Gesinnungen festzuhalten. „Pflegen Sie die Gesetze und Pflichten der Sitte, Religion und Ordnung, die Liebe zu Thron und Vaterland, dann werden die schweren über dem Vaterlande schwebenden Wolken vorüberziehen, denn unsre Sache ist edel, gut und gerecht.“ Die Rede schließt mit einem Hoch auf den „obersten Kriegsherrn,“ den Kaiser.

4. September. Der König besucht die Kruppsche Anstalt in Essen.

30. November. Der König hält eine patriotische Ansprache bei der Stuttgarter militärischen Feier des Gedenktages der Schlacht bei Villiers.

Baden.

I.

Der Großherzog.

1. April. Bei der Bismarckfeier in Karlsruhe hält Großherzog Friedrich an die Festversammlung eine Ansprache, in der er sagt:

Fürst Bismarck hat es in diesen Tagen öffentlich ausgesprochen, daß nur mit Kaiser Wilhelm I. und mit dem von ihm gebildeten Heere das deutsche Reich neu geschaffen werden konnte. Daran schließt sich naturgemäß die Betrachtung, daß die Erhaltung dieses Reiches in voller Kraft auch die vornehmste Aufgabe der deutschen Nation bleibt. Der große Kaiser Wilhelm I. besaß eine Reihe der hervorragendsten menschlichen Eigenschaften, die den kommenden Geschlechtern der Nation zum Vorbilde empfohlen werden können. Er war treu und gewissenhaft, selbstlos und voll christlicher Demut, voll aufopferungsfreudiger Hingebung an die von ihm heilig gehaltnen Pflichten seines hohen Amts. Aus solchem Seelenadel mußte ein gesegnetes Gelingen hervorgehen, wie es die Weltgeschichte in dem Maße kaum je aufzuweisen vermag. Diesem Vorbild nachzustreben und es im Leben und Wirken zu bethätigen, ist die schönste Aufgabe aller derjenigen, die berufen sind, an dem Fortbau des Reichs mitzuwirken, auf daß die Grundlagen desselben immer fester werden und sein Ansehen in der Welt sich auf der Höhe erhalte, die seiner Macht und Größe entspricht. An dieser Aufgabe müssen aber die Staaten des deutschen Reiches getreu mitwirken. Wir müssen sorgfältig darüber wachen, daß die festen Grundlagen der Staatsordnung erhalten bleiben und daß sie bewahrt werden vor den verderblichen Versuchen, auflösende Keime in bewährte Institutionen zu legen. Seit über vierzig Jahren das Steuer des Staates führend, fühle ich mich berechtigt, die Mahnung auszusprechen: Hüten wir uns vor den zerstörenden Wirkungen vaterlandsloser Gesinnungen und utopischer Träumereien, die unter dem Scheine der Freiheit die Knechtschaft der Willkür und Selbstsucht herbeiführen. Wir haben die Aufgabe zu erfüllen, eine mehr als dreißigjährige Arbeit volksfreundlicher Gesetzgebung dem Lande so zu erhalten, daß deren weitere Entwicklung den Bezirken und Gemeinden des Landes zur Stärkung ihrer wichtigsten Interessen gereicht und zu deren dauerndem Wohlstande führt.

4. Mai. Der Großherzog hält in Heidelberg an die Professoren der Universität eine Ansprache. Darin sagt er: Mit Wehmut gedenke er an das Jahr 1885, an das in Anwesenheit weiland Kaiser Friedrichs stattgefundne Universitätsjubiläum. Mit Kaiser Friedrich sei eine schöne Hoffnung dahingeschwunden, aber eines sei zurückgeblieben: sein hingebendes, selbstloses, huldvolles Vorbild. Möge dieses Vorbild noch lange nachwirken in unsrer Nation zur Erziehung großer, starker Männer, die fähig seien, alle drohenden Stürme zu bestehen.

2. Juni. Der Großherzog hält auf dem Kriegervereinstage des Militärgaues Schwetzingen in Reilingen im wesentlichen folgende Rede:

Vor Abschluß der Festlichkeiten liegt es mir am Herzen, Ihnen meine Gefühle auszusprechen. Die begeisterten Worte und patriotischen Gedanken, die wir eben mit Freudigkeit vernommen und denen Sie zugejubelt haben, haben Ihr Herz tief erschüttert und erfüllt. Es bleibt darnach nichts mehr zu sagen übrig, was die festlichen Empfindungen des heutigen Tages noch stärken könnte, und doch ergreift mich der Anblick so vieler Veteranen, so vieler Teilnehmer an dem Kriege von 1870/71 in einer Weise, daß ich erinnern muß an alle diejenigen Kräfte und Einrichtungen, die uns wirklich zum Siege geführt haben. Sie haben eben vernommen, welches die Entwicklung der Zeit war bis zum Kriege und seit dem Kriege. Wir müssen aber auch zurückblicken auf die Unternehmungen, die es möglich gemacht haben zu siegen. Wir müssen ziemlich weit zurückgehen, wenn wir die ganze Bedeutung erfassen wollen, was wirklich zum Siege geführt hat. Ich denke dabei zuerst an die großen und unsterblichen Verdienste Kaiser Wilhelms des Großen, der von früh an, als er noch Prinz von Preußen war und hier im Lande den Aufstand bekämpfte, von da an seine ganze Kraft der Neugestaltung und Befestigung der Armee gewidmet hat. Die Erfahrungen, die er damals gemacht, haben ihn veranlaßt, bei dem Könige Friedrich Wilhelm IV. Bestimmungen zu erwirken, die eine vollständige Veränderung des Ausbildungsmodus der Armee herbeigeführt haben. In diesen Gedanken, die der damalige Prinz von Preußen kundgegeben, liegen die Anfänge dessen, was von nun an die Armee großes und bedeutendes geleistet. Sein Gedanke war: jeder einzelne muß nicht nur ausgebildet, sondern auch erzogen werden, und das ist durchgeführt worden. Ich will mich auf einzelnes nicht einlassen, sondern nur im allgemeinen sagen: es ist durchgeführt worden mit der Gewissenhaftigkeit, die nur ein solches Offizierkorps zu leisten vermag, wie es auch jetzt noch das deutsche ist. Nur wenn diese Voraussetzung besteht, ist es möglich, diesen Gedanken von der Ausbildung und Erziehung des Einzelnen ganz und voll durchzuführen. Meine Freunde! Sie werden verstehen, was ich damit meine. Es ist nicht nur die Armee, es ist das Volk, das auf diese Weise erzogen wird, und Sie alle haben diese Schule durchgemacht. Ich spreche also zu solchen, die diese Erfahrung für sich haben und die diese Erfahrung angewendet haben in ernstester Zeit, und ich richte mich an diejenigen, die seit dem Krieg gedient haben und vielleicht noch einmal berufen werden könnten, zu dienen, also in der Lage sind, zu bewähren, was sie gelernt haben. Sehen Sie, meine Freunde, diese dem Individuum gewidmete Aufmerksamkeit, diese Erziehung des einzelnen Mannes, nicht nur, daß er Waffen in der Hand hält und den Rock anzieht, nein, daß er mit Geist und Herz dabei ist, das führt zum Siege, das muß erhalten bleiben. Reiflich aber müssen wir auch gedenken dessen, was der Hochselige Kaiser während des Krieges geleistet hat. Denn er hat dort ein Beispiel gegeben, das uns allen zur Nacheiferung dient, ein Beispiel der Hingebung, der Aufopferung und der Liebe. Ja, meine Freunde, es sind eigentlich nur zwei Empfindungen, auf die wir den größten Wert legen müssen, damit sie anerzogen werden, wo sie noch nicht vorhanden sind, das ist die Liebe, die größer ist als alles übrige in der Welt, und der Gehorsam. Der Gehorsam, meine Freunde, wird oft auch Disziplin genannt. Ich nehme das Wort gerne in den Mund. Gehorsam ist allen nütze; denn wer sich nicht unterzuordnen versteht, der kann auch nicht führen.

21. August. Anläßlich der Eröffnung der Eisenbahnlinie Stahringen-Ueberlingen hält der Großherzog beim Festessen eine Rede, in der er der Jubiläumszeit mit folgenden Worten gedenkt:

Vor wenigen Tagen erst war ich Zeuge einer erhebenden Handlung,

der Grundsteinlegung des Denkmals Kaiser Wilhelms I., eines Denkmals, das aus Dankbarkeit und Liebe gesetzt wurde für das, was wir durch ihn und das Heer erlangt haben: die Kraft und die Größe des Reiches, an der jede einzelne Stadt, wie auch die Stadt Ueberlingen, Anteil nimmt und großes Interesse genießt. Wenn wir diese hohen Interessen betrachten, so liegt es auch nahe, den Blick auf die störenden Elemente hinzuwenden. Vor wenigen Tagen erst war es, daß wir eine Versammlung auf dem Hohentwiel hatten, die das Gegenteil von allem erstrebte, was die Erhaltung einer festen Staatsordnung befördert. Diese Bestrebungen zu bekämpfen, das soll unsre gemeinsame Arbeit sein. Diejenigen, die glauben, mit Hilfe solcher Leute sich selbst oder ihren Bestrebungen helfen zu können, diese graben sich selber das Grab. Dafür müssen wir uns kräftig halten, das zu schützen, was geschaffen worden ist. Ich erinnere nochmals an das Denkmal Kaiser Wilhelms I. Es ist die Kundgebung des Dankes der Nation, und in diesem Danke wollen wir uns vereinigen zu neuer That und neuen Handlungen zur Befestigung dessen, was wir errungen.

28. September. Telegrammwechsel des Kaisers mit dem Großherzog: Ew. Königliche Hoheit wollen dessen aufrichtig versichert sein, daß Ich bei der fünfundzwanzigsten Wiederkehr von Straßburgs Fall in tief empfundner Dankbarkeit der Lorbeern gedenke, die sich die badischen Krieger unter den Augen ihres geliebten Landesherrn bei der Einnahme dieser Festung erkämpften. Wilhelm. — Antworttelegramm des Großherzogs: Wollen Ew. Kaiserliche Majestät Meinen aufrichtig gefühlten Dank entgegennehmen für die überaus wohlthuende Empfindung, womit Allerhöchst dieselben der fünfundzwanzigsten Wiederkehr des Tages von Straßburgs Fall in so ehrender Weise des Anteils der badischen Krieger an diesem Ereignis gedenken, es wird diese Allerhöchste Anerkennung der Bedeutung dieses Jahrestages von allen noch lebenden Kämpfern unter Meinen lieben Landsleuten dankbar empfunden werden und wird der jüngern Generation ein erneuter Antrieb sein, die Bahn der Ehre der Väter stets würdig und wohl vorbereitet zu betreten.

18. Dezember. Zum Gedenktage des Gefechts von Nuits sendet der Kaiser dem Großherzog ein Telegramm voll Anerkennung der Tapferkeit der damaligen badischen Truppen. Zugleich erhält Prinz Wilhelm von Baden den preußischen Orden pour le mérite.

II.

Katholisches Volksgesangbuch.

12. Juli. Eine große Verstimmung der katholischen Bevölkerung über die Einführung eines neuen Gesangbuchs, das wenige alte Lieder, dagegen mehr Latein aufweist, veranlaßt den Erzbischof von Freiburg zu einem Hirtenschreiben.

Darin wird behauptet, daß das neue Gesangbuch das deutsche Kirchenlied nicht beseitigen oder beeinträchtigen solle; es solle im Gegenteil den deutschen Kirchengesang kräftigen und heben, und deswegen sei es an Stelle des alten, „das wenig geeignet war," den Gläubigen in die Hand gegeben worden. Dann erklärt das Schreiben, die Bewegung gegen das neue Gesangbuch sei zum guten Teile nicht aus dem gläubigen Volke hervorgegangen, sondern in dasselbe hineingetragen worden und werde von den Kirchenfeinden dazu benutzt, die Katholiken gegen ihre Kirche aufzuhetzen. Es wäre eine schwere Sünde, dieser Aufreizung Folge zu leisten. Um die Kirche Gottes zu regieren, dazu habe der heilige Geist die Bischöfe, nicht ungläubige Zeitungsschreiber gesetzt. Er selbst sei bestrebt, berechtigte Wünsche zu erfüllen, soweit es Pflicht und Gewissen ihm gestatten, d. h. soweit er nicht durch die Gesetze der Kirche und die Befehle des Papsts, denen er wie die übrigen Gläubigen zu gehorchen habe, gebunden sei. Die Befehle des Papsts aber geböten ihm, beim Hochamt den lateinischen Kirchengesang einzuführen. Er wolle gern gestatten, daß die Einführung allmählich geschehe. Die Hauptsache bem Gottesdienst sei das Gebet. Es sei ein durch den fortwährenden deutschen Meßgesang herbeigeführter trauriger Uebelstand, daß so manche Katholiken bei der erhabensten Handlung des Gottesdienstes nicht mehr zu beten verstünden und sich betend nicht mehr zu beschäftigen wüßten, wenn sie nicht mit singen könnten. Es sei eine gänzlich unwahre Behauptung, wenn gesagt werde, man wolle den deutschen Kirchengesang schmälern, und das neue Gesangbuch sei ein vorwiegend lateinisches. Es enthalte viel mehr schöne und kräftige Gesänge als das alte; die wenigen lateinischen Gesänge, die aufgenommen werden mußten, seien mit deutschen Uebersetzungen versehen, damit sie verstanden würden. Es könne auch jetzt noch genug deutsch gesungen werden. Zum Schlusse weist der Hirtenbrief auf die „furchtbar ernsten Zeiten" hin, da an den Grundpfeilern der Autorität gerüttelt werde, „um den Umsturz der religiösen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen."

III.

Wahlbewegung.

10. März. Die nationalliberale Partei hält in Karlsruhe einen Parteitag ab behufs Festsetzung des Wahlprogramms für die nächsten Landtagswahlen. Das Programm verlangt die Einführung des direkten Landtagswahlrechts, Abänderung des Gemeindegesetzes und der Liegenschaftsbesteuerung, Hebung der Getreidepreise, soweit dies ohne Brotverteuerung möglich.

20. September. Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei erläßt einen Aufruf, in dem er sagt:

Die bevorstehende Landtagswahl ist für unser Vaterland von besondrer Bedeutung. Die nationalliberale Partei hat in unserm Landtage lange Zeit die Mehrheit besessen. Auch in der letzten Tagung war sie weitaus die zahlreichste, wenn sie auch nicht die absolute Mehrheit hatte. Jetzt gilt es, ihr die ausschlaggebende Stellung wieder zurückzugewinnen. Mit Stolz und

Genugthuung dürfen wir auf unsre Vergangenheit zurückblicken. Badens Fürst und Volk sind stets an der Spitze gewesen, wo die Förderung der nationalen Einheit Deutschlands, die Begründung freiheitlicher Staatseinrichtungen in Frage stand. An allen diesen Bestrebungen hat die nationalliberale Partei den wesentlichsten und entscheidendsten Anteil gehabt. Und dieser Vergangenheit werden wir auch ferner treu bleiben. In schweren Kämpfen ist vor 25 Jahren die deutsche Einheit hergestellt, das deutsche Reich begründet worden. Unsre vornehmste Pflicht ist es, die Errungenschaften jener großen Zeit zu wahren und aufrecht zu erhalten. Dafür treten wir mit aller Kraft und Entschiedenheit ein. Aus erhabnem Munde ist vor einigen Monaten das treffende Wort gefallen: Nur diejenige Partei hat eine Berechtigung, die auf nationalem Boden steht. Auf diesem Boden steht die nationalliberale Partei. Wir sind aber auch eine liberale Partei. Wir erstreben die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Volkes und einen weitern Ausbau der Verfassung im Sinne eines besonnenen Fortschritts. Wir bekämpfen alle Bestrebungen, die gegen die Unabhängigkeit des geistigen Denkens und Forschens gerichtet sind, die die Freiheit der religiösen Gesinnung zu gefährden und zu beeinträchtigen drohen.

30. **Oktober.** Ein Wahlaufruf der Zentrumspartei fordert zur weitern Zurückdrängung des Nationalliberalismus auf. Er verlangt direktes Landtagswahlrecht, Abänderung der Wahlkreiseinteilung, unbeschränkte Ordenszulassung, Einführung direkter Gemeindewahlen, Zuziehung der Zentrumsangehörigen zu allen Staatsämtern, gerechtere Steuerverteilung, Vermeidung neuer Steuern, Hebung des Handwerks, der Landwirtschaft und des Arbeiterstandes, sowie Ausbau des Eisenbahnnetzes.

IV.

Landtagswahlen.

4. **November.** Die Hälfte der Mitglieder der zweiten Kammer wird erneuert. Es handelt sich um 32 Mandate, von denen bisher die Nationalliberalen 14, das Zentrum 11, die Demokraten und die Freisinnigen 4, die Sozialdemokraten 2, die Konservativen 1 besaßen. Die in indirekter Wahl vorgenommenen Wahlen fallen so aus, daß die Kammer fortan zählt: Nationalliberale 31 (im letzten Landtag 30), Zentrum 21 (23), Demokraten 5 (5), Konservative 2 (2), Sozialdemokraten 2 (3), Antisemiten 1, Wild 1. (Der Wilde ist Stegmüller, der aus der sozialistischen Fraktion ausgeschlossen wurde.) Ein Antisemit erscheint zum erstenmal im Landtag. Somit bleiben die Nationalliberalen die stärkste Partei, wenn ihnen auch zur Mehrheit eine Stimme fehlt. Man wird daher nach wie vor auf Stimmen andrer Parteien rechnen müssen, wenn eine Mehrheit zu stande kommen soll.

V.

Sozialdemokratie.

14. April. In Lahr findet die Generalversammlung der badischen Sozialdemokratie statt. Sie ist von 63 Delegirten und etwa 100 Genossen besucht.

15. April. Die Verhandlungen drehen sich hauptsächlich um den seit dem allgemeinen Parteitage zu Frankfurt a. M. innerhalb der Partei in Baden herrschenden lebhaften Streit, bei dem es sich vorwiegend um die Führer Dr. Rüdt von Heidelberg und Dreesbach aus Mannheim handelt. Bebel ist anwesend als Abgesandter des Parteivorstands in Berlin. Nach dem Jahresbericht ist die Zahl der einzelnen Vereine von 47 auf 63 gestiegen, und beläuft sich die Zahl der Mitglieder auf 3000. Nach langen, heftigen und kleinlichen Verhandlungen wird ein Antrag auf Ausschluß von Rüdt und Dreesbach abgelehnt und beschlossen, den Streit ruhen zu lassen, bis der allgemeine deutsche Parteitag darüber entschieden haben werde. Ein Antrag auf Ausschluß des Genossen Stegmüller von Lörrach wird angenommen.

18. Oktober. Rüdt, dem inzwischen der deutsche Parteitag in Breslau die Eigenschaft, „Genosse" zu sein, aberkannt hat (S. 140), spricht sich seinen Anhängern gegenüber öffentlich gegen den Terrorismus der Berliner Parteiführer aus.

4. November. Rüdts Anhänger in Mannheim erklären sich mit ihm einverstanden, bezeichnen seinen Ausschluß als einen Gewaltakt und eine Ungerechtigkeit des Breslauer Parteitages, beschließen, aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten, und beabsichtigen die Bildung einer besondern Organisation.

VI.

Landtag.

12. November. Der Landtag wird durch den Präsidenten des Staatsministeriums Nokk im Auftrage des Großherzogs eröffnet.

Die Thronrede kündigt an, daß der Staatshaushaltsetat für 1896/97 dem Landtage zugehen würde, und hebt die erfreuliche Sicherstellung des Gleichgewichts hervor. Im Etat wird der gewerblichen Thätigkeit und dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaft in weitem Maße Rechnung getragen. Die auf dem letzten Landtage von der Regierung ausgesprochene Hoffnung auf eine Reform des Reichsfinanzwesens im Sinne der finanziellen Selb-

ständigkeit des Reichs und der Beseitigung der Matrikularbeiträge habe sich nicht erfüllt. Die Regierung werde vorschlagen, bis auf weiteres die Deckung der reinen Matrikularbeiträge in der Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer zu bewirken, und ob dadurch eine Erhöhung der Einkommensteuer erforderlich werden wird, bleibe von dem Bedürfnisse im Abschluß des Reichsetats abhängig. Die in Anregung gebrachte Reform der direkten Steuern, insbesondre der Grund- und Gebäudesteuer, sei noch nicht spruchreif, aber eine Denkschrift hierüber werde vorgelegt werden. Ferner wird eine Vorlage angekündigt, betreffend die Fortsetzung der Höllenthalbahn von Neustadt nach Ammerbach. Die Ausführung von neuen Bahnen wird durch Gewährung staatlicher Zuschüsse auch ferner thunlichst gefördert werden. Endlich wird eine Vorlage angekündigt betreffend die Ausdehnung der Städteordnung und das Gesetz vom 22. Juni 1890 auf alle Gemeinden, sowie eine Vorlage betreffend neue Bestimmungen über die Landtagswahlen. Die im letzten Landtage behandelte Frage einer Verfassungsänderung sei noch nicht zum Abschluß gelangt.

18. November. Es wird ein Gesetzentwurf vorgelegt über Abänderung und Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuchs. Darin werden unter anderm über den Besitz und das Tragen von Waffen neue Bestimmungen getroffen.

19. November. Ein der zweiten Kammer von der Regierung zugegangner Gesetzentwurf schlägt die Einführung amtlich gestempelter Wahlkouverts und von Isolirräumen für die Urwähler und die Wahlmäuner vor.

26. November. Der Zweiten Kammer wird ein Gesetzentwurf wegen Aenderung der Gemeindeordnung vorgelegt.

In erster Reihe verfolgt die Vorlage den Zweck, auch in den kleinen Orten an die Stelle der Bürgergemeinde die Einwohnergemeinde zu setzen, die schon durch die Städteordnung des Jahres 1874 für die größern Städte und durch das Gesetz vom 22. Juni 1890 für alle übrigen, 500 und mehr Einwohner zählenden Gemeinden eingeführt worden ist und sich im allgemeinen durchaus bewährt hat.

30. November. Die demokratische Fraktion der zweiten Kammer bringt einen Antrag ein, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, nach dem die Regierung sich verpflichtet, die Kammer „jeweils“ zu verständigen, welche Instruktionen sie den badischen Bevollmächtigten im Bundesrate erteilt und wie dieselben ihr Stimmrecht ausgeübt hätten.

19. Dezember. Die zweite Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen Fortführung der Höllenthalbahn Freiburg i. Br.-Neustadt bis nach Donaueschingen.

Hessen-Darmstadt.

I.

Landtag.

11. Januar. In der zweiten Kammer reicht **Westermacher** eine Anfrage wegen Verzögerung des Bahnprojekts Frankfurt-Stockheim ein, die Preußen zur Last falle. Eine Vorstellung der interessirten hessischen Gemeinden wegen Erbauung der Friedberg-Homburger Bahn giebt dem **Grafen Oriola** Anlaß, zu betonen, daß das Projekt von Regierung und Ständen als dringend wünschenswert anerkannt sei:

Die Bevölkerung in der südlichen Wetterau sei in einer Notlage wegen der Feldbereinigungsarbeiten, deren Vorteile durch spätere Tracirung der Bahn wieder beseitigt werden könnten. Dabei schwinde das Zutrauen zu der Regierung, und die Unzufriedenheit mehre sich, wenn man immer hören muß: Unsre Regierung kann es nicht machen, es liegt an Preußen, wenn wir nicht vorwärts kommen. Die Unsicherheit der Verhältnisse wegen der Ludwigsbahn sei stets hemmend für andre Eisenbahnen. **Wasserburg** führt aus, wer Preußen kenne, wisse, daß man von diesem, wo es interessirt sei, nichts zu erwarten habe. Preußens Auftreten gegen die Main-Weserbahn und die hessische Ludwigsbahn sowie sein Verhalten in der Frage der Mainzer Stadterweiterung werden hierfür als Beweise angeführt. Mit Preußen sei mit Erfolg nur zu verhandeln, wenn man sich stelle, als sei man nicht interessirt. Finanzminister **Weber** hält es im Interesse der deutschen Einheit für verfehlt, alte und zum Teil unbegründete Vorwürfe gegen Preußen zu erheben. Das wirke ungünstig auf unsre Unterhandlungen mit Preußen. Gegen solches Verfahren protestire er im Interesse des freundschaftlichen Verhältnisses mit Preußen. Wohl seien Verzögerungen in den Unterhandlungen mit Preußen zu beklagen, aber in vielen Dingen habe man sich sehr entgegenkommend gezeigt.

Endlich wird ein Ersuchen um Beschleunigung der Verhandlungen mit Preußen beschlossen.

15. Januar. Die zweite Kammer stellt ein Ersuchen um Einführung einer Staatslotterie.

24. Januar. Die Zweite Kammer nimmt den Entwurf eines neuen Einkommensteuer-Gesetzes an, durch das die Deklarationspflicht eingeführt wird.

25. Januar. Die Zweite Kammer lehnt einen Gesetzentwurf betreffend die Organisation des Forstschutzes ab und nimmt einen Antrag auf Revision des katholischen Ordensgesetzes vom 23. April 1875 an. Ferner bewilligt sie die hausgesetzliche Dotation für die Prinzessin Alix, die jetzige Zarewna, anläßlich ihrer Vermählung im Betrage von 34286 Mk.

26. Januar. Die zweite Kammer bewilligt 2701000 Mk. für den Bau einer neuen Rheinbrücke bei Worms. Diese Stadt hat 300000 Mk. beizutragen. Minister Finger sagt, die Regierung sei überzeugt, daß der Erwerb der hessischen Ludwigsbahn durch den Staat erfolgen müsse.

19. März. Die erste Kammer lehnt einen Antrag auf Zulassung der fakultativen Feuerbestattung ab.

10. April. Die Regierung legt dem Landtage einen Gesetzentwurf vor, betr. die Abänderung des Gesetzes über die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen.

Hiernach kann denjenigen am 1. Oktober 1874 in dem Großherzogtum vorhanden gewesenen Niederlassungen oder Anstalten von religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, deren Mitglieder sich der Aushilfe in der Seelsorge widmen, vom Ministerium des Innern und der Justiz fortan die Aufnahme neuer Mitglieder gestattet werden. Der Artikel 3 des Gesetzes von 1875 soll folgende Zusätze erhalten: „Unter den gleichen Voraussetzungen kann auch solchen sich ausschließlich der Krankenpflege widmenden religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, die am 1. Oktober 1874 Niederlassungen im Großherzogtum nicht hatten, die Errichtung von Niederlassungen durch das Ministerium des Innern und der Justiz gestattet werden. Weiblichen Genossenschaften, die sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, kann als Nebenthätigkeit die Pflege und Unterweisung von Kindern, die sich in noch nicht schulpflichtigem Alter befinden, gestattet werden." Neue Niederlassungen oder Anstalten von religiösen Orden oder ordensähnlichen Kongregationen unterliegen, gleich den bereits bestehenden, der Aufsicht des Staats gemäß den Bestimmungen in Artikel 4 des Gesetzes vom 23. April 1875.

Ende April. Dem Landtage geht eine Erklärung vieler angesehener Männer zu, die der Stimmung und den Wünschen der evangelischen Bevölkerung dahin Ausdruck giebt, daß dem Lande mit einer Abweisung des vorstehenden Gesetzentwurfs am besten gedient wäre. Insbesondre wird zu Artikel 2 des Entwurfs bemerkt: „Es soll hiernach gesetzlich freistehen, in die am 1. Oktober 1874 vorhandnen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, die sich der Seelsorge widmen', eine unbeschränkte Zahl von Mitgliedern aufzunehmen. Es handelt sich aber hierbei um Ordensleute, die in ihrer wissenschaftlichen Vorbildung und ihrer staatsbürgerlichen Rechtsstellung völlig unkontrollirbar sind. Wir unterlassen nicht darauf hinzuweisen, welche Gefahr für den religiösen Frieden in den konfessionell gemischten Bevölkerungskreisen in dieser unbeschränkten Zulassung einer allezeit mobilen, nur kirchlichen, dazu oft auswärtigen Obern verpflichteten Truppe liegt." Der zweite Teil der Petition richtet sich gegen die unbeschränkte Zulassung solcher Orden, die sich der Krankenpflege widmen. Es wird geltend gemacht, daß mit derartiger Krankenpflege erfahrungsmäßig stets eine stille wirkungsvolle Propaganda verbunden sei, die dazu angethan sei, den Samen der Zwietracht in die Familien und die paritätische Bevölkerung zu säen.

1. Mai. Die zweite Kammer beschließt ein Ersuchen an die Regierung, sie wolle, falls der Reichstag die Umsturzvorlage in der Fassung der Kommission annehme, im Bundesrat mit allen Kräften dagegen stimmen.

27. Mai. In der ersten Kammer findet über den von der zweiten Kammer bereits genehmigten Gesetzentwurf zur Aenderung des Ordensgesetzes eine lebhafte Verhandlung statt. Fürst Isenburg-Birstein und Bischoff Haffner von Mainz bedauern, daß die Regierung nicht weiter gegangen sei. Der Bischof erklärt, er werde mit Genehmigung des Papstes für die Vorlage stimmen und richtet heftige Angriffe gegen die hessischen Kirchengesetze. Der Präsident des Evangelischen Oberkonsistoriums **Goldmann** und Prälat **Habicht** erklären, daß sie nach den Auslassungen des Bischofs Haffner die Vorlage ablehnen. Auch der Minister **Finger** bedauert diese Aeußerungen, die geeignet seien, Beunruhigung hervorzurufen. Schließlich wird die Vorlage mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

28. Mai. Die erste Kammer nimmt den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Einkommensteuer nach dem Antrag der Majorität des Ausschusses trotz des Widerspruchs der Regierung an.

11. Juni. Die zweite Kammer stellt an die Regierung das Ersuchen, die Verstaatlichung der hessischen Ludwigsbahn zu beschleunigen, eventuell, falls die Verhandlungen über die Erwerbung des ganzen Bahnnetzes nicht zu einem baldigen Abschlusse kommen, die Regierung zu ermächtigen, alle hessischen bereits heimfälligen Linien vom 1. Januar 1896 ab als Staatsbahnen zu erklären und staatlich verwalten zu lassen.

20. November. Die Regierung läßt der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die Gehalte der Volksschullehrer zugehen, nach dem jeder definitiv angestellte Lehrer an Volksschulen nach dreijähriger Dienstzeit ein Gehalt von 1100 Mk. zu beziehen hat, das von drei zu drei Jahren um 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2000 Mk. steigt. Außer dem Gehalt hat jeder Lehrer eine angemessene Wohnung, womöglich mit Garten, oder eine entsprechende Mietsentschädigung zu beanspruchen.

II.

Katholisches.

Anfang März. Bischof Haffner von Mainz sagt in einem Hirtenbriefe:

Inmitten der Wirren der Zeit steht die katholische Kirche kraft ihrer Apostolizität unüberwindlich und fest da. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zeigt sich peinliche Unruhe, Unzufriedenheit der Armen gegen die Reichen, und heftige Agitation nährt das Verlangen nach gewaltsamem Umsturz. Trotz äußerer Machtentfaltung stehen die Regierungen vor

unüberwindlichen innern Schwierigkeiten. „Die Versuche, die Staatsordnung durch Strafverschärfungen zu schützen, dienen nur dazu, die Unbehaglichkeit aufzudecken, die in allen Kreisen der Bevölkerung herrscht. Der Hintergrund dieser sozialen und politischen Wirren und deren tiefste Quelle ist die Verwirrung und Zersetzung der religiösen Anschauungen außerhalb der katholischen Kirche. In weiten Kreisen hat die atheistische und materialistische Wissenschaft die Grundbegriffe der Religion zerstört. Vom Staate bestellte und besoldete Lehrer der Theologie verwischen in den von unsrer Kirche getrennten Konfessionen die Grundwahrheiten des christlichen Glaubens und die Grundzüge der christlichen Lebensordnung. Unter sich uneinig und tief gespalten, zeigen sich die religiösen und irreligiösen Parteien einig in der Feindseligkeit gegen die katholische Kirche. In neuester Zeit aber versucht eine eitle, alles zersetzende, anmaßende Wissenschaft diese Grundfeste der christlichen Religion zu zerstören. Eine große Zahl von außer der Kirche stehenden, an unsern Staatsschulen angestellten öffentlichen Lehrern leugnet die Wahrheiten, die in dem Apostolikum enthalten sind, insbesondre die Menschwerdung Gottes und seine wunderbare Geburt: ebendamit den Grundkern des Christentums, die Gottheit Christi. Auf vielen Kanzeln wird von ungläubigen Predigern diese Richtung vertreten und in weiten Kreisen sagt man sich mit großem Lärm von der Lehre der Apostel los. Vor einem Jahre etwa hat ein protestantischer deutscher Fürst bei einer Festlichkeit mit anerkennenswerter Entschiedenheit den apostolischen Glauben, insbesondre die Gottheit Jesu Christi bekannt. Sein Beispiel hatte aber absolut keine Wirkung. In Glaubenssachen gilt das Wort der Fürsten nichts. Die Verhältnisse der Gegenwart sind allzu verworren und zerrissen, als daß das apostolische Wort mit einem Schlag sie zu ordnen vermöchte. Es wird aber dennoch zur Geltung kommen.

30. Juni. Auf dem Rochusberge bei Bingen wird vom Bischof Haffner von Mainz in Anwesenheit mehrerer andrer Bischöfe die neue Rochuskapelle eingeweiht. In der bezüglichen Rede bringt der Bischof die Frage der Lehrfreiheit der Universitäten zur Sprache, indem er sagt:

Nicht umsonst steht unsere Kapelle dem Nationaldenkmal gegenüber — sie soll die Stätte sein, an der für unser deutsches Volk gebetet wird; sie soll ergänzen, was dem Denkmal da drüben fehlt, sie soll die Gläubigen zu warmem, innerm Gebet vereinigen für unser Vaterland. Respice, domine, de domo sancta tua in nos et inclina aurem tuam et exaudi nos! so wollen wir besonders flehen zu den Füßen des heiligen Rochus, daß er uns vor der geistigen Pest bewahre, die unser Volk verwüstet, und vor dem sittlichen Typhus, der so furchtbar um sich greift. Diese Pest ist die Quelle des Unglaubens, der Atheismus an den Hochschulen und die schlechte Litteratur und die Presse, die über unser Volk hereinbricht; dieser Typhus ist die Unsittlichkeit, die, in so weiten Kreisen gepflegt, vor den falschen Institutionen unsrer Gesellschaft die Seelenmorde beschützt. Gegen diese Gefahren wollen wir in der neuerbauten Rochuskirche Schutz und Hilfe suchen.

Die zahlreich anwesenden Katholiken beschließen einstimmig die Aufstellung einer langen Reihe von Forderungen, an der Spitze:

Aenderung des gegenwärtigen Zustands der päpstlichen Gewalt in Rom; dann: „vollständige Freiheit des katholischen Lebens von jeder staatlichen Bevormundung.“ „Insbesondre verwerfen wir die in unserm engern Vater-

lande Hessen bestehenden Kirchengesetze, die sich durch ihre mißtrauische Härte und ihr Zurückbleiben selbst hinter der preußischen Gesetzgebung auszeichnen. Wir beklagen das dürftige Maß der jüngsten Revision des Ordensgesetzes sowie die gehässige Stellung, die eine Anzahl Mitglieder der liberalen Partei derselben gegenüber einzunehmen für gut befunden." „Wir widersetzen uns," heißt es weiter, „jeder Beschränkung unsrer ohnehin knapp bemessnen verfassungsmäßigen Freiheiten." Zum Schluß: „Wir erachten es als unbedingte Pflicht jedes Katholiken, die seinen Interessen dienende Presse mit allen Mitteln zu unterstützen und für die möglichste Verbreitung zu sorgen, der kirchenfeindlichen Presse dagegen mit ganzer Kraft entgegenzuarbeiten. Immer wieder warnen wir auf das eindringlichste vor der sogenannten farb- oder parteilosen Presse, den Generalanzeigern und ähnlichen Schriften."

III.

Die großherzogliche Familie.

11. März. Geburt einer Tochter des am 19. April 1894 mit der Prinzessin Viktoria Melita von Sachsen-Koburg-Gotha vermählten Großherzogs Ernst Ludwig.

25. April. Die Königin Viktoria von Großbritannien, Großmutter des großherzoglichen Paars, trifft zum Besuch desselben in Darmstadt ein.

7. August. Der Großherzog richtet an den Landesverband der hessischen Kriegervereine einen Erlaß, in dem er den zur Erinnerungsfeier versammelten Kriegervereinen als Protektor seinen Gruß entbietet.

Mecklenburg.

20. November. Der am 13. in Sternberg eröffnete Landtag genehmigt eine Vorlage über die Vermehrung des mittlern und kleinen Grundbesitzes auf dem platten Lande. Die Einigung findet über folgende Fassung statt:

1. Die Ansiedlung hat in der Regel dorfschaftsweise zu geschehen, entweder durch Gründung neuer, selbständiger bäuerlicher Gemeinden oder durch Anlehnung an schon bestehende Dorfschaften; 2. in der Ritterschaft kann jedoch die Zahl der auf einem Landgute noch vorhandnen bäuerlichen Erbpacht- resp. Hauswirtstellen durch Ansiedlung auf kleinen Grundbesitzerstellen vermehrt werden; auch ist die Anlegung solcher kleiner Grundbesitzstellen, unabhängig von dem Vorhandensein bäuerlicher Erbpacht- resp. Hauswirtstellen, zulässig. — Weil im Domanium die großen Bauern und die Großgrundbesitzer an tüchtigen Arbeitskräften Mangel haben und kleinere Grundbesitzer, die ihren

Acker selbst bestellen, bessere Aussicht auf eine gedeihliche Entwicklung haben, so beschließt man, vorzugsweise auf die Schaffung kleinerer und mittlerer, spannfähiger, bäuerlicher Nahrungen Bedacht zu nehmen.

22. November. Der Landtag lehnt eine Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer durch Lebensmittel grundsätzlich ab.

1. Dezember. In Schwerin findet eine militärische Feier der Erinnerung an die Schlacht von Loigny statt.

Sachsen-Weimar.

27. Januar. Der Landtag wird durch den Staatsminister v. Groß eröffnet. Die „Propositionsschrift" gedenkt des Todes des Erbgroßherzogs und bringt den Dank des großherzoglichen Hauses für die allgemeine Trauerkundgebung zum Ausdruck. Am Voranschlag des Staatshaushaltsetats seien erhebliche Verschiebungen eingetreten. Obwohl die einzelnen Einnahmen trotz der teilweisen Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse sich auf der frühern Höhe erhalten hätten, sei infolge des Verhältnisses zum Reiche, ungeachtet der möglichsten Sparsamkeit, eine Erhöhung der Einkommensteuer nicht zu umgehen. Auch ein weiterer Ausbau der Steuerverfassung sei nötig. Andre Vorlagen beziehen sich auf eine neue Gemeindeordnung sowie auf die konfessionellen Verhältnisse der Kinder der gemischen Ehen.

5. Februar. Dem Landtage wird der Entwurf eines Steuergesetzes vorgelegt. In erster Klasse soll die Einkommensteuer 1 Prozent betragen und bei einem Einkommen von je 300 Mark um je 0,1 Prozent steigen. Die bisher für alle Fälle gleich hoch mit 4 Prozent bemessene Erbschaftssteuer soll für alle Erbfälle an entferntere Verwandte auf 6 Prozent, an Nichtverwandte auf 8 Prozent erhöht werden.

5. März. v. Wurmb und Genossen stellen im Landtag den Antrag auf ein Ersuchen an die Regierung, in Anerkennung der dringenden Notlage der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes die von Reichswegen zu treffenden Maßnahmen auf Linderung dieses Notstandes, sei es auf dem Grunde des Antrags Kanitz, sei es auf andre geeignet erscheinende Weise, mit allen Kräften zu fördern.

15. März. Die Regierung legt dem Landtage den Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes vor, wonach die Zahl der Abgeordneten von 31 auf 34 erhöht wird, von denen 11 von den Besitzern eines Einkommens von wenigstens 4000 M. gewählt werden, 23 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen sollen. Für letztere wird das indirekte Wahlsystem beibehalten, jedoch wird, um das Interesse der Urwähler mehr zu beleben, das bisherige Verfahren dahin geändert, daß unter Aufgabe der künstlichen Bildung von Wahlbezirken ausschließlich die politische Gemeinde einen Urwahlbezirk zu bilden hat und eine Listenwahl eingeführt wird, vermöge deren in den größern Orten, wo auf je 500 Seelen ein Wahlmann kommt, jeder Urwähler zur Teilnahme an der Wahl aller Wahlmänner berufen ist. Nur die größern Städte sollen auch ferner in einige wenige Urwahlbezirke eingeteilt werden.

18. März. Der Landtag genehmigt einen Gesetzentwurf, betreffend die konfessionelle Kindererziehung bei gemischten Ehen. Die aus einer Ehe stammenden Kinder sind in einer und derselben Konfession zu erziehen. Die Bestimmung, die Kinder in der Konfession der Mutter zu erziehen, muß gerichtlich oder notariell erfolgen, und zwar nicht früher als nach der Geburt des ersten Kindes; Verträge über die konfessionelle Erziehung sind ungiltig. Der Uebertritt aus einer Kirche in die andre muß vor Gericht oder Notar erklärt werden, nachdem der Betreffende vorher seinem Geistlichen Mitteilung über seine Absicht gemacht und von diesem über diesen Schritt belehrt worden ist.

26. März. Der Landtag genehmigt das Erbschaftssteuergesetz.

30. März. Der Landtag genehmigt das Steuergesetz für 1896—98.

28. Juni. Der Landtag genehmigt die Vorlagen der Regierung betreffend den Verkauf der Werra-, Saale- und Weimar-Geraer Bahn an Preußen und den mit Bayern abzuschließenden Staatsvertrag wegen Erbauung einer Eisenbahn von Mellrichstadt nach Ostheim.

Oldenburg.

15. März. Der Landtag wird vom Minister Jansen eröffnet. Es werden ihm Vorlagen gemacht über Erweiterung der Eisenbahnanlagen in Oldenburg, über Errichtung einer Baugewerk- und Maschinenbauschule und über die Kosten für den Umbau eines zur Wohnung des Erbgroßherzogs bestimmten Schlosses.

28. August. Die Erbgroßherzogin Elisabeth, Tochter des Prinzen Karl von Preußen, stirbt in Adolfseck bei Fulda.

17. Oktober. Auf Schloß Erlaa in Nieder-Oesterreich stirbt Herzog Elimar, Halbbruder des Großherzogs Peter.

Braunschweig.

14. Februar. Der Landtag genehmigt eine Vorlage über Errichtung von Schulsparkassen und Konfirmanden-Sparvereinen. Minister Otto giebt im Landtag der Hoffnung Ausdruck, daß der Reichstag die Tabaksteuer-Vorlage annehmen, und daß dadurch der Unsicherheit, die das jetzige finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten für das Finanzwesen der letzteren mit sich bringe, ein Ende gemacht werde. Diese Unsicherheit habe bisher den Ersatz der braunschweigischen Personalsteuer durch eine Einkommensteuer verhindert.

17. Februar. Der Landtag genehmigt eine Vorlage wegen Errichtung eines Verwaltungs-Gerichtshofs.

21. September. Bei einer Feier des Geburtstages des Herzogs von Cumberland in Hannover seitens einer welfisch gesinnten Versammlung erklärt Freiherr v. Schele es als Lüge, daß die Herzogin von Cumberland ihrem Gemahle geraten habe, auf Hannover zu verzichten, damit Prinz Georg Wilhelm „von Preußens Gnaden" Herzog von Braunschweig werde; der Kampf für das Recht müsse vielmehr fortgesetzt werden.

Sachsen-Koburg-Gotha.

6. Juni. Der am 16. Mai eröffnete gemeinsame Landtag genehmigt einen Gesetzentwurf, betreffend die Organisation des Staatsministeriums und die Einsetzung einer Beschwerde-Instanz.

15. Oktober. In Koburg findet die Großjährigkeitserklärung des Erbprinzen Alfred statt. Der Herzog richtet an ihn die feierliche Mahnung, der hohen Pflichten eines deutschen Fürsten eingedenk zu sein und mitzuwirken zur Mehrung des Ansehens des herzoglichen Hauses, zur Förderung des Wohles beider Herzogtümer und ihrer Bevölkerung und zur Erhaltung und Stärkung des deutschen Reiches.

17. Oktober. Der Landtag bewilligt eine Reihe kleinerer Forderungen und genehmigt die pachtgeldfreie Ueberlassung der Domänengüter Rosenau und Kallenberg an den Herzog für die Dauer seiner Regierungszeit.

Sachsen-Altenburg.

6. Februar. In Altenburg findet die Vermählung der Prinzessin Louise, 22jährigen Tochter des Prinzen Moritz, Bruders des regierenden Herzogs Ernst, mit dem Prinzen Eduard von Anhalt, drittem Sohne des regierenden Herzogs Friedrich statt.

17. August. Herzog Friedrich feiert sein 50jähriges Militärjubiläum.

Anhalt.

4. März. Der Landtag wird vom Minister v. Koseritz mit einer Ansprache eröffnet, in der es heißt:

Der Hauptfinanzabschluß für das Rechnungsjahr 1893/94 weist einen Fehlbetrag von 63204,18 Mk. auf. Dieses unerfreuliche Ergebnis ist hauptsächlich durch die sich auf über 228000 Mk. beziffernde Verschlechterung des finanziellen Verhältnisses zum Reich veranlaßt. Die Matrikularbeiträge sind infolge der Heeresverstärkung beträchtlich überschritten worden, die Einnahmen aus den Ueberweisungssteuern und Verwaltungskostenvergütung für Erhebung der Reichssteuern haben den Voranschlag nicht erreicht. Der Staatshaushaltsetat für 1895/96 weist zwar gegen das Vorjahr in dem finanziellen Verhältnisse zum Reich eine nominelle Verbesserung von 69000 Mk. auf, die jedoch eine Folge des Umstandes ist, daß in den Hauptfinanzetat für 1894/95 an Matrikularbeiträgen 119000 Mk. mehr eingestellt waren, als nach dem erst später bekannt gewordnen Schlußergebnis der Reichstagsverhandlungen thatsächlich erfordert werden. Der wirkliche Mehrbedarf an Matrikularbeiträgen nach Maßgabe des Reichshaushaltsetats wird nur zu einem kleinern Teile durch Mehrüberweisungen von Reichssteuern ausgeglichen. Die in den Hauptfinanzetat eingestellte Summe der Matrikularbeiträge übersteigt die Einnahme aus den Ueberweisungssteuern um noch 222744 Mk.

19. März. Der Landtag genehmigt eine Aenderung der Landschaftsordnung, wonach die Bürger, die nicht ein Einkommen von 1050 Mk. haben und nicht sechs Monate in einem Orte wohnhaft sind, das Wahlrecht bei den Landtagswahlen nicht ausüben dürfen. Zweck der Bestimmung ist der, daß kein Sozialdemokrat Mitglied des Landtags werde.

27. Juli. Die Prinzessin Marie, seit 1864 Witwe des Prinzen Friedrich, Oheims des regierenden Herzogs Friedrich, geb. Prinzessin von Hessen-Kassel und Schwester der Königin Louise von Dänemark, stirbt auf dem ihrem Schwiegersohne, dem Großherzog von Luxemburg, gehörenden Schlosse Hohenburg bei Lenggries.

Schwarzburg-Rudolstadt.

20. Februar. Dem am 12. d. Mts. eröffneten Landtage geht ein Ministerialerlaß über Steuererhöhungen zu.

Der für die Finanzperiode 1894/96 festgestellte Etat verzeichnet 2757700 Mk. Ausgabe und 2576000 Mk. Einnahme, also eine Mehrausgabe von 181700 Mk. Man hofft nun, falls die Tabaksteuervorlage im Reichstage zur Annahme gelangt, durch sie den Fehlbetrag auf 88500 Mk. herabzumindern. Zu dessen Deckung müßte ein Zuschlag zur Einkommensteuer allein von 30 Prozent, zur Einkommen- und Gewerbesteuer von 25 Prozent und zur Einkommen- und Grundsteuer von 21½ Prozent, zu allen drei Steuern zusammen von 18 Prozent erforderlich sein.

Der Landtag lehnt jedoch den Gesetzentwurf wegen Schaffung außerordentlicher Deckungsmittel durch Steuerzuschläge ab und wird geschlossen.

Schwarzburg-Sondershausen.

18. November. Der Landtag wird vom Minister Petersen eröffnet, der mitteilt, daß der Bau der Bahnlinie Sondershausen-Frankenhausen als preußische Staatsbahn gesichert sei. Für die „Oberherrschaft" sollen drei neue Abgeordnetensitze bewilligt werden. Ein Abgeordneter wird von der Stadt Arnstadt, der zweite von Höchstbesteuerten gewählt. Den dritten Abgeordneten ernennt der Fürst auf Lebenszeit.

Im Dezember. Der Landtag genehmigt die Umwandlung der Kammeranleihe von 4 auf $3^1/_2$ Prozent und ersucht die Regierung, mit den andern Bundesregierungen in Verhandlungen einzutreten zwecks Herbeiführung von gesetzgeberischen Maßregeln zur Bekämpfung der dem mittlern Handels- und Gewerbestand durch die Geschäftsgebahrung der Warenhäuser und Versandgeschäfte, Konsumvereine, das Filial- und Versteigerungswesen drohenden schweren wirtschaftlichen Gefahren.

Reuß ä. L.

2. April. Die Landeszeitung für das Fürstentum Reuß Aeltere Linie meldet aus Greiz: „Seine Hochfürstliche Durchlaucht unser regierender Fürst haben den Hofmarschall und Flügeladjutanten, Major Freiherrn v. Titzenhofer zum Oberst à la suite des vormaligen Fürstlich reußischen Bundeskontingents zu ernennen geruht."

Ende August. Das Konsistorium verbietet den Schulen, an der Enthüllung des Bismarckdenkmals in Greiz teilzunehmen.

Reuß j. L.

29. September. Die Landtagswahlen ergeben fünf liberal-freisinnige, fünf nationalliberal-konservative und einen sozialdemokratischen Abgeordneten.

14. Dezember. Der am 3. Dezember eröffnete Landtag lehnt den Antrag des Finanzausschusses auf Aufhebung der Grundsteuer, Besteuerung des fürstlichen Vermögens und Einführung einer progressiven Einkommensteuer ab und wird nach Feststellung des Etats geschlossen.

Waldeck.

9. August. Im Schlosse zu Nachod in Böhmen findet die Vermählung des Fürsten Friedrich Adolf Hermann zu Waldeck und Pyrmont mit der Prinzessin Bathildis von Schaumburg-Lippe statt.

14. August. Feierlicher Einzug des fürstlichen Paares in Arolsen.

30. Oktober. Eröffnung des Landtags durch den Landesdirektor, der mitteilt, daß der infolge des Accessionsvertrags vom 18. Juli 1867

preußischerseits zu entrichtende Zuschuß zu den Kosten der Landesverwaltung von 310000 auf 400000 Mk. habe erhöht werden müssen.

Lippe-Detmold.

11. Februar. Eröffnung des Landtags, dem alsbald mitgeteilt wird, daß das Defizit für 1893 144000 Mk., das für 1894 155000 Mk. betrage, und daß diese Beträge gedeckt werden sollten aus den 580000 Mk. betragenden Beständen. Zur Deckung des für 1895/96 und 1896/97 zu befürchtenden Fehlbetrags sollen die Gebäude-, Gewerbe- und Schulsteuer höher eingestellt, auch die Klassen- und Einkommensteuer vierzehn- statt zwölfmal erhoben werden.

20. Februar. Diese Vorschläge werden vom Landtage genehmigt.

20. März. Tod des fast 71jährigen Fürsten Woldemar nach fast 20jähriger Regierung.

Seine am 9. November 1858 in Karlsruhe mit der Prinzessin Sophie von Baden geschlossene Ehe ist kinderlos geblieben. Thronfolger ist sein unvermählter einziger Bruder Prinz Karl Alexander, geboren zu Detmold am 16. Januar 1831, ehemaliger hannoverscher Rittmeister im Regiment der Garde du Corps.

21. März. Die „Lippische Landeszeitung" in Detmold veröffentlicht einen Erlaß des verstorbnen Fürsten Woldemar vom Oktober 1890, durch den Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe zum Regenten ernannt wird, da Prinz Alexander, der Bruder des verstorbnen Fürsten Woldemar, regierungsunfähig ist. Dieser Erlaß lautet:

Da beim Falle Unsers Todes von Unserm Fürstlichen Hause im Mannesstamme nur unser vielgeliebter Bruder Alexander vorhanden ist, derselbe aber seit langer Zeit in einem so leidenden Zustande sich befindet, daß er den Pflichten der Regierung Unsers Fürstentums sich nicht unterziehen kann;

da ferner die Ansprüche auf die Thronfolge im Fürstentum Lippe bestritten sind und eine endgiltige Erledigung dieser Streitfrage nach dem augenblicklichen Stande der Angelegenheit in kurzer Frist nicht zu erwarten steht;

da der Versuch, im Wege der Landesgesetzgebung für die Regelung der Regentschaft Fürsorge zu treffen, trotz der darauf gerichteten Bemühungen Unsrer Regierung zu keinem Erfolge geführt hat, auch die bestehenden Landesgesetze und Hausgesetze, insbesondre das pactum tutorium von 1667 keine, einen solchen Fall betreffende Anordnung enthalten;

da Wir es aber als Unsre landesväterliche Pflicht erachten, dafür zu sorgen, daß nicht bei Unserm Ableben Unser Fürstentum der Rechtsunsicherheit und den Gefahren ausgesetzt werde, die mit einem Streit um die Thronfolge untrennbar verbunden sind, haben Wir Uns bewogen gefunden, aus der Zahl unsrer ebenbürtigen und thronfolgefähigen Agnaten einen Re-

genten zu ernennen, und verfügen Wir demgemäß sowohl in Unsrer Eigenschaft als Landesherr wie als Haupt des Lippischen Gesamthauses,

daß vom Zeitpunkte Unsers dereinstigen Ablebens an bis zur endgiltigen Entscheidung der Thronfolgefrage im Fürstentum Lippe Se. Durchlaucht der Prinz Adolf Wilhelm Viktor zu Schaumburg-Lippe, vierter Sohn Sr. Durchlaucht des regierenden Fürsten Adolf Georg zu Schaumburg-Lippe, die Regentschaft im Fürstentum Lippe mit allen in der Staatsgewalt verfassungsmäßig enthaltenen Rechten und Pflichten ohne Ausnahme und Einschränkung übernehme.

Infolge dieser Anordnung ermächtigen Wir den Prinzen Adolf Wilhelm Viktor zu Schaumburg-Lippe, bei Eintritt Unsers Todes sogleich die Regierung Unsers Fürstentums anzutreten.

Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe trifft nachts in Detmold ein und läßt durch die „Lippische Landeszeitung" im Anschluß an vorstehende Urkunde folgenden Erlaß bekannt machen:

Auf Grund der vorstehenden Entschließung Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht des Hochseligen Fürsten Günther Friedrich Woldemar zur Lippe ꝛc. ꝛc. treten Wir die Regierung des Fürstentums Lippe als Regent an und übernehmen alle damit verbundnen Rechte und Befugnisse.

Wir geloben bei unserm Fürstlichen Wort und Ehren, die Regierung gemäß der Verfassung und den Gesetzen des Landes und des deutschen Reichs zu führen, insbesondre auch die Bestimmungen des Domanialgesetzes getreulich zu beachten. Es wird Unser ernstes Bestreben sein, die Wohlfahrt der Bevölkerung nach besten Kräften zu fördern und die Uns obliegenden Regentenpflichten gewissenhaft zu erfüllen. Daß Wir hierin durch das Vertrauen des Volkes unterstützt werden, ist Unsre zuversichtliche Erwartung. Damit der Gang der Staatsgeschäfte keine Unterbrechung erleide, bestätigen Wir sämtliche Beamte des Fürstentums in den ihnen übertragnen Stellen und befehlen Wir, daß sie ihre amtlichen Verrichtungen pflichtgemäß fortsetzen und die Ausfertigungen von jetzt an im Namen Seiner Durchlaucht des Fürsten Karl Alexander, wo solches vorgeschrieben ist, erlassen. Den Landtag des Fürstentums berufen Wir auf Sonnabend, den 6. April, 11 Uhr vormittags, in Unsre Residenz Detmold.

22. März. Die Mitglieder des Ausschusses des Landtags richten an den Minister v. Wolffgramm die Erklärung, daß sie gegen jene beiden Erlasse in Vertretung der Rechte des Landtags so lange Verwahrung einlegen müssen, bis letzterer, der in Uebereinstimmung mit § 26 der Verfassung vom 6. Juli 1836 zum 6. April d. J. zusammenzutreten berufen worden ist, die erforderlichen, auf obige Verfügungen und überhaupt auf die gegenwärtige Rechtslage bezüglichen Beschlüsse zu fassen Veranlassung und genügende Grundlagen hat. Zu letztern dürfte vor allem ein beglaubigter Nachweis über den gegenwärtigen Gesundheitszustand des nächstberechtigten Throninhabers zu rechnen sein.

28. März. Graf Ernst zu Lippe-Biesterfeld in Bad Oeynhausen veröffentlicht in der „Lippischen Landeszeitung" eine Erklärung, in der er über jene zwei Erlasse sagt:

Ob jene Anordnungen und ihr Vollzug zu Recht bestehen können oder nicht, wird das lippische Volk selbst demnächst in seiner verfassungsmäßigen

Vertretung zu prüfen berufen sein. Aber wenn ich auch persönlich eines öffentlichen Urteils über diese Frage im gegenwärtigen Zeitpunkte mich enthalten will, so würde mit einer Entscheidung hierüber — falle sie aus, wie sie wolle — doch nimmermehr den Ansprüchen meiner Person und meiner Linie auf die künftige Thronfolge im Fürstentum Lippe vorgegriffen werden können. Auch ich wünsche mit dem Hochseligen Fürsten nichts sehnlicher, als daß dem mir so teuern lippischen Land und Volke die volle Ruhe und Sicherheit eines verfassungsmäßigen Rechtszustandes gewahrt bleiben mögen. Diese Rücksicht kann und darf mich aber nicht abhalten, schon jetzt gegen die geschehene Bestreitung meiner oftmals nachgewiesenen Successionsberechtigung als ältester und dem Throne zunächst stehender Agnat der Erbherrlichen Linien öffentliche Verwahrung einzulegen und, wie hiermit geschieht, feierlich meinen und meines Hauses Rechtsanspruch auf die künftige Thronfolge im Fürstentum Lippe anzumelden. Die in den letzten Tagen mir zugekommenen Kundgebungen der Liebe und Teilnahme bestätigen mir, daß die Ueberzeugung von meinem Rechte auch tief und wahr im Herzen des lippischen Volkes begründet ist. Wie es mir schon aus Anlaß der Beratungen des gescheiterten Regentschaftsgesetzes zur höchsten Beruhigung und Genugthuung gereichen mußte, daß innerhalb des Landtags das nähere und bessere Recht der Erbherrlichen Linien zur nachdrücklichen Anerkennung gelangte, so habe ich auch von den neuerlichen Kundgebungen des im Volke unerschütterten Vertrauens auf mein altes gutes Recht mit tiefer Befriedigung Kenntnis genommen. Ich weise jeden Versuch einer Einmischung, die den ruhigen und ungestörten Fortgang der Dinge gefährden könnte, gegenüber dem durch die einseitige Verfügung des Hochseligen Fürsten geschaffenen Thatbestande von der Hand; aber ich werde bis zum letzten Atemzuge nicht aufhören, in unerschütterlichem Gottvertrauen für das gute Recht meines Hauses einzustehen und mit allen verfassungsmäßigen zulässigen Mitteln dasselbe zu betreiben. In diesem Sinne beabsichtige ich auch, die Mitwirkung des bevorstehend zusammentretenden Landtags für die Sicherstellung der Rechtsansprüche der Erbherrlichen Linien in Anspruch zu nehmen und, sofern dies notwendig sein sollte, unmittelbar beim Hohen Bundesrat des deutschen Reichs vorstellig zu werden.

29. März. Die „Lippische Landeszeitung" spricht sich für das Recht des Grafen Ernst aus:

Wir verlangen, daß Gerechtigkeit walte, denn „Gerechtigkeit erhöhet ein Volk." Der Erlaß des Fürsten Woldemar vom Jahre 1890 ist ein ungesetzlicher. Derselbe war nicht befugt, entgegen jedem Herkommen in der deutschen Geschichte, für das Land einen Regenten zu ernennen. Der Umstand, daß dem Landtage die später gescheiterte Regentschaftsvorlage gemacht wurde, ist der beste Beweis dafür, daß auch der Fürst und sein erster Berater Kabinettsminister v. Wolffgramm überzeugt waren, daß diese Frage überhaupt nur durch Landesgesetz geregelt werden konnte. Auch der Antritt der Regentschaft seitens des Prinzen Adolf ist daher ungesetzlich. Nach allgemeinem Recht hat, solange keine besondern, gesetzlichen Bestimmungen bestehen, der nächstberechtigte Agnat, für den an der Regierung verhinderten Fürsten dieselbe zu übernehmen. Dieser Agnat ist das Haupt der gräflich Biesterfeldschen Linie, Graf Ernst. Er müßte, wenn nach Recht verfahren würde, solange Regent des Landes sein, bis ihm bewiesen wird, daß er nicht successionsfähig ist. Unsers Erachtens müßte also der Landtag in diesem Sinne entscheiden und falls die Regierung nicht hiermit übereinstimmte, beim Bundesrate dahingehend vorstellig werden, da dieser, wenn er von einem Teile der gesetzgebenden Faktoren des Landes angerufen wird,

nach Artikel 76 der Reichsverfassung den Streit gütlich beilegen kann. Wenn dieses nicht gelingt, muß im Wege der Reichsgesetzgebung der Zwist zwischen den maßgebenden gesetzgeberischen Faktoren beigelegt werden. Im übrigen sind wir, wie Professor Kahl der Ansicht, daß nur eine reichsgerichtliche Entscheidung über die Thronfolge beschließen kann. Geht man von der Ansicht aus, daß Graf Ernst nicht eher die Regentschaft übernehmen könne, bis der Einspruch des Bückeburger Hauses durch gesetzliche Entscheidung abgethan sei, so muß jedenfalls der Landtag eine sofortige Entscheidung dieser Frage erwirken, denn es widerspricht dem gesunden Rechtsgefühle, daß ein Mitglied des Zweiges, der die Erbansprüche des nächstberechtigten Agnaten anfechtet, selbst die Regentschaft führt. Je länger dieser Zustand andauert, je unheilvoller kann er wirken.

3. April. Graf Ferdinand zu Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld richtet an den Bundesrat eine Verwahrung gegen die zwei Erlasse vom 21. März.

4. April. Die meisten Mitglieder des vom Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe auf den 6. April in das Schloß des verstorbnen Fürsten eingeladnen Landtags richten an das Ministerium des bisherigen Fürsten die Erklärung:

Daß sie, ohne dadurch die auf Anordnung des hochseligen Fürsten Woldemar vom 15. Oktober 1890 eingesetzte Regentschaft als zu Recht bestehend anzuerkennen, lediglich in der Absicht, eine für die schwebenden Fragen vielleicht bedeutungsvolle Botschaft zu vernehmen, der Einladung in das fürstliche Residenzschloß Folge leisten, sich aber gegen irgend welche rechtliche Folgen aus diesem Schritte verwahren und allen etwa gewünschten Aeußerungen über die Einsetzung der Regentschaft sich enthalten werden.

6. April. Präsident v. Lengerke eröffnet in Detmold den Landtag mit einem warmen Nachruf für den Fürsten Woldemar.

Asemissen und Moritz erklären die Regentschaft des Prinzen Adolf nicht anerkennen zu können. Asemissen fordert die Regierung auf, eine Erklärung darüber zu geben, warum der Landtag nicht von dem Geisteszustand des Prinzen Alexander unterrichtet worden sei, und wünscht Aufschluß darüber, daß der Tod des Fürsten Woldemar solange verheimlicht worden ist. Minister v. Wolffgramm hofft, daß je länger desto mehr sich im Volke die Ueberzeugung Bahn brechen werde, daß Fürst Woldemar nur das gethan habe, was geeignet war, die Zustände zu regeln. In dem Erlaß des Fürsten sei die Dauer der Regentschaft in der präzisesten Weise festgelegt. Redner betont, daß mit der Erledigung des Thronstreites die Regentschaft des Prinzen Adolf aufhöre und dann derjenige Regent werde, dem die Thronfolge zuerkannt werde. Schemmel erklärt, daß nach seiner festen Ueberzeugung die Biesterfelder Linie die nächstberechtigte sei; er erkenne aber an, daß durch den Erlaß des Fürsten Woldemar vom 15. Oktober 1890 ein vorläufiger Krystallisationspunkt geschaffen. Asemissen sagt, der Bundesrat habe in der Frage der Thronfolge gar nichts zu sagen. Dem Erlasse des Fürsten Woldemar stehe keine für Testamente gültige Bestimmung zur Seite; deshalb seien die Biesterfelder die nächstberechtigten, weil deren Rechte in früheren Verträgen ganz klar festgelegt seien. Meier-Jobst tadelt das Verhalten der Staatsregierung, die den Landtag völlig unbeachtet gelassen habe. Seit dem Oktober 1890 sei genug Zeit gewesen, mit dem Landtage gemeinschaftlich ein Regentschaftsgesetz zu bearbeiten; ein Notstand habe also nicht vorgelegen, wie so gern zur Entschuldigung des Erlasses gesagt werde. Das

Verhalten des Kabinettsministers sei ein einseitiges gewesen. Kröffel sucht die Gesetzlichkeit des Erlasses zu begründen, indem er ausführt, daß staatsrechtliche Akte nicht in testamentliche Formen gekleidet zu werden brauchten. Er lege das Hauptgewicht auf die Sanktionirung des Erlasses (15. Oktober 1890), nicht auf die Publikation. Präsident v. Lengerke widerspricht den Ausführungen des Vorredners und kann irgend eine Gesetzlichkeit in dem Erlaß nicht finden. Solange keine gesetzlich anerkannte Regentschaft da ist, fehlt die Sanktionirung des Erlasses. Redner tadelt sehr scharf die Handlungsweise des Kabinettsministers und erklärt sich des weitern für die Linie Biesterfeld. Eine Entscheidung sei am besten durch einen unparteiischen Gerichtshof herbeizuführen. v. Stietencron wendet sich gleichfalls gegen den Kabinettsminister, der durch sein Vorgehen das ganze Land auf das bitterste erregt habe. Das Rechtsgefühl sei beunruhigt; diese Beunruhigung sei noch gesteigert worden durch das Beiseiteschieben der Biesterfelder. Wer noch an ein Königtum von Gottes Gnaden glaube, der verlange auch, daß das Recht des Fürsten auf den Thron unbestritten sein müsse. Im Lande sei man vollständig von dem Rechte der Biesterfelder auf den Thron überzeugt. Wir verlangen, daß ein Gerichtshof geschaffen werde; der Bundesrat habe sich in unsre Verhältnisse nicht einzumischen.

11. April. Tod des Ministers v. Wolffgramm.

15. April. Graf Ernst von Lippe-Biesterfeld richtet an den Bundesrat eine Verwahrung, worin es heißt:

Nach den mir vorliegenden Berichten hat der inzwischen verstorbne lippische Kabinettsminister v. Wolffgramm in der Sitzung des lippischen Landtages vom 6. April d. Js. erklärt, vom Bundesrate sei die Rechtmäßigkeit der gegenwärtigen Regentschaft dadurch anerkannt, daß kein Widerspruch gegen die vom Regenten mit neuen Vollmachten versehenen Bundesrats-Bevollmächtigten erhoben sei. Ebenderselbe hat im weitern ausdrücklich darauf hinweisen zu sollen geglaubt, daß von mir zwar ein Protest an den Bundesrat in Aussicht gestellt, aber noch nicht eingegangen sei. Diese Erklärungen des lippischen Kabinettsministers geben der Auslegung Raum, daß eine Verzögerung oder Unterlassung meiner Beschwerdeführung beim hohen Bundesrat eine Anerkennung des durch den Erlaß des hochseligen Fürsten Woldemar vom 15. Oktober 1890 geschaffnen Thatbestandes meinerseits in sich schlösse. Um jeder Verdunklung der Rechtslage in dieser Beziehung vorzubeugen, rufe ich vorsorglich und für jede Eventualität hierdurch den Schutz des hohen Bundesrats des deutschen Reiches zur Wahrung meiner Rechte an.

Mit dem lippischen Landtag und unzähligen bisher an die Oeffentlichkeit gedrungnen Aeußerungen von Sachverständigen bin ich von der Rechtsungiltigkeit und Rechtsunverbindlichkeit des hochfürstlichen Erlasses vom 15. Oktober 1890 betreffs Einsetzung einer Regentschaft überzeugt. Ich habe mich dieserhalb bisher nicht beschwerend an den hohen Bundesrat gewandt, weil ich des Vertrauens gelebt habe und noch lebe, daß derselbe von Amts wegen die Rechtsbeständigkeit jenes Erlasses prüfen und allen aus der Verneinung derselben zu meinen Gunsten sich ergebenden Konsequenzen gerechte und nachdrückliche Folge geben werde. In dieser Erwägung unterlasse ich es auch, gegenwärtig dem hohen Bundesrat eine nähere Begründung meiner Rechtsansprüche auf die Führung der Regentschaft im Fürstentum Lippe vorzutragen. In der Sache selbst aber verwahre ich von neuem eindringlich und feierlich meinen und meiner Erbherrlichen Linie unentziehbaren Rechtsanspruch auf die Thronfolge im Fürstentum Lippe. Dieses mein Successionsrecht ist oftmals nachgewiesen und auch

innerhalb der verfassungsmäßigen Vertretung des lippischen Volkes selbst früher und in neuester Zeit nachdrücklich anerkannt worden.

23. April. Der Landtag genehmigt mit 15 gegen 6 Stimmen den von der Mehrheit der Abgeordneten eingebrachten Antrag, mit Zustimmung des Prinzen Adolf folgendes Gesetz anzunehmen:

I. Die Festlegung der Bestimmungen über die Uebertragung der Regierungsbefugnisse an den Prinzregenten geschieht nach Maßgabe des folgenden Gesetzes:

Gesetz, die Einführung einer Regentschaft aus Anlaß des Todes Sr. Durchlaucht des Fürsten Woldemar betreffend. Im Namen Sr. Durchlaucht des Fürsten Karl Alexander zur Lippe, von Gottes Gnaden Wir Adolf Wilhelm Viktor, Prinz zu Schaumburg-Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg u. s. w. u. s. w., Regent des Fürstentums Lippe, erlassen mit Zustimmung des Landtages folgendes Gesetz.

§ 1. Nach dem im Lippischen Regentenhause feststehenden Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge ist der Prinz Alexander zur Lippe der rechtmäßige Thronfolger des verstorbnen Fürsten Woldemar.

§ 2. Für den regierungsunfähigen Fürsten Alexander tritt bis zu dessen Tode die Regentschaft des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe ein, die jedoch aufhört, sobald die Thronstreitigkeiten ihre Entscheidung gefunden haben. Von diesem Zeitpunkte ab übernimmt der durch diese Entscheidung anerkannte nächstberechtigte Thronfolger die Regentschaft. Wenn aber der Thronstreit bis zum Ableben des Fürsten Alexander nicht erledigt sein sollte, und wenn bis dahin im Wege der Reichsgesetzgebung ein zur Erledigung des Thronstreits zuständiger Gerichtshof gesichert sein sollte, so dauert die Regentschaft des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe bis zur Entscheidung durch diesen Gerichtshof fort. Erfolgt der Tod des Fürsten Alexander innerhalb des ersten Jahres nach Erlaß dieses Gesetzes und ist nach Ablauf dieses Jahres ein Gerichtshof nicht gesichert, so hört dann die Regentschaft auf und tritt das in § 3 vorgesehene Verfahren ein.

§ 3. Tritt aus irgend einem Grunde eine Vakanz in der Regentschaft ein, so geschieht die Ernennung des Nachfolgers nach vorgängiger Einholung der Ansicht der obersten Staatsbehörde aus der Zahl der volljährigen successionsberechtigten nicht regierenden Agnaten durch den Landtag. Derselbe tritt zu diesem Behufe nach Ablauf von drei Wochen nach Eintritt der Vakanz aus eignem Recht zusammen, wenn bis dahin eine Einberufung durch die Staatsregierung nicht erfolgt ist.

§ 4. Der Regent übt im Namen des Fürsten die volle Regierungsgewalt, wie sie diesem verfassungsmäßig zusteht, nach den Bestimmungen dieses Gesetzes aus. Verfassungsänderungen in Betreff der Thronfolgeordnung sind während der Regentschaft ausgeschlossen, wenn und so lange ein Streit über die Nächstberechtigung unter den verschiednen Seitenlinien des Regentenhauses keinen Austrag gefunden hat.

§ 5. Die Verwaltung des mit der Krone verbundnen Haus- und Fideikommißvermögens erfolgt unter der obersten Kontrolle des Regenten.

§ 6. Aus den Einkünften des Haus- und Fideikommißvermögens werden außer den darauf ruhenden Verpflichtungen und den sonstigen notwendigen Ausgaben die erforderlichen Aufwendungen für den Fürsten Alexander sowie eine jährliche Dotation für Hofhaltung und Marstall von 250000 Mk. an den Regenten bestritten. Daneben steht demselben die Ausübung der Jagd auf dem fürstlichen Domanium und die Benutzung der fürstlichen Schlösser, soweit über diese nicht anderweitig verfügt ist, zu. Der Ueberschuß wird ent-

weder zur Tilgung der Domanialschulden oder zur Verbesserung der Subsistenz des Haus- und Fideikommißvermögens verwandt.

§ 7. Der Regent nimmt einen regelmäßigen Aufenthalt im Lande.

§ 8. Der zum Regenten bestimmte Agnat legt vor Ausübung der verfassungsmäßigen Regierungsrechte ein eidliches Gelöbnis dahin ab:

„Ich gelobe bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich die Verfassung fest und unverbrüchlich halten, in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren, auch das Haus- und Fideikommißvermögen unter genauer Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften treulich verwalten will, so wahr mir Gott helfe." Dieses Gelöbnis erfolgt mittels Unterschreibens der die Eidesnorm enthaltenden Eidesformel in Gegenwart des Kabinettsministers, des Landtagspräsidenten, des Landgerichtspräsidenten und des Direktors der Fideikommißverwaltung, die als Zeugen die Urkunde mit zu unterzeichnen haben. Diese Urkunde ist dem Landtage vorzulegen und alsdann dem Landesarchive zu übergeben.

§ 9. Bis nach Ablegung des im § 8 gedachten eidlichen Gelöbnisses des Regenten übt die oberste Staatsbehörde die Regierung des Landes und ist für dieselbe verantwortlich. Der Antritt der Regentschaft wird durch eine Proklamation zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

II. Fürstliche Staatsregierung erklärt sich bereit, einen Akt der Reichsgesetzgebung baldmöglichst zu beantragen, durch den das Reichsgericht als zuständiger Gerichtshof zur Erledigung der vorliegenden Thronstreitigkeiten eingesetzt wird.

Prinz Adolf erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden und wird infolge dessen als vorläufiger Regent anerkannt.

14. Mai. Graf Ferdinand zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld richtet an die fürstliche Regierung und den Landtag ein Schreiben, in dem er auf seinen frühern Protest hinweist und dann die durch obiges Gesetz bewirkte Regelung anerkennt.

8. Juli. Die lippische Staatsregierung stellt bei dem Bundesrate den Antrag, einen Akt der Reichsgesetzgebung herbeizuführen, daß die Thronfolgefrage durch das Reichsgesetz geregelt werde.

25. Oktober. Der „Lippischen Landeszeitung" sind zur Thronfolgefrage zwei Urkunden aus 1836 zur Veröffentlichung übergeben, aus denen wie aus spätern Erlassen hervorgeht, welche Stellung der damals regierende Fürst Leopold den erbherrlichen Linien gegenüber einnahm. Von sämtlichen Fürsten zur Lippe bis auf den im Jahre 1875 verstorbnen Fürsten Leopold sind darnach die erbherrlichen Linien stets als vollberechtigte anerkannt worden.

Schaumburg-Lippe.

31. Dezember. Staatsminister Spring, der lange Jahre an der Spitze der Verwaltung gestanden hatte, tritt zurück. An seine Stelle .... der Präsident der fürstlichen Hofkammer v. Wegnern, früher preußischer Landrat in Oschersleben, ernannt.

Hamburg.

13. Februar. Die Bürgerschaft genehmigt eine Aenderung des Einkommensteuergesetzes. Für jedes Steuerjahr soll durch Beschluß von Senat und Bürgerschaft bestimmt werden, wie viele Einheitssätze der Steuer zur Erhebung kommen sollen.

7. Dezember. Der Senat wählt den Bürgermeister Moenckeberg zum ersten Bürgermeister und den Senator Versmann zum zweiten Bürgermeister für 1896.

Bremen.

9. Januar. Die Einkommensteuer-Frage wird von der Bürgerschaft dahin erledigt, daß der normale Prozentsatz schon bei einem Einkommen von 9000 Mark eintritt. Alle Anträge auf Progression sind abgelehnt. Ein Antrag auf Erhöhung der Erbschaftssteuer wird abgelehnt.

7. März. Durch Reichsgesetz vom 5. April 1886 ist dem bremischen Staate das Recht eingeräumt, eine Abgabe von den die Stadt Bremen besuchenden Seeschiffen, soweit sie von der künstlichen Vertiefung Vorteil ziehen, zu erheben, um auf diese Weise die Kosten der Vertiefung zu verzinsen und allmählich zu tilgen. Als Zeitpunkt für den Beginn des Erhebungsrechts war der Augenblick festgesetzt, wo die bremische Bauverwaltung dem Reichskanzler die Anzeige erstattet, daß die in Aussicht genommne Tiefe von 5 Metern hergestellt sei. Dies ist nun geschehen, und der Reichskanzler hat die Erhebung der Abgabe genehmigt.

10. Juli. Sitzung der Bürgerschaft.

Der Senat ersucht um Nachbewilligung der Kosten für die Bewirtung des Reichstages im Betrage von 7978,88 Mark. Kupsch: Ich möchte bitten, die 7978 Mark für die Bewirtung des Reichstags nicht zu genehmigen. Ich bedauere sehr, daß Bremen diesen Reichstag eingeladen hat. Er hat sich nicht gescheut, dem besten und größten deutschen Mann, dem Gründer des deutschen Reichs, dem Fürsten Bismarck einen Geburtstagsgruß zu verweigern. Ich glaube, daß dadurch ein Schimpf und eine Schande dem deutschen Namen zugefügt worden ist. Bremen hat bisher das nationale Panier noch immer über alle Zänkereien der Parteien hochgehalten; folgen wir diesem Beispiele auch jetzt! Garves spricht sein Bedauern darüber aus, daß es der Bürgerschaft nicht vergönnt gewesen ist, bei dem Besuch des Reichstags diesen begrüßen zu können! Buff: Ich bedaure lebhaft, daß in der Mitte der Bürgerschaft ein derartiger Antrag gestellt worden ist. Es ist eine Ehrensache Bremens gewesen, den Reichstag einzuladen. Die Zusammensetzung des

Reichstags kümmert uns dabei nicht. Wir haben den Reichstag als solchen eingeladen, und es freut uns, daß sich der Reichtag in unsern Mauern wohl gefühlt hat.

26. November. An Stelle des ausscheidenden Bürgermeisters Luermann wählt der Senat den Senator Pauli zum Bürgermeister bis zum Jahre 1899.

Lübeck.

13. Februar. Der Staatshaushaltsetat wird für 1895—96 auf 3694507 Mark Einnahme und 4095085 Mark Ausgabe festgestellt, sodaß ein Fehlbetrag von 402577 Mark entsteht, zu dessen teilweiser Deckung der Senat eine Erhöhung der Erbschaftssteuer um 80000 Mark und der Einkommensteuer um 280000 Mark empfiehlt.

14. Februar. Der Senat lehnt einen Antrag auf Einführung einer Staatslotterie ab.

2. März. Abschluß eines Vertrags wegen Aufnahme einer Staatsanleihe von $10^1/_2$ Millionen zum Bau des Elbe-Trave-Kanals.

15. Mai. Die von Senat und Bürgerschaft eingesetzte Kommission nimmt die Vorschläge des Senats auf Erhöhung der Einkommensteuer an.

31. Mai. In Lübeck findet die Feier der Grundsteinlegung zum Elbe-Trave-Kanal statt.

3. Dezember. In Lübeck findet eine militärische Feier zur Erinnerung an die Schlacht von Loigny statt.

Elsaß-Lothringen.

I.

Landesausschuß.

28. Januar. Der Landesausschuß wird in Straßburg vom Statthalter Fürsten Hohenlohe-Langenburg eröffnet.

In seiner Ansprache giebt er ein Bild der Finanzlage. Dieselbe sei für das laufende Etatsjahr noch befriedigend, dank den wachsenden Erträgen und der eignen Einnahmequellen und infolge des Umstandes, daß die endgiltige Abrechnung mit dem Reich voraussichtlich sich erheblich günstiger stellen

werde, als bei der Aufstellung des Etats angenommen wurde. Die weitere Gestaltung sei in der Hauptsache davon abhängig, daß das Finanzverhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten derartig geregelt würde, daß die Landes-Fonds von der Zuschußleistung an das Reich entbunden würden. Sollte ein befriedigender Ausgleich der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten nicht stattfinden, so sei zu befürchten, daß das Landes-Etatsjahr 1895/96 trotz Einschränkung der Ausgaben mit einem Fehlbetrag abschließen würde. Weiter berührte der Statthalter den Gesetzentwurf über die Gebäudesteuer. Die Neueinschätzung des Ertrags der Gebäude sei vollendet, und auf Grund derselben könne die neue Gebäudesteuer eingeführt werden, die bestimmt sei, an Stelle der bisher mit der Grundsteuer vereinigten Gebäudesteuer zu treten. Einen allgemeinen Wunsch entsprechend solle die veraltete Thür- und Fenstersteuer wegfallen.

5. Februar. Unterstaatssekretär **v. Schraut** leitet die Etatsberatung ein.

Er führt aus, die Finanzlage der Reichslande sei zwar noch befriedigend, sie werde sich aber erheblich verschlechtern, wenn weitere Zuschüsse an das Reich gefordert werden. Der Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Einzelstaaten sei dringend nötig. Redner erörtert sodann die Vorschläge der Regierung, betreffend die Errichtung eines Technikums in Straßburg, die Erweiterung des Kanalnetzes, die Hebung der Pferdezucht in Lothringen, die Ausführung großer landwirtschaftlicher Meliorationen, ferner betreffs der diesen Sommer in Straßburg abzuhaltenden Industrie- und Gewerbe-Ausstellung. — **Petri** fordert die Abschaffung des Diktaturparagraphen, den das Volk als ein Mißtrauensvotum der Regierung betrachte. In keinem deutschen Staate gebe es ein ruhigeres Volk als die Elsaß-Lothringer. Selbst die deutschunfreundlichen Kreise wollten keine Aenderung der Lage auf Grund eines Krieges. **Spieß** wendet sich, nachdem er die Lage des Groß- und Kleinhandels als sehr schlecht bezeichnet hat, gegen die Rede des Ministers v. Köller im Reichstag. Wenn dieser glaube, man sei mit der Lage hier zufrieden, so sehe er die Bevölkerung durch eine gefärbte Beamtenbrille an. Es gebe noch viel zu thun. Redner fordert die Rückkehr der Redemptoristen. **Winterer** stellt dieselbe Forderung, die er als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet. Staatssekretär **v. Puttkamer** stellt die Notwendigkeit der Redemptoristen in Abrede und verspricht, die milde Handhabung des Diktaturparagraphen sowie die Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten im Auge behalten zu wollen.

23. April. Der Landesausschuß genehmigt ein Gesetz, betreffend die Gebäudesteuer. Es stellt eine Ausgleichung und eine gerechtere Verteilung der bestehenden Gebäudesteuer her und hebt die drückende Thür- und Fenstersteuer auf.

II.

Kirchliches.

15. Januar. Der Bischof von Straßburg erläßt ein Rundschreiben, in dem die Geistlichen ersucht werden, von ihrem Rechte, dem Schulunterrichte beizuwohnen, fleißig Gebrauch zu machen. Dieses Recht ist eines der Zugeständnisse, die der Statthalter v. Man-

teuffel dem Klerus machte, in der nicht eingetroffnen Erwartung, ihn für die deutsche Sache zu gewinnen.

16. Juni. Nachdem ein Teil der katholischen Geistlichkeit und Presse Lärm darüber geschlagen haben, daß die Regierung den Redemptoristen angeblich die Niederlassung verweigere, sagt die amtliche „Straßburger Korrespondenz," daß die Regierung in Konzessionen bereits weiter gegangen sei, als sie nach der bestehenden Gesetzgebung berechtigt oder wenigstens verpflichtet sei.

III.

Maßnahmen.

Mitte September. Die elsaß-lothringischen Ortsvorstände der Union vélocipédique de France werden wegen Zugehörigkeit zu einem nicht genehmigten Verein zu Geldstrafen verurteilt.

15. Oktober. Das Weitererscheinen des „Offenburger Volksfreund" wird verboten, weil er unternommen hatte, an Stelle der unterdrückten „Elsaß-Lothringischen Volkszeitung" in Mülhausen für die Ausbreitung der sozialistischen Gedanken im Reichslande thätig zu sein, und weil er dabei sich nicht darauf beschränkt hatte, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Lage der Arbeiter in sachlicher Weise zu besprechen, sondern seine Zwecke hauptsächlich dadurch zu erreichen gesucht, daß er die an der Spitze bestimmter einzelner Firmen stehenden Industriellen persönlich verunglimpfte und verdächtigte.

IV.

Parteibewegung.

18. Oktober. Der Reichstagsabgeordnete Haas legt sein Mandat nieder. Von Nancy aus teilt er dies seinen Wählern mit dem Bemerken mit:

In letzter Zeit haben sich in unserm Lande bedauerliche Schwächen kund gegeben. Ich habe die Ueberzeugung, daß Sie in Lothringen nur einem selbständigen Manne auftragen werden, Sie im Reichstage zu vertreten, der gewillt ist, der Sache des Rechtes und der Gerechtigkeit nicht auszuweichen und die Drohungen sowohl wie Versprechungen unbeachtend, ohne Gnade und Barmherzigkeit gegen das Regime der Unterdrückung und der Willkür, das allen Völkerrechten zum Hohn noch nach 25 Jahren Annexion auf Elsaß-Lothringen lastet, protestiren wird.

23. Oktober. Der Reichstagsabgeordnete Preiß, Anwalt in Colmar, erklärt im Pariser „Petit Journal":

Die elsässische Frage ist derzeit kein Gegenstand internationaler Verhandlungen, oberflächliche Beobachter können sie deshalb leugnen. Sie besteht je-

doch in den Thatsachen ebensowohl wie in den Geistern. Die Rechtslage ist die, daß Frankreich und Deutschland einen Vertrag geschlossen haben, dem Elsaß-Lothringen nicht beigetreten ist, der also für uns ungiltig ist. Wir sind nicht gebunden, denn man hat uns nicht befragt. Unsre letzte öffentliche Handlung, der letzte Ausdruck unsrer Gefühle und unsers Willens ist unsre Verwahrung in Bordeaux. Nur eine gleichwertige Handlung kann diese Verwahrung aufheben, deshalb fordern wir ohne Unterlaß die Volksabstimmung. Die Germanisirung macht nicht den geringsten Fortschritt. In 100 Jahren wird es eben so sein wie heute und vor 25 Jahren. Die Elsässer fordern Achtung für ihr Recht; sie blicken nach Frankreich und glauben nicht, daß Frankreich die erhaltenen Prügel als endgiltig betrachtet, daß es seine Verluste und Demütigung, namentlich den Einzug in Paris, vergißt. Wäre Frankreich anders, als wir glauben, würde es sein Ansehen in der Welt verlieren und seine Rolle in der Geschichte aufgeben.

30. Oktober. Preiß erklärt in der „Straßburger Bürgerzeitung," er habe nicht gesagt, wir schauen nach Frankreich und fordern es gewissermaßen zu gewaltthätigem Vorgehen auf. Eine Aufforderung zum Kriege sei ihm nie in den Sinn gekommen. Er werde Gewaltmitteln nie das Wort reden und stachle nicht auf, sondern bekämpfe den Chauvinismus auf deutscher wie französischer Seite. Er habe nicht gesagt, die gegenwärtige Lage sei nicht der Friede, was widersinnig sei. Er habe niemals Veranlassung gegeben, anzunehmen, wir könnten geneigt sein, von auswärts uns beeinflussen zu lassen. „Wir holen unsre Parole weder von Paris noch Berlin, sondern entschließen uns nach eigner Ueberzeugung."

Anfang November. Der katholische Oberstaatsanwalt Rassiga in Colmar wird zum Unterstaatssekretär für Justiz und Kultus ernannt.

V.

Gedenkfeier.

30. November. Das in Straßburg in Garnison liegende 8. württembergische Infanterieregiment begeht eine Feier der Erinnerung an die Schlachten bei Villiers-Champigny, unter Teilnahme des Großherzogs von Baden, der eine patriotische Ansprache hält.

Oesterreichisch-ungarische Monarchie.

A.

Oesterreich.

I.

Reichsrat.

1. Juli. Das Abgeordnetenhaus beendet die allgemeine Beratung des Budgets. Der Finanzminister stellt fest, daß während

der dreitägigen Beratung am Budget selbst keine Kritik geübt worden sei, was ein überaus günstiges Zeichen für die Vortrefflichkeit des Budgets sei. Er selbst habe kein Verdienst daran. Es wäre unrichtig, diesen vor Europa bedeutsamen Umstand mit Bescheidenheit totzuschweigen. Die Annahme des Budgets sei kein Vertrauensvotum, sondern eine Staatsnotwendigkeit. Der Minister hofft, daß recht viele Abgeordnete der Regierung wenigstens darin vertrauen werden, daß sie in dem zur Tradition gewordnen Geiste der österreichischen Beamtenschaft, nämlich im Geiste der Unparteilichkeit und der treuen Pflichterfüllung, ihr Amt erfüllen werde.

6. Juli. Beratung des Budgets des Landesverteidigungsministeriums in der Abgeordnetenkammer.

Der betreffende Minister erklärt, die Entziehung der Arbeitskräfte für die Armee in Oesterreich-Ungarn sei bedeutend geringer als in andern Großstaaten. „Der Präsenzstand beträgt nur die Hälfte der Präsenzstärke gleich großer Staaten. Wir stehen unter dem Zeichen des bewaffneten Friedens, und man muß der österreichisch-ungarischen Regierung das Zeugnis geben, daß sie in ihren Anforderungen nicht zu weit geht und diese auf das Mindeste reduzirt." Der Minister bittet alle, dahin zu trachten, daß die bewaffnete Macht recht stark werde, die allgemeine Wehrpflicht möglichst durchgeführt werde, und daß womöglich alle der Wehrpflicht unterzogen werden und die Schule der Armee durchmachen, die ja eine Schule des Gemeinsinnes und der patriotischen Pflichterfüllung sei.

9. Juli. Beratung des Unterrichtsbudgets. Beim Titel „Mittelschulen" einschließlich des Postens für die slowenischen Parallelklassen am Gymnasium der deutschen Stadt Cilli bringt Hallwich den Standpunkt der deutschen Linken zum Ausdruck, indem er betont, daß die Errichtung utraquistischer Schulen in deutschen Gemeinden der erste Schritt zur Slawisirung sei; er tadelt ferner die Haltung der Deutschkonservativen, die zu spät einsehen würden, daß sie die gute Sache schädigten. Es sei für ihn eine nationale Pflicht, gegen den Posten „Cilli" zu stimmen. Vosnjak erklärt, die Slowenen könnten von ihrer Forderung nicht abgehen; er spricht den Wunsch aus, daß bei der Abstimmung über „Cilli" sich alle Gruppen der Rechten vereinigen möchten, und daß diese Gruppirung zur Regel werde. Um dies zu ermöglichen, müsse die Regierung eine Parteigruppirung schaffen, wie sie in früheren Jahren bestand.

10. Juli. Der Budgetposten „Cilli" wird mit 173 gegen 143 Stimmen genehmigt.

Dagegen stimmen: die „Vereinigte deutsche Linke" (mit ihr Graf Wurmbrand), der Klub der „Deutschen Nationalpartei," die Deutschkonservativen Lienbacher und Schider, die deutschnationalen „Wilden," Foregger, v. Krans und Morré, die deutschnationalen Antisemiten Hauck und Dötz, der Coronini-Klub und die christlich-sozialen Antisemiten. Nur die deutschen Klerikalen des Hohenwartklubs stimmen zu Gunsten des Slowenentums mit der Mehrheit.

10. Juli. Das Abgeordnetenhaus nimmt mit großer Mehrheit das Finanzgesetz an.

Bei der Schlußberatung erklärt Lueger namens der Antisemiten, wegen „Cilli“ und wegen des bevorstehenden Ausgleiches mit Ungarn gegen das Budget zu stimmen; wegen „Cilli“ erklären auch Bareuther namens der Deutschnationalen und Kraus namens der keinem Klub angehörenden steirischen Abgeordneten gegen das Budget zu stimmen. Graf Khuenburg erklärt, die Vereinigte deutsche Linke wahre stets gewissenhaft die nationalen Interessen und werde, der Folgen unbeschadet, auch weiterhin ihre nationale Pflicht erfüllen, aber die Ablehnung des Budgets in dritter Lesung sei der gegenwärtigen provisorischen Regierung gegenüber etwas Untergeordnetes und würde die Errichtung slowenischer Parallelklassen in Cilli nicht verhindern; deshalb werde er und die Mehrzahl seiner Parteigenossen für das Budget stimmen.

25. Juli. Im Herrenhause erklärt bei Beratung des Budgets Graf Falkenhayn namens der Rechten, es handle sich bei der Cillifrage nur um die von der frühern Regierung gegebne Zusage, die zu erfüllen die Pflicht der gegenwärtigen Regierung sei, da in der Staatsleitung eine gewisse Kontinuität herrschen müsse. Die Erfüllung der Wünsche des slowenischen Volksstammes sei gerecht, und die Art der Durchführung der den Slowenen erteilten Zusage sei eine dem Ermessen der Regierung anheim gegebne Exekutivmaßregel, mit der die Rechte einverstanden sei. Hierauf wird das Finanzgesetz angenommen. Ministerpräsident Graf Kielmannsegg erklärt darauf die Vertagung des Reichsrates.

II.

Parteibewegung.

2. Juli. Der Abgeordnete und bisherige Minister v. Plener tritt aus dem politischen Leben ganz zurück und erhält die Stelle eines Präsidenten des gemeinsamen Rechnungshofs.

13. Juli. In Graz findet eine Versammlung der gesamten Reichsratswähler zum Zwecke einer Entrüstungskundgebung über den nationalen Verrat der deutsch-klerikalen Abgeordneten bei der Beschlußfassung über die Errichtung eines slowenischen Gymnasiums in der deutschen Stadt Cilli statt. Aus allen Teilen des Landes gelangen Zustimmungen zur Verlesung; es wird ein Beschlußantrag gestellt, der von jedem deutschen Abgeordneten fordert, daß er gegen das Gesamtbudget stimme, jeden dafür Stimmenden oder der Abstimmung sich Entziehenden für unwert erklärt, das deutsche Volk zu vertreten, und falls nicht die gesamte Vereinigte Linke dagegen stimmt, die nationalen Mitglieder zum Austritt aus dem Parteiverband auffordert. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

23. Juli. Der deutschliberale Reichsratsabgeordnete und Parlamentspräsident Baron Chlumetzky hält in Znaim als Ehrenbürger dieser Stadt eine politische Rede.

Er führt aus, die gegenwärtige Lage sei eine ernste und unfertige, doch biete sie keinen Anlaß zu Kleinmut und Verzagtheit. Der Zusammenbruch der Koalition war nicht aufzuhalten. Ob es für die deutschliberale Partei vorteilhaft war, daß der unvermeidliche Zusammenbruch der Koalition gerade bei „Cilli" erfolgte, wolle er unerörtert lassen, jedenfalls sei die durch Cilli hervorgerufene Bewegung der deutschen Leidenschaften für alle Staatsmänner, die berufen sein werden, die Geschicke Oesterreichs zu lenken, ein deutlicher Fingerzeig, wie empfindlich die nationale Saite in den deutschen Herzen erklingt, wie erregt die Bevölkerung durch die frühere langjährige Geringachtung in ihren berechtigten nationalen Interessen geworden und wie notwendig es sei, solche Fragen, mögen sie wo immer in national umstrittenen Gebieten auftauchen, mit großer Vorsicht zu behandeln. Die Linke durfte nicht das Budget verweigern, weil Cilli hierdurch nicht verhindert worden wäre und eine derartige Kundgebung seitens der Gesamtpartei für die Interessen der Deutschen geradezu verderbenbringend wäre, weil sie nötige, gegen die Deutschen zu regieren. Chlumetzky spricht die Ueberzeugung aus, daß die künftige Ausgestaltung der Dinge nicht ohne entsprechende Bedachtnahme auf die Bedeutung des deutschen Volks erfolgen und die deutschliberale Partei ihr gewichtiges Wort erfolgreich mit in die politische Wagschale werde legen können, wenn sie es durch ihr Verhalten nicht unmöglich mache.

III.

Ministerium Badeni.

2. Oktober. An Stelle des am 19. Juli ins Amt getretenen Ministeriums des Grafen Kielmannsegg, das gleich von vornherein als ein bloßes Geschäftsministerium für die Zeit bis zur Wiederbestellung eines politischen Ministeriums bezeichnet war, tritt ein Ministerium des Grafen Kasimir Badeni, seit Oktober 1888 Statthalters von Galizien. Er übernimmt neben dem Vorsitz das Ministerium des Innern. Graf Welsersheimb wird wieder Minister für Landesverteidigung, Freiherr v. Gautsch Minister für Kultus und Unterricht, Dr. v. Bilinsky Minister für Finanzen, Graf Ledebur Minister für Ackerbau, Graf Gleispach Minister für Justiz und Freiherr v. Glanz-Eicha Minister für Handel.

IV.

Die kaiserliche Familie.

6. September. Erzherzog Ladislaus, zwanzigjähriger Sohn des Erzherzogs Joseph und der geb. Prinzessin Klotilde von Sachsen-Koburg-Gotha, stirbt in Pest infolge von auf der Jagd erlittenen Verletzungen.

11. September. Kaiser Franz Joseph in Stettin (S. 3).

21. September. Kaiser Franz Joseph wird in Zenta festlich begrüßt.

22. September. Aufenthalt des Kaisers in Klausenburg.

28. September. Der Kaiser ernennt den Prinzen Heinrich von Preußen zum Kontreadmiral.

5. Oktober. Der Kaiser in St. Pölten.

9. Oktober. Enthebung des Erzherzogs Franz Ferdinand vom Kommando der 38. Infanteriebrigade.

14. Oktober. Der Kaiser in Agram.

V.

Kaiserliche und Ministerial-Erlasse.

10. August. Erlaß des Ministers Grafen Kielmannsegg zur Wahrung des Amtsgeheimnisses und zur Ausübung der bürgerlichen Rechte der Staatsbeamten.

4. Oktober. Kaiserliches Schreiben an den Reichsminister des Aeußern, Grafen Goluchowski:

Ich habe Mich bestimmt gefunden zu verfügen, daß der Minister Meines Hauses von nun an den Titel eines „Ministers des kaiserlichen und königlichen Hauses" zu führen habe. Indem Ich Sie hiervon in Kenntnis setze, weise Ich Sie an, Sorge zu tragen, damit diese Bezeichnung fortan in den betreffenden Ausfertigungen zur Anwendung komme und gleichzeitig auch bei der Benennung des Ihrer Leitung unterstehenden Ministeriums den entsprechenden Ausdruck finde.

19. Oktober. Der Ministerpräsident Graf Badeni hebt den am 12. September 1893 durch das Ministerium des Grafen Taaffe über Prag und Umgebung verhängten Ausnahmezustand wieder auf.

VI.

Kirchliches.

Im August. Die Bischöfe Oesterreichs richten an den Papst eine Adresse, in deren Eingang sie sagen:

Heiligster Vater! Schon schallt dir das wüste Geschrei derjenigen entgegen, die, einer betrübenden Missethat beipflichtend, sich darüber freuen, daß vor fünfundzwanzig Jahren das Patrimonium des heiligen Petrus geraubt, den Päpsten die Königskrone entrissen und sie selbst in ihrer eignen Hauptstadt gleichsam von der Verbannung betroffen worden sind. Jedermann be-

greift, welche Bitterkeit dir, heiligster Vater, diese geräuschvolle Hervorkehrung des verübten Verbrechens zufügen müsse; doch eben dieser übel angebrachte Lärm von Leuten, die eine schlechte Sache feiern, trifft und verletzt auch uns und die Unsrigen, die wir uns mit dir in unerschütterlicher Ergebenheit, Verehrung und Liebe in allem eins fühlen.

(In seiner Antwort hebt der Papst hervor, daß es anläßlich dieser Feier sich von neuem gezeigt habe, daß die Ergebenheit der Völker dem römischen Pontifikat gegenüber kräftig sei, und daß über die Reklamation der Rechte des heiligen Stuhles unter den Katholiken volle Uebereinstimmung herrsche. Ferner heißt es in dem Schreiben, daß die Verbindung und Uebereinstimmung mit dem römischen Papste ein großes Prinzip des Heils enthalte und heute besonders wichtig sei, wo der päpstliche Stuhl einen so heftigen Sturm seiner Feinde erleide.)

VII.

Der Wiener Gemeinderat.

27. September. Infolge der Neuwahlen zählen die Antisemiten, die bei den Wahlen im April, vor Auflösung des Gemeinderats, 64 Mann stark waren, während die Liberalen 74 Mandate inne hatten, 91 Gemeinderäte gegen 46 Liberale; sie haben die Zweidrittelmehrheit von 92 Stimmen. Selbst im ersten Wahlkörper der Höchstbesteuerten, wo die Liberalen 33 Sitze behaupteten, die Antisemiten nur 13 Mandate errangen, haben die Antisemiten die verhältnismäßig große Stimmenzahl von 1420 gegen 2679 Stimmen und acht Stadtbezirke für sich. Im ganzen sind in allen drei Wahlkörpern für die Antisemiten 43776, für die Liberalen nur 22868 Stimmen abgegeben.

29. Oktober. Der neue Gemeinderat wählt den Antisemiten Lueger zum Bürgermeister.

Dieser spricht seinen Dank aus und betont, daß bei den letzten Wahlen nicht eine einzelne Partei, sondern die gesamte deutsche Bevölkerung gesiegt habe. Das künftige Regime werde kein Parteiregiment, sondern ein Volksregiment im edeln Sinne des Wortes sein. Der künftige Vorsitzende werde den Wert einer sachlichen Opposition stets schätzen, objektiv vorgehen, die Minorität nicht beleidigen, verspotten oder verhöhnen und derselben einen ihrer Stärke entsprechenden Anteil an der Verwaltung einräumen, falls sie gewillt sein werde, davon Gebrauch zu machen. Die Mehrheit werde nicht in die Kompetenz des Landes oder des Reiches eingreifen, aber ihre eigne Zuständigkeit, namentlich die Selbständigkeit der Stadt zu wahren wissen. Das Volk wolle den Bürger- und Gewerbestand vor Ausbeutung und unredlicher Konkurrenz bewahrt sehen. Die Kinder sollten in den Schulen von Lehrern ihres Stammes und Glaubens in christlichem und nationalem Geiste erzogen

werden. Den Slawen gegenüber werde Gerechtigkeit geübt werden, stets aber werde das Volk eingedenk bleiben des historisch überlieferten deutschen Ursprungs der Stadt.

6. November. Der Wahl Luegers wird von der Regierung die Bestätigung versagt.

13. November. Es findet daher eine neue Wahl statt, bei der Lueger wiederum die Mehrheit von 92 Stimmen erhält. Lueger nimmt die Wahl mit dem Bemerken an, daß es sich keineswegs um eine Auflehnung gegen den Kaiser handle. Hierauf verkündigt der Bezirkshauptmann v. Friebeis namens des Statthalters die Auflösung des Gemeinderats.

VIII.

Reichsrat.

22. Oktober. Bei Wiedereröffnung des am 25. Juli vertagten Reichsrats ergreift der Ministerpräsident Graf Badeni im Abgeordnetenhause das Wort:

Er erklärt, nicht etwa ein weitgehendes Programm, wohl aber das zur Orientirung zweckdienliche vorbringen zu wollen. Die Regierung wolle keinen Zweifel lassen über die einzuschlagende Richtung, welche Irrwege sie zu meiden gedenke, und mit welchen Mitteln sie zu arbeiten beabsichtige, um zum Ziele zu gelangen. Die Regierung habe sich die Aufgabe gestellt, vor allem Bedingungen zu schaffen, unter denen der Gang der großen Maschine der Staatsverwaltung ein ungestörter, regelmäßiger und zeitgerechter bleiben könne. Da dies nur dann möglich sei, wenn ein friedliches Zusammenleben der zu einem Ganzen vereinigten Nationen Oesterreichs gesichert sei, so werde die Regierung allen Erscheinungen entgegenwirken, die diesen Frieden zu beeinträchtigen geeignet seien, und durch ebenso entschiednes wie wohlwollendes Vorgehen diesen Frieden herbeizuführen suchen. Die Regierung werde das Staatsinteresse, die österreichische Tradition und österreichischen Geist thatkräftig fördern und vertraue hierbei, daß die Völker Oesterreichs unter diesem Banner einer einigen, zielbewußten, wohlwollenden, aber entschiednen Regierung folgen werden. Zwei leitende Grundsätze seien hierbei für das Parlament ebenso wie für die Regierung maßgebend; aktuell berechtigte, dem jeweiligen Zustande der Entwicklung entsprechende Ansprüche, soweit sie sich in den Grenzen der staatsrechtlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Zulässigkeit bewegen, sollen stets gerechte und wohlwollende Würdigung finden, wenn sie auf gesetzlichem Wege geltend gemacht werden; die könne und solle aber nur in der Art geschehen, daß die auf dem historischen Momente beruhende traditionelle Stellung und langjährige allen andern Völkern voranleuchtende Kultur des deutschen Volkes gebührende Beachtung finden müsse. Diese künftige Gestaltung erscheine nicht als Gegensatz zur Vergangenheit; die Regierung wolle vielmehr der historischen Vergangenheit treu den Forderungen der Zukunft gerecht werden. Die Erklärung präzisirt damit die Stellung des Kabinetts zur sogenannten böhmischen Frage. Die Regierung bringe der tschechischen Nation volles Vertrauen entgegen, verzichte auf jede Rekrimination und habe auf den glänzend erprobten Patriotismus des böhmischen Volkes

bauend den ersten Vertrauensbeweis geliefert. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Prag war keine Konzession, sondern die Basis zur Schaffung normaler Zustände. Die Regierung hoffe in dieser Beziehung auf die Mitwirkung des böhmischen Volkes und seiner Vertreter. Gegenüber den Parteien des Hauses stehe die Regierung vollkommen frei da und gedenke es auch weiter zu bleiben. Dies sei jedoch nicht so zu verstehen, als ob die Regierung bald der einen, bald der andern Parteirichtung sich akkommodiren wolle, sondern diese Worte bedeuten, „daß wir zu führen und nicht uns führen zu lassen gedenken." Darin liege keine Ueberhebung, sondern ein theoretisch und praktisch richtiges Prinzip. Unter Voraussetzung unbedingter Aufrechterhaltung dieses Prinzips habe er und seine Kollegen die Mission übernommen. Die Regierung trage die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Gesetze und der Ordnung, deshalb habe sie das Recht und die Pflicht zu führen. Ein mächtiges, patriotisches, solidarisch vorgehendes Oesterreich sei Ziel des Ministeriums. Die Regierung appellire hauptsächlich an die Parteien, die, auf ethischer Grundlage gebildet, ideale Ziele, wenn auch mit praktischer Unterlage, anzustreben befähigt seien. Die Regierung behalte sich aber vor, ihr Verhältnis zu den Parteien nicht bloß nach deren Zielen, sondern auch nach ihren eignen Mitteln und Wegen zu gestalten, weil eine ernste und ehrliche Regierung unfruchtbare, von der Zivilisation ablenkende, zur Vernichtung der menschlichen Gesellschaft führende Wege nicht betreten dürfe und auch den Zutritt zu solchen Wegen andern möglichst abzuschneiden bemüht sein müsse. Die Regierung sei sich der Pflicht bewußt, die Umwälzung oder Vernichtung der Gesellschaftsordnung zu verhindern. Die Erklärung betont sodann die Bedeutung des religiösen Moments im Staatsleben und der Pflege der religiösen Gefühle und einer sittlich-religiösen Erziehung, insbesondere bei der Jugend. Es wäre aber eine falsche Auffassung, dies Bestreben auf reaktionäre Tendenzen zurückführen zu wollen. Die Regierung werde die wirtschaftlichen Fragen stets im Auge behalten, insbesondre die Pflege der wirtschaftlich schwächern Länder, und zwar sowohl im Norden wie im Süden. In Bezug auf das Arbeitsprogramm dieser Tagung betont die Erklärung Badenis die Notwendigkeit der Erledigung des Budgets noch in diesem Jahre, ferner als Hauptaufgabe die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn. Die Erklärung spricht die Erwartung auf die patriotische Mitwirkung aller Parteien aus, kündigt die Vorlage eines Wahlreformentwurfs an und betont, daß derselbe frei von jeder Engherzigkeit sei und dem Hause als Ganzes zur Annahme empfohlen werden würde. Ferner werde die Regierung die soziale Lage der unteren Volksschichten thunlichst zu verbessern trachten; die Steuerreform solle mit thunlichster Benutzung der bisherigen Arbeiten fortgeführt werden. Weiter werden Gesetzentwürfe zur Einführung einer neuen Zivilprozeßordnung angekündigt.

24. Oktober. Verhandlung des Abgeordnetenhauses über dieses Programm.

Graf Khuenburg konstatirt den guten Eindruck der Aeußerung des Ministerpräsidenten über die Stellung des deutschen Volkes. Da die Regierung selbst den Verdacht reaktionärer Bestrebungen zurückweise, bestehe kein Gegensatz zu der liberalen Partei. In dem wirtschaftlichen Programme der Regierung fehle der Hinweis auf die Interessen der Mittelklassen. Die Erklärung der Regierung enthalte keine aggressive, vielmehr manche sympathische Punkte. Gegenüber der Regierung werde die deutsche Linke eine freie Stellung einnehmen; von den Thaten der Regierung im Hause und in der Verwaltung mache die liberale Partei ihre weitere Haltung abhängig. **Herold** erklärt,

die böhmische Frage bleibe der Angelpunkt der österreichischen Politik. Die Zustände in Böhmen seien durch die Nichtdurchführung der sprachlichen Gleichberechtigung verschuldet, die Stellung der deutschen Sprache auf allen Gebieten sei gegen das Gesetz. Redner polemisirt alsdann gegen den Grundsatz, die traditionelle Stellung des deutschen Volkes zu beachten. Die Verschiedenheit der Ziele der Regierung und des böhmischen Volkes nötigten die Jungtschechen zur Opposition; solle diese aufgegeben werden, müßte die Regierung den Stein des Anstoßes vorher beseitigen. Graf **Hohenwart** begrüßt die Erklärung als das Programm einer starken, zielbewußten Regierung, die jetzt mehr als je not thue. Eine starke Regierung, der nur Oesterreichs Banner vorschwebe, sei vollkommen sicher, stets eine Majorität zu finden, die gern und freudig folgen werde. **Zaleski** charakterisirt das Ministerium als ein streng konstitutionelles, nichtparlamentarisches, dessen Programm in keinem Punkte im Widerspruch stände mit den Grundsätzen der Polen, insbesondre der Liebe und Dankbarkeit für den Kaiser. Die Polen hielten fest an der österreichischen Staatsidee in der Verbindung mit der Autonomie der Länder und der Gerechtigkeit und dem Wohlwollen allen Nationalitäten gegenüber. Da auch die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn den Traditionen der Polen entspreche, würden sie die Regierung loyal unterstützen, zumal sie dem Chef der Regierung, dessen bisherige Wirksamkeit sie genau kennten, größtes Vertrauen entgegenbrächten. **Pattei** legt die Ziele der christlich-sozialen Partei dar, die durchaus auf gesetzlichem Boden stehe, den sozialen Frieden und den Schutz des einheimischen arbeitenden Volkes gegen Ausbeutung erstrebe.

25. **Oktober.** Fortsetzung. **Foeregger** begrüßt die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung die Führerrolle übernehmen wolle, mit Befriedigung. Der unparlamentarische Charakter der Regierung verlange eine objektiv zuwartende Haltung. **Burgstaller** giebt namens des liberalen Zentrums die Erklärung ab, der Regierung Vertrauen entgegenbringen zu wollen. **Steinwender** erklärt, die Deutsch-Nationalen würden sich der Regierung gegenüber von sachlichen Motiven leiten lassen und würden die Aktion der Regierung niemals absichtlich erschweren.

Hierauf begründet der Finanzminister v. **Bilinski** die Vorlegung des **Budgets** für 1896 mit längerer Rede.

Das Budget weist ein Gesamterforderuis von 662691582 Gulden und die Gesamtbedeckung in Höhe von 662902808 Gulden auf. Es verbleibt daher ein Ueberschuß von 211226 Gulden, somit ist im Vergleich zum Jahre 1895 der Ueberschuß um 178617 Gulden höher. Aehnlich wie im Vorjahre wird auch im Jahre 1896 die Heranziehung von 3 Millionen Gulden für Tilgung der Staatsschuld aus den laufenden Einnahmen in Aussicht genommen.

28. **Oktober.** In Fortsetzung der Verhandlung des Abgeordnetenhauses über das **Regierungsprogramm** erklärt der Ministerpräsident Graf **Badeni:**

Nach seiner Ueberzeugung biete **eine kräftige**, an keine Parteiformel gebundne **Regierung** nicht nur **keine Gefahr für das Parlament**, sondern sogar **eine Gewähr für die Stärkung des Ansehens** desselben, da ja der Erfolg des einen Faktors durch die Mitwirkung und Hilfe des andern bedingt sei. Deshalb vermöge er in seinen Worten keine Schädigung des parlamentarischen Prinzips zu finden, glaube vielmehr, daß, wenn die Regierung ihren Aufgaben nachkommen wird, ganz bestimmt in Konsequenz des eben gesagten auch eine **Stärkung des Hauses** zu Tage treten werde. Das Haus habe noch bis zum Schlusse der laufenden Legislaturperiode einen

genügenden Zeitraum vor sich, um durch seine so oft bewährte patriotische Mitwirkung seine volle Leistungsfähigkeit zu beweisen und dadurch jene Anschauungen zu entkräften, die sich herausnahmen, zu behaupten, daß sich das Haus hierzu nicht eigne. Wenn das Haus diese schwebenden Fragen in der von ihm, dem Redner, angedeuteten Richtung der Objektivität, des Entgegenkommens und der Gerechtigkeit lösen und dadurch auch seine volle Kraft erweisen werde, wenn es dringende wirtschaftliche Fragen in einer für den Staat und alle Schichten der Bevölkerung günstigen Weise zum Austrage bringe, dann werde ganz bestimmt dieser Erfolg auch auf das Verhältnis zwischen den Vertretern der Bevölkerung und dieser selbst befruchtend zurückwirken. Wenn das Haus heute gewillt sein wird, fährt der Minister weiter fort, auf die so von der Regierung kundgegebnen Absichten loyal und ohne Voreingenommenheit einzugehen, dann wird weniger die Rede sein von Anmaßung, von Herunterdrücken des Parlamentarismus oder gar von einem Protektorate über Parteien. Gegen eine Regierung, die ihre Absichten in Bezug auf die Nationalitäten mit voller Klarheit im Geiste der Staatsgrundgesetze zur Kenntnis brachte und die Gerechtigkeit zu ihrer Devise machte, gegen eine solche Regierung kann unmöglich der Vorwurf der Hintansetzung irgend eines Volksstammes oder der Außerachtlassung der Gleichberechtigung der Nationalitäten erhoben werden. Wir nehmen unsre Aufgabe ernst. Das Interesse der Selbsterhaltung liegt uns fern; wir haben unsre Pflicht nicht nur vor Augen, sondern haben sie tief in die Herzen eingeprägt. Deshalb werden wir uns auch von der Erfüllung derselben durch keine theoretischen Auseinandersetzungen abhalten lassen. Wir werden vielmehr mit gutem Gewissen, festem Glauben, festem Willen, aber auch mit mutigem Sinne und mit Energie vorwärts schreiten, und da unser Ziel klar und deutlich vorgesteckt ist, darum werden wir auch mit voller Ueberzeugung bei dem Ideengange bleiben, den ich vor drei Tagen auseinanderzusetzen mir die Freiheit nahm. Wenn wir uns nur im allgemeinen bewegen, können wir besondres nicht leisten. Ich bitte mir zu glauben, daß wir uns nähern werden, sobald wir das Feld der Abstraktion und der generellen Prinzipien verlassen, und daß das Leben, seine Bedürfnisse, die lebendige Politik und Notwendigkeit uns ganz gewiß zusammenführen werden; darum gestatten Sie mir, daß ich den positiven und der aufbauenden Thätigkeit fähigen Parteien zurufe: Höher als die Meinung steht die Pflicht, die Tag um Tag an uns herantretende Pflicht. Trotz aller Losungsworte wünsche, hoffe ich, daß wir uns auf dem Gebiete der konkreten Arbeit finden werden.

29. Oktober. Das Abgeordnetenhaus fordert die Regierung zur baldigen Vorlegung der Gewerbenovelle auf.

4. November. Im Budgetausschuß giebt der Ministerpräsident Graf **Badeni** nachstehende Erklärung ab:

Er halte seine Zusage aufrecht, die Wahlreformvorlage in nächster Zeit einzubringen. Die Beschleunigung der Einbringung liege in den Händen der Abgeordneten, da die Einhaltung einer gewissen Reihenfolge der Arbeiten notwendig sei. Zunächst müßten Anhaltspunkte vorhanden sein, daß es mit der Erledigung des Budgets rasch vorwärts gehe und hierdurch Raum für die thatsächliche Inangriffnahme der Wahlreform geschaffen werde. Er versichere ausdrücklich, daß hierin kein Hintergedanke liege; die Regierung werde das, was sie versprochen habe, bestimmt einhalten. Auch für die Landtagswahlreform gelte das Prinzip der Reihenfolge, zuerst käme die Wahlreform zum Reichsrat, dann die zum Landtag. In der Sprachenfrage habe die

Regierung guten Willen gezeigt, er hoffe ein gleiches seitens der Parteien; er glaube, daß unter dieser Voraussetzung die Frage geregelt werden könne und solle. Was die Entlastung der einzelnen Länder der Monarchie durch Durchführung einer Steuerreform betreffe, so lasse die Regierung sich die Besserung der mitunter mißlichen Landesfinanzen angelegen sein. Bezüglich der Handhabung des Versammlungsrechts halte er es zwar für richtiger, die Redefreiheit zu wahren und eventuell den Spruch des Richters anzurufen, werde jedoch diese Sache noch einer reiflichern Ueberlegung unterziehen und keinenfalls den Boden der Gesetze verlassen. Die Regierung sei bereit, den Versammlungen gegenüber nicht allzu rigoros vorzugehen, erwarte jedoch Gegenseitigkeit, nämlich einen entgegenkommenden Ton der Versammlungsredner.

8. November. Im Abgeordnetenhaus bringt Pattai einen von den Antisemiten, den Deutschnationalen und einem Teile der Katholisch-Konservativen unterschriebnen Dringlichkeitsantrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, die Gründe mitzuteilen, weshalb sie dem Kaiser die Nichtbestätigung der Wahl Luegers zum Bürgermeister von Wien vorgeschlagen habe.

Pattai beantragt dringlich die Aufhebung der ungesetzlichen Maßnahmen des Statthalters und entsprechende Genugthuung der beleidigten Gesetze. Ministerpräsident Graf Badeni erklärt: Das im Wiener Gemeindestatut ausgesprochne Kronrecht der Bestätigung oder Nichtbestätigung ist ein unbedingtes und uneingeschränktes. Die Verantwortung nimmt der Ministerpräsident vollkommen auf sich, da die Allerhöchste Entschließung auf einem Regierungsakte basire. Kein österreichischer Beamter könne eine Allerhöchste Entschließung anders deuten, denn als Willensmeinung der Krone. Somit sei der Statthalter berechtigt und verpflichtet, sich auf diese Willensmeinung zu berufen. Der einzige Grund der Auflösung des Gemeinderats bestehe in der Wiederwahl Luegers, da der Regierung unmöglich zuzumuten sei, daß sie nach wenigen Tagen den eingenommenen Standpunkt verlasse. Wenn der Gemeinderat thatsächlich und rechtlich bestehe, um die Bürgermeisterwahl vorzunehmen, so sei der Statthalter vollkommen berechtigt, diesen thatsächlich rechtlich bestehenden Gemeinderat aufzulösen, nach freiem Ermessen. Der Justizminister behauptet die Gesetzlichkeit der Auflösung des Gemeinderates, die auf Grund des klaren Wortlautes des Statuts erfolgt sei. Unter großem Lärm der Antisemiten hebt der Minister hervor, daß diejenigen Herren, die von „einer Loyalität und Kaisertreue auf Kündigung" gesprochen haben, sich plötzlich als Schirmer und Schützer des Glanzes der Krone aufwerfen; hierzu sei doch sicherlich in erster Linie die Regierung des Kaisers berufen. Die Willensmeinung und die Entschließung des Kaisers seien identisch gewesen. Die Auflösung sei notwendig gewesen, weil der Gemeinderat schon zu der ersten ihm obliegenden Aufgabe sich als ungeeignet erwiesen habe. Prinz Liechtenstein führt aus, Graf Badeni wolle in Wien führen, aber von Pest geführt werden; damit werde der vollständige Sieg der Partei des Redners nur beschleunigt. Der Prinz hebt die Eigenschaften Luegers hervor und betont, derselbe werde immer wieder gewählt werden. Unterrichtsminister v. Gautsch erklärt im Namen seiner Kollegen, daß sie alle, und zwar jeder Einzelne und alle in der Gesamtheit, für den Ministerpräsidenten einstehen.

Schließlich wird die Dringlichkeit des Antrags mit 118 gegen 64 Stimmen abgelehnt und dieser an den Budgetausschuß gewiesen.

11. November. Das Abgeordnetenhaus ersucht die Regierung, im Hinblick auf den Kurssturz vom 9. d. Mts. Maßnahmen zum Schutz des ehrlichen Handels zu treffen.

14. November. Im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses führt der Ministerpräsident Graf Badeni bei dem Kapitel „Ministerium des Innern" aus, die Regierung sei keine parlamentarische, aber eine konstitutionelle. Er werde die Nichtbestätigung Luegers verantworten. Er habe dem Hause erklärt, daß er für die Begründung, weshalb Lueger zur Bestätigung nicht vorgeschlagen wurde, dem Kaiser verantwortlich sei; für die Thatsache der nicht erfolgten Bestätigung sei der Ministerpräsident dem Hause verantwortlich, jedoch nicht verpflichtet, Gründe mitzuteilen. Dessen ungeachtet habe die Regierung dem Hause diese Gründe bekannt gegeben. Was die Gründe für die Auflösung des Wiener Gemeinderates anbelange, so seien diese sehr einfach. Die Regierung sei unzweifelhaft berechtigt, den Gemeinderat in dem Moment aufzulösen, in dem sie die Ueberzeugung gewonnen habe, daß er seine eigentliche Aufgabe nicht erfüllen könne. Die Regierung sei daher zur Auflösung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet gewesen.

16. November. Das Abgeordnetenhaus nimmt eine Vorlage betreffend das Rekrutenkontingent für das Jahr 1896 an. Anträge Scheichers betreffs Einschränkung des Militarismus und Errichtung eines Völkerschiedsgerichtes mit dem Papste an der Spitze werden abgelehnt. Im Laufe der Beratung erklärt der Landesverteidigungsminister Graf Welsersheimb in Betreff der vorgebrachten Fälle angeblich schlechter Behandlung von Soldaten, die betreffenden Vorschriften seien klar und bündig; in der Armee werde nachdrücklich daran gearbeitet, daß die Fälle von Mißhandlungen immer seltener werden. Die österreichische Armee stehe im Punkte der Behandlung der Mannschaften keiner andern Armee nach, stehe aber vielen andern Armeen voran. Er bedaure lebhaft den von außen her wachsenden Einfluß auf die Mannschaft, um sie zur Unzufriedenheit und Widersetzlichkeit zu verleiten und dahin zu bringen, daß sie nicht den berufenen Weg gehe, sondern sich an die Presse oder an Abgeordnete wende, um Anfragen zu veranlassen. Das Parlament habe nur das Recht und die Pflicht, sich dann mit solchen Fällen zu beschäftigen, wenn der gesetzliche Apparat nicht funktionirt und damit die Verantwortlichkeit des Ministers beginnt. — Hauck und Genossen stellen eine Anfrage wegen der Auflösung des Wiener Gemeinderats ohne erneute Vorlage des Wahlergebnisses, wodurch das Recht der Krone zu einer etwaigen andern Entschließung und das Recht der Wählerschaft, den

Willen der Krone kennen zu lernen, vereitelt worden seien; ferner womit der Ministerpräsident die Behauptung begründe, daß der Wiener Gemeinderat in der letzten Zusammensetzung nicht zur Führung der Geschäfte befähigt sei. Dies ruft eine längere sehr lebhafte Verhandlung hervor.

B.

Ungarn.

I.

Kirchliches.

19. Juli. Der Fürst-Primas von Ungarn Vaszary erhält die Mitteilung, daß der Papst die Entscheidung der Congregatio inquisitionis annullirt habe, daß im katholischen Interesse auch katholische Lehrer die Stellung der Zivilstandsbeamten sollen bekleiden dürfen.

21. September. Die ungarischen Bischöfe erlassen einen gemeinsamen Hirtenbrief.

Darin werden die Gläubigen ermahnt, ihre Eheabsicht zuerst dem zuständigen Geistlichen mitzuteilen, damit derselbe etwaige Hindernisse beseitigen und die Kopulirung vorbereiten könne, dann erst solle die Eheabsicht in dem Standesamte angemeldet werden. Nach der Zeremonie im Standesamte solle das Brautpaar sofort die kirchliche Trauung in Anspruch nehmen und sich vorher nicht als Ehepaar betrachten. Wer die kirchliche Trauung nicht in Anspruch nehme, würde von allen Sakramenten, auch von der Taufe, der Firmung, dem kirchlichen Begräbnis und den kirchlichen Aemtern ausgeschlossen werden. Die Gläubigen werden auch an die Unlösbarkeit der Ehe erinnert; die Wiederverehelichung Geschiedner verstoße gegen Gottes Gebot, doch werden die Gläubigen bezüglich der Eheschließung im Standesamte darauf hingewiesen, daß auch in andern katholischen Ländern die Katholiken die vom Gesetze geforderten Förmlichkeiten erfüllen, um ihrer Ehe die staatliche Giltigkeit zu sichern.

II.

Reichstag.

30. September. Dem am 25. wieder eröffneten Reichstage legt der Finanzminister Lucacs das Budget vor.

In seiner Begleitrede führt er aus, daß nach verschiednen Gesetzen aus den Kassabeständen 20,6 Millionen entnommen werden sollten. Thatsächlich

betrug die Entnahme 5,2 Millionen Gulden, daher ist die Einnahme um 15,4 Millionen Gulden günstiger als veranschlagt gewesen. Das rechnungsmäßige Resultat stellt sich um 34 Millionen günstiger als der Voranschlag. Der Voranschlag für 1896 bilanzirt bei 473 000 000 Gulden mit 77 000 Gulden Ueberschuß und weist dabei im Ordinarium eine Mehrausgabe um 16 Millionen Gulden auf.

22. Oktober. Im Abgeordnetenhause stellt Graf Apponyi eine Anfrage, welche Schritte unternommen seien, um der anläßlich des Aufenthalts des Königs in Agram beleidigten ungarischen Fahne Genugthuung zu verschaffen; ferner ob er auf die Ansprachen des Königs in Agram sowie auf das Handschreiben an den Banus den verfassungsmäßigen Einfluß geübt habe. Redner erklärt, die Genugthuung könne nur in der Restituirung der Fahne in die gesetzlichen Rechte bestehen, die Regierung sei einzig für die Ansprachen des Königs verantwortlich. Franz Kossuth hält über diesen Gegenstand seine Jungfernrede.

25. Oktober. Banffy beantwortet obige Frage also:

Der König sei auf den Rat und in Begleitung der ungarischen Regierung nach Agram gegangen, und diese übernehme auch die Verantwortung für das, was geschehen sei und noch zu geschehen habe. Das Verbrechen gegen die ungarische Trikolore werde nach der Strenge des Gesetzes geahndet werden, das die Achtung der ungarischen Staatsfahne auch auf kroatischem Gebiete sichere. Eine andre Genugthuung als die Bestrafung der Schuldigen sei unthunlich, weil die Beleidigung nicht im Auslande, sondern im Inlande geschehen sei und von der gesamten gebildeten Bevölkerung ohnehin scharf verurteilt werde. Sowohl der Kaiser wie auch die Militärbehörden, die die bei den Ausschreitungen beteiligten Studenten, soweit sie einen Rang in der Armee haben, ihrerseits bestraft haben, verdammen den Bubenstreich, der nunmehr nur noch die Gerichte beschäftigen soll.

Der Minister für Kroatien von Josipovitsch erklärt, daß es nur ein ungarisches Staatsbürgerrecht und nur einen ungarischen Adel, kein kroatisches Staatsbürgerrecht und keinen kroatischen Adel gebe.

13. November. Ugron, einer der Führer der äußersten Linken, richtet im Abgeordnetenhause die Aufforderung an den Grafen Apponyi und die Nationalpartei, die 1867er staatsrechtliche Basis zu verlassen, da die liberale Partei ohnehin egoistischerweise einer Fusion abgeneigt sei, und sich der Unabhängigkeitspartei und der äußersten Linken anzuschließen.

16. November. Graf Apponyi antwortet hierauf, indem er ausführt, die Einladung zur Vereinigung aller auf der Grundlage des 1867er Ausgleichs stehenden Elemente sei von der liberalen Partei schroff abgelehnt worden. Da demnach die Schaffung einer starken Mehrheitspartei unmöglich sei, müsse eine starke Opposition geschaffen werden. Hierzu sei nicht notwendig, daß die Nationalpartei die 1867er Basis verlasse; im Gegenteile wolle die National-

partei die durch liberale Regierungen seit 1875 gefälschte 1867er Basis wiederherstellen.

III.

Kroatien.

14. Oktober. Kaiser Franz Joseph trifft, nach 26jähriger Pause, zum Besuche der Stadt Agram ein, begleitet vom ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy und dem Banus von Kroatien, dem Grafen Héderváry. In seiner in deutscher Sprache gehaltnen Erwiderung auf die Huldigungsansprache des Bürgermeisters führt der Kaiser aus: er nehme mit besonderm Wohlgefallen die Versicherung unverbrüchlicher Treue und Ergebenheit der Einwohnerschaft der Landeshauptstadt seines geliebten Königreichs Kroatien und Slawonien entgegen, dessen kulturellen Fortschritten er das wärmste Interesse entgegenbringe. Er freue sich, der Eröffnung einiger neuen Pflegestätten der Kultur beiwohnen und einige Tage in der Mitte der Bevölkerung verweilen zu können; er spricht seinen Dank für die herzliche Begrüßung aus. — Die Bevölkerung von Agram benutzt diese Gelegenheit zu verschiednen gegen Ungarn und Serbien feindseligen Kundgebungen. Wo immer serbische Fahnen ausgesteckt sind, entstehen Aufläufe, die durch Militär unterdrückt werden. Unmittelbar nach dem Besuch des Kaisers in der orthodoxen (serbischen) Kirche wird diese von den kurz vorher vom Kaiser in einer Ansprache ermahnten Studenten gestürmt, zugleich beginnt ein Steinregen gegen die serbische Bank. Militär vertreibt die Aufständischen. Es kommt zur öffentlichen Verbrennung der ungarischen Fahne.

16. Oktober. Der Kaiser verläßt Agram.

22. Oktober. Beim Ministerpräsidenten Banffy erscheint in Pest eine Abordnung des Gemeinderats von Agram, die nach Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefs erklärt, daß der Gemeinderat den Zwischenfall, den einige Universitätshörer gegen die Fahne der verbrüderten und verbündeten ungarischen Nation vollführten, bedaure und verurteile.

Rußland.

I.

Beziehungen zum Ausland.

6. Juli. In Petersburg trifft eine vom Hauptmann Leontiew geführte Gesandtschaft aus Abessynien ein, die von seiten des Hofs freundlich begrüßt wird.

8. Juli. Das „Journal de St. Petersbourg" teilt mit, daß am 24. Juni zwischen Rußland und China ein Abkommen zustande gekommen ist, wonach Rußland die neue chinesische Anleihe garantirt. Die Bürgschaft hat folgenden Wortlaut:

In Fällen, wo aus irgend welchem Grunde Summen, die für die Zahlung fälliger Koupons und gezogner Obligationen der chinesischen Anleihe erforderlich sind, den Banken und Bankhäusern, die diese Zahlung ausführen, nicht zum festgesetzten Termin zur Verfügung gestellt würden, sind gedachte Banken und Bankhäuser mit den hierzu erforderlichen Mitteln für Rechnung der russischen Regierung zu versehen, unter Bedingungen, die die russische Regierung — d. h. der Finanzminister — festgesetzt hat.

11. Juli. Eine Abordnung aus Bulgarien, geführt vom Metropolit Klement, erscheint in einer Versammlung des „Slawischen Wohlthätigkeitsvereins" in Petersburg. Sie wird hier begrüßt durch eine Ansprache, in der es heißt:

Ihr Blick drang in unsre Herzen, die von derselben Liebe zu Ihnen erfüllt ist wie früher. Ihre Ankunft in Rußland bezeugt das Erwachen des bulgarischen Volksgeistes und das Erkennen jener nationalen Idee, deren Entwicklung dem uns teuren bulgarischen Volke die Möglichkeit gewährt, den Platz einzunehmen, der ihm unter den andern slawischen Völkern gebührt.

12. Juli. Empfang der abessynischen Gesandtschaft beim Kaiser.

17. Juli. Die bulgarische Abordnung wird vom Kaiser empfangen, dem sie ihr tiefstes Bedauern über den Tod des vorigen Kaisers sowie darüber ausspricht, daß das bulgarische Volk nicht früher schon dem Kaiser unmittelbar sein Beileid hätte ausdrücken können. Der Kaiser antwortet, er habe nie an der Aufrichtigkeit des bulgarischen Volkes gezweifelt und werde ihm auch in Zukunft seinen Schutz erhalten.

Anfang September. Die Pamir-Grenzregulirungskommission geht unverrichteter Sache wieder auseinander.

(Die Beziehungen Rußlands zur Türkei und zu China s. unter den Rubriken dieser Länder.)

II.

Die kaiserliche Familie.

12. Juli. Der Zar spricht sich bei einem Mahle in Peterhof sehr herzlich über die außerordentlich friedliche Rede des deutschen Kaisers bei der Eröffnung des Nordostseekanals aus. Der darin angeschlagne warme Ton finde in seinem Herzen freudigen Wiederhall.

24. Juli. Taufe der Prinzessin Irena Alexandrowna.

Im August. Der Zar verleiht dem Botschafter Baron Mohrenheim in Paris aus Anlaß seines 50jährigen Dienstjubiläums den Wladimir-Orden erster Klasse mit dem Bemerken, daß er die auf Erhaltung „freundschaftlicher Beziehungen" zwischen Rußland und Frankreich gerichtete Thätigkeit des Botschafters anerkenne, vor allem, weil sie zur günstigen Lösung der seinem Herzen teuren Aufgabe, „den allgemeinen Frieden zu befestigen" beitrage.

Ende August. Der Zar schenkt dem Fürsten von Montenegro 30000 Gewehre, 15 Millionen Patronen, ferner Kanonen, Mitrailleusen und Dynamit.

15. September. Der Zar erläßt einen Befehl wegen Gründung des Kuratoriums für Arbeiterhäuser.

1. Oktober. Der Zar empfängt den Flügeladjutanten Oberst v. Moltke in Audienz behufs Entgegennahme eines Handschreibens des deutschen Kaisers. Später erfährt man, daß es sich um die Ueberreichung eines Bildes handelte, unter das der deutsche Kaiser geschrieben habe: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!"

15. November. Dem Kaiserpaar wird eine Tochter geboren, die den Namen Olga erhält.

Frankreich.

I.

Die Kammern.

1. Juli. Die Deputirtenkammer lehnt einen vom Sozialisten Vaillant vorgeschlagnen Gesetzentwurf zur Einführung des Branntweinmonopols ab.

6. Juli. Die Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf wegen Aenderung der Getränkesteuer und fordert die Regierung auf, binnen 6 Monaten einen Gesetzentwurf zur Einführung des Alkoholmonopols vorzulegen. Ferner genehmigt sie den infolge des „Falls Dreyfuß" entstandnen Gesetzentwurf über Landesverrat und Spionage, wodurch für eine Sorte politischer Verbrecher die Todesstrafe wieder hergestellt und die Ueberweisung von Zivilpersonen in Friedenszeiten an die Militärgerichte eingeführt wird.

8. Juli. Die Kammer erklärt einen Antrag für dringlich, durch den die Regierung aufgefordert wird, sobald wie möglich über einen Vertrag wegen eines ständigen Schiedsgerichts zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Verhandlung zu treten. — Bei Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz empfiehlt Ministerpräsident Ribot die Vorlage, die auch einen politischen Erfolg darstelle, dessen sich Frankreich mit Recht freuen könne bei den vielen Ueberlieferungen der Freundschaft, die es mit der Schweiz verbinden. Der Vertrag wird angenommen.

11. Juli. Der Senat stimmt diesem Vertrage bei.

12. Juli. In der Kammer stellt Goblet eine Anfrage in Betreff eines Briefs, in dem der Erzbischof von Cambrai dem Kultusminister erklärte, er könne die Haltung seines Klerus in der Frage der Anfallsteuer nicht mißbilligen. Goblet bemerkt, man könne die Drohungen und die Auflehnung des Klerus unmöglich dulden, und bittet die Regierung, die Frage der Trennung der Kirche vom Staate zu prüfen sowie einen Gesetzentwurf über die Freiheit der Vereinigungen einzubringen. Kultusminister Poincaré erwidert, die Republik begünstige keinerlei Angriffe auf die Freiheit der Katholiken, und tadelt die Agitation, die der Klerus gegen die Anfallsteuer organisirt habe; die Regierung werde dem Konkordat Achtung verschaffen und die wachsame Hüterin der öffentlichen Gewalt sein. Hierauf wird eine von Goblet beantragte Tagesordnung zu Gunsten der Trennung von Kirche und Staat abgelehnt und eine Tagesordnung, die das Vertrauen in die Festigkeit der Regierung, den bestehenden Gesetzen Achtung zu verschaffen, ausdrückt, angenommen.

13. Juli. In der Deputirtenkammer stellt Pourquéry eine Anfrage wegen des Beschlusses des Rates der Ehrenlegion, durch den die Dekorirung Eiffels aufrecht erhalten wird. Redner bemerkt, das Land verstehe diesen Beschluß nicht, nachdem Eiffel durch Richterspruch gebrandmarkt worden sei. Minister Trarieux erwidert, der Beschluß sei begründet durch die Entscheidung des Kassationsgerichtes, die das Urteil der Vorinstanz über Eiffel aufgehoben habe. Die Regierung könne sich nicht einmischen. Die Kammer nimmt

Hierauf eine Tagesordnung an, durch die das Bedauern über den angeführten Beschluß des Rates der Ehrenlegion ausgesprochen und die Regierung ersucht wird, einen Gesetzentwurf zur Umgestaltung dieses Rates einzubringen. Die Session des Parlaments wird hierauf geschlossen.

24. **September.** Die Budgetkommission der Deputirtenkammer tritt zusammen. Die Beratung dreht sich hauptsächlich um die Nachtragskredite für das laufende Jahr, etwas über 15 Millionen, die nach einer Mitteilung des Konseilspräsidenten Ribot beschafft werden müssen. Dazu werden noch fünfzig oder mehr Millionen für die Madagaskarexpedition kommen, und ferner trägt die Thatsache, daß die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr um 16 Millionen hinter den Voranschlägen zurückgeblieben sind, keineswegs dazu bei, die Lage in einem rosigen Lichte erscheinen zu lassen. Im Vergleich zu dem ersten Halbjahr des verflossenen Jahres sind $53^1/_2$ Millionen weniger eingegangen. — Cavaignac, Berichterstatter für das Kriegsbudget, erstattet einen ausführlichen Bericht, in dem alle möglichen schweren Mängel der Kriegsverwaltung vorgeführt und angesichts der schlimmen Finanzlage eine Anzahl von Reformen im Sinne von Ersparungen im Betrage von 24 Millionen Francs vorgeschlagen werden. Der Kriegsminister will nur 8 Millionen zugestehen. Cavaignac besteht darauf, daß energische Maßregeln getroffen werden, um dem Verwaltungsdienst eine neue Richtung zu geben; er kennzeichnet die mißbräuchliche Handlungsweise dieses Dienstes besonders durch Darlegung der Vorbereitungen zu den Märschen, beklagt das Fehlen jeder Verantwortlichkeit, wenn sich Mißstände zeigten, beantragt, das 19. Korps zurückzurufen, und verlangt die Schaffung einer Kolonialarmee. Schließlich wirft er die Frage auf, behufs Herstellung des Gleichgewichts im Budget die Reste der geheimen Fonds, die seit mehreren Jahren zusammengespart wurden und ungefähr 2 Millionen Francs betrügen, zu benutzen. Ein Artikel des Finanzgesetzes könnte der Regierung die Möglichkeit geben, sich durch ein einfaches Dekret diese Kredite in Höhe der 2 Millionen zu eröffnen.

25. **September.** Fortsetzung. Cavaignac legt den Plan für die Reorganisation der Truppenmacht in Algerien dar. Hiernach soll der größere Teil der algerischen und tunesischen Truppen, zwei Infanterie- und eine Kavallerie-Brigade, nach Frankreich verlegt werden. Unter Hinzunahme dieser Truppen könne ein neues kontinentales Armeekorps gebildet werden, das möglichst nahe der Ostgrenze aufzustellen wäre. Die in Algier und Tunesien verbleibenden Truppen sollen mit den Kadres der gegenwärtig vorhandnen Kolonialtruppen verschmolzen werden und den Stamm einer

neuen Kolonialarmee bilden. Diese Armee würde dem Kriegsministerium unterstehen und in Frankreich, Algerien und den Kolonien durch Werbungen sowie Wiedereinstellung ausgedienter Soldaten rekrutirt werden; den Truppen sollen Dienstprämien gezahlt werden.

27. September. Vor dem Budgetausschlusse äußern sich der Ministerpräsident Ribot und der Kriegsminister General Zurlinden über den Bericht Cavaignacs. Ribot erklärt, die Kommission müsse sich vor übereilter Verallgemeinerung vereinzelter Thatsachen hüten, die die Kriegsverwaltung ungerecht in Verdacht bringen könnten. Man dürfe nicht den Glauben erwecken, daß ein Zusammenbruch bevorstehe, was ein falscher Eindruck wäre. Kriegsminister Zurlinden erklärt, die Meinung der ganzen Armee werde sich zu dem aus dem Berichte hervorgehenden Eindruck im Gegensatz befinden. Der Bericht baue seine Theorie auf einige außergewöhnliche Vorkommnisse auf und überschreite sein Ziel. Der dem Korps vorgeworfene kameradschaftliche Geist bilde die Ehre der Armee und habe keineswegs die ihr vorgeworfenen Mißbräuche veranlaßt. Was die Märsche anlange, so werde die Verwaltung nichts verabsäumen, um vorteilhafte kaufmännische Bedingungen zu erlangen. Die von Cavaignac vorgebrachten Thatsachen seien richtig, aber unter falschem Lichte dargestellt worden. Die Kommission beschließt, den Effektivbestand der Zuaven um 3000 Mann herabzusetzen und die algerischen Schützen um 3000 Mann zu verringern.

16. Oktober. In der Budgetkommission spricht sich der Marineminister über die Frage der Schiffsneubauten aus. Er legt dar, der japanisch-chinesische Krieg habe die Notwendigkeit des Baues zahlreicher Kreuzer von großer Schnelligkeit, guter Armirung und genügendem Schutz erwiesen. Das neue Programm für den Bau von Panzerschiffen, Kreuzern und Avisos erfordre etwa 1 Milliarde Francs, die auf 12 Jahre zu verteilen wären. Der jährliche Betrag der Kredite für Schiffsneubauten müßte demgemäß um etwa 10 Millionen Francs erhöht werden. — Der Kriegsminister Zurlinden giebt die Erklärung ab, er sei bereit, die in Aussicht genommenen Abstriche von den Heeresausgaben zu erörtern, müsse jedoch einen Vorbehalt in Betreff derjenigen machen, die mit der Organisirung der Armee zusammenhängen, nämlich mit der Umgestaltung des 19. Armeekorps (Algerien) und der Fusion des Geniekorps mit der Artillerie. Ueber diese Fragen habe zunächst der Oberkriegsrat sein Gutachten abzugeben. Zurlinden widersetzt sich der Aufhebung des Invalidenhotels, weil sie entmutigend auf das Heer wirken würde und im Grunde eine sehr schwache Ersparnis wäre. Er bekämpft auch die Herabsetzung des Kredits für die Offi-

ziere, die dem Kriegsministerium zugeteilt sind, sowie die Ersparnis von 2 Millionen auf den Schießplätzen und die von 50000 Francs auf die Ausgaben für die Gendarmerie. Der Ausschuß läßt sich aber nicht belehren; denn nachdem der Minister sich entfernt hatte, bestätigt er seine früheren Beschlüsse. Nur hinsichtlich der Verschmelzung der Generalstäbe des Genies und der Artillerie ändert er seinen Sinn. Cavaignac erhält den Auftrag, in der Kammer zu erklären, die Reform werde sich demnächst von selbst aufdrängen, der Budgetausschuß glaube also nicht weiter darauf bestehen zu sollen.

II.

Wahlen zu den Generalräten.

28. Juli. Diese 1443 Wahlen fallen überwiegend zu Gunsten der Republikaner aus; die Sozialisten und die Monarchisten erleiden eine starke Niederlage. 1013 fallen für die Republikaner aus.

4. August. Die Stichwahlen fallen für 99 Republikaner, 26 Konservative und 14 Sozialisten aus.

III.

Erinnerungs-Feierlichkeiten.

7. Juli. In St. Quentin wird ein Denkmal zur Erinnerung an die Verteidigung von Saint-Quentin im Jahre 1557 feierlich enthüllt. Der Minister des Auswärtigen Hanotaux hält hierbei eine Rede.

Er erinnert an die traurige Lage des vom Feinde überzognen Frankreich im Jahre 1557 und fügt hinzu, Frankreich, das im Laufe seiner Geschichte wiederholte Schicksalsschläge erfahren, habe sich immer wieder erhoben, und es habe um sich mehrere mächtige Regierungen, deren Herrschaft unerschütterlich schien, zusammenbrechen sehen. Diese Lebenskraft verdanke Frankreich nicht allein seinem starken Patriotismus, sondern der unleugbaren Notwendigkeit seiner Rolle unter den andern Völkern, die ihm stets wertvolle Sympathien und thätige und ausdauernde Mithilfe eingetragen habe. Aber Frankreich müsse sich den ihm von seiner Bestimmung zugewiesenen Aufgaben treu erweisen und die wachsame Hüterin der edeln Ideen und der großen Grundsätze bleiben, die auf dem Rechte beruhen. Gesichert durch seine Stärke und das weise Haushalten mit seinen Kräften, sicher in seinen Freundschaften, fähig zur Begeisterung und zu Opfern, und auf der Hut gegen den Geist der Abenteuer, könne Frankreich mit Vertrauen der Zukunft entgegensehen.

16. August. Nationalfeier bei Mars la Tour zur Erinnerung an die Schlacht von 1870. Bischof Turinaz von Nancy sagt in der Festrede:

25 Jahre lang sind wir nun in Trauer und beweinen unsre Toten und unsre verlornen Länder; 25 Jahre arbeiten wir an der Wiederherstellung des Vaterlandes. Genug jetzt der Trauer! Laßt uns unser Festgewand anlegen und den Blick erheben, denn heute können wir vorwärts marschieren! Heute dürfen wir laut von unsern nächsten Hoffnungen reden! Dann spricht der Bischof von der Jungfrau von Orleans, vergleicht die Lage Frankreichs zu jener Zeit mit der im Jahre 1870 und fordert die Jugend auf, dem Beispiel Jeanne d'Arcs nachzufolgen, deren Schlachtruf war Toujours en avant! um, wenn der Augenblick gekommen, freudig für die Befreiung unsrer Brüder das Leben zu lassen. Eine volle Stunde lang predigt er so die Revanche, immer auf die Jungfrau von Orleans, die Lothringerin, weisend, wie sie die Engländer zu Paaren trieb, und dabei die bevorstehende Möglichkeit ausmalend, daß sie in gleicher Weise für die Lothringer eintreten würde. Den „annektirten Brüdern" ruft er zu: „Auf Wiedersehen!" und dankt insbesondre den so zahlreich erschienenen Vertretern der Stadt Metz und des pays Messois für ihre unwandelbare Treue zum alten Vaterlande. Alsdann appellirt er an die Einigkeit aller Franzosen, die es fertig bringen werde, dem Feinde, sollte er wiederum an der Grenze erscheinen, zuzurufen: Vous ne passerez pas, und wenn es sein muß: C'est nous qui passerons. Zum Schluß seiner Rede wendet sich der Bischof nochmals an ganz Frankreich, das jetzt thatkräftig vorgehen müsse, um seine alte Ehre wiederzuerobern: es lebe Jeanne d'Arc, es lebe Lothringen, es lebe Frankreich!

Unter den Zuhörern befinden sich die deutschen Reichstagsabgeordneten Neumann aus Hayingen, gewählt in Diedenhofen, und Pfarrer Colbus aus Neunkirchen, gewählt in Saargemünd.

Anfang Oktober. In Nancy wird der Grundstein zu einem Kolossaldenkmal gelegt, das zur Erinnerung an den Besuch errichtet wird, den der Großfürst Konstantin kurz nach den Kronstädter Festen dem Präsidenten Carnot in dieser Stadt machte. Dieses Denkmal wird einundzwanzig Meter hoch sein und auf einem monumentalen Untergrunde eine Pyramide tragen, an deren Vorderseite das Medaillon Carnots prangen wird. Zwei Bronzefiguren von je drei Meter Höhe, die Frankreich und Rußland darstellen, reichen sich unter dem Bilde Carnots die Hände.

13. Oktober. In Le Puy findet die Einweihung des Denkmals für die vor dem Feinde gefallnen Soldaten der Armee an der obern Loire statt. Der Unterrichtsminister Poincaré hält eine Rede, in der er die Ausstellungen der Opposition hinsichtlich der Militärverwaltung erwähnt und hervorhebt, gewisse Mißbräuche hätten sich allerdings herausgestellt, aber man müsse angesichts der wirklichen Fortschritte gereizte Kritiken vermeiden. Die Regierung werde die Dienstordnung aufrecht erhalten, aber sie werde von der

Opposition verlangen, die militärischen Fragen nicht mit politischen Leidenschaften zu vermischen.

18. Oktober. In Chateaudun wird der Jahrestag der Verteidigung der Stadt durch Nationalgarden und Franktireurs unter dem Befehl des Polen Lipowski feierlich begangen. Nach dem Gottesdienste begiebt sich ein großer Zug nach dem Kirchhofe, wo Kränze niedergelegt und patriotische Ansprachen gehalten werden.

IV.

Militärische Angelegenheiten.

19. September. Auf dem Plateau von Puzieux findet bei Mirecourt eine große Heerschau statt, bei der der Präsident der Republik, Minister Hanotaux, der neue russische Minister des Aeußern Fürst Lobanow und der russische General Dragomirow anwesend sind. Beim Festmahl in Mirecourt hält Präsident Faure folgende Rede:

Es ist eine große Genugthuung für den Präsidenten der Republik, daß seine erste Reise nach dem Osten Frankreichs zur Zeit der soeben beendigten, so interessanten Manöver erfolgt. Dieses Zusammentreffen ermöglicht es mir, der lothringischen Bevölkerung den Dank des Landes für die unsern Soldaten bereitete Aufnahme auszudrücken, die kund thut, welche enge Freundschaft sie mit unserm Heere verbündet. Wenngleich ich während der wenigen Tage, die ich unter den Truppen zugebracht habe, diese väterliche Gastfreundschaft beobachten und so noch lebhafter die Gefühle ihrer Mitbürger kennen lernen konnte, so hatte ich doch seit langem mit ganz Frankreich die leidenschaftlichen Schläge ihres Herzens empfunden. Nirgends besser als hier findet der Patriotismus seinen höchsten Ausdruck, wo der Kultus einer in der Erbschaft gemeinsamer Leiden und gemeinsamen Ruhmes bestehenden Vergangenheit sich mit der Beständigkeit der Begeisterung und der Hingabe an die nationalen Schicksale verbündet. Indem die Republik dem Lande seine Einrichtungen im Einklang mit den Bedürfnissen der Demokratie und mit den Anforderungen des modernen Geistes sichert, hat sie den Ehrgeiz, in ihrer auswärtigen Politik die hundertjährigen Traditionen des Landes zu bewahren und ganz im Geiste der geschichtlichen Gesetze seine Größe und seine Wohlfahrt zu entwickeln. Sie sammelt ein niedergeworfnes und isolirtes Frankreich. Sie hat sich der Aufgabe gewidmet, seine Kräfte wieder herzustellen, sein Heer zu organisiren und ihm den ihm gebührenden Platz unter den Nationen zu sichern. Bei den Manövern, denen wir soeben beigewohnt, hat unsre Armee, wie im fernen Madagaskar inmitten von Beschwerden und Kämpfen (und ich begreife absichtlich unter dem gleichen Namen „Armee“ unsre Land- und Seetruppen) ihre Mannszucht und Tapferkeit gezeigt. Das Land folgt ihr mit warmer Teilnahme und mit Dankbarkeit. Das republikanische, allgemein geachtete Frankreich kann mit Stolz das während der letzten fünfundzwanzig Jahre vollbrachte Werk betrachten. Der Demokratie steht es jetzt frei, täglich das materielle und sittliche Gedeihen des Landes zu

mehren und in unermüdlicher Arbeit sich zu ihrem Ideal der Gerechtigkeit und Zivilisation zu erheben. Die Zukunft gehört der Arbeit, der Ausdauer und der Tüchtigkeit. Das nationale Gefühl regt sich überall im Lande; es ist in der ganzen Ausdehnung unsrer Gebiete von der gleichen, beständigen Wärme. Aber es scheint, daß am Fuße dieser Berge, die unsre Grenze bilden, das Bild des Vaterlandes unvergleichliche Klarheit und einen besondern Glanz gewinnt. Ich erhebe mein Glas zur Ehre der Stadt Mirecourt und grüße die Bevölkerung der Vogesen. Meine Herren, — auf das französische Vaterland!

V.

Krieg auf Madagaskar.

Juni bis September. Das französische Korps überschreitet am 9. Juni den Strom Betsiboka und nimmt die Stadt Mevatanana ein, im August wird der General der Hovas bei Maroway geschlagen, am 30. August findet ein kleineres Gefecht statt. Hierauf beginnt die Lage der Franzosen infolge der Einflüsse des Klimas, worauf die Eingebornen gerechnet hatten, sehr bedenklich zu werden; 3000 Mann liegen krank. Aber am 30. September gelingt dem General Duchesne die Einnahme der Hauptstadt der Hovas, Antananarivo.

9. Oktober. Auf die Nachricht hiervon richtet die Regierung an den General Duchesne und die Truppen ein Glückwunschtelegramm im Namen Frankreichs und der Regierung. In dem Telegramm heißt es: Ihre bewunderungswürdigen Truppen haben sich um das Vaterland hochverdient gemacht. Frankreich dankt Ihnen für den großen Dienst, den Sie ihm erwiesen, und für das große Beispiel, das Sie gegeben haben. Sie haben wieder einmal bewiesen, daß es kein Hindernis und keine Gefahr giebt, die nicht durch Methode, Mut und Kaltblütigkeit zu überwinden wären. Sie sind zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt.

15. Oktober. General Duchesne schließt mit der Regierung der Hovas folgenden Vertrag:

Artikel I.

Der Gouverneur J. M. der Königin von Madagaskar erkennt und nimmt an das Protektorat Frankreichs mit allen seinen Folgen.

Artikel II.

Die Regierung der französischen Republik wird sich bei J. M. der Königin von Madagaskar durch einen Generalresidenten vertreten lassen.

Artikel III.

Die Regierung der französischen Republik wird Madagaskar in allen seinen auswärtigen Beziehungen vertreten. Der Generalresident wird mit

den Beziehungen zu den Agenten der fremden Mächte betraut; die Fragen, die die Fremden in Madagaskar angehen, werden durch seine Vermittlung erledigt. Die diplomatischen und konsularischen Agenten Frankreichs in fremden Ländern sind mit dem Schutz der madagassischen Unterthanen und Interessen betraut.

Artikel IV.

Die Regierung der französischen Republik behält sich vor, in Madagaskar die zur Ausübung ihres Protektorats notwendigen militärischen Kräfte zu unterhalten. Sie verpflichtet sich, J. M. der Königin von Madagaskar stetige Unterstützung gegen alle Gefahr zu leihen, die sie bedrohen könnte, oder die die Ruhe ihrer Staaten zu gefährden vermöchte.

Artikel V.

Der Generalresident hat die innere Verwaltung der Insel zu kontrolliren. J. M. die Königin von Madagaskar verpflichtet sich, die Reformen zu vollziehen, die die französische Regierung für die Ausübung ihres Protektorats für nützlich erachtet, desgleichen für die wirtschaftliche Entwicklung der Insel und für den Fortschritt der Zivilisation.

Artikel VI.

Die Gesamtheit der Ausgaben des öffentlichen Dienstes in Madagaskar, sowie der Dienst der Staatsschuld bleibt durch die Einkünfte der Insel gesichert. Die Regierung J. M. der Königin von Madagaskar verzichtet darauf, irgend ein Anlehen abzuschließen ohne die Ermächtigung der Regierung der französischen Republik. Die letztere übernimmt keine Verantwortlichkeit in Bezug auf die Verbindlichkeiten, Schulden oder Konzessionen, die die Regierung J. M. der Königin von Madagaskar etwa vor der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrags eingegangen ist. Die Regierung der französischen Republik wird der Regierung J. M. der Königin von Madagaskar ihren Beistand leihen, um ihr die Konversion der Anleihe vom 4. Dezember 1886 zu erleichtern.

VII. und letzter Artikel.

In möglichst kürzester Frist soll die Abgrenzung der Gebietsteile Diégo-Suarez vorgenommen werden. Die Demarkationslinie soll, soweit es die Konfiguration des Erdreichs gestattet, dem 12° 45′ südlicher Breite folgen.

Zusatzprotokoll.

Der Artikel IV des Vertrags vom 8. August 1868 und der Artikel VI des Vertrags vom 17. Dezember 1885 bleiben einer spätern Revision vorbehalten, die dazu bestimmt ist, den französischen Unterthanen das Recht zu sichern, Grundeigentum auf der Insel Madagaskar zu erwerben.

Artikel II.

Die Angehörigen der fremden Mächte, deren Konsulatsgerichte abgeschafft werden, sollen in derselben Weise wie die Franzosen selbst den französischen Gerichten unterstehen.

VI.

Arbeiterbewegung.

Mitte Oktober. In einem heftigen Kampfe von Arbeitern gegen den Glashüttendirektor Ressèguier in Carmaux bleibt dieser

und damit die Sache des Kapitals in einer für die Arbeitgeber in allen Ländern lehrreichen Weise Sieger.

Die Aufhetzung der Arbeiter durch Agitatoren und die Presse war in diesem Falle ganz besonders zu Tage getreten. Reſſéguier erhob daher Klage gegen den Abgeordneten Jaurès und gegen die Toulouser Zeitungen „Depeche“ und „La Petite République“; er verlangte von den Beklagten hunderttausend Franks Schadenersatz dafür, daß infolge ihrer Aufreizungen der Streik der Arbeiter der Glashütten zu Carmaux so lange anhielt und jeder Versöhnungsversuch fehlschlug. Infolgedessen wurde von einem Arbeiter ein Mordanfall auf Reſſéguier verübt.

6. **November.** Die sozialistischen Abgeordneten in Paris erlassen eine Ansprache an die Arbeiter und Republikaner Frankreichs über den Streik in Carmaux. Sie brandmarken das Verhalten des Direktors, der durch die abermalige Ablehnung des Schiedsgerichts die Regierung herausfordere. Die Volksvertreter würden in den republikanischen Gesetzen Mittel suchen, um den unversöhnlichen Absolutismus dieses Mannes zu brechen. Weiter werden die Arbeiter von Carmaux aufgefordert, den Widerstand bis zum äußersten fortzusetzen. Die Arbeiter Frankreichs und diejenigen andrer Länder möchten dieses Unternehmen unterstützen.

Im November. Der neue radikale Ministerpräsident Bourgeois giebt sich vergebliche Mühe, Reſſéguier zum Nachgeben zu bewegen.

VII.

Die Kammern (2. Session).

22. **Oktober.** Präsident Brisson eröffnet die Sitzung der Deputirtenkammer, indem er sie auffordert, den ersten Gedanken den heldenhaften Söhnen des Vaterlands zu widmen, die die französische Fahne nach Madagaskar getragen haben. Dieser Feldzug habe gezeigt, welche unteilbare Einheit die Gesetze der Republik aus der Armee und der Nation gemacht haben. Die französische Rasse habe hierbei kraftvolle Tugenden entfaltet durch ihre Hartnäckigkeit gegenüber unerwarteten Uebeln; durch ihren Willen, zu marschieren und zu siegen, haben die Truppen gezeigt, daß im Kriege Disziplin und inneres Feuer über alles triumphire. Als Volksvertreter neigen wir uns mit frommer Hochachtung vor dem Grabe derjenigen, die für das Vaterland gestorben sind. Auch zum Beginn der Senatssitzung fordert der Präsident Challemel-Lacour auf, den Soldaten des Expeditionskorps Dankbarkeit und leidenschaftliche Sympathie auszusprechen.

26. Oktober. Nach sehr lebhaften Verhandlungen spricht die Kammer der Regierung ihr Vertrauen aus bezüglich der Angelegenheit von Carmaux.

28. Oktober. In der Deputirtenkammer stellt Rouanet eine Anfrage „über die Langsamkeit und Parteilichkeit bei der Ahndung der Betrügereien jeder Art, die in dem Handel der Chemins de fer du Sud begangen worden sind."

Die Südbahn war eine Gründung, so faul wie es je irgend eine gegeben hat. Panama war neben ihr ein ganz anständiges, ehrliches, reinliches Geschäft. Nur sind die Summen kleiner, um die es sich bei der Südbahn handelt; immerhin sind bei ihr mehrere hundert Millionen unterschlagen worden. Es hat dabei große und kleine Diebe gegeben, und wie beim Panama, hat man die großen laufen lassen, die kleinen aber hängen wollen. Man wollte die bestochnen Minister, Senatoren, Abgeordneten und Regierungsbeamten schonen, sie nicht einmal genannt wissen, aber dafür die Administratoren der Gesellschaft, die, um ihr Geschäft überhaupt betreiben und weiter betreiben zu können, Minister, Senatoren, Abgeordnete und Beamte hatten kaufen müssen, ins Zuchthaus schicken. Die Geschwornen des Seinedepartements entdeckten aber den gefälschten Rapport über die gefälschten Bücher, erkannten, daß die wahren Schuldigen gar nicht angeklagt waren, und sprachen die ihnen zur Aburteilung vorgeführten subalternen Werkzeuge der großen Spitzbuben frei.

Nach lebhafter Verhandlung dieser Sache erklärt die Kammer, daß es nötig sei, den Parlamentsmitgliedern die Teilnahme an finanziellen Syndikaten zu untersagen. Rouanet beantragt einen Zusatz: „Die Kammer ist entschlossen, vollständiges Licht in die Südbahnaffäre zu bringen, und fordert den Justizminister auf, alle Schuldigen zu verfolgen und die gesamten Prozeßakten auf den Tisch des Hauses niederzulegen." Ministerpräsident Ribot sagt, die Annahme des Antrags würde die Neueröffnung der Untersuchung bedeuten, die abgeschlossen sei, und würde besagen, die Justiz habe das erstemal nicht ihre Pflicht gethan. Die Regierung weise den Antrag zurück. Der erste Teil des Antrags betreffend die Verfolgung der Schuldigen wird angenommen mit 275 gegen 196 Stimmen. Rouanet zieht den zweiten Teil, betreffend die Vorlegung der Prozeßakten, zurück. Die Tagesordnung mit dem Zusatzantrag Rouanet wird in der Gesamtabstimmung angenommen mit 311 gegen 210 Stimmen. Unter langanhaltender Bewegung und höhnischen Zurufen der Sozialisten verlassen die Minister den Saal.

VIII.

Ministerium Bourgeois.

31. Oktober. Nachdem das am 27. Januar d. J. ins Amt getretne Ministerium Ribot infolge obigen Kammerbeschlusses vom

28. Oktober zurückgetreten ist, bildet Präsident Faure ein neues Ministerium, das also zusammengesetzt ist:

Bourgeois Präsidium und Inneres; Cavaignac Krieg; Lockroy Marine; Ricard Justiz; Doumer Finanzen; Mesureur Handel; Viger Ackerbau; Guyot-Dessaigne öffentliche Bauten; Combes Unterricht; Leveille Kolonien; Berthelot Aeußeres.

IX.

Die Kammern (Forts).

4. November. Ministerpräsident Bourgeois verliest in den Kammern eine programmatische Erklärung des neuen Ministeriums, deren Hauptstellen also lauten:

Wir werden dem Willen der Kammer gehorchen, indem wir über die in der Tagesordnung Rouanet hervorgehobnen Thatsachen eine weitere Untersuchung eröffnen; wir werden die gerichtlichen Untersuchungsakten veröffentlichen, um dem Parlament das politische und moralische Urteil zu ermöglichen, das diesen Thatsachen gegenüber am Platze ist. Wir werden einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den den Mitgliedern des Parlaments untersagt wird, Verwaltungsratsstellen anzunehmen bei Gesellschaften, die zu dem Staate in einem Vertragsverhältnisse stehen, und bei Emissionssyndikaten, bei Strafe des Mandatsverlusts. Wir werden eine gewisse Oeffentlichkeit auf dem Gebiete gerichtlicher Untersuchungen verlangen. Die Erklärung betont dann die Notwendigkeit, die Gesetzgebungsarbeit zu beschleunigen, und zählt die hauptsächlichsten der zu lösenden Fragen auf, nämlich das Budget, die progressive Erbschaftssteuer, Reform der Getränkesteuer, auf der Basis der völligen Entlastung gesundheitsdienlicher Getränke. Weiter heißt es in der Erklärung, daß eine allgemeine Einkommensteuer als eine notwendige Reform erscheine; ein dahingehender Gesetzentwurf werde in Kürze dem Parlament zugehen. Die Regierung werde die zur Zeit in der Vorarbeit befindlichen Entwürfe betreffend die Versicherung auf Gegenseitigkeit und die Arbeiteraltersversicherung beibehalten. Es wird ferner die Notwendigkeit eines Gesetzes betreffend die Vereinsfreiheit betont, behufs endgiltiger Regelung der Beziehungen zwischen den Kirchen und dem souveränen Staat. Die Regierung werde an dem wirtschaftlichen Regime nicht rühren, sondern nur vervollständigende Maßregeln verlangen, die die Landwirtschaft gegen gewisse internationale Spekulationen verteidigen. Die Erklärung rühmt die Armee und das madagassische Expeditionskorps und fährt fort, das Land verlange, daß durch strenge Kontrolle und durch eine von Tag zu Tag vollkommnere Organisation die nützlichste Verwendung der Hilfsquellen des Vaterlands gesichert werde. Wir werden uns bemühen, den Erwartungen des Vaterlandes zu entsprechen. Wir werden Ihnen besonders in Kürze einen Gesetzentwurf bezüglich der Kolonialarmee vorlegen. Das während des Friedens wieder aufgerichtete republikanische Frankreich hat Bündnisse erworben, die das allgemeine Gleichgewicht Europas wiederherstellen. Wir werden dem einstimmigen Wunsche des französischen Volks entsprechen, indem wir diesen Bündnissen

treu bleiben, und indem wir mit ihnen in allen Punkten, bei denen es unsre Pflicht ist, die friedliche Entwicklung unsers Einflusses, unsrer Interessen und unsrer Rechte verfolgen. Wir sind der Ansicht, es giebt eine Majorität über die offnen und heimlichen Feinde der Republik und über diejenigen, die glauben, daß ein Fortschritt aus dem Klassenkampfe und der Gewaltthätigkeit sich ergeben könne, und die nicht ein individuelles Eigentum anerkennen. Wir bitten diese Majorität, sich um die Regierung zu scharen, die entschlossen ist, die Gesetze zu verteidigen, die mit Recht unantastbar genannt werden; eine Regierung, die völlig unparteiisch ist in den ökonomischen Zwisten zwischen Kapital und Arbeit, und die ohne Wanken wissen wird, den Frieden und die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, dabei jedoch unaufhörlich bemüht sein wird, das Los der Kleinen und Schwachen zu verbessern. Zum Schlusse wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Republik das Werkzeug zum moralischen und sozialen Fortschritt und das Mittel zur Verminderung der Ungleichheit der sozialen Verhältnisse ist und ersucht um das Vertrauen des Parlaments.

14. **November.** In der Deputirtenkammer legt der Justizminister Ricard den Gesetzentwurf vor, durch den den Senatoren und Deputirten die Beteiligung an Syndikaten für finanzielle Emissionen und an Verwaltungsräten von Gesellschaften, die zu dem Staate in einem Vertragsverhältnisse stehen, untersagt wird. Dumas bringt eine Anfrage ein über die Anwendung des Gesetzes gegen anarchistische Umtriebe und beantragt, daß die Aburteilung derartiger Vergehen, wenn sie durch Worte oder die Presse begangen sind, wieder dem Schwurgericht übertragen werde. Ministerpräsident Bourgeois erklärt, die Regierung werde keine Verpflichtungen eingehen, das Gesetz habe einen Ausnahmecharakter; man hätte gut daran gethan, eine Frist für die Anwendung desselben zu bestimmen, denn es könne der Zeitpunkt kommen, wo das Gesetz unnütz würde; er bitte, mit der Beurteilung seines Auftretens sowie der allgemeinen Politik des Kabinetts ein wenig zu warten. Hierauf werden die Erklärungen der Regierung von der Kammer gebilligt.

18. **November.** Die Deputirtenkammer nimmt den die Einführung der progressiven Steuer betreffenden Teil der Vorlage über die Erbschaftssteuer an. — Dufaure richtet an die Regierung eine Anfrage über die erfolgte Verhaftung Artons, eines der Hauptschuldigen im großen Panamabetrugsprozesse, und verlangt Auskunft, warum Cornelius Herz nicht verhaftet werde. Ministerpräsident Bourgeois antwortet, die Polizei habe Arton entdeckt, und es sei ihr die Weisung erteilt worden, ihn zu verhaften. Was Herz anbetreffe, so hänge dessen Verhaftung nicht von dem Willen der Regierung ab. Barthon spricht der Regierung Billigung aus über die Verhaftung Artons und erklärt, die dem Zentrum angehörigen Deputirten brauchten keine Besorgnis vor Arton zu haben und hätten nichts zu befürchten, sie verlangten vielmehr völlige

Klarheit. Millerand wirft den vorigen Ministern vor, den Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege nicht die genügende Wichtigkeit beigemessen zu haben. Dechand fragt, wem man denn die bereits ausgeführten Reformen verdanke, und erklärt, glücklich darüber zu sein, ein radikales Kabinett am Werke zu sehen. Ministerpräsident Bourgeois erwidert, er hätte in sein Programm nicht alle Punkte des radikalen Programms aufgenommen und bezeichnet die Punkte, an die er herantreten werde. Er würde sein Wort getreulich halten.

Hierauf werden die Handlungen und Erklärungen des Ministeriums von der Kammer gebilligt.

27. November. Beratung der Deputirtenkammer über die Unternehmung gegen die Hovas. Der Minister des Aeußern Berthelot giebt seiner Anerkennung Ausdruck für die Verdienste des nach Madagaskar entsandten Expeditionskorps und führt sodann aus:

Madagaskar ist heute im französischen Besitz. Die Expedition hat zu schmerzlichen, alle vorherigen Annahmen übersteigenden Opfern geführt, die uns das Recht geben, ausgedehnte Entschädigungen und endgiltige Bürgschaften zu verlangen. Es kann sich hieraus keinerlei auswärtige Schwierigkeit ergeben. Wir achten die in Bezug auf gewisse Mächte vor uns eingegangnen Verpflichtungen. Was die von den Hovas abgeschlossenen Verträge betrifft, so werden wir die für eroberte Gebiete üblichen internationalen Regeln beobachten. Unter diesem Vorbehalte sind wir entschlossen, namentlich unter dem wirtschaftlichen Gesichtspunkte, alle aus der endgiltigen Besitznahme Madagaskars sich ergebenden Rechte auszuüben. Die innere Organisation des Landes wird unter unsrer Autorität aufrecht erhalten werden. Die Regierung beabsichtigt keineswegs, den Vertrag von Tananarivo abzulehnen, aber sie hält es für notwendig, an dem Wortlaut des Vertrags gewisse Abänderungen vorzunehmen, zu dem Zwecke, jeden Irrtum zu vermeiden und jeder Möglichkeit neuer Konflikte vorzubeugen.

Zwei Redner tadeln die Organisation der Expedition und legen die Verantwortlichkeit hierfür dem Marineministerium zur Last; sie verlangen eine Untersuchung. Kriegsminister Cavaignac erklärt, die Regierung sei bereit, Aufklärungen zu geben; er lobt den Heldenmut der Soldaten und Offiziere; die Frist zur Vorbereitung der Expedition sei ungenügend gewesen; der Feldzug habe bewiesen, daß die Kolonialarmee aus fertigen Leuten zusammengesetzt sein müsse. „Die Wahrheit ist, daß wir einer Organisation für die Kolonien ermangeln, ein Sühnopfer braucht aber deshalb nicht herausgesucht zu werden.“ Hierauf beschließt die Kammer, die Erklärungen der Regierung seien zu billigen und den Truppen seien Glückwünsche auszusprechen.

29. November. In der Kammer stellt der Bonapartist Cunéo d'Ornano an die Regierung eine Anfrage wegen Aenderung der Verfassung, die nötig sei, um die versprochnen Reformen zu erlangen. Mehrere der gegenwärtigen Minister seien für die Re-

vision. Ministerpräsident Bourgeois erklärt es für leicht, Reformen herbeizuführen, ohne daß zu einer Revision der Verfassung geschritten werde. Es sei Sache der Regierung, die Initiative in der Revisionsfrage zu ergreifen, sobald sie den geeigneten Augenblick für gekommen erachte. Die Kammer nimmt sodann eine Tagesordnung an, die feststellt, daß die Regierung vor allem entschlossen ist, Reformen durchzuführen und in der Verwirklichung ihres Programms fortzufahren.

11. Dezember. Die Kammer nimmt den Heeres- und den Marineetat an, diesen, nachdem der Berichterstatter Pelletan erklärt hatte, es werde der Bau von Kreuzern in Angriff genommen werden, weil dieselben den gegenwärtigen Gefechtsbedingungen besser entsprächen.

19. Dezember. Der Finanzminister Doumer bringt in der Kammer einen Ergänzungskredit von 16 Millionen Franks für Madagaskar ein. Der Kredit soll die Kosten für die Rückkehr und die Ausgaben für Verpflegung und Unterbringung der Truppen bis zum 30. Juni 1896 decken und kommt zu den 65 Millionen Franks hinzu, die vor Beginn der Expedition bewilligt waren.

24. Dezember. Im Senat tadelt Lamarzelle bei Beratung des Heeresetats die Art der Vorbereitung der Madagaskarexpedition, wodurch die außerordentlich hohe Sterblichkeit verursacht worden sei. Redner fordert die Regierung auf, festzustellen, wer hierfür verantwortlich sei. Kriegsminister Cavaignac erwidert, das gegenwärtige Kabinett treffe keinerlei Verantwortung. Die Zahl der Toten übersteige nicht 3500. Der Minister schließt, indem er die Notwendigkeit der Schaffung der Kolonialarmee betont. Beim Marineetat erwidert der Marineminister Lockroy auf eine Anfrage, die Schiffsbauten seien nie so lebhaft im Gange gewesen als jetzt, und diese eifrige Thätigkeit werde im nächsten Jahre noch andauern. Die Flotte befinde sich in der gleichen Lage wie die Flotten der dem Dreibunde angehörigen Mächte.

28. Dezember. Die Deputirtenkammer genehmigt ohne weiteres den Ergänzungskredit für Madagaskar und genehmigt das Budget mit den vom Senat angebrachten Aenderungen. — Schluß der ordentlichen Session.

X.

Stimmung gegenüber Deutschland.

30. Juli. Die „Patrie," das Pariser Organ de la défense nationale, veröffentlicht aus der Feder ihres Generalsekretärs Emile Massart einen Leitartikel La jeune armée, in dem gesagt wird:

Die Deutschen feiern die Siege, die sie 1870 durch Verrat und infolge unsrer Sorglosigkeit erfochten haben. Unsre junge Armee wartet, stolz, das Gewehr im Arm. Mögen sie ihre Fahnen bekränzen drüben, sie werden niemand mehr täuschen! Sie leben von leicht erworbnem Ruhm. An stetige Siege gewöhnt, hatten wir uns überraschen lassen und blieben dann, voll Erstaunens, verwundert in unsrer Niederlage sitzen. Jetzt ist das anders! Gegenüber den kupfernen Pickelhaubenspitzen erhebt sich bei uns ein Wald blitzender Bajonette, und den germanischen Horden gegenüber stehen die jungen Legionen des alten Galliens bereit. Der Gott der Schlachten wird den Namen des nächsten Sieges nennen. Unsre Truppen, die physische Elite der Nation, sind den dicken Panduren Wilhelms wohl gewachsen. Niemals haben wir eine so zahlreiche, furchtbare Armee gehabt als heute. Die Engländer, die sich nicht ohne Beefsteak schlagen, und die Deutschen, die nur unter Schlägen ins Feld ziehen, mögen thun, was sie wollen. Wir zucken die Achseln und schließen die Reihen zusammen.

15. August. Veröffentlichungen des Pariser „Matin." Der Berichterstatter, den der „Matin" nach Metz gesandt, hat nach dem deutschen Stadtoberhaupt von Kramer den Abbé Collin aufgesucht, um die Ansichten eines Führers der einheimischen Partei denen des deutschen Beamten gegenüberzustellen.

Der Berichterstatter meldet, der Geistliche habe festgestellt, daß im Geiste der Elsaß-Lothringer seit der Annexion eine Aenderung stattgefunden habe. Das Volk habe der Pression nicht immer widerstanden. Es habe sich germanisirt, wenn es auch nur eine oberflächliche Germanisirung sei. Man füge sich in die Annexion, aber die Herzen blieben frei. Durch die Volksschule habe das deutsche Regiment die französische Sprache immer mehr zu Gunsten der deutschen zurückgedrängt, und da das Deutsche die Sprache der Beamten und Gerichte sei, so habe sich die Bevölkerung dem deutschen Gebrauche anbequemt. Sie mache der Regierung keine heftige oder systematische Opposition mehr. Die innere Lage Frankreichs, die Unbeständigkeit der dortigen Regierungen hat nach der Meinung Collins viel zur Vernarbung der Wunden in Elsaß-Lothringen beigetragen, da man die mathematische Regelmäßigkeit der deutschen Institutionen mit der Unsicherheit der Lage in Frankreich vergleiche. Es existirt eine oberflächliche Germanisirung, aber diese Germanisirung bringt langsam und unaufhaltsam tiefer ein. Ueber die Zukunft befragt, antwortete der Abbé: Ich glaube nicht an den Krieg für jetzt und bin überzeugt, daß er später unmöglich sein wird. Der deutsche Bischof von Trier sagte, Deutschland sei für fünfhundert Jahre gebaut. Das ist wohl möglich. Seine militärische Kraft ist furchtbar. Der Partikularismus ist im Verschwinden begriffen, der Sozialismus ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Unsre Bevölkerung würde ein Arrangement zwischen Deutschland und Frankreich willkommen heißen. Warum könnte man uns nicht neutralisiren? Oder Deutschland könnte Elsaß behalten und Frankreich Lothringen zurückgeben. Aber das deutsche Volk würde eine solche Teilung nicht dulden.

19. August. Der Pariser „Matin" veröffentlicht Unterredungen mit dem elsässischen Reichstagsabgeordneten Guerber und dem Mitgliede des Landesausschusses Petri, die beide erklärten, eine elsaß-lothringische Frage existire nicht.

Petri betont, Frankreich verkenne die wirkliche Lage Elsaß-Lothringens. Man bilde sich dort ein, daß die Elsässer in Permanenz auf der Straßburger Kathedrale Wache hielten und ausblickten, ob Frankreich käme, sie zu befreien. Das sei eine Legende, die im Interesse beider Länder zerstört werden sollte. Unzweifelhaft hat die Stunde der Resignation geschlagen; wir wünschten zufolge unsrer Sympathie für Frankreich, daß sie auch jenseits der Vogesen schlüge. Unsre Stadt gedeiht, ihre Industrie wird täglich reicher. In Straßburg giebt es nur einige wenige Personen, die um den Preis eines Krieges wieder Franzosen werden möchten. Die große Mehrheit will Frieden und Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes. Unser Wunsch ist Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich. Dies kann nur auf Grund des Frankfurter Vertrags geschehen. Alle andern Lösungen sind Hirngespinste. Das ist die Wahrheit. Ich wünsche, Sie hätten den Mut, sie zu sagen, und die öffentliche Meinung Frankreichs, sie zu begreifen.

22. August. Im Pariser „Figaro" veröffentlicht der französische General Munier mit Namensunterschrift einen Brief mit der Erzählung eines Falles aus dem Kriege von 1870, wonach ein höherer deutscher Offizier in Lothringen bei einer Einquartierungswirtin Wäsche und Schmucksachen aus den Schränken gestohlen habe. (Der siebenundsechzigjährige Munier geriet bei Sedan in Gefangenschaft und ist jetzt außer Dienst.)

Ende August. Der Pariser „Figaro" sagt von den Manövern an der deutschen Ostgrenze:

Während die Deutschen die Gedenkfeier ihrer Siege laut und lärmend begehen, schickt sich die französische Armee schweigend und in aller Stille an, diese Triumphgesänge mit einer „eklatanten" Manifestation zu beantworten. Nach den Kronstädter Festen haben die Manöver bei Vitry unsern Freunden, den Russen, gezeigt, daß unsre Armee wieder auf ihren Füßen steht, zwanzig Jahre nach dem Jahre des Schreckens, bereit, alle ihre Pflichten und Aufgaben auszuführen. Nach den Kieler Festen werden jetzt die Manöver im Vogesengebiet Europa beweisen, daß Frankreich fortan ohne Furcht dem verhängnisvollen Problem der Eventualitäten entgegenblickt, die die Zukunft uns bringt. Vor den Augen des Dreibundes schreiten Frankreich und Rußland Hand in Hand einher. Ein neuer Beweis dafür wird dieser Tage gegeben werden.

XI.

Verhältnis zu Italien.

Anfang September. Die französische Regierung kündigt der italienischen Regierung den Handelsvertrag auf, den der Bey von Tunis, Muhamed Essadar, am 8. September 1868 mit dem

Bevollmächtigten des Königs Viktor Emanuel auf 28 Jahre geschlossen hatte, und in den Frankreich eingetreten ist, nachdem Tunis am 12. Mai 1881 durch den Vertrag von Kasr-el-Saïd, ergänzt durch den Vertrag vom 8. Juni 1881, unter französische Schutzherrschaft geriet. Der Handelsvertrag sicherte den Italienern sehr weitgehende Rechte und Vorzüge zu, wie Konsulargerichtsbarkeit für italienische Unterthanen, eigne Postanstalten, Krankenhäuser, Schulen, das Recht, Vereine und Genossenschaften zu gründen, wobei alle diese Einrichtungen unmittelbar dem Generalkonsul in Tunis und seinen Agenten unterstellt wurden. In Bezug auf den Handel setzt der Vertrag einen Eingangszoll von 8 Prozent des Wertes der eingeführten Waren fest, wie er auch von andern als italienischen Einfuhrwaren erhoben wird.

XII.

Vertrag mit China.

Im Juli. Nach dem Ende des chinesisch-japanischen Kriegs schließt China mit Frankreich einen Vertrag folgenden Inhalts:

China tritt das linke Ufer des Mekong ab und erschließt Stadt und Hafen Hokhoud auf der Insel Hainan. Den Franzosen wird die Bestellung von Konsuln gewährt in Städten, die für die Vertreter andrer Nationen verschlossen sind, unter anderm in Semao im Yunnan, dem großen Stapelplatze für den Theehandel und einem Verkehrsknotenpunkte für die Karawanen aus dem Tibet und Birma; ferner erschließt der Vertrag den Franzosen nicht nur die an Laos grenzenden Staaten bis östlich nach Kuang-Tung (Canton) und gestattet ihnen, sowohl die Eisenbahnen an die chinesischen Linien anzuschließen, als auch den bisher nur bis Luang-Prabaug reichenden Telegraphen in das Innere des himmlischen Reiches fortzuführen; er gesteht auch den französischen Unternehmern ein Vorrecht im Betriebe der sehr ergiebigen Blei-, Kupfer- und Silbergruben zu und verpflichtet China, alle Lieferungen für Eisenbahnbauten, Verkehrs- und industrielle Anlagen ausschließlich französischen Werkstätten vorzubehalten.

Großbritannien und Irland.

I.

Parlament.

6. Juli. Im Oberhause führt der Premierminister Lord Salisbury aus, Lord Rosebery habe jüngst erklärt, er appellire an

das Land, um das gesetzgeberische Uebergewicht des Oberhauses zu beseitigen, und wenn dies geschehen wäre, würden dreierlei Wege eingeschlagen werden, um die Ziele, die dabei im Auge behalten werden, praktisch durchzuführen.

Was meinte Lord Rosebery, fährt der Premierminister fort, mit dem gesetzgeberischen Uebergewicht des Oberhauses? Das Haus der Lords hat herkömmlicherweise nicht an den Vorgängen oder an den Abstimmungen teilgenommen, durch die die Regierungen gestürzt oder aufgerichtet wurden, noch auch an der Beschaffung der Mittel für die Staatsverwaltung. In Bezug auf alle übrigen Angelegenheiten besitzt das Oberhaus genau dieselbe gesetzgeberische Befugnis wie das Unterhaus, das ist jedoch keine gesetzgeberische Uebermacht. Lord Rosebery hat gesagt, das Uebergewicht der Lords in der Gesetzgebung lege der liberalen Partei Handschellen an; allein: was hat das Oberhaus während der Amtszeit Lord Roseberys gethan, um der Partei Handschellen anzulegen? Es hat die Vorlage betreffend die vertriebnen irischen Pächter abgelehnt, eine Vorlage, die von ihren eignen Anhängern als undurchführbar und absurd bezeichnet wurde. Das Oberhaus würde auch in Zukunft solche Vorlagen aufs entschiedenste bekämpfen. Was die Unterrichtsstiftungen angeht, so hat das Haus der Lords auf zwei großen Grundsätzen bestanden, nämlich daß die Stiftungen für diejenigen bewahrt bleiben sollen, für die sie ursprünglich gemacht wurden, und ferner, daß die Eltern das Recht haben sollen, ihre Kinder in ihrer Religion erzogen zu sehen. Diese Grundsätze werden sie immer festhalten. Das eigentliche Ziel des Hauses der Lords war, die Homerule-Bill zu Falle zu bringen. Dieses sei die Frage, über die das Land in der That bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden habe. Die einzige Bedingung, unter der große und ernstliche Reformen der Einrichtungen des Landes durchgeführt werden könnten, sei, daß sie von großen Mehrheiten des Landes angenommen würden. Weder die Homerule-Bill noch die Vorlage über die Entstaatlichung der Kirche in Wales sei von der Mehrheit der Nation unterstützt worden, wenigstens soweit England in Betracht komme. Andrerseits, betont Lord Salisbury, seien Probleme vorhanden, denen die Aufmerksamkeit zugewendet werden solle. Sie seien reich an Schwierigkeiten, aber sie versprächen den Erfolg, der zur Wiederherstellung der Wohlfahrt und zur Minderung des Elends der ärmeren Klassen führe. Er bekenne, daß er keine Panacee für die Notlage der Landwirtschaft besitze, doch diese verdiene mehr als ein andrer Gegenstand die höchste Aufmerksamkeit des Parlaments, und es seien die Richtungen gegeben, in denen eine Abhilfe erreicht werden könne. Das Oberhaus verdiene den Dank des Landes für seine jüngste Haltung, und sei es auch nur um deswillen, daß es mit den unfruchtbaren und ärgerlichen Zwistigkeiten aufgeräumt habe, die eine üble Gepflogenheit einiger unter den Gesetzgebern des Landes geworden sei, — und daß es sie aufgefordert habe zu der lohnenderen Thätigkeit eines Studiums der Besserung der sozialen Lage des Volkes.

Nachdem hierauf Lord Rosebery die wiederholte Erklärung abgegeben hat, daß die liberale Partei an ihrem Programm festhalte, wird die Expropriationsbill durch alle Lesungen angenommen. Hiernach verkündet der Kanzler der königlichen Kommission die Vertagung des Parlaments.

14. August. Nachdem vom 1. bis 29. Juli die Neuwahlen zum Unterhause stattgefunden haben, infolge deren 411 Koalirte

259 Home Rulern entgegenstehen und die Regierung eine Mehrheit von 153 Stimmen besitzt, wird das Parlament mittelst Thronrede eröffnet. Diese beginnt mit der Versicherung, daß England zu allen Nationen in friedlichen Beziehungen stehe, spricht sodann die Befriedigung über die Beendigung des chinesisch-japanischen Krieges aus und bringt das tiefe Bedauern über das jüngste Gemetzel unter den Missionaren in China zum Ausdruck, dem die Regierung gebührende Beachtung zuwende. Die Thronrede enthält keine speziellen Ankündigungen über die Gesetzentwürfe, sondern verschiebt die Darlegung des Regierungsprogramms bis zum Zusammentritt des Parlaments im Februar.

15. August. Im Oberhause spricht sich der Premierminister Lord Salisbury bei Beratung der als Antwort auf die Thronrede zu erlassenden Adresse also aus:

Die Regierung sei der Ansicht, das Aufgeben Tschitrals könnte vom Standpunkt der physischen Strategie verteidigt werden; es wäre aber höchst unklug vom Standpunkt der moralischen Strategie. In Betreff der armenischen Frage bemerkt Salisbury, die Regierung habe bestimmte Zusicherungen, daß Reformen durchgeführt werden würden. Er glaube, daß gegenwärtig keine Gefahr einer Wiederholung der gräßlichen Schandthaten vorliege; aber es sei ihm noch nicht gelungen, eine angemessene Garantie für die Herbeiführung der Reformen zu erhalten, und hierauf müßten die Bemühungen gerichtet sein. Frankreich und Rußland hätten den ernsten Wunsch ausgesprochen, das gemeinsame Vorgehen mit England aufrecht zu erhalten. Der Sultan sei mit einem Aufschub und mit Entschuldigungen hervorgetreten; das erscheine nicht als klug, sondern geschehe aus einer Furcht heraus, durch die die Pforte sich habe zu lange leiten lassen, nämlich der Furcht, die Pforte könnte etwas thun, was die Wirkung hätte, die Unabhängigkeit der Türkei zu opfern. Diese Unabhängigkeit bestehe durch das Uebereinkommen mit den andern Mächten, und diese Mächte hätten gleich zu der Zeit, als sie in diese Politik eintraten, das Gefühl gehabt, daß dadurch, daß die Türkei so viel als möglich gegen die ehrgeizigen Bestrebungen der andern Mächte geschützt wurde, und daß ihr eine Stetigkeit gegeben wurde, die sie auf natürlichem Wege nicht hatte, sie einen Mechanismus stützen könnten, der nicht für das Glück und den Fortschritt der Menschheit arbeite. Wie lange dieser Stand der Dinge noch aufrecht erhalten bleiben könne, scheine zweifelhafter als vor zwanzig Jahren. Wenn die Notschreie einer Generation nach der andern aus verschiednen Teilen des türkischen Reiches kämen, so könne sich der Sultan nicht der Wahrscheinlichkeit verschließen, daß Europa von Zeit zu Zeit müde würde, sich zur Hilfe anrufen zu lassen, und daß die nur scheinbar bestehende Kraft der Regierung des Sultans aufhören müsse. Keine Regierung sei ängstlicher bedacht auf die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit des Ottomanischen Reiches, so wie es durch den Berliner Vertrag sichergestellt sei, als England; wenn aber der Sultan aus Furcht vor einem Eingriff in seine nominellen Prärogative sich weigere, den Maßregeln nachzukommen, die ihm die Mächte Europas angeben, um Aufruhr und Anarchie in seinen Besitzungen auszurotten, so würde auf die Dauer der Zeit kein Vertrag und keine Sympathie imstande sein, die Macht des Sultans aufrecht zu erhalten. Der Premierminister spricht sodann über den Ausfall der Wahlen und sagt, dieser

Ausfall sei ein Fingerzeig für die liberalen Parteien für die Zukunft, daß fortwährende Umwälzungen keine politische Speise wären, wie sie das Volk wünsche. Das Land wünsche Verbesserungen im Kampfe um das Dasein der Millionen; dies sei die höchste Aufgabe eines jeden Staatsmannes.

19. August. Der Staatssekretär des Kriegsamts, Marquis of Landsdowne macht im Oberhaus die Mitteilung, Lord Wolseley sei zum Nachfolger des Herzogs von Cambridge als Oberbefehlshaber des Heeres ernannt. Der Herzog von Cambridge lege sein Amt am 1. November nieder.

22. August. Im Unterhause erklärt der erste Lord des Schatzes, Balfour: „Ich bin und war stets für ein internationales Uebereinkommen betreffend die stabilste Basis der internationalen Umlaufsmittel, habe aber kein Recht, meine Kollegen in dieser Beziehung zu verpflichten; ich habe keinen Grund, zu glauben, daß gegenwärtig eine internationale Konferenz zu einem internationalen Einvernehmen führen würde." Bei der Beratung des Etats des Ministeriums für Kolonien erklärt der Staatssekretär Chamberlain, der Bau von Eisenbahnen in den Kolonien an der Westküste Afrikas werde von den Kolonien selbst oder von England, nicht aber durch Privatspekulation unternommen werden. Im allgemeinen bedürften die Kolonien zu solchen Unternehmungen keiner finanziellen Unterstützung, aber es gebe viele Kolonien, die unentwickelt sind, deren Entwicklung aber durch Geldanlagen seitens englischer Kapitalisten im Interesse der Eingebornen und Englands wünschenswert sei, und die er zu empfehlen beabsichtige. Er werde alles thun, um die Einfuhr von Spirituosen nach Afrika zu beschränken, aber solange Frankreich und Deutschland sich den englischen Bestrebungen zur Unterdrückung des Handels mit Spirituosen nicht anschlössen, sei es unmöglich, ihn wirksam zu hemmen. Denn wenn die Eingebornen die Spirituosen in englischen Kolonien nicht haben könnten, so würden sie sie neben andern Waren in deutschen oder französischen Kolonien kaufen.

30. August. Bei der Beratung des Unterhauses über die Bewilligung von 20000 Pfund Sterling zur Vorbereitung des Baues der Ugandabahn teilt Unterstaatssekretär Curzon mit, es sei beschlossen worden, die Bahn von Mombasa bis Uganda zu bauen. Es handle sich um die Entwicklung der Hilfsquellen nicht nur Ugandas, sondern auch der oberen Gewässer des Nils und des Distrikts am Viktoriasee. Ueberdies würde, wenn England nur die Hälfte des Wegs der Bahn baue, Deutschland dieselbe bis zum See bauen.

II.

Militärisches.

1. November. Lord Wolseley erläßt einen Armeebefehl, in dem er erklärt, er übernehme, gehorsam dem Befehl der Königin, das Kommando der Landstreitkräfte der Krone als Nachfolger des Herzogs von Cambridge. Er werde suchen, die großen Traditionen der englischen Armee aufrecht zu erhalten. Er rechne vertrauensvoll auf die loyale Unterstützung aller Mitglieder des Heeres bei dem Wunsche, die militärische Kraft des Heeres zu heben.

9. November. Lord Wolseley erwidert als Ehrengast bei einem Festmahle der Londoner Tuchmachergilde das Hoch auf das Heer also:

Es wird mein großes Ziel sein, diese Armee zu einer wirklichen Kriegsmaschine zu machen, die zu jeder Zeit, wann immer die Nation durch das Parlament es verlangt, schlagfertig ist. Die Erziehung der Armee ist ein Punkt, dem ich die allergrößte Bedeutung beilege. Seit fünfundzwanzig Jahren haben wir in dieser Beziehung sehr große Fortschritte gemacht und ich glaube, daß Ihre Majestät gegenwärtig ein Offizierkorps besitzt, das durchaus kompetent ist, allen an dasselbe gestellten Anforderungen zu entsprechen. Von unsrer Armee jedoch als perfekt zu sprechen, wäre Ueberhebung — aber noch nie hat eine Armee sich selbst für vollkommen gehalten; das beweist, daß sie sich stets zu vervollkommnen strebt. Die Devise „Fortschritt und Bildung" müssen die Worte sein, die stets auf unsern Werktafeln eingeschrieben sind — ein Stillstand ist für uns unmöglich.

III.

Die königliche Familie.

12. Juli. Dieselbe erhält den Besuch des Herzogs von Genua, Vetters des Königs von Italien.

28. Oktober. Verlobung der Prinzessin Maud, Tochter des Prinzen von Wales, mit dem Prinzen Karl von Dänemark.

14. Dezember. Geburt eines Sohnes des Herzogs von York.

IV.

Kolonien.

Juli bis Oktober. In Britisch-Ostafrika herrscht eine starke Gährung gegen die britische Herrschaft. Mehrere gegen die Suaheli-

Araber an der Mombasküste gesandte Expeditionen können mit dem Aufstande nicht recht fertig werden.

V.

Beziehungen zum Ausland.

1.

Verhältnis zu Deutschland.

22. Juli. Der neue Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Curzon, sagt in seiner Erwiderung auf die Ansprache einer Abordnung von 50 der bedeutendsten Liverpooler Reederfirmen, er habe auf seinen Reisen wahrgenommen, wie sehr beeinträchtigend und fühlbar der deutsche Wettbewerb auf der ganzen Welt auftrete. Obgleich er ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und England als eine Bürgschaft des europäischen Friedens betrachte, sei er doch dafür, daß irgend eine gesetzliche Maßnahme zum Schutze der britischen Schiffahrt getroffen werde.

Ende Juli. Der Londoner „Standard" bringt anläßlich des Besuchs des deutschen Kaisers in England einen Artikel, in dem es heißt:

Der Kaiser sei sehr jung und könne, wie überhaupt jeder noch so fähige Souverän, wenn er nicht sehr reif an Jahren sei, am englischen Hofe bei der Königin von England eine Lektion in politischer Weisheit nehmen; freilich könne er nicht daran denken, wie lange er auch selbst immer regieren möge, die Königin Viktoria an Scharfsinn jemals zu übertreffen, noch hoffen, sie in der Liebe und Ehrfurcht, die sie eingeflößt habe, zu erreichen. Es würde für Kaiser Wilhelm und sein Volk genügen, wenn er, wie dies zweifellos der Fall sein werde, sich seiner mütterlichen Abstammung würdig zeige. Nachdem darauf hingewiesen worden, wie der Kaiser auch von andrer Seite große Traditionen ererbt habe, die durch die Verschiedenheit ihrer Strömungen ihn vielleicht gerade besonders geschickt für die Ausübung seines Berufs gemacht hätten, werden die augenblicklichen Beziehungen Deutschlands und Englands besprochen. Als Enkel der Königin, heißt es da, wird der Kaiser Gegenstand sympathischer Kritik in England sein, als Herrscher Deutschlands wird er von uns nach den Beziehungen beurteilt werden, die er mit uns kultivirt. „Wir wollen keine Klage formuliren, wenn wir sagen, daß während der Amtsführung der letzten Regierung die Beziehungen Deutschlands und Englands nicht zu allen Zeiten zufriedenstellend und nicht so intim und freundlich waren wie früher." Weiter heißt es: „Es kommt nicht darauf an, welche Partei in England im Amte ist. Englische Minister müssen stets wünschen, die möglichst besten Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten. Es ist nur natürlich, daß England und Deutschland Alliirte sind, und ganz unnatürlich, daß sie irgend etwas andres oder daß sie gar einander entfremdet wären; ihre Hauptinteressen sind identisch. Wir

glauben nicht, daß die Regierung des Kaisers in den letzten zwei Jahren unabänderlich nach diesem Prinzip gehandelt hat, ja wir können nicht umhin, zu gestehen, daß gelegentlich in der kaiserlichen Politik eine zu starke Tendenz, diplomatische Experimente zu versuchen, zum Ausdruck kam. Unsre eigne Politik ist bezüglich unsrer Freunde eine sehr einfache, und gerade der Kaiser wird sich vielleicht nicht geschmeichelt fühlen, wenn wir sagen, daß er seine Taktik seinem ersten Kanzler entlieh. Das Entgegenkommen Englands, das Deutschland so lange genossen hat, ist für dasselbe wertvoller als irgend ein momentanes Resultat, das aus dem Kokettiren mit Rußland oder Frankreich entstehen könnte. Zweifellos würde Deutschland weise handeln, wie wir, vollständig freundliche Beziehungen zu beiden Mächten zu unterhalten. Wenn aber der Kaiser denkt, es könne mehr dabei herausspringen, so irrt er sich. Frankreich hat Sedan und Rußland den Berliner Kongreß nicht vergeben. England hat dagegen nichts zu vergeben, nichts zu verzeihen, nichts umzustürzen. In kleinen Dingen sowohl wie in großen, in großen europäischen oder asiatischen Fragen wie in untergeordneten kolonialen, sollten sich daher Deutschland und England in offner und freundlicher Weise behandeln. Niemand wird aus dem, was wir gesagt haben, schließen, daß die Beziehungen der beiden Länder andre als gute sind, aber wir wünschen, daß sie besser werden, welcher Wunsch jetzt, wo Lord Salisbury Minister des Auswärtigen geworden ist, wahrscheinlich erfüllt werden wird.

Der Artikel schließt mit der Erwartung, daß Kaiser Wilhelm seine Anwesenheit benutzen werde, um Fühlung mit der nationalen Meinung in England hinsichtlich der mazedonisch-bulgarischen Frage zu nehmen.

Der Artikel wird in zahlreichen Organen der deutschen Presse mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen.

10. August. Der „Standard" erwidert auf die Kritiken seiner neulichen Auslassung in einem zweiten, anscheinend offiziösen Artikel: Die deutsche Presse habe durch ihren erregten Ton bewiesen, daß die Darstellung des „Standard" richtig sei. Der Hinweis auf die inkonstitutionelle Ausnutzung des Besuchs des deutschen Kaisers sei hinfällig. Der Kaiser sei selbständig und lasse keine doktrinäre Scheidung in eine private und eine öffentliche Person zu. Die Beziehungen beider Staaten seien klar. In Afrika hätte Deutschland Englands Freundschaft erfahren, da die Briten meinen, Afrika sei für beide Nationen groß genug. Deutschland aber hätte den Kongovertrag verhindert, was keine Parallele zu der britischen Haltung in den Hinterlandfragen, wie Kamerun, Kilima Ndscharo 2c. darstelle. Bei gegenseitigem Wohlwollen könnte das beste Einvernehmen herrschen, noch einfacher sei das europäische Verhältnis beider Staaten. Englands Interessen seien identisch mit denen des Dreibundes. Der Dreibund wolle die Erhaltung des status quo, während der Zweibund anstrebe, was nur durch Krieg erreichbar sei. Der formale Anschluß an den Dreibund sei für England unthunlich, da das Risiko auf außereuropäischem Gebiet zu groß sei,

aber Englands Wohlwollen sollte Grund genug sein, in Berlin eine bessere Behandlung und Rücksicht auf hiesige Interessen zu erwirken. Auch die „Times“ erörtern in langer Betrachtung dasselbe Thema. Die auf Afrika bezügliche Stelle lautet wörtlich:

Kamerun und den Kilima-Ndscharo traten wir an Deutschland ab. Aus Freundschaft und Wohlwollen erlaubten wir, daß der Tanganjikasee und ausgedehnte Landstrecken, die zwischen unsern Besitzungen im Süden und in den Aequatorialgegenden die Verbindungsbrücke bildeten, in das deutsche Interessengebiet fielen. Solche Abmachungen, zu denen wir uns gut gelaunt herbeiließen, sind zu Zeiten scharf zu unserm Nachteil ausgelegt worden, und die kaiserlich deutsche Kanzlei hat sich bemüht, uns Hindernisse in den Weg zu legen, wenn wir wie mit dem Kongoabkommen unsre Stellung zu verbessern trachteten.

2.

Verhältnis zur Türkei.

Anfang Oktober. Englische Kriegsschiffe beschießen und zerstören die türkische Stadt Zabara am persischen Meerbusen, weil die dortigen Behörden sich weigerten, ein türkisches Boot auszuliefern, das ein zur englischen Insel Bahrein gehörendes, die Perlenfischerei ausübendes Boot gefangen genommen und nach dem Festlande geschleppt hatte.

9. November. Der Premierminister Lord Salisbury spricht sich in einer Rede beim Londoner Lordmayors-Bankett also aus:

Wir hatten ein Jahr, in dem uns der ferne Osten ernstlich beschäftigte; ich hoffe, daß der Friede in jene Gegenden zurückgekehrt ist, und hoffe, daß es nur eine unnötige Besorgnis ist, mit der wir das, was dort stattgehabt hatt, betrachten. Ich erinnere an das Wort Lord Beaconsfields: „In Asien ist Raum für uns alle.“ Aber es giebt einen Weltteil, wo die Dinge nicht so friedlich oder hoffnungsvoll aussehen. Armenien hat die Gemüter aller seit Monaten beschäftigt. Unter Hinweis auf die im Mai dem Sultan gemachten Reformvorschläge der drei Mächte hebt Salisbury hervor, die Unterhandlungen seien mit großem Geschick von den Botschaftern geführt. Die im Mai gemachten Vorschläge seien im wesentlichen von dem Sultan angenommen worden. Er habe zu diesen Vorschlägen nichts hinzugefügt, nur als Ersatz für die Forderungen der Botschafter ein einfacheres Mittel, zu demselben Ziele zu gelangen, angeboten, falls es vorgezogen werden sollte, daß die jetzige mohammedanische Maschinerie weiterarbeite und von einer gemischten Kommission überwacht werde. Der Sultan habe die Forderungen der Botschafter vorgezogen; somit sei sein (Salisburys) Vorschlag selbstredend hinfällig geworden. Wenn die Reformen ausgeführt würden, würden sie den Armeniern alle Aussicht auf Wohlfahrt, Frieden und Ruhe geben. Aber würden sie ausgeführt werden? Wenn man den Sultan überreden könne, den Armeniern Gerechtigkeit zu gewähren, so sei es gleichgiltig, auf welches Papier das Versprechen geschrieben sei. Aber wenn der Sultan keine Gerechtigkeit übe und sich nicht herzhaft entschließe, sie zu üben, so würde die sorgfältigste Verfassung nutzlos sein. Solange das Ottomanische

Reich besteht, besteht die einzige Macht unsrer Aktion und der Aktion aller Mächte Europas zusammen in der Einwirkung, die sie auf das Gemüt des Sultans ausüben können. Wenn aber der Sultan nicht überredet wird, was wird die Folge sein? Meine erste Antwort ist, daß trotz aller Verträge und trotz aller Kombinationen auswärtiger Mächte eine beharrliche Mißverwaltung die Regierung, die sie übt, ihrem Schicksal zuführt. Aber es ist nicht allein die notwendige Wirkung natürlicher Gesetze, von der ich spreche; es gilt auch die Autorität der Großmächte. Seit einem halben Jahrhundert hat die Türkei ihre jetzige Stellung nur inne gehabt, weil die Großmächte beschlossen hatten, daß im Interesse des Friedens und des Christentums die Aufrechterhaltung der Türkei notwendig sei, und ich glaube nicht, daß die Großmächte jetzt andrer Ansicht geworden sind. Die Gefahr, falls das Ottomanische Reich fällt, ist nicht nur die, daß sich das dort entzündete Feuer auch auf andre Nationen ausdehnt und alle, selbst die mächtigsten und zivilisirtesten Völker Europas, in den gefährlichen Kampf mit hineinziehen dürfte. Diese Gefahr schwebte unsern Vorfahren vor, als sie die Unversehrbarkeit und Unabhängigkeit der Türkei zum Gegenstand eines europäischen Vertrages machten, und die Gefahr ist noch nicht vorüber. Zwei Täuschungen sind zu vermeiden, nämlich erstens der Fall, daß dieser Vertrag, der das Konzert Europas zusammenhält, seine Kraft verliert, indem irgend eine Macht dem Vertrage entsagt und die Sache auf ihre eigne Weise zu regeln sucht. Ich freue mich, sagen zu können: ich sehe keine Aussicht auf einen solchen Ausgang! Ich glaube, die Mächte werden zusammenstehen, und glaube, daß sie nie geneigter waren, als jetzt, zusammenzustehen und bei dem europäischen System, das ihre vereinte Weisheit entworfen hat, zu verharren. Die weitere Gefahr ist, daß die Ratgeber des Sultans sich einbilden könnten, der Druck jener Sorge vor Veruneinigung der Mächte sei so groß, daß kein Mißbrauch in der Türkei durch sie seine natürliche Strafe finden werde. Das wäre eine ernste Täuschung. Ich glaube, die Mächte sind durchaus entschlossen, was das Ottomanische Reich betrifft, zusammen zu handeln. Wie sie handeln werden, kann ich nicht prophezeien, ich kenne die Fälle nicht, die entstehen können, aber niemand kann sagen, es sei unmöglich, daß die Mächte der Klagen der Leidenden müde werden und eine andre Abmachung finden dürften, nämlich einen Ersatz für diejenige, die die gehegten Hoffnungen nicht erfüllt hat. In dem Konzert der Mächte — eine bezeichnende Erscheinung, die erfreulichste Erscheinung der Gegenwart — liegt nichts, was diejenigen trösten könnte, die jene Mißregierung zu verewigen wünschen oder die Stimme jener zum Schweigen bringen wollen, die den Herrschern der Türkei die brennende Notwendigkeit einprägen wollen, ihren Unterthanen die Segnungen einer guten Verwaltung zu geben. Während der Unterhandlungen hat nichts größern Eindruck auf mich gemacht, als die Neigung der Großmächte, zusammenzuwirken und ihr tiefes Verständnis für die schrecklichen Gefahren, die die Trennung ihrer Aktion herbeiführen könnte. Selbst diejenige unter ihnen, die im Volksgerede den Ruf der Rastlosigkeit hat, hat mit den andern in dem Bemühen gewetteifert, diese große Schwierigkeit zu einem günstigen Ausgange zu führen und sie in einer Weise zu führen, die alle Mächte in einer Linie hält, angeregt durch ein gemeinsames Motiv und ein gemeinsames edles Ziel: das des Friedens der Christenheit. Das ist ein sehr erfreuliches Symptom. Ich hoffe, daß dieses Ziel die Grundlage eines dauernden Aktionssystems in dieser und vielen andern Fragen ist, und daß es dem jetzigen Zustande des bewaffneten Friedens ein Ende machen wird.

3.

Krieg gegen Aschantiland.

Anfang Oktober. England beginnt Streit mit Aschantiland, dem eigentlichen Goldlande von Guinea.

Dieses Reich hatte früher eine Größe von 194000 qkm, nachdem es aber durch das Vordringen der Engländer zwei Landschaften verloren hat, ist es nur 27500 qkm groß. Der Gouverneur der britischen Goldküste, durch die das Aschantiland vom Meere abgeschnitten wird, sucht Vorwände zum Krieg; der eigentliche Grund aber scheint darin zu bestehen, daß der Ausbreitung des deutschen Schutzgebiets Togoland ein Damm entgegengesetzt werden soll. Der Krieg 1873—74 hatte das Königreich Aschanti vom Meer abgeschnitten, aber Aschanti hatte sich seine Unabhängigkeit gewahrt, was u. a. auch aus der Thatsache hervorgeht, daß König Prempeh bei seiner Thronbesteigung im März 1888 formell von Sir William Brandford Griffith, dem ehemaligen Gouverneur der Goldküste, anerkannt wurde. Seitdem ist an Stelle dieses Maxwell getreten, der alles thut, um gegen die Unabhängigkeit von Aschanti zu schüren. Im Anfang dieses Jahres erschien Maxwell vor der Handelskammer in Liverpool und erklärte, die englische Regierung beabsichtige, das Aschantiland solle noch im Laufe dieses Jahres in das englische Protektorat einbezogen werden. Den Protest des Aschantikönigs wies man in London mit der neuen Angabe zurück, daß dieser Herrscher nur Häuptling des Ortes Kumassi, nicht aber der der Aschanti sei. Eine Aschantigesandtschaft, die der König im April nach London geschickt hatte, wurde weder von der Königin noch von den Ministern empfangen und kehrte unverrichteter Sache nach Westafrika zurück.

Mitte Oktober. Abermals erscheinen Abgesandte der Aschantis in London, um im Kolonialamte Beschwerden über die ihrem Volke von den britischen Behörden zu teil gewordne Behandlung vorzubringen.

31. Oktober. Der König der Aschantis weist das ihm gestellte Ultimatum mit dem Bemerken zurück, es sei unwahr, daß in seinem Reiche noch Menschenopfer gebracht würden; wenn es aber geschehe, so sei das seine Sache. Spione dulde er nicht in seinem Königreiche und an seinem Hof, und ein britischer Resident werde in Kumassi nicht zugelassen werden. Da Pempeh auch beständig fortfährt, die Stämme des frühern Aschantireichs, die sich nach dem Kriege von 1874 den Engländern unterwarfen, zu „strafen“ und durch Raubzüge in ihrem Gebiete zu behelligen, so soll ihm mit Waffengewalt „Vernunft“ beigebracht werden.

4.

Streit mit Venezuela.

Vorbemerkung. Der langjährige Grenzstreit zwischen England und Venezuela führt auf das Jahr 1814 zurück, wo ein Teil von Guyana

von Niederland an England abgegeben werden mußte, während ein größerer Teil an Venezuela fiel, das in die Rechte Spaniens eingetreten war. Da die Grenzlinie zwischen dem ehemals spanischen und dem niederländischen Gebiete niemals festgesetzt worden war, entstand zwischen England und Venezuela der heute noch andauernde Grenzstreit, der 1827 zu einem diplomatischen Bruch zwischen beiden Ländern führte. Venezuela begründet seine Ansprüche auf eine Reihe von Verträgen, Berichten und Urteilen, vom Westfälischen Frieden an bis zu einer Mitteilung des britischen Agenten in Caracas vom Jahre 1836, der Venezuelas Rechte auf das Gebiet an der atlantischen Küste östlich vom Orinoco-Delta anerkannte, dann auf einen Spruch des britischen Gerichtes von Demerara aus dem Jahre 1841, wodurch sein Recht auf den Morocofluß anerkannt wird, und schließlich auf ein ähnliches Zugeständnis der Behörden von Britisch-Guyana aus dem Jahre 1874. Es verlangt gegenwärtig, daß England ihm das Gebiet westlich vom Esequibofluſſe und von da an südwärts nach der brasilischen Grenze einräume. Englands Ansprüche betreffend, kommt die Thatsache in Betracht, daß 1797 zwischen niederländischen und spanischen Kolonisten am Pomaronfluſſe, westlich vom Morocofluſſe, ein Kampf ausbrach; die Niederländer hatten bereits früher zwei Niederlassungen am Pomaron errichtet; in dem Kampf wurden die Spanier geschlagen und vertrieben. Nun scheinen die Engländer bis 1840 nicht östlich über den Pomaron vorgedrungen zu sein, dann aber erhoben sie Ansprüche auf das Küstengebiet bis zum Orinoco hin, ohne diese Ansprüche durch regelrechte und andauernde Besetzung zu unterhalten. Seit 1893 aber haben sie ihre Ansprüche in bestimmterer Weise nach Süden und Westen vorgeschoben und verlangen nunmehr eine Grenze, die von der Mündung des Amacuro im Orinocodelta östlich in einem weiten Bogen bis an den Usupamofluß, dann südwestlich bis nach dem Roraimaberg verläuft. Mitten durch dieses Gebiet fließt der Cuyunystrom, auf dessen rechtem Ufer sich britische Niederlassungen befinden, was zu verschiednen Streitigkeiten Anlaß gab. Dort waltete der englische Kolonialinspektor Barnes unter britischer Flagge seines Amtes, als eines Tages aus Venezuela eine bewaffnete Macht einbrach und den Posten einnahm, um die venezolanische Flagge darüber flattern zu lassen. Kaum waren die Spaniolen abgezogen, so wurde die britische Flagge wieder gehißt. Dieses Spiel währte mehrere Monate, bald war die eine, bald die andre Flagge am Mast, bis zuletzt die Venezolaner mit Verstärkung kamen und Barnes gefangen abführten. Sie ließen ihn zwar bald wieder frei, aber da auf diese Weise die Grenzfrage mit einer Entschädigungs- und Entschuldigungsfrage verquickt ist, sandte die britische Regierung Kriegsschiffe nach den venezolanischen Gewässern und erhob in Caracas kräftige Forderungen. Eine weitere Verwicklung entstand durch die Einmischung der Vereinigten Staaten, die ein kleines Geschwader entsandten, wodurch dem Präsidenten Crespo Mut eingeflößt werden sollte. Der amerikanische Admiral Meade und seine Offiziere wurden im Hafen von La Guayra festlich empfangen, und man regte die Errichtung eines Denkmals für den Präsidenten Monroe auf einem öffentlichen Platze der Stadt Caracas an. England wies jedoch den Versuch des Präsidenten Cleveland, die Monroelehre sich aufdrängen zu lassen, ab.

Mitte Oktober. Lord Salisbury läßt an den Präsidenten von Venezuela ein Ultimatum richten, in dem Entschädigung für die Verhaftung und Deportation englischer Unterthanen gefordert wird und genaue Bedingungen über die Regelung der Grenzfrage festgesetzt werden.

5.

Streit mit Brasilien.

Ende Juli. Britischerseits wird die kleine unbewohnte Insel Trinidad oder Ascensao, unterm 20. Grad südlicher Breite, etwa 150 Seemeilen westlich von der Küste Brasiliens im Atlantischen Ozean liegend, in Besitz genommen, weil es für Legung eines Telegraphenkabels wünschenswert erscheint. Die brasilianische Regierung protestirt dagegen, weil die zum erstenmale schon im Jahre 1700 von England besetzte Insel 1782 an Portugal zurückgegeben sei. England erklärt sich zur Verständigung bereit, in Brasilien finden aber bereits feindliche Kundgebungen gegen England statt, namentlich in Rio de Janeiro und in Sao Paulo, wo Volksmassen einen Angriff auf das englische Konsulat unternehmen.

Italien.

I.

Das Parlament.

4. Juli. In der Deputirtenkammer giebt der Minister Blanc an der Hand diplomatischer Urkunden Aufschlüsse über den Streit mit Venezuela. Bei der Beratung des Budgets erklärt Minister Saracco, die Regierung habe sich stets bereit gezeigt, die Vorschläge der Schweiz betreffs des Simplondurchstiches zu hören, ein geschickter italienischer Ingenieur sei entsendet worden, um die Angelegenheit, die auf diplomatischem Wege gelöst werden müsse, vom technischen Standpunkte aus zu studiren.

10. Juli. Die Kammer berät die Finanzdekrete. Zanardelli bekämpft sie als verfassungswidrig. Ministerpräsident Crispi wendet sich zu ihrer Rechtfertigung gegen den Vorwurf, daß er eine hochtrabende Politik treibe, und führt aus, er habe während seiner ersten Ministerpräsidentschaft 141 Millionen Lire und in der jüngsten Zeit weitere Ersparnisse erzielt. Es sei die Pflicht der Regierung, von der Nation nur das unumgänglich Notwendige an Steuern zu fordern. Ersparnisse zu machen, sei eine weitere Pflicht der Regierung, dies könne aber kein politisches Programm bilden. Sein Programm sei, das Budget durch Steuern und Ersparnisse zu stärken. „Das

ist das Ziel, das ich mir gestellt habe und um jeden Preis erreichen werde. Ich werde auf die persönlichen Angriffe gegen mich nicht eingehen und bin bereit, mich für das Wohl des Landes zu opfern." Darauf wird beschlossen: „In Anerkennung der außergewöhnlichen Zwangslage, in der sich die Regierung bezüglich der dringenden Staatsbedürfnisse befand, erklärt die Kammer, daß den finanziellen Dekreten die gesetzliche Sanktion zu geben ist. Die Kammer geht daher zur Beratung der einzelnen Artikel über."

11. Juli. Die Kammer berät einen Antrag Bischi, wonach der 20. September als bürgerlicher Festtag begangen werden soll. Nach stürmischer Verhandlung sagt Crispi:

Er habe nicht erwartet, daß sich über diese Frage Meinungsverschiedenheiten herausstellen würden. Vor Rom, das der Gedanke und das Sehnen aller Italiener sei, müsse jede Meinungsverschiedenheit verschwinden. Es handle sich um eine derjenigen Fragen, die, wenn sie einmal aufgeworfen, gelöst werden müssen. Diejenigen befänden sich im Irrtum, die da glaubten, daß die Klerikalen der Regierung günstig gesinnt seien, sie hätten sich bei den letzten Wahlen als Gegner der Regierung gezeigt. Er ersuche die Kammer, den Antrag entweder zu vertagen oder ihn mit sehr großer Mehrheit zu genehmigen, weil die Ablehnung desselben sehr ernste Folgen haben würde.

Nach weitern stürmischen Szenen wird der Antrag mit 204 gegen 62 Stimmen angenommen.

13. Juli. In der Kammer antwortet Minister Blanc auf Anfragen bezüglich der Gerüchte, wonach der italienische Ingenieur Capucci zu Schoa ins Gefängnis geworfen sei, derselbe sei ein rühriger italienischer Kaufmann in Afrika und in keiner Weise von der italienischen Regierung abhängig. Nach dem Feldzuge am Mareb sei Capucci im Innern von Schoa seiner Handelsgeschäfte wegen geblieben, ohne zu befürchten, daß der gedachte Feldzug ihm ein Hindernis bereiten könnte. Das Gerücht von seiner Gefangennahme müsse mit großem Vorbehalt aufgenommen werden. Er ersuche die Fragesteller, ruhig weitere Mitteilungen abzuwarten; man könne nach dem internationalen Recht Verteidigungsmaßregeln gegen einen rebellischen Schützling nicht als einen Krieg bezeichnen; es könnten vorübergehende Feindseligkeiten vorhanden sein, aber König Menelik sei kraft der europäischen und italienischen Abmachungen thatsächlich ein Schützling Italiens. Italien habe in Abessinien seine Fahne aufgepflanzt und sie nicht zurückgezogen.

16. Juli. Der Senat genehmigt eine Vorlage über die Aushebung der Rekruten der Altersklasse 1875, jedoch ohne den von der Regierung festgehaltenen Artikel, wodurch der Kriegsminister ermächtigt wird, die Aushebung eines Teils dieser Mannschaften auf 1896 zu verschieben.

17. Juli. Der Senat verhandelt über den Gesetzentwurf, wonach der 20. September als bürgerlicher Feiertag erklärt werden soll. Negri beantragt eine Tagesordnung, durch die der Gesetzentwurf als überflüssig und unzeitgemäß bezeichnet wird. Ministerpräsident Crispi erinnert daran, daß es sich um ein aus dem Parlament hervorgegangnes Gesetz handle, das, einmal eingebracht, auch angenommen werden müsse. Die Regierung wolle weder ein Konkordat, noch einen kirchenpolitischen Kampf. Man könne nicht von dem Konkordat mit dem geistlichen Oberhaupt der Kirche, sondern nur mit dem Papst-König sprechen. Die Regierung habe das Garantiegesetz nicht allein durchgeführt, sondern dies in einer Weise gethan, die Lob verdiene. Der Papst, das geistliche Oberhaupt der Kirche, würde sich über die Regierung auch niemals zu beklagen haben, in Wahrheit habe er dies auch nie gethan. In Italien ist der Papst freier als in Frankreich und andern Ländern. Crispi erinnert an den Kampf zwischen dem Papsttum und dem deutschen Reiche und sagt, der Papst habe triumphirt, weil Italien die Stellung des Papsttums unangreifbar gemacht habe. Durch die Freiheit sei der Friede zwischen Staat und Kirche ermöglicht worden. Schließlich erklärt der Ministerpräsident, die Tagesordnung Negri nicht annehmen zu können; denn gegenüber der Kurie, die mehr als das Papsttum die weltliche Herrschaft verlange, würde die Verwerfung des Gesetzentwurfs als eine Schwäche erscheinen. Der Senat genehmigt die Vorlage.

20. Juli. Im Senat werden Anträge bezüglich des Prozesses gegen den Abgeordneten und frühern Ministerpräsidenten Giolitti gestellt, jedoch zurückgezogen, nachdem Crispi versichert hat, daß im geeigneten Augenblick die Regierung die Sache vor die Kammern bringen werde.

22. Juli. In der Kammer werden Anträge bezüglich der Stellung der Regierung zu dem Prozesse über die Entwendung von Schriftstücken in Sachen der Banca Romana gestellt, aber auf Crispis Ersuchen zurückgezogen.

26. Juli. In der Kammer erscheint General Baratieri, der Oberbefehlshaber im Kriege gegen Abessinien, und wird vom Präsidenten unter lebhaftem Beifall der Deputirten auf der Tribüne umarmt. Der Präsident sagt, daß die Kammer den General mit dieser Kundgebung willkommen heiße und ihm ihre Bewunderung ausdrücke. Sodann kommen beim Etat des Aeußern die Beziehungen zu Abessinien zur Sprache.

Minister Blanc erinnert daran, daß die Mächte von dem Vertrag von Uccialli Akt genommen haben; Rußland habe Bemerkungen dabei gemacht,

die lediglich den auf dem Berliner Kongreß von der Türkei bezüglich des Besitzes des Sultans gemachten Vorbehalt betrafen. Ferner teilt der Minister mit, daß Rußland gegenwärtig Italien erklärte, es habe in Aethiopien nur religiöse Interessen; die italienische Regierung, die die Errichtung der apostolischen Präfektur in Erythräa mit Genugthuung aufnahm, habe sich auf die Bemerkung beschränkt, daß sie die Lazzaristen den Popen gegenüber nicht bevorzuge. Der Minister erinnert sodann an den Verrat Menelik's, der es Italiens bewaffneter Unterstützung verdanke, daß er Negus ist; niemand könne sich zwischen ihn und Italien einmischen. Der Minister legt sodann dem Hause ein Grünbuch über die Frage des italienischen Afrika vor und macht folgende Mitteilungen: 1. daß Italien mit den englisch-ägyptischen Behörden ein Protokoll über eine zweckentsprechende Regelung der Nordgrenze abgeschlossen hat; 2. daß von England und Deutschland Maßregeln zur Verhinderung der Durchfuhr von Waffen nach Aethiopien getroffen worden sind; 3. daß eine Reihe von Staaten von der Mitteilung Italiens bez. der Wiederaufnahme des Sklavenhandels seitens Menelik's Akt genommen und 4. daß Frankreich Maßregeln zugesichert habe, daß keine Waffen oder Munition aus Obok nach Aethiopien gelangen. Der Minister entwirft ein zufriedenstellendes Bild der Lage der Kolonie Erythräa und schließt mit der Erklärung, daß Italien bereit sei, Angriffe in Erythräa zurückzuweisen und zu verhindern.

27. Juli. In der Kammer hebt bei Beratung des Marinebudgets Rizzo hervor, er glaube, die Kammer müsse mit dem Gefühl berechtigter Befriedigung die Bewunderung anerkennen, mit der die italienische Flotte in Deutschland und England begrüßt worden sei. Der Marineminister dankt im Namen der Marine und versichert, daß, wie die Marine derartige Anerkennungen zu würdigen wisse, sie auch verstehen werde, zu beweisen, daß sie das Wohlwollen des Parlaments verdiene.

29. Juli. Fortsetzung der Beratung der Kammer über den Etat des Aeußern:

Pandolfi bringt eine Tagesordnung ein, durch die der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie bei ihrer Führung der auswärtigen Politik sich den Sieg der internationalen Gerechtigkeit und der Einigung der zivilisirten Völker zur Richtschnur nehmen werde. Ministerpräsident Crispi erklärt, er könne nur die 1890 von ihm abgegebnen Erklärungen wiederholen: Italien sei für den Frieden, der hauptsächlich durch den Dreibund erhalten würde. Hätte dieser nicht bestanden, so wäre ein Krieg sicher gewesen. Die von Pandolfi empfohlene Staatenordnung sei nicht zweckmäßig. Wenn man wirklich an eine neue Zusammensetzung der Staaten auf der ausschließlichen Grundlage der Nationalität denken müßte, so würde man es mit sehr schweren Verwicklungen zu thun haben und einen allgemeinen europäischen Krieg entfachen. Er ersuche daher Pandolfi, seine Tagesordnung zurückzuziehen, denn kein Staatsmann könne gegen seine Pflicht, den Frieden zu sichern, soweit er es vermag und, die Schrecken eines Kriegs soweit als möglich zu vermeiden, verstoßen. Die von Imbriani beantragte Tagesordnung, die als dringend notwendig betont, das Leben der Staatsbürger nicht ohne die Bewilligung des Parlaments preiszugeben, und die die Regierung ermahnt, ihre Kolonialpolitik, die eine Politik des Krieges und der Eroberung sei, aufzugeben, erklärt der Ministerpräsident nicht annehmen zu

können. Das erythräische Plateau ist unser kraft des Vertrags von Uccialli, Tigre kraft der zu seiner Verteidigung ergriffnen Waffen. In diesen Landstrichen werden wir bleiben und dieselben verteidigen in der Hoffnung, daß wir stets siegen werden, wie wir bisher gesiegt haben. Diese Siege sind die ersten seit dem Jahre 1859. Afrika ist die hohe Schule für unsre Soldaten. Aus Afrika, wie aus dem Orient kann der erste Funken kommen, der einen europäischen Krieg entzündet. In Afrika schützen wir die Interessen Italiens. Der Vertrag von Uccialli wurde vorbereitet, als noch der Negus Johann am Ruder war, und da Italien dem Negus Menelik Hilfe leistete, sollte dieser den Vertrag halten. Die Regierung befolgt im Innern eine Politik der wirtschaftlichen und sozialen Restauration, nach außen eine Politik, die unter Gewährleistung der Ehre und der Autorität des italienischen Namens den Frieden sichert.

Hierauf wird beschlossen, die Erklärungen der Regierung zur Kenntnis zu nehmen.

30. Juli. Beratung der Deputirtenkammer über den Etat des Ministeriums des Innern.

Bendemini erklärt, die äußerste Linke glaube das Budget eines Ministers nicht beraten zu sollen, gegen den ein Prozeß angestrengt sei. Ministerpräsident Crispi erwidert: Die Gegner der Regierung hätten sich als „das Land" bezeichnet; dieses sei befragt worden und habe zu erkennen gegeben, daß es nicht auf ihrer Seite stehe. Das Land habe eine Mehrheit in die Kammer geschickt, die sich nicht zu unzeitgemäßen Verhandlungen habe fortreißen lassen, wofür er ihr danke. Man habe alle Mittel aufgeboten, um das Land in Erregung zu bringen, aber es habe sich nicht durch die Agitatoren leiten lassen; es habe die Mehrheit aufgefordert, fest auf dem Platze zu bleiben, um die Pflicht gegen das Vaterland und den König zu erfüllen. Bovio (äußerste Linke) mißbilligt, daß die äußerste Linke ihre Plätze verlassen hat; er hätte gewünscht, daß alle Angehörigen der Oppositionsparteien an ihrem Platze geblieben wären. Ministerpräsident Crispi erklärt hierauf, die Auflösung der sozialistischen Vereinigungen sei eine Wohlthat für das Land gewesen. Vertraut mit der Geschichte der geheimen Gesellschaften, habe er die Gefahr gesehen und sie vermieden. Versuche, eine Ministerkrisis durch antiparlamentarische und verfassungswidrige Mittel herbeizuführen, hätten einen übeln Präzedenzfall auch für seine Nachfolger abgegeben. Er habe dies vermieden, indem er an seinem Platze geblieben sei, und zwar aus Pflichtgefühl, denn jeder, der an der Macht gewesen, wisse wohl, wie sehr sie die Ursache von Leiden sei.

Schließlich spricht die Kammer dem Minister ihr Vertrauen aus.

31. Juli. Im Senat erwidert Minister Blanc bei Beratung des Etats des Aeußern auf Anfragen:

Als unsre innere Finanzlage schwierig erschien, dachte man im Auslande, daß wir vielleicht in Afrika eine Lücke lassen würden, die andre auszufüllen gedächten. Unsre Lage in Afrika ist für Europa nicht gleichgiltig, Rußland und England beschäftigen sich damit. Die politische Klugheit gebietet uns, auch für die Zukunft unsre Stellungen festzuhalten und dort unser Recht zu sichern.

In Beantwortung von Anfragen Cavallottis über das Vorgehen Rußlands, Englands und Frankreichs gegenüber der Türkei in Betreff der Ausführung des Berliner Vertrags er-

klärt Blanc, Italien beabsichtige, der Ausführung des Artikels 61 des Berliner Vertrags dasselbe Interesse zuzuwenden wie die übrigen Mächte. Der Minister legt die Frieden stiftende Haltung Italiens dar, die immer für seine diplomatische Aktion maßgebend gewesen sei und sein werde. Darauf nimmt der Senat von den Erklärungen der Regierung Kenntnis.

Die Deputirtenkammer genehmigt den Etat des Innern und berät sodann in lärmhaftester Weise einen Gesetzentwurf über Errichtung einer Bodenkreditbank.

7. August. Der Senat genehmigt die Finanz- und Schatzmaßnahmen. Cambray-Digny fordert den Senat auf, den bei dem gegenwärtigen Budget vom Schatzminister Sonnino erzielten glänzenden Erfolgen die Anerkennung des Hauses auszusprechen. Schatzminister Sonnino drückt dem Senat seinen Dank aus und erklärt, daß dieses Ergebnis durch den Wetteifer aller Minister unter der Leitung Crispis erzielt sei. Das Gleichgewicht im Budget sei gesichert, er könne nur wünschen, daß es zum Wohle des Vaterlandes dauernd erhalten bleibe. Crispi dankt für die der Regierung gewährte wirksame Unterstützung. Cavalletto bringt seine lebhafte Anerkennung Crispis und der Regierung zum Ausdruck, die es verstanden hätten, mit vielem Glück und unter dem Beifall des Landes das große Werk zu vollenden.

II.

Festlichkeiten.

15. September. Die Eröffnung des Turnerkongresses in Rom gestaltet sich zu einer glänzenden Festlichkeit. Die Trupps der Turner ziehen unter dem Jubel der Menge vor der Tribüne vorbei, auf der sich die Vertreter der Behörden befinden. Die deutschen Turner erwidern die besonders herzlichen Zurufe durch Schwenken der Hüte. Senator Todaro als Präsident des Kongreßkomitees ruft den Führer der Berliner Turnerschaft, Hoppe, an seine Sette und eröffnet, umgeben von der Fahne der Berliner Turner und der der italienischen Turnvereinigung, den Kongreß mit einer jubelnd aufgenommenen Begrüßungsansprache an die Gäste und schließt mit dem Rufe: Sempre avanti Savoia! Hoppe erwidert herzlich und knüpft unter dem Rufe: „Es lebe König Humbert, es lebe Italien“ an das Banner des Römischen Turnvereins ein prächtiges Band in den italienischen und deutschen Farben mit einer Schleife in den öster-

reichischen Farben. Die Menge bricht in jubelnden Beifall aus. Sodann spricht der Bürgermeister; er gedenkt der Vereinigung der italienischen und deutschen Farben, die sich hier bei einem brüderlichen, friedlichen Feste bekunde. Die Vertreter der Behörden durchschreiten hierauf, während die Musik den Königsmarsch spielt, die Reihen der Turner. Bevor die deutschen Turner den Platz verlassen, singen sie unter dem stürmischen Jubel der Versammlung ein patriotisches Lied.

18. September. Der König, die Königin und der Kronprinz eröffnen, umgeben von den Mitgliedern des Hofes, den Ministern, Generalen und den Spitzen der Behörden, das zweite nationale Schützenfest in Rom. Etwa 50000 Mitglieder der italienischen Schützenvereine mit 400 Fahnen sind zugegen, die die Herrscherfamilie mit großartigen Kundgebungen empfangen. Crispi sagt in seiner Rede:

Mit Vertrauen in die Wiedererstarkung der italienischen Lebenskraft spreche ich heute zur Eröffnung des unter Ihrem Schutz, Majestät, beginnenden Wettkampfes, weil durch diesen Schutz die bürgerliche Tradition unsrer nationalen Wiederaufrichtung wieder aufgenommen ist. Der Redner zeichnet sodann die in dem Schützenwesen in letzterer Zeit gemachten Fortschritte und bemerkt, daß die brüderliche Beteiligung auswärtiger Freunde eine gerechtfertigte Huldigung der friedlichen Absichten Italiens sei. Die Regierung sei denselben dafür dankbar. Die Welt sieht neuerdings mit Sympathie und Bewunderung, wie die Italiener zu kämpfen wissen. Unsre Gäste werden hier feststellen, daß wir Geschicklichkeit in der Handhabung der Waffen lediglich deshalb erstreben, um andern einen mißbräuchlichen Gebrauch der Waffen zu unserm Schaden zu verleiden und dergestalt zu erreichen, daß jeder Italiener geistig und körperlich vollständig Meister werde.

Der König erscheint beim Wettturnen und sagt zum Vorsteher der deutschen Turner:

Ich danke Ihnen für den Kranz, den Sie auf dem Grabe meines Vaters niedergelegt haben. Indem ich Ihnen die Hand drücke, möchte ich damit allen Ihren tapfern Landsleuten die Hand gedrückt haben. Ich freue mich, Sie unter uns zu sehen, und das um so mehr, als Sie dem Lande angehören, mit dessen Souverän mich innige Freundschaft verbindet. Der herzliche Empfang, den Sie bei uns gefunden haben, überrascht mich nicht, denn ich kenne die Gefühle meines Volkes.

19. September. Der Bürgermeister Fürst Ruspoli empfängt auf dem Kapitol alle Bürgermeister und Vertreter der Gemeinderäte aus der Provinz, die nach Rom gekommen sind, und hält an sie eine patriotische Ansprache.

20. September. In Rom findet die Feier des 25jährigen Jahrestages der Einnahme Roms durch die Italiener statt. Der König verleiht dem General Cadorna, der die Truppen bei der Besetzung von Rom kommandirt hatte, den Annunciatenorden und richtet an die am 20. September 1870 im Amt gewesenen Minister

eine Depesche mit den Worten: „Ihnen, die an dem Tage, der Italien seine Hauptstadt gab, die Regierung meines königlichen Vaters bildeten, und die Sie durch Ihre weisen Ratschläge das Gelingen der glorreichen, unverletzlichen Erwerbung förderten, sende ich heute meinen Gruß und den des Vaterlandes, das sich in Dankbarkeit Ihrer erinnert.“ — Um 4 Uhr werden vom Quirinal her in langem Zuge, von den Zuschauern mit lebhaften Zurufen begrüßt, die Fahnen der Regimenter getragen, die an den Kämpfen von 1870 teilgenommen haben; in dem Zuge befinden sich die Vertreter des Heeres, der Oberbürgermeister Fürst Ruspoli, die Stadtadjunkten und zahlreiche Abordnungen. Trompetenstöße geben das Zeichen zur Enthüllung der an der historischen Bresche bei der Porte Pia errichteten Denksäule und der Erinnerungstafel zum Gedächtnis der 25jährigen Jubelfeier des 20. September 1870. Unter großer Begeisterung der angesammelten Menge hält der Bürgermeister die Festrede. Dann werden zahlreiche Kränze am Fuße der Denksäule niedergelegt. Bei der Enthüllung des Garibaldi-Denkmals in Rom hält der Ministerpräsident Crispi eine Rede, in der es heißt:

Der Gedenktag des 20. September 1870 könne nicht besser gefeiert werden als durch die Enthüllung des Denkmals Garibaldis, des treuen und ergebnen Freundes Viktor Emanuels, in Rom. Letzterer hatte 1860 den Schwur geleistet, Rom zu befreien, indem er das Plebiszit annahm. Die römischen Bürger konnten nicht Heloten der Einheit, Sklaven des kosmopolitischen Fanatismus sein; ihre Knechtschaft war eine Minderung der nationalen Souveränetät, auf die Italien kraft seines Bestandes Recht hatte. Dieser Tag, dieser Ort erinnere an die ruhmvollsten, furchtbarsten Kämpfe der Freiheit gegen die Tyrannei. Die Jahre, die zwischen dem 4. Juli 1849 und 1870 lagen, waren die letzte Probe für die weltliche Herrschaft der Kirche. Dieselbe hatte sich unvermögend gezeigt, aus eignen Kräften zu leben und bedurfte, um sich zu erhalten, der ausländischen Bajonette, deren vollständiger Sklave sie ihrerseits wurde. Hier schlug Garibaldi am 30. April nach blutigem Kampfe den Eindringling zurück, der, ohne provozirt zu sein, die barbarische Mission übernommen hatte, die Priestertyrannei wiederherzustellen. Nach der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mußten die Verteidiger des Rechtes der Gewalt weichen, indem sie geduldig den Tag der Wiederauferstehung, den 20. September 1870, abwarteten. Die Feinde der Einheit möchten das heutige Fest als eine gegen den Papst gerichtete Beleidigung hinstellen, aber der gesunde Sinn des Volkes weist diese künstliche Deutung zurück. Alle wissen, daß das Christentum, seiner göttlichen Natur nach, zu seiner Existenz der Unterstützung der Kanonen nicht bedarf. Nachdem Redner diesen Gedanken weiter ausgeführt hat, fährt er fort: In der That verlangen unsre Gegner die Wiederherstellung der weltlichen Macht des heiligen Stuhles, nicht zum Schutze des Ansehens der Religion, sondern aus menschlichen Gründen. Sie überlegen nicht, daß ein weltlicher Fürst nicht heilig, nicht unfehlbar sein könne. Die durch die Staatsraison als berechtigt erscheinenden materiellen Waffen und gesetzlichen Zwangsmaßregeln stören den Frieden der Seele des Halbgottes, rauben ihm sein Ansehen und ersticken jedes Gefühl der Verehrung für den Statt-

halter Christi auf Erden, der eingesetzt ist, um den Frieden zu predigen und die Kinder Adams durch Gebete und Ablaß zu entsündigen. Die Religion ist und soll keine staatliche Funktion sein. In keinem Staate genoß die katholische Kirche eine solche Freiheit und gesetzliche Achtung wie in Italien, das allein unter den Nationen das Beispiel gab, auf alle Befugnisse in kirchlichen Angelegenheiten zu verzichten. Nach ausführlicher Begründung dieses Ausspruchs bemerkt der Ministerpräsident weiter: Die von uns geschützte und verbürgte geistige Freiheit soll eine Festung sein, in die der Papst sich einschließen soll, und in der er nicht angegriffen werden kann. Ihm gehören die Seelen. Er regiert sie derart, daß alle Mächte der Erde ihn beneiden können. Auch die protestantischen Herrscher, ja selbst diejenigen, die nicht an Christentum glauben, beugen sich vor ihm und nehmen sein Urteil achtungsvoll auf. Durch das Maigesetz von 1871 hat der italienische Genius die Aufgabe gelöst, die zu andern Zeiten unlösbar erschienen wäre. Dem Papste wurde innerhalb des Kreises seines Priesteramts unbeschränkte Freiheit gesichert, sodaß er nur Gott über sich hat, und keinerlei menschliche Gewalt an ihn heranreichen kann. Als weltlicher Fürst hätte der Papst eine geringere Autorität, weil er allen übrigen Fürsten gleichgestellt wäre und nicht deren erster sein könnte. Alle würden mit ihm kämpfen, wie sie durch Jahrhunderte zum Schaden des Glaubens gekämpft haben. Die geistige Autorität des unabhängigen Herrschers, zu dem wir ihn gemacht, überragt alle; in ihr liegt seine Macht; die katholische Welt sollte Italien für den dem römischen Pontifikat erwiesenen Dienst dankbar sein. Nach 1870 vermochte Pius gegen Bismarck zu kämpfen und ihn fühlen zu lassen, wie groß die Kraft der geistlichen Waffen sei. Alles dies ist unser Werk, das Werk des Parlaments und des Königs; ich sage sogar, daß es in Erfüllung des Willens Gottes geschah, wie es des Höchsten Wille war, daß Italien zu seiner Einheit gelangte. Es mangelt nicht an Vermessenen, die im Widerspruche mit dem ewigen Gesetze sich Gott widersetzen. Wir müssen mit Bedauern sagen, daß es diejenigen sind, die sich seine Diener nennen. Allein sie werden nicht die Oberhand gewinnen, denn Italien ist sehr stark und seiner zu sehr sicher, als daß es Anstrengungen der Rebellion fürchten müßte. Sie werden nicht die Oberhand gewinnen, vielleicht aber klug werden. Die Diener des Kultus wissen, daß sie unverletzlich sind, solange sie innerhalb des Rechtskreises bleiben. Sie wissen, daß, wenn sie Rebellion gegen die Gesetze predigen, ihr Werk den Anarchisten nützen werde, die Gott und den König verleugnen. Dieses Werk könne nicht ungestraft bleiben. Stören wir nicht diese Feier, zu der ganz Italien herbeigeströmt ist. Dieser nationale Jubel soll uns an die Pflicht erinnern, die moralischen Siege zu verteidigen, die durch lange Jahre der Opfer errungen wurden, und die wir späteren Generationen intakt übergeben müssen. Dieses Denkmal konnte eben zu keinem andern Zweck errichtet werden als zu dem, uns zur Pflicht zu weisen, die uns von der Vergangenheit auferlegt wird. Es lebe der König! Es lebe Italien!

Der König erläßt Amnestie für die von den Militärgerichten in Sizilien und Massa Carrara zu Haftstrafen von weniger als zehn Jahren Verurteilten. Den zu über zehn Jahren Verurteilten, denen bereits am 14. März dieses Jahres ein Drittel ihrer Strafe erlassen wurde, wird jetzt ihre Haftzeit um ein weiteres Drittel verkürzt.

21. September. Der König empfängt eine Abordnung der Deputirtenkammer, zu der er sagt:

Die durch die Deputirten ihm dargebrachten Glückwünsche hätten für ihn einen sehr hohen Wert; sie seien eine Bekräftigung jener Empfindungen, die stets sein Haus mit den Hoffnungen und Geschicken des Volkes vereint hätten. Das Gefühl der Einigkeit habe in diesem Augenblick neuerdings die feierlichste Weihe erhalten. Unter allen Kundgebungen der Liebe und Treue aber, die ihm in diesen Tagen zu teil geworden, habe diejenige der Deputirten vor allen sein Herz warm berührt. Der einmütige Ausdruck vertrauensvoller Hingebung, sowie die machtvolle Kundgebung des Nationalgefühls bildeten die größte Stärke des Volkes und gäben eine sichere Gewähr für die fernere Wohlfahrt des Vaterlandes und der Stadt Rom, die unter so lebhaftem Beifall der zivilisirten Welt an Italien zurückgegeben sei.

22. September. In Mentana begehen fünfundvierzig radikale Vereine eine Feier zur Erinnerung an die Schlacht von Mentana (Niederlage Garibaldis am 3. November 1867).

23. September. Der König und der Kronprinz, begleitet von dem Ministerpräsidenten Crispi, den Ministern des Kriegs und der Marine, den Präsidenten des Parlaments und den Behörden, nehmen auf der Esplanade Macao die große Parade über die Veteranen ab. Auf der einen Seite sind die Vertreter der Korps, die den Feldzug 1870 mitgemacht hatten, mit den Fahnen aufgestellt; zur rechten Seite einer jeden Fahne der Oberst des Regiments. Auf der andern Seite stehen Veteranen, darunter zahlreiche Garibaldianer in roten Hemden mit den Fahnen der betreffenden Vereine. Die dritte und vierte Seite werden von den Offizieren außer Dienst und den Vertretern der Garnison Roms eingenommen.

24. September. Der König sagt in einem Schreiben an den Kriegsminister General Mocenni, die gestrige Truppenschau habe sein Herz als Soldat und König tief bewegt, und die Genugthuung, die er empfunden, werde eine der teuersten Erinnerungen seines Lebens bleiben; sodann spricht der König für den einmütigen, festlichen Empfang, den die tapfern Veteranen ihm, der Königin und dem Kronprinzen bereiteten, Dank und Freude aus und sagt, daß diese Eindrücke unauslöschliche sein werden. — Ein Denkmal des verstorbnen Ministerpräsidenten Minghetti wird in Rom im Beisein der königlichen Familie, der Minister, der Spitzen der Behörden, sowie einer unabsehbaren Menge auf dem Corso Vittorio Emanuele enthüllt. Ferner wird bei der Villa Glori das Denkmal für die Brüder Cairoli sowie die Teilnehmer und die Gefallnen von der Waffenthat des 23. Oktober 1867 enthüllt. Der Feierlichkeit wohnt die Stadtvertretung, zahlreiche Vereinigungen mit Fahnen und eine sehr große Menschenmenge bei, die die Enthüllung mit stürmischem Beifall begleitet. Der Deputirte Socci und die Bürgermeister von Rom und Pavia halten Ansprachen, in denen dem Wunsche Ausdruck gegeben wird, daß das Denkmal einen „Altar der Einigkeit“ bilde.

2. Oktober. Am Jahrestage der Volksabstimmung von 1870 unterzeichnet der König einen Erlaß, durch den für Uebertretung des militärischen Anstellungsgesetzes den Angehörigen jener Klassen, die am 31. Dezember 1897 von der Verpflichtung zum Militärdienst frei sein werden, volle Amnestie erteilt wird. Von den im Auslande sich aufhaltenden und noch zum Heeresdienste Verpflichteten wird für diejenigen Amnestie gewährt, die die gesetzliche Altersgrenze noch nicht überschritten haben und zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht nach Italien zurückkehren werden. Zur Feier des Jahrestages ist die Stadt beflaggt. Ein Ausschuß von Bürgern überreicht dem Bürgermeister feierlich eine Büste des Herzogs Castani, der das Ergebnis des Plebiszits in Rom nach Florenz überbracht hat.

5. November. In Mailand wird ein Denkmal Garibaldis feierlich enthüllt.

III.

Die Kolonie am Roten Meere.

3. Oktober. Der Oberbefehlshaber General Baratieri, von seinem Besuche in Italien zurückgekehrt, eröffnet von Adigrat aus Operationen, um Ras Mangascha, der mit 3000 Mann am rechten Ufer des Abei, südlich von Antalo steht, zu verhindern, Verstärkungen zusammenzuziehen; Menelik selbst hat sich in Bewegung gesetzt, und von Harrar aus marschieren Truppen unter Ras Makonens Führung nach Schoa vor. Die Vasallen Meneliks stehen unweit des Takazzeflusses. Mangascha ist es gelungen, einige der Italien botmäßigen Häuptlinge zum Abfall zu bewegen; dafür aber haben andre eingeborne Stämme Menelik angegriffen.

9. Oktober. Ras Mangascha zieht sich vor den italienischen Truppen von Antalo nach dem Süden zurück. Diese nehmen die von 1300 Tigrinern besetzte befestigte Stellung von Debra Ailat ein und verbrennen das Lager Ras Mangaschas.

Mitte Oktober. Die italienischen Truppen rücken weiter nach Süden vor und bringen die ganze nordabessinische, an die erythräische Kolonie grenzende Landschaft Tigre in ihre Gewalt.

19. Oktober. General Baratieri kommt in Makala an, wo er die Huldigungen der Bevölkerung und der Geistlichkeit entgegennimmt. Ras Mangascha sendet ihm Priester mit der Bitte um Frieden.

23. Oktober. Baratieri wird in Adua festlich empfangen, wo auch der Oberpriester mit großem Gepränge ihm entgegengeht.

Die Völkerschaften bis zum See Aschangi unterwerfen sich den Italienern.

3. Dezember. Ras Makonen, Herrscher über das Harrargebiet auf der Somalihalbinsel, ersucht den General Baratieri um eine Zusammenkunft behufs Unterhandlungen über den Frieden.

6. Dezember. Baratieri schenkt zwar diesem Feinde kein Vertrauen, begiebt sich jedoch zu diesem Zweck nach Adigrat, dem ersten größern Ort jenseits der italienischen Grenze.

7. Dezember. 7000 Schoaner unter Ras Glia unternehmen einen Angriff auf die aus 2450 Mann bestehende italienische Truppenabteilung unter Major Toselli, die bis auf die Amba (Höhe) Alagi (spr. Aladschi) nach Süden hin vorgeschoben war.

Mittlerweile debouchirt eine von Ras Micael und Ras Makonnen geführte schoanische Kolonne von 15 000 Mann zum Angriff auf das Zentrum der italienischen Stellung. Der linke italienische Flügel, obwohl sehr ausgedehnt, hält durch eine glänzende Gegenattacke die zwanzigfach überlegnen Streitkräfte in Schach. Major Toselli sucht die Stellung zu behaupten, die die Straße nach Antalo schützt, von wo, wie er hofft, General Arimondi eintreffen würde. Dann schickt Toselli die Kompanie Ricci zum Angriff vor. Der Feind wankt unter der Wucht des Angriffs. Während die italienische Batterie große Lücken in die starke Kolonne der Schoaner reißt, trifft die Nachricht ein, daß eine Kolonne des Ras Alula und Ras Mangaschas die italienische Stellung zu umgehen suche. Major Toselli konzentrirt seine Truppen zur Verteidigung, indem er Amba-Alagi als Stützpunkt benutzt.

Nach einem letzten Angriff der Italiener sehen sich diese zum Rückzug genötigt. Toselli und eine kleine Schar stellen sich der feindlichen Uebermacht entgegen, um zu fallen, während 300 Mann mit 3 Offizieren vom Korps des Generals Arimondi bei Aberac, 20 Kilometer nördlich von Aladschi, aufgenommen werden. Arimondi stößt bereits auf die siegreich vordringenden Feinde, vor denen er sich fast bis nach Adigrat zurückziehen, also die in der Zwischenzeit befestigten Punkte Debra Aila und Antalo wieder preisgeben muß.

10. Dezember. Das Korps unter Baratieri vereinigt sich mit dem Arimondis. Ersterer erläßt einen Tagesbefehl zum Lobe der im heldenmütigen Kampfe Gefallnen. Alle hätten in dem Kampfe bei Amba-Alagi eine bewunderungswürdige Haltung beobachtet. Der Kampf habe stattgefunden, weil Major Toselli den ihm von Arimondi in Uebereinstimmung mit Baratieri gesandten Befehl, sich zurückzuziehen, nicht erhalten habe. Es habe sich bei niemandem Unentschlossenheit gezeigt, und unter den schwierigsten Umständen auch während des siebenstündigen Kampfes sei keiner abtrünnig geworden.

20. Dezember. Ras Mangascha versucht einen Angriff auf das südlich von Adigrat liegende befestigte Makalle, wird aber zurückgeschlagen.

IV.

Das Parlament.

25. November. Der am 21. wieder zusammengetretenen Deputirtenkammer wird vom Schatzsekretär Sonnino das berichtigte Budget für 1895/96, das mit einem Ueberschuß von 1270000 Lire abschließt, sowie der Budgetanschlag für 1896/97 vorgelegt, der mit einem Ueberschuß von 8020000 Lire abschließt.

28. November. In der Deputirtenkammer findet eine Verhandlung über die innere und die äußere Politik statt. Ministerpräsident Crispi führt aus, die Verhältnisse der öffentlichen Sicherheit seien zwar nicht so, wie man sie wünschen würde; aber seit 1894 mache sich eine fortschreitende Besserung wahrnehmbar. Das Räuberunwesen sei in Sardinien nahezu ausgerottet. Die Polizei und die Karabinieri hätten wahre Wunder an Geduld und Mut verrichtet. Die Ausnahmegesetze, die die Kammer im vorigen Jahre beschlossen habe, seien durch die Thatsachen gerechtfertigt. Der Sozialismus sei, wie man denselben gewöhnlich verstehe, die Verneinung jeder Freiheit, sowie die Anarchie der permanente Krieg sei. Sozialismus und Anarchie unterscheiden sich in der Praxis nicht. Crispi bespricht hierauf eingehend die Frage des Zwangsdomizils und weist die Anschuldigungen eines Widerspruchs in seiner Kirchenpolitik zurück. Diese sei immer die gleiche geblieben. Wenn man das Garantiegesetz ändern würde, könnten daraus Unruhen im Innern und gegen die Politik Italiens im Auslande Mißtrauen entstehen. „Ich habe einige Bestimmungen des Garantiegesetzes bekämpft, muß es aber jetzt beobachten, um nicht im Innern Verwirrung und draußen Zweifel über unsre Politik zu erwecken. Der Vatikan heuchelt Nichtannahme des Garantiegesetzes, macht aber umfassenden Gebrauch davon wie von den modernen Freiheiten und der maßlosen staatlichen Duldsamkeit.“ Das Erwachen der katholischen Bewegung, die einen so großen Teil der Welt ergriffen habe, sei geeignet, Besorgnis für die Zukunft des menschlichen Fortschritts zu erregen. Nur eine weise Gesetzgebung und die Einmütigkeit der ganzen liberalen Partei könne zum Ziele führen. Bei der Besprechung seiner äußern Politik sagt Crispi: „Wir entsenden unsre Flotte in den Orient, aber nicht mit der Bestimmung, jemandem zu dienen. Die sechs Mächte sind gegenwärtig einig, an dem Werke des Friedens und der Zivilisation mitzuwirken, und man kann volles Vertrauen haben, daß der Friede nicht gestört werden wird. Sollte dies aber bedauerlicherweise geschehen, werden wir nicht in den alten Fehler verfallen, sondern

unser Recht zu wahren wissen.“ Minister Baron Blanc beantwortet die auf Afrika bezüglichen Anfragen und bespricht eingehend die Lage in der erythräischen Kolonie. Die Thätigkeit Italiens in Afrika sei jetzt eine praktisch geregelte, ohne daß man sich kostspieligen und unfruchtbaren Unternehmungen aussetze. Blanc beantwortet sodann eine Anfrage über die auswärtige Politik Italiens, namentlich über die im Orient befolgte Politik also:

Die erste Phase der Unterhandlungen in den armenischen Angelegenheiten, diejenige, in der sich Rußland und Frankreich England in den offiziellen Unterhandlungen mit der Türkei angeschlossen hatten, fand ihren Abschluß durch die offiziellen Mitteilungen, die die Pforte den sechs Mächten bezüglich der Reformvorschläge gemacht. In der folgenden und gegenwärtigen Phase bemühten sich die sechs Großmächte, die zur Wiederherstellung der Ruhe geeigneten Maßnahmen mit der Pforte zu vereinbaren. Dieses Einvernehmen hat die Bestimmung, den europäischen Frieden zu sichern. An unser Vertrauen, daß sich dieser glückliche Erfolg erhalte, knüpfen sich unsre Hoffnungen, daß das Einvernehmen der Mächte sich nicht als unwirksam für die Verbesserung der Lage im Orient erweise. Der Minister verliest hierauf einige Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß es der aufrichtige Wunsch Italiens war, der Aktion Englands, Frankreichs und Rußlands in dieser Angelegenheit kein Hindernis zu bereiten, und daß Italien unausgesetzt bemüht war, den Uebergang der Aktion der drei Mächte zu derjenigen der sechs Mächte zu begünstigen. Es sei thöricht anzunehmen, daß Italien sich zu Versuchen von gesondertem Vorgehen anschicke. Wenn die Lage in Europa dank dem mehr als jemals bekräftigten Einvernehmen der sechs Mächte eine gute ist, so ist sie zwischen der ottomanischen Regierung und den Völkern der Türkei eine gedrückte. Die Pforte würde einen Irrtum begehen, wenn sie glaubt, die Lage könne durch diplomatische Diskussion über die Vorgänge gelöst werden.

3. Dezember. In Fortsetzung dieser Verhandlungen tritt der frühere Ministerpräsident di Rudini mit einer längern Rede auf.

Was Afrika anbetrifft, habe ich keine militärischen Bedenken, muß aber die Regierungspolitik für unzeitgemäß erklären, da unsre Finanzlage jetzt keine Ausdehnung erlaubt. In Afrika ist ein Sieg jetzt gefährlicher als eine Niederlage. Die Regierungspolitik drängt uns, Abessinien und Schoa zu erobern, was wir nicht wollen. Minister Blanc macht boshafte Bemerkungen gegen seine Vorgänger, er beschimpft Tote, wie Cairoli, Mancini, Robilant. Möchte er dem Vaterlande doch die Hälfte der Dienste erweisen, die jene Toten dem Vaterlande erwiesen. Crispi ist Crispi, er kann sich alles erlauben, da er Italien geschaffen hat. Blanc aber sollte etwas Achtung für jene haben, unter denen er lange gedient hat. Ich billige die Sendung des Geschwaders nach dem Orient, wo Italien große Interessen hat. Crispi erklärte mit Recht, Italien müsse im Orient seinen Traditionen treu bleiben, aber ich meine, unsre Traditionspolitik ist nur eine Politik des status quo im Orient, wo Italien energisch denjenigen widerstehen muß, die das türkische Kaisertum teilen möchten. Alle Mächte müssen im Orient uneigennützige Politik treiben, sonst ist es unmöglich, den Frieden zu erhalten. Rudini greift nun die innere Politik an, die er für unliberal und zu sehr unterdrückend erklärt. Ich billige das Ausnahmegesetz und würde es nochmals billigen, falls andre Männer an der Regierung wären. Dieses Kabinett ist

zu despotisch, zu tyrannisch, noch tyrannischer als die bourbonische Regierung in Sizilien.

Hierauf ergreift Crispi nochmals das Wort:

Sein Verhalten in den Beziehungen zur Kirche habe er niemals geändert. Der Dreibund sei nie so fest als heute gewesen. Im Orient thue Italien seine Schuldigkeit, indem es mit den andern Mächten gemeinsam vorgehe. Wenn der status quo in der Türkei aufhören sollte, würden sich die früher begangnen Fehler nicht wiederholen. Mit den kürzlich in Nizza und Triest vorgekommnen Thatsachen können wir uns nicht beschäftigen, da sie die innere Politik der betreffenden Länder angehen. Ueber den Vertrag mit Tunis äußert der Redner, derselbe sei seinem Ablaufe nahe gewesen, als er gekündigt wurde, und die französische Regierung habe erklärt, daß sie von den besten Absichten beseelt sei. Uebrigens blieben auch nach der Kündigung die frühern Verträge, die niemals aufgehoben worden seien, unberührt. Bezüglich der afrikanischen Politik betont Crispi aufs neue, daß die Regierung keine Abenteuerpolitik verfolge, sondern sich auf die Verteidigung der italienischen Besitzungen beschränke. Die Afrikapolitik bringe keine Vermehrung der Ausgaben mit sich, und die Kolonie Erythräa werde ihre Bedürfnisse teilweise selbst decken. Sodann betont der Ministerpräsident nochmals, daß man nicht wisse, wo der Sozialismus aufhöre und die Anarchie anfange, und verliest zum Beweise dessen ein Manifest der revolutionären sozialistischen Vereinigung.

Die Kammer spricht sich hierauf mit 267 gegen 131 Stimmen zustimmend zur Politik Crispis aus.

9. Dezember. Auf die Nachricht von der Niederlage eines Truppenteils in der erythräischen Kolonie verlangen di Rudini und Torraca in der Deputirtenkammer nähere Mitteilungen.

Der Kriegsminister verliest darauf die betreffende Depesche Baratieris und fügt hinzu, die Regierung habe in Antwort auf diese Depesche Baratieri ihr Vertrauen ausgedrückt und ihn aufgefordert, alles zu verlangen, was er für die Kriegsoperationen benötige. Die Regierung sei sicher, hierin der Dolmetsch der Kammer zu sein. Der Minister erklärt dann, die italienischen Positionen seien sicher. Das bei Amba-Alagi geschehene sei ernst, könne aber in weitestgehender Weise wieder ausgeglichen werden. Vorläufig sei kein Zoll der italienischen Besitzungen von dem Feinde besetzt. Torraca und Rudini sprechen hierauf den Kämpfern in Afrika warme Anerkennung und Vertrauen aus und erklären, es dürfe keine Anschuldigung erhoben werden, im Unglück müsse man sich männlich zeigen. Der Kriegsminister spricht den Vorrednern Dank aus und erklärt, die nötigen Maßregeln zum Schutze der Würde und des Ansehens der italienischen Waffen und des italienischen Namens würden getroffen werden.

13. Dezember. Die Deputirtenkammer berät den Bericht der Kommission zur Prüfung der auf die Unterschlagung der Urkunden der Banca Romana bezüglichen Fragen, wobei der frühere Ministerpräsident Giolitti seine damalige Haltung verteidigt.

14. Dezember. In der Deputirtenkammer werden Anfragen und Anträge gestellt bezüglich des Ankaufs ausländischen Getreides seitens des Kriegsministers, jedoch auf dessen Wunsch um einen Monat zurückgestellt.

16. Dezember. Weitere Beratung der Frage wegen der Kolonie in Afrika seitens der Deputirtenkammer.

Crispi stellt die Frage, ob sich die Regierung nicht augenblicklich entscheiden müsse, entweder jeden Gedanken an eine Kolonialexpedition aufzugeben oder endgiltige Anstrengungen zu machen, um die Schwierigkeiten zu beseitigen und jeden Widerstand, der sich der Oberherrschaft Italiens in Erythräa und dem Einflusse Italiens in Aethiopien entgegenstelle, zu brechen. Di San Giuliano, Gaetani und Costa bekämpfen die afrikanische Politik der Regierung. Ministerpräsident Crispi führt aus, daß nichts geschehen sei, was gegründeterweise das Vertrauen des Parlaments in die afrikanische Politik der Regierung erschüttern könnte. Die ruhmreiche Episode von Amba-Alagi gehöre zu jenen, die in allen Kolonialkriegen unvermeidlich seien. Die Regierung könne nicht der Unvorsichtigkeit geziehen werden. Baratieri habe das verlangt, was er für notwendig gehalten habe, und die Regierung habe mehr gegeben, als er verlangte. Die ersten Nachrichten von der Bewegung des Feindes datirten vom 2. Dezember. Er wolle damit nicht sagen, daß Baratieri gefehlt habe. Dies sei so wenig wahr, daß nach der Affaire von Amba-Alagi die Regierung Baratieri benachrichtigt habe, daß sie ihm ihr volles Vertrauen bewahre. Er weise die Beschuldigung zurück, daß die Regierung gegen das der Kammer gemachte Versprechen verstoßen habe. Die italienische Flagge sei seit Juli in Makale gehißt, und man sei nicht nach Amba-Alagi gegangen, um das Gebiet Dalser zu besetzen, sondern um eine strategische Bewegung auszuführen. Crispi setzt sodann die Gründe auseinander, die es seit Dezember 1893 rätlich erscheinen lassen, die Bewegung gegen Tigre zu unternehmen. Alles, was seit Juli dieses Jahres geschehen, sei die logische und notwendige Entwicklung der Ereignisse und der Verfolg eines Krieges, der von Italien nicht gesucht sei, und in dem es sich verteidigen müsse. Es sei unmöglich, daß das Parlament in einem Augenblicke, in dem ganz Italien die Regierung auffordere, ihre Pflicht zu thun, es ablehne, das Wirken der Regierung zu würdigen. Crispi schließt, die Regierung wolle den besetzten Provinzen den Frieden bringen, die italienischen Grenzen befestigen und in Zukunft derartige bedauernswerte Ereignisse unmöglich machen. Die Regierung beschränke sich für jetzt darauf, zu erklären, daß sie, entgegen den Anschuldigungen ihrer Gegner, wisse, was ihre Pflicht sei, und daß sie dieselbe erfüllen werde. Gaetani erwidert auf die Rede Crispis und erklärt dabei, daß er Republikaner sei.

17. Dezember. Ministerpräsident Crispi bringt in der Deputirtenkammer eine Vorlage ein, betreffend die Bewilligung eines Kredits von 20 Millionen für Afrika, unter Zurückziehung der früheren Vorlage, durch die ein Kredit von 7 Millionen für Afrika gefordert wurde.

18. Dezember. Bei Beratung der Kammer über diese Vorlage erklärt di Rudini, er werde für die Kreditforderung stimmen unter der Bedingung, daß sein Votum nicht die Billigung einer Politik bedeute, die er immer bekämpft habe. Cavalotti sagt, er bewillige

die Kredite für Afrika, werde jedoch niemals ein Vertrauensvotum für Crispi abgeben. Ministerpräsident Crispi sagt, auch dieses mal wolle man ihn einer großmannssüchtigen Politik beschuldigen und lege ihm die Verantwortlichkeit für die Vorfälle am Amba-Alagi zur Last. Er erinnert daran, daß die Unternehmung in Afrika nicht sein Werk sei, und an die Besetzung von Assab und Massowah, um darzuthun, daß man damals kein bestimmtes Ziel hatte; er hätte gewünscht, daß die Hoffnungen Italiens sich anderswohin lenkten, er habe dies entschieden 1882 erklärt gelegentlich der Aufforderung Englands, mit ihm gemeinschaftlich zu handeln, um in Aegypten den Aufstand Arabi Paschas zu ersticken. Indessen seit 1885 mußte man anerkennen, daß, da die Fahne nun einmal in Assab und Massowah aufgepflanzt war, man bableiben und die Stellung verbessern mußte. Der Vertrag von Uccialli gereiche der italienischen Politik zur Ehre, weil er Italien das Plateau von Aethiopien gegeben habe; wahrscheinlich habe Menelik ihn verletzt, weil ihm durch denselben der Sklavenhandel verboten sei. Die Regierung habe im letzten Sommer an Baratieri die Anfrage gerichtet, welche Mittel er wünsche, um die Ergebnisse des Sieges zu bewahren, und ihm die weitesten Mittel zur Verfügung gestellt. Crispi fügt hinzu, er habe nie an eine Eroberung von Schoa gedacht. Baratieri hätte gewußt, welche Grenzen seiner Thätigkeit notwendigerweise gesteckt wären, wahrscheinlich wäre dies der Grund gewesen, weshalb er Verstärkungen nicht zu bedürfen glaubte. Für den Augenblick fordere er nur Mittel, um für das unerläßlich notwendige sorgen zu können unter Ablehnung des Gedankens irgendwelcher Gebietserweiterung und um das erforderliche für die Sicherung der Ehre der italienischen Fahne leisten zu können, kurz, weder Feigheit noch Unklugheit!

Hiernach wird mit 255 gegen 148 Stimmen beschlossen: „Die Kammer nimmt im Vertrauen, daß die Regierung es verstehen werde, das Ansehen der italienischen Waffen hochzuhalten, den Frieden in Afrika wieder herzustellen und zukünftig für die Sicherheit zu sorgen und im Vertrauen auf die wiederholte Versicherung der Regierung, daß sie gegen eine Politik der Ausdehnung ist, Akt von den Erklärungen der Regierung." Sodann genehmigt die Kammer mit 237 gegen 36 Stimmen die 20 Millionen für Afrika.

21. Dezember. Im Senat spricht sich Crispi bezüglich der 20 Millionenvorlage in ähnlicher Weise wie in der Kammer aus. Schatzmeister Sonnino sagt, daß infolge dieses Kredits das Defizit des Budgets 16 Millionen Lire betragen würde, daß indessen der Ueberschuß aus den Zöllen es auf höchstens acht bis neun Millionen herabmindern werde. Uebrigens sei es nicht angebracht, sich mit

dieser Frage zu beschäftigen, da für alle, auch für außerordentliche Ausgaben durch die gewöhnlichen Einnahmen gesorgt sei und die Regierung nicht daran denke, Schulden zu machen oder neue Steuern aufzuerlegen. „Gott sei Dank, Geld mangelt uns nicht, um die Ehre unsrer Fahnen hochzuhalten.“ Crispi ergreift nochmals das Wort: Vierzehn Tage sind seit dem Vorfall bei Amba-Alagi vergangen. Wir können jetzt feststellen, daß der Feind doppelt so große Verluste als unsre Truppen gehabt hat, sodaß er nicht wagte, weiter vorzugehen, und daß Ras Makonnen, der übrigens die Streitkräfte der Tigriner, nicht der Schoaner kommandirt — denn die Schoaner sind zu Hause geblieben —, bis gestern unsre Truppen nicht verfolgt hat, vielmehr um Frieden bat. Wenn auch seine Friedensvorschläge ernsthaft sind, müssen wir doch die Vorbereitungen treffen, als wenn sie nicht ernsthaft wären. Diese Thatsache allein beweist, daß unsre Oberherrschaft in diesen Ländern trotz des Vorfalles bei Amba-Alagi aufrecht geblieben ist. Alles trägt zu der Hoffnung bei, nicht nur daß die Opfer von Amba-Alagi werden gerächt werden, sondern auch, daß Italien seine Vorherrschaft, die ihm in den besetzten Gegenden zusteht, wieder erlangen wird. Schließlich wird die Vorlage genehmigt.

V.

Papst.

Anfang Juli. Der Papst hat Unterredungen mit dem Erzbischof von Baltimore, Kardinalprimas Gibbons über die Frage der Vereinigung der Kirchen, wozu am 6. Dezember v. J. eine ständige Kardinalskongregation eingesetzt ist (1894, II. S. 351). Gibbons verhehlt, wie verlautet, dem Papste nicht, wie verschieden die Lage der Hochkirche in England, die so viele Berührungen mit dem Katholizismus habe, von der der verschiednen amerikanischen Konfessionen ist, in denen das Christentum einen vorwiegend sozialistischen und philosophischen Anstrich habe, während Dogma und Ritus in zweiter Linie ständen. Es werde ein schwieriges Werk sein, alle diese Dissidenten zur katholischen Einheit zurückzuführen.

10. Juli. Der Papst richtet an die belgischen Bischöfe ein Schreiben über die soziale Frage.

Der Papst besteht darin vor allem auf der Notwendigkeit der Eintracht der Katholiken, für die die gegenwärtige Differenz den belgischen Katholiken ein neues Exempel sei. Sodann fordert der Papst die Bischöfe auf, zu einem Kongresse zusammenzutreten, um über die besten Mittel zur

Erreichung dieses Zieles zu beraten, und führt die Grundsätze an, auf die die Bischöfe die Aufmerksamkeit lenken sollen. Diese Grundsätze beruhten auf der Freiheit und dem Einvernehmen der katholischen Religion und der bürgerlichen Einrichtungen. Ferner richtet der Papst die Weisung an die Bischöfe, die Katholiken von der öffentlichen Polemik und der Schmälerung des Prinzips der gesetzlichen Autorität abzuhalten, und schließt mit der Aufforderung an alle Katholiken, sich den Umsturztheorien des Sozialismus lebhaft zu widersetzen, der alles gegen die Religion und den Staat versuche und das göttliche Recht mit dem menschlichen Rechte zu verschmelzen trachte.

13. Juli. Der Kardinal Graf Ledochowski in Rom wird anläßlich seines Priesterjubiläums von vielen Seiten, auch vom Kaiser von Oesterreich, sehr geehrt.

26. Juli. Der „Osservatore Romano" veröffentlicht ein Schreiben des Papstes an Père Picard, den General der französischen Assumptionistenmissionare, worin er ihm einen Entschluß anzeigt, die Klöster der Assumptionisten in Stambul und Kadikoi zu vergrößern, damit in denselben eine weitere Anzahl dem lateinischen und dem griechischen Ritus huldigender junger Leute aufgenommen werden könne, um Unterricht in der griechischen Sprache sowie in der Geschichte und den Gebräuchen des griechischen Ritus zu erhalten.

31. Juli. In einem Briefe an den Jesuitengeneral Martin spricht sich der Papst lobend über die Missionsthätigkeit der Jesuiten unter den Kopten aus und hebt hervor, daß andre Sekten, die über viel Geld verfügen und weltliche Geschicklichkeit besitzen, die Rückkehr der Kopten zur Einheit des Glaubens zu hintertreiben suchen. Man müsse daher die Gegner durch größere Anstrengungen besiegen. Der Papst teilt alsdann mit, daß die angesehensten Kopten bereits Mittel zur Verfügung gestellt hätten, um die Anstrengungen des Papstes zu unterstützen, und daß er selbst eine beträchtliche Summe für die Mission der Jesuiten angewiesen habe, sowie daß infolge seines Briefes an die Kopten in den nächsten Monaten eine Deputation derselben nach Rom kommen werde, um ihm die Dankbarkeit der Kopten auszusprechen. Schließlich ermahnt der Papst die Jesuiten zu einem thätigen Vorgehen in diesem Sinne, wie sie es immer für die Kirche und das Wohl der Völker gethan hätten.

18. August. Anläßlich des Festes des heiligen Joachim, des Patrons des Papstes, empfängt der Papst die Huldigungen der Kardinäle, der Prälaten und der katholischen Vereine. Er unterhält sich mit ihnen über das Wiedererwachen der religiösen Bewegung in Italien und über die Notwendigkeit einer engen Verbindung der Katholiken und bedauert den zwischen der weltlichen und der geistlichen Gewalt bestehenden, für Italien so schädlichen, hartnäckigen Konflikt.

5. September. Der Papst erläßt ein Rundschreiben („Encyklika"), in dem er anläßlich der bevorstehenden Feier des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums der Eroberung Roms durch die italienischen Truppen die katholische Welt auffordert zum Rosenkranzgebet zur Jungfrau Maria. Das Gebet wird als ein besonders „wirksames Gebet" gepriesen, in dem eine „besondre Kraft liege," und: „aus der Kraft des Rosenkranzgebetes erwarten wir aber vor allem eine ernstliche Hilfe zur Mehrung des Reiches Christi."

Die Encyklika, die ganz besonders auch an die Orientalen gerichtet ist, schließt mit den Worten:

Möge ihre mütterliche Milde vor jeder Gefahr ihre ganze Familie bewahren, dieser als solcher das wahre Glück verleihen, besonders sie in heiliger Einigkeit befestigen. Möge Maria gütig blicken auf die Katholiken jedes Volkes, sie mit dem Bande der Liebe verstricken und sie eifriger und standhafter machen in der Wahrung der Ehre der Religion, worin die höchsten Güter des Gemeinwesens beruhen. Möge sie gütig blicken auf die Getrennten, die großen und ruhmvollen Nationen, die edeln und der Christenpflicht gedenkenden Männer, möge sie heilsame Entschlüsse in ihnen wecken, die geweckten fördern und zur Durchführung bringen. Möge den Dissidenten im Orient die so eifrige Verehrung Marias helfen, sowie die zahlreichen und glänzenden Thaten, die ihre Vorfahren zum Ruhme Marias gethan. Bei denen, die im Occident getrennt sind, möge die Erinnerung an die wohlthätige Hilfe wirksam sein, mit der Maria die ihr dargebrachte, so lange Zeit hindurch hervorragende fromme Verehrung belohnt hat. Beiden, wie den übrigen, wo immer sie sein mögen, helfe die einmütig flehende Stimme der katholischen Völker, und helfe unsre Stimme, die wir bis zum letzten Atemzuge rufen: Zeige, daß du Mutter bist!

16. September. Der Papst empfängt eine Abordnung von dreißig Notabeln der katholischen Kopten, die unter Führung des Bischofs Cyrill Macaire und Boghos-Beys erscheinen, um ihm für seine Encyklika zu danken und befriedigende Nachrichten über die unter den dissidirenden Kopten herrschende Bewegung zu Gunsten der Rückkehr zur katholischen Einheit zu überbringen. Der Papst teilt der Deputation mit, daß er zwei neue koptische Bistümer zu schaffen gedenke.

29. September. Der Papst empfängt eine Abordnung katholischer Journalisten.

Anwesend sind: der Direktor des Turiner „Corriere Nazionale," der Famulus des Kardinals Rampolla, Pacelli, ferner Bonetti, Redakteur des „Offervatore Romano," und der Priester Caliero von der „Unità Cattolica." Der Direktor des Turiner Blattes übergiebt dem Papst ein Geschenk von 15 000 Lire mit den Worten: „Den frühern 10 000 Lire fügen die Turiner Katholiken diese Gabe hinzu als Erinnerung an das erste Vierteljahrhundert des Dogmas der Unfehlbarkeit." Der Papst erwidert: „Das ist brav von euch. Ihr seid wackere Kämpfer. Eure Artikel gegen das Jubelfest der Usurpation Roms las ich mit Freuden. In der heutigen Messe dankte ich mit Eifer Gott, daß dieses ihm selbst, der Kirche und dem Papst zum Trotze

veranstaltete Fest vorüber ist. Das katholische Italien hat über die Veranstaltung der Sekten triumphirt."

8. Oktober. In Form eines an den Kardinal-„Staatssekretär" Rampolla gerichteten, in italienischer Sprache abgefaßten Schreibens erläßt der Papst eine Verwahrung gegen die italienische Feier des 20. September. Bezüglich der damaligen Kundgebungen heißt es in dem Schreiben:

Das Gefühl der Humanität, das selbst von Leidenschaft beherrschte Geister bewahren, schien die Hoffnung auf Rücksichten für unser Alter zuzulassen. Aber man wollte in roher Weise darüber hinweggehen. Es fiel uns zu, beinahe unmittelbare Zeugen sein zu müssen von der Apotheose der italienischen Revolution und der Beraubung des heiligen Stuhls. Wir wurden besonders betroffen durch den Plan, den Konflikt, dessen unheilvolle Folgen niemand ermessen kann, eher zu verewigen als zu beseitigen. Außerdem that man einen weitern Schritt nach dem wesentlich antireligiösen Ideale hin, denn der letzte Zweck der Besetzung Roms, wenn nicht in dem Geiste aller, die dabei wirkten, so doch in dem Geiste der Sekten, die deren erste Anstifter waren, besteht nicht allein in der Vervollständigung der politischen Einheit. Man wollte durch das Niederreißen der Mauern der bürgerlichen Metropole die geistliche Macht des Papstes schärfer angreifen. Die Absicht war, die Geschicke Roms zu ändern, Rom umzugestalten und wieder heidnisch zu machen, um einem dritten Rom, einer dritten Zivilisation das Leben zu geben. Das war es, was man neulich durch die Sanktion des neuen Gesetzes, durch die von einer Gott feindlichen Sekte veranstalteten lärmenden Kundgebungen feiern wollte. Darunter leidet die Nation: denn das Versprechen materieller Wohlfahrt wurde nicht nur nicht gehalten, sondern Italien ist auch moralisch geteilt, und die umstürzlerischen Parteien gewinnen an Macht. Keine bürgerliche oder soziale Einrichtung, nichts wird jemals dem Papsttume wahre Unabhängigkeit schaffen, wenn dem Papsttume die territoriale Jurisdiktion vorenthalten wird. Unsre Stellung, von der versichert wird, daß sie garantirt sei, ist dem Urteile andrer unterworfen und letzthin ließ man die Drohung durchblicken, daß die bestehenden Garantien abgeschafft werden könnten.

Der Papst rühmt sodann die Wohlthaten der päpstlichen Souveränetät und fordert die Italiener, die keiner Sekte angehören, auf, in Erwägung zu ziehen, wie verderblich es sei, einen Kampf fortzusetzen, der den Umtrieben kühner Fraktionen und den Feinden des christlichen Namens vorteilhaft sei. Das Schreiben betont, die höchste Obrigkeit der Kirche verfolge mit wohlwollender Wachsamkeit den Weg der Humanität und weigere sich nicht, soviel wie möglich sich den billigen Bedürfnissen der Zeit anzuschließen. „Wenn die Italiener," schließt das Schreiben, „das freimaurerische Joch abschütteln und auf uns hören, werden wir unser Herz den teuersten Hoffnungen öffnen; andernfalls könnten wir nur neue Gefahren und größere Vernichtungen voraussagen."

3. November. Anläßlich der dreihundertjährigen Feier der Rückkehr der Ruthenen zum katholischen Glauben empfängt der Papst 130 ruthenische Pilger unter Führung des Erzbischofs

Sembratowicz von Lemberg und sagt in seiner Ansprache, er werde für die Ruthenen alles thun, was in seinen Kräften stehe, und in Rom das alte ruthenische Kollegium wieder eröffnen.

19. November. Kardinal Lucian Bonaparte, geb. 1828, Enkel des gleichnamigen Bruders Napoleons I., 1868 von Pius IX. zum Kardinal ernannt, stirbt in Rom.

29. November. Der Papst hält ein geheimes Konsistorium ab, in dem er neun Kardinäle, darunter den Erzbischof von Lemberg und den Fürsterzbischof von Salzburg, ernennt. In seiner Ansprache sagt er:

Ganz Europa blickt mit Ungeduld und Erwartung nach dem benachbarten Orient, dessen Lage durch schmerzliche Ereignisse und innere Konflikte getrübt ist. Es ist ein grausames beklagenswertes Schauspiel, Städte und Dörfer mit Blut befleckt und weit ausgedehnte Gefilde durch Feuer und Schwert verheert zu sehen. Während sich die Staatsoberhäupter in überaus lobenswerter Weise beratschlagend vereinigten und auf die Beendigung der Metzeleien und die Wiederherstellung der Ruhe bedacht nahmen, haben wir, soweit es an uns ist, nicht unterlassen, diese ebenso hochherzige als gerechte Sache stets zu verteidigen. Seit dem Beginne der jüngsten Ereignisse haben wir gern zu Gunsten der Nation der Armenier intervenirt und, indem wir an die Autorität ihres Souveräns erinnerten, zur Eintracht, Sanftmut und Willigkeit geraten. Diese unsre Ratschläge scheinen nicht mißfallen zu haben. Wir werden nicht ablassen, das begonnene Werk fortzusetzen, denn wir haben keinen sehnlichern Wunsch als die Sicherheit der Personen und alle Rechte in dem weitausgedehnten Kaiserreich geschützt zu sehen. Einstweilen beschlossen wir, den Armeniern, die am meisten gelitten haben und am bedürftigsten sind, Hülfe zu senden.

2. Dezember. Im öffentlichen Konsistorium bekleidet der Papst die Kardinäle Sancha y Hervas, Gotti und Manara mit dem Kardinalshut.

14. Dezember. Kardinal Paulus Melchers, geb. 1828 in Münster, stirbt in Rom. Er war einer der heftigsten Gegner des preußischen Staats im kirchenpolitischen Streite.

Nachdem er durch seinen Widerstand gegen die Maigesetze zahlreiche Strafen verwirkt hatte, floh er 1875 nach Holland und Belgien, unterhielt aber seine Verbindungen „vom Orte seines Exils“ aus mit seiner Diözese. Vom Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten wurde er 1877 zur Absetzung verurteilt und nahm dann seinen Wohnort in Mastricht. Papst Leo ernannte ihn 1885 zum Kardinal.

23. Dezember. Der Papst empfängt die Kardinäle, Bischöfe und Prälaten, die ihm anläßlich des Weihnachtsfestes ihre Glückwünsche aussprechen, und erwidert auf die Ansprache des Kardinals Monaco la Valetta, daß die zahlreichen weltbewegenden Prüfungen, denen die Kirche unterworfen sei, es zur Pflicht machen, die heißen Gebete zu vermehren, um der bereits in mehreren Nationen wiedererwachten katholischen Aktion vollen Erfolg zu geben, die Rückkehr der christlichen Dissidenten zu erreichen, und

den Geist der Gottlosigkeit, der sich gegen die religiöse Erziehung der Jugend auflehne, zu bekämpfen. Der Papst erinnert im Verlauf seiner Rede, daß die Fürsten und Völker öffentlich Gott anriefen, wenn es sich darum handelte, unter seinem Schutze wichtige Schritte zu unternehmen, oder seine Hilfe im Unglück zu erflehen. — „Gütiger Gott," schließt der Papst seine Rede, „wie sehr bedarf die gegenwärtige Zeit doch deines Segens!"

Spanien.

I.

Militärische Ausschreitungen.

14. März. Das angesehene Madrider Blatt „El Resumen" bringt Betrachtungen darüber, daß die nach Kuba eingeschifften Rekruten dringend verdächtig seien, ihrer Aufgabe mit großer Unlust entgegenzugehen, denn es fehle ihnen die royalistische Gesinnung, und es wären ihre Sympathien eher auf Seiten der Aufständischen zu suchen als auf der spanischen Seite. In den Kreisen des Offizierkorps erregt diese Aeußerung großes Aergernis, und dreißig jüngere Offiziere unternehmen einen Ueberfall auf das Redaktionslokal des Blattes, der zu einem großen Straßenexzeß führt. Die Madrider Presse bemächtigt sich des Vorfalls in dem Sinne der Opposition gegen das Kabinet Sagasta; das Blatt de Castelars „Globo" kündigt eine Anfrage über den Exzeß in der Kammer an und beurteilt das Vorgehen der Offiziere in den schärfsten Formen.

15. März. Die Antwort auf diesen neuen Angriff ist eine abermalige grobe Ausschreitung der Offiziere; diesmal dringen 60 Mann in die Redaktionsräume des „Globo" und richten hier eine fürchterliche Verwüstung an. Der „Heraldo," der gegen die Exzesse auftritt, wird in derselben Art behandelt, der Haufe der „exekutirenden" Offiziere beträgt in diesem Falle schon 400 Mann. Der Generalkommandant von Madrid läßt eine große Zahl der Exzedenten verhaften.

16. März. Die Angelegenheit kommt in beiden Kammern zur Sprache, wo der General Bermudez Reina, Generalkapitän von

Madrid, und der Kriegsminister die „Kundgebungen“ der jungen Offiziere zwar beklagen, sie aber damit entschuldigen, daß sie durch die Kritik der Presse gereizt worden seien. General Lopez Dominguez wirft der Presse vor, daß sie die Armee angreife, worauf die anwesenden Vertreter der Presse Protest erheben und den Saal verlassen.

17. März. Die Direktoren sämtlicher Madrider Blätter begeben sich zum Minister des Innern und fragen an, ob die Regierung für die Freiheit und den Schutz des Eigentums der Presse bürgen könne, wo nicht, so würden die Zeitungen ihr Erscheinen einstellen. Der Minister des Innern und der Kabinetschef Sagasta erwidern, sie würden ihr Möglichstes thun, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Freiheit aller zu schützen. 1000 Offiziere verlangen die Unterdrückung der Blätter, die die Offiziere in ehrenrühriger Form angreifen.

18. März. Marschall Martinez Campos wird zum Generalkapitän von Madrid ernannt. Beim Empfange der Offiziere sagt er: „Wenn Sie wieder oppositionelle Gruppen bilden, so werden Sie mich als Ihren Gegner finden, bereit, mir Ihren Gehorsam zu erzwingen, oder Ihr Leben zu fordern.“ Bei einem Empfangsabende der Tagesschriftsteller sagt Campos: „Wenn Sie neue Angriffe gegen das Heer unternehmen, werden Sie sich zweifelsohne dem Erschießen aussetzen!“

19. März. Marschall Martinez Campos erläßt ein Manifest, in dem er die Offiziere auffordert, sich von jeder Demonstration fernzuhalten. Er erklärt, er habe persönlich der Königin-Regentin das Wort gegeben, die Ruhe aufrecht zu erhalten.

22. März. Die Generale und die Obersten der Garnison erklären Martinez Campos, daß sie sich bedingungslos auf die Seite des Thrones und der Regierung, wie sie auch sein möge, stellen. Dieser Geist beseele alle Militärs.

5. Juni. Major Clavijo wird wegen Mordanfalls auf den im Dienst befindlichen Generalkapitän Primo de Rivera infolge kriegsgerichtlichen Urteils erschossen.

II.

Wechsel des Ministeriums.

18. März. Das Ministerium Sagasta bittet um Entlassung. Grund:

Nach dem Militärstrafgesetzbuch gehören Verleumdungsvergehen, die von der Presse gegen die Armee begangen werden, vor das Kriegsgericht, während das bürgerliche Gesetz sie vor die Geschwornen verweist. Der oberste Gerichtshof hat sich zu Gunsten dieses letztern Verfahrens ausgesprochen. Als trotzdem der Kriegsminister, in Uebereinstimmung mit dem Wunsche der Offiziere der Garnison, dem Ministerrate den Erlaß einer Verordnung vorschlug, durch die die fraglichen Vergehen dem Kriegsgerichte überwiesen werden, bekämpften die meisten der dem bürgerlichen Element angehörenden Minister diese Forderung, und Sagasta erklärte, es sei ihm unter diesen Bedingungen nicht möglich, die Regierung weiter zu führen.

24. März. Das seit dem 11. Dezember 1892 im Amt befindliche liberale Ministerium Sagasta tritt zurück, worauf ein von Canovas del Castillo gebildetes neues Ministerium ins Amt tritt, in dem er selbst den Vorsitz übernimmt, Romero Robledo Justiz und Unterricht, der Herzog von Tetuan das Aeußere, Cos-Gayon das Innere, Reverter die Finanzen, Castellanos die Kolonien; Azcarraga wird Kriegsminister, Bosch y Fustegueras Arbeitsminister; für Marine Beranger.

III.

Cortes.

28. März. Das neue Ministerium stellt sich der Kammer vor. Im Senat führt der Ministerpräsident Canovas del Castillo aus, die Regierung stelle sich unter außerordentlichen Umständen vor; sie werde sich lediglich bestreben, die ökonomische Lage gesetzlich zu regeln, und hoffe dabei auf die Mitwirkung der Kammern; sie werde die nötige Hilfe nach Kuba senden, um den Aufstand zu unterdrücken. Der Senat erklärt darauf, von den energischen Absichten der Regierung mit Befriedigung Kenntnis genommen zu haben. In der Deputirtenkammer antwortet der Ministerpräsident auf eine Anfrage nach den Ursachen der Ministerkrisis, er habe die Regierung bedingungslos übernommen und habe das Recht, sich um die Beweggründe, die das liberale Kabinett zum Rücktritt bewogen, nicht zu bekümmern.

29. März. Der Deputirtenkammer wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, betreffend die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits für Kriegszwecke im Betrage von 1 200 000 Pesetas. Im Senat befürwortet Martinez Campos einen Antrag, nach denen Schmähungen der Armee durch die Presse vor die Kriegsgerichte gehören. Der Kriegsminister bekämpft den Antrag: die Frage liege dem obersten Kriegsrat vor; er erwarte dessen Bericht, um alsdann die Abände-

rungen des bestehenden Gesetzes vorzuschlagen. Campos zieht hierauf seinen Antrag zurück.

6. Mai. Im Senat richtet Gullon eine Anfrage an die Regierung in Betreff der im Auslande verbreiteten Nachricht über den Anschluß Spaniens an die Schritte Deutschlands, Frankreichs und Rußlands in der Frage des Friedensvertrags von Shimonoseki. Der Minister des Auswärtigen erwidert, es sei nicht patriotisch, öffentliche Mitteilungen zu machen über die Verhandlungen der spanischen Regierung mit den befreundeten Mächten. Der Moment werde kommen, in dem das Parlament werde urteilen können über die Haltung der Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit nicht entziehen werde.

12. Juni. Der Senat genehmigt die Vorlage, betreffend die Ermächtigung der Regierung zur Ausgabe von Obligationen für Kuba. Durch dieselbe soll dem Kolonialminister im Bedarfsfalle die Beschaffung von Mitteln bis zur Höhe von 600 Millionen Pesetas gestattet werden.

1. Juli. Vertagung der Cortes.

IV.

Zollangelegenheiten.

Anfang November. Es ergeht eine königliche Verordnung wegen Errichtung eines ständigen Zollbeirats, der aus zehn ordentlichen und fünfzig außerordentlichen Mitgliedern bestehen soll.

V.

Aenderungen im Ministerium Canovas.

Ende November. Herr Urbina, Marquis de Cabrinana, deckt in einer veröffentlichten Schrift die fortgesetzten groben Unregelmäßigkeiten in der Finanzverwaltung der Stadt Madrid auf; infolgedessen wird abends auf der Straße ein erfolgloser Mordanfall auf ihn verübt.

1. Dezember. Der Marquis Cabrinana beschuldigt den Minister der öffentlichen Arbeiten Bosch, frühern Bürgermeister von Madrid, vor dem Untersuchungsrichter der Veruntreuung im Amte.

13. Dezember. Infolge einer am 9. Dezember in Madrid stattgehabten Massenkundgebung gegen die groben Mißstände der städtischen Verwaltung treten die Minister Bosch und Romero Robledo vom Amte zurück. Ersterer war schon 1892 allerlei Betrügereien beschuldigt, und als er sowie sein Freund Romero Robledo von Canovas del Castillo als damaligem Ministerpräsidenten beschützt wurden, mußte infolgedessen das ganze Ministerium zurücktreten.

15. Dezember. Zum Justizminister wird der bisherige Bankgouverneur Graf Tejada Valdosera und der Staatsratspräsident Linares Rivas zum Unterrichtsminister ernannt.

VI.

Aufstand auf Kuba.

24. Februar. Obgleich die Cortes sich Mitte Februar mit den Grundsätzen eines Gesetzentwurfs einverstanden erklärt hatten, wonach auf Kuba sechs Provinzialversammlungen und ein die innern Angelegenheiten der Insel leitender Administrativrat errichtet werden sollen, bricht infolge der über wirtschaftliche Verhältnisse herrschenden Verstimmung eine aufständische Bewegung in den Provinzen Puerto Principe und Montanzas aus. Da wegen der finanziellen Bedrängnisse Spaniens nicht genügend Truppen auf der Insel unterhalten werden, nimmt die Bewegung von vornherein einen gefährlichen Charakter an, sodaß General Calleja den Belagerungszustand über die ganze Insel verhängt. Gleichzeitig verspricht er Gnade denen, die sich sogleich unterwerfen, wovon viele Aufständische Gebrauch machen.

28. Februar. In der Kammer und im Senat werden zahlreiche patriotische Erklärungen abgegeben, die Regierung zu unterstützen, den Frieden auf Kuba aufrecht zu erhalten.

1. März. Im Senat erklärt der Kriegsminister über die Lage auf Kuba, er werde acht mit Mausergewehren bewaffnete Bataillone nach Kuba entsenden.

2. März. Das oben erwähnte Reformgesetz für Kuba wird durch Genehmigung des Senats in den Cortes abgeschlossen.

Anfang März. Der Aufstand breitet sich weiter aus. Er war in allen Teilen der Insel im stillen vorbereitet, bis die Verschwörer durch die Maßregeln der Regierung gestört wurden. Der

Aufstand, dessen Herd der kleine Ort Beire ist, verbreitet sich über die Provinzen Santa Clara und Pinar del Rio.

15. März. Staatssekretär Gresham in Washington erteilt dem Gesandten in Madrid, Taylor, bestimmte Weisung, der spanischen Regierung mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten unbedingt auf der sofortigen Erteilung genauer Befehle an die spanischen Schiffskommandeure bestehen, des Inhalts, daß dieselben weder den rechtmäßigen amerikanischen Handel in den kubanischen Gewässern stören, noch irgend welche das Leben oder Eigentum amerikanischer Staatsangehörigen bedrohende Maßregeln geben. Auch verlangt der Gesandte Entschuldigung und Schadenersatz wegen der Beschießung des amerikanischen Schiffes „Allianca" durch ein spanisches Kriegsschiff auf der Höhe von Kuba.

2. April. Marschall Martinez Campos schifft sich als neu ernannter Oberbefehlshaber und Generalgouverneur nach Kuba ein.

Mitte April. Nachdem die Aufständischen Zuzug durch gelandete Nordamerikaner erhalten haben, nimmt der Aufstand noch größere Verhältnisse an. Die Steuern auf der Insel werden um fünf Millionen Pfund Sterling erhöht, damit die Kosten der Unterdrückung des Aufstandes gedeckt werden. Martinez Campos macht einen vergeblichen Versuch, die Aufständischen zu einer gütlichen Beilegung zu bewegen und schickt sodann drei größere Truppenabteilungen gegen die Aufständischen aus.

23. April. Die Regierung beschließt, die Regierung der Vereinigten Staaten freundschaftlichst aufzufordern, Maßregeln gegen die Agitation für die Kubaner zu ergreifen. Marschall Martinez Campos schlägt sein Hauptquartier in Manzanillo auf. Die Aufständischen zerstören sämtliche Telegraphenverbindungen.

12. Mai. 700 Aufständische unter dem Oberbefehl Maceos greifen die Regierungstruppen mit großer Heftigkeit an, töten eine große Anzahl derselben und richten unter den überraschten Soldaten große Verwirrung an.

15. Mai. Die Aufständischen werden mit ihrem Angriff auf die Stadt dos Cammos zurückgeschlagen.

16. Mai. Die Aufständischen werden von den Regierungstruppen geschlagen, wobei Marti, der sogenannte Präsident der Republik Kuba, getötet wird.

13. Juni. Campos unternimmt einen Zug, um eine in Clara zwischen Manzanillo und Bayamo stattfindende große Versammlung Aufständischer, in der eine provisorische Regierung gewählt werden sollte, zu sprengen. Infolgedessen kommt es zu einem Treffen. Campos wird in einem bergigen und bewaldeten Gelände von den Aufständischen angegriffen und kann den Rückzug nur dadurch bewirken, daß General Santocildes mit seiner Abteilung sich dem Tode weiht.

Ende Juli. Es langen wieder viele Truppen aus Spanien auf der Insel an, sodaß sie an Zahl 54000 mit 20 Generalen und 2200 Offizieren zählen. Andrerseits erhalten die Aufständischen Zuzug durch die Landung von zwei Expeditionen Freiwilliger.

30. August. Der spanische Kriegsminister ordnet an, daß binnen zwölf Tagen 25000 Mann Reservetruppen mobilisirt werden, um nach Kuba eingeschifft zu werden.

31. August. Heftiger Kampf einer spanischen Truppenabteilung mit Aufständischen.

22. September. Die Truppen nehmen ein Lager der Aufständischen ein.

25. Oktober. Im San Juan-Thal findet eine Schlacht zwischen dreitausend Aufständischen unter Führung Maceos und 2800 Spaniern statt, die für letztere verhängnisvoll wird. Die Rebellen hatten sich in den Hinterhalt gelegt und überraschten die bestürzten Spanier durch einen plötzlichen Massenangriff.

Anfang November. Die Spanier sind in mehreren Scharmützeln siegreich.

18. November. Schlacht bei Taguasko ohne entscheidenden Erfolg.

Im Dezember. Es findet wieder eine Reihe kleiner, erbitterter Kämpfe statt. Die Eingebornen werden von den Aufständischen vielfach genötigt, die Zuckerpflanzungen zu zerstören.

Portugal.

I.

Kolonie Mozambique.

Anfang Januar. Die Eingebornen, anscheinend aufgereizt durch Cecil Rhodes, den Direktor der britisch-südafrikanischen Gesellschaft, erheben einen Aufstand gegen die portugiesische Herrschaft, jedoch gelingt es den Portugiesen, sich gegen die Uebermacht zu behaupten.

2. Februar. Laurenço-Marquez, die Hafenstadt an der Delagoabai, wird abermals durch die Kaffern bedroht; allein bei einem Zusammenstoße nahe bei der Stadt bleiben die Portugiesen trotz erheblicher Verluste abermals Sieger.

8. Juli. Die Eröffnung der Delagoabai-Eisenbahn, die aus dem portugiesischen Ostafrika nach Pretoria in Transvaal führt, findet unter großen Feierlichkeiten statt. Die Gouverneure der Kapkolonie, von Natal, Betschuanaland und der Delagoabai wohnen der Eröffnung bei, ebenso ist eine große Anzahl deutscher, britischer, holländischer und portugiesischer Marineoffiziere erschienen.

11. November. Die portugiesischen Truppen nehmen die Hauptstadt des ihnen feindlichen Häuptlings Gungunhanas ein.

II.

Kolonie Goa.

13. Oktober. Die Eingebornen erheben einen Aufstand und umzingeln die gegen sie gesandten Truppen, von denen viele gefangen genommen werden.

15. Oktober. Die Regierung der Kolonie bewilligt vorläufig alle Forderungen der Aufständischen. — Auf der Insel Timor lehnen sich alle eingebornen Truppen, ursprünglich aus religiösen Gründen, gegen die portugiesische Herrschaft auf.

III.

Unterrichtsgesetz.

Ende August. Es wird eine Schulreform eingeführt.

Während bisher das französische System herrschte, soll in Zukunft das deutsche befolgt werden. Anstatt daß der Schüler ein Jahr lang z. B. nur Französisch und Geschichte studirt und in diesen beiden Fächern sein vollständiges Examen ablegt, sodaß er diese zwei Lehrgegenstände offiziell nie wieder zu Gesicht bekommt und natürlich am Ende des Studiums gänzlich vergessen hat, soll jetzt die in Deutschland allgemein eingeführte Art der progressiven Prüfungen zum Vorbild dienen, wie denn auch auf die Erlernung der deutschen Sprache bedeutend mehr Gewicht gelegt wird.

IV.

Reise des Königs.

5. Oktober. Ankunft des Königs Karl in Paris.

Mitte Oktober. Der Plan des Königs, seinen Oheim, den König Humbert von Italien, zu besuchen, wird vereitelt durch die Erklärung des Papsts, daß er ihn nicht empfangen würde, wenn er zuvor den König von Italien im Quirinal besucht haben würde. Der hierauf vom König Karl seinem Oheim gemachte Vorschlag, ihn in Monza zu empfangen, wird von diesem abgelehnt, weil dieser Ausweg sich wie eine Kapitulation vor dem Vatikan ausgenommen haben würde. Darauf verzichtet König Karl auf die Reise nach Italien und reist nach Berlin.

Belgien.

I

Die Kammern.

1.

Die Kongofrage.

12. Februar. Die Regierung bringt in der Deputirtenkammer eine Vorlage ein wegen Genehmigung eines am 9. Januar mit dem Kongostaate geschlossenen Vertrags. Er umfaßt vier Artikel, von denen der erste lautet: Der König als Souverän des Kongostaates erklärt, von jetzt ab die Souveränetät über die den unabhängigen Kongostaat bildenden Gebiete mit allen damit verbundnen Rechten und Pflichten an Belgien abzutreten, und der belgische Staat erklärt, diese Abtretung anzunehmen.

24. Mai. Die Kommission der Deputirtenkammer spricht, ohne der Entscheidung über die Hauptfrage vorzugreifen und in der Annahme, daß die Beratung über die Uebernahme des Kongostaates nicht vor dem 1. Juli würde stattfinden können, die Ansicht aus, daß es vorteilhaft wäre, von den gesetzgebenden Körpern die für den Kongostaat nötigen Mittel als provisorische Kredite zu verlangen. Es handelt sich hierbei namentlich um den Ankauf einer hohen Hypothek, die auf ausgedehnte Landstrecken am Kongo aufgenommen worden ist und vor Ende Juni zurückgezahlt werden muß.

14. Juni. Nachdem die ursprünglichen, auf Uebernahme des Kongostaats von Seiten Belgiens gerichteten Regierungsvorschläge bis auf weiteres von der Tagesordnung abgesetzt worden sind, legt die Regierung der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf vor, wonach die mit dem Kongostaate abgeschlossenen Abmachungen genehmigt werden, die dahin gehen, daß der belgische Staat sich verpflichtet, unter dem Titel eines Darlehens dem Kongostaate 5 287 415 Francs vorzuschießen, die derselbe vor dem 1. Juli für die Rückzahlung der ihm von einem Bankhause in Antwerpen gewährten Vorschüsse verwenden soll. Der belgische Staat gewährt ferner dem Kongostaat eine weitere Summe von $1\frac{1}{2}$ Millionen, um den Ausfall im Budget zu decken, insbesondre um sofort den verlornen Dampfer „Stadt Verviers," der den ständigen Dienst zwischen der Aequatorstation und den Fällen von Zongo versah, wieder ersetzen zu können. Diese

Summen im Gesamtbetrage von 6954415 Francs soll der Kongostaat an Belgien spätestens am 1. Juli 1900 zurückzahlen, falls Belgien nicht den Kongostaat übernimmt. — Ferner kommt zur Vorlage ein Gesetzentwurf hinsichtlich der Kongo-Eisenbahn, der Folgendes bestimmt:

Die Kongo-Eisenbahn-Gesellschaft, der der belgische Staat bereits früher 10 Millionen Francs zur Verfügung gestellt hat, hat zur Fortführung des Bahnbaues bei einem belgischen Bankkonsortium eine fünfprozentige hypothekarische Anleihe von 5 Millionen Francs aufgenommen; sie ist als erste Hypothek auf die Kongo-Eisenbahn eingetragen. Der belgische Staat soll nunmehr auch 5 Millionen Francs als fünfprozentige hypothekarische Anleihe der Gesellschaft bewilligen; sie sollen gleichfalls als erste Hypothek eingetragen und am 30. November 1896 zurückgezahlt werden. Mit diesen neuen Mitteln soll die 400 Kilometer lange Kongo-Eisenbahn bis zum Kilometer 160 gebaut werden.

27. Juni. Die Deputirtenkammer genehmigt, nach lebhaften, durch die Sozialdemokraten herbeigeführten Verhandlungen, diese beiden Gesetzentwürfe.

29. Juni. Der Senat tritt diesen Beschlüssen bei.

27. August. In der Kammer stellt der katholische Arbeiterdeputirte Colfs die Anfrage, ob die Mahdisten in das Gebiet des Kongostaates eingedrungen seien, ob sie belgische Stationen niedergebrannt und ob sie überhaupt die Waffen ergriffen hätten. Der Minister de Burlet erklärt, die Anfrage könne keinen Zweck haben, da Belgien nicht vor der Uebernahme des Kongostaates stehe. Die belgische Regierung sei nicht verantwortlich für Kämpfe, die stattgefunden haben könnten, noch für deren Erfolge; sie werde erst verantwortlich sein, wenn die Angliederung des Kongostaates an Belgien in der Kammer beschlossen sei. Wohl bestehe eine Personalunion mit dem Kongostaate; aber so lange Belgien das Oberhoheitsrecht über den Kongostaat nicht ausübe, sei es das Gesetz von 1890, das die Beziehungen zwischen beiden Staaten regele. Seit der Bewilligung der Kredite sei am Kongo nichts passirt, kein Unglücksfall sei eingetreten. Dem gegenüber wirft Lorand der Regierung des Kongostaates vor, daß sie die Verträge verletze und die Wahrheit verheimliche; sie treibe Belgien auf einen Weg, dessen Ausgang gar nicht zu übersehen sei. Die belgische Regierung werde fortgesetzt getäuscht. Am Kongo gingen sehr ernste Dinge vor, und der Kongostaat habe sich durch die summarische Hinrichtung von Stokes England gegenüber in eine sehr üble Lage gebracht. Weiter erklärt Lorand, im Aruwimigebiet herrsche Aufstand; Weiße seien getötet worden; die Neger lehnten sich wider die gegen sie begangnen Grausamkeiten auf. Dieser Krieg habe anscheinend 70000 Menschen das Leben gekostet. Belgien werde die Kriegskosten an die Mahdisten und eine Entschädigung an die Erben Stokes, bezahlen müssen.

Minister de Burlet tadelt die unpatriotische Sprache Lorands. Dieser bleibt dabei, daß das Defizit des Kongostaates zunehmen werde, und wirft dem Kongostaate Sucht nach Expeditionen vor. Pflicht der Regierung sei, den Souverän des Kongostaates darauf aufmerksam zu machen, daß letzterer über seine Rolle hinausgehe. Colfs beharrt auf der Forderung einer parlamentarischen Enquete. Minister de Burlet erwidert, man könne nicht eine Enquete über politische Angelegenheiten eines fremden Staates verlangen. Bezüglich der Angelegenheit Stokes beobachte man in England eine kluge Reserve. Lorand habe keinen Grund zu der Behauptung, daß der Kongostaat Eroberungszüge unternehme in das Gebiet, das ihm nur auf Grund eines Pachtkontraktes abgetreten sei. Gegebnen Falles würde Belgien dem Kongostaate die erforderlichen Vorhaltungen zu machen wissen. Belgien sowohl wie auch der Kongostaat hätten die besten Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. Der Antrag von Colfs wird abgelehnt. Eine gleiche Anfrage im Senat hat denselben Verlauf wie die vorstehende.

2.

Ueber Aenderungen im Ministerium.

18. Mai. In der Deputirtenkammer teilt der Ministerpräsident de Burlet mit, daß Graf Merode, weil er mit obigem Beschluß der Kongokommission nicht einverstanden, von der Stelle eines Ministers des Aeußern zurückgetreten sei; darauf habe er selbst, de Burlet, das Ministerium des Aeußern übernommen; für das bisher von ihm verwaltete Fach des Innern sei der klerikale Schutzzöllner Schollaert und für Justiz der Professor Nyssens aus Löwen ernannt.

3.

Soziale Fragen.

26. Januar. In der Kammer entwirft Anseele ein Bild der in den großen Genter Webereien und Spinnereien herrschenden Zustände.

Schon seit 1891 beschweren sich die Genter Arbeiter vergebens bei den Industrie- und Arbeitsräten, daß sie bei der Auszahlung der Löhne betrogen werden. Man verweigert ihnen die Kenntnisnahme der Tarife, man berechnet ihnen 100 Meter statt der gefertigten 110 Meter; bei dem Messen der Länge der Stücke, bei dem Wiegen der Gespinste werden planmäßig die Zahlen unrichtig angegeben und die Löhne gekürzt. Die großen Fabriken, die 30 Prozent Dividende zahlende Gesellschaft „La Lys“ schämen sich nicht, auf diese unehrliche Weise den Arbeitern die Löhne um 0,25 Francs der Lohnberechnung

zu kürzen. In Belgien gebe es zwei Gerechtigkeiten, die eine für die Armen, die einen langen Arm hat und leicht, schnell die Schuldigen trifft, die andre für die Reichen, die blind ist, nichts sieht und niemals Schuldige findet. Dafür biete man den bestohlnen Arbeitern aus Erbarmen schlechte Suppen und alte Kleidungsstücke; die Arbeiter weisen sie zurück; sie verlangen ihren vollen Arbeitslohn und haben das Recht, von ihrer Arbeit zu leben. „Sehen Sie in sich! Achten Sie die Arbeiter! Erhöhen Sie die Löhne! Sie können es! Sonst ziehen Sie großes Unheil auf unser Land, während Sie andernfalls ihm den sozialen Krieg ersparen!"

29. Januar. Der Justizminister Begerem giebt, zur Erwiderung der Rede Anseeles, zu, es sei allerdings manches Richtige in den Anklagen des sozialistischen Redners enthalten. Allein die jetzige Strafgesetzgebung könne die erwähnten Fälle nicht treffen. Wenn die Mißbräuche, wie sie Anseele schildere, wirklich wären, könne man darin nur eine Schmuggelei, einen Betrug besondrer Art sehen. Er erwarte das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung, die er angeordnet habe, um gelegentlich ein Spezialgesetz dem Hause zu unterbreiten, das den in Frage stehenden Betrug der Arbeitgeber zu treffen hätte. Daens erklärt, ganz gleiche Mißbräuche kämen auch in den Webereien und Fabriken seines Wahlbezirkes vor. Er habe persönlich eine Untersuchung über die Lohnverhältnisse in denselben eröffnet; kein einziger Arbeiter gewinne hier mehr als 1,25 Francs, also eine Mark, pro Tag.

30. Januar. In der Deputirtenkammer giebt der neu gewählte Präsident Beernaert (der frühere Ministerpräsident) dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangne Kammer bisher nichts besondres geleistet habe. Er ersuche alle Mitglieder, sich des Patriotismus und der Größe ihrer Aufgabe zu erinnern, um mit Hilfe der Vorsehung das Werk des sozialen Fortschrittes, das 1886 begonnen wurde, zu einem guten Ende zu führen.

4.

Finanzen.

21. Februar. In der Deputirtenkammer giebt der Finanzminister de Smet de Nayer eine Darlegung über das Budget, das 358 969 000 Francs Ausgaben und 357 727 000 Francs Einnahmen aufweist, ist aber der Meinung, daß die mäßig veranschlagten Einnahmen die Anschläge in Wirklichkeit um mehrere Millionen überschreiten werden.

8. März. Der Finanzminister bringt in der Kammer Vorlagen ein, betreffend die Abänderung der Tabaksteuer, die Seezeichen-

und Signalfeuergebühren, die Abänderung gewisser Eingangszölle und die Einführung einer Margarinesteuer.

5.

Die vlämische Frage.

13. März. Die vlämischen Abgeordneten bringen in der Deputirtenkammer einen Antrag ein, wonach die belgischen Gesetze in Zukunft in beiden Landessprachen, also französisch und vlämisch verfaßt und sanktionirt werden sollen.

6

Gemeindewahlgesetz.

4. März. Die Regierung legt den Kammern einen Gesetzentwurf vor, in dem als Wähler die Senatswähler bezeichnet sind, die eine dreijährige Ansässigkeit in der Gemeinde nachweisen können. Eine Mehrstimme wird verliehen jedem 35 Jahre alten verheirateten Bürger oder Witwer mit Kindern, wenn er an staatlicher Wohnungssteuer mindestens 5 Franks in Gemeinden bis 1000 Einwohner, 10 Franks in Gemeinden bis 10 000, 15 Franks in solchen bis 25 000, 20 Franks in Gemeinden über 25 000 Einwohner entrichtet. Eine zweite Mehrstimme erhält der Eigentümer liegenden Gutes von mindestens 150 Franks Katastraleinkommen. Unter Vorbehalt dieser Bestimmungen regeln sich die übrigen Mehrstimmen nach dem Gesetz für die Senatswahlen bis zur Höchstzahl von vier Stimmen.

4. April. Die Vorlage wird von der Deputirtenkammer genehmigt.

11. April. Der Senat stimmt ebenfalls bei.

7.

Schulgesetz.

18. Juni. Die Regierung legt den Kammern einen Gesetzentwurf zur Aenderung des Schulgesetzes von 1884 vor.

Hiernach sollen die Schulen und die bürgerliche Existenz der Lehrer nicht mehr ausschließlich der Willkür der Gemeinden und der in ihnen herr-

schenden Geistlichen überlassen, dagegen soll dem Klerus ein vermehrter Einfluß auf die Gestaltung des Unterrichts gesichert werden. Der Unterricht in der Sittenlehre und in der Religion soll in Zukunft unzertrennlich verbunden sein und dem Geistlichen vorbehalten bleiben, auch soll er zum Hauptfach im Lehrplan erhoben werden. Da die Bischöfe die Schulinspektoren aus der Zahl der Geistlichen ernennen, so wird damit die Herrschaft des Klerus über die Schule staatlich sanktionirt. Dabei ist es darauf abgesehen, den „freien Schulen," d. h. den seither von den bischöflichen Kassen allein unterhaltenen Schulen, die staatliche Geldunterstützung zu gute kommen zu lassen.

18. Juli. Die Deputirtenkammer berät hierüber in sehr lebhafter Weise. Als der Minister de Burlet bemerkt, er beklage diejenigen Eltern, die ihre Kinder in der Kloake des Atheismus verkommen lassen, erhebt sich ein gewaltiger Lärm. Die Sozialisten beschimpfen die Minister, die Mitglieder der Linken und der Rechten rufen sich gegenseitig Drohungen zu. Der Präsident hebt die Sitzung auf. Nach ihrer Wiederaufnahme werden Anträge auf Verschiebung der Beratung abgelehnt.

16. August. Die Kammern genehmigen den Entwurf in dritter Lesung.

13. September. Das Gesetz wird vom König vollzogen.

8.

Schutzzollgesetz.

18. Juni. Die zweite Kammer beschließt folgende Zollerhöhungen:

Ein Zoll von 30 Franks pro 100 Kilo für Früchte, die nicht speziell in dem Tarife aufgeführt sind, ein Zoll von 10 Franks für getrocknete Früchte, ein Zoll von 10 Franks für Kragen und Manschetten für Herren, von 15 Franks für Frauenkleider, von 10 Franks für Männerkleider, 15 Franks für Strumpfwaren, 10 Franks für Musikinstrumente, 15 Franks für Saffianwaren und 15 Franks für Parfümerien, ein Zoll von 5 Franks für 100 Kilogramm auf Baumwollfäden, die wenigstens zu 20 Prozent mit Wolle vermengt sind.

12. Juli. Zustimmung des Senats.

9.

Schluß der Session.

7. September. Durch königlichen Erlaß wird die im Anfang November 1894 eröffnete Session der Kammern geschlossen.

10.

Neue Session.

13. November. Eröffnung der Session.

29. November. In der Deputirtenkammer stellt Lorand eine Anfrage über die Hinrichtung des Händlers Stokes im Kongostaate durch den Hauptmann Lothaire. Minister de Burlet erwidert, der belgischen Regierung sei die Hinrichtung Stokes von dem Kongostaate bekannt gegeben worden; es handle sich gegenwärtig nicht darum, sich über den Punkt auszulassen, ob man Lothaire vor ein Gericht verweisen müsse, da ja er nicht in Belgien sei; die Regierung werde sich erst dann äußern können, wenn Lothaire wieder in Belgien sein werde.

2. Dezember. Im Senat schlägt Lejeune einen Gesetzentwurf vor, wonach für die Rennwetten und das Glücksspiel jeder Art eine Strafe von acht Tagen bis sechs Monaten Gefängnis und eine Geldstrafe von 100 bis 5000 Franks festgesetzt wird, während die aus dem erstern hergeleiteten Verbindlichkeiten als ungiltig und uneinklagbar erklärt werden. Als Börsenspiel wird jede Vereinbarung angesehen, die nur scheinbar die thatsächliche Lieferung der verhandelten Waren und Werte vorsieht, in Wahrheit aber auf die Differenz des Steigens und Sinkens der Preise spekulirt. Mit den Spielern werden in gleicher Weise alle diejenigen bestraft, die dem Spiel in irgend einer Weise Vorschub geleistet haben.

18. Dezember. In der Deputirtenkammer findet eine sehr lebhafte Verhandlung über die Heeresreformfrage statt.

II.

Radikale Bewegung.

24. Februar. Ein Kongreß der Sozialdemokraten verkündigt allgemeinen Ausstand.

Ende März. Mit Rücksicht auf die Lebhaftigkeit der Arbeiterbewegung wird das ganze Heer konsignirt und werden neue 7000 Mann zur Fahne einberufen.

Alle Offiziere, die in den Kasernen Instruktionen erteilen und die Taktik lehren, werden angewiesen, vor allem den Soldaten klar zu machen, wie schweren Strafen sie sich aussetzen, wenn sie in Zeiten der Unruhen und des Aufruhrs sich gegen die Heereszucht vergehen. Es darf kein Urlaub an Militärpersonen mehr erteilt werden. Auch veranlaßt der Eisenbahnminister

die Bahnhofsvorsteher, Militärzüge zu bilden und in den Hauptbahnhöfen stets bereit zu halten. Die Regierung hegt ernste Besorgnis, daß die von der Sozialistenpartei angefachte, immer mächtiger anschwellende Einspruchsbewegung gegen die von dem Ministerium beantragte Einschränkung des Stimmrechts Unruhen hervorgerufen wird. Bisher haben nur die Sozialisten eine antimonarchische, republikanische Bewegung angefacht und den König in allen ihren Versammlungen heruntergerissen; jetzt betreten die christlichen Demokraten, erbitterte Gegner der Uebernahme des Kongostaates durch Belgien, dieselbe Bahn. Diese strenggläubigen Katholiken fordern, daß die belgischen Staatsgelder nicht „in dem afrikanischen Abenteuer" vergeudet, sondern in Belgien selbst verwendet werden, um ernste soziale Reformen durchzuführen und die Lage der arbeitenden Klassen und des Landvolkes zu verbessern. In Lüttich haben am 25. März die christlichen Demokraten eine öffentliche Versammlung veranstaltet, um gegen die Uebernahme des Kongostaates Einspruch zu erheben. Der König wird arg angegriffen. „Wenn der König," so ruft ein Führer der christlichen Demokraten, „abgehen will, so mag er sich zum Teufel scheren!" Stürmischer Beifall der Sozialisten, deren Führer mit donnernder Stimme ruft: „Wir sind derselben Ansicht!" worauf Advokat Simons erwidert: „In diesem Falle marschieren wir Hand in Hand, um derselben Sache zum Siege zu verhelfen!" In Renaix in Ostflandern kommt es infolge eines Weberstreiks zu Kämpfen von Arbeitern mit der Gendarmerie.

Niederlande.

13.—24. **Mai.** Die Königinnen besuchen die Provinzen Nordbrabant und Limburg.

1. **Juni.** Der Sieger im vorjährigen Feldzuge gegen den Sultan der Sundainsel Lombok, General Vetter, wird bei seiner Heimkehr in Amsterdam mit großen Ehren empfangen.

6. **Juli.** Die Königin Wilhelmine verteilt auf dem Malieveld im Haag zahlreiche Ehrenzeichen an die Krieger aus dem Feldzug gegen Lombok.

23. **August.** Beim Besuch der Ausstellung in Amsterdam werden die Königinnen von Sozialdemokraten öffentlich grob beleidigt.

17. **September.** Die Königin-Regentin eröffnet die Generalstaaten mit einer Thronrede, in der es heißt: Der allgemeine Zustand des Landes und der Bevölkerung ist befriedigend. Die Beziehungen zum Ausland sind sehr freundschaftlich. Die Land- und Marinetruppen in Indien geben neue und leuchtende Beweise von Mut und Ausdauer. Die Ernte ist in mehrfacher Beziehung gut zu nennen.

19. **September.** Den Kammern wird das Budget für 1896 vorgelegt, das die Ausgaben mit 138½, den Fehlbetrag mit 7½ Millionen Gulden berechnet.

19. September. In Hertogenbosch findet eine von frühern päpstlichen Zuaven veranstaltete Volksversammlung statt, die lebhaft Verwahrung einlegt gegen die vor fünfundzwanzig Jahren erfolgte Aufhebung des Kirchenstaats.

Ende Dezember. Die Kammern genehmigen die Umwandlung der 375 Millionen Gulden betragenden Staatsschuld aus $3^1/_2$ in 3 Prozent.

Dänemark.

I.

Reichstag.

16. März. Das Folkething des seit dem 1. Oktober 1894 tagenden Reichstags genehmigt in dritter Lesung das Finanzgesetz, wonach sich ein Ueberschuß von 2150000 Kronen ergiebt. Der Ministerpräsident erklärt, er werde die einstimmige Annahme des Gesetzes als ein Aufgeben des Verfassungskampfes zu Gunsten des Ausgleichs vom Jahre 1894 begrüßen. Gegen diese Auffassung des Ministers protestiren die Gegner des Ausgleichs.

II.

Neuwahlen.

9. April. Die Neuwahlen zum Folkething fallen auf 24 von der Rechten, 28 von der gemäßigten Linken, 53 Radikale, 8 Sozialdemokraten und bedeuten eine Verurteilung des am 1. April 1894 von der Mehrheit des Folkethings geschaffnen politischen Ausgleichs.

III.

Neuer Reichstag.

7. Oktober. Nach der Eröffnung legt der Finanzminister Lüttichau dem Folkething das Budget für April 1896/97 vor. Die

Einnahmen werden auf 67424000 Kronen, die Ausgaben auf 67419000 Kronen geschätzt, sodaß der Ueberschuß etwa 5000 Kronen beträgt.

23. Oktober. Bei der Beratung des Budgets im Folkething bezeichnet der Ministerpräsident v. Reedtz-Thott folgende Vorlagen als die wichtigsten, die es die Aufgabe der Regierung sei durchzuführen: das Gewerbegesetz, die Vorlage über die kommunale Besteuerung, die Reform des öffentlichen Schulwesens und die landwirtschaftlichen Reformen.

26. November. Das Folkething berät den Gesetzvorschlag eines Abgeordneten auf Einführung des kommunalen Wahlrechts der Frauen und weist ihn an einen Ausschuß.

IV.

Königliche Familie.

17. September. Dem Prinzen Waldemar, jüngsten Sohne des Königs, wird eine Tochter geboren, die später auf den Namen Margarethe katholisch getauft wird.

29. Oktober. Verlobung des Prinzen Karl (geb. 1872), zweiten Sohnes des Kronprinzen Friedrich, mit der Prinzessin Maud von Großbritannien (geb. 1869), dritten Tochter des Prinzen von Wales.

Schweden.

I.

Reichstag.

17. Januar. Der König eröffnet den Reichstag mit einer Thronrede, die über die Frage der Union die folgenden Ausführungen enthält:

Der Staatsverband, der vor 80 Jahren zwischen den beiden Nationen der skandinavischen Halbinsel geknüpft wurde, hat mit Gottes Gnade die lange

Dauer derselben mächtig gefördert. Jede Vereinigung von Mächten legt sicherlich den gegenseitig Verbündeten Verpflichtungen auf. Diese beschränken in gewisser Beziehung die Selbständigkeit der einzelnen Länder. Sie geben ihnen aber den Ersatz des gegenseitigen Schutzes und der vermehrten Stärke. Möchten meine beiden Völker immer das Glück und die Vorteile richtig schätzen, die sie durch die Union erworben haben. Dann werden sie auch alle Kräfte aufbieten, um diese beizubehalten und zu stärken. Die Union von 1814 ist, wie alles Menschliche, der Verbesserung bedürftig, der Grundgedanke aber ist ein großer.

Ferner werden Gesetzesvorlagen betreffend größere Forderungen für die Flotte, ferner die Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung der Arbeiter und die Erhöhung des Getreidezolles angekündigt. Hierauf wird den Kammern der Budget-Voranschlag für 1896 vorgelegt, der die Einnahmen samt dem Gewinne der Reichsbank und der Ueberschüsse früherer Budgets mit 102844000 Kronen beziffert, gegen 97041000 Kronen im Budget für 1895. Unter den Ausgaben beträgt die für die Armee 29 Millionen, die für die Marine 9,68 Millionen, die für die Staatsschuld 10,03 Millionen.

27. Januar. Bei der Beratung des Budgets in der ersten Kammer kommt der politische Streit mit Norwegen zur Sprache.

v. Klinckowström erörtert die Schritte, die zur Lösung des Unionskonfliktes ergriffen werden könnten, und bezeichnet als letzten ein Eingreifen mit bewaffneter Hand. Diese Maßregel zur Anwendung zu bringen, rät er jedoch ab, da die Union, wie sie jetzt bestehe, nicht das Opfer eines einzigen Schweden wert sei. Nach seiner Meinung wäre es das Vernünftigste, das Band zu zerreißen und die Norweger ihre eignen Wege gehen zu lassen. In einigen Jahren würden sie gern eine neue Union eingehen wollen. Im Gegensatz zu ihm bemerkt der frühere Kultusminister Wennerberg, daß die Union Schweden zu viel gekostet habe, um sie jetzt so ohne weiteres preiszugeben. Treffenberg sagt, daß die norwegische Rechte nur um eine Pferdelänge hinter den Radikalen stehe, und richtet scharfe Angriffe gegen das Ministerium Stang wegen der schlaffen Haltung den Radikalen gegenüber. Diese Angriffe weist der Minister Boström zurück. Im Laufe der Beratung wird empfohlen, das Zwischenreichsgesetz, das den Handels- und Schiffahrtsverkehr zwischen Schweden und Norwegen erleichtert, aufzuheben, sodaß Norwegen in handelspolitischer Hinsicht wie jedes fremde Land behandelt würde. Andre Abgeordnete wünschen eine allgemeine Revision der Unionsakte. Das Hauptergebnis der Verhandlung ist, daß Regierung und Reichstag auf dem Standpunkt des Reichstages von 1893 stehen, der aussprach, daß die Frage der Auflösung des gemeinsamen Konsulatswesens nur in Erwägung gezogen werden könne, wenn gleichzeitig die Streitfrage über die diplomatischen Angelegenheiten ihre Lösung fände. In letzterer Beziehung würde Schweden auf einen für beide Reiche gemeinsamen Minister des Aeußern eingehen.

16. März. Der Reichstag beschließt durch gemeinsame Abstimmung beider Kammern, den Zoll auf unvermahlenes Getreide von 315 auf 370 Oere pro 100 kg zu erhöhen und den Zoll von 650 Oere für 100 kg auf vermahlenes Getreide beizubehalten.

1. Mai. Die erste Kammer entscheidet sich für die Kündigung

des Handelsvertrags mit Norwegen, also des sogenannten Zwischenreichsgesetzes, durch das den Norwegern erhebliche zollpolitische Vorteile zugewandt sind. Die zweite Kammer lehnt denselben Vorschlag ab und spricht sich für eine Aenderung dieses Vertrags aus.

13. Mai. Beide Kammern sprechen sich für Kündigung dieses Vertrags vor dem 1. August aus. Die Regierung soll in Unterhandlung mit Norwegen treten behufs Abschlusses eines neuen Vertrages, für den ein bezüglicher Gesetzentwurf dem nächsten Reichstage vorgelegt werden soll.

18. Mai. Schluß des Reichstags.

II.

Der König.

2. März. Dem Könige Oskar wird bei seiner Rückkehr aus Norwegen in Stockholm ein begeisterter Empfang zu teil.

5. April. Dem Könige wird von der Stockholmer Bevölkerung abermals eine große Huldigung dargebracht als ein kräftiges Zeichen nationaler Zustimmung zu der energischen Haltung, die der König den auf Trennung der Union abzielenden Forderungen der Norweger gegenüber in der letzten Zeit mit Erfolg eingenommen hatte.

5. Dezember. Der König empfängt die Mitglieder des Unionskomitees und betont ihnen gegenüber, das Ziel des Komitees müsse sein, die Union zusammenzuhalten und zu sichern, nicht sie zu trennen oder abzuschwächen. „Vergessen Sie nicht, daß das Unionskomitee von einem gemeinsamen König zusammengerufen worden ist. Die Bestimmung der Unionsverfassung, daß die beiden Reiche unter einem Könige vereint sein sollen, beschränkt wirklich die Souveränetät und die erforderliche Selbständigkeit des einzelnen Reiches auf gewissen Gebieten. Darin liegt aber gar nicht eine Herabsetzung für das einzelne Reich, und die Gleichberechtigung der verschiednen Bevölkerung wird dabei nicht verändert. Das Uebereinkommen wurde ja freiwillig schon im Jahre 1814 abgeschlossen und später gesetzlich festgestellt. Mögen nur nicht im voraus gefaßte Meinungen jemanden hindern, vernünftige Lösungen der Frage zu billigen, mögen nur nicht Gedanken wegen der Oberhoheit oder der Scheidung die

Herrschaft bekommen zum Schaden der Union. Möge Ihre Arbeit zu Vorschlägen für klare Bestimmungen der Verfassung führen, die ein glückliches, gemeinsames Zusammenwirken fördern können."

III.

Aenderungen im Ministerium.

1. Juni. An Stelle des Grafen Lewenhaupt tritt Graf Douglas als Minister des Aeußern.

Norwegen.

31. Januar. Das seit dem 2. Mai 1893 im Amt befindliche konservative Ministerium Stang, dessen Aufgabe darin bestand, die Unionskrise bis zu den Neuwahlen zum Storthing hinzuhalten, bittet, nachdem diese im Herbst 1894 eine kleine radikale Mehrheit ergeben haben, vor dem Zusammentritt des neuen Storthings um Entlassung.

1. Februar. Das neue Storthing tritt zusammen.

12. Februar. Der König sendet an den Präsidenten des Storthings Sivert Nielsen ein Handschreiben, in dem es heißt:

Die Voraussetzungen für die Bildung des neuen Kabinetts, die ich Ihnen mündlich hervorgehoben, gebe ich hiermit, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, schriftlich zum Ausdruck. Ich habe gesagt: Ohne ein beiderseitiges Entgegenkommen ist die Sicherung einer dauernden Vereinigung der beiden selbständigen Reiche unmöglich. Die Verschiedenheiten in den Auffassungen müssen durch eine Uebereinkunft beseitigt werden. Die Majorität des Storthings darf mithin nicht den Weg der Verhandlungen abweisen, wenn es Veränderungen in den gemeinsamen Verhältnissen, die seit 1814 bestanden, gilt, wenn meine Absicht, konstitutionelle Ratgeber unter den Gesinnungsgenossen der Majorität zu wählen, ausgeführt werden soll. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß jede Veranlassung zu Streitigkeiten zwischen den beiden Brudervölkern beseitigt wird. Falls mit diesem Endzweck vor Augen Reformen der obengenannten Art vorgeschlagen werden sollen, muß ich die Versicherung haben, daß in Uebereinstimmung

mit der Reichsakte eingeleitete Unionsverhandlungen jeder Entscheidung vorausgehen müssen, die sich auf Veränderungen in der Ordnung des Konsulatswesens und der äußern Verwaltung bezieht. Ich bitte Sie um schriftliche Beantwortung dieses Schreibens, sobald Sie Gelegenheit gehabt haben, mit Ihren Meinungsgenossen zu konferiren.

13. Februar. Nielsen erteilt namens der Linken dem König eine wenig entgegenkommende Antwort. Es wird darin, unter Hinweisung auf die in der Reichsakte gegebne, vom frühern Storthing behauptete Grundlage für das Verhältnis zwischen den vereinigten Reichen, nämlich die Alleingewalt jedes Reichs in allen Angelegenheiten, die nicht in der Reichsakte als unionelle bezeichnet sind, ausgesprochen, daß die Linke keine Zwischenreichsverhandlungen, die sich mit diesem Prinzip vereinigen lassen, abweisen will.

14. Februar. Nach Empfang dieser Antwort richtet der König ein zweites Schreiben an Nielsen, worin er um Auskunft bittet, ob die Linke mit jener ihrer Antwort Bezug auf die Tagesordnungen der letzten Jahre nehme, in denen das „Recht" Norwegens mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht war.

15. Februar. Nachdem namens der Partei der Linken hierauf eine Antwort erteilt war, die sich nur als Bejahung diese Frage auffassen ließ, faßt der König, um keinen Zweifel über seiner Haltung aufkommen zu lassen, in einem dritten Schreiben seine Bedingungen zusammen, unter denen er ein Ministerium bilden wolle. Er sagt darin besonders, daß die früher beschlossenen Tagesordnungen den künftigen Verhandlungen nicht hindernd in den Weg gestellt werden dürften, da diese jede sachliche Verhandlung zwischen Schweden und Norwegen ablehnten. Ferner solle in Verbindung mit der Konsulatsfrage gleichzeitig die Frage der anderweiten Ordnung der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten geregelt werden.

16. Februar. Der radikale Steen erwidert dem König, daß diese Bedingungen für die Radikalen unannehmbar seien, und daß der Bescheid des Königs das ganze norwegische Volk vereinigen werde.

19. Februar. Das neue Storthing wird durch eine Thronrede eröffnet, in der König Oskar erwähnt, mit Belgien und Portugal fänden Verhandlungen über besondre neue Handelsverträge mit Norwegen statt. Von Gesetzvorlagen werden solche angekündigt über die Kontrolle der Erzeugung und des Verkaufs von Margarine, über den Walfischfang, über die Wehrpflicht in den nördlichen Landesdistrikten, über den Bau der Eisenbahn Bergen-Ostnorwegen-Christiania. Da die vermehrten Staatsausgaben neue Einnahmequellen nötig machen, wird eine Vorlage über eine Stempelsteuer auf Wechsel und andre Schuldscheine angekündigt. Schließlich erwartet die Thronrede, daß noch bedeutende Summen nötig seien, bevor

das Verteidigungswesen als zweckentsprechend geordnet angesehen werden könne.

27. Februar. Der König ersucht das Ministerium Stang vergebens um Zurücknahme seines Entlassungsgesuchs, worauf er sich an Sverdrup, den Führer der gemäßigten Linken, wendet, der jedoch den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums nicht annimmt. — Im Storthing wird die Regierungsvorlage eingebracht, betreffend die Verwendung der am 19. Juli 1894 bedingungsweise bewilligten Kredite von 183 370 Kronen zu diplomatischen Ausgaben, obgleich die damals gestellte Bedingung (Aufhebung der Gesandtschaft in Wien) nicht erfüllt ist. In der Begründung hebt der Minister des Innern hervor, es widerstreite der Würde Norwegens, daß Schweden sämtliche Ausgaben für die gemeinsamen diplomatischen Vertretungen bestreite.

28. Februar. Das Organ der Linken teilt mit, auf eine Anfrage Sverdrups in seiner Besprechung mit dem König habe dieser erklärt, daß er in seinem letzten Schreiben nicht beabsichtigt habe, zu verlangen, daß das Storthing oder irgend eine Partei desselben den Beschluß des Storthings vom Jahre 1860 aufheben solle. Der Artikel schließt: Könnte auf dieser Grundlage eine Brücke zwischen der Auffassung des Königs und derjenigen des norwegischen Volkes gebaut werden, so dürfte noch nicht alle Aussicht, zu einer Verständigung zu gelangen, ausgeschlossen sein.

1. März. Veranlaßt durch schwedische Regierungsangelegenheiten, verläßt der König mit dem Kronprinzen Christiania, nachdem noch ein Versuch, durch den Staatsrat Thorne ein neues Ministerium bilden zu lassen, gescheitert war.

12. März. Die Regierung wiederholt beim Storthing ihren frühern Gesetzvorschlag wegen Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den nördlichen Landesteilen (Nordland und Finmarken).

Der Vorschlag geht darauf aus, für diese Gegenden, die bisher verteidigungslos und ohne eine militärische Organisation der Bevölkerung geblieben sind, eine Lokalwehr zu errichten, bei der das Hauptgewicht auf die Küstenverteidigung gelegt wird. In Betreff Finmarkens wird die Einführung der Wehrpflicht besonders ein ausgezeichnetes Mittel dazu sein, die verhältnismäßig bedeutende Fremdenbevölkerung aus Kvänen und Finnen zu nationalisiren, indem sie vermeintlich bewirken wird, daß diese mehr und mehr Norwegen als ihr rechtes Vaterland anzusehen lernen werden.

28. März. Auf die Aufforderung des Ministeriums Stang, wegen Bildung eines neuen Ministeriums sich an die Partei der Linken zu wenden, erwidert der König, daß das nicht geschehen würde, nachdem der Führer der Linkenpartei, Storthingspräsident

Steen, es in der Sitzung vom 26. bei der Verhandlung über die freiwilligen Schützenvereine unterlassen hätte, den Storthingsmann Rinde zur Ordnung zu rufen, als dieser äußerte, die oberste Leitung der Verteidigung Norwegens sei einem fremden Manne aus fremdem Lande anvertraut.

1. April. Der König reist nach Stockholm ab, nachdem er dem Ministerpräsidenten Stang folgendes Schreiben gesandt hat:

Ich habe nach meiner Ankunft in Christiania ernstlich die dringenden und wiederholten Vorstellungen meiner norwegischen Minister, ihr Abschiedsgesuch zu bewilligen, in Erwägung gezogen. Allein ich kann den vom Staatsrat vorgeschlagnen Weg erneuter Verhandlung mit der Majorität des Storthings nicht einschlagen. Ich muß bestimmt festhalten, daß die Majorität meine hierfür aufgestellten Bedingungen schon unzweideutig abgelehnt hat. Auch später ist nichts geschehen, was meine diesbezüglichen Ansichten ändern könnte. Solange die Majorität des Storthings ihre gegenwärtige Haltung nicht ändert, verbietet mir meine Stellung als König von Norwegen und König der Union, nochmals mich an diese Majorität zu wenden. Die Verfassung Norwegens kennt keine Forderung, daß der König gezwungen ist, als Minister nur Männer zu wählen, die der Majorität des Storthings angehören oder ihre Parteiansichten teilen. Da ich trotz meiner ehrlichen Bestrebungen keine Möglichkeit erblicke, auf irgend eine andre Weise ein neues Kabinett zu erhalten, kann ich jetzt keine Entscheidung über die Abschiedsgesuche des Ministeriums treffen. Mein warmer Wunsch, die Unionsfragen ohne Zögern in einer für beide Reiche befriedigenden Weise zu ordnen, hat sich zu meiner großen Besorgnis nicht erfüllen lassen, weil meine norwegischen Ratgeber unter den gegenwärtigen Umständen eine sachliche Verhandlung mit Schweden für unmöglich halten.

4. April. Der Abgeordnete Astrup bringt bezüglich des außerordentlichen Heeresbudgets eine Anfrage ein, in der er betont, es sei die Hauptsache der Verteidigung, Ordnung zu halten, da man bei der jetzigen Lage der auswärtigen Angelegenheiten nicht wissen könne, wann ein Krieg ausbrechen werde.

1. Mai. Mehrere von den links stehenden Gruppen des Storthings abgehaltene Versammlungen zur Besprechung der Lage und zur Beschlußfassung über eventuelle direkte Schritte gegen die Erklärung des Ministeriums, vorläufig nicht zurücktreten zu wollen, bleiben erfolglos. Die stärkste Gruppe hält daran fest, man solle derartige direkte Schritte noch aufschieben und dem Ministerium das Regieren dadurch unmöglich machen, daß man an das Budget allerhand Bedingungen knüpfe. Eine andre Gruppe befürwortet, eine Adresse an den König zu richten. Die dritte Gruppe verlangt ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung.

4. Mai. Den Führern der drei Parteien im Storthing wird eine von fünfzig angesehenen Männern aller Parteien unterzeichnete Adresse überreicht, in der es heißt:

Wir nehmen keinen Anstand, es als im höchsten Grade politisch unklug zu bezeichnen, wenn das norwegische Volk sich jetzt gegenüber der Bereitwilligkeit der Verhandlung, wie sie Schweden an den Tag gelegt hat, ablehnend verhalten wollte. Wir würden uns dadurch nicht nur bei dem aufgeklärten Europa die Sympathie verschlagen, auf die wir in vollem Maße Anspruch machen können, wenn unsre rechtmäßigen Forderungen Schweden gegenüber in die rechte Form gekleidet werden, sondern auch hier im Lande würde es sicher immer unverständlicher werden, daß wir unsre Bestrebungen nicht darauf richten, klar zu stellen, was wir wollen und was Schweden will. Wir wollen kein Urteil über die Art des Vorgehens der einen oder andern Partei äußern, halten uns aber berechtigt, auszusprechen, daß eine Volksmeinung vorhanden ist, die mit jedem Tage an Stärke wächst und die Forderung vertritt, daß das Volk durch Verhandlung mit Schweden die Aussichten für eine Regelung der unionellen Angelegenheiten kennen lernen will, und daß, um ein friedliches und heilbringendes Zusammenarbeiten zu ermöglichen, kleinere Rücksichten in den Hintergrund treten müssen. Der Weg zur Verhandlung darf nicht zur Demütigung einer Partei führen. Das norwegische Volk würde ohne Schonung diejenige Partei oder die Männer, die den Versuch machen würden, die gegenwärtige Lage zur Förderung eigner Interessen auszunutzen, verdammen.

25. Mai. Im Storthing beantwortet der Ministerpräsident Stang eine Anfrage des Radikalen Engelhardt also:

Da die Wahl der Minister dem König selbst zusteht, ist die Vorbereitung zur Ernennung einer neuen Regierung nie Gegenstand der Beratung im Staatsrat gewesen, es findet sich daher über eine solche Beratung nichts in den Protokollen des Staatsrats. Was sonst vorging, war durch die Presse bekannt gemacht; ich hätte nichts wesentliches hinzuzufügen. Nachdem der Versuch des Königs, eine neue Regierung zu bilden, gescheitert ist und der König keine Möglichkeit gesehen hat, den Versuch durchzuführen, kann die Regierung nichts andres thun als abwarten, ob die Mehrheit des Storthings Schritte thun wird, um ein Einverständnis der staatlichen Gewalten zu bewerkstelligen. Die Regierung hat daher die Entscheidung über die Aufrechterhaltung ihres Abschiedsgesuchs aufgeschoben, bis entweder ein solches Einverständnis zu stande gebracht sein wird, oder bis unabänderliche Hindernisse der weitern Ausübung ihrer Funktionen entgegentreten. Die Auffassung der Regierung geht dahin, der Konflikt ist dergestalt auf die Spitze getrieben, daß die Lage ernst ist und kritisch werden kann, wenn der Konflikt sich noch mehr zuspitzt. Die Regierung hat keinen höhern Wunsch, als zurückzutreten, wenn die Lösung der Schwierigkeiten dadurch erleichtert werden könnte.

Darauf äußert Michelet von der Rechten, die Forderung Schwedens auf Revision der Unionsakte habe die Kündigung des Handelsvertrages zwischen Schweden und Norwegen zur Folge gehabt; die Spannung sei noch verstärkt worden durch die Bewilligung des Kriegsfonds von $8\frac{1}{2}$ Millionen Kronen, daher sei für den Storthing Veranlassung gegeben, mit der Unentschlossenheit aufzuhören. Redner empfiehlt Verhandlungen zwischen beiden Ländern.

30. Mai. Im Storthing vollzieht sich eine Schwenkung: es bekennt sich mit 90 gegen 24 Stimmen zur Versöhnungspolitik, in-

dem es eine Tagesordnung annimmt, in der die Bereitwilligkeit erklärt wird, in Verhandlungen über die Streitfragen mit Schweden einzutreten.

15. Juni. Nachdem der König nach Christiania zurückgekehrt ist und den Führer der gemäßigten Partei, den Staatsrat Jakob Sverdrup, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt hat, erklärt dieser sich außer stande, dieser Aufforderung nachzukommen, indem sein Versuch, ein Koalitionsministerium aus allen drei verhandlungsfreundlichen Gruppen des Storthings zu bilden, von der Linkenpartei mit entschiedner Unwilligkeit aufgenommen worden wäre, da selbst die fünf Linkenmänner, die den Tagesordnungsvorschlag unterschrieben haben, ihre Mitwirkung zur Durchführung jedenfalls unter den Sverdrupschen Auspizien des zum Grunde des Vorschlags liegenden Gedankens verweigert hätten. Die Linke wolle, ungeachtet sich zwei Fünftel derselben gegen jede unionelle Verhandlung erklärt hat, allein die Zügel der Regierung inne haben, und über die durch die Tagesordnung neu geschaffne Situation soll ein Strich gemacht werden.

20. Juni. Es scheitert ein Versuch des Staatsrats Bonnevie, ein neues Ministerium zu bilden.

25. Juni. Mehrere Mitglieder der Linken beantragen im Storthing die Aufnahme einer innern Staatsanleihe von 12 Millionen Kronen zu Verteidigungszwecken.

2. Juli. Das Storthing bewilligt außerordentliche Heeresbedürfnisse im Betrage von 3370000 Kronen.

5. Juli. Bei der Beratung des Budgets der Konsulate und des Ministerums des Auswärtigen im Storthing erklärt Engelhard, daß eine mit dem Storthing zusammenarbeitende Regierung die Voraussetzung sei für die am 7. Juni d. J. angenommne Tagesordnung, betreffend die Einleitung von Verhandlungen mit Schweden über die Ordnung der Frage der Konsulate und des Ministeriums des Auswärtigen. Eine andre Regierung sei nicht zu der Verhandlung berechtigt, wenn auch das Budget für die Konsulate und das Ministerum des Auswärtigen angenommen würde. Staatsminister Stang erklärt, die Nichtannahme dieses Budgets werde es der Regierung unmöglich machen, die Wahrnehmung der Geschäfte fortzusetzen. Hierauf bewilligt das Storthing nachträglich die von Schweden für die Diplomatie gemachten Auslagen und die Auslagen für das Konsulatswesen.

16. Juli. Das Storthing nimmt mit 59 gegen 55 Stimmen die Bedingung für die Bewilligung des Universitätsbudgets an, daß die Besetzungen der vakant werdenden Professuren dem Storthing

vorgelegt werden sollen. Minister Stang hatte zuvor diese Bedingung als verfassungswidrig und schädlich bezeichnet.

27. Juli. Das Storthing bewilligt das außerordentliche Marinebudget mit 11925400 Kronen.

29. Juli. Das Storthing lehnt die Bewilligung von 10000 Kronen Tafelgelder für die norwegischen Minister in Stockholm ab. Nach Genehmigung des Budgets wird die Session des Storthings geschlossen.

14. Oktober. Endlich gelingt die Bildung eines neuen Ministeriums. Vom bisherigen Ministerium verbleiben Staatsminister Gram, Staatsräte Olsson (Kriegsminister), Nilsen (Arbeitsminister) und Hagerup, die letztgenannten als Erstenminister und Finanzminister. Als neue Minister treten ein: die frühern Staatsräte Sverdrup und Haugland, beide gemäßigt, sowie die Advokaten Engelhart, Kildal, Smedal und Haug-Lund, alle vier moderate Linkenmänner, zum Teil Opportunisten. Haugland und Smedal gehen mit Gram nach Stockholm.

4. November. Im königlichen Schloß zu Christiania findet aus Anlaß des Jahrestages der Vereinigung Norwegens mit Schweden eine Prunktafel statt, an der außer König Oskar Prinz Eugen, Prinz und Prinzessin Bernadotte, die norwegischen Minister und eine Anzahl andrer Personen teilnehmen. Der König bringt folgenden Trinkspruch auf die Union aus: „Ich spreche den innigen Wunsch aus, daß die 1814 geschlossene Vereinigung zum Wohle der Brudervölker für alle Zeit erhalten und befestigt bleiben möge. Es lebe die Vereinigung!“ Am selben Tage überreicht eine Deputation Marineoffiziere dem König die ihm von den Offizieren der Flotte gestiftete Jubiläumsmedaille. Im übrigen wird der Tag sowohl in der Hauptstadt wie in vielen andern Städten in den unionsfreundlichen Kreisen gefeiert.

5. November. Zur Verhandlung über die Unionsstreitfragen wird die Einsetzung einer schwedisch-norwegischen Unionskommission beschlossen.

Schweiz.

I.

Bundesversammlung.

8. März. Der Bundesrat beantragt bei der Bundesversammlung eine Revision der Verfassung dahin, dem Bunde die Kompetenz zur Gesetzgebung über den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln und mit solchen Gebrauchs- und Verbrauchsartikeln, die das menschliche Leben und die menschliche Gesundheit gefährden können, zu geben.

8. April. Die Session endet mit der Annahme einer Eisenbahn-Novelle durch den Ständerat, wonach u. a. die Eisenbahnaktien fortan Namensaktien sein müssen, wofern sie ihren Trägern das Stimmrecht verleihen sollen, wonach ferner die Kantone eine starke Vertretung in den Verwaltungsräten erhalten und dem Bundesrate ein fast willkürliches Vetorecht gegen Beschlüsse der Eisenbahngesellschaften zustehen soll; ferner genehmigt der Ständerat ein Gesetz über die Errichtung einer Bundesbank.

26. Juni. In der am 4. Juni eröffneten Session genehmigt auch der Bundesrat das Bankgesetz.

27. Juni. Beide Räte einigen sich über die Revision der Bundesverfassung behufs Uebertragung des Militärwesens an die Eidgenossenschaft.

3. Dezember. In der am 2. eröffneten dritten Session genehmigt der Nationalrat 120000 Franks für Ergänzung der Befestigung des Furka-Passes gegen die neue Grimselstraße hin.

12. Dezember. Die Bundesversammlung wählt zum Bundespräsidenten für das Jahr 1896 den bisherigen Vorstand des Departements der auswärtigen Angelegenheiten und des Handels, Bundesrat Lachenal aus Genf.

13. Dezember. Der Nationalrat berät ein Gesetz über das Rechnungswesen der Eisenbahnen.

II.

Volksabstimmungen.

3. Februar. Das Schweizervolk hat zu entscheiden über das sogenannte Gesandtschaftsgesetz, wonach dem Bundesrate das Recht eingeräumt wird, auf dem Budgetwege neue Gesandtschaften zu errichten, Gesandte abzuberufen und neue zu ernennen, die die politische und wirtschaftliche Interessenvertretung im Auslande zu wahren haben. (Bisher hatte das Volk das Recht, gegen Bewilligungen für das Gesandtschaftswesen die Volksabstimmung zu ergreifen und nötigenfalls die Gewährung des Gehaltes zu hintertreiben. Diese Fälle sind schon vorgekommen.) Dieses Gesetz wird mit 171732 gegen 122396 Stimmen abgelehnt.

29. September. Folgender lediglich aus Gesundheitsrücksichten vorgeschlagne neue Verfassungsartikel, betreffend das Zündholzmonopol:

Fabrikation, Einfuhr und Verkauf der Zündhölzchen und ähnlicher Erzeugnisse im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschließlich dem Bunde zu. Der Ertrag hieraus fällt nicht in die Bundeskasse. Ein allfälliges Reinergebnis soll im Interesse des Betriebes, namentlich der Vervollkommnung des Fabrikats und der Herabsetzung des Verkaufspreises verwendet werden. Die Verwendung des gelben Phosphors bei der Fabrikation von Zündhölzchen ist untersagt. Der Kleinverkauf ist ein freies Gewerbe, vorbehaltlich schützender Bestimmungen gegen mißbräuchliche Ausübung desselben. Die Bundesgesetzgebung wird über die Ausführung dieser Grundsätze die erforderlichen Bestimmungen treffen,

wird in der Volksabstimmung mit 174679 gegen 139226 Stimmen abgelehnt.

3. November. Eine Vorlage, wonach das Militärwesen den Kantonen abgenommen und zur Sache des Bundes gemacht werden soll, wird in der Volksabstimmung mit 258169 gegen 192207 Stimmen abgelehnt. $17\frac{1}{2}$ Kantone sind dagegen, nur $4\frac{1}{2}$ dafür.

III.

Kantone.

17. März. Im Kanton Solothurn wird die Aenderung der Verfassung, umfassend die Verfassungsinitiative, Wahlen nach Proportionalsystem und die Finanzreform, in allgemeiner Abstimmung angenommen.

22. Dezember. Im Kanton Zürich wird durch Volksabstimmung der Antrag auf ärztliches Verbot der Vivisektion abgelehnt, dagegen ein

Gegenvorschlag des Kantonsrates für Tierschutz, der die Forderungen und Wünsche der Wissenschaft in weitgehendem Maße berücksichtigt, angenommen.

Osmanisches Reich.

I.

Rumelien, Kleinasien, Syrien.

Im Februar. In sechs armenischen Bezirken Kleinasiens, besonders in dem von Bitlis, erneuern sich die vorjährigen greuelhaften Verfolgungen der Armenier, zunächst durch Kurden, dann durch das türkische Militär, bei dem die Armenier Schutz suchten. Eine europäische Untersuchungskommission stellt das Nähere hierüber fest.

Ende März. Eine Abordnung von Armeniern erscheint in London und legt dem englischen Minister des Aeußern, Lord Kimberley, einen Reformplan für Armenien vor, wonach u. a. ein unter europäischer Aufsicht stehender Statthalter für jene Gebiete ernannt, das dortige türkische Militär von europäischen Offizieren eingeübt und eine gemischte Gendarmerie unter europäischen Befehlshabern errichtet werden solle.

11. Mai. Die Botschafter von England, Rußland und Frankreich überreichen der Pforte eine Denkschrift, betreffend die Lage der unter türkischer Herrschaft stehenden Armenier nebst Vorschlägen zu einer Reform der Verwaltung in den von Armeniern bewohnten Gebieten.

Anfang Juni. An Stelle von Dschewad Pascha wird der Minister des Aeußern, Said Pascha, zum Großvezier und der frühere Gesandte in Rom, Turkhan Pascha, zum Minister des Aeußern ernannt.

14. Juni. Die Botschafter jener drei Mächte erklären der Pforte, daß auf Grund der von ihr auf jene Denkschrift erteilten Antwort Verhandlungen unmöglich seien.

16. Juni. Darauf erwidert die Pforte mit der Annahme jener Vorschläge, von denen einige jedoch erst noch beraten werden müßten.

28. Juni. Der Sultan erläßt Amnestie für die wegen der vor- und diesjährigen politischen Umtriebe verhafteten 700 Armenier.

3. August. Die Pforte richtet an die Mächte eine in versöhnlicher Sprache gehaltene Note:

Sie schlägt darin vor, christliche Beiräte zur Seite der Generalgouverneure und der Provinzgouverneure zu ernennen und die Vizegouverneure und Ortshäupter in unparteiischer Weise aus Muhammedanern und Christen zu wählen. Die Gendarmerie und die Polizei soll aus den Provinzen, wo sie verwandt wird, rekrutirt werden und aus Muhammedanern und Christen im Verhältnis zur Zusammensetzung der Bevölkerung bestehen. Die Gefängnisse sollen verbessert und regelmäßig besichtigt werden, und es sollen Maßregeln zur Verhinderung von Ungerechtigkeiten und Gewaltthätigkeiten ergriffen werden; auch solle dafür gesorgt werden, daß die Kurden auf ihren Wanderungen keine Ausschreitungen begehen. Die Pforte verspricht, ihr möglichstes zu thun, um die Kurden zu festen Ansiedelungen in bestimmten Gegenden zu veranlassen, und will ihnen zu diesem Behufe Ländereien und Weiden überlassen. Außerdem enthält die Antwort der Pforte Aeußerungen über die Vorschläge der Mächte bezüglich der Gemeindeorganisation, der Steuereinhebung und andrer Gegenstände und sagt schließlich, daß mit Rücksicht auf die Kosten, infolge der Schwierigkeit der Kommunikation oder aber, wegen des Gegensatzes zu den Sitten und Gebräuchen der Bewohner, ein Teil der verlangten Neuerungen unausführbar sei.

17. August. Die Botschafter Englands, Rußlands und Frankreichs überreichen der Pforte eine gemeinsame Note der drei Mächte, in der ausgeführt wird, wie die Mächte die bisherigen unklaren Zugeständnisse der Pforte auffassen und wie sie sich die Ausführung dieser Zugeständnisse denken. Es werden die Reformen präzisirt, auf deren Annahme die Mächte das Hauptgewicht legen, unter diesen die gemischte Kontrollkommission und die Wahl der Mudirs durch die Bevölkerung.

30. September. In Konstantinopel beginnt eine ausgedehnte Verfolgung der armenischen Bevölkerung durch Muhammedaner, unter ähnlichen Grausamkeiten, wie sie in Kleinasien begangen wurden.

2. Oktober. Die Botschafter der Mächte beschweren sich über diese Vorgänge bei der Pforte und behaupten:

1. daß Privatpersonen von Polizeiagenten geführte Gefangne geschlagen und getötet haben, ohne daß die Polizeiagenten sich solchem Vorhaben widersetzten; 2. daß Privatpersonen vollständig ruhige Leute angegriffen haben; 3. daß verwundete Gefangne in den Höfen der Polizeistationen und Gefängnisse kalten Blutes getötet worden sind. Da die Botschafter befürchten, daß eine Fortdauer derartiger Exzesse zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für die ihnen anvertrauten Interessen werden könnte, glauben sie die ernsteste Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung auf diese Zustände lenken zu müssen und ihr, da es ausschließlich Sache der Behörden ist, Unruhen zu unterdrücken, zu raten, Privatpersonen die Teilnahme an der Unterdrückung von Ruhestörungen und an Massenexzessen zu verbieten, sowie die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um so rasch als möglich die Ordnung wieder herzustellen, damit unnützes Blutvergießen vermieden werde.

4. Oktober. Kiamil Pascha wird zum Großvezier und der bisherige Großvezier Said Pascha an Stelle Turkhan Paschas zum Minister des Aeußern ernannt.

5. Oktober. Auf den gemeinschaftlichen Schritt der Botschafter sagt die Pforte zu, alles aufzubieten, um die aufgeregte Stimmung zu beruhigen und strenge Maßnahmen zur Verhinderung der Wiederholung der von den Botschaftern angeführten Vorkommnisse zu treffen.

6. Oktober. In Trapezunt greifen die Muselmänner das Christenviertel an und töten 200 Armenier. — Die Botschafter der Mächte richten an die Pforte eine gemeinsame Note, in der gesagt wird:

Daß sich die diplomatischen Vertreter angesichts der Fortdauer der bedauerlichen Zustände fünf Tage hindurch mit den Folgen der unter der armenischen Bevölkerung herrschenden Aufregung und Angst, die, anstatt zu verschwinden, noch wachse, beschäftigen. Durch die aufgetauchten Gerüchte von bevorstehenden Feuersbrünsten sei die ganze Bevölkerung beunruhigt; die Aufregung habe sich noch durch die Maßregeln gesteigert, die gegen Armenier ergriffen worden seien, die sich nicht in die Bewegung gemischt hätten. Die in die Kirchen geflüchtete Bevölkerung weigere sich, dieselben ohne Garantie für ihre Sicherheit zu verlassen. Eine Verlängerung der Zustände steigere die Erregung und könne ständige Streitigkeiten verschulden. Es wird dann den türkischen Behörden der Vorwurf gemacht, daß sie, anstatt den Urhebern der Vorfälle zu wehren, dieselben noch ermutigt hätten. Einige Botschafter hätten auch Kenntnis von Angriffen gegen die ihrem Schutze anvertrauten fremden Unterthanen erhalten. Die Augenzeugen bewiesen, daß die Polizei ihre Pflicht nicht gekannt, unbeteiligte Leute ohne Maß und ohne Kontrolle verhaftet und an den Gefangnen Gewaltthätigkeiten, ja sogar Totschläge verübt hätte. Es bleibe der Pforte, die einsehen müsse, daß derartige Vorfälle die fremden Kolonien ängstigen müßten, überlassen, zu erwägen, ob diese Lage die öffentliche Sicherheit nicht ernstlich gefährde und sich auf die Provinz ausdehnen könne. Die Vertreter der Mächte sähen sich gezwungen, die Pforte zu fragen, welche Maßregeln sie unternommen habe, um die zwischen der mohammedanischen und der armenischen Bevölkerung herrschende Erregung zu beruhigen sowie um ähnlichen bedauerlichen Vorfällen vorzubeugen, und endlich um die Christen und die fremden Kolonien gegen alle gefahrbringenden Eventualitäten zu schützen. Die Botschafter wären bereit, die Behörden bei den Untersuchungen zu unterstützen. Die Botschafter betonten es als dringend notwendig, der christlichen Bevölkerung Sicherheit zu gewähren.

9. Oktober. Die Botschafter der Mächte unternehmen beim Großvezier wiederum Schritte, um die Räumung der andauernd von Flüchtlingen gefüllten Kirchen in Konstantinopel zu veranlassen, wobei sie der Pforte ihre Unterstützung anbieten, um zur Beruhigung der Geflüchteten, die ohne Garantien für ihre weitere Sicherheit die Kirchen nicht verlassen wollen, beizutragen.

12. Oktober. Antwort der Pforte auf die gemeinsame Note der Botschafter vom 6. Oktober.

Sie bestreitet teilweise die erhobnen Beschuldigungen von Ausschreitungen der Behörden sowie der türkischen Bevölkerung und schreibt die Hauptschuld an den Vorgängen den Armeniern zu. Nur zwei Fremde seien infolge der Aehnlichkeit mit Armeniern verhaftet, aber bereits entlassen, eine Kommission beschäftige sich mit der Untersuchung der Massenverhaftungen. Ferner giebt die Note die Maßnahmen bekannt, die zur Erhöhung der Sicherheit und Beruhigung der Christen und Fremden ergriffen seien, und daß der Scheik ul Islam eine beruhigende Kundmachung an die Softas erließ, sowie daß eine gleiche Kundgebung an die Bevölkerung in den Zeitungen und durch Plakate in den verschiednen Stadtteilen veröffentlicht worden sei. Es seien alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen.

18. Oktober. Nach Abschluß der mit den Botschaftern der Mächte gepflognen Beratungen genehmigt der Sultan die Einführung von Reformen in Armenien:

Außer der Ernennung eines christlichen Adlatus bei dem außerordentlichen Kommissar und christlicher Adjunkten bei dem Generalgouverneur und den Gouverneuren verfügt der Kaiserliche Erlaß verhältnismäßige Berücksichtigung des christlichen Elements in den übrigen Aemtern, diesbezügliche Bestimmungen werden der Kontrollkommission überlassen, die die Feldhüterzahl per Nahie bestimmt; die Reformen werden auf alle asiatischen Nahies mit christlichen Gemeinden ausgedehnt.

22. Oktober. Der Großvezier richtet an Schakir Pascha ein Schreiben, enthaltend die Reformprojekte für folgende sechs Vilajets: Erzerum, Biltis, Siwas, Mamuret-ul-Aziz, Wan und Diarbekr. Das Schreiben lenkt die ernste Aufmerksamkeit Schakir Paschas auf die Reformen und weist ihn an, die Ausführung streng zu überwachen und darüber nach Konstantinopel zu berichten.

25. Oktober. Bei Baiburt (zwischen Erzerum und Trapezunt, werden viele Armenier von den Türken ermordet.

30. Oktober. Die Pforte sagt in einem Rundschreiben an ihre Vertreter im Auslande, die Armenier hätten jüngst Unruhen in den Provinzen hervorgerufen. Die Ordnung sei jetzt wieder hergestellt, ausgenommen in dem Bezirke von Baiburt, wo eine Bande von 400 bewaffneten Armeniern die Mohammedaner bedrohe. Meldungen aus amtlichen türkischen Quellen berichteten, daß sich 26 000 Armenier im Distrikte von Zeitun im Aufstande befänden. Die jüngsten dortigen Kämpfe hätten hiermit im Zusammenhang gestanden. Die Pforte habe die Einberufung eines Teiles der Reserven und die Zurückberufung der beurlaubten Mannschaften aus den sechs Vilajets beschlossen, in denen Reformen eingeführt werden sollen. Der Mangel an Geld erschwere jedoch die Mobilisirung. — In Erzerum findet ein heftiger Kampf zwischen Armeniern und Türken statt.

1. November. In allen Hauptorten des Bezirks Diarbekr greifen die Armenier die Moscheen an. Die türkischen Truppen in Zeitun werden von den Armeniern eingeschlossen.

Anfang November. Die Unruhen verbreiten sich über viele Gegenden Kleinasiens. Die Truppen des vierten und fünften Armeekorps werden daher mobil gemacht.

6. November. An Stelle Kiamil Paschas wird Rifaat Pascha zum Großvezier ernannt. Zugleich werden mehrere Ministerien neu besetzt, darunter das des Aeußern mit Tewfik Pascha, dem bisherigen Botschafter in Berlin, an dessen Stelle Turchan Pascha ernannt wird.

9. November. Die Botschafter der Mächte in Konstantinopel beschließen, neue ernste Vorstellungen wegen des Ernstes der Lage in Anatolien bei der Pforte zu erheben. — Der englische Premierminister Lord Salisbury sagt in einer Rede beim Lordmayorsbanket in London:

Solange das Ottomanische Reich besteht, ist die einzige Möglichkeit unsrer Aktion und der Aktion aller Mächte Europas zusammen die Einwirkung, die sie auf das Gemüt des Sultans ausüben können. Wenn aber der Sultan nicht überredet wird, was wird die Folge sein? Meine erste Antwort ist, daß, trotz aller Verträge und trotz aller Kombinationen auswärtiger Mächte, eine beharrliche Mißverwaltung die Regierung, die sie übt, ihrem Schicksal zuführt. Aber es ist nicht allein die notwendige Wirkung natürlicher Gesetze, von der ich spreche, es giebt auch diejenige der Autorität der Großmächte. Seit einem halben Jahrhundert hat die Türkei ihre jetzige Stellung nur inne gehabt, weil die Großmächte beschlossen hatten, daß im Interesse des Friedens und des Christentums die Aufrechterhaltung der Türkei notwendig sei, und ich glaube nicht, daß die Großmächte jetzt andrer Ansicht geworden sind. Die Gefahr, falls das Ottomanische Reich fällt, bedroht nicht nur die türkischen Gebiete, sondern das dort entzündete Feuer dehnt sich auch auf andre Nationen aus und könnte alle, selbst die mächtigsten und zivilisirtesten Europas, in den gefährlichen Kampf mit hineinziehen. Diese Gefahr schwebte unsern Vorfahren vor, als sie die Unverfehrbarkeit und Unabhängigkeit der Türkei zum Gegenstand eines europäischen Vertrages machten, und diese Gefahr ist noch nicht vorüber. Zwei Illusionen sind zu vermeiden, nämlich erstens der Fall, daß dieser Vertrag, der das Konzert Europas zusammenhält, seine Kraft verliert, indem irgend eine Macht dem Vertrage entsagt und die Sache in ihrer eignen Weise zu regeln sucht. Ich freue mich sagen zu können: Ich sehe keine Aussicht auf einen solchen Ausgang! Ich glaube, die Mächte werden zusammenstehen, und glaube, daß sie nie geneigter waren als jetzt, zusammenzustehen und bei dem europäischen System, das ihre vereinte Weisheit entworfen hat, zu verharren. Die weitre Gefahr ist, daß die Ratgeber des Sultans sich einbilden könnten, der Druck jener Sorge sei so groß, daß kein Mißbrauch in der Türkei je seine natürliche Strafe finden werde. Ich glaube, die Mächte sind durchaus entschlossen, in allem, was das Ottomanische Reich betrifft, zusammen zu handeln. Wie sie handeln werden, kann ich nicht prophezeien — ich kenne die Eventualitäten nicht, die entstehen können —, aber niemand kann sagen, es ist unmöglich, daß sie (die Mächte) der Klagen der Leidenden müde würden und ein andres Arrangement finden dürften, nämlich einen Ersatz für dasjenige, das die gehegten Hoffnungen nicht erfüllt hat. In dem Konzert der Mächte — ein markantes Phänomen, das erfreulichste Phänomen der Gegenwart — liegt nichts,

was diejenigen trösten könnte, die jene Regierung zu verewigen wünschen oder die Stimme jener zum Schweigen bringen wollen, die den Herrschern der Türkei die brennende Notwendigkeit einprägen wollen, ihren Unterthanen die Segnungen einer guten Verwaltung zu geben. Während der Unterhandlungen hat nichts größern Eindruck auf mich gemacht als die Neigung der Großmächte, zusammenzuwirken, und ihr tiefes Verständnis für die schrecklichen Gefahren, die die Trennung ihrer Aktion herbeiführen könnte. Selbst diejenige unter ihnen, die im Volksgerede den Ruf der Rastlosigkeit hat, hat mit den andern in dem Bemühen gewetteifert, diese große Schwierigkeit zu einem günstigen Ausgange zu führen und sie in einer Weise zu führen, die alle Mächte in einer Linie halte, angeregt durch ein gemeinsames edles Ziel, das des Friedens der Christenheit. Es ist ein sehr erfreuliches Anzeichen, ich hoffe, daß es die Grundlage eines dauernden Aktionssystems in dieser und vielen andern Fragen ist, und daß es dem Zustande des bewaffneten Friedens ein Ende machen wird.

15. **November.** Die von den Armeniern eingeschlossene Garnison von Zeitun ergiebt sich; die aufständischen Armenier von Marasch und Zeitun richten in vielen Ortschaften Zerstörungen an. Unter der Bevölkerung von Moneh wird infolge der Weigerung, die Steuern zu zahlen, von den türkischen Truppen ein Blutbad angerichtet. Bei der Ankunft der Truppen legt zwar die Bevölkerung die Waffen nieder, der Gouverneur beschließt indessen, ein Beispiel zu statuiren, und befiehlt den Truppen, Feuer auf die Einwohner zu geben. In 25 Ortschaften, die sich erhoben, werden einige tausend Einwohner getötet. — Blutige Kämpfe in Marsovan, Amassia und zu Aintab in Syrien. In Kharput werden 700 Menschen getödtet. Erneuter Streit zwischen Druſen und Christen im Libanon.

19. **November.** Die Geschwader der Großmächte werden nach der Levante beordert. Die Botschafter in Konstantinopel beschließen, vorsichtshalber noch ein zweites Stationsschiff in einem noch zu bestimmenden Zeitpunkte nach Konstantinopel kommen zu lassen.

20. **November.** Die Bemühungen Mustapha Paschas, die Armenier in Zeitun zur Freigabe der durch sie gefangen gehaltenen Garnison dieses Ortes und zur Unterwerfung zu bewegen, bleiben erfolglos, da die Führer der Aufständischen sich weigern, ohne formelle Zusicherung eines Generalpardons auf irgend einen Antrag einzugehen.

22. **November.** Ein aus Türken und Syriern bestehendes Komitee in Paris beschließt, an den türkischen Minister des Aeußern eine Denkschrift zu richten, in der als Hauptgrund der Unruhen im türkischen Reiche die Zurücknahme der Verfassung von 1875 bezeichnet wird.

24. **November.** Die Botschafter der vier Mächte, die in Erzerum Konsuln besitzen, erheben Vorstellungen bei der Pforte auf

Grund der ihnen zugegangnen eignen Berichte über die in Erzerum vorgekommnen Gewaltthätigkeiten. Aus diesen Berichten geht hervor, daß die Armenier nicht die Angreifer gewesen sind.

27. November. In Erzerum kommt eine Reihe neuer Gewaltthätigkeiten vor.

28. November. In Marasch findet wiederum ein Gemetzel statt, wobei viele hundert Menschen getötet werden. Aus der Gegend von Erzerum flüchten 14 000 Menschen nach Wan. In Cäsarea werden 200 Menschen getötet.

5. Dezember. Bezüglich des für Berlin bestimmten Botschafters ändert der Sultan seine Absicht und ernennt Zia Pascha. — Der frühere Großvezier Said-Pascha flüchtet in die englische Botschaft zu Konstantinopel.

7. Dezember. Die Botschafter erneuern bei der Pforte ihre Vorstellung wegen Zulassung je eines zweiten Stationsschiffes vor Konstantinopel.

10. Dezember. Der Sultan genehmigt die Zulassung der zweiten Stationsschiffe.

11. Dezember. Said Pascha verläßt sein Asyl, nachdem der Sultan ihm folgende Bedingungen genehmigt hat: Garantirte Sicherheit für sich und seine Familie, völlige Freiheit, seinen Wohnsitz nach Gutdünken zu wählen, die Versicherung, daß er nie irgend ein Amt anzunehmen brauche, und daß ihm seine Pension regelmäßig ausgezahlt werde. — Die deutsche Regierung lehnt grundsätzlich ab, Zia Pascha als türkischen Botschafter in Berlin anzunehmen, weil sie vorher die Pforte von ihrer Zustimmung zur Ernennung Turkhan Paschas für diesen Posten in Kenntnis gesetzt hatte. Gegen die Person Zia Paschas werde keine Einwendung erhoben.

15. Dezember. Die in Zeitun eingeschlossenen 400 türkischen Soldaten sowie 500 Einwohner, darunter Frauen und Kinder, werden von den sie gefangen haltenden 12 000 Armeniern niedergemacht.

18. Dezember. In drei Bezirken auf Kreta brechen Unruhen aus.

24. Dezember. Die Stellung der Aufständischen von Zeitun ist von zehn Bataillonen und zwei Batterien umzingelt. Die von den Armeniern angebotnen Uebergabebedingungen werden zurückgewiesen und mit der Forderung bedingungsloser Uebergabe zurückgesandt.

II.

Bulgarien.

1.

Die Sobranje.

1. Januar. Nachdem die Sobranje das Budget, das sich in Einnahme und Ausgabe auf 89 700 000 Fr. beläuft, genehmigt hat, wird sie vom Regenten Prinzen Ferdinand von Koburg mit einer Rede geschlossen, in der er feststellt, sie habe sich von seinem Wunsche leiten lassen, sich zu einer dem konstitutionellen Regierungsprinzip gebührenden Höhe zu erheben. Aus dem Vertrauen, das die Kammer der Regierung bewiesen, werde diese die nötige Kraft schöpfen, um ihre Aufgabe bis zum Ende zu erfüllen.

2.

Streit mit Oesterreich.

Ende Januar. Der österreichisch-ungarische Minister Graf Kalnoky läßt durch den Gesandten in Sofia, v. Burian, entschieden Verwahrung einlegen gegen das neue bulgarische Accisegesetz, wodurch einzelne Einfuhrartikel vertragswidrig mehr belastet werden, und so ein Teil der durch den Handelsvertrag für Oesterreich-Ungarn in Aussicht genommenen Vorteile verloren geht.

3.

Stambolow.

1. Juli. Die „Swoboda" in Sofia, Organ des frühern Ministerpräsidenten, richtet heftige Angriffe gegen die Regierung.

6. Juli. Stambolow richtet an den Regenten einen Brief, in dem er um die Erlaubnis bittet, Bulgarien verlassen zu dürfen um wegen eines Leidens Hilfe in einem auswärtigen Bade zu suchen; die Kommission, die die Sobranje im Dezember 1894 eingesetzt habe, um einzelne seiner frühern Regierungshandlungen zu untersuchen, habe keine ernstliche Beschuldigung gegen ihn erhoben; er fügt hinzu, daß Heloff und Tüfektschieff, die Beltscheff

und Wulkovitsch ermordet hatten, sich beständig in der Nähe seines Hauses aufhielten, und bittet den Prinzen um deren Verhaftung.

13. Juli. Das halbamtliche Blatt „Mir" bringt einen Artikel gegen Stambolow, in dem es heißt:

Wir haben bereits öfters erwähnt, daß Stambolow und Petkow, diese zwei Ungeheuer, der niederträchtigsten, der abscheulichsten Schandthaten fähig sind, wenn dies ihnen nur zugute kommt und wenn nur ihre eigne Haut in Sicherheit ist. Wir haben schon oft gesagt, daß wenn diese zwei Mißgeburten noch zwei bis drei Jahre außerhalb der Machtsphäre bleiben, sie nicht einen Augenblick zögern werden, sich, wenn es ihnen nur möglich sein wird, mit bewaffneter Hand gegen die Regierung zu erheben, alle ihre Gegner niederzustechen und Bulgarien denjenigen auszuliefern, die ihnen die vorteilhaftesten Bedingungen anbieten werden. Daran schließt sich die Andeutung, daß die Häuser dieser Männer eingeäschert und ihre Knochen aus den Trümmern gesammelt werden könnten.

15. Juli. Auf Stambolow in Sofia wird, als er abends mit Petkow aus dem Unionklub nach Hause geht, ein Mordanfall verübt. Er wird so schwer verwundet, daß ihm beide Arme abgenommen werden. Der Diener Stambolows verfolgt die Thäter, wird aber von Polizisten festgenommen.

17. Juli. Der in Karlsbad weilende Regent Prinz Ferdinand schickt an Frau Stambolow folgendes Telegramm: „Die schreckliche Nachricht von dem Attentat, dem Ihr Gemahl zum Opfer gefallen ist, hat mich mit tiefster Entrüstung erfüllt. Es drängt mich, der Gemahlin desjenigen, der während langer Jahre mein Mitarbeiter war, gleichzeitig mit dem Abscheu, den das schreckliche Verbrechen in mir erregt, die volle, lebhafte Sympathie auszusprechen, mit der ich Ihren furchtbaren Schmerz teile."

18. Juli. Tod Stambolows. — Mit fast einziger Ausnahme der französischen Presse sind fast alle Organe der öffentlichen Meinung in Europa einig darin, daß die bulgarische Regierung eine schwere Schuld, wenn nicht die schwerste, an dem Verbrechen und seinem Ausgang trifft, weil sie, obwohl sie wußte, daß Stambolow fortgesetzt von Mördern bedroht war, ihn dennoch gewaltsam in Sofia festhielt und nicht eine Bewachung zum Schutze seiner Person, sondern nur eine polizeiliche Ueberwachung in ihrem gegnerischen Interesse stattfinden ließ. Die Anzeichen mehren sich, daß die Polizei gerade in der entscheidenden Stunde ihre Pflicht zum mindesten in gröbster Weise vernachlässigt hat. Die Freunde Stambolows beschuldigen den Prinzen, daß er allein das Hauptinteresse am Tode Stambolows hatte und versichern, daß, wenn es zum Prozeß gekommen wäre, Stambolows Aussagen für den Prinzen höchst kompromittirend gewesen sein würden.

19. Juli. Im Auftrage des Regenten begiebt sich sein Adjutant Markow in das Haus Stambolows, um den vom Prinzen ge-

spendeten Kranz der Schwester Stambolows zu überreichen. Diese verweigert die Annahme des Kranzes im Namen der Witwe Stambolows mit der Erklärung, Stambolow habe sterbend den Prinzen Ferdinand für seinen Tod verantwortlich gemacht. Markow nimmt hierauf den Kranz wieder mit. Die Agence Balcanique meldet: „Infolge der wiederholten überaus beleidigenden Haltung und schroffen Feindseligkeit, die die Familie Stambolows den Abgesandten des Prinzen gegenüber erwies, und die dadurch ihren Gipfelpunkt erreichte, daß die im Namen des Prinzen überbrachte Kranzspende in schnöder und schroffer Weise zurückgewiesen wurde, richtete Prinz Ferdinand folgendes Telegramm an den Hofmarschall in Sofia: Angesichts der unqualifizirbaren Haltung der Familie Stambolows gegenüber meinen loyalen, ehrfurchtsvollen Schritten, und da ich nicht länger gesonnen bin, meine getreuen Diener Beleidigungen und Injurien auszusetzen, sehe ich mich gezwungen, Ihnen und den Mitgliedern des Zivil- und Militärstaates jede Beteiligung an der Leichenfeier Stambolows zu untersagen. — Haleff, den Stambolow als einen seiner Mörder bezeichnete, wird verhaftet. Ferner wird der ehemalige Sekretär des hingerichteten Majors Panitza, Georgiew, verhaftet. Unter den Papieren Stambolows wird ein von vor acht Tagen datirter Brief gefunden folgenden Inhalts: „Nach ein paar Tagen werde ich dir deinen Kopf in Stücke zerschneiden. Georgiew." Der ehemalige Polizeipräfekt Basmagiew erklärt dem Untersuchungsrichter, daß er fünf Minuten nach der Ermordung Stambolows den nämlichen Georgiew in demselben Wagen, der Stambolow gefahren hatte, sah.

20. Juli. Das Leichenbegängnis Stambolows wird durch russenfreundliche Kundgebungen gestört.

4.

Bewegung für Mazedonien.

Im April. Die im vorigen Jahre in Bulgarien kundgegebne Parteinahme gegen die Schließung der bulgarischen Schulen in Mazedonien durch die türkischen Behörden nimmt eine große Ausdehnung an.

10. April. In Sofia findet eine große Versammlung statt, die sich einigt auf die Einsetzung eines leitenden Ausschusses, der im Namen der verschiednen in Mazedonien vertretnen Nationalitäten die Mächte um die endliche Durchführung der auf Mazedonien bezüglichen Bestimmungen des Berliner Friedens angehen soll.

22. April. Prinz Ferdinand empfängt in Sofia eine Abordnung dieses „mazedonischen Kongresses" zur Empfangnahme einer Adresse, in der er gebeten wird, für die Rechte der Mazedonier, besonders im Vilajet Adrianopel, einzutreten, deren Blicke auf die befreiten, von dem Prinzen geleiteten Brüder gerichtet seien. Der Prinz antwortet:

Er und seine Regierung seien stets bemüht gewesen, zwischen der Pforte und Bulgarien gute Beziehungen zu unterhalten. Das Ergebnis dieser Bemühungen seien das Vertrauen des Sultans und jene Wohlthaten gewesen, die der Sultan den bulgarischen Unterthanen erwiesen habe. Der Prinz tadelt auf das strengste die mazedonische Agitation, deren Folgen eine Erkaltung zwischen beiden Staaten, Mißtrauen der Pforte gegen Bulgarien und Repressivmaßregeln gegen die Bevölkerung sein könnten, die unschuldig sei und jenen Agitationen fern stehe. Der Prinz riet den in Bulgarien wohnenden Mazedoniern, diesen unvernünftigen Weg zu verlassen und sich wieder friedlichen Beschäftigungen zuzuwenden, damit der Sultan mit der Wiederkehr des Vertrauens seine Wohlthaten für Bulgarien erneure.

24. Juni. Der Minister des Aeußern Natchovits beantwortet eine Note der Vertreter Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Italiens und Englands, daß sie sich den Bestrebungen der 65000 in den letzten Zeiten aus Mazedonien nach Bulgarien eingewanderten, durch moralische Agitationsmittel die gleiche Teilnahme wie für die in andre Länder geflüchteten Armenier, so auch für die von der türkischen Verwaltung bedrängten Mazedonier zu erregen, nicht habe widersetzen können, ohne mit den Gesetzen und den Gefühlen der Mehrheit des bulgarischen Volks in Widerspruch zu geraten.

24. September. Der russenfreundliche Metropolit Klement zelebrirt ein Requiem für den verstorbnen Führer der mazedonischen Bewegung Kitantschew. Nach Beendigung der Zeremonie hält Klement eine Ansprache von den Stufen des Altars herab; er sagt:

Der frühe Tod Kitantschews, wie auch andrer für die Nationlidee Verstorbner, die wir beweinen, erheischt von uns gebietrisch, diese Idee zu unterstützen! Selbst der Stärkste muß sichs überlegen und weichen, wenn er sieht, daß wir alle einmütig unsre wahrhaften, nationalen Interessen zu verteidigen und bereit sind, für das Allgemeinwohl und das Vaterland unsre persönlichen Vorteile und unsre Ruhe zu opfern. Die uneigennützigen und teuern Opfer sollen uns als Vorbild und Aufmunterung dienen. Die Toten werden ihren Peinigern verzeihen. Sollen sie aber auch uns Verzeihung gewähren, so müssen wir ihrem Beispiel folgen! — Von der Kathedrale fährt Klement unter großer geistlicher Assistenz und von einer großen Menge von Bürgern begleitet nach dem Friedhof, wo eine Totenmesse auf den Gräbern Kitantschews, des Majors Panitza, Imilarows, Keragjulows und Konstantin Popows abgehalten wird.

4. Oktober. Die Regierung stellt der Pforte gegenüber in Abrede, daß sie in Ostrumelien auffällig Truppen zusammenziehe und die Bildung neuer Banden zum Einfall in Mazedonien zulasse.

5.

Russenfreundliche Bewegung.

4. Juli. Eine Abordnung russenfreundlicher Bulgaren mit dem Metropoliten Klement an der Spitze trifft in Petersburg ein.

20. Juli. Diese Abordnung trifft in Moskau ein, wo sie ebenso, wie in Petersburg, von Panslawisten festlich begrüßt wird.

4. August. Die Abordnung wird bei ihrer Rückkehr in Sofia von einer großen Menschenmenge und von den meisten Ministern empfangen. Als die Menge vor Klements Hause ihre Huldigungen fortsetzt, erscheint er auf dem Balkon und sagt in einer Ansprache, daß die Abordnung sich auf Wunsch des Prinzen Ferdinand, der Regierung und des Volkes nach Rußland begeben habe. Rußland wünsche einzig und allein das Wohl und den Fortschritt Bulgariens. Der Metropolit schließt seine Rede mit der Aeußerung, er sei sicher, daß die Bemühungen des Volkes, des Prinzen und der Regierung bei einmütigem Vorgehen von Erfolg sein würden.

6.

Die Sobranje.

31. Oktober. Die zweite Tagung der achten Nationalversammlung wird vom Regenten mit einer Ansprache eröffnet, in der er sagt:

Meine Regierung hält gute und freundschaftliche Beziehungen mit allen Mächten. Die Vorbereitungen zum Abschlusse endgiltiger Handelsverträge mit einigen derselben sind im besten Zuge. Im Verlaufe dieses Jahres hat sich eine Abordnung nach Petersburg begeben, um gemäß einem Beschlusse der Volksvertretung einen Kranz auf das Grab des unvergeßlichen Kaisers Alexander III. zu legen als Zeichen der Verehrung der bulgarischen Nation. Das Wohlwollen, das der Kaiser Nikolaus der Abordnung angedeihen ließ, der treffliche Empfang, den die Abgeordneten in den Kreisen der russischen Regierung und bei allen Schichten der Gesellschaft gefunden hat, enthält für uns die Bürgschaft, daß bei einem Aufwand von Beharrlichkeit und Geduld die Beziehungen zwischen der Schwesternation, die uns befreit hat, und unserm Vaterlande sich derart gestalten werden, wie sie sein sollen.

6. November. Bei Beratung der Sobranje über die auf die Eröffnungsansprache zu erteilende Antwort führt Mihadowski aus, daß die Frage der Taufe des Thronfolgers keine Familien- sondern eine Staatsangelegenheit sei, die nicht durch Politiker ausgebeutet werden dürfe. Ministerpräsident Stoilow wendet sich gegen die Opposition, er sucht vor allem die in der Frage des Handelsvertrages gegen Oesterreich-Ungarn erhobnen Vorwürfe zu widerlegen

und sagt, daß der Vertrag für Bulgarien vom Gesichtspunkte der internationalen Stellung Bulgariens hohe Bedeutung habe. Da Bulgarien nicht dieselbe Macht wie die andern Mächte habe, könnte es nicht seinen Willen ganz Europa aufzwingen wollen. Der Ministerpräsident stellt weiter fest, daß die Beziehungen zur Türkei gute seien. Was die Frage der Annäherung an Rußland betreffe, so seien darin alle Parteien einig. Die Regierung werde alles mögliche aufbieten, um eine Versöhnung zu erreichen. Die Sobranje beschließt, sich in der Adresse für die Aufnahme des Erbprinzen Boris in die griechische Religion auszusprechen.

11. November. Beim Empfang der die Adresse überreichenden Abordnung der Sobranje sagt der Regent:

Die Frage wegen der Aufnahme des Erbprinzen in die offizielle Kirche beschäftige mit Recht die Nation und ihn, den Prinzen, der nur die Größe und den Fortschritt Bulgariens im Auge habe. In rückhaltlosem Verständnis für die religiösen Bedürfnisse der Bulgaren habe er vom ersten Tage seiner Regierung ab an der Wiederaufrichtung der nationalen Kirche, an deren Glanze und Ansehen gearbeitet. In dem Gefühle der Achtung vor der nationalen Religion und der Verehrung für sie habe er den festen Entschluß gefaßt, den Thronerben in der nämlichen Achtung vor der nationalen Kirche zu erziehen. Das von ihm verlangte Opfer, die orthodoxe Taufe des Prinzen Boris sogleich vorzunehmen, sei groß, schwer und überaus schmerzlich. Er sei auferzogen in den Dogmen der katholischen Religion und habe stets an seinen religiösen Ueberzeugungen festgehalten, daher mache jetzt sein Gewissen einen Kampf durch, den jeder gute Bulgare, jeder überzeugte Christ begreifen werde. Er erkenne voll die patriotischen Gefühle und die Loyalität an, von denen die Deputirten bei der Vorbringung ihres Wunsches geleitet wurden; er sei durchdrungen von der Wichtigkeit des Staatsaktes und erkläre, daß er den Wunsch verwirklichen werde, sobald es ihm gelungen sei, die großen Schwierigkeiten hinwegzuräumen. Er sei überzeugt, daß es ihm in kurzer Zeit gelingen werde, die Frage der Lösung zuzuführen, die die Interessen und Wünsche des bulgarischen Volkes erheischen.

4. Dezember. Die von der Sobranje im Dezember 1894 eingesetzte Kommission zur Untersuchung über das Regierungssystem Stambolows erstattet ihren Bericht, in dem es heißt:

Die Herstellung der Eisenbahnlinie Stambuli-Burgas und Sofia-Fernik im eignen Betriebe verursachte dem Staate einen Schaden von mehrern Millionen. Auch bei der Lieferung von 146000 Manlicher-Gewehren durch die Steyrische Fabrik fanden schwere Unterschleife statt. Der Bericht führt noch verschiedne andre Mißbräuche in Geldsachen auf und hebt hervor, daß Stambolow und Grekow nach dem Sturze des Kabinetts aus der Nationalbank den übrig gebliebnen Rest von 240000 Franks der dort hinterlegten Gesamtsumme geheimer Fonds als persönliches Eigentum entnahmen. Der Bericht führt ferner achtzig der Kommission überwiesene Klagen wegen ungesetzlicher Verhaftung und Mißhandlung sowie in einzelnen Fällen wegen Vermögensberaubung an und beantragt, alle hierauf bezüglichen Dokumente der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung der Schuldigen zu übergeben. Die Kommission fordert die Sobranje auf, die ehemaligen Minister Tontschew, Salabaschew, Grekow, Zivkow, Savow, Stransky, Slawkow und

Petkow in Anklagezustand zu versetzen, sowie gegen die Erben Stambolows und Mutkurows zivilprozessualisch vorzugehen. Die Kommission konstatirt auch, daß das Regime der Tyrannei, das unter Stambolow seinen Gipfel erreicht habe, bereits unter der Amtsführung Radoslavows begonnen hätte.

11. Dezember. Der Sobranje wird das Budget für 1896 vorgelegt, wonach die Einnahmen 91600000 Franks betragen.

III.

Aegypten.

19. Februar. Der Khedive Abbas vermählt sich mit einer Sklavin.

20. Februar. Erlaß der Regierung, wodurch ein besondrer Gerichtshof zur Aburteilung von Verbrechen und Vergehen eingesetzt wird, die sich Eingeborne gegen englische Offiziere, Soldaten oder Seeleute zu Schulden kommen lassen. Infolgedessen sucht eine große Zahl von Aegyptern bei den Vertretern fremder Mächte um Aufnahme in das Schutzverhältnis nach.

2. März. Tod Ismail Paschas, des fünfundsechzigjährigen Sohnes Ibrahim Paschas, der 1863 seinem Oheim Said Pascha in der Regierung folgte, bis er 1879, weil durch seine Mißwirtschaft und märchenhafte Verschwendung die Schulden des Landes außerordentlich gewachsen waren, auf Veranlassung der Westmächte abgesetzt wurde, worauf ihm sein Sohn Tewfik Pascha in der Regierung folgte, dessen Sohn Abbas seit 1892 regiert.

3. März. Der gesetzgebende Rat genehmigt ein Gemeindegesetz, wodurch es dem Minister des Innern ermöglicht wird, zu Gemeindevorstehern nur Leute, die ihm genehm sind, wählen zu lassen.

Anfang Dezember. Es kommt mit Großbritannien ein neues Abkommen über die Sklaverei, an Stelle des von 1877, zu stande, wonach die englischen Kreuzer jedes ägyptische Schiff von weniger als 500 Tonnen, von dem sich ergeben hat, daß es dem Sklavenhandel obliegt, oder das mit Recht beargwohnt wird, für den Sklavenhandel bestimmt zu sein, durchsuchen und, wenn erforderlich, mit Beschlag belegen dürfen. Dieses Recht erstreckt sich auf eine Zone, in deren Bereich Madagaskar liegt, womit den Engländern ein Grund gegeben ist, die Anwesenheit von Kreuzern, die in Wirklichkeit vielleicht irgend welche gegen die französische Herrschaft ge-

richteten Zwecken verfolgen, mit dem Hinweise auf diese Bestimmung zu erklären.

18. Juli. Besuch des Khedive Abbas beim Sultan in Konstantinopel.

Anfang November. Nubar Pascha tritt wegen Beinbruchs als Ministerpräsident zurück. Sein Nachfolger ist Fehmi Pascha, der als bisheriger Kriegs- und Marineminister durch den Oberzeremonienmeister Abani Pascha ersetzt wird.

28. November. Das Budget für 1896 weist 10260000 Pfund Einnahmen und 9630000 Pfund Ausgaben, also einen Ueberschuß von 630000 Pfund auf.

Rumänien.

I.

Die Kammern.

24. Februar. Die Kammern genehmigen eine Berggesetzvorlage, nachdem die Minister die Heranziehung sachverständiger Ausländer zu Fragen des Bergbaues gegen Angriffe verteidigt hatten.

27. März. Bei Beratung des Budgets für 1895/96 erklärt der Minister des Aeußern, Rumänien könne nicht den ersten Schritt zur Aussöhnung mit Griechenland thun; wenn jedoch Griechenland den ersten Schritt unternehme, werde Rumänien sich glücklich schätzen, demselben zu entsprechen.

29. April. Die liberalen Mitglieder der Kammer und des Senats legen ihre Mandate nieder. Die Präsidenten der Kammern erklären, der Schritt verstoße gegen die Geschäftsordnung und müsse als null und nichtig betrachtet werden. Der Minister des Aeußern erklärt, daß der von den Minoritäten zur Rechtfertigung ihres Beschlusses angeführte Grund, die Verfassungswidrigkeit der Handlungen der Regierungen, vollkommen unbegründet sei. Denn die Majoritäten hätten diese Verfassungswidrigkeit schon früher bemerken können, ohne den Sessionsschluß abzuwarten. Der Minister weist auf die ersprießliche Thätigkeit der konservativen Regierungs-

mehrheit hin und tadelt das Vorgehen der Gegenparteien, die sich auf keinerlei thatsächliche Veranlassung stützten, um ihre Anschuldigungen zu erheben und den gegenwärtigen Beschluß zu fassen.

II.

Der König.

26. März. In Anwesenheit der Königin, des Kronprinzen und der Kronprinzessin sowie des hohen Klerus, der Rektoren und Professoren der Universität findet in Bukarest die Einweihung der neuen Karol-Universität durch den König statt. Der König hält eine von Patriotismus beseelte Rede, in der er die Fürsorge für die Jugend zum Ausdruck bringt, von der er wünscht, daß sie die Wege betreten möge, die zu den höchsten Interessen, zur Entwicklung und zum Gedeihen des Vaterlandes führen.

7. Juli. Das Königspaar in Ischl zum Besuch des Kaisers von Oesterreich.

26. September. Feierliche Eröffnung der Donaubrücke zwischen Cernawoda und Fetesci.

10. Oktober. An einer Truppenschau über 40000 Mann bei Bukarest nimmt Fürst Leopold von Hohenzollern, der Bruder des Königs und Vater des Kronprinzen teil. Beim Festmahl sagt der König in einer Ansprache, seit dem Kriege sei keine so große Truppenzusammenziehung in Bukarest gesehen worden, wo die Quelle des politischen Lebens Rumäniens fließe. Er betrachte die Armee mit Liebe und Stolz, sehr groß sei das Vertrauen des Landes auf das Heer, größer aber noch die Verantwortlichkeit der Heeresleitung. Man müsse ohne Unterlaß arbeiten, um den Opfern, die das Land für seine Verteidigung bringe, gerecht zu werden.

III.

Wechsel des Ministeriums.

15. Oktober. Das seit 1891 im Amt befindliche Ministerium Catargi tritt zurück. Fürst Demeter Sturdza, Führer der Liberalen, bildet ein neues Ministerium.

27. Oktober. Der neue Ministerpräsident entwickelt vor einer zahlreichen Versammlung sein Programm. In Betreff der äußern Politik sagt er:

Die moderne äußere Politik Rumäniens wurde auf dem Schlachtfelde von Plewna eingeweiht und durch die Erhebung Rumäniens zum Range eines Königreichs befestigt. Durch seine eigne Kraft und eigne Leistung hat Rumänien sich seine Unabhängigkeit und seine geachtete Stellung in dem europäischen Konzert errungen, und es hat auch das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit, was seine zivilisatorische Sendung im Orient betrifft; es wird auf diesem durch seine nationale Entwicklung vorgeschriebnen Wege verharren. In der nationalen Frage ist unsre Haltung eine klare und bestimmte. Es ist einleuchtend, daß wir uns allen agitatorischen Eingreifens in die innern Angelegenheiten der uns benachbarten Staaten, insbesondre in diejenigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, enthalten müssen. Man hat uns des Irredentismus beschuldigt, namentlich daß wir unsre Stammesgenossen in Ungarn zum Widerstande gegen Gesetz und Ordnung reizen. Eine derartige Haltung war niemals die unsrige; wir haben niemals diese Richtung eingeschlagen, die eine schwere Gefahr für uns in sich schließen müßte, falls das gleiche Verfahren gegen uns angewendet würde. Die österreichisch-ungarische Monarchie ganz besonders bildet eine Notwendigkeit ersten Ranges sowohl für das Gleichgewicht Europas, wie für die Sicherheit des rumänischen Königreichs; in diesen Punkten gab es hier nie eine Meinungsverschiedenheit und kann es keine geben. Der Irredentismus in Rumänien, falls er bestände, wäre eine Absurdität, und die Rumänen werden das Unmögliche und Absurde bei der Wahrnehmung ihrer Angelegenheiten stets zu meiden wissen. Kein urteilsfähiger Mensch von gesundem Sinne in Rumänien denkt an Irredentismus oder Daco-Romanismus. Man behauptet auch, daß wir uns in die innern Angelegenheiten Ungarns einmischen wollen. Nichts lag unsern Absichten jemals ferner. Wir sind alle von dem Wunsche erfüllt, daß die Kämpfe und Konflikte zwischen Rumänien und Ungarn enden und durch brüderliche Eintracht abgelöst werden, denn das beiderseitige Interesse fordert es, daß Rumänien und Ungarn freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

IV.

Neue Kammern.

19. Dezember. Die Session der neuen Kammern, deren zweite aus einer Mehrheit von 72 Liberalen besteht, während nur drei Konservative gewählt sind, wird vom König mit einer Thronrede eröffnet. Darin heißt es bezüglich der äußern Politik:

Die weise und beständige Arbeit der rumänischen Nation habe der Entwicklung des Königreichs einen mächtigen Aufschwung gegeben und ihm ermöglicht, daß seine Stellung dem Auslande gegenüber an Bedeutung gewonnen habe. Rumänien finde sich so heute inmitten der Ereignisse im Orient als Stützpunkt der Ordnung, der Stabilität und des ununterbrochnen Fortschritts. Diese Lage, die das gegenseitige Vertrauen mit dem beständigen Ziele, den Frieden zu sichern, zur Grundlage habe, habe die besten freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten geschaffen. Rumänien könne sich nur freuen über die Anstrengungen der Großmächte zur Beseitigung jeder Ursache des Mißverständnisses und zur Erhaltung ihrer Einigkeit in jenen Maßnahmen, die bestimmt sind, den Völkern ihre friedliche Ent-

wicklung zu sichern. „Wir können diese Bemühungen als mächtigste Gewähr für den Frieden betrachten, den wir mit außerordentlicher Genugthuung begrüßen."

Serbien.

Im Januar. Es finden langwierige Verhandlungen statt, um die Mutter des Königs, Natalie, zur Rückkehr nach Serbien zu bewegen. Da ihre Bedingungen: Entfernung ihres Gemahls Milan aus Serbien und Herstellung der Verfassung von 1889 vorläufig unausführbar erscheinen, begiebt sich König Alexander ins Ausland zu seiner Mutter.

12. Januar. Durch königlichen Erlaß wird das vorjährige Budget auch für dieses Jahr in Kraft gesetzt.

12. Februar. Die beiden großen Parteien des Landes, die Radikalen und die Liberalen, vereinigen sich zu gemeinsamem Vorgehen bei den bevorstehenden Wahlen zur Skupschtina.

20. März. Rundschreiben des Ministerpräsidenten Christitsch an die Präfekten, das auf Grund der vom König durch Staatsstreich wieder in Kraft gesetzten alten Verfassung von 1869, wonach auf je 3000 Steuerzahler ein Abgeordneter kommt, die Gesamtzahl der zu wählenden Abgeordneten mit 180 feststellt.

19. April. Diese Wahlen fallen vorwiegend zu Gunsten des Ministeriums Christitsch aus.

25. April. Der König eröffnet die Skupschtina mit einer Thronrede. Darin heißt es:

Die Notwendigkeit, die politischen Leidenschaften zu besänftigen und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, hätten im vorigen Jahre in ihm den Entschluß gereift, die Verfassung zu ändern. Der König betont die Notwendigkeit der Stabilität der Staatsgeschäfte, erwähnt seine im vorigen Jahre erfolgten Besuche an den fremden Höfen und betont den festen Willen, gute Beziehungen zu allen Staaten zu entwickeln. Er erwähnt ferner der Besuche bei den Herrschern von Oesterreich-Ungarn und der Türkei, denen gegenüber der König den Wunsch, die Bande guter Nachbarschaft und aufrichtiger Freundschaft zu pflegen, ausdrückt. Bei seinem Besuch in Berlin habe der König dem deutschen Kaiser seine Verehrung und Freundschaft zum Ausdruck gebracht. Der König gedenkt der schweren Verluste, die die kaiserlich russische Familie sowie das russische Brudervolk erlitten, und hebt hervor, daß er persönlich dem Leichenbegängnisse des Kaisers Alexanders beigewohnt habe, um dem Kaiser von Rußland seine Dankbarkeit zu bezeigen und denselben der

überlieferten Verehrung des Königs sowie des Volkes von Serbien zu versichern. In dem Besuche Frankreichs habe er eine willkommne Gelegenheit gefunden, dem Präsidenten der Republik die Gefühle der Freundschaft Serbiens für die große französische Nation auszusprechen.

7. Mai. Da die Skupschtina einen Gesetzvorschlag wegen Aufnahme einer Anleihe von 98 Millionen Franks ablehnt, tritt der Finanzminister Petrowitsch zurück. An seine Stelle tritt der Steuerdirektor Popowitsch.

9. Mai. Die Skupschtina bewilligt dem frühern König Milan eine jährliche Apanage von 360000 Franks, worauf er sich wieder nach Paris zurückbegiebt.

10. Mai. Die frühere Königin Natalie wird bei ihrer Ankunft in Belgrad von der Bevölkerung mit Jubel empfangen.

7. Juli. Der achtzigjährige Ministerpräsident Christitsch tritt zurück, worauf der Staatsratspräsident Nowakowitsch ein neues Ministerium bildet.

21. Juli. Ein von der Skupschtina genehmigtes Gesetz wegen Umwandlung der Staatsschuld aus einer fünf- in eine vierprozentige wird verkündigt.

Anfang August. Es werden mit Oesterreich-Ungarn Verhandlungen angeknüpft wegen des in Ungarn aus Anlaß eines Seuchefalls erlassenen Verbots der Einfuhr von Schweinen aus Serbien.

16. September. Der frühere Regent Ristitsch tritt wieder ins politische Leben. Der liberale Parteitag stellt ihn an die Spitze.

27. November. Eine neue Skupschtina wird vom König mittelst Thronrede eröffnet, in der er namentlich die ausgezeichneten Beziehungen zu den Großmächten und den benachbarten Staaten und den einstimmigen Wunsch der Großmächte betont, den Frieden auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten. Serbien habe alle seine Sorge darauf gerichtet, zu beweisen, daß es eine der Friedens- und Ordnungsbürgschaften im Orient bilde.

10. Dezember. Das der Skupschtina vorgelegte Budget für 1896 enthält die Einnahmen und Ausgaben mit rund 66 Millionen Franks.

Griechenland.

17. Januar. In Athen findet vor dem Gebäude der Kammer eine Protestkundgebung statt gegen die neuen Steuern, die das aufgehobne Oktroy ersetzen sollen.

20. Januar. Auf dem Marsfelde bei Athen finden zwei große Versammlungen statt, deren eine sich für, die andre gegen diese neuen Steuern ausspricht. Schließlich kommt es zu Schlägereien. Gegen Ende der Versammlungen kommt der Kronprinz mit seinem Stabe auf den Platz und wird von der Menge jubelnd begrüßt. Mehrere Bittgesuche an den König werden ihm übergeben.

22. Januar. Wegen dieser Anwesenheit des Kronprinzen bei den Versammlungen reicht das Ministerium Trikupis sein Entlassungsgesuch ein. Es scheint diesen willkommnen Anlaß benutzen zu wollen, um sich aus den Fragen der finanziellen Schwierigkeiten zurückzuziehen.

24. Januar. Delyannis, Neffe des bekannten Parteiführers, bildet ein neues Ministerium; den neuen Ministern wird auferlegt, bei den nächsten Kammerwahlen nicht zu kandidiren.

28. April. Die Neuwahlen zur Kammer fallen auf 140 Anhänger Delyannis, 16 Anhänger des Trikupis, 18 Ralliſten, 24 Unabhängige, 4 Progreſſiſten, 4 Deligiorgiſten.

1. Mai. Trikupis zieht sich aus dem politischen Leben gänzlich zurück.

11. Juni. Das Geschäftsministerium des Nikolaus Delyannis tritt zurück; ein neues bildet des Nikolaus Oheim, der vielmalige frühere Ministerpräsident Theodor Delyannis.

14. Juni. Dieser legt der Kammer das Budget für 1895 vor. Betreffs der Einnahmen hält er an den von seinem Vorgänger aufgestellten fest, bezüglich der Ausgaben schlägt er eine Ersparnis von 5 Millionen vor durch Verminderung des Personals in den Ministerien und durch Reorganisation einzelner Dienstzweige. Weiter legt der Ministerpräsident einen Vorschlag, betreffend die Bildung eines Rates der öffentlichen Schuld vor; zu der Frage über die Einigung mit den Gläubigern äußert er, daß sie im gemeinsamen Interesse beider Parteien geregelt werden würde. Das Budget enthält 90198015 Drachmen Einnahme und 855301 Drachmen Ueberschuß über die Ausgaben.

12. Juli. Die Kammer genehmigt einen Gesetzentwurf, wonach 20 Prozent der Korinthen-Ernte zurückbehalten werden, sodaß sie während eines Jahres nicht im Innern des Landes verwendet werden dürfen.

21. Juli. Die Kammer genehmigt ein Gesetz, wodurch der Ausfuhrzoll für Korinthen um 4 Drachmen für je 1000 Liter herabgesetzt wird und die Exporteure zur Zurückhaltung von 15 Prozent der ausgeführten Korinthen verpflichtet werden.

Im November. Die Regierung entschließt sich, die Gläubiger des Königreichs wenigstens an den Ueberschüssen derjenigen Einnahmen,

die ausdrücklich zur Deckung ihrer Darlehen bestimmt wurden, teil nehmen zu lassen, weist jedoch die Einräumung einer Kontrolle über die betreffenden Einnahmen als mit der Würde des Königreichs unvereinbar von der Hand.

Marokko.

Im März. Der Staat kauft den englischen Besitz am Kap Juby an.

Die südwestliche Grenze Marokkos wird durch den kleinen Fluß Sagiet el Hamra gebildet; nördlich von seinem Einfluß in das Meer liegt Kap Juby, ihm gegenüber in geringer Entfernung vom Gestade eine Felseninsel, die schon seit langer Zeit von Europäern als zeitweilige Niederlassung benutzt wurde, bis neuerdings die North-Western African Company hier ihren Hauptsitz aufschlug. Sie dehnte ihre Handelsunternehmungen weit aus und rief dadurch schließlich einen Ausbruch des Fanatismus der benachbarten Stämme wach, die einen Ueberfall versuchten, bei dem verschiedne Europäer getötet und verwundet wurden. England erhob erhebliche Entschädigungsansprüche, die der Sultan unter der Bedingung befriedigen wollte, daß man seine Oberhoheit über Kap Juby anerkenne. Großbritannien erklärte demgegenüber, das Gebiet sei unabhängig, und die Forderungen richteten sich nur deshalb an den Sultan, weil Soldaten seines Heeres den Ueberfall gemacht hätten. Seitdem ist jahrelang über diese Frage hin und her gestritten worden, bis der Sultan jetzt für 1250000 Franks den gesamten Besitz der Handelsgesellschaft ankauft.

30. April. Um fernern Ansprüchen auf Entschädigung für an Ausländer verübte Mordthaten vorzubeugen, richtet der Minister des Aeußern Sidi Mohammed Torres an die Vertreter der fremden Mächte eine Note.

Darin sagt er, daß seit dem Tode des Sultans Muley Hassan in den Küstenstädten vielfach anarchistische Zustände eingerissen und Raub und Plünderung an der Tagesordnung seien. Als die Regierung sich dann gezwungen sah, Truppen gegen die Uebelthäter zu entsenden, um sie zur Ordnung und Ruhe wieder zurückzubringen, hätten viele von ihnen auf listige Weise der drohenden Strafe zu entgehen gewußt. Sie hätten sich nämlich mit Ausländern geschäftlich assoziirt, um den Schutz der Regierung ihres jeweiligen Kompagnons anrufen zu können, falls ihre Besitzungen von der marokkanischen Regierung zur Strafe mit Beschlag belegt oder durch die zur Züchtigung ausgesandten Truppen zerstört würden. Die marokkanische Regierung protestirt nun gegen jeden derartigen Versuch der Eingebornen, sich der strafenden Hand der Gerechtigkeit zu entziehen, und erklärt, daß sie den Reklamationen, die zufolge einer Assoziirung von Europäern

mit notorischen Rebellen an sie gerichtet werden sollten, keine Berücksichtigung mehr gewähren könne.

18. Mai. Veröffentlichung eines in Madrid geschlossenen Abkommens, durch das die Bestimmungen des zur Beendigung des Krieges der Spanier gegen die Riffpiraten der sogenannten Presidios 1893 zu Marakesch geschlossenen Vertrags geändert werden.

Während dieser Vertrag die Bestrafung der schuldigen Rifoten spätestens bis zum Sommer vorigen Jahres in Aussicht nahm, ist der Sultan durch die neuen Bestimmungen nur verpflichtet, diese Züchtigung in dem Augenblick vorzunehmen, in dem er über die zur Ausführung des Unternehmens nötige Streitmacht verfügt. Die Absteckung der neutralen Zone wird um ein weitres Jahr hinausgeschoben und dem Sultan von neuem das Versprechen abgenommen. Von der eine Million Duros betragenden Kriegsentschädigung sind noch 401979 Duros rückständig, die in 80 Tagen zu zahlen sind. Von den übrigen fünfzehn Ratenzahlungen zu 200000 Duros ist die erste am 31. Dezember 1894 geleistet. Nun sollen statt die restlichen vierzehn Raten, deren letzte am 4. Dezember 1901 verfällt, nach und nach in Silbermünzen zu zahlen, innerhalb 6 Monaten 1400000 Duros in Gold gesandt werden, womit die ganze Entschädigung als beglichen betrachtet werden soll. Sollte Marokko diese Verpflichtung nicht rechtzeitig erfüllen können, so werden 6 Prozent jährliche Zinsen berechnet. Bleibt es über ein Jahr damit im Rückstande, so steht der spanischen Regierung das Recht zu, die Zolleinnahmen in Tanger, Casablanca, Mazagan und Mogador mit Beschlag zu belegen.

Im Oktober. Tod des jungen Scherif von Wazan, Mulai el Arbi, als Hauptes des Ordens „Mulai Thaib" der einflußreichsten Person und des größten Grundbesitzers im Reiche. Er folgte im September 1892 seinem Vater, der den größten Einfluß auf alle marokkanischen Stämme ausübte.

Kongostaat.

18. Oktober. Hauptmann Lothaire besiegt die aufständischen Volksstämme im Gebiete von Luluaburg. — Der stellvertretende Gouverneur Fuchs erhält Befehl, in allen Bezirken am obern Laufe des Kongos eine Untersuchung vorzunehmen, um Gewißheit zu erhalten, wie die erteilten Vorschriften der Regierung ausgeführt wurden und um die etwaigen Mißbräuche und Vernachlässigungen dieser Vorschriften festzustellen.

Parlamentarische Verhandlungen wegen Hinrichtung des Händlers Stokes durch Hauptmann Lothaire s. S 323.

Die Todesstrafe wurde auf Grund des Dekrets vom 22. Dezember 1888 verhängt, nach dem in jedem Teile des Kongostaates das Kriegsrecht erklärt werden kann, sobald die öffentliche Sicherheit bedroht ist. Das war geschehen in dem Distrikt, in dem sich Stokes befand. Das Kriegsrecht kommt in dem Falle gegen alle ohne Unterschied zur Anwendung, mögen sie Ausländer oder nicht, Soldaten oder Zivilisten sein. Lothaire beging den Fehler, daß er Stokes sofort hängen ließ. Nach dem Dekret haben vom Kriegsgericht verurteilte Personen, wenn sie nicht Eingeborne oder Soldaten sind, das Recht der Berufung an das Gericht in Boma. Diese Berufung hat Lothaire versagt. Seit lange hatte man dem Stokes die Beförderung von Briefen anvertraut. Gegen europäische Reisende war er stets außerordentlich hilfreich. Auch hatte er manches Jahr dem Kongostaat wertvolle Dienste geleistet.

Transvaal.

27. Januar. In Pretoria findet eine großartige Feier des Geburtstags des deutschen Kaisers statt, wobei der Präsident Krüger Transvaal als Kind Deutschlands hinstellt, bei dem es Schutz suche, weil es von England mit Füßen getreten werde.

13. Februar. Der Volksraad genehmigt den mit England über Swaziland geschloffenen Vertrag.

9. März. General Joubert rückt in das Swaziland ein, um es, jenem Vertrage gemäß, für Transvaal in Besitz zu nehmen.

Anfang Mai. Nachdem England zu großem Unwillen der Boeren am 27. April das Amatongoland einverleibt hat, wird ein Ersuchen des Präsidenten Krüger an den Gouverneur des Kaplandes, dem Transvaal die Besitznahme der an das Meer grenzenden Gebiete der Häuptlinge Zambaom und Umbigiesa zu gestatten, abgelehnt, weil hierdurch, obwohl dieser Wunsch Transvaals legitim sei, eine wirksame Kontrolle Englands über die Gestaltung der Frage des Swazilandes, wo britische Unterthanen wichtige Interessen hätten, ausgeschloffen werden würde.

13. Mai. Es droht ein Krieg des Transvaalstaats gegen Eingeborne im eignen Lande, nämlich im Bezirke Zoutpansberg auszubrechen. Der Oberhäuptling Magato schickt die Kommission der Transvaalregierung aus seinem Lande fort; auch der Stamm der Makatese sammelt sich an verschiednen festen Punkten. Die

Eingebornen sind meist mit ganz modernen Gewehren und Patronen versehen.

Mitte Mai. Die Offiziere des in der portugiesischen Delagoabai liegenden deutschen Kreuzers „Cormoran" besuchen Pretoria, wo sie mit um so größerer Freude aufgenommen werden, je mehr der Unwille über die Bedrängung durch England wächst. Die „Volksstem" äußert:

Die Annäherung zwischen Deutschland und der südafrikanischen Republik ist nun einmal eine Thatsache, mit der man in Kapstadt und in London rechnen muß. Das Erscheinen der kaiserlich deutschen Uniform in Pretoria und Johannsburg ist vor allem dadurch merkwürdig, daß es zusammenfällt mit dem Eintreffen einer englischen Parlamentärkommission unter Führung von Sir John Horst, die mit den britischen Unterthanen in der Republik und in Swaziland in Verbindung treten will.

Die „Südafrikanische Zeitung" knüpft an den Besuch u. a. folgende Bemerkungen:

Wir würden hiermit ein kleines Vorspiel zu dem geplanten Verbrüderungsfest haben, das am nächsten Juni bei Gelegenheit der Delagoabaifeier, an der sich Deutschland mit Entsendung eines kleinen Geschwaders zu beteiligen gedenkt, stattfinden soll. Es läßt sich kein günstigerer Zeitpunkt und kein geeigneteres Mittel wählen, um den nationalen Geist unsrer dort ansässigen Landsleute kräftiger anzufeuern und deren Anhänglichkeit zum deutschen Vaterlande zu stärken. Auf der andern Seite wird man jenseits des Ozeans den Vorgängen nicht minder Beachtung schenken; denn Transvaal dürfte durch eine solche Kundgebung dem deutschen Volke mit einer Greifbarkeit vor die Augen gerückt werden, die das bisher so wenig bekannte Land bei Alt und Jung, Hoch- und Tiefstehenden sofort in die Reihe der denkwürdigsten und interessantesten Länder der Welt treten ließe. Am Schlusse heißt es: „Es wäre zu wünschen, daß man sich in Berlin nicht durch übel angebrachte Sparsamkeit das Mittel aus der Hand gehen ließe, um die angebahnten Freundschaftsbeziehungen zu Transvaal in wirksamster und naturgemäßester Weise zu fördern."

14. Juni. Bei der Einweihung des neuen Gesellschaftshauses des „Deutschen Vereins" in Pretoria werden Reden gehalten, aus denen die Freundschaft zwischen Boeren und Deutschen stark hervorleuchtet.

8. Juli. In Laurenço Marquez an der portugiesischen Delagoabucht beginnen, unter Teilnahme der deutschen Kriegsschiffe „Condor" und „Cormoran," die Festlichkeiten zur Eröffnung der so lange von England verhinderten, endlich durch deutsche Arbeit und deutsches Kapital vollendeten Eisenbahn nach Pretoria.

11. September. Der Volksraad beschließt die Weiterführung der Pretoriabahn bis Pietersburg.

(Die diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland wegen drohenden Einfalls von Engländern s. S. 154—159.)

Oranjefluß-Freistaat.

18. April. Im Volksraade kommt die Frage einer Vereinigung des Staats mit der Südafrikanischen Republik zur Sprache. Beschlossen wird, eine Abordnung aus der Schwesterrepublik zu empfangen, um Angelegenheiten beiderseitigen Interesses zu beraten.

Im Mai. Der den Engländern freundlich gesinnte Präsident der Republik, Reitz, unternimmt aus Gesundheitsgründen eine Reise nach Deutschland. Im Volksraad wird der Antrag gestellt, Basutoland zu annektiren.

6. Juni. Der Volksraad spricht sein Bedauern über die englische Einverleibung des Amatongalandes und die Hoffnung aus, daß die englische Regierung diese Handlung für ungiltig erklären werde.

Im November. Präsident Reitz legt sein Amt nieder.

Siam.

15. Januar. Bezüglich des Königreichs Siam schließt Frankreich mit Großbritannien folgenden Vertrag:

I. Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle und unter keinem Vorwande, ohne die Zustimmung der andern, bewaffnete Kräfte in die Gegend zu entsenden, die die Becken der Flüsse Petchaburi, Meikong, Menam und Bang Pa Kong und ihre respektiven Nebenflüsse umfassen, ferner nicht in das Küstengebiet, das sich von Muong Bang Tapan bis Muong Pase erstreckt, in die Flußbecken, an denen diese beiden Städte belegen sind, und in die Becken der andern Flüsse, deren Mündungen in dieser Ausdehnung der Küste eingeschlossen sind, und auch das Territorium umfassend, das im Norden des Menambeckens zwischen der englisch-siamesischen Grenze belegen ist, den Fluß Mekong und die Ostgrenze des Beckens des Me Ing. Sie verpflichten sich außerdem, in dieser Gegend keinen Privileg und keinen Sondervorteil zu erwerben, dessen Nutzen nicht gemeinsam Frankreich und Großbritanien, den Angehörigen ihrer Nationalitäten und denen ihrer Schutzländer und Kolonien zu teil würde, oder das ihnen nicht auf dem Fuße der Gleichheit zugänglich wäre. Diese Be-

stimmungen werden aber nicht so ausgelegt, als würden durch sie die Spezialklauseln abgeschafft, die gemäß dem Vertrage vom 3. Oktober 1893, der zwischen Frankreich und Siam abgeschlossen wurde, sich auf eine Zone von 25 Kilometer auf dem rechten Ufer des Mekong und auf die Schiffahrt dieses Flusses beziehen.

II. Nichts in der vorstehenden Klausel legt irgend ein Hindernis einer Aktion in den Weg, die beide Mächte vereinbaren könnten und die sie zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Königreichs Siam für notwendig erachteten. Aber sie verpflichten sich, kein Sonderabkommen einzugehen, das einer dritten Macht gestatten würde, das zu thun, was sie sich selbst gegenseitig verbieten.

III. Von der Mündung des Nam Huoc an und nach Norden hinaufgehend bis zur chinesischen Grenze wird der Thalweg des Mekong die Grenze der Besitzungen oder der Interessensphären Frankreichs und Großbritanniens bilden. Es ist abgemacht worden, daß die Angehörigen der beiden Nationen keine Gerichtsbarkeit oder irgend eine Autorität in den Besitzungen oder der Interessensphäre der andern ausüben können. In dem Teile des Flusses, um den es sich handelt, gehört die Polizeiaufsicht über die Inseln, die durch einen Arm des genannten Flusses von dem britannischen Ufer getrennt sind, den französischen Behörden, so lange diese Scheidung existirt. Die Ausübung des Fischereirechts wird den Anwohnern beider Ufer in gleicher Weise eingeräumt.

IV. Die beiden Regierungen kommen überein, daß alle Privilegien und Handels-, sowie andre Vorteile, die in den beiden chinesischen Provinzen Yun-Nan und Sse-Tschuen, sei es Frankreich, sei es Großbritannien, gemäß ihrer Abmachungen mit China vom 1. März 1894 beziehungsweise vom 20. Juni 1895 eingeräumt sind, sowie alle Privilegien und Vorteile irgend einer Art, die in der Folge in diesen beiden chinesischen Provinzen Großbritannien oder Frankreich eingeräumt werden könnten, sofort, soweit es von ihnen abhängt, auf beide Mächte ausgedehnt werden, und sie verpflichten sich, zu diesem Zwecke ihren ganzen Einfluß und ihre Vermittlung bei der chinesischen Regierung aufzubieten.

Samoa.

Im Juli. Die Häuptlinge erscheinen auf Einladung der Konsuln der Vertragsmächte, mit Ausnahme des nordamerikanischen Konsuls, an Bord des Kreuzers „Bussard," wo ihnen erklärt wird, daß man sie ohne weiteres festnehmen werde, wenn sie den offnen Kampf unter einander wieder aufnehmen würden.

Im Oktober. Gleichwohl nimmt der unruhige Zustand auf Upolu wieder zu. Die aufständischen Stämme wagen zwar angesichts der auf der Wacht stehenden deutschen und englischen Kriegsschiffe

nicht, wieder zum offnen Kampfe überzugehen, sie bedrohen sich aber unausgesetzt. Am meisten leiden darunter die deutschen Plantagen. Die unruhigen Elemente finden bei dem Generalkonsul der Vereinigten Staaten Mulligan, der seit Mitte 1894 diesen Posten einnimmt, Unterstützung, wie früher bei den Unionskonsuln Greenebaum und Sewall.

Hawaii.

---

6. Januar. 500 Anhänger der abgesetzten Königin Liliuokalani erheben in der Hauptstadt einen Aufstand behufs Herstellung des Königtums, werden aber in die Flucht geschlagen, ein Teil derselben wird gefangen genommen.

24. Januar. Die infolgedessen ebenfalls in Haft genommne frühere Königin richtet an Dole, den Präsidenten der Republik, ein Schreiben, das eine feierliche und amtliche Verzichtleistung der Königin für sich und ihre Nachfolger auf den Thron Hawaiis enthält.

Sie fordert alle Bewohner des Inselreichs zur Anerkennung der Republik und der Doleschen Regierung mittelst Treueids auf. In einem besondern Aktenstück legt Liliuokalani selbst diesen Treueid ab. Für die nach ihrer Ansicht irregeführten Aufrührer fleht sie die Gnade der Regierung an. Diese antwortet, daß jene Urkunde die Königin durchaus nicht von der Verantwortlichkeit für ihre Beteiligung an dem Aufstande entbinde, wie solche im Laufe des kriegsrechtlichen Verfahrens an den Tag kommen möge, und ihr auch nicht Straffreiheit zusichre. Ebensowenig erkenne die Regierung den rechtlichen Bestand der Rechte und Ansprüche, die sie jetzt freiwillig aufgeben wolle, seit ihrer Absetzung an. Das Schreiben ist an Frau „Liliuokalani Dominis" gerichtet, wie sie selbst auch die Abdankungsurkunde unterzeichnet hat.

11. Februar. Von den 381 wegen des Aufstands Verhafteten werden 55 freigesprochen, 13 gegen das Versprechen, das Land zu verlassen, freigegeben, 4 zum Tode verurteilt.

24. Februar. Die frühere Königin erklärt vor dem Kriegsgericht, daß sie in keiner Weise der revolutionären Erhebung Vorschub geleistet oder auch nur um diese gewußt habe. Wäre das der Fall gewesen, so würde sie den Aufständischen abgeraten haben. Sie könne das Gericht nicht für zuständig betrachten. Sie wird

aber gleichwohl zu fünf Jahren Gefängnis und zur Zahlung von 5000 Dollars verurteilt.

6. September. Die frühere Königin wird auf Ehrenwort freigelassen, 48 politische Gefangne werden der Haft entlassen.

China und Japan.

9. Januar. Bei Eröffnung des japanischen Parlaments hebt der Ministerpräsident Graf Ito die wiederholten Erfolge der japanischen Waffen hervor und betont die Notwendigkeit der Einmütigkeit der Nation.

11. Januar. Ein Korps von 9000 Chinesen wird bei Kaiping in der Mandschurei von den Japanern geschlagen.

14. Januar. Bei Haitscheng, auf dem Wege nach Mukden, der Hauptstadt der Mandschurei, werden die Chinesen von den Japanern geschlagen.

16. Januar. Der chinesische General Wei wird wegen Feigheit enthauptet.

19. Januar. Die dritte japanische Armee landet in der Yungtchengbucht an der südöstlichen Spitze der chinesischen Provinz und Halbinsel Schantung. Ein japanisches Geschwader bombardirt die Stadt Tengtschaufu an der Nordspitze dieser Halbinsel.

22. Januar. In einer neuen Schlacht bei Haitscheng in der Mandschurei werden die Chinesen geschlagen.

23. Januar. Infolgedessen besetzen die Japaner die Stadt Ninghai.

24. Januar. Die dritte japanische Armee schließt die Seefestung Weihaiwei auf der Halbinsel Schantung von der Landseite ein.

30. Januar. Die Japaner nehmen von der Landseite aus die West- und Ostforts von Weihaiwei ein.

31. Januar. Die japanische Flotte beschießt die übrigen Forts dieser Festung.

1. Februar. Beginn der Friedensverhandlungen.

2. Februar. Die zwischen den von den Japanern eingenommenen Forts und einer Insel liegende chinesische Flotte wird vom

Lande und von der See aus beschossen. Infolgedessen sinken zwei chinesische Kriegsschiffe.

3. Februar. Das japanische Parlament bewilligt unbegrenzte Mittel zur Fortsetzung des Kriegs. — Drei chinesische Kriegsschiffe bei Weihaiwei werden von der japanischen Flotte in die Luft gesprengt, der übrige Teil der hier eingeschlossenen chinesischen Flotte wird stark beschädigt.

12. Februar. Die chinesischen Friedensunterhändler kehren ohne Erfolg heim.

13. Februar. Admiral Ting übergiebt den Japanern den Rest der chinesischen Flotte und tötet sich.

18. Februar. Der Kaiser von China erteilt dem Statthalter der Provinz Schan Tung den Befehl, alle Flüchtlinge aus Weihaiwei enthaupten zu lassen, und richtet an sein Volk folgende Botschaft:

Als Wir die Regierung übernahmen, waren Wir von dem innigsten Wunsche beseelt, innere Verwaltungsreformen vorzunehmen. Aber urplötzlich brachen die Japaner den Frieden, rissen das Uns tributpflichtige Korea los und drangen in Unser Gebiet ein. Wir entsendeten Unsre Generale und Armeen, um die Japaner zu züchtigen. Unsre Vorfahren und die auswärtigen Mächte wissen, daß Wir die friedlichen Beziehungen zu Japan nicht stören wollten. Ebenso wenig haben Wir erwartet, daß Unsre Generale ihrer Aufgabe nicht gewachsen und Unser Heer ohne Disziplin sein würde. Denn nur dadurch ist es den Japanern gelungen, Siege über Uns davon zu tragen und Unsrer Residenz immer näher zu rücken, sodaß Unsre Vorfahren in ihren Gräbern unruhig und besorgt wurden. Alles dies ist über Uns nur deshalb gekommen, weil Wir selbst unwürdig sind und unwürdige Leute um Uns haben. Sollte aber das Schlimmste eintreten und sollten die Japaner Unsre heiligen Altäre antasten, dann bliebe Uns nichts andres übrig, als mit denselben zu Grunde zu gehen. Dann erst stünde es euch frei, die Kaiserin-Witwe nach dem Westen zu überführen und einen würdigen Kaiser zu wählen, der imstande wäre, Gräber der Vorfahren zu schützen und die Uns zugefügte Schmach zu rächen.

China bittet vergeblich um Verlegung der Friedensverhandlungen nach Port Arthur.

20. Februar. Die Japaner erobern die Binnenstadt Kutschi auf der Insel Formosa.

23. Februar. Das japanische Parlament genehmigt, daß dem Königreiche Korea die Summe von 3 Millionen Yen (à 4 Mk.) vorgeschossen werde.

24. Februar. Abermalige Niederlage der Chinesen bei Haitscheng in der Mandschurei.

27. Februar. Im Kabinettsrat zu Peking setzt Prinz Kung den Beschluß durch, daß alles daran gesetzt werden solle, schnell den Frieden herbeizuführen.

Anfang März. Der Kaiser von China richtet an sein Auswärtiges Amt einen Erlaß, der mit einer Aufzählung der chinesischen Mißerfolge im Kriege gegen Japan beginnt und dann wörtlich also fortfährt:

Dies alles erregt mir tiefe Scham. Ich schäme mich über alle Beschreibung, und ich vermag nicht in Worten zu sagen, was meine Seele bewegt. Ich denke an meine Vorfahren auf dem Throne von China. Ich denke an die fremden Staaten. Aber an dieser Schande seid nicht ihr schuld. Ich, euer Kaiser, bin ausschließlich an allem schuld. Die Generale haben mich betrogen, und deshalb waren die Truppen ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Und so habe ich Niederlagen und Schande über das Land verhängt. Wenn die Japaner bis nach Mukden dringen, so leidet darunter die Ehre meiner Vorfahren, wenn sie aber Peking nehmen, so werde ich mein Leben durch Selbstmord enden. Dann wird meine Seele vor meine Vorfahren treten und um Verzeihung flehen wegen der Sünden, die ich begangen habe, indem ich meine Herrscherpflicht nicht erfüllte. Vor dem Antlitz meiner beleidigten Vorfahren zu leben, geht über meine Kräfte. Dann fährt meine Mutter aus Peking in die Mongolei und wählt einen Prinzen aus der kaiserlichen Familie, dessen Gaben ausreichen. Und er mag dann glücklicher sein als ich. Lächelt ihm aber das Glück, so mag er die Gelegenheit nutzen und Rache nehmen an Japan und so meiner Seele die Ruhe schaffen, die sie auf dieser Welt nicht gefunden hat.

4. März. Die Japaner unter General Nodzu erobern die Stadt Niutschang in der südlichen Mandschurei.

5. März. Infolgedessen besetzen sie Yingkow, die Hafenstadt dieses Orts an der Nordküste des Golfs von Liaotong und an der Mündung des Ljaohoflusses.

10. März. Der Mikado ernennt den General Nodzu zum Feldmarschall.

14. März. Li-Hung-Chang trifft als Friedensunterhändler in Japan ein.

24. März. Die Japaner besetzen die Pescadoresinseln westlich von Formosa. — Die zu Hiroshima in Japan geführten Friedensverhandlungen werden durch einen auf den chinesischen Unterhändler Li-Hung-Chang verübten Mordanfall unterbrochen.

27. März. Japanische Kriegsschiffe beschießen die Forts von Haichou, einer Küstenstadt der chinesischen Provinz Kianghu, 170 Meilen nordöstlich von Nanking.

30. März. Es wird für die Zeit bis zum 20. April ein Waffenstillstand abgeschlossen, in den jedoch Formosa und die Südküsten Chinas nicht einbegriffen sind.

17. April. In Shimonoseki auf Nipon wird zwischen Japan und China auf folgende Bedingungen der Friede geschlossen:

1. China erkennt die Unabhängigkeit Koreas an. 2. Von der Halbinsel Liaotong wird das Gebiet abgetreten, das südlich einer vom Yalufluße über Fenghuangtscheng nach Haitscheng und von dort nach Ying-Kau gezognen Linie liegt. 3. Abgetreten werden ferner die Fischerinseln und For-

mosa. 4. Die Kriegskostenentschädigung wird auf 200 Millionen Taels festgesetzt, die spätestens in sieben Jahren gezahlt werden muß. Erfolgt die Zahlung in drei Jahren, so unterbleibt eine Zinsberechnung; erfolgt sie später, so sind fünf Prozent Zinsen zu vergüten. 5. Wei-Hai-Wei bleibt bis zur Bezahlung der Kriegsschuld in japanischem Besitz; die Kosten der Okkupation trägt China. 6. Zugestanden wird die volle Eröffnung von Tschung-King, Schischi und Sutschau und das Recht, Rohmaterialien mit fremden Maschinen in den geöffneten Häfen zu verarbeiten. 7. Wird der Abschluß eines Handels- und Freundschaftsvertrags bedungen nach Austausch der Ratifikationen dieses Friedensvertrags.

20. April. Der Kaiser von Japan erläßt bezüglich des Friedensschlusses eine Ansprache, in der er sagt: .

Die durch unsre Minister festgestellten Friedensbedingungen befriedigen uns vollkommen, da Friede und Ruhm dadurch gesichert sind. Jetzt ist die passende Zeit, um Ihnen und unsern guten Unterthanen das Ziel, das wir ins Auge gefaßt haben, zu erklären, und Sie in Bezug auf den zukünftigen Gang unsrer Politik zu unterrichten. Wir freuen uns, daß unsre letzten Siege den Ruhm des Reichs erhöht haben, aber gleichzeitig bleiben wir eingedenk, daß der Weg, den das Reich auf der Bahn der Zivilisation zurückzulegen hat, lang ist und viel zu erreichen übrig bleibt. Daher hoffen wir, gemeinsam mit unsern getreuen Unterthanen uns immer vor Selbstzufriedenheit zu bewahren und stets im Geiste der Bescheidenheit und Demut nach Vervollkommnung unsrer militärischen Verteidigung zu streben, ohne in Extreme zu verfallen. Kurzum, unser Wunsch ist, daß Regierung und Volk in gleicher Weise zum gemeinsamen Ziele rücken und unsre Unterthanen aller Klassen, jeder in seinem Kreise streben mögen, daß der Grund gelegt werde zu dauernder Wohlfahrt. Hierdurch wird endgiltig bekannt gegeben, daß von uns denjenigen keine Gunst gewährt wird, die in Gedanken an unsre neuen Siege etwa andre Staaten beleidigen und unsre Beziehungen zu befreundeten Mächten schädigen. Was insbesondre China betrifft, so sollte nach Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrags die Freundschaft wieder hergestellt werden, und es sollten Bemühungen gemacht werden, mit ihm mehr als je die Beziehungen guter Nachbarschaft zu pflegen. Es ist unser Wille, daß unsre Unterthanen diesen unsern ausgesprochnen Wünschen die schuldige Achtung erweisen.

23. April. Deutschland, Rußland und Frankreich erheben Protest gegen diesen Friedensschluß und verlangen, daß Japan auf den Besitz festländischen chinesischen Gebiets verzichte.

Zur Erläuterung wird in der „Kölnischen Zeitung" Folgendes mitgeteilt: Die deutsche Regierung hat von Anfang an, vom Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges, den Grundsatz strenger Neutralität durchgeführt. Sie hat vor allem auch den Versuchen fremder Mächte, vorzeitig sich einzumischen, nachdrücklichen und erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt. Auf der andern Seite konnte ihr nichts von den Bestrebungen der japanischen radikalen Kriegspartei entgehen, die darauf abzielten, die in maßvollen Bahnen weiterschreitende japanische Regierung zu Schritten zu drängen, die in ihrer Uebertreibung zur Verletzung wichtiger Interessen der europäischen Mächte und damit auch zu einer Beeinträchtigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und den europäischen Mächten führen könnten. Die deutsche Regierung hat deshalb bereits Anfang März ihren Gesandten in Tokio telegraphisch angewiesen, der japanischen Regierung zur

Mäßigung in den Friedensbedingungen zu raten mit dem Hinzufügen, daß nach deutscher Auffassung die Forderung einer Gebietsabtretung auf dem Festlande besonders geeignet sein würde, eine Einmischung europäischer Mächte hervorzurufen. Als einige Wochen darauf aus den ersten Nachrichten über die Friedensbedingungen hervorzugehen schien, daß die japanische Regierung diesem freundschaftlichen Rate weniger als dem Drängen der dortigen Aktionspartei Rechnung getragen hatte, wurden bereits am 23. März die ersten Schritte zu einer Verständigung der europäischen Mächte in dieser Hinsicht eingeleitet. Nachdem zwischen Deutschland und Rußland eine völlige Uebereinstimmung der Anschauungen erzielt war und auch ein Zusammengehen mit Frankreich gesichert ist, wird nunmehr von diesen drei Mächten gemeinsam in Japan ein diplomatischer Schritt zur Wahrung ihrer Interessen in Ostasien unternommen werden. Dabei wird zunächst die Gebietsveränderung ins Auge gefaßt. Teils sind die wirtschaftlichen Abmachungen noch nicht genügend bekannt, teils glaubt man annehmen zu müssen, daß die Festsetzung Japans in wichtigen Teilen des chinesischen Reiches, also vor allem die Besitzergreifung eines Teils der Halbinsel Liaotong, eine Festsetzung in Weihaiwei als Bürgschaft für die Kriegskostenzahlung ein entschiednes Uebergewicht Japans über China bedeute und damit auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage Chinas und ihre Beherrschung durch Japan diesem einen so maßgebenden Einfluß einräumen würde, daß Japan sich an allen wichtigen Orten gewissermaßen als Schildwache vor den Haupteinfuhrstraßen festzusetzen bestrebt sei und wie in Port Arthur und Weihaiwei den Zugang zu dem Gelben Meere, den Fischerinseln und Formosa die Haupthandelsstraße nach China beherrsche, sich mit einem festen Gürtel um ganz China herumgelegt habe, um es gegebnenfalls ganz von außen, von Europa absperren zu können. Die europäischen Mächte wollen daher zu rechter Zeit eine Schädigung ihrer Interessen abwehren.

5. Mai. Japan giebt den Wünschen der drei europäischen Mächte nach und verzichtet auf die Halbinsel Liaotong.

8. Mai. Die Ratifikationen des Friedensschlusses werden in Chefoo (an der Küste der Halbinsel Schutang) ausgetauscht.

13. Mai. In Tokio wird der Friedensvertrag und ein Erlaß des Mikado verkündigt, wonach er in Befolgung des von Rußland, Deutschland und Frankreich erteilten freundschaftlichen Rates zur dauernden Wahrung des Friedens seiner Regierung den Abschluß des Sonderabkommens mit China befohlen hat, durch das die Rückgabe der Halbinsel Liaotong geregelt wird.

14. Mai. Der Kaiser von China erläßt eine öffentliche Ansprache, in der zunächst erwähnt wird, daß sich viele für Fortsetzung des Krieges ausgesprochen hätten. Mit Bezug hierauf heißt es in der Ansprache:

Solcher Rat kommt von treuen Seelen, und keine Zunge kann mitteilen, wie sehr wir über die Sache nachgedacht haben. Seit dem Ausbruch des Krieges wurde keine Mühe gescheut, Soldaten anzuwerben und Proviant anzuschaffen. Die Führer waren aber unfähig und stellten nur Gesindel ein. So kam es, daß kein Sieg, weder zu Lande noch zur See, erfochten wurde. Das Land befand sich vor und hinter der Mauer in einem schrecklichen Zu-

stande. Der Feind marschierte schon auf Liao-Tong und Mukden und bedrohte die hauptstädtische Provinz. Der Kaiser verlangte eine Entscheidung. Zwanzig Jahre haben wir das Vorrecht gehabt, Ihrer heiligen Majestät (d. h. der Kaiserin-Mutter) zu dienen. Wie konnten wir dulden, daß Lärm ihre Wohnung störe? Der Himmel hat uns ein Zeichen geschickt. Die See überflutete die Küste, und die Lager gerieten unter Wasser. Die verschiednen Pläne über Angriff und Verteidigung quälten uns. Bei Nacht zitterten wir, und bei Tage arbeiteten wir und bekümmerten uns. Nach sorgfältiger Erwägung faßten wir unsern Beschluß. Die uns zugestellten Denkschriften lassen wichtige Punkte aus. Die Beamten und das Volk des Reiches dürfen sich die Schwierigkeiten nicht verhehlen. Der Vertrag ist einmal ratifizirt, und so müssen die Gründe für den Abschluß des Friedens veröffentlicht werden. Mögen unsre Unterthanen die eingerissenen Mißbräuche ausrotten. Die drängenden Fragen der Ausbildung der Armee und der Steuerreform müssen gründlich untersucht werden. Keine Saumseligkeit darf geduldet und kein Vorwand gelitten werden. Die Wahrheit muß hinfort vom Staate unterstützt werden, und dieser wird den Beamten der Hauptstadt und der Provinzen durchaus Vertrauen schenken.

25. Mai. Nachdem ein japanischer Vizekönig für Formosa ernannt und eine Truppenabteilung dahin geschickt ist, erklärt sich die Insel als Republik, die als Flagge einen gelben Drachen im blauen Felde führen will. Diese Bewegung wird vom bisherigen chinesischen Gouverneur der Insel unterstützt.

2. Juni. Japanische Truppen landen auf Formosa und schlagen die Streitkräfte der Aufständischen in die Flucht.

6. Juni. General Tscheng, der bisherige chinesische Gouverneur, der sich zum Präsidenten der Republik aufgeworfen hatte, flüchtet mit dem 45 000 Doll. betragenden Kassenbestande der Verwaltung Formosas.

7. Juni. Das deutsche Kanonenboot „Iltis“ bricht mittelst einiger Kanonenschüsse den Widerstand, den die Aufständischen im nördlichen Formosa dem Auslaufen eines deutschen Handelsschiffs auf dem Hafen Hobe entgegengesetzt hatten.

10. Juni. Der deutsche Gesandte v. Gutschmidt überreicht dem Kaiser von Japan die Kette zum schwarzen Adlerorden, die ihm der deutsche Kaiser in Erwiderung der Verleihung der Kette zum Chrysanthemumorden verliehen hat.

19. Juni. Die Missionsanstalten in Kiating und Yotschau werden von Chinesen zerstört. Die chinesischen Beamten weigern sich, einzuschreiten.

24. Juni. Abschluß einer russisch-chinesischen Anleihe von 16 Millionen Pfund Sterling zu 4 Prozent, rückzahlbar in 36 Jahren. Sie ist während der kommenden 15 Jahre nicht konvertirbar, und es ist ausbedungen, daß China vor Ablauf des gegenwärtigen Jahres keine andre Anleihe aufnehmen darf. Die

Anleihe ist sicher gestellt durch die Zolleinnahmen der Vertragshäfen und durch eine absolute Garantie der russischen Regierung.

Ende Juni. Abschluß eines Vertrags Chinas mit Frankreich wegen Regelung der chinesisch-indochinesischen Grenze. Ferner erhält Frankreich folgende Zugeständnisse: Konsularagentur in Tiengheng, Konsulat in Hokkow, das offner Hafen wird; verschiedne Ortschaften werden dem französisch-anamitischen Handel und französischen Ansiedlern eröffnet; französische Ingenieure haben das Vorrecht zur Ausbeutung der Bergwerke in chinesischen Südprovinzen; vor allem aber darf Frankreich die Eisenbahnen über Anam hinaus weiter bauen und eine Telegraphenleitung zwischen Shemao und Mu-Anghahin anlegen. — Kampf der Japaner auf Formosa gegen die Seeräuber (Schwarzflaggen).

Ende Juli. In Tschengtu, der Hauptstadt der großen und volkreichen chinesischen Provinz Szutschuan am obern Yangtsekiang, kommen ausgebreitete Unruhen gegen die christlichen Missionare vor.

Anfang August. In Kutscheng und in Fatschan bei Kanton werden Missionare unter großen Grausamkeiten ermordet.

Ende August. In der chinesischen Provinz Kansu bricht ein Aufstand der muhammedanischen Dunganen aus.

1. September. Das Parlament von Japan bewilligt einen Kredit von 200 Millionen Yen (à 4 Mark) zum sofortigen Bau von 4 Hochseepanzern, 10 Küstenpanzern, 30 Torpedokreuzern und 50 Torpedobooten.

Anfang Oktober. Ein meistens aus Chinesen bestehendes Heer der Aufständischen auf Formosa wird von den Japanern besiegt.

18. Oktober. Infolge des Umschwungs, der die konservative Partei ans Ruder brachte, bricht Japan die diplomatischen Beziehungen zu Korea ab.

19. Oktober. Japan nimmt die von Deutschland, Rußland und Frankreich geltend gemachten Vorschläge an und ermäßigt die Entschädigung, die es von China als Ausgleich für die Räumung der Halbinsel Liaotong verlangt hatte, auf 30000000 Taels; ferner erklärt sich Japan damit einverstanden, aus dem Abschlusse eines Handelsvertrags mit China keine Bedingung für die Räumung der Halbinsel Liaotong machen zu wollen; diese Räumung hat zu Ende des Januar 1896 stattzufinden. Endlich verpflichtet Japan sich, auf jede Kontrolle über den Kanal von Formosa zu verzichten, sowie Formosa und die Pescadoresinseln an keine andre Macht abzutreten.

Korea.

8. Januar. Der König Lihui erklärt in feierlichster Weise die Unabhängigkeit des Reichs. Es geschieht auf Antrieb Japans, das die von China beanspruchte Oberherrlichkeit über Korea nicht anerkennen wollte, woraus der japanisch-chinesische Krieg entstand.

Im Februar. Durch offne Aussprache mit dem König und der Königin gelingt es dem japanischen Gesandten Inouye, die Zusage zu erlangen, daß die Königin, die bisher alle der japanischen Regierung aufs feierlichste zugesagten Reformen hintertrieben hatte, sich nicht mehr in die Staatsgeschäfte einmischen werde.

17. August. Das infolgedessen eingesetzte Reform-Ministerium wird auf Betrieb der Königin gestürzt.

8. Oktober. Die auf Betrieb Japans neugebildeten drei Bataillone erheben, weil sie auf Anstiften der Königin aufgelöst wurden, einen Aufstand, stellen den frühern Regenten und Vater des Königs an die Spitze, erstürmen das königliche Schloß und ermorden die Königin.

Nordamerikanische Union.

I.

Rest der Session des 53. Kongresses.

11. Januar. Der Vorschlag des Schatzsekretärs Carlisle auf Schaffung einer Bankvaluta wird vom Repräsentantenhause mit 5 Stimmen Mehrheit abgelehnt.

25. Januar. Der Senat genehmigt die Garantie der Zinsen von 70 Millionen Dollar für den Nikaraguakanal.

27. Januar. Dem Repräsentantenhause geht eine Botschaft des Präsidenten der Republik zu, in der es heißt:

Der gefährlichste Punkt der Finanzlage sei, daß 500 Millionen Dollar in Gold einzulösender Billets in Umlauf seien, und daß das Gesetz deren alsbaldige Wiederausgabe nach ihrer Einlösung verlange. Diese Billets entzögen

dem Schatze dauernd die Goldreserve. Während des abgelaufnen Jahres seien über 172 Millionen Dollar dem Schatze behufs Ausfuhr entnommen worden. Eine genügende Goldreserve sei zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Kredits notwendig. Seiner, Clevelands, Ansicht nach müsse der Schatzsekretär ermächtigt werden, genügend Bonds auszugeben, um die Goldreserve zu erhalten, sowohl zur Einlösung und definitiven Tilgung der gesetzlich zirkulirenden Billets, als auch für die in Gemäßheit des Gesetzes von 1890 zum Ankauf von Silber ausgegebnen Billets. Diese Bonds würden nach 50 Jahren in Gold zurückzuzahlen, nur gegen Gold verkäuflich und nicht höher als dreiprozentig sein. Er sei gegen eine neue Emission von Bonds unter den gegenwärtigen Bedingungen, sei aber bereit, im Kongreß an jeder Maßregel mitzuarbeiten, die geeignet sei, den Verdacht, als wäre das Land nicht imstande, seinen nationalen Verpflichtungen ehrlich nachzukommen, zu beseitigen.

Nach der Verlesung dieser Botschaft bringt Springer einen Gesetzentwurf ein, der bezweckt, die Vorschläge Clevelands durchzuführen.

2. Februar. Der Antrag Springers wird abgelehnt.

8. Februar. Da keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß das Repräsentantenhaus der Regierung in ihren Versuchen zur Finanzreform beisteht, so richtet Präsident Cleveland wiederum eine Botschaft an den Kongreß, worin er die Notwendigkeit betont, zur Aufrechthaltung der Goldzahlungen des Schatzamts eine Anleihe aufzunehmen. Er habe mit einem Konsortium der Firmen Rothschild und Morgan wegen einer in 30 Jahren zurückzuzahlenden vierprozentigen Anleihe von 63 Millionen Dollars Gold abgeschlossen.

20. Februar. Im Senat wird eine von Jones beantragte Bill über die freie Silberprägung, obwohl sie bereits für dringlich erklärt war, unter dem Einfluß der Zeichnungen auf jene Anleihe zurückgezogen.

3. März. Der Senat genehmigt die Schiffsbill wegen Baues von 2 Panzerschiffen, 6 Kanonenbooten und 3 Torpedos. — Der Kongreß bewilligt 5 Millionen Dollar für Zahlung der Zuckerausfuhrprämien während des laufenden Etatsjahrs.

II.

Einkommensteuergesetz.

20. Mai. Der oberste Gerichtshof erklärt das Gesetz, wodurch die Einkommen über 4000 Dollars mit einer Steuer von 2 Prozent belegt werden, für verfassungswidrig, weil diese Steuer eine direkte sei, nach der Verfassung aber direkte Steuern vom Kongreß nur nach Staaten und nach der Kopfzahl der Bevölkerung

auferlegt werden können, während die erwähnte Einkommensteuer-Bill alle Vermögen unter 4000 Dollars freiläßt und auch sonst Ausnahmen bestimmt.

III.

Staatswahlen.

5. Mai. Die Wahlen von Gouverneuren und gesetzgebenden Körperschaften in dreizehn Staaten fallen zu Gunsten der Republikaner aus, wodurch der am 6. November 1894 von dieser Partei bei den Neuwahlen zum Repräsentantenhause errungne Sieg bestätigt wird.

IV.

1. Session des 54. Kongresses.

2. Dezember. Beginn der Session. Das Repräsentantenhaus wählt den Republikaner Reed zum Sprecher. Dem Kongresse geht eine Botschaft des Präsidenten der Republik zu.

Die Botschaft behandelt hauptsächlich die Finanzlage. Sie sei so verwickelt und schwierig, daß sie eine schleunige und wohlbedachte Behandlung erfordre. Die Botschaft berührt die außerordentlich große Goldentnahme aus dem Schatz seit dem 14. Juli 1890 und die sich daraus ergebende Herabminderung der Goldreserve des Schatzes, die somit praktisch nicht in Wirksamkeit getreten sei. Bezüglich der Frage der Einlösung von Noten der Vereinigten Staaten sei das einzig praktische Heilmittel die Einziehung und Vernichtung von den „Greenbacks" genannten Staatsnoten und von den Schatznoten, die zur Zahlung von Silberkäufen ausgegeben sind; dies würde herbeigeführt werden durch Umtausch dieser Noten gegen langsichtige nedrig verzinsliche Bonds von teils hohem, teils niedrigem Betrage. Der Schatzsekretär müßte ermächtigt werden, im Bedarfsfalle diese Bonds im Auslande gegen Gold zu verwenden. Diejenigen, die im Namen des Bimetallismus für freie Münzprägung eintreten, urteilten von einem trüben Standpunkt aus. In Bezug auf die Beziehungen zu Großbritannien weist die Botschaft auf eine Note vom Juli d. J. hin, in der bestimmt erklärt wurde, daß die Politik der Vereinigten Staaten entschieden gegen eine auf dem Wege der Gewalt erfolgende Gebietserweiterung irgend einer europäischen Macht auf dem amerikanischen Kontinent gerichtet sei. Die Vereinigten Staaten hätten daher Anlaß genommen, gegen eine Gebietsvermehrung von Britisch-Guyana, die den Rechten und Wünschen Venezuelas widerspreche, zu protestiren, die ganze Frage müßte ohne weiteres einem Schiedsspruche unterworfen werden, England habe auf diese Note noch nicht geantwortet. Sodann beklagt der Präsident den Konflikt auf Kuba. Trotz der Sympathie einzelner Amerikaner für jene, die für größere Autonomie und

Freiheit zu kämpfen scheinen, seien doch die Vereinigten Staaten verpflichtet, Neutralität zu bewahren und dieselbe zu erzwingen. Bezüglich Armeniens führt die Botschaft aus, mehrere der bedeutendsten Mächte Europas hätten durch Vertrag nicht allein zum besten ihrer eignen Staatsangehörigen und zur Förderung ihrer eignen Interessen sich Rechte gesichert und Pflichten übernommen, sondern als die Sachwalter der christlichen Welt. Ihr Recht sei, ein solches Verhalten seitens der türkischen Regierung zu erzwingen, das Aeußerungen des Fanatismus verhindert; wenn dies nicht gelinge, so sei es Pflicht jener Mächte, in solcher Weise einzutreten, daß Sicherheit gegen solch schreckliche Vorkommnisse gegeben sei, wie sie vor kurzem die zivilisirte Welt erschütterten. Die Mächte erklärten, daß dieses Recht und diese Pflicht ihnen allein zukomme und es werde ernstlich gehofft, daß ein schleuniges wirksames Vorgehen von ihrer Seite nicht verzögert werde. Bezüglich der Handelsfragen verbreitet sich die Botschaft mit besonderm Nachdruck über die ungünstige Differenzialbehandlung der amerikanischen Ausfuhr seitens Deutschlands, wodurch sowohl Vieh, als andre der Ernährung dienende Erzeugnisse aufs schädlichste betroffen würden. Der Präsident erwähnt sodann mit Bedauern die Thatsache, daß amerikanische Versicherungsgesellschaften in Preußen mit Schwierigkeiten bedrängt und sogar von dort vertrieben würden; er fügt hinzu, die Vereinigten Staaten wollten sich unbilliger Unterscheidung nicht unterwerfen und würden Retorsionsmaßregeln ergreifen.

5. März. Im Senate bringt Mills einen Gesetzentwurf ein, wonach im Schatzamt Dollar-Teilstücke in Silber ausgeprägt werden sollen, und Chandler einen Gesetzentwurf über freie Silberprägung im Verhältnis von $15\frac{1}{2}$ zu 1. Dieses Gesetz solle in Wirksamkeit treten, sobald Deutschland, England und Frankreich zu ähnlichen Maßregeln übergingen.

17. Dezember. Präsident Cleveland richtet an den Kongreß eine Botschaft, die im wesentlichen folgenden Inhalts ist:

Die Antwort der britischen Regierung auf unsre Vorstellungen wegen des zwischen Venezuela und Großbritannien schwebenden Streits ist eingelaufen. Sie besteht aus zwei Noten, die der britische Premierminister an den hiesigen britischen Botschafter gerichtet hat. Eine von diesen Noten beschäftigt sich ausschließlich mit der Monroe-Doktrin. Sie behauptet, daß wir im vorliegenden Falle eine eigentümliche Ausdehnung der Lehre verlangen. Die vom Präsidenten Monroe verkündeten Grundsätze seien unter den heutigen Verhältnissen im allgemeinen nicht anwendbar, jedenfalls nicht auf den zwischen Großbritannien und Venezuela bestehenden Grenzstreit. Ohne in eine ausführliche Widerlegung dieser Behauptung einzugehen, ist es wohl am Platze, darauf hinzuweisen, daß die Doktrin stark und gesund ist, weil ihre Durchsetzung für unsern Frieden und unsre Sicherheit als Nation wichtig ist und die Integrität unsrer freien Einrichtungen und die Aufrechterhaltung unsrer besondern Regierungsform verbürgt. Die Doktrin sollte in jedem Stadium unsers nationalen Lebens angewandt werden. Sie kann nicht außer Gebrauch kommen, so lange unsre Republik besteht. Wenn das Gleichgewicht der Gewalt mit Recht eine Ursache der Eifersucht bei den Regierungen der alten Welt und Grund unsrer absoluten Nichteinmischung ist, so ist doch die Durchführung der Monroe-Doktrin eine Lebensfrage für unsre Regierung und unser Volk. Wir müssen deshalb auf der Doktrin bestehen ohne Rücksicht auf „die Verhältnisse, in denen wir leben," oder auf zukünftige Verhältnisse. Wenn eine

europäische Macht ihre Grenzen erweitert und das Gebiet einer unsrer Nachbarrepubliken gegen deren Willen in Besitz nimmt, so hält es schwer, nicht zu dem Schlusse zu kommen, daß die betreffende europäische Regierung nicht ihr Regierungssystem auf den bezüglichen Teil des Festlands ausdehnen will. Gerade diese Handlungsweise erklärte Präsident Monroe für gefährlich für unsern Frieden und unsre Sicherheit. Es macht keinen Unterschied, ob das europäische System durch Grenzverschiebung oder sonstwie erweitert wird. In der britischen Note heißt es auch, daß wir die Monroe-Doktrin deshalb nicht zur Anwendung bringen sollten, weil kein Grundsatz des Völkerrechts in der vorliegenden Streitfrage verletzt wird, des Völkerrechts, das auf allgemeinem Konsensus der Nationen beruht. Keine auch noch so mächtige Nation könne einen neuen Grundsatz in das Völkerrecht bringen, der bisher noch von keiner andern Regierung anerkannt worden wäre. Der Grundsatz der Monroe-Doktrin gilt ausschließlich für uns. Er mag nicht wörtlich in den Kodex des Völkerrechts aufgenommen worden sein, da aber im internationalen Rate jede Nation zum Genuß der Rechte, die sie besitzt, berechtigt ist, so dürfen wir mit Recht behaupten, daß die Doktrin ihrer Stelle im Völkerrecht so gewiß und sicher ist, als ob sie besonders erwähnt würde. Die Monroe-Doktrin gründet sich auf diejenige Theorie des Völkerrechts, daß jede Nation Schutz für ihre Rechte genießen soll und diese Rechte auch in Geltung setzen darf. Unsre Regierung ist sicher, daß wir nach dieser Lehre Recht und Ansprüche besitzen. Die britische Antwort leugnet das auch nicht. Der britische Premierminister sagt uns, daß die Doktrin nur nicht auf die jetzigen Verhältnisse anwendbar ist. Präsident Monroe habe damals eine Politik eingeschlagen, die die Sympathie der britischen Regierung seiner Zeit fand. Er erklärt weiter, daß die Sprache des Präsidenten Monroe sich freilich auf die Erreichung von Zielen bezieht, die die meisten Engländer für heilsam ansahen. Aber in den Kodex des Völkerrechts sei die Lehre nicht aufgenommen. Weiter sagt der Premierminister, daß die britische Regierung völlig übereinstimme mit der Ansicht des Präsidenten Monroe, daß eine Störung des Gebietsbesitzers in jener Hemisphäre durch neuen Ländererwerb seitens eines europäischen Staates höchlich inopportun sei. Die amerikanische Regierung wollte von der britischen nichts weiter wissen, als ob sie ihr Gebiet auf diesem Kontinent ohne Recht erweitern wollte oder ob sie nur das Gebiet besitzen wollte, das innerhalb ihrer Grenzlinie liegt. Unsre Regierung schlug deshalb der britischen ein Schiedsgericht vor, damit wir unsre Stellnng gegenüber der Streitfrage klar machen könnten. Diesen Vorschlag hat die britische Regierung abgelehnt und das, wie es scheint, aus durchaus unbefriedigenden Gründen. Es ist zu beklagen, daß unsre Berufungen an den Gerechtigkeitssinn einer Großmacht wegen deren Beziehungen zu einer schwachen und kleinen Macht keine bessern Resultate ergeben hat. Was unsre Regierung jetzt zu thun hat, ist klar vorgezeichnet. Nachdem wir uns jahrelang bemüht haben, Großbritannien zu veranlassen, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten und endlich den Bescheid von der Weigerung Großbritanniens erlangt haben, bleibt nichts übrig, als die Lage hinzunehmen, wie sie ist, und demgemäß zu handeln. Venezuela hat niemals bis jetzt die Berechtigung der britischen Ansprüche zugegeben. Bewilligt Venezuela eine Grenzregulirung zu seinem eignen Vorteil, so erheben wir keinen Einwand. Bleibt die Haltung Venezuelas jedoch unverändert, so ist die Streitigkeit in ein solches Stadium gelangt, daß die Vereinigten Staaten Maßnahmen treffen müssen, um mit Sicherheit in Erfahrung zu bringen, welche Linie die richtige Grenzlinie zwischen der Republik Venezuela und Britisch-Guyana bildet. Diese Unter-

suchung sollte natürlich vorsichtig und einsichtig geführt werden. Alles verfügbare Beweismaterial über die Ansprüche beider Parteien sollte beigebracht werden. Der Kongreß sollte die nötigen Gelder für die Unkosten der Arbeit der von der Exekutive einzusetzenden Kommission bewilligen. Nach Einlaufen ihres Berichtes wird es meines Erachtens die Pflicht der Vereinigten Staaten sein, auf jede Weise es als vorsätzlichen Angriff auf ihre Rechte und Interessen zu betrachten, wenn Großbritannien Land sich zueignet oder Jurisdiktion über ein Gebiet ausübt, das nach dem Ergebnis der Untersuchung zu Venezuela gehört.

20. Dezember. Präsident Cleveland richtet an den Kongreß eine Botschaft über die Finanzlage.

Darin heißt es, die fortgesetzten Entnahmen von Gold für die Ausfuhr verlangten unverzügliche Schritte zum Schutze der Goldreserve des Schatzes. Die Lage sei durch den Einfluß ungewöhnlicher Besorgnisse der Geschäftskreise zugespitzt worden. Wenn die Lage durch die venezolanische Frage beeinflußt sei, so zeige das, daß der Patriotismus des Volks kein genügender Ersatz sei für eine gesunde Finanzpolitik. Die Botschaft spricht die Hoffnung aus, der Kongreß werde sich nicht vertagen, ehe er die nötigen gesetzgeberischen Schritte gethan habe zur Vermeidung einer Schädigung der Interessen des Volks und der öffentlichen Fonds oder einer Schwächung des öffentlichen Kredits.

Infolge des Eindrucks von Präsident Clevelands kriegerisch lautender Botschaft vom 17. Dezember werden auf der Londoner Börse nordamerikanische Papiere massenhaft verkauft, wodurch der Kurs plötzlich sehr stark sinkt.

21. Dezember. Dies hat eine wilde Panik auf der Newyorker Börse zur Folge. Es treten für Amerika Verluste ein, die später auf 1000 Millionen Dollars berechnet werden.

24. Dezember. Eine große Versammlung in Newyork legt gegen Clevelands Botschaft vom 17. Dezember Verwahrung ein.

26. Dezember. Die vom Repräsentantenhause infolge von Clevelands Botschaft vom 20. Dezember eingesetzte Kommission erstattet Bericht.

Darin werden die unzulänglichen Staatseinkünfte als die Hauptursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten bezeichnet. Während der ersten Hälfte des laufenden Finanzjahres würde das Defizit ungefähr 20 Millionen Dollars betragen. Die Kommission spricht die Hoffnung aus, daß der Zolltarif für das Etatsjahr 1897/98 einer Revision im Sinne von Schutzzöllen unterzogen würde. Dies sei aber augenblicklich unmöglich. Infolge dessen schlage sie eine Zollerhöhung vor. Die Zollerhöhung wird darnach 8 Millionen Dollars und die Wollzölle 25 Millionen Dollars ergeben. Die Kommission empfiehlt einen Zoll von 6,6 Cents pro Pfund ungewaschner Wolle, von 32 Prozent auf Teppichwolle und von 15 Prozent auf Bauholz. Die Kommission beantragt dringlich, den Schatzsekretär zur Ausgabe kurzfristiger, dreiprozentiger Bonds zu ermächtigen, und empfiehlt die Ausgabe von Staatsschuldzertifikaten zahlbar in drei Jahren mit dreiprozentiger Verzinsung im Höchstbetrage von 50 Millionen Dollars, um die gegenwärtigen Fehlbeträge zu decken.

Das Repräsentantenhaus genehmigt die Tarifbill. Es wird von Mitgliedern verschiedner Parteien eine Resolution eingebracht,

wonach der Präsident der Union ermächtigt werden soll, zum Zwecke der Regelung von Grenzstreitigkeiten eine Konferenz aller Nationen, die Gebiet in Amerika besitzen, einzuberufen. Diese Konferenz solle 1896 in Washington zusammentreten. — Präsident Cleveland unterzeichnet den vom Kongreß angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Ernennung einer Kommission zur Grenzregulirung in Venezuela.

V.

Verhältnis zum Ausland.

Im Januar. Die französische Regierung legt in Washington Protest ein gegen die im vorigen Sommer stattgehabte Anwesenheit von ärztlichen amerikanischen Inspektoren in mehrern Häfen Europas, die ohne vorheriges Uebereinkommen mit der betreffenden Regierung damit beauftragt waren, die für die Vereinigten Staaten bestimmten Schiffe zu untersuchen. — Oesterreich erhebt in Washington Protest gegen die Differenzialzölle auf Zucker.

Im März. Es entsteht Streit mit Großbritannien wegen der Grenzlinie, die Alaska von Britisch-Kolumbia scheidet.

Als die Union 1867 den nordwestlichsten Teil Amerikas von Rußland kaufte, wurde auf die Feststellung der Ostgrenze kein besondres Gewicht gelegt, sondern nur bestimmt, daß die Grenzlinie zwischen dem Portland-Sund und dem Punkt, wo der 141. Längengrad die Küste schneidet, zehn Meilen von der Küste landeinwärts gedacht werden solle. Damals hielt man das Binnenland jener Strecke für gänzlich wertlos, in den letzten Jahren hat sich aber herausgestellt, daß am Stikine-, Taku- und Chilkatflusse sich überaus reiche Goldlager befinden. Damit ist die Notwendigkeit einer Feststellung der Grenze nahegerückt. Es handelt sich dabei um die Entscheidung der Frage, was der Ausdruck „zehn Meilen von der Küste" eigentlich zu bedeuten habe. In den Vereinigten Staaten ist man der Ansicht, daß die Grenzlinie überall, auch den Einbuchtungen der Küste folgen solle, die Engländer hingegen rechnen nur die äußersten Spitzen des Landes als Ausgangspunkt und haben bereits begonnen, in diesem Sinne die Grenze abzustecken, wodurch die Goldgruben am Takufluß ihnen zufallen würden.

12. Juni. Präsident Cleveland erläßt eine Ansprache, in der er die Bürger vor Verletzung der Neutralitätsgesetze gegenüber Kuba warnt und die Beamten der Vereinigten Staaten instruirt, jene Gesetze auf das strengste zu beobachten und jegliche Verletzung zu ahnden.

Mexiko.

Im Februar. Beendigung eines Grenzstreites mit Guatemala, das die Kosten von Mexikos Kriegsrüstungen tragen muß.

2. April. Bei Eröffnung des Kongresses liefert der Präsident der Republik in einer Botschaft eine glänzende Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes.

15. September. Das Land begeht die Feier der 1810 erfolgten Erklärung seiner Unabhängigkeit von Spanien.

16. September. In einer neuen Botschaft an den Kongreß sagt der Präsident Diaz bezüglich der Finanzen des Landes:

Die seit Ende des letzten Jahres fühlbare wirtschaftliche Besserung macht sich in offner, nachhaltiger Weise in allen Zweigen des nationalen Wohlstands sowie in der Lage des Staatsschatzes geltend. Import, Export und der innere Verkehr nehmen in großem Maßstabe zu. Die Einnahmen der Zollämter haben im letzten Jahre 20 Millionen Dollars, die Stempeleinnahmen 15 Millionen Dollars überschritten.

20. Dezember. Der Kongreß genehmigt ein die Wiederwahl von Diaz zum Präsidenten der Republik ermöglichendes Gesetz.

Mittelamerika.

25. Februar. Der britische Gesandte in Managua überreicht der Regierung der Republik Nikaragua ein Ultimatum, in dem eine Entschädigung von 15000 Pfund Sterling für die Vertreibung des Vizekonsuls Halch aus Bluefields sowie die Einsetzung einer Kommission gefordert wird, die die Entschädigungssummen für die von der Mosquitoküste vertriebnen britischen Unterthanen festzusetzen habe.

26. April. Die Antwort, die die Regierung von Nikaragua hierauf erteilt, genügt der britischen Regierung nicht.

27. April. Infolgedessen setzt das britische Kriegsschiff „Royal Arthur" an der an der Westküste, am Stillen Ozean liegenden Hafenstadt Corinto Marinetruppen ans Land, die diese Stadt nebst dem Hafen besetzen.

28. April. Die Regierung der Republik protestirt gegen diese Gewaltthat, die deren Würde und Unabhängigkeit verletze, und besteht auf Anrufung eines Schiedsgerichts.

1. Mai. Durch Vermittlung der Regierung der nordamerikanischen Union wird der Streitfall dahin geschlichtet, daß Nikaragua die verlangte Entschädigung leistet und England seine Truppen zurückzieht.

2. Mai. Die Regierung von Nikaragua annektirt das Mosquitogebiet, dem der Namen Zelaya beigelegt wird.

Ende September. Drei der fünf Republiken, nämlich Nikaragua, Honduras und San Salvador, vereinigen sich zu einem Bunde unter dem Namen „Republica Mayor de Centro-America." Sobald Guatemala und Costarica hinzutreten, soll die Vereinigung den Namen „Republik Zentral-Amerika" annehmen. Gomez, der für Nikaragua diesen Staatsakt vollzieht, äußert über Zweck und Ziel der Union:

Zwei große Ziele stehen uns vor Augen: eine dauernde Einigung der fünf Republiken herbeizuführen und deren auswärtige Interessen zu verschmelzen und sodann zur Sicherung des Friedens innerhalb der fünf Glieder die wirtschaftliche Hebung unsrer Länder zu fördern, da wir dann Kapital und auch Zuzug von Einwanderern erwarten können. Für die auswärtigen Angelegenheiten wie auch die Beziehungen der Mitglieder des Staatenbundes wird ein Rat eingesetzt, der aus den Ministern des Auswärtigen und Konsuln besteht, und dessen Beschlüsse bindend sind. Ein Reichstag, in dem auf drei Jahre gewählte Abgeordnete sitzen, und der abwechselnd in jeder Hauptstadt tagt, berät die innern Angelegenheiten. Für gewisse Entscheidungen, über die Uneinigkeit herrscht, sollen die Vereinigten Staaten als Schiedsrichter angerufen werden.

Diese Einheitsbewegung ist verschieden von der durch den Präsidenten Barrios von Guatemala im Jahre 1885 angestrebten (1885 II. S. 305) und ist durch Englands Besetzung Corintos hervorgerufen.

Colombia.

Ende Januar. In der frühern Republik Neu-Granada, die sich seit 1861 Colombia nennt, bricht ein Aufstand aus, dessen Herd das durch die Verfassung von 1886 zum Bundesland erklärte Departement Cundinamarca bildet, auf dessen Gebiet die Hauptstadt Bogotà liegt. Der Aufstand erstreckt sich sodann auch auf die Departements Bolivar, Magdalena und Antioquia.

Gründe des Aufstands: Eine lange Reihe von Revolutionen und die Ueberhandnahme des Tabakbaues bewirkten einen wirtschaftlichen Rückgang, die Ergiebigkeit der Minen ließ nach, das fremde Kapital wurde aus dem Lande gezogen. In den sechziger Jahren verfiel Präsident Mosquera auf den Gedanken, unterwertiges Silbergeld in Umlauf zu setzen. Die Folge war das Verschwinden des Goldes und des höherwertigen Silbergeldes aus dem Lande. Der spätere Präsident Nunez mußte eine Anleihe aufnehmen und die Panamaeisenbahn zum Pfand geben, um das Defizit zu decken, das nur eine Zeit lang durch den Massenexport von Chinarinde gedeckt werden konnte. Als auch dieses Mittel versagte und eine neue Revolution das Land verheert hatte, ließ die Regierung halbwertiges Silbergeld ausprägen und führte den Zwangskurs für Papiergeld ein. Einen schweren Schlag erlitt das Land mit dem Scheitern des Panamakanal-Unternehmens, auf das es die größten Hoffnungen gesetzt hatte. Vor einiger Zeit erging ein Dekret betreffend die Einführung des Tabakmonopols, dessen harte Bestimmungen allgemeinem Widerstande begegneten.

Anfang Februar. General Salmiento, Führer der Aufständischen, ergiebt sich in Tolima mit 1500 seiner Anhänger. Andre Aufständische werden bei Corozal geschlagen.

Anfang März. Die Aufständischen, neu vermehrt durch zahlreiche Arbeiter, die infolge des trostlosen Standes der Panamakanal-Angelegenheit außer Brot gesetzt sind, bedrohen die Stadt Colon oder Aspinwall, den nördlichen Endpunkt der Panama-Eisenbahn.

27. März. Die Aufständischen werden von den Regierungstruppen bei Boyaca geschlagen.

Venezuela.

Mitte Januar. Truppen der Republik besetzen den auf dem Gebiete von Britisch-Guyana, nahe der Grenze liegenden Ort Uryan und führen die dortigen britischen Polizeiinspektoren gefangen fort, werden aber vom Präsidenten Crespo, zum Zeichen der Mißbilligung dieses Uebergriffs, alsbald freigelassen.

7. März. Die Regierung schickt den Gesandten von Frankreich und Belgien die Pässe zu, weil sie sich beteiligt haben an der Unterzeichnung eines im Januar im italienischen diplomatischen Grünbuche veröffentlichen Schriftstücks, durch das die Regierung sich beleidigt fühlt.

Die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Belgiens, Spaniens und Deutschlands hatten im April 1893 dieses Schriftstück aufgesetzt und unterzeichnet, in oem, unter kritischer Darlegung der damaligen Verhältnisse in Venezuela, die Ansicht vertreten war, daß sich eine gemeinsame Behandlung der aus dem Bürgerkriege von 1892 herrührenden Ansprüche fremder Staatsangehörigen empfehle. Ein jeder der Unterzeichner sollte das Schriftstück seiner Regierung einreichen und den darin enthaltenen Vorschlag bei ihr befürworten. Die über die Veröffentlichung in Caracas entstandne Mißstimmung bestimmte die venezuelanische Regierung zu jener Maßregel.

Anfang April. Der Streitfall wird infolge der Rücksprache eines besondern italienischen Gesandten mit dem Präsidenten beigelegt. — An den obigen Vorfall im Januar schließt sich eine Erneuerung des alten Streits mit Großbritannien über die Grenze von Britisch-Guyana. Auf Einsprache Nordamerikas gegen eigenmächtige Handlungen Großbritanniens in jenen Gegenden erwidert die englische Regierung, daß sie in dieser Grenzfrage ein Dazwischentreten der Vereinigten Staaten nicht dulden werde. Darauf wird ein nordamerikanisches Geschwader unter Admiral Meade in La Guayra von der Bevölkerung mit Begeisterung begrüßt und die Mannschaft in feierlichem Aufzuge nach der Hauptstadt Caracas geleitet, wo sie vom Präsidenten Crespo ausgezeichnet wird.

Das bei diesem Streite in Betracht kommende Gebiet war bis 1810 spanisch, allein nachdem die Kolonie sich für unabhängig erklärt und der westliche Teil von Holländisch-Guyana 1814 von den Niederlanden an Großbritannien abgetreten war, haben die Engländer langsam ihre Grenzen vorgeschoben. Noch während Venezuela um seine Unabhängigkeit gegen Spanien kämpfte, überschritten britische Kolonisten von Demarara aus den Essequibofluß und errichteten Handelsfaktoreien an der atlantischen Küste, westlich vom Essequibo. 1827 waren die britischen Ansiedlungen bereits bis zum Marokkofluß vorgedrungen. Venezuela hatte in der nächsten Zeit mit sich selbst genug zu thun, als aber die englische Regierung unter Palmerston Ende 1840 den Ingenieur Schomburgk beauftragte, die Grenze Britisch-Guyanas durch Vermessung festzustellen, erhob Venezuela Protest. So entstand die sogenannte Schomburgklinie, die anfangs nur die Ansprüche Englands markiren sollte, später aber von London aus als Rechtstitel benutzt wurde. 1857 bewog die Regierung von Venezuela den damaligen Premier Lord Aberdeen, die Oberhoheit Venezuelas über den Küstenstrich zwischen dem Orinoko- und Morokkofluß anzuerkennen. Der englische Minister schlug dann eine Grenzlinie vor, die an der Küste beträchtlich hinter der Schomburgkschen zurückbleibt. Die Verhandlungen kamen jedoch ins Stocken und wurden erst 1876 wieder aufgenommen. Allein noch während der Verhandlungen, Ende 1880, erschienen zwei englische Schiffe an der Mündung des Orinoko, um Materiallien zur Errichtung eines Telegraphen in dem streitigen Gebiet auszuschiffen. Damals mischten sich die Vereinigten Staaten von Amerika offen in den Streit ein, doch begnügten sie sich 1882 damit, ein Schiedsgericht zu empfehlen. Lord Granville erklärte sich damit einverstanden, allein Lord Salisbury, der bald darauf zur Regierung kam, desavouirte 1885 seinen Vorgänger. Lord Rosebery, der Nachfolger Salisburys, war zu einem Kompromiß bereit, aber während noch verhandelt wurde, erschien wieder eine aus Marineoffizieren und Zivilisten bestehende englische Expedition am Orinoko, die an Punkten, die niemals

vorher von England als Gebietsteile Britisch-Guyanas beansprucht waren, Plakate mit der Unterschrift des britischen Gouverneurs von Demarara anbrachten, des Inhalts, daß dort die britischen Gesetze in Kraft seien. Präsident Blanco verlangte die Wiederherstellung des Zustandes von 1850, es wurden eine Menge Noten gewechselt, jedoch ohne Erfolg, sodaß Venezuela am 20. Februar 1887 die diplomatischen Beziehungen zu England abbrach. Darauf erließ der Gouverneur von Guyana eine Proklamation, in der er das ganze Gebiet bis zum Caronifluß für britisches Eigentum erklärte. Nun mischte sich auch die Regierung in Washington wieder ein, allein Rosebery gab keine Erklärungen ab. Alle spätern Versuche Venezuelas in London und der Washingtoner Regierung, das Londoner Kabinett zur Annahme eines Schiedsgerichts zu bewegen, sind an der Bedingung Englands gescheitert, daß nur das Gebiet westlich von der Schomburgklinie in Betracht kommen dürfe. Nun trat der obige Grenzvorfall ein, wofür England 60000 Dollars Entschädigung verlangte; allein da die Regierung in Caracas befürchtet, durch die Zahlung derselben zugleich anzuerkennen, daß das Gebiet, auf dem die englischen Polizisten gefangen genommen wurden, zu Britisch-Guyana gehöre, so suchte Venezuela die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und gleichzeitig rief es die Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika an.

Im Juli. Die Regierung der nordamerikanischen Union macht in einer nach London gerichteten Note die sog. Monroe-Doktrin, d. h. den Grundsatz geltend, daß keiner europäischen Macht gestattet sei, von einem Gebiete auf dem amerikanischen Kontinent Besitz zu ergreifen oder ihre dort schon vorhandnen Besitzungen mit Gewalt zu vergrößern. (S. darüber die obige Botschaft des Präsidenten Cleveland vom 2. Dezember, S. 374.)

Im Oktober. Der britische Premierminister Lord Salisbury tritt diesen Ansprüchen Nordamerikas entgegen und lehnt den Vorschlag eines Schiedsgerichts ab. (Ueber diese englische Note s. die Botschaft Clevelands vom 17. Dezember, S. 375.)

Ecuador.

Ende April. Im Norden der Republik bricht ein Aufstand aus. Die Aufständischen bemächtigen sich der von der Landeshauptstadt Quito nur 200 Kilometer entfernten Hafenstadt Esmeraldas, wo sie die Kasernen mit Dynamit in die Luft sprengen.

Anfang August. Die Aufständischen bleiben Sieger und erheben den Radikalen General Alfaro zum Präsidenten.

Peru.

Im Januar. Die Regierung des Generals Caceres befindet sich in finanziellen Nöten, obgleich sie die Steuern für das erste Semester 1895 im voraus eingezogen hat. Auf Grund der ihm vom Kongreß erteilten außerordentlichen Vollmachten hatte der Präsident Bonds zu je 100 Dollars ausgegeben, allein dieselben wurden vom Publikum so schlecht aufgenommen, daß sie nur mit 75 Prozent Verlust unterzubringen waren. Darauf bescheidet der Präsident alle in Lima wohnenden reichen Peruaner zu sich in den Palast und verlangt, daß jeder von ihnen 10000 Dollars kaufe. Da die meisten nicht darauf eingehen, behält der Präsident alle als Gefangne eine Zeit lang zurück.

Im Februar. Drei Präsidentschaftskandidaten verbinden sich zum Sturze des Präsidenten Caceres: die Parteigänger des Demokraten Pierola, die eines frühern Ministers und die del Solars, der durch Caceres verdrängt war. Die Aufständischen bemächtigen sich zahlreicher wichtiger Orte im Innern.

20. März. Die Aufständischen greifen die Hauptstadt Lima an und stürzen nach einem grauenvollen Straßenkampfe den Präsidenten Caceres, an dessen Stelle eine aus Mitgliedern mehrerer Parteien bestehende provisorische Regierung mit Candamo als Präsidenten tritt.

Anfang Juli. General Pierola wird zum Präsidenten der Republik gewählt.

Brasilien.

Anfang Februar. Durch Schiedsspruch des Präsidenten der nordamerikanischen Union wird im Streit Brasiliens mit Argentinien über die Zugehörigkeit des unter der Leitung von Jesuiten kultivirten sog. Missionsgebiets an der Südwestgrenze Brasiliens zu Gunsten dieses Landes entschieden.

Im Juli. Die englische Regierung giebt ihre auf die brasilianische Insel Trinidad erhobnen Ansprüche wieder auf.

22. August. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Brasilien, Moraes, schließt Frieden mit den Aufständischen in dem Südstaate Rio Grande do Sul.

Argentinien.

22. Januar. Der vor zwei und einem viertel Jahre zur Vermeidung eines weitern Streites zwischen den Präsidentschaftskandidaten Generalen Mitre und Roca zum Präsidenten der Republik gewählte 70jährige Dr. Saenz-Peña tritt zurück, weil er die vom Kongreß verlangte Amnestie für eine Aufforderung zur militärischen Anarchie hält.

24. Januar. An seine Stelle wählt der Kongreß den Diplomaten Uriburu zum Präsidenten der Republik für die Zeit bis zum 12. Oktober 1898.

Chile.

Im Oktober. Zwischen Chile und Argentinien kommt es zu einer Vereinbarung über den Grenzstreit, wonach die Entscheidung aufgeschoben wird. Inmittelst läßt die Regierung durch deutsche Offiziere das Heer auf einen bessern Stand bringen.

Personen-Verzeichnis.

Abani Pascha, ägypt. Minister 352.
Abbas II. Hilmi, Vizekönig v. Ägypten 351.
Adolf, Prinz von Schaumburg-Lippe 232.
Albert, König v. Sachsen 36. 40. 205.
Alexander, König v. Serbien 355.
Alfred, Erbpr. v. S.-Kob.-Gotha 229.
v. Alvensleben, deutscher Gesandter in Brüssel 159.
v. Apponyi, Graf, ung. Abg. 256.
Arimondi, ital. General 298.
v. Asch, bayer. Kriegsmin. 199. 204.
Auer, R.-T.-Abg. 25. 138. 146.

Bachem, R.-T.-Abg. 19. 126.
v. Badeni, Graf, österr. Min.-Präs. 246—254.
v. Banffy, Baron, ungar. Min.-Präs. 257.
Baratieri, ital. General 289. 297.
Barth, R.-T.-Abg. 190.
Barthou, franz. Min. 271.
Bebel, R.-T.-Abg. 146. 220.
Beernaert, belg. Abg. 320.
Begerem, belg. Min. 320.
Berthelot, franz. Min. d. Aeuß. 272.
Beyschlag, Prof. in Halle 95.
v. Bilinski, österr. Fin.-Min. 251.
v. Bismarck, Graf H., R.-T.-Abg. 118.
Blanc, ital. Min. d. Aeuß. 291.
v. Boetticher, Staatssekretär 147—151. 187. 192.
Bosse, preuß. Kultus-Min. 168.
Bourgeois, franz. Min.-Präs. 269—273.
Brecher, Prof. in Berlin 90.
Brettschneider, Polizeidirekt. v. Leipzig 206.
Brisson, Präs. der franz. Deputirtenkammer 268.
Bronsart v. Schellendorf, preuß. Kriegs-Min. 189.
v. Buol, Präs. des deutschen Reichstags 15. 35. 161. 183. 188.
de Burlet, belg. Minister 318.

Canovas del Castillo, span. Min.-Präs. 311.
Catargi, rumän. Minister 353.
Cavaignac, franz. Abg. 270, Minister 270. 272.
Cavallotti, ital. Abg. 291. 302.
Challemel-Lacour, Präs. d. franz. Sen. 268.
v. Chlumetzky, Baron, Abg. z. österr. Reichsrat 246.
Christitsch, serb. Min.-Präs. 355.
Clement, rumän. Metropolit 348.
Cleveland, Präs. der nordam. Union 372. 374. 377.
v. Crailsheim, bayr. Min.-Präs. 198. 203.
Crispi, ital. Min.-Präs. 287—289. 293—295. 299, Abg. 301. 303.
Cuneo d'Ornano, franz. Abg. 272.
v. Czarlinski, R.-T.-Abg. 192.

Delyannis, Nikol., griech. Min.-Präs. 357.
Delyannis, Theod., griech. Min.-Präs. 357.
Dingelstad, Bischof v. Münster 179.
Dole, Präs. d. Republik Hawaii 364.
Douglas, schwed. Min. d. Aeuß. 329.
Dschewad Pascha, Großvezir 338.
Duchesne, franz. General 266.

Ehlers, Afrikaforscher 167.
v. Eetfelde, Staatssekr. d. Kongostaats 159.

Ernst, Graf zur Lippe-Biesterfeld 233. 236.

Faber, Superintendent 35.
Faure, Präs. d. franz. Republik 265.
Fehmi Pascha, ägypt. Minister 352.
v. Feilitzsch, bayr. Minister 197. 202.
Ferdinand, Graf zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfeld 235. 238.
Ferdinand, Prinz v. Koburg, Reg. v. Bulgarien 346—350.
Fräßdorf, sächs. Abg. 206.
Franz Joseph, Kaiser von Oesterreich 147. 152. 164. 247. 257.
Friedrich, Großherzog von Baden 215 bis 217.
Friedrich, Fürst v. Waldeck 231.
Friedrich August, Pr. v. Sachsen 43.

Geiger, bayer. Abg. 201.
Georg Wilhelm, Prinz v. Cumberland 229.
Gibbons, Kardinal 304.
Giolitti, ital. Abg. 301.
Göbel, Konsistorialrat in Münster 170.
Goblet, franz. Abg. 260.
Goldmann, Präs. d. ev. Oberkirchenr. in Darmstadt 224.
v. Goluchowski, Graf, österr.-ungar. Min. d. Aeuß. 147.
Grillenberger, R.-T.- u. bayr. Abg. 147. 260.
Grafe, Prof. in Bonn 171.
Gröber, R.-T.- u. württemb. Abg. 20. 209.
Gruner, Dr., Afrikaforscher 166.
Guerber, R.-T.-Abg. 275.
Günther, bayr. Abg. 201.

Haas, R.-T.-Abg. 242.
Habicht, Prälat in Darmstadt 224.
v. Haeseler, Graf, General 33.
Haffner, Bischof v. Mainz 224.
Hagerup, norweg. Min.-Präs. 335.
v. Hammerstein, preuß. Min. 112. 115.
v. Hammerstein, R.-T.- u. preuß. Abg. 7. 10. 69.
Hanotaux, franz. Min. 263. 265.
Harrach, Graf 106.
v. Hatzfeldt, Graf, deutscher Botsch. in London 154. 156. 158.
Haußmann, R.-T.- u. württemb. Abg. 190. 210.
Heinrich, Prinz v. Preußen 165.
Herff, deutscher Konsul in Pretoria 156.
Hermann, Pr. v. Sachsen-Weimar 214.
v. Hertling, R.-T.-Abg. 19.
v. Hohenlohe-Schillingsfürst, Reichskanzler 147. 180. 186.
v. Hohenlohe-Langenburg, Statthalter d. Reichslande 240.
v. Hohenwart, Graf, österr. Abg. 240.
v. Huene 135.
Humbert, König von Italien 164. 293—296.

Jansen, oldenburg. Min. 228.
Ismail Pascha, Ex-Khedive 351.
Ito, Graf, japan. Min.-Präs. 365.

Karl, König von Portugal 4. 316.
Karl, König von Rumänien 353.
v. Kardorff, R.-T.-Abg. 185.
v. Khuenburg, Graf, österr. Abg. 250.
Kiamil Pascha, Großvezier 340.
Kiene, württ. Abg. 210.
v. Kielmannsegg, Graf, österr. Min.-Präs. 245. 247.
Knorr, d. Admiral 158.
v. Köller, pr. Min. d. J. 151.
Kötzschke, Pfarrer 89. 94. 96.
Kopp, Fürstbischof von Breslau 6.
v. Koseritz, anhalt. Min. 229.
Koffuth, ungar. Abg. 256.
Krüger, Präs. der südafrik. Republik 155. 361.

Lachanal, schweizer. Bundesrat 336.
Ladislaus, Erzherzog 246.
Ledochowski, Kardinal 22. 305.
v. Lengerke, Präs. d. lipp. Landtags 235.
v. Leonrod, bayr. Just.-Min. 161. 199.
Leopold, Pr. v. Bayern 196.
Leopold, Fürst v. Hohenzollern 353.
v. Lerchenfeld-Köfering, bayr. Bundesr.-Ges. 35.
Leutwein, Major 166.
Li-Hung-Chang 367.
Lieber, R.-T.-Abg. 123.
Liebknecht, R.-T.-Abg. 146. 191. 205.
v. Lobanow-Rostowski, Fürst, russ. Min. 147.
Lockroy, franz. Marine-Min. 273.
v. Loë, pr. Gen.-Oberst 36. 41.
Lothaire, Befehlsh. im Kongost. 359.
Ludwig, Pr. v. Bayern 193.
Lueger, österr. Abg. 248. 252.
Luitpold, Pr.-Reg. v. Bayern 196.

Lucacs, ungar. Fin.-Min. 255.
Lüttichau, dän. Fin.-Min. 325.

Marschall v. Bieberstein, d. Staatssekr. 154. 156. 158. 181.
v. Manteuffel, R.-T. Abg. 191.
Martin, Jesuitengeneral 305.
Martinez Campos, span. Marschall 310. 314.
Melchers, Kardinal 308.
Menelik, K. v. Aethiopien 297.
v. Merode, Graf, belg. Min. d. Aeuß. 319.
Metzner, R.-T.-Abg. 193.
v. Metzsch, sächs. Min. 206.
Milan, Exkönig v. Serbien 356.
Millerand, franz. Abg. 272.
v. Mirbach, Graf 95.
v. Mischke, pr. General 42.
v. Mittnacht, württ. Min.-Pr. 209. 211.
Mocenni, ital. Kriegs-Min. 296.
Moenckeberg, Bürgermstr. v. Hamburg 239.
v. Mohrenheim, russ. Botsch. in Paris 259.
Munier, franz. General 275.

Natalie, Exkönigin v. Serbien 355.
Naumann, ev. Pfarrer 13. 88. 94. 96. 99. 101. 104. 106. 173.
Nielsen, Präs. d. norw. Storthings 329.
Nippold, Prof. in Jena 174.
Nokk, Präs. d. bad. Staatsminist. 220.
Nowakowitsch, serb. Min.-Pr. 356.
Nubar Pascha, ägypt. Min. 352.
Nyssens, belg. Justiz.-Min. 319.

v. Oertzen, Leg.-R. a. D. 136.
v. Oriola, Graf, hess.-darmst. Abg. 222.
Orterer, Prof. 19.
Oskar II., K. v. Schw. u. Norw. 326. 328. 330. 335.

Pattei, österr. Abg. 251. 253.
Pauli, Bürgermstr. v. Bremen 240.
Payer, R.-T.- und württ. Abg. 120. 208.
Pelletan, franz. Abg. 273.
Petri, els.-lothr. Abg. 241.
Pierola, Präs. v. Peru 384.
Pischek, württ. Min. d. J. 209. 211.
v. Plener, österr. Min. a. D. 245.
v. Plettenberg-Mehrum 88.
v. Plötz, R.-T.-Abg. 14. 112. 119. 190.
Poincaré, franz. Kult.-Min. 260.
Porsch, pr. u. R.-T.-Abg. 135.
v. Posadowsky-Wehner, d. Staatssekr. 183. 188.
Pourquéry, franz. Abg. 260.
Preiß, R.-T.-Abg. 242.
Preysing, Graf 18.
v. Puttkamer, Oberpräsident 3.
v. Puttkamer-Plauth, R.-T.-Abg. 114.
v. Puttkamer, els.-lothr. Staatssekr. 241.
v. Puttkamer, Gouverneur 166.

Ratzinger, bayr. Abg. 201.
v. d. Recke, pr. Min. d. J. 151.
Reed, nordam. Abg. 374.
v. Reedtz-Thott, dän. Minist.-Präs. 326.
Reitz, Präs. d. Oranjefluß-Republ. 362.
Rességuier, Glashüttendirektor 267.
Ribot, franz. Min.-Präs. 262.
Ricard, franz. Just.-Min. 270.
Richter, R.-T.- u. pr. Abg. 185.
v. Riecke, württ. Fin.-Min. 208. 210. 213.
v. Riedel, bayr. Minister 197.
Rifaat Pascha, Großvezir 342.
Ristitsch, Ex-Regent v. Serbien 356.
Rosebery, Lord 277.
Rouanet, franz. Abg. 269.
Rudini, Marchese di, ital. Min.-Präs. 300. 302.
Rüdt, Dr. 140. 220.
Ruspoli, Fürst 293.

Sagasta, span. Min.-Präs. 310.
Said Pascha, Großvezir 358. Min. d. A. 340. 344.
Salisbury, Lord 156. 276. 278. 283. 286. 342.
Schädler, bayr. Abg. 204.
Schakir Pascha, Gouv. v. Armenien 341.
Scherm, bayr. Abg. 200.
Schmidt, Vicepr. d. R.-T. 183. 192.
Schönstedt, pr. Just.-Min. 191.
Schollaert, belg. Min. 319.
Schott v. Schottenstein, württ. Kriegs-Min. 212.
v. Schraut, els.-lothr. U.-Staatssekr. 241.
Schwartz, Fabrikherr 64.
v. Selchow, Geh. R.-R. 119.
Singer, R.-T.-Abg. 140. 145.
Smet du Nayer, belg. Fin.-Min. 320.